

Verena Moritz • Julia Köstenberger • Aleksandr Vatlin • Hannes Leidinger • Karin Moser

GEGENWELTEN

Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938



SOWJETUNION
ÖSTERREICH



СОВЕТСКИЙ СОЮЗ
АВСТРИЯ



Residenz Verlag

Verena Moritz
Julia Köstenberger
Aleksandr Vatlin
Hannes Leidinger
Karin Moser

Gegenwelten

Aspekte der österreichisch-sowjetischen
Beziehungen 1918–1938

Herausgabe und Druck wurden gefördert von:
Austrian Science Fund (FWF): P 20477-G15

FWF Der Wissenschaftsfonds.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

www.residenzverlag.at

© 2013 Residenz Verlag
im Niederösterreichischen Pressehaus
Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
St. Pölten – Salzburg – Wien

Alle Rechte, insbesondere das des auszugsweisen Abdrucks
und das der fotomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Matthias Mendieta, Ekke Wolf
Grafische Gestaltung/Satz: Lanz, Wien
Schrift: Minion Pro
Gesamtherstellung: CPI Moravia Books

ISBN 978-3-7017-3306-4

auch als

Zum Geleit

Begleitet man ein Forschungsprojekt von Anfang an aktiv und vor allem mit größtem Interesse, so freut es doppelt, wenn eine ausgezeichnete Arbeit vorliegt.

Die Recherchen zur Thematik waren nicht immer einfach, aber es fanden sich Wege, die Schwierigkeiten zu überwinden, und dafür sei der allgemeine Dank ausgesprochen. Es handelte sich bei diesem Projekt um erstmalige Einblicke in ein sehr wesentliches Kapitel der österreichischen Geschichte in ihren Beziehungen zur Sowjetunion. Beide Staaten befanden sich im behandelten Zeitraum in einer Um- und Neustrukturierung, beobachteten einander sehr intensiv. Die vorliegende Publikation arbeitet präzise sowie informativ auch die Hintergründe des bilateralen Verhältnisses aus und gibt dadurch erstmalig Einblicke in bislang eher weniger beachtete Bereiche.

Es geht in der Geschichtsforschung/-schreibung nicht immer um die großen Ereignisse, mit denen Geschäft gemacht werden kann. Die kleinen Bausteine zum Ganzen finden sich durch Forschungsarbeiten wie die, deren Ergebnisse nun in Form dieser Publikation vorliegen und die weiterhin von möglichst vielen Stellen gefördert werden sollten.

Daher darf diesem Buch ein breiter Leserrinnen- und Leserkreis gewünscht werden, der den Autorinnen und Autoren zeigen möge, wie hoch geschätzt ihre Arbeit wird.

Dank und Gratulation sowie viel Kraft und Vergnügen bei den weiteren Forschungsarbeiten, nicht nur in dieser Richtung.

Hon.-Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky

Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs i. R.

Vorwort

Die Forschungen zu den österreichisch-russischen / sowjetischen Beziehungen haben seit der partiellen Öffnung der russischen Archive zu Beginn der 1990er Jahre einen großen Aufschwung erlebt: thematisch, methodisch und organisatorisch. Erstmals wurde es möglich, an Akten und Materialien in russischen Archiven heranzukommen, die als unauffindbar galten, unter Dauerverschluss waren (»aufbewahren auf ewig!«) oder bis dahin als Tabu geltende Thematiken darstellten.

Verwiesen sei insbesondere auf die großen Forschungsprojekte zu den österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten in sowjetischer Hand, auf die Edition und schließlich Restitution der umfassenden österreichischen Bestände im Moskauer Sonderarchiv, die dort als »Beute-Dokumente« des Krieges gesammelt waren, auf die Bearbeitung der politischen Emigration in die Sowjetunion, auf die gemeinsame Bearbeitung des komplexen Themas der Roten Armee in Österreich oder auf den Gipfel Kennedy-Chruščëv in Wien. 2012 konnte überdies von Verena Moritz und Hannes Leidinger der größte Spionagefall Österreichs vor dem Ersten Weltkrieg, jener von Oberst Alfred Redl, auf Basis nunmehr zugänglicher russischer Akten neu bewertet werden.

Seit 2008 wurde die kooperative Zusammenarbeit von russischen und österreichischen Historikern auch bilateral institutionalisiert. Die Außenminister Ursula Plassnik und Sergej Lavrov richteten eine österreichisch-russische Historikerkommission ein mit dem Ziel, die wissenschaftlichen Projekte durch Kontakte und Erfahrungen von Kommissionsmitgliedern zu befördern, neue zu initiieren und laufenden Projekten Impulse zu geben.

Auch das vorliegende Buch, das das Ergebnis eines vom FWF geförderten Forschungsprojektes ist, entstand im breiten Bereich der Kommission, wofür insbesondere den Autoren und Autorinnen ein besonderer Dank gebührt. Sie behandeln unter dem Buchtitel »Gegenwelten« wichtige Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit: den Beginn der diplomatischen Beziehungen mit dem jungen Sowjetstaat, den Umgang mit Kriegsfolgen, wenn die Fragen um die Kriegsgefangenen des Weltkrieges auf der Agenda standen, ideologische Fragen sowie Spezialthemen der Kultur und

Wissenschaft. Dabei werden gegenseitige Feindbilder und Propagandavorwürfe nicht ausgespart, sondern in den historischen Kontext gestellt – insgesamt Themenkomplexe, die bislang nur unzureichend belichtet werden konnten und deren erste Aufarbeitung nunmehr mit diesem Buch vorliegt.

Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner

Co-Vorsitzender der Österreichisch-Russischen Historikerkommission

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung und Ausblick: Zu den Themen und zur Gliederung (<i>Verena Moritz</i>)	11
Teil 1: Skizzen einer »Diplomatiegeschichte« 1918–1933/34	25
Von Brest-Litowsk bis Kopenhagen – Die Anfänge der bilateralen Beziehungen 1918–1920 (<i>Verena Moritz</i>)	27
Die »Ära Pohl« – Von der Kriegsgefangenenmission in der RSFSR bis zur Abberufung des ersten österreichischen Gesandten in der UdSSR 1920–1927 (<i>Verena Moritz</i>)	69
Krisen und Diskrepanzen – Die bilateralen Beziehungen in den Jahren 1928–1932/33 (<i>Verena Moritz</i>)	133
Teil 2: Raumkonzepte	159
Österreich und Mitteleuropa in internationalen Spannungsfeldern – Unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion 1918–1938 (<i>Verena Moritz/Hannes Leidinger</i>)	161
Teil 3: Weltanschauungskämpfe	201
Die Alpenrepublik als »Lernort« der Kommunistischen Internationale (<i>Hannes Leidinger</i>)	203
Teil 4: Kultur und Wissenschaft	229
Österreichisch-sowjetische Kulturkontakte im Überblick (<i>Julia Köstenberger</i>)	231
Fallbeispiele:	
1. »Bolschewikeneinbruch in die Salzburger Festspiele« – das Lenin- grader Opernstudio in der Mozartstadt 1928 (<i>Julia Köstenberger</i>)	251
2. »Ich bin glücklich alles gesehen zu haben ...« – Stefan Zweig bei den Tolstoj-Feierlichkeiten in der UdSSR 1928 (<i>Julia Köstenberger</i>)	261
3. Otto Neuraths »Wiener Methode« im Dienste der sowjetischen Propaganda (<i>Julia Köstenberger</i>)	275
»Rotes Kino«: Die Rezeption der »Sowjetfilme« in Österreich (<i>Verena Moritz/Karin Moser</i>)	283

Teil 5: Perspektiven: Bewertungen, Feindbilder, Propaganda	307
»Die Karasche im Rahm« – Österreichbilder in der sowjetischen Propaganda (<i>Aleksandr Vatlin, Übersetzung: Verena Moritz</i>)	309
»So sympathisch uns natürlich eine Diskreditierung Russlands wäre ...«: Antisowjetische Propaganda im »Ständestaat« – mit Staatsräson (<i>Julia Köstenberger</i>)	347
 Teil 6: »Im Schatten des Faschismus«: Österreich und die Sowjetunion 1933/34–1938	363
»Wir haben es mit sehr gutem Menschenmaterial zu tun«. Die Schutz- bundemigranten in der Sowjetunion (<i>Aleksandr Vatlin unter Mitarbeit von Verena Moritz, Übersetzung: Verena Moritz/Julia Köstenberger</i>) . . .	365
Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der »Anschluss«-Problematik 1933/34–1938 (<i>Julia Köstenberger</i>)	393
 Kurzbiografien historischer Akteure	443
 Diplomatische Vertreter in Österreich und in Sowjetrußland bzw. in der UdSSR sowie die betreffenden Volkskommissare und Staatssekretäre / Bundesminister zwischen 1918 und 1938	457
 Österreichisch-sowjetische Kulturbeziehungen: Liste der wichtigsten Veranstaltungen / »Österreichische Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR«	461
 Abkürzungsverzeichnis	473
 Quellen- und Literaturverzeichnis	479
 Die Autorinnen und Autoren	515
 Personenregister	517

**Einleitung und Ausblick:
Zu den Themen und zur Gliederung**

In den letzten Jahren kamen auch im deutschsprachigen Raum Diskussionen über die Art und Weise, wie eine Geschichte der internationalen Beziehungen, aber auch »Geschichten« einer jeweils »nationalen« Außenpolitik oder aber bilateraler Beziehungen zu schreiben seien, in Schwung. Davon ausgehend ergaben sich wichtige Impulse für eine Historiografie, die als theoriefern und methodenarm gescholten sowie ganz allgemein als verstaubt vorgeführt wurde. Während manch einer die »Standpauke« an die HistorikerInnen, die sich mit Außenpolitik im weitesten Sinne beschäftig(t)en, mitunter für überholt hielt, stellte sich den Kritikern die bisher betriebene »Diplomatiegeschichte« beziehungsweise Geschichte der internationalen Beziehungen als ein oftmals und weitgehend analysefreies Kompilieren beziehungsweise Reproduzieren von Dokumenten aus verschiedenen Archiven dar. Moniert wurde insbesondere, dass außenpolitisches Handeln und vorangegangene Entscheidungsfindungsprozesse fernab gesellschaftlicher Einflüsse und verschiedentlich gelagerter Interdependenzen und Interaktionen politischer, wirtschaftlicher, aber auch kultureller Natur präsentiert worden waren. Zu wenig Augenmerk sei aber auch auf die »Akteure« der Außenpolitik gelegt worden, ihre weltanschaulichen Haltungen oder ihren Handlungsspielraum. Im Gegensatz dazu habe man sich vielmehr auf ein mehr oder weniger abstraktes »Kollektiv« entscheidungsbefugter »Eliten« konzentriert, ohne ihr Tun entsprechend zu hinterfragen. Die Vielfalt an Faktoren, die Außenpolitik und Diplomatie beeinflussen, so der Tenor, sei demgemäß oft ausgeblendet oder zumindest vernachlässigt worden.¹

Es ist nicht nur ein »freundliches Nicken nach allen Seiten«, wenn hier betont wird, dass für die vorliegende Publikation der Versuch unternommen wurde, Anregungen zur »Modernisierung« einer Geschichte zwischenstaatlicher Beziehungen zu reflektieren und gegebenenfalls aufzugreifen. Die Einschränkung »gegebenenfalls« ist deshalb anzubringen, weil sich zum Beispiel in Anbetracht der Verfügbarkeit, aber auch Abwesenheit von Quellenmaterialien nicht alles, was an »Ratschlägen« vorhanden war, als anwendbar erwiesen hat. Tatsächlich erlauben die eingesehenen Archivdokumente, so sehr sie auch mit Materialien anderer Provenienz abgeglichen wurden und so sehr den AutorInnen auch daran gelegen war, die Komplexität und die Verschrän-

1 Vgl. u. a. Afflerbach, Holger: Die Herausforderung der Diplomatiegeschichte durch das Konzept der Gesellschaftsgeschichte, in: Bericht über den 22. Österreichischen Historikertag in Klagenfurt. Veranstalter vom Verband Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine in der Zeit vom 4. bis 7. Mai 1999, Klagenfurt 2002, 40–46; Loth, Wilfried / Osterhammel, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000; Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft Nr. 28, 2002, 574–606; Thiessen, Hillard von / Wandler, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel, Köln / Weimar / Wien 2010.

kungen außenpolitischen Handelns und diplomatischer Realität aufzuzeigen, des Öfteren nur vorsichtige Aussagen über Entscheidungsfindungsprozesse. Ungeachtet der heute teilweise noch sehr eingeschränkten Zugänglichkeit von außenpolitischen Dokumenten sowjetischer Herkunft insbesondere aus den 1930er Jahren² beweist die diesbezügliche Aktenlage selbst des an Materialien reichen und ohne Beschränkungen zu »beforschenden« Österreichischen Staatsarchivs, dass bestimmte »Wege« der Entscheidungsfindung nicht schriftlich dokumentiert sind. Schon aus diesem Grund war es freilich unumgänglich, Informationen aus einer Reihe unterschiedlicher Materialien heranzuziehen. Sowohl für Österreich als auch die Sowjetunion haben sich diesbezüglich Dokumente mit prima vista vor allem wirtschafts- bzw. handelspolitischem Inhalt als wichtiges ergänzendes, aber auch »substituierendes« Material bewährt, um fehlende Informationen zu Fragen der bilateralen Beziehungen auf politisch-diplomatischer Ebene zu kompensieren. Die Auswertung der relevanten Presseberichterstattung hat vor diesem Hintergrund ebenfalls keine geringe Rolle gespielt, wenngleich keineswegs vergessen wurde, dass weder in Moskau noch in Wien die »veröffentlichte Meinung« dem entsprechen musste, was »behördenintern« diskutiert wurde.

Davon abgesehen war auch der Umstand zu beachten, dass sich das österreichisch-sowjetische Verhältnis nicht auf allen Ebenen gleichwertig »deklिनieren« lässt. Die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern erschöpfen sich im Wesentlichen in dem Befund, dass sich als Folge der Zäsur 1917/18 zwei Staatswesen gegenüberstanden, die, wenngleich auf unterschiedliche Art und Weise, die wirkmächtige Vergangenheit von über Jahrhunderte bestehenden Monarchien hinter sich ließen oder lassen mussten. Bereits der Vergleich zwischen der Größe der Territorien hebt jedoch die Unterschiede hervor. In diesem Zusammenhang ist aber nicht nur das Bild vom »Riesen« (UdSSR) auf der einen und vom »Zwerg« (Österreich) auf der anderen zu bemühen. Die unterschiedlichen »systemimmanenten« Arten, Außenpolitik zu verstehen und zu gestalten, bedingen beispielsweise eine jeweils andere Berücksichtigung der »Gesellschaft(en)« als »Agenten« oder »Adressaten« außenpolitischen Handelns. Darüber hinaus wird bereits beim ersten Blick auf die diplomatischen Vertretungen der jeweiligen Seite klar, dass sich auch in personeller Hinsicht Phänomene wie Kontinuität und Fluktuation nicht deckten: Drei diplomatischen bzw. quasidiplomatischen Repräsentanten Österreichs in Sowjetrußland bzw. in der UdSSR zwischen 1920 und 1938 stehen neun Sowjetgesandte

² Zur Problematik der Zugänglichkeit russischer Archivmaterialien siehe: Wehner, Markus: Gescheiterte Revolution. In den russischen Archiven gehen die Uhren rückwärts, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2009, 377–390.

in Österreich gegenüber und drei sowjetrussischen bzw. sowjetischen Volkskommissaren für Äußeres zwanzig österreichische Staatssekretäre bzw. Bundesminister für Äußeres.

Bei alledem stellt sich immer wieder die Frage, was die Heranziehung neuer Aktenbestände für die Geschichtsschreibung bewirkt. Gerade in Bezug auf die Materialien russischer Archive wurde seit deren Öffnung ab den 1990er Jahren viel über das Auseinanderdriften von Erwartungshaltungen und tatsächlichem Aussagewert neuer Dokumente sinniert. Nicht wenige HistorikerInnen warnen vor einem »more of the same«-Effekt und attestierten bzw. prophezeiten vor allem den in Russland überaus beliebten Dokumentenbänden einen geringen Erkenntniswert.³ Den AutorInnen vorliegender Publikation war bewusst, dass es in Bezug auf die Erforschung der österreichisch-sowjetischen Beziehungen weniger um die Masse, als vor allem um eine entsprechende Analyse und Kontextualisierung der betreffenden Akten gehen würde. Andererseits stand am Anfang der diesbezüglichen Recherchen nicht zuletzt das Wissen um ein bisheriges weitgehendes Fehlen von sowjetischen Dokumenten für die Aufarbeitung des Themas.⁴ Schon aus diesem Grund sollten die Recherchen ohne Beschränkungen erfolgen. Gesammelt wurde also viel – mehr als erwartet werden durfte. Nur infolge einer breit angelegten Recherche war es möglich, die vorliegenden Darstellungen mit einer bislang so nicht gekannten sowjetischen Sichtweise auf das bilaterale Verhältnis und Österreich insgesamt zu bereichern und andererseits, die österreichischen Materialien auf damit in Verbindung stehende neue Aspekte hin zu untersuchen. Gleichzeitig ergaben sich zusätzliche Fragen an das Material, die – teilweise als Ergebnis der eingangs erwähnten Anregungen zur Historiografie diplomatischer Beziehungen – eine Erweiterung der zu bearbeitenden Themen erforderlich machten. Forciert wurde unter diesen Vorzeichen nicht zuletzt der Versuch, die »Österreichfrage« der Zwischenkriegszeit als »transnationales Problem« zu begreifen, als einen Teil der Diskussionen rund um das Schicksal Mitteleuropas, dem wiederum in allen außenpolitischen Kanzleien insbesondere auf dem europäischen Kontinent ein prioritärer Stellenwert zukam. So betrachtet ging es also nicht nur darum, die Beziehungen zwischen Moskau und Wien im Auge zu behalten, sondern dieses Verhältnis ebenso wie die Österreichfrage in den 1920er und 1930er Jahren an sich als Faktor für eine »transnational« wirksame Außenpolitik zu berücksichtigen.

3 Vgl. zu diesen Diskussionen u. a. Creuzberger, Stefan/Lindner, Rainer (Hg.): *Russische Archive und Geschichtswissenschaft. Rechtsgrundlagen, Arbeitsbedingungen, Forschungsperspektiven*, Frankfurt am Main / Wien / u. a. 2003.

4 Hervorzuheben ist hier die überaus verdienstvolle Arbeit von: Haider, Edgard: *Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938*, Diss. Wien 1975.

Darüber hinaus war es auch das Ziel, dem gesamten Themenkomplex Aussagen in Bezug auf die sowjetische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit abzugewinnen. Tatsächlich erhärten die diesbezüglichen Ergebnisse das Bild von einer Moskauer Politik der »freien Hände«, die weltrevolutionäre Konzepte nur vordergründig aufgab und die »kollektive Sicherheit« vornehmlich als Instrument des eigenen Sekuritätsbedürfnisses verstand. Dass dieser »Egoismus« dämonisiert und solcherart »emotionalisiert« wurde, erscheint angesichts nachmaliger Entwicklungen und schließlich unter dem Einfluss des »Kalten Krieges« erklärbar, aber in Anbetracht der Außenpolitik anderer europäischer Staaten als keineswegs singulär. Deutlich wird anhand verschiedener Äußerungen der Sowjetdiplomatie zur »Österreichproblematik« außerdem, dass Moskaus Realpolitik des Öfteren stark von den eigenen »Propagandaansagen« abwich. Des Weiteren wird man bei Betrachtung der sowjetischen Österreichpolitik ab dem Beginn der 1930er Jahre auch zu dem Schluss kommen dürfen, dass sich bereits vor dem März 1933 eine nicht zuletzt auf Verunsicherung fußende Neuorientierung in der sowjetischen Außenpolitik vollzog. Diese Befunde sind zwar nicht ganz neu, können nun aber in Bezug auf die Österreichpolitik um zusätzliche Nuancen bereichert werden.

Keineswegs alle der nichtsdestoweniger neuen Felder und Zugänge sowie Interpretationen und Kontextualisierungen, die sich im Zuge des Sammelns und Auswertens der gesammelten Materialien ergaben beziehungsweise aufdrängten, konnten hier Berücksichtigung finden. Des Weiteren wurde der Versuchung widerstanden, in extenso aus Archivadokumenten zu zitieren – eine Selbstbeschränkung, die einzuhalten in Anbetracht inhaltlich wie sprachlich oft überaus attraktiver Texte nicht immer leicht fiel. Das vorliegende Buch ist demnach ein Zugeständnis an die Notwendigkeit, Bände in einem Umfang zu produzieren, der finanziellen Rahmenbedingungen ebenso Rechnung tragen muss als auch den Arbeitsplänen eines zeitlich limitierten Forschungsprojektes. Die aus diesen Gründen vorzunehmende Begrenzung auf eine Auswahl von Themen schlägt sich auch im Untertitel nieder, in dem von »Aspekten« die Rede ist. Tatsächlich liegen in den Schubladen der AutorInnen dieses Bandes noch einige zusätzliche Texte, welche die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 betreffen, aus Platzmangel und mit Rücksicht auf die Stimmigkeit der nunmehrigen Publikation aber im Zuge anderweitiger Veröffentlichungen präsentiert werden müssen.

Die Reduktion auf bestimmte Themen bzw. Themenfelder machte es unter anderem erforderlich, einzelne Spezialbereiche zu komprimieren oder aber in andere Erzählstränge einzubinden. Auf diese Weise wurden etwa die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich in die

Darstellung der diplomatischen Beziehungen integriert.⁵ Ungeachtet der Konzentration auf ausgewählte Problemfelder wurde der Versuch unternommen, einerseits einen großen Bogen zu spannen und das bilaterale Verhältnis als eine Art Gesamtskizze zu präsentieren und andererseits Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, die zentralen Fragen und / oder bislang noch völlig unerforschten Bereichen gewidmet sind. Eine Sammelmonografie, welche die Arbeitsfelder der betreffenden AutorInnen und den Teamcharakter des durchgeführten Forschungsprojektes zu den österreichisch-sowjetischen Beziehungen widerspiegelt, erschien hierfür als ideale Voraussetzung. An der Verwirklichung der Publikation in dieser Form konnte auch der Umstand nichts ändern, dass Veröffentlichungen dieser Art von RezensentInnen häufig eine »ordnende Hand« ab- und eine allzu dominante Vielstimmigkeit zugesprochen wird. Die »ordnende Hand« ist nichtsdestoweniger spürbar und die Vielstimmigkeit, die sich als Folge eines Wechsels der Perspektiven ergibt, sollte als Vorteil betrachtet werden. Vorgelegt wird also ein Text, der im Spannungsfeld von Überblick und Detailanalyse einzelne Fragestellungen besonders herausgreift und aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Dass die Darstellung dadurch an Tiefe gewinnt und sich bestimmte Argumentationslinien und Interpretationen noch klarer analysieren lassen, ist nach Meinung der Verfasser eines der Resultate dieses Konzepts.

Der Band ist in sechs Hauptteile untergliedert, wobei der erste zeitlich die Jahre 1918 bis 1933/34 umfasst und mit *Skizzen einer »Diplomatiegeschichte«* betitelt ist. Ausgehend von allgemeinen Erläuterungen zur Ausgangslage außenpolitischen Handelns betreffend die beiden Länder und diesbezüglichen »historischen Urteilen« sowie Diskussionen werden hier die Beziehungen auf diplomatischer Ebene umrissen. Das passiert einerseits auf durchaus »klassischer« Ebene⁶ und andererseits mit einem Fokus auf verschiedene Spezialbereiche, die anderen methodischen und interpretatorischen Zugängen Rechnung tragen. Dazu zu zählen ist unter anderem der Versuch einer Charakterisierung der Amtszeit von Otto Pohl, der von 1920/24 bis 1927 das Verhältnis zwischen Moskau und Wien in hohem Maße gestaltete und dessen Bewertungen der innersowjetischen Entwicklungen als immer noch bemerkenswert zu gelten

5 Die diesbezüglichen Darstellungen profitierten nicht nur von Recherchen des Projektteams im RGAÉ, sondern auch von einer seit 2010 vorliegenden umfang- und detailreichen Dissertation. Siehe Peyravan, Ronald: Zwischen Aufbruch und Abbruch: die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit. Unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Arbeitermigration, Diss. Wien 2010.

6 Vgl. dazu Gehler, Michael: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, Innsbruck 2005, 15.

haben. Ähnliches gilt für das Bemühen, die Sowjetgesandtschaft nicht nur in ihrer »Beziehung« zu offiziellen österreichischen Stellen zu zeigen, sondern auch als »Ort der Begegnung« zwischen Moskaus Gesandten und prominenten österreichischen Sozialdemokraten. Die Darstellung, die sich streckenweise auf völlig neuem Forschungsterrain bewegt, fußt nicht zuletzt auf der Einbeziehung des Aktenmaterials aus dem Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF). Dabei erhellt wird unter anderem auch die Frage, wie sich das sowjetische Österreichbild beginnend mit 1919 entwickelte. Hier wird klar, dass das viel später und in Anbetracht des »Anschlusses« entworfene Bild der Sowjetunion von Österreich als »Opfer« seinen Ursprung in der Beurteilung des Landes als »Leidtragender« des »Versailler Systems« hatte. Dieser Blick auf Österreich als »Opfer« lässt sich ungeachtet der bereits seit der zweiten Hälfte bzw. Ende der 1920er Jahre vorherrschenden Charakterisierung der österreichischen Regierungen als »faschistische« Staatsführungen anhand der Berichte der in Wien tätigen Sowjetgesandten als eine Konstante der Beurteilungen des kleinen Landes nachvollziehen.

Auf der anderen Seite wiederum kann der »Antibolschewismus« der verantwortlichen Entscheidungsträger in Österreich als bestimmender Faktor für die Ausgestaltungen der Beziehungen zu Moskau bezeichnet werden, wenngleich sich hier zum Teil auffällige Diskrepanzen zwischen öffentlichkeitswirksamer sowjetfeindlicher Rhetorik und auf zumindest oberflächliche Verständigung abzielenden diplomatischen Verhaltensweisen auftaten.

Deutlich wird außerdem, dass eine Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses bereits vor der Kanzlerschaft unter Engelbert Dollfuß wirksam wurde, obwohl sein strikt antimarxistischer Kurs zweifellos einschneidend für die weitere Entwicklung oder besser Nicht-Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen gewesen ist. Eine wesentliche Bedeutung kam hierbei den wirtschaftlichen Kontakten zu, die ab 1932 auf ein Mindestmaß schrumpften und trotzdem Anknüpfungspunkt für ein ansonsten auf Sparflamme kochendes Verhältnis blieben.

In den *Raumkonzepten* wiederum wird das Schicksal Österreichs in der Zwischenkriegszeit als gesamteuropäisches Problem aufgerollt, eingebettet in Diskussionen über verschiedene Mitteleuropakonzeptionen sowie die Frage der »Habsburgerrestauration«. Herangezogen werden in diesem Zusammenhang Stimmen nicht nur aus Moskau, sondern vor allem auch aus Berlin, London und Paris. Nicht zu kurz kommen freilich auch die Haltungen der »Kleinen Entente«, die insbesondere zur Frage der »Habsburgerrestauration« explizite Positionen einnahm. Eine »Rückkehr« des früheren Herrscherhauses beschäftigte aber auch Moskau. Von dort kamen zumindest auf den ersten Blick durchaus verstörende Signale, die einer Restauration keineswegs ablehnend

zu begegnen schienen. Insbesondere beachtet wird des Weiteren die Entwicklung von Moskaus Ansichten betreffend den »Anschluss« Österreichs an Deutschland im gesamten Untersuchungszeitraum, wobei vor allem Moskaus Perspektive auf das Zollunionsprojekt zwischen Deutschland und Österreich Aufmerksamkeit geschenkt wird. Entgegen bislang geläufiger Interpretationen zeigt sich in diesem Kapitel unter anderem, dass abseits der sowjetischen Propaganda das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten keineswegs eine Haltung einnahm, die sich auf eine Position pro »Anschluss« vor Hitlers Machtergreifung und eine contra »Anschluss« nach dessen Machtantritt reduzieren lässt.

Der dritte Teil widmet sich unter dem Titel *Weltanschauungskämpfe* Österreichs Bedeutung als »Lernort« der Kommunistischen Internationale (Kominintern, KI). Hier wird aufgezeigt, welche Rolle die Alpenrepublik als Stützpunkt der Komintern und als Exil ausländischer Kommunisten spielte. Nur unter Einbeziehung dieses Themas ist verständlich, warum sich das diplomatische Verhältnis oftmals so friktionsreich gestaltete und warum der Antibolschewismus als eines der wichtigsten Elemente der österreichischen Sowjetunionpolitik zu bezeichnen ist. Gezeigt wird außerdem, dass sich trotz der Heterogenität der »Linken« und insbesondere der eklatanten Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus immer wieder Anknüpfungspunkte für einen »Dialog« ergaben – wenngleich dieser konfliktbehaftet blieb. Klar zu Tage tritt außerdem, dass sich auch innerhalb der »kommunistischen Bewegung« die Einheit, auf die man sich offiziell gerne berief, realiter nicht existierte. Die Situation in Österreich, wo in den 1920er Jahren verschiedene ausländische KP-Organisationen um eine klare Linie rangen, ist hierfür beispielhaft.

Auf fast völlig neuem Terrain bewegt sich anschließend der Teil *Kultur und Wissenschaft*, für den die im GARF aufbewahrten Aktenbestände der sogenannten VOKS (Gesellschaft für kulturelle Verbindung der UdSSR mit dem Ausland) in Bezug auf das Österreich der Zwischenkriegszeit erstmals detailliert ausgewertet wurden. Auch wenn die Sowjetunion grundsätzlich außerhalb des Aktionskreises der österreichischen Auslandskulturpolitik stand und umgekehrt Österreich als Kleinstaat für Moskau nur geringe Bedeutung hatte, kam es vor allem bis 1931 zu bemerkenswerten Kulturkontakten, über die nun eine Übersicht vorliegt. Die russischen Quellen boten zudem die Basis für die Herausarbeitung der tragenden Strukturen, wichtigsten Akteure und Vernetzungen in diesem vermeintlich »unpolitischen« Bereich, insbesondere der Geschichte des Vereins »Österreichische Gesellschaft zur Förderung geistiger und wirtschaftlicher Beziehungen mit der UdSSR«. Es zeigt sich, dass in Österreich vieles dem Engagement einiger weniger Aktivisten, meist sozialdemokratischer Parteigänger und Sympathisanten, zu verdanken war. Dieser Umstand

hinderte aber Moskau nicht daran, den verantwortlichen VOKS-Vertretern in Wien realitätsfremde Weisungen in Bezug auf die personelle Zusammensetzung des Vereins und dessen stärkere politische Exponierung für die UdSSR zukommen zu lassen. Gleichzeitig zeigten in Österreich eine schärfer werdende antimarxistische Politik und die Negativpresse über Kollektivierung, Religionsverfolgung, Schauprozesse und Terror in der Sowjetunion ab Anfang der 1930er Jahre ihre Wirkung. Die – durchaus vielfältigen – Gründe für die beinahe gänzlich zusammengebrochenen Kulturkontakte zwischen den beiden Staaten in den Jahren 1933/34 bis 1938 werden in der Analyse ebenfalls erörtert.

Neben diesem grundlegenden Überblick widmet sich die Studie in diesem Abschnitt gleichsam in »Nahaufnahme« ausgewählten Fallbeispielen, welche die genauen Hintergründe, Abläufe und Ergebnisse der »VOKS-Arbeit« sowie die öffentliche Wirkung einzelner Ereignisse exemplarisch aufzeigen sollen. Symptomatisch für das in Österreich vorherrschende Misstrauen gegenüber dem sowjetischen »Kulturimport« ist das Gastspiel des Leningrader Opernstudios bei den Salzburger Festspielen 1928, welches von einem Teil der heimischen Presse geradezu als »Bolschewikeneinbruch« betrachtet wurde. Mit Stefan Zweigs Eindrücken von seinem Aufenthalt bei der Tolstoj-Feier im Herbst 1928 in der UdSSR wird außerdem ein weiterer wichtiger Aspekt des Sowjetunionbildes in der Zwischenkriegszeit aufgegriffen, als sich nicht zuletzt Künstler und Intellektuelle zur Lage in der UdSSR und der Politik des Kremls zu Wort meldeten. Der berühmte Schriftsteller und »unpolitische« Pazifist trug mit seinen Berichten über die »Reise nach Russland« zu einem »Zerrbild« von der »Sowjetwirklichkeit« bei. Die Detailanalyse zur Mitarbeit des Sozialwissenschaftlers Otto Neurath am Aufbau des Instituts für Bildstatistik »Izostat« in Moskau wiederum bringt einige neue Aspekte hinsichtlich des Zustandekommens und Verwirklichung des »Exports« seiner »Wiener Methode« in die UdSSR ans Licht. Im letzten Kapitel wird das Augenmerk noch auf den künstlerisch so bedeutenden sowjetischen Film gerichtet und gezeigt, welchen Eindruck das »rote Kino« in Österreich hinterließ und welche weltanschaulichen Kämpfe in diesem Zusammenhang ausgetragen wurden.

Der nächste Teil *Perspektiven: Bewertungen, Feindbilder, Propaganda* stellt die Frage der wechselseitigen Wahrnehmungen ins Zentrum. Hier geht es zunächst darum, die von der Sowjetpresse vermittelten verschiedenen »Österreichbilder« zu betrachten und auch hinter deren Entstehung zu blicken. In der sowjetischen Propaganda erfüllte Österreich eine spezielle Funktion. Es diente als geradezu beliebig oft heranzuziehendes Beispiel für die Bestätigung der Analysen und Prognosen, die die Sowjetbürger vorgesetzt bekamen, um gewissermaßen die Richtigkeit der sowjetischen Politik und ihrer marxistischen Prämissen zu begreifen. Österreich wurde genannt, wenn es um den »räube-

rischen« Friedensvertrag von Versailles ging, um das »künstliche« System der Staatenwelt, das dieser Frieden hervorgebracht hatte, wenn es um das Schicksal der Arbeiterklasse ging, um das »Absterben« demokratischer Institutionen, den »Verrat« der Sozialdemokraten oder wenn von der faschistischen Bedrohung die Rede war. Dabei spielte es keine Rolle, wie weit die Interpretationen der sowjetischen Propaganda von den tatsächlichen Entwicklungen in der Alpenrepublik entfernt waren. Was zählte, war lediglich der Umstand, dass die Ereignisse in Österreich den Kommentatoren in Moskau alles lieferten, was sie brauchten, um den Weg, den die Sowjetunion eingeschlagen hatte, zu rechtfertigen und die Fehler ihrer Gegner anzuprangern. Allerdings stimmten beispielsweise die Komintern und die Sowjetpropaganda in ihren Darstellungen nicht immer überein. Als die KI aus den Februarkämpfen den Höhepunkt eines demokratischen und antifaschistischen Aufstandes mit antideutschem Einschlag machte, trug die sowjetische Propaganda dieses Bild nicht weiter.

Das Kapitel fußt auf einer umfassenden Auswertung der sowjetischen Österreichberichterstattung, die überdies eine wichtige Ergänzung zum ersten und letzten Teil des Buches darstellt. Eine Zusammenschau dieser Texte macht unter anderem deutlich, dass die Historiografie zu den österreichisch-sowjetischen Beziehungen Politik und Propaganda gleichermaßen zu berücksichtigen hat und darüber hinaus deren Übereinstimmungen und Abweichungen analysieren muss. Der Text befasst sich aber auch mit einzelnen Teilaspekten: mit der »Österreichperzeption« auf Grundlage von Eindrücken, die Diplomaten und Sowjetfunktionäre infolge von Aufenthalten in der Alpenrepublik sammeln konnten oder aber mit der Frage, wie beziehungsweise ob und wann sich die These von der »österreichischen Nation« in der Sowjetpropaganda wiederfand.

Das zweite Kapitel dieses Teils setzt sich mit antisowjetischen Kampagnen im »Ständestaat« auseinander, die öfters Anlass zu Beschwerden und Interventionen von Seiten der Sowjetdiplomaten gaben. So reagierte Moskau sehr empfindlich auf Publikationen und Aktionen in Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe in der UdSSR 1933, wie die Initiative Kardinal Theodor Innitzers zu Gunsten der »Hungernden in Russland«, die Broschüre der Vaterländischen Front »Rußland, wie es wirklich ist« 1934 und das in Österreich erschienene Buch des Generalsekretärs des Innitzer-Hilfskomitees Ewald Ammende »Muß Rußland hungern?« 1935. Die genaue Analyse der Akten des österreichischen Außenamts legt dar, dass dieses grundsätzlich bemüht war, Unannehmlichkeiten jeglicher Art mit der UdSSR zu vermeiden und größere antisowjetische Spitzen in der Propaganda und Berichterstattung, jedenfalls in der offiziellen Presse, zu verhindern. Das Regime zeigte sonst jedoch seine abweisende Haltung gegenüber Moskau auf sehr deutliche Art und Weise in

regierungsnahen Blättern sowie mit ausnahmsloser Zensur sowjetischer Zeitungen. Es stellt sich dabei die Frage, wie sich der »Ständestaat« hinsichtlich der propagandistischen Verwertung von aus der UdSSR zurückgekehrten ehemaligen Schutzbündlern, aber auch in Sachen der öffentlichen Thematisierung des stalinistischen Terrors gegen Österreicher verhielt. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit der Detailstudie zur Ausweisung des einzigen österreichischen Korrespondenten in Moskau, Nikolaus Basseches, im Juli 1937 aus der UdSSR wegen »antisowjetischer Tendenzen« in seiner Berichterstattung.

Der letzte Teil, der »*Im Schatten des Faschismus*«: *Österreich und die Sowjetunion 1933/34–1938* betitelt ist, greift noch einmal explizit die Schutzbundemigration in die UdSSR auf. Hier geht es vor allem darum, die sowjetische Perspektive auf die österreichischen Exilanten zu zeigen. Dabei wird auch illustriert, wie die Emigranten, die ursprünglich als »Musterexemplare proletarischer Tatkraft« präsentiert wurden, schließlich ihren »Heldenstatus« wieder einbüßten. Stellvertretend für das Schicksal vieler anderer Schutzbündler verweist das Kapitel abschließend auch auf das Los einzelner Personen, die dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen.

Zum Schluss widmet sich die Studie dann noch einmal einer der wichtigsten Fragen im österreichisch-sowjetischen Verhältnis: dem »Anschluss«. Immerhin präsentierte sich die UdSSR später gleichsam als einsamer Streiter für die österreichische Unabhängigkeit, die sie auch noch im März 1938 zu bewahren versucht habe. Ein genauerer Blick auf Moskaus Österreichpolitik relativiert allerdings das Engagement für die Souveränität des kleinen Landes. Die nun erstmals in großem Umfang gesichteten und ausgewerteten Berichte der Wiener Sowjetgesandtschaft aus den Jahren 1933 bis 1938 zeichnen sich oft durch klare Analysen der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage des »austrofaschistischen« Regimes aus – den »Anschluss« hielten die Sowjetdiplomaten angesichts der Entwicklungen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Juliabkommen von 1936, für fast unabwendbar. Gleichzeitig blockte Österreich den geringsten Ansatz zur internationalen Diskussion über eine Involvierung der UdSSR zur Unterstützung der staatlichen Unabhängigkeit ohnehin aus antibolschewistischem Prinzip sofort ab, wie die Akten des BKA/AA und die Untersuchung regimenaher Zeitungen belegen. Ein besonderes Augenmerk erhalten schließlich die Ereignisse rund um den »Anschluss« selbst, wobei für die Detailanalyse der Vorgänge auf diplomatischer Ebene vor allem aus den Außenämtern in Berlin und Moskau neue Dokumente sowie unbekanntes Materialien des Politbüros herangezogen werden konnten. Überdies ruft das Verhalten der österreichischen Diplomaten in Moskau angesichts der Vorgänge in der Heimat Interesse hervor. Immerhin erwiesen sich einige davon als Anhänger des Nationalsozialismus, deren Karriere auch nach dem »Anschluss«

eine Fortsetzung erfuhr. Des Weiteren finden sich bei kritischer Betrachtung der Haltung der UdSSR in der »Anerkennungsfrage« des »Anschlusses« neue Aspekte zur Österreichpolitik des Kremls hinter den Kulissen. Von zentraler Bedeutung ist dabei nicht nur die Kontextualisierung der öffentlichen Reaktionen Außenkommissar Maksim Litvinovs im März und September 1938 mit der allgemeinen Lage in Europa – insbesondere mit der »tschechoslowakischen Krise« –, sondern auch der Ausblick auf die Zeit des Hitler-Stalin-Pakts.

Als vor mehreren Jahren die Idee zu einem Forschungsprojekt über die österreichisch-sowjetischen Beziehungen geboren wurde, das dann einige Zeit später tatsächlich realisiert werden konnte, hatten die Verfasser des vorliegenden Bandes noch keineswegs an einen diesbezüglich zu beachtenden »Jahrestag« gedacht. Es ist fraglich, ob der Umstand, dass es 2014 90 Jahre sein werden, seitdem Österreich und die mittlerweile von der Landkarte verschwundene UdSSR reguläre diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, abseits der Historikerzunft (und selbst dort wohl nur am Rande) überhaupt registriert werden wird. Vielleicht kann der vorliegende Band dazu beitragen, dass das österreichisch-sowjetische Verhältnis auch abseits fragwürdiger Aktualitätsbezüge als ein Thema betrachtet wird, das viel zum Verständnis der österreichischen ebenso wie der russischen bzw. sowjetischen Geschichte der Zwischenkriegszeit beitragen kann.

Vorangegangen sind dem Schreiben der Texte – wie bereits erwähnt – umfangreiche Recherchen vor allem in österreichischen und russischen Archiven, die im Rahmen eines vom FWF (Austrian Science Fund / Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) finanzierten Forschungsprojektes ermöglicht wurden. Den auf diese Weise bereitgestellten Mitteln ist es auch zu verdanken, dass der vorliegende Band gedruckt werden konnte. Dass Hürden in Bezug auf die Benützung einzelner Quellenbestände in Russland überwunden werden konnten, ist wiederum dem Österreichischen Staatsarchiv als Träger des Forschungsprojektes ebenso zuzuschreiben wie der tatkräftigen Hilfe seitens der Österreichisch-Russischen Historikerkommission. Namentlich zu danken ist dem früheren Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs Hon.-Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky, dem nunmehrigen Generaldirektor Univ. Doz. Dr. Wolfgang Maderthaner, den Vorsitzenden der Österreichisch-Russischen Historikerkommission Univ. Prof. Dr. Stefan Karner und Prof. Aleksandr Čubar'jan sowie dem Sekretär der russischen Seite der Kommission, Prof. Viktor Iščenko.

Teil 1:

**Skizzen einer »Diplomatiegeschichte«
1918–1933/34**

Von Brest-Litovsk bis Kopenhagen – Die Anfänge der bilateralen Beziehungen 1918–1920

Von der »alten« zur »neuen« Diplomatie

Die Mitglieder des diplomatischen Korps hielten sich für eine kosmopolitische, kulturell »homogene europäische Familie«. Sie pflegten eine gemeinsame Form der Konversation, lasen ähnliche Bücher, verteidigten vergleichbare Gesellschaftsmodelle und stimmten in Grundsätzen über die Prinzipien der internationalen Beziehungen überein. 1925, als der englische Publizist James A. Spender solcherart das Selbstverständnis früherer Diplomaten Generationen charakterisierte, die sich für gewöhnlich streng von der Außenwelt abgegrenzt und Demokratisierungstendenzen skeptisch betrachtet hatten, war die »alte Welt« dieser »Auserwählten« bereits untergegangen.⁷ Schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg sah sich die Diplomatie mehr und mehr mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Politik vor der Öffentlichkeit, wenn nicht zu rechtfertigen, dann wenigstens zu kommentieren. Nach 1914 war vor dem Hintergrund verschiedener Bemühungen um den Frieden der Wunsch nach Transparenz politischer Entscheidungen noch schneller gewachsen und die Kritik an der »Geheimdiplomatie«, die viele gar als hauptverantwortlich für die Entwicklungen ab dem Sommer 1914 ansahen, stetig größer geworden. In seinen »Vierzehn Punkten« griff Woodrow Wilson Anfang 1918 diese Problematik auf und wandte sich gegen jede »Heimlichkeit« in den zwischenstaatlichen Unterredungen.⁸ Spätestens ab 1919 ergab sich die Gelegenheit zu zeigen, ob solche Ansagen auch umgesetzt würden. In Frankreich kamen die Vertreter der ehemals Krieg führenden Länder zusammen, um ein neues Europa aus der Taufe zu heben. Eine »neue Diplomatie« vermögen indessen Analysen der

⁷ Spender, James A.: *The Public Life*, Bd. 2, London 1925, 48.

⁸ Pommerin, Reiner / Fröhlich, Michael (Hg.): *Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1917–1963*, Darmstadt 1996, Nr. 4.

Pariser Friedensverhandlungen in nur sehr eingeschränktem Maße zu Tage zu fördern. Die Handlungslogik der »alten Diplomatie« habe sich, lauten heutige Befunde, nicht verändert, das Versprechen von Offenheit und Transparenz sei nur vordergründig eingelöst worden. Der Unmut der »Verliererstaaten«, der sich unter anderem in der bewussten Verletzung von Etikette und Förmlichkeiten geäußert hatte, und die Haltung der Siegerstaaten, die nicht auf Augenhöhe verhandelt und sich gegen eine Kommunikation mit den ehemaligen Kriegsgegnern gesperrt hatten, habe vielmehr einer für den Verlauf des Krieges typischen Eskalation entsprochen. Die Rede ist schließlich vom »Verlust gemeinsamer Handlungsformen diplomatischer Interaktion«.⁹

Tatsächlich waren wesentliche Entscheidungen weiterhin hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden. Manche Zeitgenossen negierten »diesen Frieden« als einen, »dessen Kulissengeschichten sich von der Öffentlichkeit viel sorgsamer« verbargen, »als die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkriegs«.¹⁰ An der mangelnden Transparenz hatte auch die umfassende Presseberichterstattung, welche die unmittelbare Beteiligung der Öffentlichkeit am Prozess politischer Entscheidungsfindung unter anderem in Form zahlreicher Fotoreportagen suggerierte, wenig geändert. Das eigentlich »Neue« war so gesehen die überwältigende Präsenz der Medien als Transporteure der Illusion vom Anbruch einer Ära der »neuen Diplomatie« bei gleichzeitiger Anpassung der Entscheidungsträger an die Anforderungen der medialen Performanz: Man gab Interviews, ließ sich fotografieren, lächelte in die Kameras. Als »neu«, wengleich nicht als Errungenschaft zu bezeichnen, ist des Weiteren das Ende einer »gemeinsamen Sprache« der Diplomaten als Voraussetzung für jedes Gelingen von Verhandlungen.¹¹ Was in Versailles, Saint Germain und in anderen Pariser Vororten vonstatten ging, trug den Keim kommender Auseinandersetzungen in sich.

Was immer man unter einer »neuen Diplomatie« verstehen mochte, eines trat unverkennbar zu Tage: Das Bedürfnis nach einschneidenden Veränderungen, die der Selbstherrlichkeit einer elitären Gruppe von Männern, die in der Vergangenheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit das Schicksal ganzer Länder entschieden hatten, ein Ende bereiten sollten, war allorts vorhanden. An dieser Vorstellung und der Hoffnung nach einem »gerechten Frieden« hielten die Verlierer des Krieges auch dann noch fest, als sich bereits klar abzeichnete,

9 Steller, Verena: Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History (Online-Ausgabe); <http://www.zeithistorische-forschungen.de/app_support/print.aspx?tabid=40209176&> (9.3.2012).

10 RP, 27.7.1919, 1.

11 Steller.

dass sich ihre Erwartungen nicht erfüllen würden. So versprach sich etwa noch im Juli 1919 der österreichische Staatskanzler Karl Renner von der »neuen Diplomatie« Friedensbedingungen, die, anders als die bereits vorgelegten, den »sichere[n] Untergang« seiner Heimat abwenden würden. Der »auswärtige Dienst«, betonte er außerdem, werde »nicht auf äußeren Glanz und auf Repräsentation« und »nicht auf gute Beziehungen zu den obersten Schichten der Nachbarländer« aufbauen, sondern auf »Offenheit und Geradheit gegenüber den Nachbarn«. Er müsse sich »stützen auf den Willen des Volkes selbst, auf die Demokratie, denn er hat keinen anderen Rechtstitel als diese«.¹²

Vor allem in Russland zeigte man sich entschlossen, der »alten Diplomatie« abzuschwören. Noch bevor Woodrow Wilson seine »Vierzehn Punkte« präsentierte, vollzogen sich dort auf allen Ebenen grundlegende Umwälzungen. Als sich die Bolschewiki unmittelbar nach der Machtergreifung im Oktober beziehungsweise November 1917 mit neuen Perspektiven auf internationale Fragen beschäftigten, subsumierten sie gewissermaßen das bereits allgegenwärtige Unbehagen mit der scheinbaren Allmacht der Diplomaten. Die Radikalität ihres Programms trat dabei von Anfang an anhand der schließlich auch außerhalb des ehemaligen Zarenreichs artikulierten Forderungen nach Frieden zu Tage. Der an alle am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten und vor allem an die Arbeiterschaft in England, Frankreich und Deutschland gerichtete Aufruf, »ohne Annexionen und Entschädigungen« zu einem Ende der Kampfhandlungen zu gelangen, entsprach zwar einer schon früher ausgegebenen Losung der Rätebewegung.¹³ Allerdings wurde er nun mit größerem Pathos vorgetragen und unter frenetischem Jubel der Anhängerschaft Lenins gleich dazu benutzt, die »bourgeois-imperialistischen Methoden« der Krieg führenden Mächte anzuprangern. Um von der »alten Geheimdiplomatie« abzurücken, entschlossen sich die Bolschewiki überdies zur Freigabe beziehungsweise Edition von Geheimdokumenten aus den zarischen Archiven. Diese Vorgehensweise, die als eindrucksvolle Diskreditierung des »Imperialismus« zu deuten war, erregte augenblicklich das Interesse des Auslands¹⁴: Schon im April 1918 erschien die englischsprachige Übersetzung einiger russischer Akten. Bald kam es speziell in Deutschland und Frankreich unter anderem auch aufgrund der publizierten Materialien aus dem früheren Romanowimperium zu lebhaften Debatten über

12 Zit. nach Reisel, Renate: Karl Renner und die Führung der österreichischen Außenpolitik vom 26. Juli 1919 bis zum 21. Oktober 1920, Diss. Wien 1972, 54.

13 Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924, Berlin 1998, 568f.

14 Geyer, Dietrich (Hg.): Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, Bd. 1, Köln / Wien 1972, 103.

die außenpolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre.¹⁵ Nach Kriegsende diente die Publikation geheimer diplomatischer Schriftstücke nicht zuletzt dem Bemühen nach Abgrenzung von den Entscheidungsträgern früherer Regime.

»Neue Diplomatie« zwischen Tradition und Revolution

Dass es den Bolschewiki um einen radikalen Bruch mit der als bürgerlich und imperialistisch geächteten Diplomatie ging, machte Lev Trockij als Leiter des neuen »Volkskommissariats« für Auswärtige Angelegenheiten (Narkomindel, NKID) klar. Er betrat das frühere zarische Außenministerium mit dem Vorsatz, »ein paar revolutionäre Proklamationen an die Völker« zu erlassen und dann »den Laden« gleich wieder zu schließen.¹⁶ In Erwartung der kommenden Weltrevolution, welche die bestehenden Machtsysteme hinwegfegen würde, erschien die »alte Diplomatie« obsolet. Unter solchen Vorzeichen gab es auch wenig Interesse daran, ein Mindestmaß an personeller Kontinuität zuzulassen, um den laufenden Amtsbetrieb wenigstens in Grundzügen aufrecht zu erhalten. Auf den Verbleib von Vertretern des »alten Regimes« im Amt legte man folgerichtig keinen Wert. Trockij hatte die Beamten des Außenministeriums antreten lassen und klar gemacht, dass all jene, die nicht für die Bolschewiki waren, hier nichts mehr verloren hätten.¹⁷ Für die meisten dieser Männer war es freilich ohnehin denkunmöglich, einen »Juden mit dünnen Beinen«, der sich an die Macht geputscht hatte, als neuen Mann an der Spitze des auswärtigen Dienstes zu akzeptieren. In diesem Bereich allerdings bekam der »revolutionäre Furor« der neuen Machthaber spätestens zu jenem Zeitpunkt einen Dämpfer versetzt, als auch Trockij einsehen musste, dass bei allem Eifer, das Außenministerium beziehungsweise Volkskommissariat für Äußeres überflüssig zu machen, zumindest seine Kommunikationsfähigkeit gesichert werden musste. Wie sonst sollte man die Welt von den großen Plänen Lenins in Kenntnis setzen, wenn auch die davonjagt wurden, die einen Telegrafen benutzen konnten?¹⁸

15 Krumeich, Gerd/Hirschfeld, Gerhard: Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg, in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien/Zürich 2009, 304–315, 305.

16 Laue, Theodor von: Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin, Peoples Commissar for Foreign Affairs, 1918–1930, in: Craig, Gordon A./Gilbert, Felix (Hg.): The Diplomats 1919–1939, Princeton 1953, 235.

17 Johnston, Robert H.: Soviet foreign Policy 1918–1945. A Guide to Research and Research materials, Wilmington 1991, 5.

18 1922 meinte Lenin rückblickend über die Veränderungen im Personalstand des NKID: »Wir haben dort keine einzige einflussreiche Person aus dem alten zaristischen Apparat zugelassen. Der ganze irgend-

Dass das Fehlen von Experten im Umgang mit der »Außenwelt« Probleme mit sich brachte, betraf Angelegenheiten der Kommunikation nicht nur in der unmittelbaren Umbruchphase. Tatsächlich gab die mangelnde Professionalität der ROSTA, der russischen Telegrafagentur, die ihre Tätigkeit in Wien noch vor dem Zusammenbruch der Donaumonarchie aufnahm, lange Zeit Anlass zur Kritik.¹⁹ Bis Mitte der 1920er Jahre beschwerte sich das NKID über unvollständige oder aber übereilte Meldungen der späteren TASS. Derartige Missstände im Arbeitsablauf konnten durchaus schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Große Verärgerung in Moskau rief beispielsweise hervor, dass 1924 eine Rede des damaligen stellvertretenden Volkskommissars für äußere Angelegenheiten, Maksim Litvinov, in ein Deutsch übersetzt worden war, das man als grob entstellt und sinnverzerrend beurteilte.²⁰ Auch 1927 musste die TASS in Wien herbe Kritik einstecken. Es hagelte Beschwerden aus Moskau, wo man die Berichterstattung über die Lage in Österreich als allzu lückenhaft erachtete und außerdem regelmäßige Nachrichten betreffend die Nachbarländer der Alpenrepublik einforderte. Die Verantwortlichen in Wien versuchten sich zu verteidigen und verwiesen ihrerseits auf die seitens Moskau angeblich ausgebliebene Auswertung des umfangreichen, postalisch übersendeten Informationsmaterials.²¹

In Österreich wiederum war man 1918/19 angesichts der Berichte zahlreicher Russlandheimkehrer einigermaßen befriedigend über die Entwicklungen im Machtbereich der Bolschewiki orientiert. Die »österreichische Revolution« unterschied sich indes gravierend von den Umwälzungen in Russland und manifestierte sich in einem Nebeneinander von Bruch und Kontinuität. Das zeigte sich nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie nicht zuletzt im auswärtigen Dienst, wo traditionell der Adel dominiert hatte. Alte und neue Strukturen existierten zunächst noch parallel. Das k.u.k. Ministerium des Äußern bestand bis 1920 in Form eines »liquidierenden Ministeriums«, während das Staatsamt, das für auswärtige Angelegenheiten zuständig war, die nunmehrigen Geschäfte führte. In Wien favorisierte man trotz aller Gegensätze, welche die Ereignisse des Oktober und November 1918 schufen, einen geordneten

wie maßgebliche Apparat besteht dort aus Kommunisten.« Zit. nach Rosenfeld, Günter: Zum Geleit. Die Problematik der sowjetischen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen, in Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor: Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 9–30, 13. Grundlegend zum Übergang vom »alten« Ministerium zum Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in: Istorija Diplomatii, Bd. 2: Diplomacija v novoe vremja (1872–1919 gg.), Moskva 1945, 303f.

19 Über die ROSTA in Wien siehe McLoughlin, Barry / Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Kommunismus in Österreich 1918–1938, Innsbruck / Wien / Bozen 2009, 112f.

20 GARF R-391/1/164/73.

21 GARF R-4459/1/167/22–31.

Übergang von der Monarchie zur Republik.²² In Russland hingegen wurde ein abrupter und radikaler Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen. Während die Bolschewiki die Präsenz und schließlich auch Akzeptanz vorrevolutionärer russischer Vertretungsbehörden im Ausland bekämpften und als ernst zu nehmende Konkurrenz betrachten mussten, vollzog sich in Österreich der Wechsel hin zu einem diplomatischen Dienst der Republik mehr oder weniger reibungslos. An dessen Spitze stand in den ersten überaus turbulenten Monaten nach Kriegsende allerdings ein Mann, dem die klerikal-konservativen Kräfte des Landes massiv misstrauten. Noch dazu lagen damals die Chancen, sich als Staatssekretär für Äußeres Meriten zu verdienen und Sympathien zu gewinnen, angesichts der seitens der Entente in Saint Germain vorgelegten Friedensbedingungen denkbar schlecht. Der Handlungsspielraum war äußerst begrenzt, und die Siegermächte achteten darauf, dass der junge Staat das nicht vergaß.²³

Kaum im Amt, verstarb am 11. November 1918 der Staatssekretär für Äußeres und Doyen der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler. Ihm folgte Otto Bauer nach, dem seit seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft im September 1917 – also noch vor der Oktoberrevolution – nachgesagt wurde, ein verkappter Bolschewik zu sein. Bauer kann zweifelsohne als eine der zentralen Figuren und als Motor der »österreichischen Revolution« bezeichnet werden. Auch in einem anderen Bereich kamen wesentliche Impulse von ihm: Der Sozialdemokrat hatte sich den Anschluss an Deutschland zur Aufgabe gemacht – ein Wunsch, der freilich bereits bei der Geburt der Republik explizit zum Ausdruck gebracht worden war und sich auf einen weitgehenden politischen Konsens stützte. Bauers damit verbundener Elan konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass er nicht über die Erfahrungen eines Berufsdiplomaten verfügte. Den jüdischen Intellektuellen, der bislang die Aktivitäten des k.u.k. Außenministeriums »aus kritischer marxistischer Sicht« kommentiert hatte, ansonsten aber auf wenig Berührungspunkte mit den Gepflogenheiten der diplomatischen Welt zurückblicken konnte, zum Leiter des Außenressorts zu machen, empfanden die »Alteingesessenen« am Ballhausplatz gewissermaßen als revolutionären Akt. Ludwig Freiherr von Flotow, der letzte k.u.k. Außenminister und Leiter des liquidierenden österreichisch-ungarischen Außenministeriums, monierte überdies die »gewollte sozialdemokratische Manierlosigkeit« seines Kollegen.²⁴ Das Verhältnis zu

22 Vgl.: Agstner, Rudolf: Abschied vom Ballhausplatz, in: Wiener Geschichtsblätter 60 (2005), 58–81.

23 Vgl. dazu Swanson, John C.: The Remnants of the Habsburg Monarchy: The Shaping of Modern Austria and Hungary 1918–1922, New York 2001.

24 November 1918 auf dem Ballhausplatz. Erinnerungen Ludwigs Freiherr von Flotow, des letzten Chefs des österreichisch-ungarischen auswärtigen Dienstes 1895–1920, hg. von Erwin Matsch, Wien 1982, 325.

Bauer war distanziert, wenngleich korrekt. Skepsis rief der sozialdemokratische Staatssekretär auch bei den Vertretern der Entente hervor, die ebenfalls fürchteten, Bauer könne allzu »links« eingestellt sein und womöglich dem russischen Vorbild nacheifern. Genossen hingegen bewerteten ihn als jemanden, der immer dann zur Stelle war, »wenn es galt, radikale Wünsche zu dämpfen, ohne den Ruf des zielbewussten Austro-Marxisten zu gefährden«.²⁵ Nach dem Motto »Entweder und Oder« gestaltete Bauer sein Wirken als Chef des Außenamtes und seine Tätigkeit als Innen- und Parteipolitiker. Der Balanceakt gelang – unter schwierigsten Bedingungen – in der Innenpolitik, wo er im Vereine mit seinen Parteikollegen eine Radikalisierung der Arbeiterschaft, ein Abdriften nach ganz links, mit Hilfe durchaus umwälzender Maßnahmen verhindern konnte. In der Außenpolitik, wo klare Entscheidungen seitens der Entente gegen den Anschluss fielen und Bauer gleichzeitig unmissverständliche Standpunkte in Hinblick auf den Bolschewismus abverlangt wurden, gelang er nicht.²⁶

Obwohl Bauer Bedenken hatte, »das alte diplomatische Personal zu verwenden«, da er die Republik nicht als Konkursmasse der Monarchie verstanden wissen wollte, blieben neue Gesichter im Staatsamt für Äußeres die Ausnahme.²⁷ Zu ihnen zählten Ludwig Moritz Hartmann²⁸ als Gesandter in Berlin und Otto Pohl als Leiter des Pressedienstes, der in den 1920er Jahren Österreich in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) beziehungsweise in der Sowjetunion repräsentierte. Hartmann, die Speerspitze der Bauerschen Anschluss-Politik verstarb bereits 1924, und Otto Pohl blieb bis zum Ende seiner diplomatischen Karriere ein Fremdkörper in einer Institution, die personell und im Amtsgebahren auf Kontinuität setzte. Keine Newcomer im Außenamt sehen wollte man erst recht nach dem Friedensvertrag von Saint Germain und Österreichs Aufnahme in den Völkerbund. Nur versierten Kennern der Materie wurde zugetraut, sich über die »lächerliche Rolle der Diplomaten machtloser Kleinstaaten« hinwegzusetzen und eine Politik zu machen, die zumindest sporadisch aus dem Schatten der drohenden Bedeutungslosigkeit heraustreten würde.²⁹ Unter diesen Vorzeichen mag es

25 Zit. nach Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien/Köln/Weimar 2011, 150.

26 Vgl. die Einschätzungen bei Hanisch: Otto Bauer, 159f.

27 Ebd., 151.

28 Vgl.: Agstner, Rudolf/Enderle-Burcel, Gertrude/Follner, Michaela: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 230–232.

29 Zit. nach Koch, Klaus/Rauscher, Walter/Suppan, Arnold (Hg.): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ), Bd. 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, 10.

nicht verwundern, dass »noch 1938 fünfzehn der zwanzig österreichischen Gesandten aus der altösterreichischen Diplomatie« kamen.³⁰

In Russland hingegen saßen im diplomatischen Dienst, soweit dieser in Anbetracht von Intervention und »Bürgerkrieg« sowie der damit einhergehenden weitgehenden Isolation der Sowjetmacht überhaupt agieren konnte, fast ausschließlich Newcomer. Es handelte sich um Revolutionäre, die viele Jahre außerhalb des Zarenreichs zugebracht hatten – darunter auch etliche Nichtrussen, die mitunter nicht einmal der russischen Sprache mächtig waren. Mieczysław Bronski etwa, der 1920 als Leiter einer sowjetrussischen Kriegsgefangenenmission in Österreich auch quasidiplomatische Aufgaben wahrnahm, konnte sich mit den gefangenen Russen, die bei ihm vorsprachen, nur mit Hilfe eines Dolmetschers verständigen. Darüber hinaus glichen die Verlautbarungen des NKID in seiner Anfangsphase weniger diplomatischen Schriftstücken als vielmehr Propagandaaufrufen oder Leitartikeln.³¹ Im Stile »ideologieschwangerer« Zeitungstexte und Expertisen über politische Entwicklungen mit dem Potenzial revolutionärer Umwälzungen abgefasst waren auch etliche Berichte aus Wien, die Richtung Moskau abgingen und bis etwa Mitte der 1920er Jahre entstanden. Allein aus dem Duktus der diplomatischen Berichterstattung lässt sich ersehen, wie sehr die frühe sowjetrussische beziehungsweise sowjetische Außenpolitik mit einem revolutionären Attentismus verknüpft gewesen war.

So groß sich nun die Unterschiede zwischen dem Volkskommissar für Äußeres und dem deutschösterreichischen Staatsamt für Äußeres ausnehmen, so klein scheinen die Voraussetzungen für eine Vergleichbarkeit der beiden Männer an ihrer Spitze zu sein. Es ist fraglich, ob der Umstand, dass Otto Bauer und Lev Trockij nach den Umwälzungen 1917 und 1918 jeweils für kurze Zeit die Außenpolitik ihres Landes führten, eine Gegenüberstellung ihrer Amtsführung sinnvoll macht. Und doch wurde genau das getan. Hierbei diente nicht die Frage des »Umbaus« des Amtes inklusive struktureller und personeller Veränderungen als Vergleichsachse, sondern das Amtsverständnis im Sinne seiner in Frage gestellten Notwendigkeit. Interessanterweise wurde hierfür die Bauersche Anschluss-Politik als Anhaltspunkt herangezogen. Dieser auf eine Vereinigung mit Deutschland abzielende Kurs Bauers bedeute, so heißt es bei Judit Garamvölgyi, in letzter Konsequenz »wie im Falle Trockij, sich selbst überflüssig machen, das außenpolitische Subjekt, den deutsch-österreichischen Staat als souveränes Mitglied eines wie auch immer gearteten Staa-

30 Suppan, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, Wien / München 1996, 328.

31 Geyer: Osteuropa-Handbuch, 91.

tensystems aufzuheben«. ³² Es ist freilich nicht zu übersehen, dass die Motive für diese Form der »Selbstausslöschung« bei Trockij und Bauer völlig anders gelagert waren. Der eine dachte nichtsdestoweniger in staatlichen Zusammenhängen, der andere begriff die Verwirklichung der Weltrevolution als Negation bisheriger Staatsformen.

Als fragwürdige Voraussetzung für den Vergleich diente überdies die jüdische Herkunft der beiden Männer. Dieser Umstand ist freilich nicht zuletzt mit der Verflechtung von Antisemitismus und Antibolschewismus verbunden, Faktoren, die im Österreich der Zwischenkriegszeit wahrlich keine geringe Rolle spielten und das Bild der Sowjetunion wesentlich mitbeeinflussten. Dass im Übrigen der Christlichsoziale Leopold Kunschak im Juni 1919 den Vertragsentwurf, der den Österreichern in Saint Germain vorgelegt wurde, als »Judenfriede« bezeichnete, der niemals unterschrieben werden dürfte, entbehrte gewiss nicht einer Spitze gegen den amtierenden Staatssekretär. ³³

Taktieren und schockieren

Im Rahmen der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk konnten sich die Repräsentanten der Mittelmächte davon überzeugen, dass die revolutionären Parolen der Bolschewiki nicht nur Worthülsen waren. Schließlich stellten die Mitstreiter Lenins schon zu Beginn der Unterredungen fest, dass sie das »Haager Abkommen, die Genfer Konvention« sowie weitere »im Laufe des Weltkrieges getroffenen Vereinbarungen« nicht mehr »als bindend« ansahen. ³⁴ Die Sowjetvertreter brüskierten die Repräsentanten der »alten Ordnung« mit radikalen und teils realitätsfernen Forderungen. So bestand man beispielsweise auf arbeitsrechtlichen Verbesserungen für die in der Kriegswirtschaft der Mittelmächte tätigen kriegsgefangenen Russen, welche weit über die geltenden Regelungen für die einheimischen Beschäftigten in Österreich-Ungarn oder Deutschland hinausgingen. Einige Beobachter der Unterredungen zwischen den Bolschewiki und den Vertretern der bis vor kurzem noch im Kriegszustand mit Russland befindlichen Staaten gewannen den Eindruck, als ginge es Lenin und seinen Mitstreitern weniger um die Einigung auf verbindliche

32 Garamvölgyi, Judit: Otto Bauer zwischen Innen- und Außenpolitik, in: Ackerl, Isabella/Hummelberger, Walter/Mommsen, Hans (Hg.): Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Wien 1981, 23–38, 26.

33 Wiener Stimmen, 13.6.1919 (»Der »Judenfriede«).

34 AT-OeStA/KA AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op. Nr. 49916.

Übereinkünfte als darum, die Delegierten der Mittelmächte zu schockieren.³⁵ Letztere waren durchaus nicht erpicht darauf gewesen, sich mit »solchen Leuten« an den Verhandlungstisch setzen zu müssen. Sie empfanden es vielmehr als bittere Notwendigkeit, Friedensgespräche mit Revolutionären zu führen, die man im eigenen Land, soweit möglich, einer entsprechenden Bestrafung für ihre Widersetzlichkeit unterzog.³⁶ Doch die Diplomaten pflegten weitere prinzipielle Vorbehalte gegenüber den Bolschewiki, die sich keineswegs nur auf die ideologische Ablehnung der »gottlosen Umstürzler« beschränkten. Für die in der Regel antibolschewistisch gesinnten Eliten außerhalb Russlands stellten die Vertreter der »proletarischen Rätemacht« vielmehr ganz grundsätzlich die »Errungenschaften der Zivilisation« in Frage. Nicht nur in den Ministerien und Botschaften, sondern auch in der Presse thematisierte man aus diesem Blickwinkel die »Besonderheiten« von Sowjetrepräsentanten, die bis vor Kurzem noch im »toten Winkel der Geschichte« agiert hatten und jetzt die Regierungsgewalt in weiten Teilen des untergegangenen Zarenreichs innehaten oder zumindest beanspruchten. Jedenfalls fehlten in den entsprechenden Charakterisierungen selten Bemerkungen über die Herkunft, die Umgangsformen oder gar die Tischmanieren von Lenins »Emissären«. Sie nahmen ihre Gesprächspartner als »typische Exponenten« des »Oktoberregimes« wahr, die »in Hemdsärmeln, ohne Krawatte und mit abgetragenen Pantoffeln« Empfänge veranstalteten.³⁷ Später wusste man von einigen »roten Funktionären«, dass sie Posten in Auslandsmissionen aufgrund ihrer »Abneigung gegen den offiziellen gesellschaftlichen Verkehr und die darin vorgeschriebenen Formen« von vornherein ablehnten.³⁸ Wer dennoch in »auswärtigen Angelegenheiten« tätig wurde, versuchte nach Ansicht westlicher Beobachter seine »kommunistische Überzeugung durch proletarisches Aussehen noch zu unterstreichen.«³⁹ Auf ähnliche Weise urteilte man etwa über Adolf Ioffe, der nach seiner Teilnahme an den Brester Verhandlungen zum Botschafter Räterusslands in Berlin ernannt wurde. Bald wegen des Vorwurfs kommunistischer »Wühl- und Propagandaarbeit« zur Abreise aus Deutschland gezwungen, beschäftigte die dortigen Regierungsstellen vor allem auch der »Stil« des »Abgesandten«, der sich weigerte, »Exzellenz« oder »Botschafter« genannt zu werden, und die Be-

35 Vgl.: Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien / Köln / Weimar 2003, 245.

36 AT-OeStA/HHSTA PA I/Karton 1056, Liasse Krieg – Friedensverhandlungen, Fol. 729.

37 Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt am Main 1955, 35.

38 VGA, Altes Parteiarchiv, Militärverband der Republik Österreich, Karton 1, Mappe 4: Österreichische Vertretung in Moskau. Politischer Bericht v. 4.5.1925.

39 Hilger: Wir und der Kreml, 35.

zeichnung »Bevollmächtigter Vertreter« oder überhaupt eine schlichte Anrede als »Herr Ioffe« bevorzugte.⁴⁰ Tatsächlich ist die Bezeichnung »Bevollmächtigter Vertreter« (Polnomočnyj predstavitel' bzw. Polpred) für die Botschafter der Sowjetmacht, die im Juni 1918 per Dekret eingeführt wurde, als Signal wider die Usancen der »alten Diplomatie« zu verstehen.⁴¹

Für den damaligen k.u.k. General Edmund Glaise von Horstenau versinnbildlichte die Begegnung zwischen dem österreichisch-ungarischen Außenminister Czernin und dem Leiter der Sowjetdelegation in Brest-Litovsk, Adolf Ioffe, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen »alter« und »neuer« Diplomatie. Er schilderte in diesem Zusammenhang die Unterredung der beiden Männer in Brest, wobei er es nicht verabsäumte, die jüdische Herkunft Ioffes zu erwähnen, dem er trotz dessen leidenschaftlichen Auftretens als Revolutionär das »milde Aussehen eines Rabbiners« zusprach. »Es war«, schrieb Glaise, »in einer Fensternische – da standen einander zwei Welten gegenüber. Auf der einen Seite Czernin, als Kavallerie-Major verkleidet, mit dem Goldenen Vlies um den Hals, schnittig und nervös wie ein Araberpferd – auf der anderen, in bürgerliches Schwarz gekleidet, der kleine Mann mit dem schwarzen Vollbart und den dicken Augengläsern, Vorkämpfer einer der größten Revolutionen, die je über diese unglückselige Erde hinweggebraust sind.«⁴²

Als freilich Georgij Vasiljevič Čičerin im März 1918 Lev Trockij als Außenkommissar nachfolgte, hoffte die »alte Welt« bereits, die Außenpolitik Sowjetrusslands werde gar nicht so revolutionär sein wie ursprünglich befürchtet. Immerhin leitete ab nun ein Mann die äußeren Angelegenheiten des Sowjetreichs, der sowohl hinsichtlich Herkunft als auch in puncto Karriere auf die Traditionen des »alten Russland« verwies.⁴³ Doch die Diplomaten, ob sie nun in Wien, Berlin, Paris oder London saßen, hofften vergebens. Der Mozartkenner, der bereit schien, gewisse Muster der früheren zarischen Außenpolitik zu goutieren, ließ sich trotz verschiedener, durchaus schwerwiegender Differenzen mit allzu radikalen Köpfen unter den Bolschewiki kaum als Vertreter der »alten Ordnung« charakterisieren.⁴⁴

40 Wulff, Dietmar: A. A. Ioffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente (Teil I Mai 1918), in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. Deutsch-russische Beziehungen, Nr. 1, 1995, 216.

41 Vgl.: Geyer, Dietrich/Meissner, Boris: (Hg.): Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Völkerrechtstheorie und Vertragspolitik, Köln/Wien 1976, 21.

42 Broucek, Peter (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Glaises von Horestenau, Bd. 1. Wien/Köln/Graz 1980, 447.

43 Čičerin hatte vor seiner Emigration im Archivdienst des zarischen Außenministeriums gearbeitet. Von August 1917 bis Jänner 1918 saß er eine Haftstrafe im Brixtoner Gefängnis ab und wurde erst durch eine Intervention der Sowjetregierung bei der britischen Regierung freigelassen. – Rosenfeld: Die Problematik, 15.

44 Thomas, Ludmila: Georgij Čičerins Weg in die sowjetische Diplomatie, in: Thomas/Knoll: Zwischen Tradition und Revolution, 31–72, 52f. und 57.

Ein Großteil der in St. Petersburg bzw. Petrograd und in Brest-Litovsk geführten Friedensgespräche in den ersten Wochen des Jahres 1918 war indessen Prinzipienfragen und ideologischen Diskrepanzen gewidmet, wobei die Bolschewiki darauf achteten, Zeit zu gewinnen und die Beratungen zu verschleppen.⁴⁵ Zunächst sorgte in diesem Sinn, aber auch angesichts der enormen deutschen Gebietsforderungen die Strategie des NKID-Chefs, mit der Losung »Weder Krieg noch Frieden« die Friedensgespräche mit den »Generälen von Kaiser Wilhelm II.« zu verlängern, für einige Irritation bei den Gesprächspartnern aus dem Hohenzollernreich und der Habsburgermonarchie. In den Reihen der Bolschewiki knüpfte man an die Verzögerungstaktik unterdessen die Hoffnung, mit den »kapitalistischen und militaristischen Räubern« bald überhaupt nicht mehr verhandeln zu müssen. Schon hinter dem Friedensaufruf im Zuge der bolschewistischen Machergreifung war der Glaube an die bevorstehende Weltrevolution gestanden, die Zuversicht, eine grenzüberschreitende Solidarität des »Proletariats aller Länder« werde dem »rückständigen Russland«, dem vor allem von einer »feindseligen Bauernschaft« umgebenen »Oktoberregime«, zu Hilfe kommen. Die pazifistischen Parolen erwiesen sich solcherart als Propaganda, hinter der sich realiter die Strategie des »Weltbürgerkriegs« zum Sturz der »imperialistischen Herrscher« verbarg.⁴⁶

Die Reaktionen des »ausländischen Proletariats« und insbesondere die damaligen Kräfteverhältnisse an den Fronten zwangen allerdings Lenin als Partei- und Regierungschef, die eigenen Wunschvorstellungen hintanzustellen und den »ungeduldigen Revolutionskriegern« innerhalb seines Anhangs klar zu machen, dass man sich an den gegenwärtigen Möglichkeiten zu orientieren habe. Im Moment diktiert die Hohenzollernarmee den Lauf der Dinge. Deutschland gehe »vorläufig nur mit der Revolution schwanger, wir aber haben bereits ein völlig gesundes Kind geboren«, gab der Vorsitzende der Sowjetregierung, des Rates der Volkommissare (Sovnarkom, SNK), zu bedenken.⁴⁷

Pragmatismus als Wesensmerkmal sowjetischer Außenpolitik

Der »globale Umsturz« als Kampfansage an die »gesamte bürgerliche Welt« wurde gewissermaßen vertagt. Der Friede mit den Mittelmächten, der Vertrag

45 Figes: Tragödie, 573.

46 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 24f.

47 Zit. nach Figes: Tragödie, 576.

von Brest-Litovsk, wurde von der KP-Führung allerdings lediglich als »Atempause« begriffen, um dem »ersten sozialistischen Staat« die Gelegenheit zu geben, sich zu stabilisieren und Kräfte zu sammeln. Neben dem »existenzsichernden Pragmatismus« betonte man dabei aber weiterhin die ideologischen Grundsätze des »proletarischen Internationalismus«. ⁴⁸

Die Niederlagen probolschewistischer Kräfte außerhalb Russlands ab 1918/19 änderten an solchen »endgültigen Zielsetzungen« nichts, manövrierten die Moskauer Außenpolitik aber in die Notwendigkeit, zu »tricksen« und zu »lavigieren«. Der provisorische Charakter der Sowjetstrategien manifestierte sich in einer mehr oder minder dynamischen »Doppel-« oder »Mehrfachtaktik«. Dieses Provisorium allerdings entwickelte sich zu einer Konstante des außenpolitischen Handelns. Sie erlaubte es den Verantwortlichen auch, ideologisch motivierte »Verbote« zu umgehen, wenn es die Situation erforderlich machte. Die »Elastizität« der sowjetrussischen und später sowjetischen Außenpolitik setzte zeitgenössische Beobachter nicht selten in Erstaunen und verleitete dazu, sie als regelrecht »enigmatisch« zu bezeichnen. So rätselhaft aber eine durch und durch utilitaristisch gepolte sowjetische Außenpolitik für viele auch wirken musste, so pragmatisch war sie realiter. Was zählte, war die Absicherung des Erreichten, ohne die Option auf eine Vergrößerung des Handlungsspielraums zu vernachlässigen. Noch bevor Stalin seine Gefolgschaft auf den Grundsatz vom »Sozialismus in einem Land« einschwor, waren die Prioritäten klar definiert worden. Nach dem Motto »Russland zuerst« handelte bereits der bolschewistische »Übervater«. Lenin selbst hatte die Weichen in diese Richtung gestellt und war nicht darum verlegen, sie mit einer geschickten Dialektik zu rechtfertigen, welche überdies den situationsbedingten temporären Verzicht auf ideologiekonformes Handeln gewissermaßen zum Prinzip erhob. Erlaubt war also alles, was der Sowjetmacht nützte, und solange »nicht die ganze Welt erobert« war, kulminierte der Sinn der bolschewistischen Außenpolitik in der Förderung von Gegensätzen und Widersprüchen innerhalb des »kapitalistischen Systems«. ⁴⁹ Es sei dahingestellt, ob nicht auch die für die 1930er Jahre prägende Politik der »kollektiven Sicherheit« letztlich dieser Strategie entsprach. ⁵⁰ Der Umstand, dass sich Moskau massiv und aktiv in die europäische Bündnispolitik einbrachte, trennte die Staaten gewissermaßen in

48 Knoll, Viktor: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im Prozeß außenpolitischer Entscheidungsfindung in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Thomas / Knoll: Zwischen Tradition und Revolution, 73–155, 106f.

49 Zit. nach Geyer: Osteuropa-Handbuch, 45.

50 Siehe dazu Bordjugow, Gennadij: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten außenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933–1934, in: Thomas / Knoll: Zwischen Tradition und Revolution, 371–399, 372.

solche, die mit der Sowjetunion paktierten und in solche, die dies nicht taten. Was immer sich daraus ergab – zu einer Verbesserung der Verständigung der europäischen Länder untereinander trug dies schwerlich bei. Moskau ging indessen selbst dann Kompromisse ein, wenn diese offen im Widerspruch zum bisher vertretenen Kurs standen. Die glühend vorgetragene unversöhnliche Gegnerschaft zum Faschismus hinderte die Sowjetunion bekanntermaßen keineswegs daran, ihre Beziehungen zu faschistischen oder autoritären Staaten wenn nicht freundschaftlich, dann doch wenigstens korrekt gestalten zu wollen. Vor diesem Hintergrund ist der These, wonach die Ideologie lediglich ein Mittel darstellte, welches dazu diente, dem eigenen Staatsapparat »die aktuellen Prioritäten der politischen Führung nahe zu bringen«, einiges abzugewinnen. Die »legitimatorische« Funktion der Ideologie erklärte auch, »warum der Wechsel ideologischer Prämissen nie mit einer Kritik an den vorher geltenden Dogmen bzw. an der bis dahin verfolgten Politik verbunden wurde«⁵¹. Für eine nachmalige »Ideologisierung des Praktischen«⁵² und eine bisweilen geradezu abenteuerliche Auflösung augenscheinlicher Ungereimtheiten gerade auch im außenpolitischen Handeln sorgte nicht zuletzt die staatliche Propaganda. Bewährt hatte sie sich bereits 1917/18, als die Rede vom Frieden war und gleichzeitig vom revolutionären Krieg.

Allerdings ging es gar nicht immer darum, vorhandene Widersprüche gerade zu biegen. Wenn *Pravda* oder *Izvestija* etwas anderes schrieben, als beispielsweise der Außenkommissar von sich gab, dann konnten auch derlei Abweichungen nützlich sein: Sie trugen zur Verwirrung des Auslands bei, das die sowjetische Außenpolitik wider besseres Wissen nach den Maßstäben eigener Gepflogenheiten bewertete und sich dann verwundert gab, wenn es schwer fiel, die Vorgehensweise des Kremls als logisch und stringent zu beurteilen. Noch war man weit entfernt von der scheinbaren Vorhersehbarkeit sowjetischer Verhaltensweisen, die sich nach 1945 – zumindest aus österreichischer Sicht – vielfach auf das berühmte »Njet« reduzieren ließen. Andererseits aber erscheint es zulässig, die Komplexität von Moskaus Außenpolitik nach der Oktoberrevolution und bis zum Hitler-Stalin-Pakt sehr wohl auf das »herunterzuberechnen«, was schließlich auch die Außenpolitik anderer Staaten ausmachte: Man tat das, was den eigenen Zielen zum Vorteil gereichte und ging dabei nicht immer einen geraden Weg. Moskau reagierte auf aktuelle Entwicklungen und verzichtete hierbei weitgehend auf eine wirklich klare und durchgängige

51 Haue, Rikke: Perzeption und Quellen: Zum Wandel des Dänemark-Bildes der sowjetischen Diplomatie in den dreißiger Jahren, in: Thomas/ Knoll: Zwischen Tradition und Revolution, 399–430, 403.

52 Vgl. dazu: Schlögel, Karl: Utopie als Notstandsdenken – einige Überlegungen zur Diskussion über Utopie und Sowjetkommunismus, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, 77–96.

außenpolitische Linie. Inwieweit diese Verhaltensweise schon die Bezeichnung »schizoid« verdient, mit dem Terminus »funktionale Schizophrenie« zu umschreiben ist oder lediglich als situationsbedingt oder gar »konventionell« zu gelten hat, soll hier nicht entschieden werden.⁵³ In gewisser Weise irritierend bleibt für einige Historiker freilich, dass – ungeachtet der Akzeptanz von der Annahme einer im Grunde flexiblen Außenpolitik – im Gegensatz zur Innenpolitik der Sowjetunion für die Außenpolitik kein »Masterplan« existiert haben soll, kein verbindliches Programm, das auch nur mit annähernd vergleichbarer Konsequenz umgesetzt worden wäre wie Stalins Vorstellungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung oder seine Terrorkampagnen.⁵⁴ Als Grund hierfür, das angeblich mangelnde Interesse des vornehmlich mit innenpolitischen Belangen befassten »vozd'« an der Außenpolitik anzuführen, erscheint wenig überzeugend.⁵⁵ Der Umstand, dass sich der Schwerpunkt außenpolitischer Entscheidungsfindung vom ZK zunehmend in das Politbüro verlagerte und der Kreis der tatsächlichen Entscheidungsträger auf wenige Personen beschränkt war, spricht eher für das Gegenteil. Freilich tun sich auch diesbezüglich Ungereimtheiten auf. Dass etwa in Oleg Chlevnjuks Standardwerk über das Politbüro in den 1930er Jahren der Name des damaligen NIKD-Chefs und Nachfolgers von Georgij Čičerin, Maksim Litvinov, kein einziges Mal vorkommt, lässt immerhin mehrere Schlüsse über den Stellenwert der Außenpolitik beziehungsweise die Eigenständigkeit oder aber Bevormundung des Volkskommissariats unter Stalin zu.⁵⁶ Berücksichtigt man den Umstand, dass nur eine der 20 Politbürositzungen 1935 außenpolitischen Fragen gewidmet war, erscheint die Vermutung, wonach die diesbezügliche Entscheidungsgewalt »beim Generalsekretär der VKP(b)« lag, schlüssig.⁵⁷ Weitere Zahlen und Vergleiche in Hinblick auf die Präsenz Litvinovs bei Sitzungen des Politbüros lassen indessen die Bedeutung der Außenpolitik in einem anderen Licht erscheinen. Sabine Dullin verweist darauf, dass der NKID-Chef zwischen Februar 1934 und Juni 1937 bei 21 von insgesamt 45 Politbürositzungen anwesend

53 Vgl. DerDerian, James: *On Diplomacy. A Genealogy of Western Estrangement*, Oxford / u. a. 1987, 48.

54 Der Glaube, es habe ein »Masterplan« existiert, ist natürlich aufs Engste mit der Idee der Weltrevolution verknüpft und verleitet auch heute Historiker dazu, eine durchgängige, weitgehend von den eigenen Machtverhältnissen abgekoppelte Linie vor allem aggressiver außenpolitischer Planungen Moskaus zu sehen. – Vgl. Musial, Bogdan: *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin 2008.

55 Siehe dazu O'Sullivan, Donal: *Stalins »Cordon sanitaire«*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn / München / Wien / Zürich 2003, 52.

56 Selbst wenn man zu dem Schluss kommt, dass Chlevnjuks Fokus auf die Innenpolitik konzentriert bleibt, wirft die weitgehende Ausklammerung außenpolitischer Themen Fragen zur Auswahl der bearbeiteten Materialien auf.

57 Knoll: *Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten*, 94.

gewesen war, und sie erwähnt die unzähligen Berichte⁵⁸, die Litvinov an Stalin und andere »Parteigranden« in Bezug auf außenpolitische Themen versandt hat. Molotov, Vorošilov und Kaganovič firmieren in diesem Zusammenhang als wichtigste Ansprechpartner des Außenkommissars, der allerdings mehr Direktiven entgegen genommen als Ratschläge gegeben haben dürfte.⁵⁹

Tatsächlich scheiden sich in der Frage, inwieweit das Narkomindel in der Lage war, sich eine Art Unabhängigkeit von den Einflussnahmen der Staats- und Parteispitzen zu bewahren, die Geister.⁶⁰ Zweifelsohne wird man sowohl bei der Frage nach dem Handlungsspielraum des NKID als auch bei der Bewertung der Außenpolitik insgesamt die veränderten Rahmenbedingungen speziell ab 1927 und mit Beginn der 1930er Jahre im Auge behalten müssen.

Der Utilitarismus der sowjetischen Außenpolitik mag indes spezielle Spielarten aufweisen, einzigartig war er aber nicht. Die Außenpolitik anderer Staaten blieb gleichfalls nicht immer »straight« auf einer Linie. Dieser Umstand ergab sich logischerweise schon alleine dadurch, dass sich die politischen Kräfteverhältnisse in einem Land etwa infolge demokratischer Wahlen ändern konnten. Als Beispiel anzuführen wäre hier die alles andere als konstante Sowjetunionpolitik der Briten oder Franzosen. Und schließlich ergab sich auch außerhalb der Sowjetunion die Notwendigkeit, auf einschneidende außenpolitische Ereignisse ad hoc zu reagieren. Nicht immer erwiesen sich in diesem Zusammenhang bereits erprobte Verhaltensweisen als sinnvoll. Der Umstand, dass etwa Stalin internationale Entwicklungen keineswegs durchgehend treffsicher beurteilte, machte Korrekturen vorhandener Richtlinien im Umgang mit der »Außenwelt« von Zeit zu Zeit notwendig.⁶¹ So ergibt sich ein Befund, der sich im Wesentlichen mit den Aussagen von Teddy Uldricks deckt. Dieser meinte schließlich, dass »der Kreml einen diplomatischen Kurs steuerte, der weder moralisch noch ideologisch als konsequent zu bezeichnen ist. Moskaus Politik war wie die der Demokratien weder rein und edel noch teuflisch und verschlagen.«⁶²

58 Über die Informationsflut, die Stalins Schreibtisch erreichte und die die Frage seiner individuellen »Entscheidungsfindung« nach sich zieht, siehe u. a. Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, 359.

59 Dullin, Sabine: Litvinov and the People's Commissariat of Foreign Affairs: the Fate of an Administration under Stalin, 1920–1939, in: Pons, Silvio / Romano, Andrea: Russia in the Age of Wars 1914–1945, Milano 2000, 121–146, 132–134.

60 Vgl. dazu etwa Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, 359.

61 Vgl. dazu: Luks, Leonid: Anmerkungen zu Fehleinschätzungen des Nationalsozialismus durch die Bolschewiki und die Kommunistische Internationale, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2009, 299–314.

62 Zit. nach Gorodetsky, Gabriel: Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen »Barbarossa«, Berlin 2001, 29.

Präferenzen und Zuschreibungen

Seit Brest-Litovsk ließen sich Lenin und seine Gefolgsleute auf die Normen der traditionellen Diplomatie ein, um sie andererseits grundsätzlich abzulehnen. Und seit Brest-Litovsk war man bereit, von den kapitalistischen Ländern vorgegebene Spielregeln zu akzeptieren, ohne sich im entscheidenden Moment an irgendetwas gebunden zu fühlen – schon gar nicht an einen mal mehr, mal weniger glaubwürdig versprochenen Verzicht auf weltrevolutionäre Pläne.⁶³

Als erste konkrete Konsequenz der Zweigleisigkeit der bolschewistischen Außenpolitik war schließlich die Gründung der III. oder Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) erfolgt.⁶⁴ Doch die Trennung in eine revolutionäre und eine zunehmend konventionelle Außenpolitik bewährte sich nur bedingt. Die Konflikte zwischen dem Narkomindel unter dem Trockij-Nachfolger Georgij Čičerin und der Komintern unter ihrem Vorsitzenden Grigorij Zinov'ev spitzten sich schließlich zu. Nach dem Ende des »Bürgerkriegs« musste eine bis dahin isolierte und wirtschaftlich am Boden liegende Sowjetmacht die Kooperation mit der »Außenwelt« suchen, um zu überleben. Die Neue Ökonomische Politik (NĖP) mit ihren Zugeständnissen an marktwirtschaftliche Prinzipien sollte nicht zuletzt als Signal für eine Annäherung an die kapitalistischen Länder verstanden werden. Sowjetrussland streckte die Hand aus. Doch die Rückkehr des »Geächteten« in die internationale Staatenwelt gestaltete sich schwierig. Zu groß war das Misstrauen gegenüber einem revolutionären Regime, das die alte Ordnung in Russland gestürzt hatte und angetreten war, die ganze Welt nach diesem Vorbild zu verändern. Versuchte der Außenkommissar die »Bonität« der Bolschewiki als Gesprächspartner auf dem diplomatischen Parkett und in Wirtschaftsangelegenheiten unter Beweis zu stellen, funkten ihm jene dazwischen, die auf fremdem Boden ihre konspirative Tätigkeit entfalteten und so das Ausland brüskierten. Der Knoten schien unauflösbar. Auf Druck des Politbüros der KP und nach monatelangen Unterredungen einigten sich die beiden Funktionäre schließlich Ende 1921 auf eine weitgehende strukturelle und organisatorische Entflechtung der beiden Einrichtungen. Dieses Verhandlungsergebnis konnte schon deshalb nicht leicht erzielt werden, weil die KI- und NKID-Apparate, ebenso wie die »Erkundungsabteilung« der Roten Armee (G/RU) und die Auslandsdienste der Tschecha (später GPU bzw. NKVD) auch weiterhin in vielen Belangen aufeinander angewiesen waren.⁶⁵

63 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 25.

64 Zur Gründung der KI ausführlich: Hedeler, Wladislaw/Vatlin, Alexander (Hg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919, Berlin 2008.

65 Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 106.

Inwieweit das systemimmanente Neben- und Gegeneinander der betreffenden Institutionen den evidenten Strukturschwächen des frühen Sowjetstaates entsprachen, eine damals zweifelsohne noch stark vorhandene Pluralität in der Diskussion um den »richtigen Weg« abbildete oder vor allem die Desorientiertheit der in ihrem Eifer gebremsten Revolutionäre widerspiegelte, ist hinsichtlich der Gewichtung dieser Faktoren schwer zu beurteilen. Fest steht, dass dem Außenkommissar daran gelegen war, die Schatten der KI und der Geheimdienste los zu werden. Fest steht aber auch, dass er bei seinen diesbezüglichen Versuchen auf der Stelle zu treten schien. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Beobachter außerhalb der RSFSR und später der Sowjetunion, und diesen Eindruck erhärten auch russische Archivadokumente. So wandte sich Čičerin im Jänner 1924 in einem Brief an Lev Kamenev, das Politbüro und die Mitglieder des NKID-Kollegiums. Hierin ging es nicht nur mehr um eine klare Abgrenzung zwischen KI und Außenkommissariat. Čičerin forderte vielmehr eine »feierliche Erklärung« seitens des Sowjetkongresses über die Unabhängigkeit der sowjetischen Regierung von der Komintern.⁶⁶ Solche Gesten vermochten das Misstrauen im Ausland dennoch nicht zu zerstreuen.

Obwohl sich Georgij Čičerin immer wieder von KI-Aktivitäten distanzierte und die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zwischen ihm und Zinov'ev tatsächlich nicht nur als »Schaukampf« zu verstehen sind, machte sich auch der NKID-Chef das Prinzip der Doppelbödigkeit außenpolitischen Handelns zueigen.⁶⁷ Das Ausland blieb demnach zu Recht skeptisch gegenüber den Losungen von der »friedlichen Koexistenz« und den Versprechungen einer Diplomatie, deren Repräsentanten sich zudem wenig Mühe gaben, ihre revolutionäre Gesinnung zu verbergen. Dieses Dilemma verstärkte jedenfalls im Narkomindel das Bedürfnis nach verbindlichen Regeln für das Verhalten der Polpredy im Ausland. Sie sollten gewissermaßen eine pragmatische Interessenspolitik mit den Vorstellungen von der »Weltrevolution« in Einklang bringen. Im Juli 1924 kursierte im NKID ein diesbezüglicher Entwurf, der sich an die diplomatischen Vertreter »im Westen« richtete. Dort war ganz ohne Umschweife von den Schwierigkeiten einer »Synthese« der »Staats- und der Parteilinie« die Rede. Die verlangte »Nichteinmischung« in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes bedeutete keineswegs den Verzicht auf eine »moralische Unterstützung« von »revolutionären« Kräften. Die Anleitungen dafür, wie weit diese Unterstützung aber gehen durfte, blieben einigermaßen schwammig. Unterstrichen wurden hingegen die bereits 1923 ausgegebenen Richtlinien des Politbüros, wonach ein Polpred die Beziehungen zu den jewei-

66 RGASPI 82/2/228/16.

67 Allgemein dazu Čičerin, G. V.: Stat'i i reči po voprosam meždunarodnoj politiki, Moskva 1961.

ligen Vertretern des Außenamtes seines Gastlandes so intensiv wie möglich gestalten und sich häufig mit Personen aus Politik, Kunst und Wissenschaft sowie mit Journalisten treffen sollte.⁶⁸ Gerade dieser Auftrag aber war nicht immer leicht zu erfüllen. Polen beispielsweise ließ den Sowjetrepräsentanten in Warschau spüren, wie angespannt sich die Beziehungen zu Moskau darstellten. Der Polpred war ursprünglich nicht als vollwertiger Botschafter, ja nicht einmal als »Gesandter« betrachtet worden. Diese Zurückstufung hatte beispielsweise dafür gesorgt, dass der Sowjetvertreter bei offiziellen Anlässen immer ganz hinten stand oder saß und sich nicht gerade als erwünscht, sondern höchstens als gnadenhalber geduldet empfand.⁶⁹ Auch in Wien mussten sich beispielsweise die offiziellen Repräsentanten der Sowjetukraine, die 1921/22 infolge eines Übereinkommens mit Österreich über die Einräumung konsularischer Befugnisse in die Hauptstadt der Alpenrepublik gekommen waren, die Anerkennung als alleinige Vertreter ihres Herkunftslandes erst erkämpfen.⁷⁰ Hier nämlich hatten seit Ende der Monarchie verschiedene Repräsentanten der umkämpften Ukraine, die noch dazu unterschiedlichen politischen Lagern angehörten, ihr Quartier aufgeschlagen. Die österreichischen Behörden beeilten sich nicht gerade, den Alleinvertretungsanspruch der sowjetukrainischen Abgesandten anzuerkennen und dem Wirrwarr der existenten diplomatischen Missionen, die im Namen Galiziens beziehungsweise der Ukraine auftraten, ein Ende zu bereiten.⁷¹ Eine in den Augen Moskaus inakzeptable Haltung nahm das österreichische Außenministerium dann schließlich auch gegenüber den sich in Wien aufhaltenden antibolschewistischen Vertretern des untergegangenen Romanovimperiums ein. Letztere waren Moskaus Repräsentanten in Österreich ein Dorn im Auge, da sie ungeachtet der neuen Kräfteverhältnisse im untergegangenen Zarenreich angeblich immer noch Pässe ausstellten und dadurch die Autorität der Sowjetvertretung zu untergraben drohten.⁷²

Auf diplomatischer Ebene konnte man sich vieler verschiedener Methoden bedienen, um Moskau zu signalisieren, dass die bilateralen Beziehungen, die

68 RGASPI 159/2/4/40–47.

69 Ebd. Erst 1924 akzeptierte Moskau das übliche diplomatische Rangprinzip. Der jeweilige Polpred führte in der Folge den Zusatz »mit dem Titel eines Botschafters«. Geyer / Meissner: Osteuropa-Handbuch, 21.

70 Der Vertretung der Sowjetukraine gehörten u. a. G. Besedovskij, J. Kocjubinskij und der spätere Leiter der russischen Sowjetvertretung in Österreich, Aleksandr Šlichter, an. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Liasse Russland 22, Notiz der Wiener Polizeidirektion für das BM für Äußeres, 7.3.1922, Pr.Z.IV-788.

71 Siehe Moritz, Verena: Emigrants'ki diplomatski predstavnictva ukrainciv u Vidni v 1919–1922 rr., in: Perša svitova vijna ta problemi deržavotvorennja u central'nij ta schidnij Evropi, Černivci 2009, 199–212.

72 Siehe McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 52.

nach dem Ende der alliierten Interventions- und Isolationspolitik ohnehin nur zaghaft zu Stande kamen, nach Möglichkeit auf kleiner Flamme köcheln sollten. In der Regel auf Distanz zum Kreml blieben auch jene Staaten, denen das Oktoberregime von Beginn an seine besondere Aufmerksamkeit widmen wollte – den Verliererstaaten des Weltkriegs. Dort, bei den »Erniedrigten und Beleidigten«, ortete Moskau die größte Unzufriedenheit und demgemäß das größte Potenzial für künftige soziale Unruhen und schließlich Umwälzungen größeren Maßstabs. In diesem Kontext und gewiss auch unter Berücksichtigung der enormen ökonomischen Kapazitäten ist schließlich die Sonderstellung zu bewerten, die Deutschland in der sowjetischen Außenpolitik einnehmen sollte. Moskau lehnte das System des Versailler Friedens als Ausfluss einer »räuberischen, imperialistischen« Politik ab. Folgerichtig wurde auch das kleine Österreich als Opfer betrachtet, als Spielball vor allem der Franzosen und Briten. Die Moskauer Sicht auf den Kleinstaat akzeptierte so gesehen das Bild, das die Republik von sich selbst zeichnete. Diese betrachtete sich als ein dem Elend preisgegebenes Land, dessen vorgegebene Grenzen im Widerspruch zu den vorhandenen wirtschaftlichen Bedürfnissen und zum Recht auf nationale Selbstbestimmung stünden. Frankreichs Premierminister Georges Clemenceau hatte schon im März 1919 gegenüber den Österreichern klargestellt: »Wir verlangen von euch nur, dass ihr unabhängig bleibt, macht mit eurer Unabhängigkeit was ihr wollt: aber ihr dürft keinem deutschen Block beitreten oder an einem deutsche Revanchekrieg teilnehmen.«⁷³

Genau darin aber bestand das Problem: Die Unabhängigkeit des Landes stand nicht nur deshalb zur Disposition, weil sie eine Menge ungelöster Fragen hinsichtlich des wirtschaftlichen Fortkommens hinterließ und der Bevölkerung oder zumindest Teilen von ihr letztendlich nur als eine Art Notlösung vorkam. Auch in Anbetracht der Begehrlichkeiten von Österreichs Nachbarn erschien seine Souveränität keineswegs als unantastbar.

Den bereits bei Entstehung der Republik zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem Anschluss an Deutschland, den dann der Friedensvertrag von Saint Germain explizit untersagt hatte, erachtete der Kreml hingegen mit Verweis auf die ökonomische Misere und die »nationalen Gemeinsamkeiten« mit dem »deutschen Brudervolk« als nachvollziehbar. Moskaus Lösungsvorschlag für die Probleme Österreichs und schließlich für den gesamten mitteleuropäischen Raum erschöpfte sich freilich im Ratschlag, zur »Gründung von Räte-republiken in der Region« zu schreiten.⁷⁴ Einen auch nur annähernd so wichtigen Ansprechpartner, wie es Deutschland spätestens seit dem Vertrag von

⁷³ Zit. nach ADÖ, Bd. 2: Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919, 10.

⁷⁴ Pravda, 28.9.1919.

Rapallo war, vermochte man indessen im kleinen Österreich nicht zu sehen. Zumindest damals nicht.

Vor dem Zusammenbruch der Monarchie hatten die Bolschewiki freilich noch anders gedacht. Nicht zuletzt die Jännerstreiks 1918 präsentierten das Habsburgerreich in den Augen Lenins und seiner Anhänger als ein »revolutionäres Zukunftsgebiet«. Dabei ließ sich die Kriegsgefangenenproblematik nutzen, um den potentiellen revolutionären Kräften bei den Mittelmächten Verstärkung aus Russland zukommen zu lassen. Da sich sowohl auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs als auch in der Donaumonarchie jeweils Hunderttausende von Kriegsgefangenen befanden, erschien es nur logisch, Fürsorgemissionen zu entsenden. K.u.k. Außenminister Czernin gab im Zuge der Unterredungen in Brest-Litovsk einem Vertreter des NKID die mündliche Zusage, die Entsendung einer derartigen Delegation aus Sowjetrußland zu akzeptieren. Als aber die Bolschewiki ankündigten, die Mitglieder der Mission würden sich nicht nur humanitären Aufgaben zum Wohle der Gefangenen zuwenden, sondern auch »aufklärerisch« wirken, wurde die Zusage prompt wieder zurückgezogen. Die Einreise revolutionärer Propagandisten sollte tunlichst vermieden werden. Folgerichtig blieb die Entsendung einer Kriegsgefangenen-Fürsorgemission den Bolschewiki auch in den Satzungen des Brester Friedensvertrages verwehrt, während die Mittelmächte sehr wohl die Erlaubnis bekamen, ihrerseits Delegierte nach Russland zu schicken.⁷⁵

Die Gefangenenfrage als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen im Jahr 1918

Wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litovsk entsandte Österreich-Ungarn eine Fürsorgemission nach Russland. Quartier nahm diese im ehemaligen k.u.k. Botschaftsgebäude in Petrograd. Dort befanden sich seit Kriegsbeginn Vertreter Dänemarks, die im Sinne des Schutzmachtmandates ihres Landes für die Donaumonarchie Hilfsmaßnahmen zugunsten der Gefangenen aus dem Habsburgerreich in Russland organisierten. Die Tätigkeit der Neuankömmlinge gestaltete sich aus verschiedenen Gründen nicht gerade einfach. So erwies sich die Kommunikation mit den

75 Vgl. Kreiner, Judith: Von Brest-Litowsk nach Kopenhagen. Die österreichischen Kriegsgefangenen in Russland im und nach dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgefangenenmissionen in Russland, Diplomarbeit Wien 1996, 51.

maßgeblichen Stellen der Sowjetregierung schon allein aufgrund der vorhandenen Distanzen als schwierig. Immerhin war die Sowjetregierung im März 1918 nach Moskau übersiedelt. Dort hatte man überdies wenig Interesse an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit den Repräsentanten aus Österreich-Ungarn, solange sich die k.u.k. Monarchie weigerte, den Russen die Entsendung einer ähnlichen Mission zuzugestehen. Ihre mangelnde Bereitschaft, den Delegierten aus dem Habsburgerreich unter die Arme zu greifen, begründeten die Bolschewiki außerdem mit dem Hinweis darauf, dass der Friedensvertrag von Brest-Litovsk seitens Österreich-Ungarns noch nicht ratifiziert worden war. Tatsächlich wurde das Vertragswerk wider das übliche *Procedere* nicht den beiden Parlamenten der Doppelmonarchie vorgelegt. Als ratifiziert galt es schließlich kraft der Unterschrift des Kaisers. Mit den Russen ausgetauscht wurden die Ratifikationsurkunden erst im Juli 1918 in Berlin. Aber auch dieser Umstand änderte nichts an der Reserviertheit, welche die Bolschewiki gegenüber den Delegierten der k.u.k. Gefangenemission an den Tag legten. Dass sich Georgij Čičerin mehrmals vergeblich an seinen Amtskollegen in Wien gewandt hatte, um die Erlaubnis für die Entsendung einer sowjetrussischen Fürsorgemission zu erhalten, hatte sich zweifelsohne negativ auf die Situation der k.u.k. Delegierten in Russland ausgewirkt.⁷⁶ Ende Juli 1918 war die Geduld der Bolschewiki am Ende. Sie dirigierten einen Zug nach Böhmen, der Liebesgaben für die russischen Gefangenen in der Donaumonarchie transportierte. Als Passagiere reisten außerdem die Angehörigen einer von Jakov Aleksandrovič Berman geleiteten Fürsorgemission mit. Die k.u.k. Behörden akzeptierten, was nicht mehr zu ändern war. Sie gestanden sogar ein, dass die sowjetrussischen Instanzen bei ihrem Drängen auf Zulassung einer Fürsorgemission »nicht ohne Berechtigung auf die desolote Verpflegslage der Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn« sowie auf die »bei uns ja tatsächlich vorhandene, in wirtschaftlichen Erwägungen begründete Verschleppungstaktik hinsichtlich« des Gefangenenaustauschs hingewiesen hatten.⁷⁷ Diese Einsicht änderte nichts daran, dass die Missionsmitglieder, allen voran Jakov Berman, polizeilich observiert wurden. Nicht anders erging es Boris Solomonovič Vejsbrod, der Anfang Oktober als Haupt einer kleinen sowjetrussischen Rot-Kreuz-Mission die bereits in der k.u.k. Monarchie befindliche Abordnung unter Jakov Berman ablösen sollte, sie realiter aber verstärkte. Tätig wurden die Emissäre aus Räterussland nicht nur in Wien, sondern überall dort, wo es ihnen die militärischen Stellen erlaubten. Schon deshalb beschränkte sich deren »Besuchstour« vor allem auf Gefangenenlager, während die auf Arbeit befindlichen Russen,

76 Dokumenty vnešnej politiki SSSR (DVP), Bd. 1, 263f.

77 AT-OeStA/KA KM 10. Abt Kgf. 1918: 10–35/118–607.

d. h. die Mehrheit der Kriegsgefangenen, im Regelfall nicht in Berührung mit der Fürsorgemission kam. Da vor allem diese Gefangenen in Anbetracht der offensichtlichen Verschleppung des Gefangenen austauschs zwischen Österreich-Ungarn und Sowjetrußland an Disziplin eingebüßt hatten, sollten sie nach Möglichkeit nicht auch noch mit revolutionärem Eifer erfüllt werden. Parallel dazu setzten die Militärbehörden alles daran, die eigenen Gefangenen, die aus dem Machtbereich der Bolschewiki zurückkehrten und pauschal als »revolutionär verseucht« betrachtet wurden, entsprechend zu »bearbeiten« und sie vor ihrer Transferierung ins Hinterland oder zu anderen Truppenkörpern wieder auf ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland einzuschwören. Bereits seit geraumer Zeit wusste man, dass Lenin einer Revolutionierung des Donauraums mithilfe von einzuschleusenden, ideologisch geschulten Kräften nachzuhelfen plante. Die sogenannten »Rußlandheimkehrer«, also Gefangene aus den Reihen der k.u.k. Armee, die zu Anhängern Lenins geworden waren, schienen hierfür besonders geeignet. Über die Tätigkeit dieser »revolutionären Kriegsgefangenen« beziehungsweise »Internationalisten«, von denen einige auch in der Roten Armee kämpften, war das Kriegsministerium in Wien nicht zuletzt aufgrund der Aussagen von Heimkehrern aus russischer Gefangenschaft gut informiert.⁷⁸

Das Misstrauen der k.u.k. Militärs, das sie den sowjetrußischen Delegierten entgegenbrachten, bestätigte sich bald. Die Mitarbeiter Bermans und Vejsbrods waren nicht nur gekommen, um Liebesgaben zu verteilen, sondern auch, um die Gefangenen vor ihrer Heimkehr entsprechend zu beeinflussen: Sie sollten nicht als Gegner, sondern als Unterstützer der neuen Machthaber in Moskau nach Rußland zurückkehren.

In Anbetracht der propagandistischen Aktivitäten der Fürsorgemission zeigten sich die k.u.k. Behörden nicht gerade kooperativ. Mitglieder der Delegation beschwerten sich in Berichten nach Moskau über die Passivität der betreffenden Stellen in Wien und über Versprechungen, die nicht eingelöst wurden. Als sich die Anzeichen mehrten, dass sich die Propagandaaktivitäten der Sowjetdelegierten nicht nur auf die Gefangenen erstreckten, sondern auch auf Umwälzungen auf dem Territorium der Monarchie abzielten, forderte das Kriegsministerium in Wien von der zuständigen Gefangenenbehörde in Rußland (Centroplenbež) schließlich Bermans Abberufung. Polizeiintern war man ohnehin überzeugt, dass es sich bei den Abgesandten aus

78 Siehe dazu die betreffenden Kapitel in: Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien / Köln / Weimar 2003.

Moskau um »wahre Gauner« handelte.⁷⁹ Darin bestärkt hatte die Exekutive zweifelsohne auch der spätere Bundeskanzler Ernst Streeruwitz, der damals in leitender Position im Kriegsministerium tätig und mit Gefangenenagen- den befasst gewesen war. Ihn hatte ein abtrünniger Mitarbeiter Bermans auf- gesucht, der ihn vor einem Mordanschlag warnte. Dessen Aussagen zufolge wollte der Missionschef im Falle der Ausrufung einer Räterepublik den hohen k.u.k. Beamten liquidieren.⁸⁰ Streeruwitz zweifelte nicht an der Stichhaltig- keit solcher Aussagen und verließ daraufhin die Stadt. Berman hingegen, der tatsächlich einen seiner Genossen verdächtigte, geheime Informationen wei- terzugeben⁸¹, machte keine Anstalten, aus Wien abzureisen. Auf seine Entfer- nung drängten die k.u.k. Behörden freilich immer nachdrücklicher. Schließ- lich war er ganz offensichtlich in Kontakt mit linksradikalen Kreisen getreten, deren Absichten keineswegs in Einklang mit der bestehenden Ordnung zu bringen waren.⁸² Zweifelsohne kann man Jakov Berman als »Geburtshelfer« der Anfang November 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutsch- österreichs (KPDÖ) bezeichnen.⁸³

Ob in Österreich, Polen, Ungarn oder Böhmen und später in der Tsche- choslowakei: Die Tätigkeit der sowjetrussischen Kriegsgefangenen- bzw. Rot- Kreuz-Missionen diente in erster Linie dem Versuch einer Revolutionierung der jeweiligen Länder. Die Kriegsgefangenenmissionen bildeten in gewisser Weise die Operationsbasis einer damals als Institution noch gar nicht existen- ten Komintern.⁸⁴

79 Dazu McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 31–33.

80 Streeruwitz, Ernst: Springflut über Österreich. Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914–1929, Wien / Leipzig 1937, 277.

81 GARF R-3333/3/5959/78. Einzelne Missionsmitglieder, die überdies in Begleitung ihrer Familien an- gereist waren, dürften ihre Anwesenheit in Wien tatsächlich dazu benutzt haben, Sowjetrussland für immer zu verlassen.

82 Berman war u. a. in regelmäßigem Kontakt mit dem Bucharin-Freund Lev Sunica, einem russischen Staatsbürger, der bei Kriegsbeginn als »feindlicher Ausländer« in Österreich festgehalten wurde und als Gründer einer von russischen Emigranten ins Leben gerufenen »Wiener bolschewistischen Gruppe« gilt. Sunicas Frau arbeitete im Übrigen später bei der Sowjetvertretung. Über Bermans Verbindungen zu Sunica und anderen russischen Emigranten siehe ausführlich: Moritz, Verena: Zwischen allen Fron- ten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914–1921), Diss. Wien 2001, 275–277. Über das Schicksal der Familie Sunica-Maché siehe außerdem McLoughlin, Barry / Schafranek, Hans / Szevera, Walter: Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreiche- rinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945. Wien 1997, 462, 552.

83 Vgl. dazu auch die Polizeiberichte in: AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Kt. 247) Liasse Österreich 10/2–10/25.

84 Vgl. Moritz: Zwischen allen Fronten, 304–309.

Unerwünschte Kontakte

Während im April 1918 Adolf Ioffe als Botschafter der RSFSR in Berlin seine Arbeit aufnahm, blieb der Posten eines diplomatischen Vertreters Sowjet-russlands in Wien vakant. Schuld daran waren einmal mehr das Desinteresse und die Verzögerungstaktik der Verantwortlichen in Österreich-Ungarn. Das k.u.k. Ministerium des Äußern beeilte sich nicht, seinerseits einen offiziellen Repräsentanten nach Moskau zu entsenden. Zwar war im Juli 1918 Generalkonsul Georg von Pottere als Vorhut für den designierten Botschafter Otto Freiherr von Franz nach Russland geschickt worden. Doch Pottere, der nach eigenen Worten von den Russen in eine »offizielle diplomatische Position« gedrängt worden war, wartete vergeblich auf die Ankunft des Diplomaten.⁸⁵ Seine Vorgesetzten in Wien trugen ihm vielmehr auf, sich »in seiner undefinierbaren Stellung möglichst noch weiter« zu halten, da »uns ein Vertreter der Sowjetregierung hier nicht erwünscht wäre, wir aber einen solchen schwer ablehnen könnten«.⁸⁶ In Moskau aber suchte man bereits mit Hochdruck nach einem Kandidaten für den Posten in der k.k. Hauptstadt. In Frage kamen offenbar nur Bolschewiki der ersten Riege, ein Umstand, der die Bedeutung der Position in Wien unterstrich. Bereits am 1. Juli 1918 setzte Georgij Čičerin seinen Amtskollegen in k.u.k. Ministerium des Äußern darüber in Kenntnis, dass Lev Kamenev als Bevollmächtigter Vertreter Räterusslands in die Donaumonarchie kommen würde.⁸⁷ Diesem aber verweigerte Wien ebenso das Agrément wie dem polnischen Revolutionär Julian Marchlevskij, der gleichfalls für den Botschafterposten in der Donaumonarchie vorgeschlagen wurde. Beim verstimmtten Čičerin erhoffte man sich mit dem Hinweis, dass umgekehrt die Sowjetregierung keine Freude mit der Entsendung eines »prononcierten monarchistischen Agitators« haben würde, Verständnis für die österreichischen Entscheidungen. Als aber das k.u.k. Ministerium sich auch bei der Visaerteilung für eine ganze Gruppe von künftigen Botschaftsmitarbeitern und Angestellten der in Wien zu errichtenden russischen Telegrafagentur, der späteren ROSTA, zierte, sprach das NKID bereits von einer drohenden Verschlechterung der bilateralen Beziehungen. Pottere aber betonte in seinen Telegrammen nach Wien, dass es sich bei den um Einreisebewilligung vorstellig gewordenen Russen und Russinnen um »Agitationspersonal« handle, das Moskau zweifellos als Teil seiner »Propagandamaschinerie« auf dem Boden

85 Matsch, Erwin: Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720–1920, Wien/Köln/Graz 1986, 122.

86 Ebd.

87 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Karton 32, Telegramm von Čičerin, 1.7.1918.

der Donaumonarchie betrachten würde.⁸⁸ Außerdem gab er zu bedenken, dass die Verweigerung des *Agréments* für Kamenev diesen nicht unbedingt daran hindern würde, nach Wien zu kommen. Im k.u.k. Außenministerium hielt sich dann wohl die Enttäuschung darüber, dass der russische Revolutionär die k.u.k. Hauptstadt nicht erreichte, weil er auf den Alandinseln von den Finnen verhaftet worden war, in Grenzen.⁸⁹

In Moskau kursierten schließlich noch weitere Namen von Kandidaten für das Amt des diplomatischen Vertreters im Habsburgerreich. Vom Vorhaben, Grigorij Jakovlevič Sokolnikov zum Botschafter zu machen, rückten die Bolschewiki aber wieder ab. Auch Karl Radek schien nach Einschätzung Potteres Ambitionen in diese Richtung zu hegen. Im August 1918 aber meldete der Generalkonsul nach Wien, dass womöglich Čičerin selbst den Posten übernehmen werde. Er telegraphierte: »Sowjetregierung glaube, Tschitscherin würde für Wien besonders passen, weil er weder Redner noch Agitator sei und ihn sogar verwandtschaftliche Bande an die Familie Thun knüpften.«⁹⁰ Dann setzte er noch hinzu: »Gegenwärtiger Minister des Äußern dürfte als politischer Agent tatsächlich kaum unbequem werden.«⁹¹

Eine Bestellung des NKID-Chefs wäre tatsächlich erstaunlich gewesen. Allein, dass darüber nachgedacht wurde, kann schließlich als Beweis dafür gelten, für wie bedeutsam die Lenin-Regierung Wien als möglichen Ausgangspunkt einer weiteren revolutionären »Expansion« erachtete. In Moskau einigte man sich aber im Laufe des September 1918 schließlich auf Christian Rakovskij, einen, wie ein kundiger k.u.k. Diplomat auf Nachfrage vermeldete, »Mann von Welt«, den er als »sehr angenehm und trailable« beschrieb.⁹² Dem Lob über seine Manieren, die ihn nach Meinung der Diplomaten des Habsburgerreiches als quasi herzeigbares Exemplar eines ansonsten negativ charakterisierten Personals des Narkomindel erscheinen ließen, folgte gar eine Auskunft über die Ehefrau des designierten Gesandten. Frau Rakovskij, hieß es, »soll im Gegensatz zu den politisch sehr pronoucierten Gattinnen Trotzki und Radeks politisch ganz farblos und eine elegante Russin sein.«⁹³ Positives über den Kandidaten der Räteregierung für Wien hatte indessen auch Emil Egon Prinz Fürstenberg, k.u.k. Geschäftsträger der

88 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Kt. 32, Telegramme von Hohenlohe und Pottere vom 21.8., 27.8., 16.10., 18.10. 1918.

89 AT-OeStA/KA KM 10. Abt. Kgf. 1918: 10–66/100–151; AT-OeStA/HHSTA PA I/Karton 1053, Liasse Krieg – Friedensverhandlungen, Fol. 67.

90 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Kt. 32, Telegramm von Pottere, 21.8.1918.

91 Ebd.

92 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Kt. 32, Telegramme von Pottere, 27.8. und 28.10.1918.

93 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Kt. 32, Telegramm von Pottere, 12.9.1918.

österreichisch-ungarischen Vertretung in der Ukraine, zu sagen. Er bezeichnete ihn als »nicht unsympathisch«, als jemanden, der »in jedem Salon präsentabel« sei, und hob die Fremdsprachenkenntnisse des späteren Hauptes der ukrainischen Sowjetregierung hervor. Allerdings glaubte er auch, auf Folgendes hinweisen zu müssen: »Wie jeder Bolschewik betrachtet er natürlich die Weltrevolution nach kommunistischem Rezept und das Verschwinden aller staatlichen Grenzen als Endziel seiner Politik.« Dass er in Wien auch eine »umstürzlerische Tätigkeit« entfalten würde, hielt Fürstenberg für ein Faktum.⁹⁴

Wie das Ministerium des Äußern auf den Umstand reagierte, dass Nikolaj Bucharin Rakovskij in der Funktion eines Generalkonsuls begleiten sollte, ist nicht bekannt.⁹⁵ Immerhin hatte Bucharin, der Wien bereits aus der Zeit seines Exils kannte und nach Kriegsbeginn verhaftet, aber auf Fürsprache der SDAPÖ in die neutrale Schweiz ausgewiesen worden war⁹⁶, noch wenige Monate zuvor zu jenen »weltrevolutionären Aposteln« gehört, die am heftigsten gegen den Frieden mit den Mittelmächten opponiert hatten.

Weder Bucharin noch Rakovskij kamen als Botschafter Sowjetrusslands in die Donaumonarchie. Bereits im Oktober beziehungsweise November 1918 gehörte das Habsburgerreich der Vergangenheit an, und die äußeren Angelegenheiten des in seinen Grenzen noch völlig unbestimmten jungen Staates Deutschösterreich hing mehr von dem ab, was in Paris und London entschieden wurde, als von dem, was man in Wien plante. Dass Victor Adler gegenüber den Russen sein Einverständnis mit der Entsendung Rakovskijs in die österreichische Hauptstadt gab⁹⁷, änderte nichts dran, dass sich Polen – offenbar auf Geheiß der Entente⁹⁸ – gegen eine Durchreise des Moskauer Abgesandten sperre.⁹⁹ Der Umstand, dass Moskau keinen Vertreter schicken konnte, rief in Österreich kein uneingeschränktes Bedauern hervor. Das »Salzburger Volksblatt« etwa verwies auf die Propaganda der Bolschewiki in Berlin und betonte, dass auch die deutschen Sozialdemokraten einen »asiatischen Bolschewismus« ablehnten. Die »Weltrevolution«, so das Blatt, sei schließlich nichts Anderes

94 AT-OeStA/HHSTA F7: Staaten – Russland, Kt. 32, Telegramm von Fürstenberg, 16.9.1918.

95 AT-OeStA/KA KM 10. Abt. Kgf. 1918: 10–35/11–884.

96 Vgl. Moritz: Zwischen allen Fronten, 275.

97 In den Akten des OeStA fand sich ein Telegramm vom 15. November 1919, das von Otto Bauer unterzeichnet war. In diesem Schreiben wird das Agrément für Rakovskij, das bereits Anfang November 1918 beschlossen worden war, bestätigt. Rakovskij hielt sich damals in Berlin auf. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR (Karton 318) F7 Russland, Telegramm an den Rat der Volkskommissäre in Moskau, Zl. St.A.Z. 365, 15.11.1918.

98 AVP RF 066/6/7/29: Bericht von Levickij an Litvinov, 8.2.1924.

99 ADÖ, Bd. 5: Unter der Finanzkontrolle des Völkerbundes, 7. November 1922 bis 15. Juni 1926, 212.

als der »Sozialismus asiaticus«. ¹⁰⁰ Wer Angst hatte vor dessen Repräsentanten, konnte vorläufig beruhigt sein: Die Aufnahme regulärer diplomatischer Kontakte zwischen Österreich und dem Sowjetreich ließ in der Folge noch einige Zeit auf sich warten.

Lästige Gäste

Obwohl weder die k.u.k. Monarchie noch die verantwortlichen Stellen der am 12. November vor dem Parlament in Wien ausgerufenen Republik Deutschösterreich einen Repräsentanten nach Moskau schickten, beanspruchte dort ein am 5. November gegründeter »Sowjet ehemaliger österreichisch-ungarischer Staatsbürger in Sowjetrußland« für sich den Status einer offiziellen Vertretungsbehörde. ¹⁰¹ Bewaffnete Kriegsgefangene-Internationalisten hatten unter anderem die Gebäude der vormaligen k.u.k. Kriegsgefangenen-Missionen in Moskau und Petrograd gewaltsam in Besitz genommen. Ihnen hatten sich auch einige Mitarbeiter dieser Missionen angeschlossen. Berichten zufolge wurden im Zuge der handstreichartigen Übernahme die Räumlichkeiten der früheren k.u.k. Botschaft in Petrograd arg in Mitleidenschaft gezogen, wobei ein Großteil der Schäden erst in den Folgemonaten und -jahren, als der österreichisch-ungarische Rat sowie andere nationale Sowjets dort Quartier bezogen, entstanden sein soll. Außerdem, so hieß es in einem Gutachten aus dem Jahre 1927, hatte hier vorübergehend auch »Béla Kun mit seinen Spießgesellen« sein Lager aufgeschlagen. ¹⁰²

Die ganze Aktion der Internationalisten mit dem Ziel der Vertreibung der k.u.k. Mission war von der Sowjetregierung nicht nur gebilligt, sondern regelrecht initiiert worden. In Wien vermutete man, dass dabei vor allem die beträchtlichen Sach- und Geldreserven der Mission eine Rolle spielten. Diese musste der österreichisch-ungarische Rat bzw. Austrosowjet, der sich im Übrigen bei Staatssekretär Otto Bauer per Telegramm als alleinige Interessensvertretung der in Russland befindlichen Gefangenen aus der untergegangenen Donaumonarchie vorstellig machte, allerdings mit der Tscheka teilen. ¹⁰³ In jedem Fall verschwanden mehrere Millionen Rubel. Wertvolle Einrichtungs-

100 Salzburger Volksblatt, 12.11.1918, 1.

101 GARF R-3333/2/49/1.

102 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 861) Das österr.-ung.- Botschaftsgebäude in Lenigrad, Bericht 1927.

103 Dazu Moritz, Verena / Leidinger, Hannes: Das russische Kriegsgefangenenwesen 1914–1920, in: Österreichische Osthefte, 41. Jg. (1999), Heft 1, 83–106.

gegenstände der ehemaligen k.u.k. Gesandtschaft in der früheren Hauptstadt des Zarenreichs wurden nach Moskau gebracht »und dort entweder verkauft oder an staatliche Galerien abgegeben«. ¹⁰⁴

Otto Bauer lehnte es ab, den Rat anzuerkennen. Ihm sollte nur ein Mitspracherecht bei der Repatriierung der Kriegsgefangenen, deren praktische Durchführung freilich noch völlig ungeklärt war, eingeräumt werden. Heikel war die Zusammenarbeit nicht zuletzt aufgrund der Haltung der Entente, die direkte Kontakte der Österreicher mit Lenins Russland für keineswegs wünschenswert erachtete und überdies die Rückkehr von Gefangenen, die als Anhänger der Bolschewiki verdächtigt wurden, kaum als *causa prima* betrachtete. ¹⁰⁵ Dass der Rat, welcher den früheren k.u.k. Gefangenenmissionen vorwarf, sich lediglich um »Vertreter der Bourgeoisie«, also kriegsgefangene Offiziere, gekümmert zu haben, nicht nur Hilfsmaßnahmen organisierte, sondern auch »agitatorische Aufklärung« unter den auf Heimkehr wartenden Gefangenen betrieb, lag auf der Hand. ¹⁰⁶

Skeptisch betrachteten unterdessen die Siegermächte auch die Anwesenheit der Mitglieder der sowjetrussischen Kriegsgefangenenmissionen unter Jakob Berman und Boris Vejsbrod in der österreichischen Hauptstadt. Während der Wiener Polizeipräsident Johann Schober alles daran setzte, die Delegierten Moskaus loszuwerden, legten die Sozialdemokraten, wie es schien, ihre schützende Hand über die Mission Berman-Vejsbrod. Bauer sprach sich zunächst für deren Verbleib aus, um sich solcherart eine Basis für etwaige Verhandlungen mit der Räteregierung in Hinblick auf die Rückkehr deutschösterreichischer Gefangener aus Russland zu sichern. Weder Schobers Berichte über die Verwicklung von Berman und dessen Umfeld in die von Gewaltaktionen überschatteten Ereignisse des 12. November 1918 ¹⁰⁷ noch die Ausweisung der in der Schweiz tätigen Gefangenenmission ¹⁰⁸ unter Jan Antonovič Berzin, der einige Jahre später Bevollmächtigter Vertreter der Sowjetunion in Österreich werden sollte, konnten Bauer zunächst von seiner Position abbringen. In Deutschland hingegen hatte man bereits Konsequenzen gezogen: Der erste diplomatische

104 AT-OeStA/HHSTA F6: Karton 68, Telegramm von Graf Deym, 6.2.1919 und beiliegendes Protokoll aus dem Jahre 1920.

105 Moritz/Leidinger: Das russische Kriegsgefangenenwesen, 104.

106 GARF 8402/1/33/1–39.

107 Anlässlich der abermaligen Verhaftung Bermans im September 1919 bezeichnete Schober ihn als einen der »intellektuellen Urheber« des kommunistischen »Putschversuchs gegen das Parlament [in Wien] vom 12. November 1918«. – AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 19) Liasse Russland, Pr. 13170, 22.9.1919 und ausführlich über Bermans »Machenschaften« in: AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 247) Liasse Österreich 10/2–10/25, 14.11.1918, Bericht der Polizeidirektion Wien.

108 Dazu Collmer, Peter: Zwischen Selbstdefinition und internationaler Behauptung. Frühe bolschewistische Diplomatie am Beispiel der Sowjetmission in Bern (Mai bis November 1918), in: Thomas/Knoll: Zwischen Tradition und Revolution, 228–283.

Vertreter Räterusslands, Adolf Ioffe, der ebenso wie Jan Berzin in den 1920er Jahren als Sowjetbotschafter nach Wien kommen sollte, musste Anfang November 1918 sein Gastland verlassen.

Als Reaktion auf ihre Propagandaaktivitäten waren Sowjetrepräsentanten bald überall unerwünscht. Auch in Österreich schwenkte Otto Bauer Anfang 1919 schließlich auf die Linie jener ein, welche die Delegierten Moskaus nach Hause schicken wollten. Er befolgte damit einen im Staatsrat getroffenen Beschluss, der seinen eigenen Darstellungen gemäß trotz seines und des Einspruchs »aller Genossen« gefasst worden war.¹⁰⁹ Solange die alliierten Bevollmächtigten in Wien, Archibald Cary Coolidge, Thomas Montgomery Cuningham, Henri Allize und General Roberto Segre eine militärische Intervention nicht ausschlossen, um die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes in Österreich abzuwenden, schien es jedoch auch Bauer ratsam, jedweden unmittelbaren Kontakt mit Räterussland und damit auch mit der Mission zu unterbinden.¹¹⁰ Der »Hungerwinter« 1918/19 hatte zudem die Abhängigkeit von den Lebensmittellieferungen der Alliierten deutlich gemacht. Moskau zu verärgern, war so gesehen mit weniger Unannehmlichkeiten verbunden als ein Zerwürfnis mit den Siegermächten. Nicht zuletzt unter diesen Vorzeichen hatte die Polizei in Wien mittlerweile einige Kontaktpersonen Bermans – der Missionschef selbst war aus freien Stücken Richtung Ungarn abgereist – verhaftet und »abgeschafft«.¹¹¹

Allerdings erwies es sich in der Folge als nicht ganz einfach, die Delegierten aus Sowjetrussland in ihr Herkunftsland zu befördern. Als die Missionsmitglieder, die im Jänner 1919 Wien verließen, in Budapest festsäßen, weil ihre Weiterreise an der Grenze zur Westukraine gestoppt worden war¹¹², musste eine andere Route gefunden werden. Bauer war den Russen im Wort, für ihre sichere Heimkehr Sorge zu tragen. Seine Bemühungen, nun den Transport via Deutschland zu organisieren, gestalteten sich aber infolge des Unwillens der dortigen Behörden als äußerst schwierig. Noch dazu erforderte diese Variante

109 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA Präs.: (Karton 19), Otto Bauer an Genossen Popper, 29.3.1919.

110 ADÖ, Bd. 2, 9f und Gigler, Christine M.: Die Berichte der Coolidge-Mission im Jahr 1919. Die mittel-europäischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ersten Weltkrieg, Klagenfurt 2001, 157f.

111 Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919, Diss. Wien 1968, 49.

112 Dem Leiter der russischen Rot-Kreuz-Mission in Galizien, dem ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, G. Gendel'man, teilte daraufhin der »Bevollmächtigte Vertreter der ukrainischen Volksrepublik« in Wien, der frühere Reichsratsabgeordnete Nikolaj Wassilko, mit, dass die Weiterreise der Mission aufgrund des »Kriegszustandes« zwischen »der Ukrainischen Nationalrepublik in Kiew, deren Bestandteil jetzt auch die Westukrainische Republik bildet« und dem Regime in Moskau gestoppt worden war. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA Präs.: (Karton 19) Brief Wassilkos an Gendel'mann (Gendel'man), 22.2.1919.

einen abermaligen Zwischenstopp der Mission in Wien, ein Umstand, der wiederum den Polizeipräsidenten Johann Schober sowie den Staatssekretär für Inneres und späteren Außenminister Mataja, der das bolschewistische Regime zutiefst verabscheute, auf den Plan rief. Die beiden, die eine Rückkehr der Delegierten nach Wien unter allen Umständen verhindern wollten, hintertrieben Bauers Pläne. Doch der Staatssekretär für Äußeres konnte schließlich mit Hilfe des österreichischen Gesandten in Deutschland, Ludo Hartmann, ein Einlenken der Instanzen in München und Berlin herbeiführen. Die aus mehr als 30 Personen bestehende »Mission Vejsbrod«, der im Übrigen auch Frauen und Kinder angehörten, verweilte dann, im März 1919, nur wenige Stunden am Bahnhof in Wien-Penzing, bevor ihre Reise nach Deutschland und schließlich nach Moskau fortgesetzt wurde. Ein Treffen zwischen Bauer und Boris Vejsbrod, um das der Missionsleiter gebeten hatte, kam nicht zu Stande. Der Sozialdemokrat, dem die Entente seit Anbeginn seiner Tätigkeit mit großer Skepsis begegnete, ignorierte die Aufforderung. Ganz offensichtlich wollte der Staatssekretär vermeiden, einmal mehr als »bolschewikenfreundlich« aufzufallen.¹¹³

In Moskau trafen die Delegierten dann erst in den letzten Märztagen 1919 ein.¹¹⁴ An Otto Bauer ließen sie kein gutes Haar und betonten in einem großen Bericht, der in der *Izvestija* erschien, vielmehr die angeblichen Unannehmlichkeiten, die ihnen in Wien bereitet worden seien. Besonders hervorgehoben wurde außerdem der Umstand, dass die österreichischen Behörden zumindest einen Teil der Gelder der Mission beschlagnahmt hatten.¹¹⁵ Diese Vorgehensweise ist zweifellos als Retourkutsche für die Entwendung der Finanzmittel durch den österreichisch-ungarischen Rat in Russland zu werten. Da außerdem Teile der einbehaltenen Summe dem dänischen Roten Kreuz in Österreich zur weiteren Betreuung der noch hier befindlichen russischen Gefangenen überantwortet wurde und Moskau die Tätigkeit der Dänen mit einer Werbung von Kriegsgefangenen für die Armee des »weißen« Generals Denikin in Zusammenhang brachte, lieferte die ganze Causa reichlich Stoff für wechselseitige Anschuldigungen. Tatsächlich befürchteten die Bolschewiki, dass sich die noch nicht heimgekehrten russischen Kriegsgefangenen womöglich nur aufgrund von »Hunger und Not« von »weißen Kräften« beeinflussen lassen

113 Ausführlich dazu McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 113f. und (unter Einbeziehung der Beteiligung der Missionsmitglieder an den Umwälzungen in Ungarn) vor allem Moritz, Verena: Zwischen allen Fronten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914–1921), Diss. Wien 2001, 307–314.

114 In Österreich meldete man die Ankunft der Mission Anfang April. – AT-OeStA//KA Liqu. KM 10. Abt. Kgf. 1919: 10-7/7-31.

115 *Izvestija*, 2.5.1919.

würden.¹¹⁶ Außerdem beschwerte sich Čičerin bei der Regierung in Wien, dass die bisherigen Heimkehrversuche der russischen Kriegsgefangenen völlig chaotisch erfolgt und viele infolge unzureichender Versorgung noch auf dem Heimweg zu Grunde gegangen waren. Immerhin sollen innerhalb von zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreichs an die 500 000 russische Gefangene das Territorium der Doppelmonarchie verlassen haben.¹¹⁷ Die Entschuldigung aus Österreich, wonach das Land in Anbetracht der im November 1918 durchlaufenen »revolutionären Periode« keine geordneten Repatriierungsmaßnahmen hätte setzen können, machte in Moskau keinen Eindruck.¹¹⁸ Nach der Ausweisung der sowjetrussischen Mission verstrichen mehrere Monate, bis die österreichisch-russischen Kontakte reaktiviert wurden. Anknüpfungspunkt hierfür blieb die nach wie vor ungelöste beiderseitige Kriegsgefangenenproblematik.

Der sogenannte Gründonnerstagsputsch im April 1919 und weitere kommunistische Unruhen am 15. Juni desselben Jahres lieferten indessen der russischen Presse Indizien dafür, dass auch in Österreich die Errichtung einer »Räterepublik« angestrebt würde.¹¹⁹ Dass diese Erhebungen »ohne Beteiligung« der »organisierten Sozial-Demokraten« erfolgten, fand explizit Erwähnung.¹²⁰ Freilich entsprach der Misserfolg der KP den diesbezüglichen Positionen der SDAP, welche die Voraussetzungen für das »russische Experiment« in Österreich für nicht gegeben erklärte. Dass man hier in Anbetracht des zu erwartenden Widerstands gegen eine Räteregierung vor allem außerhalb Wiens, in den Ländern also, einen anderen Weg gehen würde müssen als in Russland, hatte die Arbeiterpartei von Anfang an klargestellt. Dennoch war das Lavieren zwischen dem radikalen Kurs der Arbeiter- und Soldatenräte und dem Bestreben, den revolutionären Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen, problematisch. Das Bürgertum reagierte angesichts der Exzesse im April und Juni 1919, die mehrere Todesopfer gefordert hatten, verschreckt, und die Ententemächte erblickten in der Position der Sozialdemokraten keinen verlässlichen Beweis für die tatsächliche Bereitschaft, sich im Ernstfall gegen die »rote Flut« zu stemmen, die sich 1919 über zwei Nachbarn Österreichs ergoss: Bayern und Ungarn. So blieb die Haltung der österreichischen Sozialdemokraten gegenüber der von Béla Kun dominierten ungarischen Räteregierung elastisch genug, um für Misstimung bei den Alliierten zu sorgen.¹²¹ Da aber einerseits die radikalen linken

116 RGASPI 159/2/4/21, Čičerin an Davtjan, 22.4.1920.

117 Izvestija, 2.5.1919.

118 AT-OeSTA/AdR BKA KGF 1919: 24-10/2.

119 Pravda, 23.4.1919; Pravda, 17.6.1919.

120 Pravda, 18.6.1919.

121 Über Bauers Haltung dazu bei ADÖ, Bd. 2, 289–293. Hier abgedruckt ist Bauers Privatschreiben an

Kräfte Österreichs durch eine offene Gegnerschaft zu Räteungarn vor den Kopf gestoßen worden wären und andererseits auch die Frage des weiteren Schicksals der von Wien beanspruchten Gebiete Deutschwestungarns eine »wohlwollende« Neutralität gegenüber Ungarn als bessere Variante erscheinen ließen, reduzierten sich die diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten der Regierung unter Karl Renner auf ein Mindestmaß. Der Umstand, dass sowohl die bayerische als auch ungarische Räterepublik nur vorübergehende Episoden in der Geschichte ihrer Länder blieben, machte dieser prekären Lage allerdings nicht unbedingt ein Ende. Immerhin floh im August 1919 eine Reihe von ungarischen Volkskommissaren nach Österreich, wo ihnen, begleitet von erregten innenpolitischen Diskussionen und den kritischen Kommentaren der Alliierten, Asyl gewährt wurde. Hatte die Republik während der Räteherrschaft in Ungarn als Zufluchtsort für »weiße« Kräfte gedient, beherbergte sie jetzt in unterschiedlichen Internierungsorten Kommunisten aus Bayern und dem Nachbarland im Osten. Auch Jakov Berman war nach dem Ende der Räteherrschaft in Ungarn wieder nach Wien gekommen und im September 1919 verhaftet worden.¹²²

In Moskau betrachtete man den Aufenthalt ausländischer Kommunisten in Österreich vor diesem Hintergrund weniger unter dem Gesichtspunkt des politischen Asyls denn als Ausdruck der feindlichen Haltung gegenüber den Flüchtlingen. Béla Kun versäumte es nicht, den vielen Besuchern, die er im Zuge seiner Internierung in Österreich empfangen durfte, genau dieses Bild zu vermitteln. Dass die polizeiliche »Verwahrung« der ausländischen Kommunisten nicht zuletzt deshalb geboten erschien, weil gegenrevolutionäre ungarische Kräfte nichts unversucht ließen, die ehemaligen Volkskommissare zu liquidieren, rückte in den Hintergrund.¹²³ Folgerichtig berichtete auch die russische Presse vornehmlich über den »Arrest« von Kommunisten in Österreich.¹²⁴ Die Alpenrepublik wurde solcherart und gewissermaßen in Analogie zu den Vorgängen in Deutschland vor allem als ein Land präsentiert, in dem sich Sozialdemokraten in »verräterischer« Art und Weise gegen die Genossen aus den kommunistischen Parteien stellten. Dass die österreichische Regierung mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Räteungarn eine erhebliche finanzielle Belastung auf sich nahm und die Anwesenheit der kommunistischen Asylanten innen- wie außenpolitische Querelen nach sich zog, interes-

Kun (16.6.1919), in dem er seine Haltung zur Räterepublik und Österreichs Handlungsspielraum skizziert. Dazu außerdem: Moritz, Verena: Transnationale Politik im nationalen Raum. Die Kommunistische Internationale in Österreich 1918/19 bis 1924/25, in: *Zeitgeschichte* Nr. 6, Nov./Dez. 2014 (in Druck).

122 McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, 39.

123 Ebd., 110f.

124 Zum Beispiel Pravda, 24.9.1919.

sierte die Sowjetmacht, die 1919 noch nicht als Sieger der auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs ausgetragenen Konflikte feststand, wenig.

Kompromisse

In Wien hatte man seit Kriegsende unterschiedliche Möglichkeiten diskutiert, wie die Gefangenenfürsorge fortzusetzen und die Heimkehr der Deutschösterreicher aus Russland zu erreichen sei. Einige Pläne wurden – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – verwirklicht.¹²⁵ Trotz der nach dem Frieden von Saint Germain verstärkt einsetzenden konkreten Hilfestellung des Internationalen Roten Kreuzes und des Völkerbunds mussten die Verantwortlichen in Österreich jedoch einsehen, dass die Repatriierungsfrage nicht ohne Beteiligung der Bolschewiki gelöst werden konnte. Eine diesbezügliche »Fühlungnahme« hatte freilich den Charakter offizieller bilateraler Gespräche zu vermeiden. Noch 1919 war die Regierung in Moskau bereit gewesen, unter diesen Voraussetzungen eine Mission unter dem Vorsitz des Präsidenten des »Reichsverbandes der Angehörigen von Kriegsgefangenen«, Johannes Mayerhöfer, einreisen zu lassen. Ihn begleiteten Vertreter einer kommunistischen Kriegsgefangenenvereinigung¹²⁶, die über nützliche Kontakte zu dem von Moskau aus agierenden österreichisch-ungarischen Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten verfügten und auch sonst versprachen, die Kommunikation mit den Instanzen der für Gefangenenagenden zuständigen Behörden der Räteregierung in Russland zu erleichtern. Mit auf die Reise ging auch der aus der Haft in Österreich entlassene Jakov Berman, der als Dolmetscher fungieren sollte. Seine Aufnahme in die Delegation und die Teilnahme der Kommunisten Franz Walz und Franz Wager verliehen der ganzen Mission allerdings einen allzu politischen Anstrich. Die konservative Presse in Österreich unterstellte ihr von Anfang an, die mitgenommenen Gelder in erster Linie für »bolschewistische Propaganda« unter den Kriegsgefangenen missbrauchen zu wollen. Tatsächlich gab es Anhaltspunkte, die einen derartigen Verdacht gerechtfertigt erscheinen ließen.¹²⁷

125 Leidinger, Hannes: Zwischen Kaiserreich und Rätemacht. Die deutschösterreichischen Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft und die Organisation des österreichischen Kriegsgefangenen- und Heimkehrwesens 1917–1920, Diplomarbeit Wien 1995, 179–185. Zu den »Missionen« zwecks Heimbeförderung der Kriegsgefangenen siehe auch CA FSB 1/2/96/9–20: Bericht über die Tätigkeit der Bakuer Abteilung der deutschen Kriegsgefangenenfürsorge-Kommission 12.

126 Gemeint ist die »Freie Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener«.

127 Leidinger: Zwischen Kaiserreich und Rätemacht, 183f. und RGASPI 495/293/2/3: Bericht von Franz Wager an das ZK der III. Internationale, 27.12.1919.

Die Wiener Regierung entzog schließlich Mayerhöfer ihr Vertrauen. Bereits weit gediehene Gespräche, die er mit den Russen hinsichtlich eines Austauschabkommens geführt hatte, wurden daraufhin abgebrochen. Paul Richter von der österreichischen »Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten« verhandelte indessen mit Viktor Kopp¹²⁸ in Berlin, der bereits 1918 unter Adolf Ioffe mit Gefangenenangelegenheiten befasst gewesen war. Dieser Kontakt erschien deshalb vielversprechend, weil Deutsche und Russen infolge eines von ihnen im Frühjahr 1920 abgeschlossenen Austauschabkommens der Regierung in Wien in Aussicht gestellt hatten, unter Ausnutzung eventuell verfügbarer Transportkapazitäten auch österreichische Gefangene heimzubefördern. Deutschlands Übereinkunft mit der Sowjetmacht war Folge einer bereits im Februar 1920 zu Stande gekommenen Vereinbarung über den Gefangenen austausch zwischen London und Moskau.¹²⁹ Jetzt, da die Briten solcherart mit Lenins Regierung in Kontakt getreten waren und die ehemalige Interventionsmacht auf diese Weise eine vorsichtige Entspannung im Verhältnis mit der Rätewacht demonstrierte, traute sich auch das Deutsche Reich, ein ähnliches Übereinkommen mit den Bolschewiki zu treffen. Der Zeitpunkt war günstig, denn bald schon drohte angesichts des russisch-polnischen Krieges dem gerade erst einsetzenden Tauwetter, das sich infolge der nunmehrigen britischen Russlandpolitik eingestellt hatte, ein jähes Ende. Für die Österreicher brachte jedoch der Vertrag, den Deutsche und Russen in Hinblick auf die Repatriierung der Kriegsgefangenen geschlossen hatten, ohnehin nicht die erwünschten Ergebnisse. Bereits nach wenigen Wochen und ebenso wenigen Österreichern beziehungsweise ehemaligen Staatsbürgern der Donaumonarchie, die via Deutschland heimkehren konnten, stoppten die Bolschewiki die Transporte. Damit revanchierte sich die Sowjetregierung für angeblich aus Österreich stammende Waffenlieferungen nach Polen. Da die Warschauer Regierung Anfang Mai 1920 im Kampf gegen die Russen die Oberhand gewonnen hatte, wurde der Protest aus Moskau umso deutlicher vorgetragen.¹³⁰

Negativ wirkte sich dieser Umstand nicht nur auf die Repatriierung der Gefangenen aus. Gefährdet war nun auch die, wie Karl Renner betonte, Fortsetzung der von beiden Seiten eingeleiteten »handelspolitischen Verhandlungen«.¹³¹ Mündliche Zusicherungen aus Wien, wonach »mit Wissen und Willen der

128 Über Viktor Kopps diesbezügliche Tätigkeit siehe: Černoperov, V. L.: *Diplomatičeskaja dejatel'nost' V. L. Koppa v Germanii 1918–1921 gg.*, Ivanovo 2006.

129 Geyer: *Osteuropa-Handbuch*, 101.

130 McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, 38.

131 GARF R-3333s./2/165/56; vgl.: Haas, Hanns: *Das Kopenhagener Abkommen*, in: *Österreichische Osthefte*, 22. Jg., Heft 1, Wien 1980, 32–54.

österreichischen Regierung keine Waffen- und Munitionslieferungen nach Polen« erfolgt waren, vermochten die Wogen nicht zu glätten. Während Österreich schließlich Bereitschaft zeigte, seine Neutralität im russisch-polnischen Konflikt im Bedarfsfall auch vertraglich zu verankern, blieben in Wien sehr wohl Bedenken hinsichtlich der russischen Forderung bestehen, eine sowjet-russische Vertretung in der österreichischen Hauptstadt zu akzeptieren. Diese Institution sollte die Regelung der Gefangenenfrage beschleunigen und die »Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen« vorantreiben. Doch es lag auf der Hand, dass sich die Mitglieder einer solchen Delegation propagandistisch betätigen würden. Der Widerstand der Alliierten gegen eine derartige Abmachung zwischen Wien und Moskau war vorprogrammiert. Ludo Hartmann, der Viktor Kopp auf diesen Umstand aufmerksam machte, konnte an der Reaktion seines Gesprächspartners ablesen, dass selbst ein seitens Russlands vertraglich zugesicherter Verzicht auf Propagandaaktivitäten realiter bedeutungslos bleiben würde.¹³²

In Österreich drängten Kriegsgefangenen-Angehörigen-Vereinigungen auf eine Verständigung mit Moskau, wobei sich – wenig überraschend – vor allem die Kommunisten für die Errichtung einer Vertretung Sowjetrusslands in der Alpenrepublik aussprachen.¹³³ Dem Druck seitens der Bevölkerung Rechnung tragend und allen vorhandenen Bedenken zum Trotz schloss Österreich am 5. Juli 1920 in Kopenhagen ein Abkommen mit der RSFSR und der Sowjetukraine. Es regelte nicht nur den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen, sondern konzidierte den Vertragspartnern auch die Entsendung einer Mission zum Zwecke der »Fürsorge und zur Mithilfe bei der Repatriierung der Kriegs- und Zivilgefangenen«. ¹³⁴ Darüber hinaus verpflichtete sich Österreich zur Neutralität im russisch-polnischen Krieg und gab außerdem die Zusage, den Abtransport der immer noch in der Alpenrepublik befindlichen ehemaligen ungarischen Volkskommissare in die Wege zu leiten.¹³⁵ Von Kun und seinen Genossen, deren Aufenthalt in Österreich von Beginn an umstritten gewesen war, trennte man sich gerne. Druck machte nicht nur Ungarn, das die Auslieferung der Volkskommissare verlangt hatte, sondern auch Moskau. Čičerin drohte mit der Geiselnahme von Österreichern, sollte dem Wunsch nach einer Überstellung Kuns nicht entsprochen werden. Um die Angelegenheit endlich ad acta legen zu können, nahm Wien sogar die vorübergehende Verstimmung der deutschen Nachbarn in Kauf, die nicht darüber informiert

132 AT-OSTA/AdR BKA AA, Generalkonsulat Berlin 1920–1921, Bericht von Hartmann, Mai 1920.

133 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 39.

134 Ebd.

135 Siehe dazu auch ADÖ, Bd. 3, 167.

worden waren, dass die Volkskommissare via Deutschland nach Russland reisen sollten.¹³⁶

Als der Vertrag mit Moskau unterschrieben wurde, war die Koalitionsregierung in Wien unter der Führung des Sozialdemokraten Karl Renner bereits zerbrochen. Zwei Tage später, am 7. Juli, endete offiziell die Amtsperiode.¹³⁷ Die Nachfolgeregierung bekam es sofort mit Protesten der Alliierten gegen das Abkommen zu tun. Es widerspreche, hieß es, dem »Geist des Friedens von Saint Germain«. Eine kurzfristig verhängte Kreditsperre sollte Österreich dazu bewegen, einzelne Vereinbarungen des Kopenhagener Abkommens im Sinne der Alliierten zu revidieren.¹³⁸ Am Ende reduzierte sich aber der Einspruch auf einen einzigen Punkt: die im Vertrag mit Moskau zugestandene Kommunikation der künftigen sowjetrussischen Vertretung in Wien mit der Sowjetregierung »per Chiffre auf dem Weg der drahtlosen Telegraphie«.¹³⁹ Diese wurde Mieczysław Bronski-Warszawski, dem designierten Repräsentanten der Bolschewiki in Wien, dann auch prompt verweigert. Seine Kontakte mit Moskau überprüften Ententevertreter. Nachrichten via Telegraph durften nur Gefangenensangelegenheiten tangieren. Bronski schimpfte darüber ausgiebig in seinen per Kurier nach Moskau gesendeten Berichten aus der Donaumetropole. Gegenüber dem NKID-Chef Čičerin beklagte er sich mehrmals über die erschwerte Kommunikation zwischen den beiden Städten.¹⁴⁰ Es fehlte in der Folge nicht an scharfen Protesten der Bolschewiki an die Adresse der Wiener Regierung, der die Nichteinhaltung des Kopenhagener Vertrages zum Vorwurf gemacht wurde.¹⁴¹

Da die Berichterstattung aus der ehemaligen k.k. Haupt- und Residenzstadt für Moskau damals eine der wenigen Möglichkeiten darstellte, über die Entwicklungen in Mitteleuropa und speziell auf dem Balkan am Laufenden gehalten zu werden, erwiesen sich Erschwernisse in der Kommunikation zwischen Bronski und dem NKID als besonderes Ärgernis. Zusätzliche Aufmerksamkeit erregte schließlich auch das Bündnissystem der Kleinen Entente, über welches

136 Vgl.: Stenographische Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung, 29. Sitzung, 6.9.1919, 262f.; 41. Sitzung, 26.11.1919, 42. Sitzung, 28.11.1919, 361f., 56. Sitzung, 23.1.1920, 479 und 481f. und Haider, Edgard: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938, Diss. Wien 1975, 38–44.

137 Die Amtsperiode eines Großteils der Regierungsmitglieder endete bereits am 24. Juni 1920.

138 Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 670.

139 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 40.

140 RGAÉ 443/2/1363/l: Bronski an Čičerin, 6.9.1920.

141 AVP RF 04/1/1/5/1: Bronski an Čičerin und Radek, 8.8.1920. In Wien selbst verfasste Bronski mehrere Beschwerdebriefe in dieser Sache, in denen er die österreichische Regierung nicht zuletzt vor »negativen Konsequenzen« in Bezug auf die österreichischen Kriegsgefangenen in Russland warnte. Vgl. u. a. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland, Warszawski-Bronski an Karl Renner, Zl. 53485/20, 10.8.1920.

das Narkomindel Informationen erbat.¹⁴² Über Wien, gab sich der Pole außerdem überzeugt, könnte man sogar »Amerika und Australien mit Material über Russland und umgekehrt« versorgen.¹⁴³

Wie sehr dem Kreml daran gelegen war, über Repräsentanten in Wien zu verfügen, ließ sich daran ablesen, wie schnell der Sowjetvertreter hier auftauchte: Bronski war tatsächlich noch im Juli 1920 in die österreichische Hauptstadt gekommen. Von Kriegsgefangenenangelegenheiten schienen er und seine Mitarbeiter freilich wenig Ahnung zu haben. Die österreichischen Behörden gaben sich überzeugt, dass Bronski und die Mitglieder seines Stabs, die von Beginn an unter der Beobachtung von Polizeidetektiven standen, die Heimkehr der sich nur mehr in geringer Anzahl in Österreich aufhaltenden Russen nicht als Priorität ansahen.¹⁴⁴ Die Berichte des Missionschefs nach Moskau zeichnen allerdings ein differenzierteres Bild. Da Bronski zunächst weder über Finanzmittel verfügte noch irgendwelche konkreten Instruktionen aus Moskau in Händen hatte, blieb er in Bezug auf die Gefangenenfrage vorerst passiv.¹⁴⁵ Dann aber bemühte er sich vor allem um die Betreuung jener Gefangenen, auf welche die in Wien befindlichen unterschiedlichen galizischen beziehungsweise ukrainischen diplomatischen Vertretungen gewissermaßen Anspruch erhoben. Der Sowjetrepräsentant befürchtete nun, die Kriegsgefangenen würden infolge »konterrevolutionärer Propaganda« nach ihrer Heimkehr im Kampf gegen die Bolschewiki zum Einsatz kommen. Von österreichischer Seite erfuhr Bronski in dieser Angelegenheit keine Unterstützung – im Gegenteil. Sie unterband den Kontakt des Moskauer Delegierten mit den »ukrainischen« Gefangenen.¹⁴⁶

Bronski wandte sich freilich auch anderen Aufgaben zu. So widmete er sich beispielsweise der Pflege von Kontakten mit in Wien ansässigen Kommunisten verschiedener Nationen, wobei er nicht zuletzt mit den Mitarbeitern der ROSTA in engem Kontakt stand. Dazu zählte unter anderem der aus Polen stammende Moritz Menkes, der 1919 sein Studium an der Universität Wien abgeschlossen hatte. Außerdem traf sich Bronski mit den in Österreich verbliebenen Mitgliedern der abgeschobenen Mission »Berman-Vejsbrod«. Einige dieser ehemaligen Sowjetdelegierten waren im Jänner 1919, nach der ersten Abschiebung aus Wien, in Budapest geblieben, hatten sich an den nachfolgenden revolutionären Umwälzungen in Ungarn beteiligt und waren nach dem

142 AVP RF 04/1/1/5/19–25: Bronski an das NKID, 3.11.1920.

143 RGASPI 159/2/26/14: Bronski an Čičerin, 16.9.1921.

144 Nach Angaben des österreichischen Kriegsgefangenenamtes kehrten zwischen Juli 1920 und Oktober 1921 nicht einmal 800 Russen in ihre Heimat zurück. McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 44.

145 AVP RF 04/1/1/5/8: Bronski an Čičerin, Radek, Litvinov, 8.8.1920.

146 RGAĖ 443/2/1363/1: Bronski an Čičerin, 6.9.1920.

Ende der Räteherrschaft nach Österreich zurückgekehrt. Nach Meinung des Wiener Polizeipräsidenten Schober ebenso wie in der Beurteilung der bürgerlichen Presse handelte es sich jedenfalls auch bei der neuen sowjetrussischen Kriegsgefangenenmission unter Mieczysław Bronski um nichts anderes als um eine mit Propaganda und konspirativen Machenschaften beschäftigte »Bolschewikenzentrale«. Schon im Oktober 1920 forderte Schober Bronskis Abberufung.¹⁴⁷

Während Österreichs antibolschewistische Kräfte den Sowjetvertreter als gefährlichen Propagandisten ansahen, beurteilte ihn die Komintern jedoch als allzu defensiv. Ins Treffen gegen Bronski führten jene, die ihn bei der Kommunistischen Internationale anschwärzten, nicht zuletzt seine angeblich moskaukritischen Ansichten, die – so der Vorwurf – vor allem in Zusammenhang mit der gescheiterten »Märzaktion«¹⁴⁸ in Mitteldeutschland 1921 zum Vorschein gekommen seien. Georgij Čičerin wiederum erblickte in dem angeblich zahn Revolutionär freilich einen geeigneten Mitarbeiter des NKID. Das Volkskommissariat vertrat seit 1920/21 eine Politik, die nicht zuletzt der Anbahnung von Wirtschaftskontakten mit den »Klassenfeinden« dienen sollte. Dieser neue Kurs war geradezu zwangsläufig doppelbödig. So vertrat man etwa bei allem Interesse am Handel mit dem Westen die Meinung, dass »die ausländischen Kapitalisten« die Sowjetbürger als »arme Neger« betrachteten, »an die man allen Flitterkram der Zivilisation, am liebsten Glasperlen und Schnaps verkaufen möchte«, um auf diese Weise an die wertvollen Ressourcen des Landes heranzukommen.¹⁴⁹ Tatsächlich verstanden ausländische Investoren, darunter auch Österreicher, die neue Position Moskaus bisweilen geradezu als »Einladung« zur »zweckentsprechenden Ausbeutung und Verwertung der vorhandenen Naturschätze«.¹⁵⁰

Allen Bedenken zum Trotz präsentierte die Sowjetführung die Annäherung an den Gegner letztlich aber als wirtschaftliche Notwendigkeit, als unumgeharen temporären Kompromiss. Es galt daher, eine Art »Waffenstillstand« einzuhalten, wengleich hier mit dem »Todfeind« paktiert wurde. Einen Reprä-

147 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 43–47. Bronski ging in Wien überdies eine sogenannte »Sowjetehe« mit Susanne Leonhard, der Mutter von Wolfgang Leonhard, ein. Leonhard leitete zeitweilig überdies die Presseabteilung der Wiener Sowjetvertretung. Dazu und zu Bronskis Kontakten zu verschiedenen Kommunisten in Wien, unter anderem zu Walter Krivickij, ausführlich ebd., 111–113.

148 Siehe dazu die kurzen Darstellungen im Abschnitt »Strategien« von Teil 3 (»Weltanschauungskämpfe«) des vorliegenden Bandes.

149 AT-OeStA/Adr BKA KGF 1921: 3-1/6. »Der Handel mit dem Ausland«, in: Die Rote Fahne. Organ des Zentralbüros Deutscher Sektionen für Agitation und Propaganda beim Z.K. der R.K.P., Moskau, 4.12.1920.

150 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Österr. Kriegsgefangenenmission an das BM für Äußeres, 6.11.1921, Präs. Nr. 179/21.

sentanten, der im Gastland als radikaler Umstürzler auftrat und solcherart die neuerliche »Atempause« gefährdete, die das Sowjetreich für die in Aussicht gestellte endgültige »Auslöschung« des »Klassenfeinds« benötigte, konnte Čičerin folglich aus seiner Warte nicht gebrauchen. Bronski sollte daher trotz der vielgestaltigen Kritik an seiner Tätigkeit in Österreich bleiben. Zum Jahreswechsel 1920/21 verließ er zwar die österreichische Hauptstadt Richtung Moskau, verweilte dort aber nur kurz. Schon im Jänner 1921 traf er wieder in Wien ein, dieses Mal in der Funktion eines »bevollmächtigten Vertreters des Volkskommissariats für den Außenhandel (NKVT)«. Bronski setzte eine bereits begonnene Tätigkeit fort, denn schon 1920 war bei der Gefangenenmission eine »Handelsabteilung« eingerichtet worden.¹⁵¹ Außerdem hatte Bronski einen weiteren Auftrag erhalten: Die Beziehungen mit Österreich sollten nun endgültig auf ein neues Fundament gestellt werden. Die bereits im Juli 1920 erhoffte Aufwertung Bronskis zu einem Polpred in offiziellem Auftrage Moskaus war nicht erfolgt. Hauptgrund für das Ausbleiben offizieller diplomatischer Beziehungen war nach Meinung des Polen die Abhängigkeit Österreichs von den Westmächten.¹⁵²

Zweifelsohne trug Bronskis Berichterstattung über die Alpenrepublik nicht unwesentlich dazu bei, die Opferrolle des Kleinstaates festzuschreiben und das sowjetische Österreichbild der 1920er Jahre für das NKID zu formen. Der eingeschränkte Handlungsspielraum der österreichischen Regierungen wurde zumindest von Bronski noch mehr betont als der Umstand, dass die Macht politische Kräfte innehatten, welche das bolschewistische Regime aus ideologischen Gründen strikt ablehnten. Auch seine Nachfolger in Wien betrachteten die Außenpolitik Österreichs für gewöhnlich unter dem Gesichtspunkt der fremden Einflussnahme und der Abhängigkeit des Staates von anderen Mächten. Wien bemühte sich tatsächlich um ein korrektes Verhältnis mit Moskau, wenngleich bereits in den 1920er Jahren antisowjetische Reflexe vor allem der Christlichsozialen zu durchaus schwerwiegenden Verstimmungen seitens der Bolschewiki führten. Auch hier, d. h. in der österreichischen Außenpolitik, existierte also, wenn man so will, eine Art Doppelbödigkeit: Diplomatische Courtoisie und die Abscheu vor dem Kommunismus »koexistierten«, während Partei- und Regierungsarbeit unter diesen Bedingungen durchaus in Konflikt geraten konnten.

Dass die österreichische Sozialdemokratie 1920 aus der Koalition ausschied, machte Bronskis Aufgabe, von der Wiener Regierung die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zu erlangen, nicht eben einfacher. Noch vor

151 RGAĚ 413/2/522/8: Bronski an das NKVT, 10.11.1921.

152 AVP RF 04/1/1/5/18: Bronski an Čičerin, 11.10.1920.

den Wahlen im Oktober 1920 führte ihm ein vertrauliches Gespräch mit Otto Bauer vor Augen, dass eine Rückkehr der Sozialdemokraten zur Regierungsbank für höchst unwahrscheinlich gehalten wurde. Bauer, so Bronski in seinem Bericht nach Moskau, wäre »in der Seele froh«, würde »die bourgeoise Partei die Mehrheit bekommen und er auf diese Weise die Möglichkeit [erhalten], in der Opposition« zu bleiben. Dann, so der Sowjetrepräsentant weiter, könne Bauer eine »radikale Phrasenpolitik betreiben und die Einheit der Partei bewahren«.¹⁵³

Auch in späteren Charakterisierungen Otto Bauers, die im NKID gesammelt und von allen wichtigen österreichischen Politikern angefertigt wurden, stellte man ihn eher als »Mann der Phrase« denn als »Mann der Tat« vor.¹⁵⁴ Bronski legte jedenfalls den Grundstein für einen regelmäßigen Kontakt des prominenten Sozialdemokraten mit der Sowjetvertretung in Wien, denn auch die Nachfolger des Polen als offizielle Repräsentanten Moskaus in Österreich verkehrten – allen durchaus scharfen Differenzen zum Trotz – zwecks einer »informellen Kommunikation« regelmäßig mit Bauer. In jedem Fall gleichen sich Bronskis Ansichten und zeitgenössische Kritiken beziehungsweise historische Urteile in Österreich über die Bauersche Politik und die der Sozialdemokraten insgesamt auf mehreren Ebenen – eine durchaus erwähnenswerte Koinzidenz. Der Sowjetvertreter räumte allerdings mit Blick auf die Situation nach den Wahlen vom Herbst 1920 ein, dass sich keineswegs bloß die Sozialdemokraten davor drückten, die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Kleinstaats zu übernehmen. Niemand, so Bronski, zeige daran gesteigertes Interesse. Die neue Regierung unter Bundeskanzler Michael Mayr sei nicht mehr als eine Interimslösung. Obwohl er nicht glaubte, dass der neue Kanzler ähnlich wie Karl Renner eine »Politik nach allen Seiten« verfolgen werde, erwartete Bronski keine einschneidenden Veränderungen im Verhältnis Österreichs zu Sowjetrußland.¹⁵⁵

153 Ebd.

154 AVP RF 04/1/6/102/26–41.

155 AVP RF 04/1/1/5/37–40: Bronski an Čičerin, 1.12.1920. Siehe auch RGASPI 359/1/4/21: Levickij an Litvinov, 7.12.1923.

Die »Ära Pohl« – Von der Kriegsgefangenenmission in der RSFSR bis zur Abberufung des ersten österreichischen Gesandten in der UdSSR 1920–1927

Differenzen

Johannes Mayerhöfer wartete gar nicht erst ab, bis ihn die Behörden in Wien aufforderten, seine Bemühungen in Sachen Repatriierung der Kriegsgefangenen aus Russland einzustellen. Noch bevor als Konsequenz des Kopenhagener Vertrages der Leiter einer Regierungskommission feststand, der sich nunmehr der Betreuung und Heimbeförderung der Gefangenen annehmen sollte, verließ Mayerhöfer Moskau. Seine Mitarbeiter, darunter auch die Kommunisten Franz Walz und Franz Wager, blieben vor Ort.¹⁵⁶ Zumindest Walz galt indes nicht einmal bei seinen Genossen als »linientreu«. Seine Tätigkeit sollte daher auf Anraten des Russlandheimkehrers und dann über einige Jahre führenden KPÖ-Funktionärs Karl Tomann von Karl Steinhardt, damals Vertreter der KPÖ bei der Komintern in Moskau, genau überwacht werden.¹⁵⁷

Anfang August 1920 war dann in Wien ein neuer Mann für die Position in Moskau gefunden: Zum Leiter der Regierungskommission wurde der Abteilungsleiter im Staatsamt für Äußeres¹⁵⁸ sowie Chef des Pressedienstes der Staatskanzlei¹⁵⁹, Otto Pohl, ernannt.¹⁶⁰ Österreichische Kommunisten vermuteten, der neue Mann in Moskau würde sich als »konterrevolutionärer Spion« gerieren und im Auftrag der Sozialdemokraten Kontakte zu den Menschewiki in Russland herstellen.¹⁶¹ Das SDAP-Mitglied Pohl vermeldete

156 AT-OeStA/AdR BKA KGF 1920: 3-15/6-2. Schreiben von Mayerhöfer an das Österr. Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt, 21.7.1920.

157 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 41.

158 Per Oktober 1920 wurde das Staatsamt für Äußeres in Bundesministerium für Äußeres umbenannt.

159 Agstner / Enderle-Burcel / Follner: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, 367.

160 AT-OeStA/AdR BKA KGF 1920: 3-15/6-21, Österr. Staatsamt für Heerwesen an das Österr. Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt, 17.8.1920.

161 RGASPI 498/1/2/2.

indessen, die »Missionsarbeit [...] mit Ausnützung alter persönlicher Beziehungen zu einigen in der Sowjet-Republik einflussreichen Persönlichkeiten« betreiben zu wollen.¹⁶² Die Sowjetregierung zeigte sich mit der Bestellung Pohls jedenfalls zufrieden, umso mehr, als er von Mieczysław Bronski als ein Mann beschrieben worden war, den einige Kollegen in der österreichischen Sozialdemokratie wohl als »zu links« wahrnahmen.¹⁶³ Bronski zufolge hatten sich vor allem Otto Bauer und Friedrich Austerlitz gegen Pohls Ernennung ausgesprochen.¹⁶⁴ Kaum zu leugnen war, dass Pohl es offenbar nicht an Unterstützung für die Wiener ROSTA-Mitarbeiter hatte fehlen lassen. Nichtsdestoweniger machte der Missionschef die Distanz zu den von Mayerhöfer »geerbten« Kommunisten in seinem kleinen Mitarbeiterstab von Beginn an deutlich. Er ortete bei den beiden »Charaktermängel«, gepaart mit weiteren Defiziten, die sich in der praktischen Arbeit niederschlugen. Darüber hinaus erachtete Pohl die von Walz und Wager betriebene Benachteiligung kriegsgefangener Offiziere bei der Repatriierung als abzulehnende Propagandamaßnahme und ganz allgemein als puren »Unfug«.¹⁶⁵ Dennoch zeigte sich Pohl bemüht, mit dem sogenannten »Austrosowjet« ein »erträgliches Verhältnis« herzustellen, obgleich dessen Repräsentanten ebenso wie die in Moskau befindlichen KPÖ-Mitglieder ihrerseits den Vertretungsanspruch des Rates aufrechterhielten und auf diese Weise in Konkurrenz zur Mission traten.¹⁶⁶ Unstimmigkeiten ergaben sich aber auch mit dem der Mission zugeteilten Mediziner Martin Pappenheim. Dessen Vergangenheit als Nervenarzt hatte die deutschsprachige kommunistische Presse in Russland zum Anlass genommen, um die Reputation des Österreicherers in Frage zu stellen. Pappenheim hatte sogenannte »Kriegshysteriker« während des Ersten Weltkriegs mit der umstrittenen Elektroschockmethode behandelt und aus diesem Grund auch vor der »Kommission für militärische Pflichtverletzungen«¹⁶⁷ aussagen müssen. Obwohl Pappenheim, der sich gegen die Anwürfe, »Folterknecht« einfacher Soldaten gewesen zu sein, in österreichischen ebenso wie in russischen

162 AT-OeStA/AdR BKA KGF 1921: 3-1/18, Missionschef Otto Pohl an das Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt, 1.9.1921. Pohl gab z. B. später an, mit Rakovskij »seit vielen Jahren in guten persönlichen Beziehungen« zu stehen. – AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 668) Liasse Russland, Pohl an das BKA, 23.1.1923.

163 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 42.

164 AVP RF 04/1/1/5/3: Bronski an Čičerin, Radek, Litvinov, 26.7.1920.

165 Pohls Beziehungen zu Wager besserten sich aber offenbar, was sich u. a. in positiven Bewertungen von dessen Tätigkeit niederschlug. – Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Österr. Kriegsgefangenenmission in Russland an den Staatssekretär für Äußeres, 26.10.1920.

166 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Bericht Pohls an den Staatssek des Äußern, Oktober 1920.

167 Zur Pflichtverletzungskommission siehe Doppelbauer, Wolfgang: Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps zu Beginn der Republik, Wien 1988.

Zeitungen verteidigte, konnte er Pohls Vertrauen offenbar nicht zurückgewinnen.¹⁶⁸

Mehr als die Probleme mit dem Personal beschäftigten den Chef der »österreichischen Kriegsgefangenenmission für Sowjet-Russland« freilich andere Dinge. Pohl musste feststellen, dass sich die Repatriierungsfrage aufgrund der vielfach chaotischen Zustände auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs, oft unklarer Kompetenzverhältnisse, der mangelhaften Infrastruktur und der Behäbigkeit des vorhandenen Verwaltungsapparats nur unter großen Anstrengungen lösen ließ. Außerdem widmete er einen Gutteil seiner Tätigkeit der Sammlung von Informationen über die wirtschaftliche Lage des Landes, um die Möglichkeiten für die Aufnahme bilateraler Handelsbeziehungen zu prüfen. Ein diesbezügliches Interesse bei der österreichischen Industrie war durchaus gegeben – obwohl die bürgerliche Presse vor dem »Russlandgeschäft« warnte und die zu erwartenden Vorteile relativ gering veranschlagte.¹⁶⁹ Pohl jedenfalls fertigte detaillierte Berichte über die sowjetrussische Wirtschaftspolitik und die Tätigkeit der mit ökonomischen Fragen befassten Volkskommissariate an. Seine Kontakte zum Volkskommissar (Narkom) für den Außenhandel führten freilich zu der Erkenntnis, »dass es hier sehr schwer« sei, »über die theoretischen Erörterungen hinaus zu praktischen Resultaten zu kommen.«¹⁷⁰ Konfliktpotenzial besaß überdies die Frage der Grundlagen für den Warenaustausch zwischen Österreich und der RSFSR. Die Industriellen des Kleinstaates forderten günstige Konditionen bezüglich Zahlung und Lieferung, die den Vorstellungen Moskaus widersprachen. Pohl beschäftigte sich indessen aber auch mit anderen wirtschaftsbezogenen Themen: Seine Bewertung der allgemeinen ökonomischen Situation in Russland, wo er einen eklatanten Mangel an Fachkräften ausmachte, bewog ihn dazu, die zuständigen Stellen in Österreich auf die Möglichkeiten der Auswanderung gelernter Arbeiter in das Sowjetreich hinzuweisen. Pohl selbst riet jedoch dazu, erst die weitere Entwicklung des Landes abzuwarten, um etwaigen Kandidaten für die Emigration in das »Arbeiterparadies« eine Enttäuschung zu ersparen.¹⁷¹

168 Siehe in diesem Zusammenhang: Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Nervenschlacht. »Hysterie«, »Trauma« und »Neurosen« am Beispiel der Ostfront 1914–1918, in: Bachinger, Bernhard/Dornik, Wolfram (Hg.): Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext, Innsbruck/Wien/Bozen 2013, 157–178 und AT-OeStA/AdR BKA KGF 1920: 31-15/6-21, Österr. Staatsamt für Heereswesen an das österr. Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt, 5.8.1920.

169 Vgl. Peyravan, Ronald: Zwischen Aufbruch und Abbruch: die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit. Unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Arbeitermigration, Diss. Wien 2010, 209f.

170 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Bericht von Pohl an den Staatssekretär des Äußern, 13.10.1920.

171 Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Bericht der österr. Kriegsgefangenenmission an das BM für Äußeres, 28.12.1920.

Darüber hinaus übte er nach eigenem Verständnis eine »halbdiplomatische Funktion« aus, die nicht nur die Pflege entsprechender Kontakte zur Sowjetregierung, sondern auch zu den in Moskau vorhandenen Vertretungen anderer Länder nahelegten. Die Mittel der Mission reichten angesichts des hohen Preisniveaus in der russischen Hauptstadt freilich kaum aus, um derartigen Aufgaben in geeigneter Form nachzukommen.¹⁷²

Während sich Pohl bei den Wiener Stellen darüber beschwerte, den in die österreichische Kriegsgefangenenmission geladenen ausländischen Diplomaten nicht viel mehr als ein paar belegte Brötchen und ein wenig Obst reichen zu können, kämpfte Georgij Čičerin mit ähnlich gelagerten Problemen. Freilich fielen die Klagen des NKID-Chefs über die schlechte Lebensmittelversorgung ausländischer Diplomaten und Journalisten in Moskau, von denen einige aufgrund der qualitativ minderwertigen Nahrung bereits erkrankt waren, um einiges dramatischer aus. Als geradezu peinlich bezeichnete er es, dass den Gästen keine Autos zur Verfügung gestellt werden konnten, was in Anbetracht der in Moskau zurückzulegenden Distanzen als unzumutbar angesehen wurde. Gegenüber Lenin und dem sowjetischen Spitzendiplomaten Nikolaj Krestinskij gab Čičerin zu bedenken, dass derartige Missstände den Ausländern als Grundlage antisowjetischer Propaganda dienen könnten.¹⁷³ Den »Genossen Kamenev« konfrontierte der Volkskommissar außerdem mit dem, wie er meinte, unhaltbaren Umstand, dass außer dem Narkomindel auch andere Institutionen die ausländischen Missionen »betreuten«. ¹⁷⁴ Besonders gespannt waren hinsichtlich dessen die Beziehungen des NKID mit dem Geheimdienst, der den Ausländern in Russland ein spezielles Interesse entgegenbrachte. Die Art, wie diese bespitzelt wurden, gefährdete nach Meinung Čičerins die gezielte Zusammenarbeit mit verschiedenen Staaten und würde schließlich selbst aus Freunden Feinde machen.¹⁷⁵

Wahrnehmungen und Konsequenzen

Freilich bot auch die Amtsführung Čičerins Anlass für Kritik. Nachdem Lenin, zu dem der Volkskommissar sozusagen einen besonderen Draht hatte, krankheitsbedingt als der wichtigste Ansprechpartner des NKID-Chefs ent-

172 AT-OeStA/Adr BKA KGF, Österr. Kriegsgefangenenmission für Sowjetrußland an das Präsidium der Staatskommission, 17.10.1921.

173 RGASPI 159/2/4/8, 9, 11.

174 Ebd., 14.

175 RGASPI 159/2/5/90: Čičerin an Trilisser, 17.2.1925.

fallen war, wurde die Schar der Gegner größer. Der spätere Botschafter der UdSSR in London, Ivan Majskij, monierte zum Beispiel im Frühjahr 1923 gegenüber Vjačeslav Molotov die »besondere Atmosphäre« im Narkomindel, über die man »in Parteikreisen« ohnehin bereits Bescheid wisse. Majskij, der die Geheimhaltungsmanie im NKID anprangerte, verwies außerdem darauf, dass jede noch so kleine Abteilung des Volkskommissariats eine Art Eigenleben führe und die »Gesamtperspektive« als notwendige Voraussetzung des Entscheidungsfindungsprozesses auf diese Weise abhanden komme. Selbst NKID-Mitarbeiter in höherer Funktion würden immer nur einen Teil der verfügbaren »Botschafterberichte« zu sehen bekommen. Eine Änderung der Arbeitsweise sei dringend anzuraten. Majskij gab außerdem zu bedenken, dass die Gegebenheiten im NKID die Herausbildung eines Mitarbeitertyps begünstigen würden, der sich nicht mehr von jenen »typischen Beamten« unterscheidet, die »in jedem beliebigen bourgeoisen Außenministerium« vorhanden seien.¹⁷⁶

So sehr sich aber nach Ansicht etwa Otto Pohls »die Partei« gegen die »Verbürgerlichung der Lebensformen« nicht zuletzt als Folge der NÉP mit ihren »Konzessionen an den Kapitalismus« starkmachte¹⁷⁷, so gegenläufig erschienen in gewisser Weise die Entwicklungen im diplomatischen Dienst. Dort etablierte sich etwa Mitte der 1920er Jahre ein neuer Typus des Sowjetvertreters im Ausland, der den Aufgaben einer »traditionellen« Diplomatie eher gewachsen schien als der »Revolutionär« der Anfangszeit.¹⁷⁸ Moskau signalisierte solcherart die Bereitschaft zur Akzeptanz »bourgeoiser« Verhaltensregeln. Dass beispielsweise 1922 die Sowjetdelegierten zur Konferenz von Genua im Frack erschienen, kann in diesem Kontext als entsprechende Geste in Richtung Westen gewertet werden. Auf »Schlichtheit im gesellschaftlichen Verkehr«, die sich von den Repräsentanten der »bourgeoisen Welt« abheben sollte, wurde dennoch Wert gelegt. Ende 1924 lagen seitens des NKID Regeln für den Umgang der Polpredy mit ausländischen Staatsoberhäuptern sowie für die Frage der Teilnahme an diversen Festivitäten anlässlich bestimmter Feiertage in den jeweiligen Gastländern vor. Diesen Richtlinien zufolge war nun beispielsweise klaggestellt, dass ein sowjetischer Repräsentant bei Festivitäten im Rahmen des österreichischen Nationalfeiertags anwesend sein durfte, in Ungarn aber unmöglich an Feierlichkeiten zum »Gedenktag der Errichtung des Horthy-Regimes« teilnehmen konnte.¹⁷⁹ Freilich mussten die Sowjetvertreter immer

176 RGASPI 82/2/1028/3-8: Majskij an Molotov, 12.4.1923.

177 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. 45/8 P, 17.6.1925.

178 Kocho-Williams, Alastair: *Russian and Soviet Diplomacy*, Basingstoke/ u. a. 2012, 77f.

179 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 607) Liasse Russland 7/III, Pohl an BKA, 1.12.1924.

wieder in Moskau anfragen, um in speziellen Fällen Anweisungen zu erbitten. Die von dort einlangenden Richtlinien zeigten, wie »elastisch« Regeln am Ende interpretiert werden konnten. Dass der sowjetische Repräsentant in Polen zumindest einmal jährlich eine Kirche aufsuchte, um dem in Zusammenhang mit offiziellen Veranstaltungen stattfindenden Gottesdienst beizuwohnen, tolerierte das NKID.¹⁸⁰

Fälle »moralischer und politischer Zersetzung im Ausland«, wie sie noch 1921/22 unter den Sowjetvertretern in Ausland wahrgenommen worden waren, gingen als Folge einer stärkeren Kontrolle der Diplomaten und ihrer Entourage durch die Partei wohl zurück.¹⁸¹ Das Bild vom trinkfesten, zu Gewalttätigkeiten neigenden Botschaftsmitarbeiter aus Russland, der sich mitunter am Eigentum anderer vergriff, lebte aber – teilweise durchaus nicht unbegründet – geraume Zeit in der Wahrnehmung vor allem antikommunistischer Kräfte fort.¹⁸²

Der NKID-Chef hielt jedenfalls nach Möglichkeit seine schützende Hand über die Mitarbeiter des Volkskommissariats. Im Februar 1924, nicht einmal ein Jahr nach Majskijs Kritik an den Zuständen im Narkomindel, beklagte er sich in einem »streng geheimen« Schreiben an Lazar Kaganovič darüber, dass fähige Mitarbeiter aus dem NKID entfernt worden waren. Begründet hatte man diese Maßnahme mit dem Umstand, dass diese Personen als »parteilos« aufschienen und nunmehr durch Parteimitglieder ersetzt wurden.¹⁸³ Der NKID-Chef, der trotz des Aufstiegs zum Vollmitglied des ZK Ende 1925 seine Position gegenüber der tonangebenden Nomenklatura nur graduell verbessern konnte, sah freilich keinen Sinn darin, »unfähiges« Personal nur aufgrund der Parteizugehörigkeit heranzuziehen.¹⁸⁴ Čičerins Klagen verhallten aber wirkungslos. Der Umbau des NKID nach den Vorstellungen der Parteiführung war trotz der Proteste des streitbaren Volkskommissars nicht aufzuhalten. Reformbedarf hinsichtlich der Ausbildung der Sowjetdiplomaten war freilich gegeben. Defizite gab es nicht nur bei den Sprachkenntnissen. Dass es den Narkomindel-Mitarbeitern beispielsweise an Routine im Bereich diplomatischer Gepflogenheiten fehlte, stellte auch der Leiter der österreichischen Gefangenenmission in Moskau fest. Noch 1924 verwies Pohl auf mangelnde Kenntnisse in »Rang- und Sitzordnungsfragen« und vermerkte in seinen Berichten nach Wien die Gefahr sich daraus ergebender Irritationen seitens des

180 AVP RF 066/6/103/7/214: Journal des Polpred, 2.6.1924.

181 Vgl. Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 114f.

182 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 102 und 137f.

183 Vgl. dazu die Ausführungen bei Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 113f.

184 RGASPI 82/2/1028/12: Čičerin an Kaganovič, 24.2.1924.

ausländischen diplomatischen Korps in der russischen Hauptstadt.¹⁸⁵ Die Fähigkeiten des NKID-Leiters hingegen schätzte Pohl außerordentlich hoch ein. Der österreichische Repräsentant in Sowjetrußland konnte sich von Čičerins Kompetenzen im Zuge vieler Unterredungen überzeugen. Wartete der Sozialdemokrat 1920, nach seiner Ankunft in Moskau, ganze fünf Wochen, um endlich vom NKID-Chef empfangen zu werden¹⁸⁶, ergab sich bald ein regelmäßiger Kontakt zwischen den beiden Männern. Das Interesse, das der Volkskommissar dem Vertreter eines Kleinstaates entgegenbrachte, war tatsächlich erstaunlich groß. Pohls Berichte nach Wien belegen, wie eng, ja regelrecht vertrauensvoll sich die Beziehungen zu Čičerin in der Folgezeit gestalteten.

Während sich das Verhältnis zum Leiter des Narkomindel als geradezu ideal umschreiben ließ, stellten sich Pohls Beziehungen zum Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt in Wien als denkbar schlecht dar. Vor diesem Hintergrund reichte Pohl im August 1921 seine Kündigung als Missionschef ein. Diesem Schritt vorangegangen war die Kritik des Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamts an der Arbeit des Sozialdemokraten, die sich offenbar auf dessen Bemühungen hinsichtlich der Ausgestaltung quasidiplomatischer Beziehungen zur RSFSR bezog. Immerhin, so Pohl in seinem Schreiben nach Wien, zeichnete sich im Sommer 1921 das Ende der Repatriierungstätigkeit der Mission ab, was die Frage nach der Verankerung einer nachfolgenden österreichischen Vertretung in Moskau umso wichtiger erscheinen ließ. Pohl machte schließlich die »geänderten innerpolitischen Verhältnisse[n] Österreichs« dafür verantwortlich, dass die Wiener Stellen auf eine »Einschränkung« seiner »Aktionsfreiheit« in Rußland hingearbeitet hätten.¹⁸⁷

In Wien aber, wo seit Juni 1921 mit dem ehemaligen Polizeipräsidenten Johann Schober ein erklärter Gegner des bolschewistischen Regimes die Bundesregierung anführte, akzeptierte man Pohls Kündigung nicht und konnte ihn – unter anderem mit dem Versprechen einer höheren Dotierung seiner Position – zum Bleiben bewegen.¹⁸⁸ Nichtsdestoweniger hatte Schober im Mai 1921, damals noch in der Funktion des Wiener Polizeipräsidenten, die Verankerung einer sowjetrussischen Vertretung in der Bundeshauptstadt von einer strengen Kontrolle der künftigen »Missionsmitglieder« abhängig gemacht. Die Vorteile einer Ausweitung der bilateralen Beziehungen in wirt-

185 VGA, Altes Parteiarchiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 2, Pohl an den Bundesminister, 27.12.1924. Zl 829/8 Präs. P.

186 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 42.

187 AT-OeStA/Adr BKA KGF: (Karton 107) 1921: 3-1/18, Pohl an das Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt, 10.8.1921.

188 Ebd.

schaftlicher und diplomatischer Hinsicht lagen seiner Ansicht nach allein auf Seite Moskaus.¹⁸⁹

Das Abkommen 1921

Obwohl Mieczysław Bronski-Warszawski bereits zu Jahreswechsel 1920/21 den Abschluss eines Abkommens zur Sicherung eines Verbleibs der Vertretung Moskaus in Wien anzustreben begann, dauerte es bis Dezember 1921, um dieses Ziel zu erreichen. Die Rahmenbedingungen für diesen Vertrag waren gänzlich andere als im Sommer 1920 – nicht nur auf sowjetrussischer, sondern auch auf österreichischer Seite. 1920 hatte gewissermaßen der Druck der Bevölkerung, die sich die Heimkehr der Gefangenen aus Russland wünschte, die österreichische Politik in Hinblick auf Sowjetrußland diktiert. Jetzt aber ging es, zumindest vordergründig, um wirtschaftliche Beziehungen und damit verbunden um sehr viel grundsätzlichere Fragen hinsichtlich des Verhältnisses zum Rätestaat im Osten. Noch im Jänner 1921 hatte Otto Pohl aus Wien die Order erhalten, den sowjetischen Behörden keinerlei Signale in Richtung eines angestrebten Handelsabkommens zu geben.¹⁹⁰

Noch dazu erschien die Aufnahme ökonomischer Beziehungen in Anbetracht der Hungerkatastrophe in Russland in keinem allzu günstigen Licht.¹⁹¹ Außerdem waren erst mit dem Abschluss von Handelsverträgen zwischen der Sowjetregierung und London sowie Berlin im Frühjahr 1921 die wesentlichen Hürden für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Sowjetreich aus dem Weg geräumt. In Wien vertraute man aber längst nicht nur auf die von Otto Pohl aus Moskau übersandten Denkschriften über die Voraussetzungen für geregelte Handelsbeziehungen, sondern verließ sich außerdem auf weitere Sondierungen offizieller Stellen.¹⁹² Bronski befragte unterdessen den neuen Bundeskanzler Schober über dessen Pläne für die Russlandpolitik. Dieser aber antwortete ausweichend und wollte seinerseits wissen, »ob wir«, so Bronski, »immer noch auf die Weltrevolution warten«. Wortkarg blieb Schober auch,

189 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland, Polizeidriktion Wien an das BM für Äußeres, Zl. Pr. ZIV-1681, 25.5.1921.

190 Vgl. Nautz, Jürgen; Foreign Trade Between Austria And Russia. Foreign Policy Between Ideology And Needs. Ungedrucktes Paper: <<http://www.docstoc.com/docs/38391851/FOREIGN-TRADE-BETWEEN-AUSTRIA-AND-RUSSIA--FOREIGN-POLICY>> (14.1.2013).

191 Vgl. dazu auch Berichte der AZ aus dem Jahr 1922, z. B.: AZ, 23.1.1922, 1.

192 Eine besondere Bedeutung kam den Tätigkeiten eines Dr. Heller zu, der als wirtschaftlicher Beirat der Pohl-Mission und gleichzeitig als Vertreter der »Treuga« fungierte.

als der Sowjetvertreter ihn fragte, wie er sich zur Frage des Anschlusses an Deutschland positioniere.¹⁹³

Gesprächiger als der Bundeskanzler waren jene Vertreter des österreichischen Außenministeriums, die sich mit den Anliegen des gebürtigen Polen befassten. Einer von ihnen, Sektionschef Franz Peter, wurde zum wichtigsten Ansprechpartner der Sowjetrepräsentanten in Österreich für viele Jahre. Seine Person verweist auf eine von der »Beamtenschaft« wesentlich mitbestimmte Kontinuität in den Beziehungen zu Moskau. Die Vertreter der UdSSR wiederum nahmen Peter als »typischen österreichischen diplomatischen Beamten der alten Schule« wahr, dessen Kompetenzen sie freilich nicht in Frage stellten.¹⁹⁴ In einem internen Papier des NKID aus dem Jahr 1927 wurde Peter, der 1926 zum Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten avancierte¹⁹⁵, gar als »faktischer Außenminister« Österreichs bezeichnet.¹⁹⁶

Die Frage des Zustandekommens eines Vertrages zwischen der Alpenrepublik und dem Sowjetstaat beschäftigte aber nicht nur die Mitarbeiter des Außenministeriums in Wien, die österreichischen Wirtschaftstreibenden und ihre Vertretungen sowie die Sozialdemokraten, die im Namen der österreichischen Konsumgenossenschaften auftraten.¹⁹⁷ Auf die Durchsetzung ihrer Interessen pochten auch die Ukrainer, und zwar die »roten«. Im Namen von Christian Rakovskij forderte der ehemalige k.u.k. Offizier Michail Levickij (Myhajlo Levyc'kyj) von Bronski nämlich, dass der mit Österreich zu schließende Vertrag auch die Zusage für eine offizielle Vertretung der Sowjetukraine in Wien enthalten müsse. Moskaus »Emissär«, der damit die Chance verband, jene ukrainischen »Konkurrenzvertretungen«, die sich in der österreichischen Hauptstadt etabliert hatten, loszuwerden, erklärte sich einverstanden.¹⁹⁸ Sowjetukrainische Selbstständigkeitsbestrebungen wurden in der Folge auch von Otto Pohl begünstigt, der sich seinerseits für das Verbleiben einer österreichischen Vertretung in Charkow starkmachte, die vom Kommunisten Franz Wager geführt werden sollte. Die solcherart demonstrierte »Unabhängigkeit« von Moskau stellte sich allerdings nur als kurzes Intermezzo dar.

Verzögerungen in Hinblick auf das Zustandekommen eines bilateralen Vertrags ergaben sich indessen offenbar nicht so sehr aufgrund einer dezidiert antisowjetischen Politik des »Kommunistenjägers« Johann Schober, sondern aufgrund des Umstands, dass Bronski lange auf »konkrete Instruktionen« für

193 AVP RF 066/3/101/3/159: Bronski an Čičerin, 20.8.1921.

194 Vgl. AVP RF 04/1/5/73/1–3: Journal Jurenev, 1.–15.10.1927, Eintragung vom 6.10.

195 Agstner / Enderle–Burcel / Follner: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, 359.

196 AVP RF 066/10/107/2/3–4: Journal, Juli–Dezember 1927.

197 Vgl. Nautz, Foreign Trade.

198 AVP RF 066/3/101/3/161: Bronski an Čičerin, 20.8.1921.

die Gespräche mit den Österreichern wartete.¹⁹⁹ Dieser Umstand wiederum dürfte sowohl auf die schwierige technische Kommunikation mit Moskau als auch auf Unkoordiniertheiten innerhalb des Volkskommissariats für den Außenhandel zurückzuführen sein. Otto Pohl beispielsweise verwies immer wieder auf die mehr oder weniger chaotische Wirtschaftspolitik der Bolschewiki, der es, wie er meinte, ganz offensichtlich an einer klaren Linie fehlte.²⁰⁰ Davon abgesehen dürfte angesichts des Aufbäumens oppositioneller Kräfte innerhalb Russlands – man denke nur an den Kronstädter Aufstand – die Aufmerksamkeit der Staatsspitzen anderweitig absorbiert gewesen sein. Die antimarxistische Presse in Österreich nahm die Unruhen zum Anlass, einmal mehr den Sinn von Handelsbeziehungen zum Sowjetregime in Frage zu stellen, und vertrat die Ansicht, Russland hätte ohnehin »nur die Revolution« als »Exportgut« anzubieten.²⁰¹

Bronski wiederum reiste im Laufe des Jahres 1921 mehrmals nach Moskau, um dort österreichische Angelegenheiten zu besprechen. Seine Gesprächspartner in Wien nahmen gleichzeitig vorweg, dass man eventuell Ententevertreter konsultieren werde, um »Unannehmlichkeiten«, wie sie nach dem Kopenhagener Vertrag entstanden waren, schon im Vorhinein abzuwenden.²⁰² Allen Schwierigkeiten zum Trotz war das Abkommen mit Russland, das die Wirtschaftsbeziehungen bis 1932 regelte²⁰³, dann Ende des Jahres unterschriftsreif. Mit dem dort verankerten Zugeständnis konsularischer Befugnisse für die Vertretungen Sowjetrusslands und der Sowjetukraine einerseits sowie Österreichs andererseits war ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung De-jure-Anerkennung des bolschewistischen Staates getan. Außerdem hatte man beschlossen, den nunmehrigen »bevollmächtigten Vertretungen« Handelsabteilungen anzugliedern.²⁰⁴ Nichtsdestoweniger sollten – dem deutschen Vorbild entsprechend – die Sowjetrepräsentanten »in Fragen des Protokolls« keineswegs den Diplomaten anderer Staaten gleichgestellt werden. Außerdem zeigte sich die Regierung in Wien nicht gerade erpicht darauf, einen neuen Sowjetvertreter zu empfangen. Dem polnischen Revolutionär Julian Marchlewskij, den man als

199 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) BM für Äußeres, Niederschrift zu einer Sitzung bez. das Handelsabkommen mit Russland am 2.6.1921.

200 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 603) Österr. Kriegsgefangenenmission an das BKA, Zl. Präs. Nr. 82/21, 24.5.1921.

201 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) Pressemeldungen über die Handelsbeziehungen mit Russland, April 1921.

202 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 670) BM für Äußeres, Niederschrift zu einer Sitzung bez. das Handelsabkommen mit Russland am 2.6.1921.

203 Enderle-Burcel, Gertrude: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938, in: Enderle-Burcel, Gertrude / Kubu, Eduard / Šouša, Jiří / Stiefel, Dieter (Hg.): »Discourses – Diskurse«. Essays for – Beiträge zu Mikuláš Teich & Alice Teichova, Prag / Wien 2008, 91–110, 92.

204 Vgl. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 21.3.1922, Jg. 1922, 289.

besonders gefährlichen Exponent der »Weltrevolution« einschätzte, hatte man bereits das Agrément verweigert.²⁰⁵ Johann Schober sah in ihm einen »Vertreter äusserst radikaler Tendenzen«, und er verdächtigte den Polen, die »putschistischen Tendenzen« innerhalb der KPÖ stärken zu wollen.²⁰⁶ In Moskau jedenfalls ging man davon aus, dass Marchlevskijs Ablehnung dem Einspruch Frankreichs zuzuschreiben war.²⁰⁷

Keinen »Unruhestifter« haben wollte man in Wien auch aufgrund der sogenannten »Teuerungskrawalle«, welche die österreichische Hauptstadt im Dezember 1921 erschütterten.²⁰⁸ Dem Bronski-Nachfolger, Aleksandr Grigor'evič Šlichter, begegneten die Behörden in Wien dann auch mit entsprechendem Misstrauen. Der neue Mann Moskaus verfügte über blendende Kontakte zu prominenten Bolschewiki, darunter Feliks Dzeržinskij. Seine nunmehrige Position als Sowjetrepräsentant in der Alpenrepublik dürfte er als Zurückstufung empfunden haben.²⁰⁹ Außerdem musste der im Jänner 1922 designierte und im März nach Wien gekommene Šlichter zunächst als Leiter der Handelsvertretung agieren, bis er dann auch im Rang eines Bevollmächtigten Vertreters tätig werden konnte. Diese Verzögerungen sind nicht nur mit Bronskis später Abreise aus Wien in Zusammenhang zu bringen²¹⁰, sondern auch damit, dass der Vertrag vom Dezember 1921 in Österreich erst im Februar 1922 Rechtskraft erlangte, und des Weiteren mit innenpolitischen Turbulenzen. Dem Ende der ersten Kanzlerschaft Schobers folgte für nur zwei Tage die Regierung unter Walter Breisky. Dann übernahm bis Mai 1922 abermals Schober die Leitung der Regierungsgeschäfte.²¹¹ Seine Nachfolge trat dann per 31. Mai Ignaz Seipel an. Einer Intensivierung der Beziehungen mit Sowjetrußland nach dem Vorbild Deutschlands stand die christlichsoziale Galionsfigur im Priestergewand erwartungsgemäß ablehnend gegenüber. Der im April 1922 in Rapallo geschlossene Freundschaftspakt zwischen Berlin und Moskau bot sich – so sehr sich die Russen darum auch bemühten – keineswegs als nachahmenswertes Beispiel an. Österreich brauchte die Hilfe des Völkerbunds, um den maroden Staatshaushalt zu sanieren. Die Regierung in Wien hatte demnach Interesse

205 Siehe dazu die Politbürobeschlüsse: RGASPI 17/11/94, 143, 149.

206 Schober fürchtete, das deutsche Beispiel vor Augen habend, eine Art österreichische »März-Aktion«. McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 48.

207 AVP RF 066/11/6/108/161: ohne Datum.

208 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 50.

209 Ebd., 51.

210 Bronski kündigte freilich bereits im Jänner 1922 an, dass Šlichter sein Nachfolger sein würde. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Rußland, Telegramm von Pohl, 24.1.1922.

211 Schobers Scheitern ist in Zusammenhang mit dem Vertrag von Lana zu sehen. Die Annäherung an die Tschechoslowakei wurde von der Großdeutschen Volkspartei, auf deren Unterstützung Schober angewiesen war, als »anschlussfeindlich« betrachtet. Siehe Berger, Peter: Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2007, 78.

an der Vermeidung »aller Handlungen«, welche die angesichts von Rapallo »gesteigerte Aufmerksamkeit der Mächte für russische Fragen unliebsam auf uns lenken könnten«. ²¹²

Erst im September 1922 wurde die »Bevollmächtigte Vertretung der Republik Österreich« installiert. Den betreffenden Stellen in Moskau überreichte Otto Pohl dann am 5. Dezember dieses Jahres sein Beglaubigungsschreiben ²¹³, wengleich der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Lev Karachan, bereits im Juni 1922 den Abgesandten aus Österreich in einer ausführlichen Rede willkommen hieß. ²¹⁴

Unstimmigkeiten auf dem Weg zur Anerkennung

»Unliebsam« auf sich aufmerksam machte aus österreichischer Sicht indessen Aleksandr Šlichter. Der Sowjetvertreter echauffierte sich in seinen Berichten nach Moskau über die mangelnde Bereitschaft des Kleinstaates, den Wünschen der Bolschewiki auch nur in geringem Maße entgegenzukommen. Das Desinteresse der Österreicher an vertiefenden wirtschaftlichen Kontakten stellte nur ein Ärgernis in einer ganzen Reihe von Enttäuschungen dar. Umgekehrt blockierte der Polpred die Aktivitäten eines am Handel mit Russland durchaus interessierten »Austro-Russischen Industrie-Syndikats«, indem er Vertretern dieser aus österreichischen Unternehmen zusammengesetzten Gesellschaft das Einreisevisum nach Russland verweigerte. Es handelte sich hierbei zweifellos um eine Art »Racheakt« gegenüber den österreichischen Behörden, die nach Šlichters Ansicht dafür sorgten, dass die sowjetrussische Vertretung in Wien mit nur einer Telefonleitung auskommen musste. ²¹⁵

Dass Šlichters Söhne, Boris und Artëm, die an einer kommunistischen Demonstration vor dem Parlament in Wien teilgenommen hatten, von der Polizei »angehalten« wurden, gab der Abneigung des Sowjetvertreters gegenüber seinem Gastgeberland auch noch eine persönliche Note. Die Affäre hatte überdies eine nach Meinung Karl Renners »taktlose Interpellation« im Parlament zur Folge. ²¹⁶ Während sich der Sozialdemokrat bemühte, den aufgebrachtten Sowjetvertreter zu besänftigen, konzentrierte sich dieser zweifellos auf die weniger entgegenkommenden Signale seitens der Regierung. Die bilateralen Beziehun-

212 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 70.

213 Ebd., 75.

214 DVP, Bd. 5 (Dok. 17), 436.

215 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 218.

216 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Renner an Šlichter, 4.8.1922.

gen in seiner Amtszeit entwickelten sich jedenfalls auf mehreren Ebenen alles andere als störungsfrei. Auch die vorläufige Beilegung des Konflikts um die Botschaftsgebäude wurde nicht wegen Šlichters diesbezüglichen Engagements vorangetrieben, sondern – man könnte sagen – trotz seines Auftretens, das die österreichische Seite zutiefst verärgert hatte. Der Bevollmächtigte Vertreter hatte nämlich in einem Zeitungsinterview behauptet, die Österreicher würden dem Vertrag vom Dezember 1921 zuwiderhandeln.²¹⁷

In Moskau konnte Pohl, der den in Wien agierenden Sowjetrepräsentanten für eine Fehlbesetzung hielt und ihm obendrein mangelnde Deutschkenntnisse sowie daraus resultierende Fehldeutungen unterstellte, die Wogen nur mit Mühe glätten. Nichtsdestoweniger hatte auch der stellvertretende Volkskommissar Maksim Litvinov auf die Übergabe des Gebäudes der früheren zarischen Gesandtschaft in Wien bestanden. Während sich Österreich am Ende damit zufrieden gab, in absehbarer Zeit mit einer dem ehemaligen k.u.k. Palais in Petrograd gleichwertigen Liegenschaft in Moskau entschädigt zu werden, erhielt die Sowjetvertretung 1923 das ehemalige zarische Botschaftsgebäude in der Reisnerstraße zurück. Einer Beilegung der diesbezüglichen Differenzen im Wege gestanden hatte die längste Zeit die Anwesenheit des Grafen Šabel'skij, der – unterstützt von Spanien, der ehemaligen Schutzmacht des zarischen Russland – vom Botschaftspalais aus in Konkurrenz zur Sowjetvertretung operiert hatte. Šabel'skij, dessen Tätigkeit obendrein vom Internationalen Roten Kreuz befürwortet worden war, war bereits Mieczysław Bronski ein Dorn im Auge gewesen.²¹⁸ Dem Vertreter Moskaus Unterstützung zukommen lassen hatten die Sozialdemokraten. »Dr. Otto Bauer und Genossen« hatten im Dezember 1920 in Sachen Botschaftspalais eine dringliche Anfrage im Parlament gestellt, in der Šabel'skij als »Agent des Grafen Ignatiew in Paris, des Vertreters der sogenannten Regierung Wrangel« bezeichnet wurde. Man solle, so der Ratsschlag an die österreichische Regierung, in Anerkennung der nunmehrigen Machtverhältnisse in Russland der hiesigen Sowjetvertretung nicht »konterrevolutionäre Emigranten« vorziehen. Dadurch, hieß es weiter, würden auch die Interessen der noch in Russland befindlichen Kriegsgefangenen gefährdet.²¹⁹

Doch Šabel'skij blieb, und das trotz des Versprechens von Kanzler Schober an Bronski, eine Ausweisung des Grafen zu veranlassen. Obwohl außerdem mit dem Vertrag vom Dezember 1921 die Verfügungsgewalt über das Palais in

217 Vgl. NFP, 29.3.1923, 3 (Abendblatt).

218 Šabel'skij hielt sich seit Oktober 1920 in Wien auf und agierte hier als Rot-Kreuz-Funktionär. AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland, Entwicklung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Sowjetrussland (mehreseitiger Bericht).

219 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland, Anfrage der Abgeordneten Dr. Otto Bauer und Genossen, Zl. 76765/13, 8.1.1921.

der Reiserstraße durch die Spanier auf wackeligen Beinen stand²²⁰, konnte die Sowjetvertretung erst im August 1923 die bisherigen Büros in der Belvederestraße gegen die Prunkräume in der Reiserstraße tauschen.²²¹ Eine endgültige Schlichtung der Streitigkeiten rund um die beiderseitigen Botschaftsgebäude stand freilich noch aus. Gegenüber Šlichter hatte Karl Renner diesbezüglich auf die schwierige Rechtslage hingewiesen, die sich daraus ergab, dass auch Ungarn in der Frage der Überlassung der ehemaligen k.u.k. Botschaft in Petrograd an die Russen und der daraus abzuleitenden Kompensationen Ansprüche geltend machte.²²² Außerdem zu klären galt es, inwiefern die russische Seite bereit sein würde, für entwendete oder beschädigte Einrichtungsgegenstände im ehemaligen Botschaftspalais des Habsburgerstaates Entschädigungen zu leisten.²²³

Šlichter profitierte jedenfalls nicht mehr vom Umzug in die Reiserstraße. Moskau wollte wohl als Signal für eine erhoffte Verbesserung des bilateralen Verhältnisses einen neuen Repräsentanten nach Wien schicken. Außerdem war der Polpred an der Aufgabe, die Beziehungen zu Österreich endgültig einer De-jure-Anerkennung zuzuführen, gescheitert – ein möglicher zusätzlicher Grund für seinen Weggang aus Wien. Šlichters Ablöse könnte aber gleichzeitig auch auf gesandtschaftsinterne Intrigen zurückzuführen sein.²²⁴

Wenngleich diverse prominente Exponenten des Sowjetregimes, darunter Grigorij Zinow'ev, den Beginn regulärer diplomatischer Beziehungen bereits mit dem Vertrag von Brest-Litovsk verknüpften²²⁵ und damit die österreichi-

220 Realiter stellte die österreichische Regierung Šabel'skij weiterhin Räumlichkeiten für dessen Tätigkeit zu Gunsten russischer Flüchtlinge zur Verfügung. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR (Karton 318) F7 Russland, Brief Šabel'skij's, Zl. 59609 pr. 13.IX.1921, 9.9.1921.

221 Presseberichten zufolge legte Spanien erst im Sommer 1922 offiziell das Schutzmachtmandat bezüglich russischer Staatsbürger in Österreich zurück. AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPD: (Karton 79), Berichte aus Russland. Einem internen Papier des BM für Äußeres ist aber zu entnehmen, dass das Schutzmachtmandat der Spanier bereits nach Inkrafttreten des Vertrages vom Dezember 1921 erlosch. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland, Entwicklung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Sowjetrussland (mehrsseitiger Bericht). Wieder andere Berichte deuten darauf hin, dass erst im November 1922 Zusagen seitens Spaniens in dieser Angelegenheit gegeben worden waren, ohne aber konkrete Schritte zu setzen. Laut Sektionschef Peter war das Niederlegen des Schutzmachtmandates im Sommer 1922 nicht ident mit dem Verzicht der Spanier auf die Verwaltung der Gebäude in der Reiserstraße. Eine Übergabe der Gebäude in der Reiserstraße an die österreichische Bundesregierung durch Spanien erfolgte jedenfalls erst im März 1923. Bis dorthin galten nach österreichischer Auslegung die Gebäude als »exterritorial«. Auf sowjetrussischer Seite stieg indessen die Ungelduld. Im März war eine Delegation mehrerer Repräsentanten der »Sowjetmission« in Wien in der Reiserstraße aufgetaucht und hatte von den dort wohnhaften Personen die Übergabe gefordert. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR: (Karton 318) F7 Russland Leg. Palais 3, diverse Akten.

222 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Renner an Šlichter, 4.8.1922.

223 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPD: (Karton 79) Berichte aus Russland.

224 McLoughlin / Leidingner / Moritz: Kommunismus in Österreich, 52–55.

225 Der Verweis auf den Brest-Litovsker Vertrag ist insofern erstaunlich, als ihn die Moskauer Regierung ja noch 1918 annulliert hatte.

sche Regierung in Sachen »Anerkennung« unter Druck zu setzen trachteten, negierte Letztere hartnäckig eine derartige Interpretation des Abkommens vom März 1918. Eine De-jure-Anerkennung des Sowjetregimes kam aus österreichischer Sicht vorläufig nicht infrage. Pohl gab Litvinov zu verstehen, dass »Österreich in seiner Politik gegenüber Russland auf Mächte Rücksicht zu nehmen habe, die ein Vorgehen Österreichs in diesem Punkt schwerlich zulassen werden«²²⁶. Dieses Argument war nicht neu und schien schließlich – einmal mehr – auch dem Kreml einsichtig. Dennoch erhielt Šlichters Nachfolger, Michail Levickij, den Auftrag, auf die Anerkennung hinzuwirken. Den Ukrainer, dem Otto Pohl eine im Vergleich zu dessen Vorgänger »grössere geistige Beweglichkeit« nachsagte²²⁷, beschrieben indessen seine Kollegen in der Sowjetvertretung als ausgesprochenen Choleriker. Levickij hatte angeblich in aller Öffentlichkeit seine Frau verprügelt und infolge diverser Wutausbrüche die Aufmerksamkeit benachbarter Botschaften in der Reiserstraße erregt. Derartige Vorkommnisse ließen sogar Zweifel bezüglich des Geisteszustandes des Polpred aufkommen.²²⁸ Schlecht angeschrieben war Levickij schließlich auch im NKID. Čičerin, der wiederholt Wiens Bedeutung als Finanzzentrum²²⁹ für den gesamten Donaauraum hervorhob, bemängelte Levickijs Arbeit in Wirtschaftsangelegenheiten. Der Narkom, der nicht zuletzt Kontakte zum zwielichtigen Finanzmagnaten Camillo Castiglioni²³⁰ forciert sehen wollte, warf dem Polpred »Trägheit« und fehlendes Verständnis für ökonomische Fragen vor. Auch die Gründung von sogenannten »gemischten Gesellschaften«, der RATAO (25.8.1923)²³¹ und der Rus(s)avstorg (3.7.1923)²³², die den schleppenden Handel zwischen den beiden Ländern in Gang setzen sollten, reichten

226 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA, Gesandtschaft Moskau, Präs. 353/33-P, 3.5.1923.

227 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 55.

228 Vgl. G. Besedovskijs Charakterisierung, der von einem »Zirkusclown ohne Engagement« sprach. Besedowsky, Grigorij: Im Dienste der Sowjets. Erinnerungen, Leipzig / Zürich 1930, 78.

229 In der ersten Jahreshälfte 1923 gab es in Wien etwa 1500 Privatbanken. Pollner, Martin: Camillo Castiglioni. Ein Lebensbild, in: Wiener Geschichtsblätter, 6. Jg., Heft 2/2011, 111–150, 121.

230 Stiefel, Dieter: Camillo Castiglioni oder die Metaphysik der Haifische, Wien / u. a. 2012 sowie Mathis, Franz: Camillo Castiglioni und sein Einfluss auf die österreichische Industrie, in: Weiss, Sabine (Hg.): Historische Blickpunkte. Festschrift für Johann Rainer, Innsbruck 1988, 423–432; Mathis, Franz: »... weil Herr Castiglioni in Österreich eben nicht verfolgt werden darf«. Ein Justizskandal und seine mediale Rezeption, in: Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 185–193 und Atlmayer, Claudia: Die Verwandlung des Bankiers Camillo Castiglioni in eine satirische Figur von Karl Kraus, Diplomarbeit Innsbruck 1990.

231 Reichlich Material über die Russisch-Österreichische Handels-AG, russisch kurz RATAO, findet sich im VGA im Bestand der Arbeiterbank, Kartons 14 und 15. In Russland wiederum ist es f. 5135 (Russko-avstrijskoe torgovo-promyšlennoe akcionerhoe obščestvo, RATAO) im RGAE, der Auskunft über die Tätigkeit dieser Gesellschaft gibt.

232 Russisch-Österreichische Handels- und Industrie-AG. In den Quellen ist von »Russavstorg« ebenso die Rede wie von »Rusavstorg«.

seiner Meinung nach nicht aus, um die Möglichkeiten der österreichisch-sowjetischen Wirtschaftskontakte voll auszuschöpfen.²³³ Dass Castiglioni eine der gemischten Gesellschaften in Form einer Beteiligung der Allgemeinen Depositenbank sowie der Export- und Industriebank mitfinanzierte, befriedigte Čičerin keineswegs.²³⁴ Der Narkom verfolgte den Plan, Bankiers vom Schlege der Inflationsmillionäre Castiglioni und Siegmund Bosel im großen Stile für das »Russlandgeschäft« zu gewinnen, derart hartnäckig, dass auch Otto Pohl in diesem Zusammenhang bald von einem »Lieblingsthema« des NKID-Chefs sprach. Die Sozialdemokraten in Österreich kommentierten solche Vorstöße des Volkskommissars freilich mit Häme – umso mehr als Castiglioni geradezu als Inbegriff »kapitalistischer Gier« galt. Dass umgekehrt auch die Arbeiterbank beim »Russlandgeschäft« nicht zu kurz kommen wollte und Provisionszahlungen, die sich aus dem Handel mit dem Sowjetstaat ergaben, nicht der »Castiglioni-Gruppe« überlassen wollte, wurde nicht thematisiert. Die Arbeiterbank gründete zu diesem Zweck ein eigenes Nebensyndikat, die RUSSKREDIT, die neben der sogenannten RUSSEX ihrerseits von Moskau vergebene »Einfuhrlizenzen gegen Provision an die Lieferanten« aufteilte.²³⁵

Nicht unbedingt beliebt machte sich Levickij, der erst mit 12. November 1923 offiziell zum Handelsvertreter der UdSSR in Österreich ernannt worden war²³⁶, indessen auch beim Volkskommissariat für den Außenhandel (NKVT) und der Gosbank. Letztere begannen allerdings erst 1924 damit, den Sowjetrepräsentanten massiv anzugreifen. Sie machten ihn dafür verantwortlich, nicht rechtzeitig von dem Zusammenbruch verschiedener österreichischer Geldinstitute und insbesondere von dem Bankrott des Finanzimperiums in den Händen Camillo Castiglionis informiert worden zu sein.²³⁷ Den Russen drohte als Folge des Bankenkrachs immerhin der Verlust ihrer Einlagen in der Höhe von mehreren zehntausend Dollar. Mit der Causa herumschlagen musste man sich in Moskau über einen längeren Zeitraum.²³⁸ Als Folge der ganzen Angelegenheit drohte schließlich auch die RATAO insgesamt in den Abgrund gezogen zu werden. Das Volkskommissariat für den Außenhandel hatte die »Gemischte

233 1925 wurde der monatliche Umsatz der Rus(s)avstorg zwischen 250 000 und 300 000 Dollar und jener der RATAO auf 100 000 geschätzt. Enderle-Burcel: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 94.

234 Vgl. dazu Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 234.

235 Vanry, Frank (Weinreb, Franz): Der Zaungast. Lebenserinnerungen. Mit einer Einleitung von Helmut Konrad, Wien 1983, 149.

236 GARF R-5446/1/118.

237 Die Allgemeine Depositenbank AG geriet bereits im März 1924 in große Schwierigkeiten. Im Mai wurde sie von fünf Wiener Großbanken »aufgefangen«, musste aber schon im Juni ihre Schalter schließen und den Bankrott erklären. – Pollner: Camillo Castiglioni, 128.

238 RGAĖ 413/4/418/264–282: Torgpredstvo an Krasin, 28.5.1924.

Gesellschaft« bereits beschrieben und ihre Auflösung angekündigt, die allerdings nicht vollzogen wurde.²³⁹ Als Geldgeber sprang nämlich die Creditanstalt ein, deren Niedergang sich ein paar Jahre später weit über Österreich hinaus auswirkte.²⁴⁰ Zum damaligen Zeitpunkt, also 1924, hatte vor allem die österreichische Hauptstadt in den Plänen Moskaus bezüglich der Weiterentwicklung des Handels durchaus einen gewissen Stellenwert. Nicht nur Außenkommissar Čičerin, sondern auch sein Kollege vom Außenhandel, Narkom Leonid Krasin, war von der diesbezüglichen Bedeutung der Donaumetropole überzeugt. Berichten der österreichischen Gesandtschaft in Moskau zufolge plante Krasin, »Wien zum Zentrum der russischen Wirtschaftsbeziehungen mit der ehemaligen österr. ung. Monarchie zu machen«.²⁴¹

Im Dezember 1923 konfrontierte der Narkom für Äußere Angelegenheiten mit seiner vernichtenden Charakterisierung von Levickijs Arbeit, der sowohl als Polpred als auch als Torgpred (Leiter der Handelsvertretung) agierte, die wichtigsten Köpfe des Sowjetregimes, darunter Stalin, Trockij und Kamenev.²⁴² Wichtigster Adressat des Schreibens war freilich KI-Chef Grigorij Zinov'ev, denn mehr als Levickijs angebliche Untätigkeit in Wirtschaftsangelegenheiten dürfte Čičerin dessen Entgegenkommen gegenüber der jugoslawischen KP gestört haben. So hatte der Sowjetvertreter in Wien dem Vernehmen nach die Räumlichkeiten des Gesandtschaftsgebäudes in der Reiserstraße für eine Konferenz der Jugoslawen zur Verfügung gestellt. Damit hatte er sehr zum Ärger Čičerins die »Verbindung der Komintern zur Sowjetregierung demonstriert [...], die uns von der ganzen Welt vorgehalten wird«.²⁴³

Dass Österreich am 25. Februar 1924 die Anerkennung der Sowjetunion aussprach, war keineswegs ein Verdienst Levickijs gewesen. Die Alpenrepublik orientierte sich vielmehr am Vorbild Großbritanniens. Noch im Jänner 1924 kündigte der österreichische Außenminister anlässlich einer Rede im Parlament an, dem Beispiel Londons folgen zu wollen.²⁴⁴ Eine solche Politik war freilich begleitet von heftigen Diskussionen in der Presse. Konservative Blätter vermochten hierin nicht mehr als einen »Kniefall« vor dem »ideologischen Feind« zu sehen, während die *Arbeiter-Zeitung* (AZ) die Herstellung »normaler« diplomatischer Beziehungen zu Moskau gewissermaßen als überfällig be-

239 RGAĚ 413/2/1803/5; Aussem an das NKVT, 4.8.1924.

240 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 234.

241 Zit. nach ebd., 269.

242 Zur Reaktion Moskaus auf den Niedergang von Castiglionis Bankenimperium siehe auch Vanry: Der Zaungast, 149.

243 Zit. nach McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 57.

244 AVP RF 066/6/103/7183; Journal Polpred, 10.1.1924. Die Frage der Anerkennung wurde am 10. Jänner 1924 im Hauptausschuss des Parlaments in Wien diskutiert.

trachtete. Die Sorge, mit der Zulassung einer »formellen Gesandtschaft« kommunistischen Agitatoren Tür und Tor zu öffnen, konnte etwa Otto Bauer nicht nachvollziehen. Das Einsickern solcher Elemente ließ sich seiner Meinung nach ohnehin nicht verhindern – unabhängig vom Status der diplomatischen beziehungsweise bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Wien.²⁴⁵

Als gewichtiges Argument für die Anerkennung ins Treffen brachten die Sozialdemokraten, welche gleichzeitig an ihrer grundsätzlichen Kritik am Regime in Moskau festhielten, die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR.²⁴⁶ Der Hinweis auf die Bedeutung ökonomischer Aspekte in den bilateralen Beziehungen erfolgte auch in den kommenden Jahren geradezu reflexartig, wenn sich aufgrund der österreichischen Regierungspolitik die Voraussetzungen hierfür zu verschlechtern drohten. Die SDAP neigte in solchen Fällen durchaus zu Übertreibungen, was die Folgen eines Rückgangs des Handels mit dem Sowjetregime für die österreichische Wirtschaft anbelangte. Andererseits entsprach die Überbetonung des ökonomischen Faktors dem vitalen Engagement der Stadt Wien im »Russlandgeschäft«. Karl Renner hatte sich beispielsweise schon im Juli 1922 im Namen der »Großeinkaufsgesellschaft für Consumvereine« (Göc), welche bereits eine Großlieferung an Schuhen über Vermittlung der Sowjetvertretung in Wien nach Russland verkauft hatte, direkt an den »Genossen Trotzky« gewandt, um eine regelmäßige Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen.²⁴⁷ Zu intensiven wirtschaftlichen Kontakten, insbesondere mit der Ukraine, hatte Renner außerdem sein Freund Otto Pohl geraten.²⁴⁸ Der österreichische Vertreter in Moskau forderte den Genossen nachdrücklich auf, sich mit eigenen Augen von den sich im »Sowjetreich« bietenden Möglichkeiten zu überzeugen. Ein Besuch sei, meinte Pohl, schon deshalb von Interesse, »weil man von hier aus eine weitere Aussicht hat als vom Kahlenberg«.²⁴⁹

In Moskau wertete man die Anerkennung durch Österreich als »willkommene Überraschung« und als »Zeugnis von dem staatsmännischen Geiste des Herrn Bundeskanzlers Dr. Seipel«.²⁵⁰ Litvinov wollte nun offenbar nicht mehr daran erinnert werden, wie nachdrücklich die Sowjetvertreter in Wien bereits in den vergangenen Jahren auf die Erreichung dieses Ziels eingeschworen wor-

245 ADÖ, Bd. 5: Unter der Finanzkontrolle des Völkerbunds. 7. November 1922 bis 15. Juni 1926, 213.

246 AZ, 12.1.1924, 1 und 5.2.1924, 1. Weiters dazu: AZ, 23.2.1924, 1; NFP, 23.2.1924, 1 oder DRF, 27.2.1924, 1.

247 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Renner an Trotzky, 13.7.1922.

248 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Pohl an Renner, 19.3.1923.

249 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Pohl an Renner, 22.9.1923. Die Politbürobeschlüsse belegen, dass Karl Renner zwei Mal, im Mai 1926 und im Juli 1929, ein Visum zur Einreise in die UdSSR zugesagt wurde. Weitere diesbezügliche Hinweise fehlen aber. RGASPI 17/166/561, 750. Siehe dazu aber: AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E 1731: 133 Karl Renner, Briefentwurf Renners an Litvinov, ohne Datum.

250 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 42) Zl. 111/47 Präs. P., 25.2.1924.

den waren. Noch im Jänner 1924, kurz vor Lenins Tod, hatte Čičerin andererseits die Bedeutung einer möglichen Anerkennung seitens des Kleinstaates für die Sowjetunion heruntergespielt.²⁵¹ Tatsächlich dürfte dann die von Österreich ausgesprochene De-jure-Anerkennung keineswegs als erwartbar gegolten haben.²⁵² Ganz offensichtlich hatte man in Hinblick auf Österreichs eingeschränkten außenpolitischen Handlungsspielraum auf größeren Widerstand seitens der Franzosen gerechnet.²⁵³

Intern interpretierte man die Entscheidung Wiens überdies als Versuch vor allem der Christlichsozialen, den Sozialdemokraten die Möglichkeit zu nehmen, die Forderung nach einer De-jure-Anerkennung der UdSSR zu einer Art »Kampfparole« zu machen. Offiziell wurde Österreichs Schritt aber geradezu als Widerstandsakt gegen die Entente gewürdigt. In einem in der *Izvestija* abgedruckten Interview über die Anerkennung der UdSSR durch den Kleinstaat brachte der stellvertretende Narkom für Auswärtige Angelegenheiten außerdem zum Ausdruck, dass Moskau mit großem Interesse Österreichs Bemühungen registriere, »die Folgen des schweren ihm aufgezwungenen Friedens« zu überwinden.²⁵⁴

Hier manifestierte sich ein weiteres Mal Moskaus Blick auf Österreich, der den Kleinstaat als »Opfer« der Siegermächte des Ersten Weltkriegs, insbesondere Frankreichs, sah. In Wien allerdings verknüpfte man – im Gegensatz zu früheren Erwägungen – mit der Anerkennung nicht zuletzt die Hoffnung, Moskau werde in Hinkunft auf propagandistische beziehungsweise »weltrevolutionäre« Aktivitäten verzichten. Es war Außenminister Alfred Grünberger gewesen, der auf diese Art und Weise eine unangenehme Angelegenheit ansprach. Dass Wien in Anbetracht der hier konzentrierten KI-Tätigkeit mit dem Balkan als Operationsziel im Ausland als »Bolschewikenzentrale« galt, musste der österreichischen Regierung aus vielen Gründen unangenehm sein. Man wollte keinesfalls so dastehen, als würde man die konspirativen Machenschaften Moskauer Emissäre einfach hinnehmen. Vor allem die diplomati-

251 Vgl. NFP, 14.1.1924, 4.

252 Im Übrigen interpretierten Pravda und *Izvestija* die Anerkennung als eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die bereits seit 1918 bestanden hätten. Diese Sichtweise widersprach allerdings der österreichischen Position. Vgl. AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 668) Liasse Russland: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen (Artikel in *Izvestija* und *Pravda* vom 28.2.1924).

253 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 42) Zl. 111/47 Präs. P., 25.2.1924. Zur Problematik von Österreichs außenpolitischem Handlungsspielraum siehe auch Beer, Siegfried: Das außenpolitische Dilemma Österreichs 1918–1933 und die österreichischen Parteien, in: Drabek, Anna/Plaschka, Richard G./Rumpler, Helmut (Hg.): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien 1990, 169–186.

254 Zit. nach Jefremov, Alexander: Die sowjetisch-österreichischen Beziehungen bis 1938, in: Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1984, 38–51, 42.

schen Vertretungen der Kleinen Entente machten dem Außenamt als auch der Wiener Polizei das Leben schwer, indem sie unablässig die Verfolgung und Ausweisung verdächtiger ausländischer Kommunisten aus Österreich forderten.²⁵⁵ Schon Michail Levickij hatte in diesem Zusammenhang immer wieder Unterredungen im österreichischen Außenministerium gehabt. Im Februar 1924 gab sich etwa Sektionschef Peter besorgt über die wachsende Anzahl von Mitarbeitern der diplomatischen Vertretung Moskaus in Wien, die nach Angaben jugoslawischer und bulgarischer Beobachter in Wirklichkeit kommunistische Propagandisten seien. Der Polpred wies solche Verdächtigungen freilich von sich.²⁵⁶

Kontaktscheue konnte man dem Polpred indessen nicht vorwerfen. Häufige Aussprachen mit Repräsentanten des österreichischen Außenministers ergaben sich beispielsweise in Zusammenhang mit der Erteilung von Reisepapieren für den kroatischen Bauernpolitiker Stjepan Radić, der als möglicher Partner Moskaus angesehen wurde.²⁵⁷ Auch die mit rumänischen Vertretern in Wien geführten Verhandlungen der UdSSR in der sogenannten »Bessarabi-enfrage« brachten Levickij des Öfteren mit österreichischen Beamten und Politikern zusammen. Seine Tage in Österreich waren nichtsdestoweniger gezählt – zumindest als Polpred. Es ist schwer zu sagen, wo genau die Motive für seine Abberufung lagen. Dass hierfür das Scheitern der sowjetisch-rumänischen Unterredungen ausschlaggebend war, darf aber bezweifelt werden.

Irritationen

Der ehemalige k.u.k. Offizier, der noch einige Monate als Haupt der Handelsvertretung der UdSSR in Wien blieb und offenbar im Mai 1924 von seiner Versetzung nach Charkow erfuhr²⁵⁸, wurde jedenfalls in seiner Funktion als Bevollmächtigter Vertreter von Vladimir Aussem abgelöst. Der neue Sowjetvertreter, dem laut Otto Pohl »gewinnende[n] Formen und« ein »sympathisches Wesen« zueigen waren²⁵⁹, kam am 13. Mai 1924 in Wien an.²⁶⁰ Zu seiner

255 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 59.

256 AVP RF 066/6/103/7/189: Journal Polpred, 14.2.1924.

257 Mit derselben Problematik befasst war auch der Levickij-Nachfolger Aussem. Vgl. AVP RF 066/6/103/7/226 Journal Polpred, 3.7.1924.

258 RGAË 413/2/1803/128: Polpredstvo an Krasin, 17.5.1924.

259 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA Präs: (Karton 95) Liasse Diplomaten 1–7, Fol. 31.

260 Vgl. Milow, Caroline: Die ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie, Wiesbaden 2002, 190f.

Überraschung erschien bei dieser Gelegenheit niemand vom österreichischen Außenministerium, um ihn zu begrüßen. Dort hatte man angeblich nichts von seinem Eintreffen gewusst.²⁶¹ Aussem überreichte jedenfalls dem österreichischen Bundespräsidenten Michael Hainisch am 22. Mai 1924 sein Beglaubigungsschreiben.²⁶²

Moskaus neuer Mann in Wien, der eigenen Angaben folgend mit verschiedenen »früheren Größen« der österreichischen Sozialdemokratie, darunter Victor Adler, bekannt gewesen war²⁶³, wurde, salopp ausgedrückt, nicht glücklich auf seinem Wiener Posten. Seine österreichischen Ansprechpartner beschrieb er – bis auf wenige Ausnahmen – als »provinziell«, ja sogar »primitiv«. Lediglich Ignaz Seipel und Karl Seitz gestand er außergewöhnliche Fähigkeiten zu.²⁶⁴ Den Bundeskanzler Rudolf Ramek hingegen charakterisierte er als »drittklassige Figur«, und auch der Außenminister Heinrich Mataja war nach Aussems Ansicht keine Leuchte. Obendrein erteilten ihm Wilhelm Miklas und Hans Schürff eine Lektion in österreichischer Innenpolitik, indem sie ihn über den Einfluss der »katholischen Religion« auf die Situation in der Alpenrepublik im Allgemeinen hinwiesen und damit den »tiefen Unterschied zwischen Wien und Berlin« hervorhoben. Allerdings bewies Aussem seinerseits, dass er mit Ironie nicht viel anzufangen wusste. Als Miklas nämlich Grigorij Zinov'ev im Gespräch mit dem Polpred als sowjetischen Außenminister bezeichnete, tat er dies entgegen Aussems Urteil wohl kaum aus »tiefer Unwissenheit«, sondern sicherlich mit dem Ziel, den Sowjetvertreter aus der Reserve zu locken.²⁶⁵

Es ist fraglich, ob Aussem zwischen den Zeilen lesen konnte und das Verhalten seiner Gesprächspartner immer richtig interpretierte, wenn er beispielsweise mit den Wiener Sozialdemokraten verkehrte, mit denen er sich ähnlich wie Michail Levickij in seiner Funktion als Handelsvertreter häufig traf. Man begegnete sich immer wieder zum Mittagessen oder zum »čaj« (Tee), wobei der dabei gepflogene Gedankenaustausch auch ideologische Fragen berührte.²⁶⁶ Die Wiener Sozialdemokraten erzeugten offenbar eine Atmosphäre, in der sich der »Genosse« einerseits schon wie »einer der Ihren« behandelt fühlte und andererseits deutlich auf die Distanz hingewiesen wurde, die gegenüber Moskau eingenommen wurde.²⁶⁷ Obwohl sich das Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Folgejahren zunehmend verschlechterte,

261 AVP RF 066/6/103/7/209: Journal Polpred, 13.5.1924.

262 NFP (Abendblatt), 22.5.1922, 3.

263 AVP RF 066/6/103/7/213: Journal Polpred, 27.5.1924.

264 Ebd.

265 AVP RF 066/6/103/7/212: Aussem an Litvinov, 27.5.1924.

266 AVP RF 066/6/103/7/213/169–173: Aussem an Litvinov, 27.5., 27.9.; 14.11.; 19.11.1924.

267 AVP RF 066/6/103/7/212: Aussem an Litvinov, 27.5.1924.

blieben die Kontakte aufrecht. SP-Kreise in der österreichischen Bundeshauptstadt erwiesen sich immer wieder als hilfreich, wenn es etwa um Visa oder Ausreisewilligungen für ausländische Kommunisten ging.

Aussem tat sich offenbar nicht leicht mit der »Wiener Realität«. Wenig Freude hatte er mit der Zeitungsberichterstattung über die Sowjetunion. Vor allem die »Feindseligkeit« der *Neuen Freien Presse* erregte den Sowjetrepräsentanten. Seiner Ansicht nach wusste der Korrespondent dieser Zeitung, Nikolaus Basseches, mehr über die Verhältnisse in Russland, als »wünschenswert« sei.²⁶⁸ Erboste Reaktionen des Sowjetrepräsentanten riefen auch in der Presse kursierende Behauptungen nach sich, wonach das am 1. Juni 1924 stattgefundene Attentat auf Ignaz Seipel von einem »sowjetischen Emissär« geplant worden sei.²⁶⁹ In einem Bericht nach Moskau betonte Aussem, dass der Attentäter kein Kommunist gewesen war. Die ganze Causa hielt jedoch noch weitere Unannehmlichkeiten bereit. Wie alle anderen in Wien befindlichen diplomatischen Vertreter auch, hatte Aussem nämlich eine Einladung des Außenministeriums erhalten, an einem Bittgottesdienst für den infolge der Gewalttat gesundheitlich angeschlagenen Seipel teilzunehmen.²⁷⁰ Obwohl Aussem sich zunächst mit einem Schreiben samt Genesungswünschen aus der Affäre ziehen wollte, blieb ihm der Kirchenbesuch nicht erspart. Da, wie er meinte, die Österreicher davon wussten, dass der Polpred in Warschau bei bestimmten offiziellen Anlässen Gottesdiensten beiwohnte, konnte er die Einladung am Ende nicht ausschlagen, ohne eine Verstimmung des österreichischen Außenministeriums zu riskieren. Wie es ihm dabei, also während des Betens, ergangen sei, klagte Aussem in seinem diesbezüglichen Bericht nach Moskau, könne wohl »jeder Genosse nachempfinden«. Um weiteren Kirchgängen zu entgehen, »beschloss« der Sowjetrepräsentant aber, »krank zu werden«. Da er, so Aussem, infolge »Überarbeitung« tatsächlich an Herzbeschwerden leide, sei es ihm nicht schwer gefallen, sich den unliebsamen Anrufungen göttlicher Hilfe auf diese Weise zu entziehen.²⁷¹

Die Rücksichtnahme auf die auch den diplomatischen Alltag beeinflussen besonderen Verhaltensregeln im katholischen Gastland fiel offenbar nicht immer leicht. Umgekehrt registrierte man mit großer Aufmerksamkeit, wenn sich österreichische Persönlichkeiten vor den anlässlich der Oktoberrevolution alljährlich in der Botschaft stattfindenden Feierlichkeiten drückten. Bundeskanzler Seipel erschien bei diesem Anlass kein einziges Mal in den Räumlichkeiten der Polpredstvo (Bevollmächtigte Diplomatische Vertretung). Nach

268 AVP RF 066/6/103/7/94: Aussem an Rotštejn und A. A. Štange, 4.6.1924.

269 Vgl.: Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934, München 1976, 126–129.

270 Über das »Attentat« berichtet auch die Pravda in ihrer Nummer vom 3.6.1924.

271 AVP RF 066/6/103/7/214: Aussem an Litvinov, 2.6.1924.

Moskau wurde aber selbst der Umstand berichtet, dass bestimmte Persönlichkeiten unentschuldig fernblieben. So hielten die sowjetischen Repräsentanten in Wien es für erwähnenswert, dass der Sozialdemokrat Karl Seitz am 7. November 1924 bei der Festveranstaltung fehlte und es später nicht für notwendig hielt, die Gründe für seine Absenz zu erklären.²⁷²

Seine liebe Not mit den Österreichern hatte der Sowjetvertreter auch auf anderer Ebene. Aussem dürfte nämlich in der Folge eine gewisse Mitschuld an der Fehleinschätzung betreffend die Auswirkungen des Niedergangs von Castiglionis Finanzimperium auf russische Geldeinlagen getragen haben. An ihn herangetragene Andeutungen über die größer werdenden Probleme des schillernden Unternehmers wurden offenbar nicht nach Moskau weitergeleitet.²⁷³ Im NKVT wusste man nun plötzlich vom »schlechten Ruf« von Castiglionis Depositenbank und beschwerte sich in einem Rundumschlag über die mangelnden Informationen aus Wien.²⁷⁴ Dort wiederum schlug sich der Polpred mit unzuverlässigen Mitarbeitern herum. Er sprach sich beispielsweise dagegen aus, in der Handelsvertretung Ukrainer zu beschäftigen. Aussem verdächtigte sie nämlich eines unerwünschten »Nationalismus«.²⁷⁵

Negativ bewertete der Polpred zudem die »Sanierungspolitik« der österreichischen Regierung. Wie er in ausführlichen Berichten nach Moskau darlegte, trug ihr Kurs seiner Ansicht nach keineswegs zu einer tatsächlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes bei. Darüber hinaus bestünde Österreichs Abhängigkeit von den Siegermächten fort.²⁷⁶

Als sich gegen Ende des Jahres 1924 Aussems Weggang aus Wien abzeichnete, begründete Litvinov diesen in einem Gespräch mit Otto Pohl mit dem Hinweis auf den Wunsch des scheidenden Polpreds, »in der Ukraine zu wirken«. Pohl schenkte diesen Erklärungen Glauben – zumindest in dem Bericht, den er nach Wien schickte.²⁷⁷

Wien als Konferenzort

Noch bevor Aussem seine Tätigkeit als Sowjetrepräsentant in Österreich aufgenommen hatte, wurden die Beziehungen zwischen der Alpenrepublik und

272 Vgl. beispielsweise AVP RF o66/6/103/241: Journal, 12.11.1924.

273 AVP RF o66/6/103/7/230: Journal Polpred, 27.9.1924.

274 Vgl.: RGAĖ 413/2/1803/36: Torgpredstvo an Krasin, 17.4.1924.

275 RGAĖ 413/271803/112: Aussem an den stellvertretenden Volkskommissar für Außenhandel, 8.7.1924.

276 AVP RF o66/6/103/7/99: Aussem an Čičerin, 18.6.1924.

277 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. 74/8/8 P, 1.12.1924.

der Sowjetunion um eine Nuance reicher: Moskau nutzte Wien als Konferenzort. Die in der österreichischen Hauptstadt ab dem 28. März 1924 geführten Gespräche zwischen sowjetischen und rumänischen Delegierten verliefen allerdings wenig zufriedenstellend. Für den Sovnarkom schlug Paradediplomat Nikolaj Krestinskij nämlich ein »Plebiszit in Bessarabien« über die Zugehörigkeit des Gebietes zu Rumänien beziehungsweise zur »Rätemacht« vor. Die Äußerung, in der außerdem von der Möglichkeit eines »unabhängigen, souveränen bessarabischen Staates« die Rede war, stellte für die Bukarester Regierung einen regelrechten Affront dar. Sie wollte das heikle Thema überhaupt nicht berühren und empfand die Wortwahl der Gegenseite als offene Provokation, zumal Moskau bei dieser Gelegenheit – wie schon mehrfach zuvor – von einer »gewaltsamen Okkupation Bessarabiens« durch die Rumänen sprach und sich obendrein auf Länder wie Italien, Japan und die USA berief, welche die Ansprüche Bukarests nicht anerkannt hatten. Da die Bolschewiki bereits im Vorfeld ihr Recht auf das umstrittene Grenzterritorium zum Ausdruck gebracht hatten und von der Komintern Aufstandsversuche und Untergrundaktionen lanciert worden waren, musste der Erfolg diesbezüglicher Unterredungen von vornherein in Zweifel gezogen werden.²⁷⁸ Außerdem hatte Stalin etwa vier Wochen vor Beginn der Verhandlungen dahingehend gewirkt, dass ein ursprünglich auf Kompromisse abzielender Verhandlungskurs der sowjetischen Delegation in Wien fallen gelassen wurde. Nur so, war er sicher, könne verhindert werden, dass sich die Gespräche in Wien zu einer »Farce« entwickeln würden. Dass angesichts des gescheiterten »deutschen Oktobers«²⁷⁹ nun NKID-Chef Čičerin allseits »Vorsicht« im Umgang mit fremden Staaten einmahnte, führe, meinte Stalin außerdem, höchstens zu Passivität.²⁸⁰

Beobachter konnten sich überdies des Eindrucks nicht erwehren, dass Moskau die bereits am 3. April 1924 abgebrochenen Verhandlungen in der österreichischen Hauptstadt vor allem als Bühne für die Verlautbarung eigener Standpunkte nutzte und dabei den Versuch unternahm, dem Gesprächspartner die Schuld am Misserfolg der Tagung in die Schuhe zu schieben. Bukarest hatte durch seine intransigente Haltung allerdings den Ausgang des Treffens wesentlich mitbestimmt. So sahen es anscheinend auch einzelne österreichische Kommentatoren. Anlässlich des Beginns der bilateralen Gespräche hatte beispielsweise der Gesandte a. D. Theodor Ippen ausgerechnet in der alles andere als sowjetfreundlichen *Reichspost* eine Position eingenommen, die Rumänien

278 Nach zitierten Quellentexten in: Enßlen, Walter: Bessarabien als Streitfrage zwischen Rumänien und der UdSSR, Inaugural-Diss. Berlin 1939, 73f.

279 Siehe dazu die kurzen Darstellungen im Abschnitt »Strategien« von Teil 3 (»Weltanschauungskämpfe«) des vorliegenden Bandes.

280 RGASPI 82/2/1028/23; Stalin an Čičerin und Litvinov, 23.2.1924.

empfahl, auf einen Teil Bessarabiens, nämlich auf die »von Ukrainern bewohnten Bezirke« zu verzichten. Dass derartige Kommentare in der *Reichspost* erschienen, kommentierte die Linke nicht ohne Häme, wenngleich das dezidiert antibolschewistische Blatt in nachfolgenden Berichten keinen Zweifel daran ließ, wie sehr es das rumänische Misstrauen gegenüber Moskau nachvollziehen konnte.²⁸¹ Dass aber ausgerechnet die *Reichspost* Bukarest dazu brachte, beim österreichischen Außenminister Protest über eine angeblich »russophile Haltung« der Wiener Presse einzulegen, erscheint tatsächlich geradezu grotesk.²⁸²

Die »rumänisch-russische« Konferenz hinterließ bei allen Beteiligten, die Gastgeber mit eingeschlossen, einen schalen Nachgeschmack. Die Beziehungen zwischen Moskau und Bukarest verschlechterten sich weiter, insbesondere durch die Gründung einer »autonomen moldawische Sowjetrepublik« am 11. Oktober 1924, die als »deutliche Spitze gegen Rumänien« verstanden wurde und tatsächlich von Tiraspol aus ihre prosovjjetischen Aktivitäten verstärkte.²⁸³ Die ausländischen Diplomaten in der österreichischen Hauptstadt hatten die Geschehnisse indes aufmerksam verfolgt. Die Vertreter des Deutschen Reiches konnten sich etwa bereits Ende Februar 1924 in der lokalen Presse über die äußerst schwierige Ausgangslage der bilateralen Unterredungen informieren. Den Berichten nach Berlin lag unter anderem folgende Einschätzung des *Neuen Wiener Tagblattes* bei: »Der bekannte Standpunkt der Sowjetregierung hat sich inzwischen nicht geändert: Bessarabien ist russisches Gebiet, es wurde von den Rumänen gewaltsam zu einem Zeitpunkte besetzt, da Sowjetrusland mit Rumänien nicht im Kriege war.«²⁸⁴ Während das Londoner Foreign Office angesichts dessen nur noch die voraussagbare »Nutzlosigkeit« der folgenden Diskussionen feststellte²⁸⁵, beschäftigten sich die Repräsentanten der »Grande Nation« noch für längere Zeit mit der Causa. »Seit dem Scheitern der Verhandlungen gab es keine Geste der Sowjetregierung, die bei meinem rumänischen Kollegen nicht die größte Besorgnis hervorgerufen hat«, notierte am 17. August 1924 der französische Botschafter in Wien, der die Geschehnisse allerdings keineswegs nur negativ beurteilte. Die Reibereien mit dem Kreml, so nämlich

281 Siehe dazu z. B. die Berichte der RP vom 3. und 5.4.1924. Vgl. außerdem Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Russisches Wien. Begegnungen aus vier Jahrhunderten, Köln/Wien/Weimar 2004, 88f.; Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Die Republik Österreich 1918/2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung, Wien 2008, 273. Vgl. außerdem die Berichte der österreichischen Gesandtschaft in Bukarest in: AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 20) GSB Bukarest Zl. 29. P (12.3.1924), Zl. 25 P. (1.3.1924), Zl. 22 P. (23.2.1924), Zl. 1. P (1.1.1923), Zl. 51 p (6.4.1924).

282 Daz Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 147f.

283 Enßlen: Bessarabien, 74.

284 PAAA, Auswärtiges Amt, Politische Beziehungen zwischen Österreich und Russland, Neues Wiener Tagblatt, 29.2.1924.

285 TNA FO 371/10662, Austria. Annual Report, 1924, 17.

seine Einschätzung, könnten dazu beitragen, »die ein wenig erschütterte Solidarität« unter den »Mächten der Kleinen Entente« wiederherzustellen.²⁸⁶

Deren kommende Tagung in Zagreb vor Augen, kam allerdings auch noch einmal das Verhalten der Alpenrepublik zur Sprache. Schließlich, hieß es seitens der Abgesandten der Pariser Regierung, stelle sich gerade nach den letzten Ereignissen die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer allzu liberalen Haltung gegenüber den Bolschewiki, wie sie – ihren Ansichten zufolge – etwa die Entscheidungsträger am Ballhausplatz in Wien an den Tag gelegt hatten. Zwar bedauere das hiesige Außenministerium das Vorgefallene und beklage sich über die »Mühen« mit den »Emissären Moskaus«. Dennoch sei Österreich nicht frei zu sprechen. Seine Autoritäten hatten es nämlich zugelassen, dass durch »russische Intrigen« der Balkan destabilisiert und die Staaten der Region sowie ihre westlichen Freunde auseinanderdividiert würden. Nicht nur in Belgrad und Bukarest, sondern auch in Sofia herrsche Entrüstung über einen ausgleichenden Kurs der Wiener Führung, der gerne mit dem Druck der Sozialdemokraten erklärt werde. Tatsächlich aber erinnere die gegenwärtige Linie an die prosowjetische Verständigungspolitik der Mittelmächte, an den »Geist von Brest-Litovsk«, zu deren Umsetzung nicht nur das Verhalten von Deutschland, sondern überdies von Italien und Großbritannien ermutige.²⁸⁷ Auch diesbezüglich, so die abschließende Wendung ins Positive, könnten aber die jüngsten Verwicklungen und die Involvierung in die Streitigkeiten zwischen der UdSSR und den südosteuropäischen Staaten zu einem Meinungsumschwung innerhalb der Wiener Regierung führen. Der »Glaube«, dass man »von den Russen nichts zu befürchten habe« und von dieser Seite »politisch keine Gefahr drohe«, sei jedenfalls »zerstört«.²⁸⁸

Bewertungen

Otto Pohl hatte mit seinen Berichten über die wirtschaftliche Entwicklung und die neue Handelspolitik Russlands nicht wenig zum Zustandekommen des Vertrags zwischen Wien und Moskau am 7. Dezember 1921 beigetragen. Dieser Umstand änderte aber nichts an seiner vernichtenden Kritik an der NËP, die er im März 1922 in einem Bericht an das Außenamt zu Papier brachte: »An und für sich ist [...] die neue russische Wirtschaftspolitik, mit der das

286 AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Légation de la République Française en Autriche, Vienne, le 17.8.1924.

287 Ebd.

288 Ebd.

Ausland geködert werden soll, geeignet, das Land mit Riesenschritten dem Ruin zuzuführen, schneller als die bisherige Isolierung und die Zerstörungswut der Bolschewiken dies vermochte, da sie nichts anderes ist, als der unter offizieller und nichtoffizieller Zuziehung sämtlicher Schieber Russlands mit Hochdruck betriebene systematische Ramschverkauf der letzten Reste des Volksvermögens.«²⁸⁹ Mit dieser Einschätzung der »Neuen Ökonomischen Politik« konnte sich in Wien auch die AZ identifizieren. Angesichts der Absatzprobleme russischer Industriegüter, die ab dem Herbst 1923 krisenhafte Dimensionen annahm, ortete das sozialdemokratische Parteiorgan überdies einen Entfremdungsprozess der Moskauer Partei von ihren »revolutionären und sozialistischen Traditionen«. Der »berufsmäßig[e] Verkehr« der sowjetischen »Wirtschaftsbürokratie« mit der »wiedererstandenen Bourgeoisie« in Gestalt der sogenannten »NĖP-Männer« führe – sinngemäß – zu einer ungesunden Annäherung an den Kapitalismus.²⁹⁰

Als im Februar 1924 die De-jure-Anerkennung der UdSSR seitens Österreichs ausgesprochen wurde, stand übrigens für die Sozialdemokraten die Berufung Otto Pohls zum ersten regulären beziehungsweise vollwertigen diplomatischen Vertreter Österreichs in Moskau außer Diskussion. In einem im Februar 1924 geführten Gespräch mit dem sowjetischen Polpred in Wien – damals noch Levickij – erklärte Sektionschef Franz Peter gegenüber dem Moskauer Repräsentanten aber, dass Bundeskanzler Ignaz Seipel zunächst nur an die Entsendung eines Geschäftsträgers, nicht eines Botschafters gedacht hatte. Und dieser »Platzhalter« sollte nach den Wünschen des Kanzlers nicht gerade der Sozialdemokrat Otto Pohl sein. Levickij verließ daraufhin seinem Missfallen über diese Perspektiven Ausdruck. Interessanterweise riet ihm Peter nun, Vertreter der SDAP von Seipels Absichten zu informieren. Sie würden, meinte der Sektionschef, dann gewiss entsprechenden Druck in Richtung Bundeskanzleramt ausüben. Sogar Außenminister Alfred Grünberger drängte den Sowjetrepräsentanten, Moskau möge das Agrément für Pohl fordern.²⁹¹ Levickij zog aller Wahrscheinlichkeit die richtigen Schlüsse aus diesem Verhalten: Seipel hatte Peter und Grünberger aufgetragen, seine angebliche Ablehnung gegenüber Pohls Bestellung zum Botschafter zu ventilieren, um auf diese Weise den Sozialdemokraten eine Art Gegenleistung abzurufen.²⁹²

Seipels Taktik ging auf. Levickij informierte Litvinov umgehend über die neuen Entwicklungen.²⁹³ Dennoch war im April 1924, als Pohl sich anlässlich

289 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 607) GSB Moskau Präs. Nr. 95/22, 26.2.1922.

290 AZ, 12.1.1924, 1.

291 AVP RF 066/6/103/7/40: Levickij an Litvinov, 19.2.1924.

292 Ebd.

293 AVP RF 066/6/103/7/45: Levickij an Litvinov, 27.2.1924.

eines Wienaufenthalts auch zu einem Treffen mit Levickij verabredete, noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Obwohl Pohl vom Außenministerium noch im Februar dahingehend informiert worden war, dass seine nunmehrige Stellung als Geschäftsträger lediglich ein Provisorium sei und seine Ernennung zum Gesandten bevorstehe, ging Pohl selbst davon aus, nicht mehr nach Moskau zurückzukehren.²⁹⁴ Er sei, so der bisherige österreichische Repräsentant in der UdSSR, aufgrund seiner Parteizugehörigkeit nicht der Kandidat, den sich die nunmehrige Regierung vorstelle. Jetzt ergriff Levickij die Initiative und lud die Ministeriumsbeamten Franz Peter und Emil Junkar gemeinsam mit Otto Pohl zum Frühstück in der Sowjetvertretung ein, um die Frage des Botschafterpostens zu besprechen. Zu Pohls und Levickijs Überraschung hieß es auf einmal sehr dezidiert, Seipel habe längst eine Entscheidung zu Gunsten Pohls getroffen. Nichtsdestoweniger ging der alte und neue österreichische Repräsentant in der UdSSR davon aus, dass man ihm in der Folge einen »Aufpasser« zuteilen würde.²⁹⁵

Pohl reiste jedenfalls erst Anfang Juli 1924 in seiner neuen Funktion nach Moskau, um seine Tätigkeit als Repräsentant Österreichs in Moskau aufzunehmen beziehungsweise fortzuführen. Die Umwandlung der bevollmächtigten Vertretung in eine Gesandtschaft war nun auch auf dieser personellen Ebene vollzogen worden. Pohl wurde im Gastgeberland freundlich begrüßt.²⁹⁶ Kurz davor hatte es in Zusammenhang mit der Politik des Völkerbunds in der Frage russischer Flüchtlinge Differenzen mit Moskau gegeben. Das NKID, welches die »Nansen-Kommission« als »Agentur der Entente« bezeichnete, hatte interessanterweise erwartet, Österreich als Völkerbundmitglied würde sich auf die Seite der UdSSR stellen.²⁹⁷ Als Begründung gab man an, dass gerade der Kleinstaat wissen müsse, was es heiße, von anderen bevormundet zu werden. Pohl gab sich entrüstet über das Verhalten der Regierung in Wien und übte insbesondere Kritik an Außenminister Mataja, der die Völkerbundpolitik gegenüber der Sowjetunion unmissverständlich begrüßt hatte. Offenbar um zu beschwichtigen, ließ er Čičerin wissen, dass Mataja ohnehin bekannt sei für seine »unerwarteten, groben und dummen Auslassungen«.²⁹⁸

In Gesprächen mit seinen sowjetischen Ansprechpartnern deutete Pohl immer wieder seine Distanz gegenüber der christlich-sozial dominierten österreichischen Politik an. Zuweilen – wie im Fall Matajas – konnte er auch sehr deutlich werden, wenn es darum ging, die eigenen Standpunkte von jenen, die

294 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. 111/67 Präs. P., 20.2.1924.

295 AVP RF 066/6/103/7/50: Levickij an Litvinov, 15.4.1924.

296 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. III/47 Präs. P., 10.7.1924.

297 Vgl. dazu auch spätere Einschätzungen Moskaus, die von der österreichischen Presse aufgegriffen wurden: NFR, 19.9.1925, 3.

298 AVP PF 066/7/104/3/1: Journal Polpred, 23.4.1924.

in Wien vertreten wurden, abzugrenzen. Es gelang Pohl zwar, gegenüber dem NKID-Chef Čičerin eine gewisse Vertrauensposition einzunehmen, der Kontakt mit Litvinov blieb hingegen nüchtern. Nicht selten verliefen Gespräche mit dem stellvertretenden Volkskommissar sogar ausgesprochen unerfreulich, wie Pohl dann auch nach Wien berichtete. Seinen Vorgesetzten in der österreichischen Hauptstadt enthielt er auch nicht vor, wenn er gewisse NKID-Mitarbeiter als nicht besonders qualifiziert erachtete. Ganz unverhohlen hatte er beispielsweise über die seiner Meinung nach bestehenden Defizite von Aleksandr Šlichter befunden.²⁹⁹ Pohl konnte also, je nach Sachlage, moskaukritisch oder aber moskaufreundlich sein, und er erwies sich immer als ein Diplomat, der bei Verhandlungen stets die Interessen Österreichs im Auge behielt – daran gibt es keinen Zweifel. Es stellt sich jedoch bisweilen als schwierig dar, anhand der Berichte von und über Pohl den Diplomaten vom Politiker und speziell vom deutlich links orientierten SP-Mann zu trennen. Der österreichische Sozialdemokrat beurteilte die sowjetische Politik einerseits überaus kritisch und differenziert, begegnete ihr aber andererseits mit einem prinzipiellen Wohlwollen, das ihn dann fallweise zum geradezu idealen, weil – so scheint es – »ideologisch willigen« Adressaten sowjetischer Propaganda machte. Der Sozialdemokrat, der sich im Übrigen als Kritiker der NĚP mit ihren »kapitalistischen Auswüchsen« zu erkennen gab, übernahm etwa auf diese Weise die Diktion jener, die aus den »Kulaken« pauschal die »Totengräber sozialistischer Ideale« machten.³⁰⁰ Pohls Eindrücken zufolge waren sie »Dorfprotze«. Die Konsequenzen der fortgesetzten Hetze für die Betroffenen in ihrer ganzen Tragweite kannte er wohl noch nicht.³⁰¹

Obwohl Pohl nicht selten die »typische bolschewistische Brutalität« anprangerte oder vom diktatorischen Stil der »Kremlherren« sprach, neigte Österreichs Mann in Moskau andererseits in einigen Fällen durchaus dazu, die Gewaltmethoden des Staates zu rechtfertigen. Das traf etwa zu, wenn es um Korruption ging, ein in Russland – gab er in seinen Berichten zu bedenken – weit verbreitetes Phänomen, dem nur mit entsprechender Härte beizukommen sei.³⁰² Beobachtungen der »sowjetischen Realität« ebenso wie die nicht zuletzt in Österreich spürbare feindliche Haltung gegenüber der UdSSR nährten offen-

299 VGA, Altes Parteiarchiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 2, Bevollmächtigte Vertretung Moskau an den Bundesminister, 11.4.1923, Zl. Präs Nr. 299/22 P.

300 Über die unkritische Verwendung des Wortes »Kulak« unter »Zugrundelegung kommunistischer Kategorien« außerhalb der Sowjetunion in den 1920er Jahren siehe: O'Sullivan, Donal: Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921–1933, Köln/Weimar/Wien 1996, 142.

301 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau Moskau Zl. 2/g Präs. P., 2.1.1925.

302 VGA, Altes Parteiarchiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 1, Bevollmächtigte Vertretung Moskau an den Bundesminister für Äußeres (Politische Sektion), Zl. Präs. Nr. 477/22 P.

bar seine Überzeugung, dass die schwierige Lage, in der sich die Sowjetunion befand, nach drastischen Schritten verlangte. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn er 1926 eine Art Nachruf auf Feliks Dzeržinskij verfasste, der sich in seinem Tenor an der Maxime »Der Zweck heiligt die Mittel« orientierte. Pohl versuchte dabei, die – so seine Worte – »Inkongruenz des moralischen und politischen Gesetzes« zu berücksichtigen. Dzeržinskij, den österreichische Blätter damals als »Massenmörder« bezeichneten³⁰³, erscheint in dieser Lesart als durchaus zu würdigende Person. Pohl bezeichnete ihn als einen Mann, der tat, was getan werden musste, als einen, der den »Terror der Anarchie in den Terror einer, wenn gefühllosen, so doch nicht ziellosen Staatsraison verwandelt« habe: »Wenn es eine unbewusste oder mitunter gewollte Täuschung ist, die Lebenskraft, die das Sowjetregime nunmehr neun Jahre aufrecht erhält, mit dem in der Tschecha organisierten Terror einfach zu identifizieren, so ist es doch unbestreitbar die Leistung Dserschinsky's gewesen, namentlich in den ersten Jahren mit ihren unaufhörlichen inneren Krisen, im Kampfe gegen die Intervention, die Bürgerkriegsgeneräle, die sozialrevolutionären Bombenverschwörer und den aus den Trümmern der zerschlagenen Gesellschaft emporbrechenden Banditismus, das neue System vor dem Zusammenbruch« gerettet zu haben.³⁰⁴

Enorm war Pohls Bewunderung für Lenin. Anlässlich des Ablebens des Verehrten stellte Pohl in einem Bericht nach Wien fest, dass dem Verstorbenen als einer »grossen nationalen und geschichtlichen Persönlichkeit« allseits »Bewunderung« entgegengebracht worden sei, der sich nur »ein ganz enger Kreis bornierter Fanatiker und stumpfer Kleingeister«, welcher »von dem Verlust verlorener Vorrechte und Genussgueter monomanisch beherrscht« würde, verschließen könne. Lenin war Pohls Einschätzung zufolge eine »geniale[n] Persönlichkeit«, ein Willensmensch, der die Geschichte verändert hatte. Was nun, nach dem Ableben des »Cid«, wie der Österreicher den Verstorbenen bezeichnete, geschehen werde, sei noch unklar. Den »kommenden Mann« erblickte er aber bereits jetzt in Stalin, wobei er ihn keineswegs als eine mit Lenin vergleichbare Autorität betrachtete.³⁰⁵ Dass Letzterer bereits seit geraumer Zeit infolge seinen Gesundheitszustandes kaum mehr Einfluss auf die Regierungsgeschäfte ausüben hatte können, war Pohl bewusst. Schon im März 1922 vermisste er – wenngleich aus anderen Gründen – die seiner Meinung nach »herzerfrischende[n] Präpotenz«, die Lenin ebenso wie Trockij in ihren öffentlichen, an das Ausland gerichteten Auftritten an den Tag zu legen pflegten.³⁰⁶

303 Vgl. beispielsweise den Bericht im Salzburger Volksblatt, 29.7.1926, 1.

304 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. 555/8 P., 27.6.1926.

305 VGA, Altes Parteiarhiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 7: Bevollmächtigte Vertretung Moskau an den Bundesminister, 23.1.1924, Zl. 31/8 Präs. P.

306 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 606) GSB Moskau Zl. Präs. 95/22, 26.3.1922.

Pohls Analysen der Machtkämpfe innerhalb der Partei fielen mitunter derart differenziert aus, dass sich daraus schwerlich klare Schlussfolgerungen ziehen ließen. Seine Darstellungen spiegelten nicht nur die tatsächlichen Wirrnisse in den Richtungsstreitigkeiten der Bolschewiki sowie den angesichts spärlicher Informationen lückenhaften Kenntnisstand über den Konflikt wider, sondern wohl auch die eigene schwankende Meinung in Bezug auf den seitens der Staatsspitzen einzuschlagenden Kurs. Vor diesem Hintergrund fiel es ihm auch nicht leicht, die Opposition mit ihren Forderungen und Ansichten zu bewerten. Im Unterschied dazu fand er in Bezug auf die Komintern und speziell für deren Leiter, Grigorij Zinow'ev, einigermaßen deutliche Worte. Pohls Beurteilung zufolge handelte es sich beim KI-Chef sinngemäß um einen beschränkten Vielredner, dessen »unerfreuliche schmieremässige Theatralik« nur noch von der »Fettigkeit seines Sprachorgans« und der »banale[n] Routiniertheit und Unpersönlichkeit seiner Reden« übertroffen wurde.³⁰⁷ Während die Alpenrepublik in der internationalen Presse immer häufiger als »Bolschewikenzentrale« in Verruf zu geraten drohte und die klandestine »Wühlarbeit« der Kommunistischen Internationale auf österreichischem Boden auch von den dortigen Behörden als Faktum betrachtet wurde, skizzierte Otto Pohl die KI als lästiges Anhängsel des Kremls, von dem Letzterer sich nach Möglichkeit distanzieren wolle. Seiner Ansicht nach »waere [es] der Moskauer Sowjetregierung sicherlich sehr angenehm, wenn es irgendwo in der Welt einen Winkel mit einer genuegend geschuetzten Asyl- und Aktionsfreiheit gaebe, um die III. Internationale dorthin, ohne Prestigeminderung und den Schein des Zurueckweichens uebersiedeln zu lassen«.³⁰⁸ Gleichzeitig ortete der Gesandte eine immer stärkere Betonung der Unterschiede zur »sozialistischen Bewegung der westlichen Industrieländer« und Anzeichen für eine »Umwandlung in einen wirklichen Arbeiter- und Bauernstaat antikapitalistischen Charakters, wie er Lenin vorgeschwebt hat«.³⁰⁹

Bolschewismusangst

Bereits vor dem Eintreffen des ersten regulären Sowjetgesandten in Wien, Vladimir Aussem, hielt sich Adolf Ioffe zur Kur in Österreich auf. Schon damals, im Frühjahr 1924, dürfte das NKID geplant haben, ihn in offizieller Funktion

307 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 42) GSB Moskau 1924, ohne Datum, ohne Zahl.

308 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 42) GSB Moskau Zl. 2/8 Präs. P, 2.1.1925.

309 Ebd.

nach Wien zu senden. Michail Levickij erstattete nämlich Čičerin regelmäßig über seine Besuche bei Ioffe Bericht und ließ den Narkom auch wissen, dass er den Patienten über die Lage in Österreich informiere. Die Rede war außerdem von Unterlagen, die er ihm zukommen lasse. Den Gesundheitszustand Ioffes hielt Levickij für einigermaßen kritisch, so dass die behandelnden Ärzte Besuche mitunter gänzlich verboten.³¹⁰

Die zuständigen Behörden in der Alpenrepublik hatten sich längst daran gewöhnt, dass diverse hochgestellte Persönlichkeiten des Sowjetstaates in das kleine Land kamen, um hier – unter Annahme einer falschen Identität – ihren zumeist mit einer Kur kombinierten Urlaub zu verbringen. Da Adolf Ioffe aber der Ruf eines »gefährlichen Propagandisten« voraussetzte, nährte sein Aufenthalt Vermutungen, Moskau sei daran interessiert, Wien als »Bolschewikenzentrale« mit dem Balkan als Zielregion womöglich noch auszubauen. Unter diesen Vorzeichen löste die Abreise des Sowjetdiplomaten in der österreichischen Bundeshauptstadt Erleichterung aus. Dass er wenige Monate später, im Dezember 1924, als neuer Polpred nach Wien zurückkam, diente dann als Anlass, allerlei Spekulationen anzustellen. Vor allem Jugoslawien warnte Österreich vor einer zu befürchtenden Intensivierung revolutionärer Propaganda. Auch die anderen Staaten der Kleinen Entente, die Tschechoslowakei und Rumänien, schlugen Alarm. In Bukarest ließ man den österreichischen Gesandten wissen, dass Ioffes Ernennung als neuerlicher »Beweis für die Rolle Wiens als Agitationszentrale des Bolschewismus« zu werten sei.³¹¹

Otto Pohl hatte indes alle Hände voll zu tun, auf die Aufregung unter den Vorgesetzten in Wien zu reagieren. Dass es Ioffes angeschlagener Gesundheitszustand war, der in Anbetracht des Weltrufs österreichischer Ärzte eine Versetzung des Diplomaten in der Alpenrepublik nahelegte, wollte trotz mehrmaliger diesbezüglicher Berichte Pohls aber kaum jemand glauben. Obwohl es keinen Zweifel daran geben konnte, dass der in seinem äußerlichen Erscheinungsbild bereits schwer gezeichnete »Morphinist« dringend professioneller medizinischer Hilfe bedurfte, bissen sich die Kommentatoren des unerwarteten sowjetischen Botschafterwechsels an jenen Begründungen fest, die eine auf Expansion bedachte Wiener Komintern-Filiale antizipierten. Als Ioffes Ernennung publik wurde, waren derlei Interpretationen ausführlich in der österreichischen Presse vertreten, und auch im Parlament kam die Ankunft des Sowjetrepräsentanten zur Sprache. Die »Bolschewismusangst« ging wieder um, mehr als in den vorangegangenen Jahren, und

310 RGAĚ 413/2/1803/92 Levickij an Čičerin, 3.4.1924.

311 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 20) GSB Bukarest Zl. 141/7, 11.12.1924.

Adolf Ioffe, der sich in einem Zeitungsinterview als »Musterdiplomate« präsentierte, mutierte nichtsdestoweniger zum Idealtypus des konspirativen Kominintern-Sendlings, der die Weltrevolution von seinem Wiener Schreibtisch aus plane. Ungeachtet der in Österreich weit verbreiteten Hysterie werteten manche die Ankunft des neuen Polpred jedoch auch als eine Art Exilierung. Immerhin war Ioffes Freundschaft mit Lev Trockij kein Geheimnis. Ihn vor dem Hintergrund der heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen, die sich nicht zuletzt in Trockij's Opposition verdichteten, in ein Land zu versetzen, das für die sowjetische Außenpolitik zweifellos nicht als prioritär galt, konnte man gewiss auch als eine Art Strafmaßnahme deuten. Noch dazu zeigte sich bald, dass Ioffe nicht nur Freunde im NKID hatte. Im Zuge seiner Amtszeit als Sowjetrepräsentant in Österreich wurde er aufgrund der Finanzausgaben der Gesandtschaft mit scharfer Kritik aus Moskau konfrontiert. Es hieß, er sei ein »teurer Botschafter«. Ioffe war bereits im Zuge seiner Tätigkeit in Berlin 1918 infolge zu Tage getretener finanzieller Unregelmäßigkeiten beschuldigt worden, es beim Geldausgeben nicht allzu genau zu nehmen. Dass angeblich seine »luxusaffine« damalige Ehegattin und seine nicht minder anspruchsvolle Sekretärin, die später seine Frau wurde, in die Kasse der Polpredstvo gegriffen hatten, um sich ihre »kapitalistischen Wünsche« zu erfüllen, machte die Sache nicht wirklich besser. Jetzt aber lagen die Dinge anders. Ioffe brachte die im Verlaufe von Sanierungsmaßnahmen des Botschaftsgebäudes entstandenen Kosten ins Treffen, die bereits unter seinen Vorgängern entstanden waren. Seinen Rechtfertigungsversuchen, die er an das Volkskommissariat für Äußeres adressierte, ist aber bereits eine gewisse Resignation zu entnehmen. Vermutlich witterte er hinter der geäußerten Kritik tiefer liegende Motive, die wohl tatsächlich eher in seinen Beziehungen zu Trockij zu suchen waren als in der Budgetpolitik seines Ressorts. Ioffe begann, kaum dass er den Posten in Österreich angetreten hatte, seine baldige Abberufung vorwegzunehmen. Offenbar, vermutete er in einem Schreiben an das NKID, sei er jemandem »unsympathisch«.³¹²

Feindselige Signale kamen nicht zuletzt von Maksim Litvinov. Der Narkomindel-Stellvertreter reagierte auf Fragen des eben erst in Österreich angekommenen Ioffe bezüglich Moskaus Pläne für die Ausgestaltungen der Beziehungen mit der Alpenrepublik einigermaßen schroff. Seine diesbezüglichen Darlegungen wirkten alles in allem wie ein peinlicher Nachhilfeunterricht für einen Diplomaten, der nach Ansicht Litvinovs keine Ahnung von den Richtlinien der sowjetischen Außenpolitik hatte. Verwirrend fand Ioffe offen-

312 Vgl. McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 60–63 und AVP RF 04/1/3/42/14; Litvinov an Ioffe, 23.1.1925.

bar, dass er einerseits einen Handelsvertrag mit Österreich vorbereiten, aber andererseits nicht initiativ werden sollte. Daraufhin hatte der neue Polpred etwas ratlos bei seinem Vorgesetzten nachgefragt, »was wir wollen und worauf wir hinauswollen«. Die Antwort Litvinovs lautete: »Genau das ist der Punkt, dass wir nichts wollen und nichts anstreben, mit Ausnahme der Legalisierung der Handelsvertretung, und worauf wir hinauswollen, kann man nicht sagen, da wir die Vorschläge der Gegenseite nicht kennen.«³¹³

Litvinovs Anweisungen für Ioffe legten Letzteren darauf fest, lediglich darauf zu reagieren, was die Österreicher vorschlugen, und ansonsten passiv zu bleiben. Der stellvertretende Narkom setzte Ioffe damit die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik auseinander und machte bei dieser Gelegenheit auch gleich klar, dass Moskaus Strategie – offenbar entgegen Ioffes Meinung – gegenüber Deutschland sich in nichts von jener hinsichtlich Österreichs unterschied. Und noch etwas offenbarte die Korrespondenz: Die nach außen betonte Abgrenzung des NKID von der Komintern war bei genauerer Betrachtung keineswegs gegeben. Dass Litvinov vor allem die »Legalisierung« der Handelsvertretung anstrebte, bedeutete nämlich nichts Anderes, als dass man darauf hinarbeitete, die Gleichstellung des dort beschäftigten mit dem diplomatischen Personal zu erreichen. Auf diese Weise sollten Personen, die der Torgpredstvo zugeteilt waren, Immunität erlangen und vor Verhaftungen geschützt werden. Verhaftet aber wurden vor allem jene, denen die Exekutive des Gastlandes revolutionäre »Untergrundarbeit« zuschrieb – und dabei handelte es sich im Regelfall um »Emissäre« der KI.³¹⁴ Nicht nur die Polizeidirektion in Wien war davon überzeugt, dass die Komintern ihre »Wühlarbeit« in die Handelsvertretungen verlegt hatte, um die Botschaften, die bis dahin als »Herbergen« für »Komininternagenten« galten, gewissermaßen aus der Schusslinie zu nehmen. Überall, wo die UdSSR Handelsvertretungen installiert hatte, machte man ähnliche Beobachtungen: Das Personal der verschiedenen Torgpredstva schwoll kontinuierlich an, und die Fluktuation unter den Angestellten war enorm. Auch in Wien herrschte ein reges Kommen und Gehen. Beinahe monatlich trafen neue Gesichter aus Moskau ein – offiziell alles Mitglieder der Handelsvertretung. Zählte die Torgpredstvo in Wien 1924 25 Mitarbeiter, waren es im Jahr darauf bereits 41.³¹⁵ Es gab keinen Zweifel daran, dass entgegen allen Beteuerungen aus Moskau die Komintern ein Arm der sowjetischen Außenpolitik blieb. Man hatte deren Tätigkeit bloß »ausgelagert« – nicht mehr und nicht weniger.³¹⁶

313 AVP RF 04/1/3/42/21–22: Litvinov an Ioffe, 6.2.1925.

314 Vgl. AVP RF 04/1/3/42/40: Litvinov an Kocjubinskij, 17.4.1925.

315 RGAÉ 413/2/1242/2: Bericht über die Handelsvertretung in Österreich 1924/25.

316 Vgl. McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 60.

Bereits im April 1925 stand Ioffes Weggang aus Österreich im Raum.³¹⁷ Die Wiener Polizeidirektion kam noch im selben Monat zum Schluss, dass der Polpred sich während seines Aufenthaltes äußerst vorsichtig verhalten und nicht verdächtig gemacht hatte.³¹⁸ Während Litvinov davon ausging, der österreichischen Regierung mit dem Abzug Ioffes einen Gefallen getan zu haben, meinte jedoch Otto Pohl, dass die plötzliche Abberufung des Sowjetvertreters erst recht verdächtig wirke. Moskaus Entscheidung stand freilich fest. Der infolge seiner Morphiumsucht schwer herzkrank Ioffe kam jedoch auch in den folgenden Monaten immer wieder nach Österreich – nun wieder ausschließlich als Patient, der ärztliche Hilfe beanspruchte. Sein letzter Besuch datiert ins Frühjahr 1927. Wenige Monate später, im November 1927, beging er Selbstmord.³¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt war Trockij bereits ausgeschaltet.

Als Adolf Ioffe im Mai 1925 seine Zelte in Wien abbrach, übernahm der Legationsrat der Sowjetvertretung, Jurij Kocjubinskij, interimistisch die Leitung der Botschaft. Erst im Sommer 1925 traf der neue Mann aus Moskau, Jan Berzin, ein. Bis dahin erlebten die österreichisch-sowjetischen Beziehungen einige Turbulenzen.

Der »Mataja-Zwischenfall«

Zu Aufsehen erregenden Unstimmigkeiten, welche nicht zuletzt die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR gravierend zu belasten drohten, kam es im Mai 1925, als Außenminister Heinrich Mataja in einer öffentlichen Rede das Regime in Moskau sinngemäß als verbrecherisch bezeichnete und die enge Verbindung zwischen KI und den offiziellen Sowjetorganen betonte. Den Hintergrund dieser am 20. Mai in einer Wählerversammlung im 9. Wiener Gemeindebezirk gehaltenen Rede bildeten nicht zuletzt die zahlreichen, vor allem aus dem Ausland kommenden Hinweise über eine von Wien aus gesteuerte verstärkte kommunistische Propaganda auf dem Balkan. Mehr noch: Wien galt bald überall als Kommandozentrale des bolschewistischen Terrorismus.³²⁰ Matajas Attacken gegen Moskau wurden von manchen Beobachtern als Verzweiflungstat interpretiert, um so, d. h. durch eine bewusste Erschütterung der

317 Den Entscheid zur Abberufung Ioffes fasste das Politbüro per Beschluss vom 21. Mai 1925. – RGAPSI 17/166/504.

318 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien Berichte, Bericht vom 22.4.1925.

319 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 62.

320 Über die Auslandsorganisation der Bulgaren in Wien und das Attentat von Sofia siehe McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 168–172.

vom Kreml als harmonisch bezeichneten bilateralen Beziehungen, das internationale Ansehen des Landes, das die ausländische Presse in die Nähe eines »bolschewistischen Kollaborateurs« rückte, zu retten.

Österreichs Rolle als Operationsbasis sowjetischer Propaganda und womöglich als Zentrum bolschewistischer Terrororgane war vor allem in Jugoslawien diskutiert worden. Dort echauffierte man sich über eine angeblich in Baden bei Wien, noch dazu, wie es hieß, unter den Augen der Polizei abgehaltene kommunistische Großkonferenz. Doch es gab noch andere Gründe, warum sich vor allem Österreichs Nachbarstaaten so interessiert an der österreichischen Innenpolitik zeigten. Zweifellos war die Alpenrepublik in Zusammenhang mit neuen Diskussionen über eine Donauföderation und den diesbezüglichen unterschiedlichen Plänen der europäischen Staaten ins Zentrum des Interesses gerückt. Dabei spielte auch Österreichs Bereitschaft, die »Russlandpolitik« Frankreichs und/oder Englands zu »befolgen«, eine gewisse Rolle. Mataja signalisierte vor allem gegenüber London »Linientreue«. ³²¹ In der UdSSR war man sich dessen wohl bewusst. In einem Interview, das der eben erst aus Österreich zurückgekehrte Adolf Ioffe der *Izvestija* gab, betonte er die vollständige Abhängigkeit des Landes von den »Siegermächten« und hob die Stellung des in Österreich wirkenden »Generalkommissärs des Völkerbundes« hervor, ohne den »die jetzige oesterreichische Regierung keinen Schritt machen kann«. Einigen Repräsentanten des offiziellen Österreich unterstellte er überdies, den Verlust des Großmachtstatus nicht überwunden zu haben. Nur so konnte er sich offenbar erklären, dass manche Repräsentanten des Kleinstaates gegenüber der UdSSR einen »vollkommen unangemessenen Ton anschlagen« würden. ³²²

Im Kreml gab man sich über die Aussagen des Außenministers, der die Bolschewiki unter anderem als »Schänder des Gottesglaubens« sowie als »Mörder unserer Priester« bezeichnet und überdies auf die propagandistische Tätigkeit von Sowjetfunktionären im Dienste der KI verwiesen hatte, umso empörter, als die UdSSR seit einigen Wochen die Beziehungen mit Österreich als geradezu ideal darstellte. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten lobte bei einem Sowjetkongress in Tiflis das Verhältnis der beiden Staaten als beispielgebend. Otto Pohl sprach in diesem Zusammenhang von einem »beinahe kompromittierenden Maß an Liebenswürdigkeit«. ³²³ Außerdem war der Chef des NKID auf Österreichs Rolle im Ringen um eine politische und wirtschaftliche Neugestaltung des Donauraums zu sprechen gekommen. Um das

321 Vgl. Goldinger, Walter / Binder, Dieter A.: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, Wien 1992, 120–127. Siehe außerdem: AZ, 21.5.1925, 1 sowie RP, 21.5.1925, 2f.

322 VGA, Altes Parteiarhiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 4, Zl. 366/8. Ein Interview Joffe's, 24.5.1925.

323 Zit. nach Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 153.

»gänzlich vernichtete und schwache Österreich«, meinte Čičerin, sei ein »sehr großes Spiel der Großmächte im Gang. Wir mischen uns«, fügte er hinzu, »in diese Frage nicht ein. Wir stehen in außerordentlich freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich, die wirtschaftliche Verbindung zwischen uns und Österreich verstärkt sich fortschreitend«. ³²⁴ Im Übrigen hatte der Narkom bei seinem Auftritt in der georgischen Hauptstadt auch die für Österreich so aktuelle Frage der Rolle der Komintern aufgegriffen. Als er darauf hinwies, dass dem über die »Umtriebe« der KI besorgten Ausland erklärt würde, »dass unsere Regierung für die Tätigkeit der Komintern nicht verantwortlich ist, und überhaupt nichts mit ihr zu tun hat« ³²⁵, reagierten die Anwesenden mit schallendem Gelächter. ³²⁶ Dieser Propaganda glaubte man demnach nicht einmal innerhalb der Grenzen des Sowjetreichs.

In Österreich, wo die tatsächlichen und vermeintlichen Aktivitäten der KI jenes Klima geschaffen hatten, das Matajas Rede erst möglich gemacht hatte, war man über Čičerins Aussagen freilich nicht sonderlich erheitert gewesen. Als die ersten scharfen Reaktionen auf Matajas sowjetfeindliche Attacken aus Moskau eintrafen, bemühte sich zwar Otto Pohl bereits um Schadensbegrenzung. Doch man machte es ihm nicht leicht: Aus Wien waren keine Anweisungen gekommen, wie er sich in dieser Angelegenheit verhalten sollte. Das Narkomindell, das Pohl aufforderte, bei seinen Vorgesetzten nachzufragen, ob wirtschaftliche Kontakte in Hinkunft erwünscht wären, forderte im Falle einer positiven Antwort eine offizielle Entschuldigung des österreichischen Außenministers. ³²⁷

Dessen Rede blieb auch im eigenen Lande nicht unumstritten. Erste Auftragsstornierungen sowjetischer Firmen brachten dem Außenminister herbe Kritik nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von Industriellen ein. Karl Renner berücksichtigte deren Einwürfe gegen das Auftreten des Ministers, als er im Parlament zur Causa Mataja Stellung nahm. Die bestehenden ideologischen Differenzen klammerte er bewusst aus; vielmehr konzentrierte er sich auf die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR, deren Bedeutung für Österreich er zweifellos übertrieben darstellte. Davon abgesehen sparte er nicht mit Seitenhieben in Richtung des Außenministers, der sich gegenüber den Weststaaten auf recht ungeschickte Weise als getreuer Anhänger des Antibolschewismus zu erkennen geben hatte wollen. ³²⁸ Auch Otto Bauer nützte die

324 VGA, Altes Parteiarchiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 4: Österreichische Vertretung in Moskau. Politischer Bericht v. 7.3.1925.

325 Zit. nach Hilger: *Wir und der Kehl*, 109.

326 Ebd.

327 AVP RF 066/7/104/3/1.

328 »Wir haben zur russischen Sowjetregierung gar kein politisches Verhältnis. Wir haben keine gemeinsamen Grenzen, wir haben keine strittigen Fragen der Außenpolitik [...]. Das Land ist meilenfern.

Gelegenheit, um über Mataja herzuziehen. Er sprach von »Gschafflhuberei« und reihte sich in die Schar jener ein, die den CSP-Politiker nicht gerade für ein Aushängeschild der österreichischen Diplomatie hielten.³²⁹

In Moskau schüttete ein über Matajas Rede entsetzter Pohl dem Volkskommissar für Äußeres sein Herz aus. Für den Fall, dass Wien nicht einlenken und ein seitens des NKID gefordertes offizielles Kommuniqué zur Beilegung des Konflikts verweigern würde, fasste der Gesandte seinen Rücktritt ins Auge. Dann, erklärte Pohl dem Narkom Čičerin, würde er seinen Dienst quittieren, da es ihm »widerlich« sei, so weiter zu arbeiten. Er habe keine Lust, die politischen Missgriffe der Wiener Regierung auszubaden. Mataja, meinte er, sei selbst innerhalb der christlichsozialen Partei als »Schieber« und »Spekulant« bekannt und nur deshalb zum kämpferischen »Antibolschewiken« geworden, weil seine eigenen Geschäfte mit Russland gescheitert wären. Als Čičerin noch einmal bekräftigte, dass man für Matajas Fauxpas Genugtuung verlange, ließ Pohl sich über die staatsmännischen Fähigkeiten des Bundeskanzlers Ramek aus. Diesen beschrieb er als »Provinzadvokaten«, dem er absolut nicht zutraue, mit der Lage fertig zu werden.³³⁰

Seinem Vorgesetzten, dem Außenminister, dürfte Pohl freilich diese Sequenzen der Unterredung mit Čičerin vorenthalten haben. Das Klima in Moskau schilderte er im Juni 1925, kurz nach Matajas Rede, so: Hinsichtlich der Handelsbeziehungen könne er eine merkbliche Zurückhaltung der hiesigen Stellen bemerken. Er hätte jedoch beim Volkskommissar für Äußeres »keine sonderlich gereizte Stimmung« festgestellt und auch sonst den Eindruck gewonnen, dass man in anderen Behörden dem Zwischenfall »keine besondere Bedeutung« beimesse. Anders hatte sich aber, so Pohl, Čičerins Stellvertreter und Rivale Litvinov verhalten, den der Österreicher als die eigentliche »aktive Kraft« im NKID bezeichnete.³³¹

Tatsächlich hatte sich Litvinov von Jurij Kocjubinskij genauestens über die

Aber dieses Land hat für uns ein kostbares Interesse, das erste Interesse unseres Wirtschaftslebens: es ist der größte Markt, der für uns überhaupt noch freigemacht werden kann und es gehört wirklich eine gewisse Gottverlassenheit dazu, als Außenminister eines Landes den einzigen Markt zu gefährden, den eine so todkranke Volkswirtschaft noch zur Verfügung hat. [...] Und in diesem Moment fühlt sich der Minister des Äußern dazu veranlasst, vor den Reaktionären des Westens seine Visitkarte abzugeben, seht mich, ich bin halt ein Kommunistenbekämpfer.« Zit. nach Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 162.

329 Ebd. Vgl. außerdem *Der Österreichische Volkswirt*, Nr. 35, 30. 5.1925, 950f.

330 AVP RF 066/7/104/3/1. Über Rameks prekäre Situation vor dem Hintergrund des von zahlreichen Gewalttaten überschatteten Jahres 1925 siehe: Moritz, Verena: Die antisemitischen Ausschreitungen und Proteste anlässlich des 14. Zionistischen Weltkongresses in Wien und die innenpolitische Situation Österreichs im Jahr 1925, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Nr. 23/2014, 213–236 (in Druck).

331 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: GSB Moskau Zl. 13788, 8.6.1925.

Geschehnisse in Österreich unterrichten lassen.³³² Nun forderte er, dass den in Wien akkreditierten ausländischen diplomatischen Vertretungen »von österreichischer Seite amtlich bekannt gegeben werde, dass der Minister in bezug auf die Verwendung des Sowjetapparates für kommunistische Propaganda nur von theoretischen Möglichkeiten gesprochen habe«.³³³ Tatsächlich wurde ein diesbezügliches Kommuniqué der österreichischen Regierung publiziert. Litvinov hatte schließlich sein Placet für ein von Pohl ausgearbeitetes Schreiben gegeben, in dem unter anderem erklärt wurde, dass Mataja nicht beabsichtigt hätte, die Tätigkeit der KI mit jener der offiziellen Regierungsstellen in Verbindung zu bringen. Die so bezeichnete »Liquidierung des österreichisch-russischen Zwischenfalls« war damit erfolgt.³³⁴

Pohl blieb auf seinem Posten, und auch Mataja, dessen Rücktritt die sozialdemokratische Opposition gefordert hatte, behielt sein Amt. Ramek hatte sich hinter ihn gestellt, obwohl er einräumen musste, dass die Wortwahl des Außenministers nicht gerade von großem Fingerspitzengefühl gezeugt hatte. Doch während Moskau besänftigt war, zeigten sich nun die Balkanstaaten, die Matajas Rede akklamiert hatten, enttäuscht über die österreichisch-sowjetische Aussöhnung.³³⁵ In Belgrad, Bukarest und Sofia war man ganz offensichtlich verstimmt. Von dort kamen weiterhin zahlreiche Hinweise auf die Tätigkeit kommunistischer Verschwörer in der österreichischen Hauptstadt. Das NKID hingegen vermittelte den Eindruck, dazu beitragen zu wollen, Österreich aus dem Schussfeld der internationalen Kritik zu holen. Die Abberufung Ioffes, dessen Ernennung zum Gesandten besonders viel Staub aufgewirbelt und Kritikern Argumente für ihre Verdächtigungen bezüglich einer angeblichen Wiener »Bolschewikenzentrale« geliefert hatte, sollte das sowjetische Entgegenkommen gegenüber der Alpenrepublik unter Beweis stellen. Vor diesem Hintergrund erklärte Čičerin dem Gesandten Otto Pohl: »Wie sehr die Sowjetregierung die schwierige Lage Österreichs berücksichtige und wie sehr sie bestrebt sei, sie den Verdächtigungen, als ob Wien ein revolutionäres sowjetisches Propagandazentrum sei, zu entziehen, habe sie durch die Ernennung Bersin's, der wohl ein intelligenter, aber durch seinen Gesundheitszustand fast jeder Aktivität beraubter Mann sei, geradezu demonstriert«.³³⁶

Es schien beinahe so, als wollte Moskau Wien zum »Krankenlager« gesundheitlich angeschlagener Sowjetdiplomaten machen, um auf diese Weise deren

332 Vgl. z. B. AVP RF 04/1/3/42/42: Litvinov an Kocjubinskij, 5.6.1925.

333 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: GSB Moskau Zl. 13788, 8.6.1925.

334 Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 161.

335 Ebd., 160 f.

336 VGA, Altes Parteiarchiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 4: Österreichische Vertretung in Moskau. Politischer Bericht v. 10. Juli 1925.

Harmlosigkeit zu unterstreichen. Unglücklicherweise galt aber Jan Antonovič Berzin, der an Tuberkulose litt, im Vergleich zu seinem Vorgänger als nicht minder gefährlicher Agitator. Zumindest entsprach dieser Eindruck der Beurteilung der internationalen Presse. Vor allem in der Schweiz erinnerte man sich noch gut an die Ende 1918 wegen »revolutionärer Propaganda« ausgewiesene Sowjetmission, die der nunmehrige Polpred Moskaus in Österreich angeführt hatte.³³⁷

Indessen gab auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ) den Genossen aus der Sowjetunion zu verstehen, dass sie etwaigen KI-Aktivitäten in Österreich ablehnend gegenüberstand. S. Vul'fson von der Torgpredstvo wurde hierauf Ende 1925 explizit von Karl Renner hingewiesen. Dieser ersuchte ihn schließlich darum, die Sowjetvertretung in Wien möge ihre Arbeit so gestalten, dass sie sich nicht negativ auf Österreich auswirke. Vul'fson gab sich verwundert und tat, was Diplomaten der UdSSR in diesem Fall immer taten: Er leugnete jegliche diesbezügliche Tätigkeit der Komintern und betonte, dass sich die Repräsentanten des Kremls auf rein diplomatische Aufgaben beschränkten.³³⁸

Eingeschränkter Handlungsspielraum

Als Jan Antonovič Berzin nach Wien kam, erhielt er im Wege der Korrespondenz mit dem stellvertretenden Außenkommissar – nicht viel anders als Adolf Ioffe – Direktiven bezüglich seines neuen Aufgabenbereichs. Freilich war der Ton, den der Zamnarkom (Stellvertretender Volkskommissar) anschlug, etwas freundlicher als gegenüber dem Trockij-Freund. Litvinovs Ausführungen verdeutlichten einmal mehr die sowjetische Österreichpolitik, die gewissermaßen von der »Nichtstaatlichkeit« des Landes ausging und realiter, so Litvinov, die maßgebenden Kräfte für das Schicksal des Landes außerhalb dessen verortete.³³⁹ Erneut übernahm Moskau die Selbsteinschätzung vieler Österreicher, die sich in völliger Abhängigkeit von Engländern und Franzosen wähnten und aus diesem Grund keine Basis für eine eigenständige Außenpolitik erblicken konnten. Nicht wenige verhielten sich überdies skeptisch gegenüber dem Völkerbund. Die Deutschnationalen etwa sahen darin lediglich eine »Vereinigung der Siegerstaaten zur dauernden Niederdrückung der besiegten Staaten.«³⁴⁰ Hierin

337 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: GSB Moskau Zl. 12234, 16.3.1925.

338 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 64.

339 AVP RF 66/10/107/3/20–21.

340 ADÖ, Bd. 3, 340f.

trafen sie sich mit der Beurteilung des Kremls, der für gewöhnlich vom »sogenannten Völkerbund« sprach und keinen Zweifel an seiner Ablehnung ließ.

Die Einschätzung, wonach Österreich lediglich eine von außen gesteuerte Außenpolitik betrieb, blieb prägend für Moskaus Position gegenüber der Alpenrepublik: Man unterhielt demnach diplomatische Beziehungen zu einem Staat, den man im eigentlichen Sinn nicht als souverän erachtete. Daran konnte auch das Ende der Völkerbundkontrolle im Sommer 1926, als Österreich für »saniert« erklärt wurde, nichts ändern.³⁴¹ Moskau vermochte in diesem Akt keine substanzielle Änderung für den Status des Landes zu erkennen.³⁴² Die Frage, inwieweit das Land zu einer »eigenständigen Existenz« fähig sei, wollten sowjetische Österreichexperten nicht beantworten.³⁴³

Im September 1925, als Litvinov an Berzin schrieb, war diese Wendung noch nicht absehbar. Der neue Polpred bekam daher den Auftrag, eventuell vorhandene Versuche Österreichs, sich der Kontrolle des Völkerbunds zu entziehen, zu unterstützen. Dasselbe galt für Signale in Richtung »Selbstemanzipation« und »nationaler Selbstbestimmung«. Gleichzeitig sollte dabei das Kunststück vollbracht werden, keine Beunruhigung der Tschechoslowakei herbeizuführen. Eine Einbindung Österreichs in »irgendeine politische Formation« wie beispielsweise die »Donauföderation«, in der das Land der Kleinen Entente oder einzelnen Staaten untergeordnet sei, widersprach laut Litvinov den sowjetischen Interessen. Die Frage des Anschlusses an Deutschland wurde nicht explizit aufgeworfen.³⁴⁴

Aus sowjetischer Sicht spielte sie zumindest 1926 in Österreich keine oder nur eine untergeordnete Rolle, ein Umstand, der nach Einschätzung Moskaus auch dafür sorgte, dass das kleine Land aus dem Fokus der internationalen Politik verschwand. Im NKID war man der Ansicht, dass lediglich sogenannte Anschluss-Diskussionen Österreich aus seiner Bedeutungslosigkeit herausholten.³⁴⁵ Außerdem erkannte man durchaus richtig, dass die jeweiligen Regierungen in Wien das Thema Anschluss gezielt benutzten, um Kreditforderungen an die Adresse des Völkerbunds entsprechendes Gewicht zu verleihen.³⁴⁶ Nach Ansicht Berzins war eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland für die UdSSR politisch und wirtschaftlich unerheblich. Sie würde keine Vorteile für die Sowjetunion mit sich

341 Berger: Kurze Geschichte Österreichs, 98. Skeptisch in Hinblick auf die Folgen des Endes der Kontrolle blieben freilich viele Beobachter der Entwicklungen. Vgl. z. B. NFP, 6.6.1926, 1 (»Das Ende der Kontrolle. Der Sieg des bürgerlichen Planes. Die großen Aufgaben der Zukunft.«).

342 AVP RF 066/10/107/3/20–21.

343 Vgl.: German, A.: Sanirovannaja Avstrija, in: Meždunarodnaja zizn', Nr. 4, 1927, 40–49.

344 AVP RF 4/1/3/42/47–59: Litvinov an Berzin, 25.9.1925.

345 AVP RF 066/10/107/3/14–15: Bericht über Österreich, 28.12.1926.

346 AVP RF 066/10/107/3/26–39: Bericht über Österreich, 11.4.1925.

bringen, müsse aber auch nicht gefürchtet werden. Er selbst habe sich immer dahingehend geäußert, dass die Angelegenheit von Moskau unter dem Gesichtspunkt des nationalen Selbstbestimmungsrechts gesehen würde. Dass der Kreml, so Berzins Meinung, sich in Bezug auf den Anschluss neutral verhalten solle, war ein Ratschlag, von dem angesichts des Locarno-Vertrags und Deutschlands nunmehriger »Westorientierung« nicht unbedingt anzunehmen ist, dass er akzeptiert wurde. Auch der noch im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossene Berliner Vertrag dürfte diesbezügliche Vorbehalte des Kremls nicht ganz ausgeräumt haben. Sicher, wie er sich in der Angelegenheit eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses zu verhalten habe, war sich der Polpred, der von seiner »persönlichen Meinung« sprach, in der Beurteilung der Anschluss-Problematik jedenfalls nicht. Er fragte daher Litvinov nach der diesbezüglichen Haltung des NKID und nach den Ansichten einer Instanz, die, »wenn möglich«, noch »mehr Autorität« besitze als das Narkomindel.³⁴⁷

Aus Erklärungen des Zamnarkoms gegenüber Berzin, die vor einem anderen Hintergrund abgegeben worden waren, ging hervor, dass sich die sowjetische Österreichpolitik nach den aktuellen Prioritäten der Außenpolitik im Allgemeinen richten würde und abhängig sei von Moskaus Verhältnis zu anderen Staaten beziehungsweise deren Absichten in Bezug auf die Alpenrepublik. Insofern gab es eine Österreichpolitik nur in Abstimmung mit Moskaus Kontakten zu weiteren, am Schicksal des Landes interessierten Gesprächspartnern. Eine aktive, tatsächlich gestaltende Politik konnte unter solchen Vorzeichen nur an äußerst schwachen diesbezüglichen Schritten seitens des Bevollmächtigten Vertreters gemessen werden. Mehr Engagement war offenbar gar nicht erwünscht und galt in Anbetracht des eingeschränkten Handlungsspielraums der österreichischen Regierung als überflüssig.

Interesse an einem Handelsvertrag bestand laut Litvinov keines. Zum einen sah offenbar das NKVT keine Notwendigkeit hierfür, weil die Geschäfte auch so zur Zufriedenheit liefen, und zum anderen ergab sich auch aufgrund der Stellung der Handelsvertretung in Wien kein Grund, in dieser Hinsicht Druck zu machen. Deren »Legalisierung« war erreicht.

Im Übrigen wurde Berzin in Anbetracht der »Schwäche der kommunistischen Bewegung« in Österreich und der dortigen Kräfteverhältnisse dazu angehalten, entsprechende Kontakte mit »bourgeois Sphären« und der Sozialdemokratie zu pflegen, ohne freilich die KPÖ vor den Kopf zu stoßen.³⁴⁸

Tatsächlich vermitteln die im Archiv des Außenministeriums in Moskau zugänglichen Dokumente den Eindruck, dass die Sowjetvertreter nur spora-

347 Vgl. AVP RF 04/1/4/60/26–34: Berzin an Litvinov, 15.4.1926.

348 AVP RF 04/1/3/42/47–59: Litvinov an Berzin, 25.9.1925.

disch Kontakt zu KPÖ-Funktionären hatten. Zumindest die Polpredy enthielten sich allzu häufiger Treffen mit den österreichischen Kommunisten. Deren Bedeutungslosigkeit wurde im Regelfall auch in der Korrespondenz mit dem NKID nicht schöngeredet. Man ersparte sich und den Adressaten der Berichte in Moskau allzu plumpe Phrasen über eine unter kommunistischem Banner anzustrebende Umwälzung in Österreich. Diese Aufgabe überließ man der sowjetischen Propaganda. Es nimmt daher nicht wunder, dass die Sowjetrepräsentanten die österreichischen Sozialdemokraten für gewöhnlich als die wichtigeren Gesprächspartner erachteten als die Genossen von der KP. SP-Kreise waren – zumindest in dieser Phase – in vielen Belangen nicht nur informierter, sondern aufgrund ihres Einflusses auch die nützlicheren Ansprechpersonen als die »Kollegen« von der KPÖ.

Die Kontakte zur SDAPÖ nützte Berzin in weiterer Folge nicht zuletzt hinsichtlich der drohenden Auslieferung des in Österreich festgenommenen »montenegrinischen Revolutionäres« Vukašin Marković an Jugoslawien. Die Causa schlug hohe Wellen und veranlasste Moskau, Wien geradezu reflexartig mit negativen Folgen für die bilateralen Handelsbeziehungen zu drohen, sollte dem Auslieferungsbegehren Belgrads stattgegeben werden. Dazu kam es nicht.³⁴⁹

Moskaus Zurückhaltung bezüglich eines zu schließenden Handelsvertrages mit Österreich hinderte Berzin nicht daran, die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen seitens des Gastlandes zu fordern. In einem Interview, das im November 1925 in der kommunistischen »Arbeitslosen-Zeitung« abgedruckt wurde, behauptete der Polpred, dass davon 45 000 Beschäftigungslose in der Alpenrepublik profitieren würden, indem sie wieder Arbeit bekämen.³⁵⁰ Berzins diesbezügliche Äußerungen standen wohl in Zusammenhang mit Diskussionen über die sowjetischen Zahlungsmodalitäten, die Geschäftsabschlüsse aus österreichischer Sicht zunehmend unattraktiv erscheinen ließen und den Kleinstaat aufgrund seines Entgegenkommens gegenüber den Handelspartnern in der UdSSR überdies in Konflikt mit Großbritannien zu bringen drohten.³⁵¹ Tatsächlich beeinflusste die in Hinblick auf den Export und Import in und aus der Sowjetunion vorgelegte Bilanz des Jahres 1926 den stetigen Aufwärtstrend in den – wenn auch insgesamt bescheiden dimensionierten – bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nur geringfügig.³⁵² Selbst 1929, als das Geschäft zwischen den beiden Ländern besonders gut lief, machte der Anteil der Sowjetunion am Außenhandel Österreichs nicht einmal drei Prozent aus.³⁵³

349 Dazu ausführlich McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 60.

350 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 263–265.

351 Ebd., 265.

352 Ebd., 268.

353 Ebd.

Insgesamt unbedeutend blieb in den 1920er Jahren auch die Zahl jener Österreicher, die in die UdSSR emigrierten, um der Arbeitslosigkeit in der Heimat zu entkommen. Nichtsdestoweniger erregte eine mehr als 200 Auswanderer umfassende Gruppe von Österreichern und Österreicherinnen, die in Kirgisien eine landwirtschaftliche Kommune aufbauen wollten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in der Alpenrepublik – umso mehr, als das Projekt scheiterte und der überwiegende Teil der Emigranten schon nach kurzer Zeit wieder nach Österreich zurückkehrte.³⁵⁴ Die Gründe für das frühzeitige Ende der Kommune im Frühjahr 1927 waren vielfältig und wurden sowohl von österreichischer als auch sowjetischer Seite ähnlich eingeschätzt – zumindest intern. Nach außen nützten antikommunistische Stimmen in Österreich das Scheitern der Kolonie, um die Ursachen hierfür vor allem bei den sowjetischen Stellen zu suchen. Doch lagen die Dinge nicht ganz so einfach. So ermangelte es den meisten der Kolonisten an Erfahrungen im landwirtschaftlichen Bereich, und sie hatten wohl unterschätzt, was es bedeutete, gleichsam aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Noch dazu erwiesen sich die klimatischen Bedingungen sowie die Beschaffenheit der Böden als schwieriger beziehungsweise schlechter als erwartet.³⁵⁵ Während das Wanderungsamt in Wien Russland »als das beste Einwanderungsland für Österreicher« bezeichnet hatte und per Ministerratsbeschluss die Auswanderer finanziell unterstützt worden waren³⁵⁶, gehörte Maksim Litvinov zu jenen, die solchen Unternehmungen von Beginn an skeptisch gegenüberstanden. Noch bevor die nach ihrem Gründer Karl Uhl benannte »Imkommune Uhlfeld«³⁵⁷ ins Leben gerufen wurde, sprach

354 Über die Kommune siehe McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 49–70. Substantielles außerdem bei: Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 294–307. Im AVP RF liegt eine Vielzahl von Dokumenten über die Kommune. In Planung ist ein größerer Text zu diesem Thema.

355 Dazu AVP RF 066/6/106/5/104. Siehe außerdem AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPD: (Karton 284) Presseberichterstattung zur »Kolonie Uhlfeld«. Keine Hinweise in den russischen Archiven sowie in den Dokumenten des OeStA konnten in Zusammenhang mit der Kolonie »Heimat« gefunden werden. Diese befand sich nach einer Mitteilung des Präsidiums der oberösterreichischen Landesregierung vom November 1921 »bei Kimiltey im Irkutsker Gouvernement« und setzte sich aus »Deutschen und (Deutsch-)Österreichern« zusammen. – Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Akten der BH Ried, Schachtel 139/1921, Präs. der oö. Landesregierung an die Bezirkshauptmannschaften und die Magistrate in Linz und Steyr, 10.11.1921.

356 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung IV. 20. November 1924 bis 20. Oktober 1926, Bd. 3: Kabinett Dr. Rudolf Ramek 2. November 1925 bis 7. Mai 1926. Wien 2002, 168f. Die Sowjetunion präsentierte sich für viele Arbeitslose als »Ort der Hoffnung«. Kommunistisch orientierte Arbeitslose wandten sich etwa im September 1925 in einem Schreiben an die Polpredstvo in Wien, wo dem Wunsch nach Entsendung einer Delegation Ausdruck verliehen wurde, die Informationen über die »Versuche der Sozialisierung der Betriebe« in der UdSSR sammeln sollte. Weiters wurde auch die in Anbetracht der tristen Wirtschaftslage hohe Selbstmordrate in Österreich angesprochen. Vgl.: AT-OeStA/AdR BKA Allgemein: (Karton 4863) Berichte aus dem Jahr 1925, BKA Zl. 127731.

357 Siehe außerdem die Russland-Akten des Wanderungsamtes in: AT-OeStA/AdR BKA Wanderungsamt.

er gegenüber Berzin von übertriebenen Hoffnungen und vorhersehbaren Enttäuschungen seitens der Auswanderungswilligen.³⁵⁸

Das Attentat

Aufsehen rief indessen ein »Attentat« auf den sowjetischen Botschafter hervor, das zwar nicht zur Ausführung kam, aber dennoch stets als solches bezeichnet wurde. Ans Tageslicht kamen die Pläne zur Ermordung des Gesandten durch einen der Beteiligten selbst. Dieser, mit Namen Evdokim Ševščenko, klopfte eines schönen Septembertages des Jahres 1925 an die Tür der Sowjetbotschaft in der Reiserstraße und eröffnete den dortigen Mitarbeitern, dass er einer Gruppe angehöre, die es sich zum Ziel gesetzt habe, Jan Antonovič Berzin zu beseitigen. Da er aber von Gewissensbissen geplagt sei und nichts mehr mit dem Anschlag zu tun haben wolle, habe er sich nun direkt an die Gesandtschaft gewandt, um den Polpred zu warnen. Ševščenko wurde daraufhin den österreichischen Behörden übergeben.³⁵⁹

Nach der polizeilichen Einvernahme des reuigen »Attentäters« wurden auch seine Komplizen verhaftet. Ševščenko, ein gewisser Bulagin-Vichnov und ein in Wien lebender Oberst Borodin wurden als »russische Weißgardisten« identifiziert. Bei dem vierten »Verschwörer« handelte es sich um einen bulgarischen Staatsbürger. Die Auftraggeber des Anschlages saßen, Presseberichten zufolge, in Sofia. Es war die Rede von Spuren, die angeblich direkt zum Chef der bulgarischen Geheimpolizei führten. Ševščenko erwies sich jedenfalls als durchaus mitteilbar. Es stellte sich heraus, dass Verbindungen zum Verantwortlichen des Mordanschlages auf den Sowjetrepräsentanten Vaclav Vorovskij 1923 in Lausanne bestanden hatten. Zu den Drahtziehern des Berzin-Attentates gehörten angeblich auch Vertreter der bulgarischen Filiale einer länderübergreifenden »Entente zur Bekämpfung die III. Internationale«, nach ihrem Leiter auch kurz »Liga Aubert« genannt.³⁶⁰

Die *Izvestija* zeigte sich nicht überrascht angesichts der »Zusammenarbeit der offiziellen Vertreter des Henkers Zankov« – damit war der damalige bulgarische Regierungschef gemeint – »mit dem Auswurfe der russischen Emigration«.³⁶¹ Die *Rote Fahne* wollte in Erfahrung gebracht haben, dass der

358 AVP RF 04/1/3/42/59: Litvinov an Berzin, 25.9.1925.

359 AVP RF 066/8/104/7/7.

360 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 169; DRF, Nr. 22, 19.9.1925, 1; Internationale Presse-Korrespondenz, Nr. 136, 5. Jg., 1925, 1993; AVP RF 066/8/104/7/7.

361 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: GSB Moskau, Zl. 15494, 25.9.1925.

bulgarische Gesandte in Wien in auffälliger Weise alles daran setzte, eine weitere Untersuchung des Falles zu unterbinden. Jedenfalls zeichnete sich ab, dass die vier »Attentäter« lediglich aufgrund der bei ihnen vorgefundenen falschen Ausweispapiere angeklagt würden.³⁶² Der Umstand, dass sie im Jänner 1926 schließlich zu einer Woche Arrest und anschließender Ausweisung aus Österreich verurteilt wurden, kam einem Freispruch gleich. Nicht nur *Die Rote Fahne* (DRF) stellte daher die Frage »Sind Sowjetgesandte vogelfrei?«.³⁶³

Auch in Moskau befürchtete man vor dem Hintergrund häufiger werdender Attentate auf sowjetische Funktionäre eine fatale Signalwirkung und spielte die sogenannte »Berzin-Affäre« gegenüber der österreichischen Regierung einigermmaßen hoch. Otto Pohl wurde zu Maksim Litvinov zitiert und traf diesen »in ziemlicher Erregung« an. Der stellvertretende Außenkommissar bezeichnete die durch den faktischen Freispruch hervorgerufene Lage als »unerträglich« und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Parallele, die dieser zum Freispruch des Vorovskij-Mörders in der Schweiz zog, wollte Pohl nicht gelten lassen. Er versuchte zu kalmieren.³⁶⁴ Leicht machte es ihm der empörte Litvinov allerdings keineswegs, wemgleich das NKID intern kaum einen Grund sah, die Beziehungen zu Österreich nicht als »normal« zu bezeichnen.³⁶⁵

Am Ende einigten sich Pohl und Čičerins Stellvertreter auf ein Kommu-
niqué der Regierung in Wien, um den Konflikt beizulegen. Darin wurde die Entrüstung über den Missbrauch des Asylrechtes durch Ševščenko und seine Komplizen betont und eine schärfere Kontrolle der in Österreich lebenden Exilanten angekündigt.³⁶⁶ Der Fall war somit erledigt. Bis zum Juli 1926, als Bundeskanzler Rudolf Ramek in einem Gespräch mit Berzin ein überaus peinliches Versäumnis eingestehen musste. Der »Attentäter« Borodin weilte nämlich immer noch, ein halbes Jahr nach seiner angeblichen »Abschaffung«, in Österreich. Ramek gab sich bestürzt und stellte entsprechende Schritte zur endgültigen Ausweisung des Betreffenden in Aussicht.³⁶⁷

Abgesehen vom »Fall Marković« und der gerichtlichen Verfolgung der vier »Attentäter« hatte Berzin aus dem »kleinen, ruhigen Land«³⁶⁸, wie er es bezeichnete, nicht sehr viel nach Moskau zu berichten. Eine Rüge Litvinovs blieb

362 DRF, 19.9.1925, 1. Siehe auch: AZ, 18.8.1925, 5.

363 DRF, 24.1.1926, 1.

364 VGA, Altes Parteiarhiv, V. Militärverband der Republik Österreich, 1. Mil.verband der Rep. Österreich, Karton 1, Mappe 6: Österreichische Vertretung in Moskau. Politischer Bericht v. 18.2.1926.

365 Vgl.: AVP RF 066/10/107/3/21-21: Bericht über Österreich, 9.7.1926.

366 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 171.

367 AVP RF 066/9/106/2/8.

368 AVP RF 066/9/106/2/1.

nicht aus. »Ich muss konstatieren«, schrieb er dem Gesandten in Wien, »dass das NKID weniger über die Tätigkeit der Wiener Vertretung informiert ist als über die Arbeit irgendeiner anderen.«³⁶⁹ Litvinov beließ es nicht bei seiner Schelte. Im Politbüro beantragte er die Besetzung des Wiener Postens mit einem aktiveren Polpred.³⁷⁰ Doch es dauerte noch ein paar Monate, bis es dazu kam.

Das, was der angeblich passive Berzin bis dahin dem Narkomindel aus Österreich zu melden hatte, war alles andere als erfreulich. Die dortigen Behörden verdächtigten nämlich im Frühjahr 1927 den Journalisten Ludwig Fuchs sowie seine Frau Rosa, die als Sekretärin im Bundeskanzleramt tätig war, Spionage für die Sowjetunion zu betreiben. Die Frau gab nach ihrer Festnahme schließlich zu, vertrauliche Materialien an ihren Mann weitergegeben zu haben. Und dieser verkehrte verdächtig oft mit Bediensteten der Gesandtschaft in der Reinerstraße.³⁷¹ Eine Abkühlung der Beziehungen zu Österreich schien unausweichlich. Noch dazu gab es zu dieser Zeit auch in anderen Ländern »sensationelle Enthüllungen über sowjetische Spionageoperationen«.³⁷² Besonders intensiv fiel die Zeitungsberichterstattung in der sogenannten Arcos-Affäre aus, welche das Verhältnis zwischen London und Moskau schwer belastete und schließlich zum Abbruch der Beziehungen führte. Auslöser der Affäre war eine im Mai 1927 durchgeführte Polizeirazzia in der »All Russian Cooperative Society« (Arcos)³⁷³ und in der sowjetischen Handelsvertretung gewesen, wo man Unterlagen betreffend Spionagetätigkeit sowie andere »Umtriebe« seitens in Großbritannien anwesender »Moskauer Emissäre« vermutet hatte. Nach Einschätzung des Kremls ließ sich die erklärte Frontstellung der Briten gegenüber der Sowjetmacht, welche nicht zuletzt der Verhinderung einer wirtschaftlichen Konsolidierung der UdSSR dienen sollte, als »forcierte Kriegsvorbereitung« deuten. Zumindest Maksim Litvinov interpretierte die Londoner Politik in diese Richtung und leitete damit gewissermaßen jene Phase einer sowjetischen »Kriegspsychose« ein, die nunmehr Stalins Politik nach innen und außen prägte.³⁷⁴

Auf die Arbeit der sowjetischen Auslandsdienste hatte die Arcos-Affäre keine geringen Auswirkungen. Sowohl die Botschaften als auch die Handels-

369 AVP RF 066/9/106/2/4.

370 RGASPI 17/166/624: Antrag vom 17.3.1927.

371 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 177.

372 Andrew, Christopher/Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, München 2002, 57.

373 Über die Arcos siehe Heubaum, Regine: Das Volkskommissariat für Außenhandel und seine Nachfolgeorganisationen 1920–1930. Der Außenhandel als zentrale Frage der sowjetischen Wirtschaftspolitik, Diss. Berlin 2001, 48.

374 Vgl. Geyer: Osteuropa-Handbuch, 210f.

agenturen sollten nun gänzlich von geheimdienstlichen beziehungsweise propagandistischen und KI-Aktivitäten frei gehalten werden.³⁷⁵ Per Politbürobeschluss wurden sämtliche sowjetische Vertretungen im Ausland, von den Gesandtschaften bis zu den Handelsvertretungen und von der Komintern bis zu den Auslandsgeheimdiensten angehalten, brisantes Material soweit als möglich zu »vernichten«.³⁷⁶ Hatte das Narkomindel bis vor kurzem noch darauf hingearbeitet, die Torgpredstva als »Auslagerungsstätten« solcher Aktivitäten zu etablieren, mussten nun neue Wege gefunden werden, um konspirative Tätigkeiten auszuüben. Neues ergab sich auch in Hinblick auf die Informationsbeschaffung ganz allgemein. Eingestellt wurde beispielsweise die »Abteilung für diplomatische Information des NKID«, die im Übrigen unter der Leitung von Pavel Ljudvigovič Lapinskij, eines Freundes von Otto Bauer, gestanden war.³⁷⁷

Wirtschaftsfragen

Während sich in Anbetracht des Konflikts mit Großbritannien und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, des Misserfolgs der Moskauer Chinapolitik, der enttäuschend verlaufenden Annäherungsversuche gegenüber Frankreich sowie weiterer diplomatischer Zuspitzungen das Jahr 1927 am Ende als »Annus horribilis« der sowjetischen Außenpolitik darstellte, begannen sich gerade die österreichisch-sowjetischen Beziehungen gegen Ende der ersten Dekade nach der Oktoberrevolution scheinbar vielversprechend zu entwickeln.

Bereits ab dem Frühjahr 1926 förderte Deutschland, das allerdings seit dem Locarno-Vertrag im Herbst 1925 entgegen Moskaus Wünschen seine Bereitschaft zur Anerkennung des »Versailler Systems« demonstriert und dem Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn entsprochen hatte, den Warenexport in die UdSSR durch ein entsprechendes Kreditfinanzierungs- und Ausfallhaftungsgesetz. Auch in Österreich regten sich nun Stimmen, die zu einer ähnlichen Vorgangsweise rieten. In Anbetracht des Drucks seitens Wirtschaftstreibender sowie der Arbeiterkammer rang sich die österreichi-

375 Vgl. McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 377.

376 RGASPI 17/162/5/7, Protokoll Nr. 102 der geschlossenen Sitzung des Politbüro des ZK VKPP(b) vom 13.5. 1927 (Sondernr. 80).

377 Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 80f. und vgl. Moritz, Verena / Leidinger, Hannes: Otto Bauer 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie, in: Wiener Geschichtsblätter, Heft 1, 54. Jg., 1998, 380–389.

sche Regierung nach längeren Beratungen im März 1927 zu einem Gesetz zur »Förderung der österreichischen Ausfuhr« in die UdSSR durch.³⁷⁸ Freilich inkludierte diese Bestimmung anders als in Deutschland keine Ausfallhaftung, sondern lediglich das Zugeständnis zur Gewährung von »verbilligten, langfristigen Krediten an den österreichischen Lieferanten«.³⁷⁹ In die Verantwortung genommen wurden dabei auch die Länder, die ein Viertel der jeweiligen Rechnungssumme übernehmen sollten, während der Bund eine Finanzierung in der Höhe von 35 Prozent versprach. Überprüft werden sollten diesbezügliche Anträge österreichischer Unternehmen von einer zu bildenden »Russlandkommission«, welcher Vertreter verschiedener Ministerien, der Länder sowie der Arbeiter- und Handelskammer angehörten. »Der Gesamtwert der Lieferungen, für die Darlehenszusagen gewährt werden« konnten, wurde »mit in Summe 100 Millionen Schilling begrenzt«.³⁸⁰ Die Beteiligung der Länder an dem betreffenden Gesetz erfolgte nicht oder nur zögerlich.³⁸¹ Davon abgesehen war aufgrund der halbherzigen finanziellen Unterstützung, die sich aus dem Bundesgesetz ableiten ließ, zu befürchten, dass die Impulse zu einer Exportförderung gering bleiben würden. Schon aus diesem Grund hielt sich die Begeisterung auf sowjetischer Seite in Grenzen. NKID-intern war hinsichtlich des österreichischen Bundesgesetzes von einer »bürokratischen Totgeburt« die Rede, die sich die »Seipel-Regierung« lediglich ausgedacht habe, um im Vorfeld der Wahlen nicht als Verhinderer wirtschaftlicher Prosperität dazustehen.³⁸²

Eigene Wege ging indes das »Rote Wien«. Dort kam im Oktober 1927 ein »Gemeindegesezt über die Lieferungen der Wiener Industrie nach Russland« zustande, die auf eine »echte Ausfallhaftung« für den Export in die Sowjetunion« hinauslief.³⁸³ Mit dieser Causa befasst war ab dem Juni 1927 sogar das Politbüro in Moskau, das sich positiv zu den Vorschlägen der Wiener Sozialdemokraten äußerte.³⁸⁴ Die SDAP stellte das Gesetz als »Großtat« kommunaler Politik und mutige Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Die Realität sah anders aus. Auch die Initiative der Wiener Sozialdemokraten

378 Vgl. die in diesem Zusammenhang gesammelten Daten zur russischen Wirtschaft in: AT-OeStA/AdR Handel und Verkehr BM für Handel und Verkehr: (Karton 323) Zl. 69548/1927.

379 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 321.

380 Ebd., 322.

381 Ebd., 324f.

382 AVP RF 066/10/107/3/6–8: Rundschau: Österreich, 1.12.1927.

383 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 326. Dazu auch die Berichterstattung in der Izvestija vom 13.10.1927. Siehe dazu auch WStLA, Gemeinderat: Stenographische Protokolle über Sitzungen des Gemeinderates vom 21.10., 12.12.1927. Die Wortmeldungen verweisen unter anderem auf die kritische Haltung der Opposition zum »Russlandgeschäft« und darauf, dass die sozialdemokratischen Hoffnungen bezüglich einer Belebung des Exportes zum Teil als überzogen angesehen wurden.

384 RGASPI 17/162/5/55–59 Protokoll Nr. 114 der Sitzung des Politbüros vom 30.6.1927 (Sondernr. 92).

konnte das »Russlandgeschäft« nicht attraktiver machen.³⁸⁵ Bedeutungslos blieb des Weiteren eine in den Februar 1933 datierende Änderung des Bundesgesetzes vom März 1927, welche die Risiken des Handels mit der UdSSR weiter reduzierte.³⁸⁶

Die Botschaftsgebäude

Nicht nur hinsichtlich der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gab es Probleme. Noch immer war die im Übereinkommen vom 18. Juli 1923 geregelte Frage der beiderseitigen Botschaftsgebäude nicht endgültig gelöst worden.³⁸⁷

Nach wie vor standen Schadenersatzansprüche bezüglich des Inventars der ehemaligen k.u.k. Botschaft im früheren Petersburg im Raum, wobei es nicht zuletzt die Ansprüche ungarischer Diplomaten im Dienste des früheren Habsburgerreiches zu berücksichtigen galt. Außerdem war 1923 die russische Botschaftskirche in Wien nicht an die Sowjetrepräsentanten abgetreten worden. 1926 kamen die diesbezüglichen Gespräche zwischen den beiden Staaten wieder in Schwung, wobei vor allem Otto Pohl eine wichtige Rolle zukam. Immerhin lag es nicht zuletzt an ihm, zu entscheiden, wie Österreich mit den sowjetischen Angeboten hinsichtlich der in Aussicht genommenen neuen Räumlichkeiten für die Gesandtschaft der Alpenrepublik in der UdSSR umgehen sollte. Als mehr oder weniger gleichwertiges Äquivalent für das Palais in St. Petersburg, das seit 1924 Leningrad hieß, offerierte das NKID ein repräsentatives Gebäude im »Mertvyj pereulok«, Ecke »Starokonjušennyj pereulok«. Das Haus, das der österreichische Gesandte als »parvenuemäßig« bezeichnete, lag im Zentrum der Stadt, musste laut Pohl aber dringend saniert werden. Außerdem empfahl er gewisse Adaptionen, die mit entsprechenden Umbauten verbunden waren. Das Narkomindel stellte es den Österreichern frei, stattdessen die viel weitläufigeren Räumlichkeiten in der »Sadovaja Kudrinskaja ulica« zur »dauernden Nutzung« in Anspruch zu nehmen. Dort, unweit des Zoologischen Gartens, hatte Otto Pohl bereits 1920 Quartier genommen, als er als Leiter der Kriegsgefangenenmission aus Wien angereist war. Der aus zwei Gebäuden bestehende Komplex in der »Sadovaja Kudrinskaja« dürfte bereits

385 Vgl. Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 327–332. Über die Gründe der Zurückhaltung in Sachen Russlandgeschäft seitens österreichischer Unternehmen siehe insbesondere ebd., 332.

386 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 336.

387 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 861) Zl. 3483/21, Österreichisch-ungarisches Botschaftsgebäude in Petersburg 1921.

1918 dem Generalkonsul Pottre als Unterkunft gedient haben und beherbergte 1927 auch die Vertretung der Rus(s)avstorg in Moskau. Darüber hinaus wohnte der Russland-Korrespondent der *Neuen Freien Presse*, Nikolaus Basseches, in der »Sadovaja«. Diese Untermieter zeigten sich wenig erfreut über den drohenden Umzug der Gesandtschaft. Otto Pohl wiederum gab sich bezüglich der Entscheidung pro oder contra das Palais im »Mertvyj pereulok« schwankend. Gegen den Holzbau in der »Sadovaja« sprachen die hohen Instandhaltungs- und Heizkosten, die größere Distanz zum Kreml und die Nachteile der Nähe zum Zoologischen Garten, die im Sommer »unangenehme Düfte« mit sich brachte und obendrein Ratten als Mitbewohner einlud. Positiv zu vermerken war zweifelsohne, dass diese Unterbringung mehr Platz bot als das Palais im Zentrum. Angedacht wurde obendrein ein kompletter Neubau. Die Idee wurde aber angesichts der erwartbaren hohen Kosten in Wien schnell wieder ad acta gelegt.³⁸⁸

Am Ende fiel die Entscheidung zu Gunsten des Gebäudes im »Mertvyj pereulok«, wo auch heute noch die österreichische diplomatische Vertretung untergebracht ist.³⁸⁹ Im Juni 1927 wurde Otto Pohl laut Ministerratsbeschluss autorisiert, ein entsprechendes Abkommen mit der Sowjetregierung zu schließen.³⁹⁰ Am 16. Juli 1927 war es soweit: Während sich Wien im Aufruhr befand³⁹¹, unterzeichnete Pohl den betreffenden Vertrag.³⁹²

Der Juli 1927 und die diplomatische Krise zwischen Wien und Moskau

Obwohl sich die Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR bis Mitte 1927 alles in allem recht gut entwickelten, nahm der stellvertretende Volks-

388 Ausführlich zu dieser Thematik siehe nahezu das gesamte Material in: AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 861).

389 Heute Ecke Prečistenskij / Starokonjušennyj pereulok.

390 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 14: (Karton 861) Zl. 3483/21, Österreichisch-ungarisches Botschaftsgebäude in Petersburg Zl. 128117, 14, 3. 6.1927.

391 Zum Juli 1927 siehe Maderthaler, Wolfgang/Musner, Lutz: Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900, Frankfurt am Main / New York 1999 und Leidinger / Moritz: Die Republik Österreich, 26–37.

392 Dazu auch Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 180–185. Russischen Archivdokumenten zufolge kam es allerdings bereits am 14. Mai zur Unterzeichnung eines diesbezüglichen Vertrags. Hierbei handelte es sich womöglich um einen Vorvertrag. AVP RF 066/10/107/4/1: Kurz-Journal der wichtigsten Ereignisse in der Arbeit des NKID, 16.5.1927. Vgl. auch Markert, Werner / Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Verträge und Abkommen. Verzeichnis der Verträge und Nachweise 1917–1962, Graz / Köln 1967 (= Osteuropa-Handbuch), 72.

kommissar für auswärtige Angelegenheiten in einem Gespräch mit Otto Pohl Anfang Juli dieses Jahres eine Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses vorweg. Da Litvinov in der österreichischen Außenpolitik für gewöhnlich »Londons lenkende Hand« sah, vermutete er nun, da das sowjetisch-britische Verhältnis an einem Tiefpunkt angelangt war, entsprechende Auswirkungen auf die österreichische Sowjetunionpolitik. Der österreichische Gesandte beschwichtigte.³⁹³

Doch schienen die Entwicklungen der kommenden Wochen Litvinov Recht zu geben. So wurden vor dem Hintergrund der blutigen Zusammenstöße des Juli 1927, im Zuge dessen der Justizpalast in Flammen aufging, zwei Kommunisten von der Polizei »angehalten«. Es handelte sich dabei um Julius Lengyel und Alexander Rapaport von der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, die sich aufgrund von Gesprächen mit der Gemeinde Wien über Maßnahmen zur Intensivierung der bilateralen Handelsbeziehungen in der österreichischen Hauptstadt aufhielten und nun als »kommunistische Agitatoren« verdächtigt wurden. Öl ins Feuer goss am 26. Juli dann der deutschnationale Vizekanzler Karl Hartleb, der im Rückblick auf die Ereignisse vor den Abgeordneten im Parlament die Gefahr, die von ausländischen Kommunisten ausgegangen sei, bekräftigte. In diesem Zusammenhang erwähnte er einen im Zuge der Unruhen getöteten »jugoslawischen Kommunisten« namens Rudolf Ingus, der nach Angaben des Vizekanzlers eine Zeitlang Mitarbeiter der sowjetrussischen Handelsvertretung in Wien gewesen war. Verhaftet worden war außerdem »der preußische Landtagsabgeordnete und Geschäftsführer der kommunistischen Partei Deutschlands« Wilhelm Pieck, der verdächtigt wurde, »in Durchsetzung der von der Dritten Internationale erteilten Weisungen in Wien neuerliche Unruhen zu organisieren«. Und obwohl man Lengyel und Rapaport bereits nach kurzer Zeit wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen hatte, bestand laut Hartleb durchaus der Verdacht, »dass auch die Anwesenheit dieser Kommunisten [...] nur den Zweck der Vorbereitung neuer bolschewistischer ›Aktionen‹ gehabt hat«. ³⁹⁴ Ein scharfer Protest auf Hartlebs Ausführungen aus Moskau konnte nicht ausbleiben. Gegen die »Anhaltung« von Lengyel und Rapaport hatte die Sowjetgesandtschaft in Wien freilich bereits am 18. Juli Einspruch erhoben.³⁹⁵

Indessen schlugen sowjetische Zeitungen und insbesondere die Komintern in Reaktion auf die Ereignisse in Wien einigermaßen radikale Töne an. Hier

393 Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 191.

394 Stenographische Protokolle, 7. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, III. G. P., 26. Juli 1927, 168 und 172.

395 AVP RF 066/10/107/4/3–4: Kurz-Journal, Juli–Dezember 1927.

war unter anderem vom anzustrebenden Sturz der österreichischen Regierung die Rede, und es wurden Losungen ausgegeben, die zu einer Nachahmung des »russischen Beispiels« aufriefen. Außerdem war vom Arbeiteraufstand gegen die »faschistische Reaktion« die Rede.³⁹⁶ Dass den Sozialdemokraten »feiges Intrigantentum« unterstellt wurde, auf Grund dessen der Aufruhr gescheitert war, tröstete die Bundesregierung offenbar nicht.³⁹⁷ Am 19. Juli legte Emil Junkar vom österreichischen Außenamt Protest beim Sowjetgesandten Berzin wegen der über die TASS veröffentlichten Aufrufe der Komintern zu einer »österreichischen Revolution« ein.³⁹⁸ Außerdem gab man sich verwundert, dass ausgerechnet Julius Lengyel, der aufgrund »kommunistischer Umtriebe« bereits 1921 rechtskräftig aus Wien »abgeschafft« worden war, zu offiziellen Verhandlungen in die österreichische Hauptstadt geschickt wurde.³⁹⁹ Ungeachtet dessen hatte es entgegen anfänglicher Vermutungen seitens konservativer österreichischer Kreise keineswegs einen »kommunistischen Masterplan made in Moscow« gegeben, der Auslöser der Unruhen gewesen wäre. Diese ereigneten sich vielmehr völlig spontan. Auch die SDAP hatte nicht damit gerechnet, dass die Proteste gegen das Urteil im »Schattendorfer Prozess« derartige Ausmaße annehmen würden. Dennoch implizierten die Exzesse nach Beurteilung der Regierung sowie der Exekutive eine gezielte Einflussnahme von außen. Dass Moskau seine Finger im Spiel gehabt hatte, galt keineswegs als abwegig.⁴⁰⁰ Nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland wurden diesbezüglich Vermutungen angestellt. Britische Blätter schrieben in Zusammenhang mit den Wiener Ereignissen von einem »Komplotz der Komintern«.⁴⁰¹ Beweise hierfür suchte die Exekutive bei den sowjetischen Handelsgesellschaften. So führte die Wiener Polizei Hausdurchsuchungen in den Büros der RATAO und der Rus(s)avstorg durch.⁴⁰² Es lag nahe, in dieser Vorgehensweise eine Parallele zum »Arcos Raid« in London zu sehen. Folgerichtig schlug auch die *Izvestija* in diese Kerbe und vermerkte den »Verlust jedweder politischer Perspektive einiger staatlicher Führer« in der Alpenrepublik. Der bei solchen Anlässen geradezu gebetsmühlenartig vorgebrachte Hinweis auf eine mögliche Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehun-

396 Vgl. Pravda, 17.7.1927.

397 Vgl. Pravda, 19.7.1927; Komsomol'skaja Pravda, 19.7.1927.

398 AVP RF 066/10/107/4/3–4, Kurz-Journal, Juli–Dezember 1927.

399 AVP RF 4/1/5/71/17–20: Verbalnote des österreichischen Außenministeriums, 1.8.1927.

400 Vgl. dazu etwa den Artikel »Zwischen Bolschewismus und Fascismus. Die Pressestimmen über die Möglichkeiten einer Intervention« in: NFP, 20.7.1927, 1.

401 Vgl.: Watlin, Alexander: Ein unbegriffenes Signal: Die Wiener Ereignisse vom 5. Juli 1927 in der Bewertung der Komintern, in: Watlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien, Mainz 1993, 135–160.

402 Franz Weinreb von der RATAO berichtet in seinen Aufzeichnungen von der Verhaftung der bei der RATAO bediensteten Telefonistin. Vanry: Der Zaungast, 177.

gen für den Fall, dass das offizielle Österreich sich nicht für seine Vorgehensweise entschuldigen würde, durfte nicht fehlen.⁴⁰³

Otto Pohls Versuche, die Regierung in Wien von der Harmlosigkeit der sowjetischen Verbalattacken zu überzeugen, misslangen. Noch am 23. Juli 1927 charakterisierte er die Reaktion in Moskau auf die Juliereignisse als mehr oder weniger unbeholfen und phrasenhaft. Aufrufe zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Österreich seien in Kenntnis der tatsächlichen innenpolitischen Verfasstheit des Landes und seiner Positionierung innerhalb des europäischen Mächtekonzernts völlig bedeutungslos. Einer feinen Ironie zugängliche Kreise in der Sowjetunion interpretierten laut Pohl die Losung von einer Arbeiter- und Bauernregierung in der Alpenrepublik als faktische »Befürwortung einer Koalitionsregierung«, also eines Zusammengehens von Christlichsozialen und Sozialdemokraten.

Wie absurd die sowjetischen Meinungen zu den Vorgängen in Österreich zum Teil waren, bewies nach Ansicht des Gesandten auch der Umstand, dass einige Kominternkreise abenteuerlichen Verschwörungstheorien nachgingen. Diesen zufolge war »die Wiener Demonstration [...], wenn auch nicht geradezu organisiert, so doch von englischen Provokatoren ausgenützt worden, um Oesterreich die Aufrechterhaltung der Neutralität unmöglich zu machen und durch das Schreckgespenst einer bolschewikischen Arbeiterdiktatur in Mitteleuropa die englische Politik eines antisowjetischen Blocks zu fördern.«⁴⁰⁴

Während sich Otto Pohl zum Urlaub in Wien aufhielt, fiel es dem Geschäftsträger Karl Hudeczek zu, den österreichisch-sowjetischen Konflikt, der als Konsequenz der Juliereignisse entstanden war, in Moskau beizulegen. In der Zwischenzeit hatten sich der Stellvertreter des Polpred in Wien, Venjamin Jakovenko-Chodkevič, und Emil Junkar vom österreichischen Außenministerium einigermmaßen erregte Wortwechsel geliefert. Dabei war es nicht zuletzt um die via TASS veröffentlichten Aufrufe der KI gegangen. Der in die Defensive gedrängte Sowjetvertreter ging nun so weit, nicht nur jegliche Beziehungen zwischen NKID und Komintern, sondern auch zwischen dem Volkskommissariat und der TASS in Abrede zu stellen.⁴⁰⁵ Am Ende der leidigen Auseinandersetzung trug Karl Hudeczek am 23. August im NKID in Moskau eine Erklärung der österreichischen Regierung vor, welche Hartlebs Ausführungen entsprechend entschärfte. Eine diesbezügliche Veröffentlichung in österreichischen und sowjetischen Zeitungen sollte nachfolgen.⁴⁰⁶

403 Zit. nach Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 192.

404 AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 1) GSB Moskau Zl. 629/8 P., 23.7.1927.

405 AVP RF 04/1/5//71/2–10: Gesprächsnotiz Jakovenko-Chodkevič mit E. Junkar, 19.7.1927 und 27.7.1927.

406 AVP RF 066/10/107/2/3–4: Kurz-Journal, Juli–Dezember 1927.

Doch die Abkühlung der Beziehungen war evident. In einer Phase, in der das Narkomindel angesichts der allgemeinen Verschlechterung der sowjetischen Position im internationalen Kontext besonders sensibel auf Zwischentöne achtete, verhielt sich Österreich zwar nach außen hin korrekt, aber doch sehr distanziert. Dieser Eindruck wurde durch eine von Ignaz Seipel im Herbst 1927 in München gehaltene Rede bestätigt, in der er einige Seitenhiebe gegen die Bolschewiki anbrachte. Dennoch waren sowjetische Beobachter der Ansicht, dass Österreich ungeachtet des antisowjetischen Kurses Großbritanniens nicht auf eine Verschlechterung der Beziehungen mit der UdSSR zusteuern wollte.⁴⁰⁷

Analysen und Neubesetzungen

Otto Pohl hatte bereits Mitte Juni, bevor die Juliereignisse mit ihren Folgen für die österreichisch-sowjetischen Beziehungen die Zwischenbilanz von Moskaus Außenpolitik für das Jahr 1927 noch schlechter aussehen ließen, eine Analyse der aktuellen Lage in der UdSSR vorgelegt. Dabei widmete er sich vor allem den Auswirkungen der außenpolitischen Misserfolge auf die inneren Verhältnisse sowie den Folgen einer gestiegenen »Kriegshysterie«, welche Anlass gab, einmal mehr nach »Verrätern« in den eigenen Reihen zu suchen. Seinen Bericht stellte Pohl unter das Motto »Terror und Gegenterror«. Der österreichische Gesandte schilderte darin unter anderem das propagandistische Räderwerk der Bolschewiki, das in Hinblick auf die Instrumentalisierung der aktuellen Entwicklungen in Gang gesetzt wurde, und er stellte seine Fähigkeit unter Beweis, die Mechanismen der Machtausübung nicht nur zu erkennen, sondern auch ihre Ziele zu antizipieren.⁴⁰⁸ Stalin hielt er allerdings nicht für den geeigneten Mann, um die anstehenden Probleme, denen sich das »kommunistische Vaterland« nun gegenüber sah, zu lösen. Dessen »starre, hartnäckige und ideenarme Routine« erachtete er aber als »Garantie gegen kriegskommunistische Abenteuer nach aussen und im Innern«. ⁴⁰⁹ »Die Ideologen und Professionisten der Weltrevolution« waren seiner Ansicht nach bereits seit der Jahreswende 1926/27 »kaltgestellt« worden.⁴¹⁰

407 DVP, Bd. 9 (Dok. 246), 470.

408 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 603) GSB Moskau Zl. 477/8 P., 14.6.1927.

409 Ebd. Pohl liefert in seinem Bericht einen wichtigen Beitrag zur bis heute kontroversiell diskutierten Frage über die Hintergründe der »Kriegshysterie«. Vgl. dazu auch Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 125–127.

410 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 1) GSB Moskau, 3.1.1927.

Die Amtszeit des österreichischen Gesandten, der tiefe Einblicke in die sowjetische Wirklichkeit gewonnen hatte, neigte sich indes ihrem Ende zu. Das NKID vermerkte Otto Pohls Rückkehr aus Wien nach Moskau per 20. Oktober 1927.⁴¹¹ Bereits am übernächsten Tag führte er mit Boris Štejn, Leiter der Abteilung für Zentraleuropa im NKID, ein aufschlussreiches Gespräch, bei dem er seine bevorstehende Abberufung aus Moskau ankündigte. Sie stand laut Pohl in unmittelbarem Zusammenhang mit den Juliereignissen. Seipel, meinte der Noch-Botschafter, räche sich damit an den Sozialdemokraten, in denen er die Hauptverantwortlichen für die Eskalationen Mitte Juli erblicke. Von der SDAPÖ seien keine Initiativen mit dem Ziel seines Verbleibens in Moskau zu erwarten, da die Partei die Kommunikation mit der Wiener Bundesregierung völlig abgebrochen habe. Darüber hinaus gab Pohl zu verstehen, dass seine Abberufung auch auf Betreiben Londons erfolgen würde. Sie sollte aber nach den »Oktoberfeierlichkeiten« schlagend werden, um den Anschein eines dezidiert unfreundlichen Aktes im Vorfeld des Jubiläums zu vermeiden.⁴¹² Außerdem wollte das österreichische Außenministerium verhindern, dass der Botschafterwechsel parallel zur sogenannten »Rakovskij-Krise« erfolgte, die das sowjetische Verhältnis zu Frankreich gerade schwer belastete.⁴¹³

Dem NKID-Mitarbeiter Štejn unterbreitete Pohl außerdem sein Ansinnen, als »Privatmann« in Moskau bleiben zu wollen. Er hatte vor, zunächst im IMÉ⁴¹⁴ bei David Borisovič Ržajanov zu arbeiten und sich vornehmlich mit der Geschichte des Jahres 1848 zu beschäftigen. Seine Wohnung, die sich nach wie vor in der »Sadovaja« befand, wollte er behalten. Da die Gesandtschaft an sich bereits in das Palais im »Mertvyj pereulok« übersiedelt war, sah er darin kein Problem.⁴¹⁵

Über die Hintergründe seiner Abberufung informierte Pohl auch Maksim Litvinov persönlich. Er warnte ihn außerdem vor seinem Kollegen Heinrich Wildner, den der scheidende Gesandte als seinen »persönlichen Feind« bezeichnete. Wildner, so Pohl, sei ein Monarchist, der alle Versuche einer Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bewusst hintertreibe.⁴¹⁶

Solche Informationen konnten auch für Konstantin Jurenev nützlich sein.⁴¹⁷ Nachdem Jan Berzins Abberufung im September 1927 in Moskau beschlossene

411 AVP RF 066/10/107/2/3-4: Kurz-Journal, Juli–Dezember 1927.

412 AVP RF 04/1/5/71/23: Gespräch mit Pohl (Štejn), 22.10.1927.

413 AVP RF 066/10/107/3/6–8: Österreich: Die Beziehungen zur UdSSR, 1.12.1927. Dazu auch: Geyer: Osteuropa-Handbuch, 211.

414 Abkürzung für: Institut K. Marksa i F. Ėngelsa.

415 AVP RF 04/1/5/71/23: Gespräch mit Pohl (Štejn), 22.10.1927.

416 AVP RF 04/1/5/71/24: Auszüge aus dem Journal Litvinov, Okt. 1927.

417 Jurenev sollte laut Politbürobeschluss vom 23.6. nach Wien beordert werden. RGASPI 17/162/5/51, Protokoll Nr. 112 der Sitzung des Politbüros vom 23.6.1927 (Sondernr. 90).

Sache war⁴¹⁸, kam er als neuer Polpred nach Wien. Dort traf er mehrmals mit Otto Pohl zusammen. Die beiden Männer unterhielten sich nicht zuletzt über die Zukunft Österreichs. Pohl gab sich überzeugt vom baldigen Anschluss des Landes an Deutschland. Dass dieser unumgänglich sei, bestätigte dem Polpred auch der deutsche Gesandte in der Alpenrepublik. Letzterer aber fügte hinzu, dass dieser deutscherseits gegenwärtig nicht forciert werden könne. Otto Bauer wiederum setzte dem Sowjetvertreter die diesbezügliche Haltung der Sozialdemokratie auseinander. Diese sei zum jetzigen Zeitpunkt gegen einen Anschluss.⁴¹⁹

In Wien war Otto Pohls Weggang aus Moskau noch geraume Zeit nach seinem tatsächlichen Abzug Gesprächsstoff in diplomatischen Kreisen. Die offiziellen Gründe für Pohls Abberufung waren den Erklärungen des Generalsekretärs im Außenministerium Peter zufolge keineswegs in Pohls politischer Orientierung zu suchen. Peter verwies Stanislaw Kalina, einen Mitarbeiter der sowjetischen Gesandtschaft in Wien, vielmehr auf eine Umstrukturierung des diplomatischen Dienstes, die in der diesbezüglichen Personalpolitik des Narkomindel seine Entsprechung fände: Ebenso wie in der UdSSR setze man auch in Österreich nunmehr auf Berufsdiplomaten und nicht auf bloße »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens«. Mit Pohls Arbeit sei man zufrieden gewesen und seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie habe für die Entscheidung zur Abberufung keine Rolle gespielt. Nun aber sollten ausgebildete Fachmänner das Ruder übernehmen.⁴²⁰

In Pohls Augen freilich lagen die Dinge anders. Auch gegenüber Berzin erklärte er, dass die Umstrukturierung des diplomatischen Korps lediglich dazu diene, sich unliebsamer Personen zu entledigen – und für Seipel gehöre er eben zu Letzteren.⁴²¹ Darüber hinaus dürfte auch Pohls jüdische Herkunft seinen Gegnern als Grund für seine »Entfernung« aus dem diplomatischen Korps gedient haben. Selbst die Polizeidirektion Wien wurde eingeschaltet, um Nachteiliges über den Gesandten herauszufinden.⁴²² In Moskau jedenfalls hatte der scheidende Gesandte eine gute Nachrede. Das bestätigte auch ein Artikel in der *Izvestija*, in dem Pohls Tätigkeit ausdrücklich gewürdigt wurde.⁴²³

Dem österreichischen Bundeskanzler machte Konstantin Jurenev am 10. Oktober 1927 seine Aufwartung. In seinem Bericht an das NKID beschrieb

418 Vgl.: Sokolov, V.V.: J. A. Berzin – Revoljucioner, diplomat, gosudarstvennyj dejatel', in: Novaja i novejšaja istorija. Mart–Aprėl', Nr. 2, 1990, 141–159, 158.

419 AVP RF 04/1/5/71/16–21: Journal Jurenev, 28.11.1927.

420 AVP RF 04/1/5/73/16–21: Journal Jurenev, 23.11.–8.12.1927.

421 AVP RF 04/1/5/73/1–10: Journal Jurenev, 1.–28.10.1927.

422 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 140f.

423 Ebd. 141 und die dem Bericht des Geschäftsträgers Hudeczek beigelegten Artikel der *Izvestija* sowie der *Pravda*, in: AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 1) GSB Moskau Zl. 1211/8 Präs, 29.11.1927.

er Seipel als »sehr klug« und als »typischen Prälaten«. Das Treffen sei bei aller Höflichkeit doch sehr kühl verlaufen.⁴²⁴ Dem Polpred war jedenfalls bewusst, dass er mit Seipel nicht nur den Bundeskanzler, sondern auch den Außenminister der Republik kennengelernt hatte. Seipel war nicht der erste Kanzler, der gleichzeitig auch das Ressort der Auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte. Seit 1923 konzentrierten sich die Auswärtigen Angelegenheiten in der Sektion IV des Bundeskanzleramtes.⁴²⁵

»Sympathisch« fand Jurenev den Pohl-Nachfolger Robert Egon Hein. Er hatte – ganz entgegen seinem tatsächlichen Wesen – den Eindruck eines aktiven und energischen Mannes vermittelt. Hein, so Jurenev in einem Bericht nach Moskau, spreche Russisch, aber »nicht besonders gut«, und zeige vor allem an Wirtschaftsbeziehungen großes Interesse. Der Pohl-Nachfolger verabsäumte es auch nicht, über seine speziellen Russland-Erfahrungen zu erzählen. Er, der ab 1907 verschiedenen Konsulaten des Habsburgerreichs in Russland zugeteilt gewesen war, sei zu Beginn des Weltkriegs, da er sich gerade im Zarenreich aufhielt, verhaftet worden und habe diverse Gefängnisse von innen gesehen, bis er endlich wieder freigekommen sei.⁴²⁶

Positionierungen

Das Jahr 1927 war reich an Rückschlägen für die sowjetische Diplomatie ebenso wie für die Komintern. Während nun nach Meinung der Moskauer Machthaber die wachsende Kriegsgefahr einmal mehr eine Atempause notwendig machte und unter dem Motto »Sozialismus in einem Land« die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung im Innern gelenkt wurde, wettete nicht zuletzt Lev Trockij gegen den neuen Kurs. Aus dem Jahr 1929 stammt eine Schrift Trockijs, welche die Einschätzungen Stalins über den Zustand des Kapitalismus und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen in Hinblick auf die Politik der UdSSR mit jenen der Sozialdemokraten verglich – nicht zuletzt mit jenen in Österreich.⁴²⁷

424 AVP RF 04/1/5/73/1–10; Journal Jurenev, 1.–11.11.1927 und AVP RF 066/10/107/3; Österreich: Die Beziehungen zur UdSSR, 1.12.1927.

425 Zur Problematik des administrativen Aufbaus siehe: Agstner / Enderle-Burcel / Follner: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, 57f.

426 AVP RF 04/1/5/73/1–10; Journal Jurenev, 1.–11.11.1927 und AVP RF 066/10/107/3; Österreich: Die Beziehungen zur UdSSR, 1.12.1927. Hein war von August bis November 1914 in Russland interniert gewesen. Agstner / Enderle-Burcel / Follner: Österreichs Spitzendiplomaten, 239.

427 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 3, Aktennotiz zu Lev Trockij, »Die wirkliche Lage in Russland«, 1929.

Von österreichischer Seite kamen noch im Jahr 1927 diverse Ratschläge für die Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik. Dem Polpred Jurenev etwa setzte Franz Peter auseinander, wie sinnvoll es wäre, würde die UdSSR sich um eine Mitgliedschaft im Völkerbund bemühen. Er hielt dies für eine den Frieden sichernde Maßnahme und stellte diesen Schritt auch als Möglichkeit vor, die UdSSR aus der gegenwärtigen Isolation zu führen. Wie ernst es Peter mit diesem Vorschlag meinte, lässt sich daraus ersehen, dass er es nicht dabei beließ, Jurenev nur bei einer Gelegenheit mit dieser Idee zu konfrontieren.⁴²⁸ Dass derartige Tipps ausgerechnet in dieser Phase des internationalen Geschehens und ausgerechnet aus dieser Ecke kamen, dürfte den Polpred und mit ihm das Narkomindel überrascht haben. Andererseits hatte sich Moskau gerade in jüngster Zeit für die Interessen Österreichs und insbesondere Deutschlands stark gemacht. Seit November 1927 war eine sowjetische Delegation der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbunds zugeteilt, um dort einerseits die »Friedenspolitik« der UdSSR zu propagieren und andererseits, um französische Interessen zu torpedieren.⁴²⁹

Das Krisenjahr 1927 hatte Moskau tatsächlich einen Anstoß zur Neugestaltung der Außenpolitik geliefert. Das zeigte sich nicht nur anhand der Teilnahme an Völkerbundaktivitäten. In die Defensive geraten, gab Stalin die Losung von der friedlichen Koexistenz entgegengesetzter Systeme aus. Diese temporäre Stillhaltepolitik legte einen Kurs fest, der sich längerfristig unter der Bezeichnung »Kollektive Sicherheit« zusammenfassen lässt. Im Dezember 1927 jedenfalls forderte die bolschewistische Führung auf dem XV. Parteitag die Annäherung an »schwache« und »nicht gleichberechtigte« Staaten. Dort erwartete sie »am ehesten Fortschritte in der Koexistenzpolitik«.⁴³⁰ Auch dieser Umstand verweist auf eine Politik des Kremls, die unter anderem den Interessen der Alpenrepublik entgegenzukommen schien.

Unabhängig davon hatte sich bekanntlich das Verhältnis zwischen Österreich und der UdSSR 1927 durchaus nicht friktionsfrei gestaltet. Trotzdem wurden im Jahresrückblick des NKID die Beziehungen zu Österreich als einigermassen zufriedenstellend beurteilt. Daran konnte auch der Umstand, dass der designierte österreichische Botschafter just am 7. November, dem 10. Jahrestag der Oktoberrevolution, einer Einladung in die Sowjetbotschaft in Wien nicht nachgekommen war, nichts ändern.⁴³¹ Heins Fernbleiben wurde in Moskau allerdings als unfreundlicher Akt betrachtet.⁴³² Insofern begann

428 AVP RF 04/1/5/73/16–21: Journal Jurenev, 23.11.–8.12.1927.

429 Geyer: Osteuropa-Handbuch, 222f.

430 Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 127.

431 AVP RF 066/10/107/3: Österreich: Die Beziehungen zur UdSSR, 1.12.1927.

432 AVP RF 04/1/5/70/8: Lorenc an Jurenev, 8.11.1927.

die Tätigkeit des Berufsdiplomaten mit einem durchaus undiplomatischen Fauxpas.

Währenddessen stellte sich Heins Vorgänger auf eine neue Tätigkeit ein. Pohl verließ im Jänner 1928 Moskau und begann sich im Auftrag des IMÉ im Ausland um den Erwerb von Dokumenten zu bemühen, welche die Geschichte der Arbeiterbewegung betrafen. Sein »Beutezug« führte ihn unter anderem nach Paris, wo er Nachlässe sichtete, die Korrespondenzen mit Karl Marx enthielten.⁴³³ Allerdings beklagte er sich bereits im März 1928 über finanzielle Engpässe. Er erhielt nur einen Bruchteil der versprochenen Entlohnung. David Rjazanov zählte er seine Ausgaben auf, die freilich nur die notwendigsten Dinge des alltäglichen Lebens betrafen. Nicht einmal seine umfangreiche journalistische »Nebenarbeit« für einige sowjetischen Zeitungen und Journale, meinte Pohl, sei dazu geeignet, seine pekuniäre Situation zu verbessern.⁴³⁴

Es ist fraglich, ob sich die finanzielle Lage des geschassten Gesandten 1929 gravierend zum Positiven änderte. Damals begann er jedenfalls, die *Moskauer Rundschau*, eine »politisch-literarisch-wirtschaftliche Wochenschrift« herauszugeben. Die neue Zeitung, die er auch als Chefredakteur betreute, erregte nicht zuletzt in Österreich Aufsehen. Generalsekretär Franz Peter vom Außenministerium in Wien sah sich sogar mehrmals veranlasst, den Polpred Jurenev in der »Causa Pohl« aufzusuchen. Negativ über die Aktivitäten seines Vorgängers äußerte sich vor allem Egon Hein. Er echauffierte sich über österreichischkritische Artikel der *Rundschau* und verwies zudem auf die angebliche Ablehnung, die Pohls neue Tätigkeit beim diplomatischen Korps in Moskau erweckt hatte. Außerdem wollte der neue österreichische Botschafter in der UdSSR erkannt haben, dass die Arbeit des Ex-Gesandten keine ungeteilte Zustimmung unter seinen sowjetischen »Auftraggebern« im NKID hervorrief. Insgesamt konnte er der Zeitung, die »dem Auslande die Möglichkeit geben« sollte, »sich aus sowjetrussischen Quellen über den sowjetischen Standpunkt direkt zu informieren«, nichts Positives abgewinnen.⁴³⁵

Während Jurenev in seinen Gesprächen mit dem Vertreter des Außenministeriums nicht näher auf die »Causa Pohl« einzugehen wünschte und Peter riet, die Angelegenheit ganz einfach zu ignorieren, hörte Hein nicht auf, seine Giftpfeile auf den Vorgänger abzuschießen. Dessen Berichte könnten ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass in Wien schließlich sogar die Aus-

433 RGASPI 71/50/188/3–5: Pohl an Cobel, 9.2.1928 und Pohl an Rjazanov, 24.2.1928.

434 RGASPI 71/50/188/20–22: Pohl an Rjazanov, 13.3.1928.

435 AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 8/P., 14.5.1929.

zahlung der Pension an den früheren Botschafter in Moskau zur Disposition stand.

Einige Zeit später, im Sommer 1934, als Hein bereits abberufen worden war und mit dem nunmehrigen Gesandten Heinrich Pacher bereits ein paar Jahre hindurch ein Mann in Moskau saß, der gewiss keine Sympathien gegenüber wie immer gearteten links stehenden politischen Kräften hegte, geriet Pohl wieder ins Visier des Außenamts in Wien. Diesmal ging es um Pohls Tätigkeit für das *Prager Tagblatt*, die angeblich mit den Konditionen für die Auszahlung seines »Ruhegenusses« unvereinbar war.⁴³⁶

Im Sommer 1934 lebte der Österreicher nach eigenen Angaben »zeitweise« in Paris und hielt sich offenbar nur mehr sporadisch in der Sowjetmetropole auf. Die *Moskauer Rundschau* war mit Ende 1933 eingestellt worden.⁴³⁷ Für sie hatte er bereits seit längerer Zeit nicht mehr gearbeitet.⁴³⁸ Dass Pohls Engagement für die Zeitung nachgelassen hatte, wurde vom Hein-Nachfolger Heinrich Pacher mit der zunehmend feindseligen Haltung Moskaus gegenüber der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht. Diese Position, meinte Pacher, der mit Pohl persönlich gesprochen hatte, habe dem früheren österreichischen Gesandten die Arbeit bei der *Moskauer Rundschau* gewissermaßen verleidet. Tatsächlich hatte sich Pohl bereits 1930 in einem Gespräch mit dem interimistischen Geschäftsträger der Sowjetbotschaft in Wien, E. Asmus, über die Arbeitsbedingungen bei der *Moskauer Rundschau* beklagt. Damals ging es allerdings um die laut Pohl fehlende Unterstützung des Verlags »Ogonëk« für das Anfertigen von Übersetzungen vom Russischen ins Deutsche und um das mangelnde Bemühen, Abonnenten für die Zeitung zu gewinnen. Davon abgesehen dürfte sich der österreichische Sozialdemokrat aber auch infolge seiner durchaus nicht immer »linientreuen« Berichterstattung Feinde gemacht haben. In der *Moskauer Rundschau* erschienen beispielsweise Kommentare aus der Feder Maksim Gor'kij's, die durchaus nicht frei von Kritik an der Sowjetpolitik gewesen waren.

Die finanzielle Situation des früheren Diplomaten war 1934 offenbar keineswegs rosig. Der Ex-Gesandte wollte in den geringfügigen Honoraren für seine unregelmäßig an die Zeitung in Prag abgelieferten Texte keinen Verstoß gegen

436 Hinweise, wonach das gegen Pohl eingeleitete Verfahren mit kritischen Artikeln in der *Moskauer Rundschau* zu tun hatte, konnten nicht gefunden werden. – Vgl. demgegenüber Agstner / Enderle-Burcel / Follner: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, 368.

437 Die letzte Nummer erschien im Dezember 1933.

438 Nach Auskunft der Bundespolizeidirektion Wien an das BKA und weitere Instanzen, die im Mai 1936 erteilt wurde, hielt sich Pohl im Oktober 1932 vorübergehend in Wien auf. Seit Juli 1931 hatte er sich seinen »Ruhegenuss« an eine Bank in Locarno überweisen lassen. AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 388) Liasse Personalia Otto Pohl.

die Regeln für den Bezug der Pension erkennen.⁴³⁹ Schützenhilfe bekam er jetzt interessanterweise von Heinrich Pacher, dem Pohl Auskunft über seine »Nebentätigkeiten« gegeben hatte. Der als »deutschnational« geltende Botschafter, der später keine Berührungsängste gegenüber den Nationalsozialisten hatte, enthielt sich in diesem Zusammenhang auch antisemitischer Bemerkungen, die er etwa bei der Charakterisierung sowjetischer Amtsträger durchaus anzubringen wusste.⁴⁴⁰

Pacher betonte in der »Causa Pohl« vielmehr die Verdienste des Vorgängers, würdigte dessen Fähigkeiten und sah keine Veranlassung, dem Ex-Gesandten die Existenzgrundlage zu entziehen, nur weil dieser dem Außenministerium nicht gemeldet hatte, dass er als »Moskau-Korrespondent« hie und da Artikel für eine Zeitung schrieb, die nach Pachers Kenntnis überdies keineswegs als »links« zu gelten hatte. Darüber hinaus hob der amtierende Gesandte in Moskau hervor, dass Pohl »während der Wiener Kampftage« – gemeint waren die Februarkämpfe 1934 – nicht in Wien, sondern in Prag gewesen war und dort in weiterer Folge auch niemals mit den im Exil befindlichen Sozialdemokraten Otto Bauer oder Julius Deutsch zusammengetroffen war. Pacher betonte vielmehr, dass sein Vorgänger sich von den ehemaligen Parteigenossen ge-

439 AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 4) GSB Moskau Zl. 101/Res., 14.11.1934. Der Akt umfasst ein Konvolut an Vorakten, die bis ins Jahr 1929 zurückreichen und auch die Stellungnahmen Pachters zur Causa aus dem Jahr 1934 enthalten; weiters: AVP RF 066/11/108/61: Journal Polpred, 17.6.1929; AVP RF 05/10/59/32/47: Journal Asmus, 14.7.–31.7.1930; AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 6) Amtsvermerk über die Moskauer Rundschau, 28.10.1929.

440 Signifikant sind etwa Pachters Bemerkungen über den Polpred Ivan Leopoldovič Lorenc: »Herr Leopoldowitsch [!] ist polnischer Jude, soll aber [!] ein sehr angenehmer Mensch sein«. – AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA Liasse Russland 5/5-5/18, GSB Moskau, 28.2.1935. Auch über den Jurenev-Nachfolger Adolf Markovic Petrovskij legte Pacher ähnliche Charakterisierungen vor: »Ich selbst habe Herrn Petrovskij nur einmal anlässlich eines Besuches in Moskau flüchtig gesehen und erinnere mich einer zwar ausgesprochen jüdischen, aber sonst nicht unangenehmen Erscheinung«. – AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl.8/P., 3.2.1933. Heinrich Pacher ließ in einem deutlich herablassenden Tonfall zudem Näheres über Vjačeslav Molotov zu Papier bringen: »Recht beachtenswert«, so Pacher am 17. Dezember 1936, »sind die Ausführungen des Regierungschefs Molotoff über die Judenfrage, und zwar gerade umso mehr, als die Verquickung von Judenfrage und Bolschewismus [...] auch bei dieser Gelegenheit wieder der Sowjetöffentlichkeit vorenthalten wurde. [...] Da Molotoff zu den Renommiergois des bolschewistischen Grosskonzentums gerechnet und häufig als solcher herausgestellt wird, war es mir umso interessanter, vom amerikanischen Geschäftsträger zu erfahren, dass zwei Brüder von Frau Molotoff, selbst Juden, die als biedere und durchaus kapitalistische Handeltreibende in New-York leben, dort einen ausschließlich jüdischen Verein aufgezogen haben, der als Parallelverband zur dortigen »Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion« speziell vom jüdischen Standpunkt aus deren Tätigkeit mit verstärktem Radikalismus sekundiert.« Ergänzend fand Gesandter Pacher es darüber hinaus erwähnenswert, was ihm über den augenblicklichen »Außenkommissär« Maksim Litvinov zugetragen wurde. Mit unverkennbar antisemitischer Spitze hielt er in diesem Zusammenhang fest: »Ich habe mir erzählen lassen – se non è vero, è ben trovato – dass der Bruder Herrn Litwinoff-Finkelstein's, der als gut-kapitalistischer Commerçant in Bjalistok lebt, gelegentlich mit seinem grossen Bruder renommieren und unter seinen Glaubensgenossen dessen wichtige Rolle für das Weltjudentum hervorkehren soll«. – AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: Liasse Russland 2/3, 1936, GSB Moskau, 17.12.1936.

wissermaßen entfernt hatte und glaubte auch in der früheren Moskau-Berichterstattung Pohls, die dieser für das Bundeskanzleramt angefertigt hatte, »immer eher eine oppositionelle Note gegenüber den hiesigen Verhältnissen und Vorgängen« erkennen zu können.⁴⁴¹

Die Pensionszahlungen an Pohl wurden tatsächlich eingestellt, allerdings erst nach dem »Anschluss«.⁴⁴²

441 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 4) GSB Moskau Zl. 101/Res., 14.11.1934.

442 Bei Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 142 heißt es, die Pensionszahlungen seien 1934 eingestellt worden. Vom 1. Juli 1938 die Rede ist bei: Agstner/Enderle-Burcel/Follner: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, 368.

Krisen und Diskrepanzen – Die bilateralen Beziehungen in den Jahren 1928–1932/33

Gottlosigkeit

Mit Robert Egon Hein kam ein österreichischer Repräsentant nach Moskau, dessen sozialer Hintergrund und weltanschaulicher »Standort« sich eklatant von seinem Vorgänger unterschied.⁴⁴³ Stellte Otto Pohls Wirken in Moskau in gewisser Weise ein »Korrektiv« zur Skepsis, aber auch glatten Ablehnung gegenüber der Sowjetunion dar, welche die Regierung in Wien und weite Teile der österreichischen Gesellschaft an den Tag legten, war Hein »ganz auf Linie«. Allerdings führte seine Passivität dazu, dass die Beziehungen zu Moskau auf diplomatischer Ebene so gut wie keine Konturen bekamen. In der kurzen Zeit seiner Amtsperiode, die realiter Anfang 1928 begann und bereits 1930 wieder endete, hielt Hein sich unter anderem aufgrund gesundheitlicher Probleme über weite Strecken gar nicht im Gastland auf. Die laufenden Geschäfte erledigte vor allem Karl Hudeczek, der auch einen Großteil der nach Wien abgehenden Berichte verfasste. Während sich Franz Peter zunehmend unzufrieden mit Heins Tätigkeit beziehungsweise Untätigkeit zeigte⁴⁴⁴, stellten ihm auch dessen Kollegen aus dem diplomatischen Korps in Moskau kein allzu gutes Zeugnis aus. Der deutsche Repräsentant in der UdSSR, Herbert von Dirksen⁴⁴⁵, attestierte dem Österreicher ein auffälliges Desinteresse an seinen Aufgaben. Er hielt ihn für völlig passiv und obendrein »farblos«. Heins »Hauptsorge«, meinte der Deutsche, gelte »seiner Gesundheit, die er mit fast hypochondrischer Ängstlichkeit hütet«.⁴⁴⁶ Freilich dürfte die wenig schmeichelhafte Charakterisierung des Kollegen durch den deutschen Diplomaten gewiss auch auf Heins offenkundige Zurückhaltung gegenüber einem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich zurückzuführen sein.⁴⁴⁷

443 Vgl. dazu: Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 195f.

444 AVP RF 066/11/108/3/117: Journal Kalina: 28.10.1929.

445 Über Dirksens Tätigkeit in Moskau siehe Sütterlin, Ingmar: Die »Russische Abteilung« des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, Berlin 1994, 219–231.

446 PAAA, Botschaft Wien-Geheim 37, Deutsche Botschaft Moskau, 9.7.1930.

447 Ebd.

An der tiefen Aversion Heins gegenüber den Bolschewiki bestand jedenfalls kein Zweifel. Dass diese nicht zuletzt mit dem 1929 einsetzenden rigorosen Kurs der Sowjetführung in Bezug auf Religion und Kirche zu tun hatte, war ebenfalls evident.⁴⁴⁸ In noch viel höherem Maße galt dies freilich für Ignaz Seipels Sicht auf die Sowjetunion und schließlich für die prinzipielle Einstellung der Christlichsozialen gegenüber dem Regime in Moskau. Wenn der »Heilige Stuhl« gegen die »gottlose« Politik der Bolschewiki aktiv wurde, durfte er jedenfalls auf die tatkräftige Hilfe Wiens hoffen. Der Vatikan wollte vor diesem Hintergrund sogar über die Verteidigung der Katholiken in der Sowjetunion hinausgehen. Die Kirchenführung erblickte im »kommunistischen Riesenreich«, wo man sich seit dem Ende der NÉP tatsächlich zu einer extremeren »Verfolgung der Kirche« entschlossen hatte, ein Missionsgebiet. Um keine radikalen Gegenreaktionen des Kremls zu bewirken, plante Papst Pius XI. 1928 eine Übersendung von religiösen Schriften in die UdSSR »unter strengster Geheimhaltung«. Eingeweiht waren auch österreichische Diplomaten, allen voran die Gesandtschaft »beim Heiligen Stuhle«, die in der Sache »vermittelte«, sowie Botschafter Robert Egon Hein in Moskau. Im Zuge der »katholischen Aktion«, vermerkte Hein Anfang 1930, versuche Pius XI. »den Materialismus als Weltanschauung an der Wurzel« zu fassen – nach »langen und mit zäher Geduld geführten«, aber letztlich gescheiterten Verhandlungen mit den Bolschewiki.⁴⁴⁹ Rom hatte sich hohe Ziele gesteckt. Es zeuge, meinte Hein in diesem Zusammenhang, von besonderer »Einsicht«, dass »der Vatikan [...] den Versuch macht, die in der Sowjet-Union durch die Zerschlagung der alten Formen der orthodoxen Kirche freigewordene religiöse Gläubigkeit in neue Formen zu giessen. Dass diese für den Papst nur die katholischen sein können, ist selbstverständlich.«⁴⁵⁰

Die Zuversicht des Vatikans und seiner Gefolgschaft wich allerdings bald der Ernüchterung. Gebetsbücher und Katechismen zu verschicken, brachte nicht die gewünschten Resultate. Die Initiative war von kurzer Dauer. Hein, der auch den Papst und seinen engsten Mitarbeiterstab mit Dokumenten über die Lage der Katholiken in der UdSSR beliefern sollte, kam an keine genaueren Informationen heran. Es fehlten verlässliche Gewährsleute. Zudem fürchtete der auswärtige Dienst der Alpenrepublik diplomatische Verwicklungen.⁴⁵¹

448 Vgl. Plaggenborg, Stefan: *Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus.* Köln/Weimar/Wien 1996, 316f.

449 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau, ohne Zl., 20.2.1930. Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 3, GSB Moskau, Zl. 10/P, 20.2.1930.

450 Ebd.

451 Haider: *Die österreichisch-sowjetische Beziehungen*, 199.

Nichtsdestoweniger wurde Österreich zum Ausgangspunkt heftiger Proteste gegen die sowjetische Kirchen- bzw. Religionspolitik. So trafen etwa im März 1931 in Wien katholische, protestantische, jüdische, russisch-orthodoxe, griechisch- und armenisch-katholische Repräsentanten zu einer »interkonfessionellen Kundgebung« für die »Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Sowjetrepubliken« zusammen.⁴⁵² Im Verlauf der Veranstaltung, die kommunistische Gegendemonstrationen zur Folge hatte⁴⁵³, forderten Redner die Bekämpfung der Komintern »mit allen Mitteln«⁴⁵⁴, während fast zeitgleich unter anderem katholische Versammlungen in Salzburg und Linz die Wiener Regierung aufforderten, »im diplomatischen Verkehr mit Russland« nicht allein wirtschaftliche Vorteile im Auge zu behalten, sondern »mehr noch die ideellen Güter« zu berücksichtigen.⁴⁵⁵ Mit einem ähnlichen Anliegen trat kurze Zeit später, im Jänner 1931, auch der »Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen« an die österreichische Staatsführung heran, wobei hervorgehoben wurde, dass nur »politische und wirtschaftliche Mächte« den notwendigen Einfluss geltend machen könnten, um der »systematischen Verfolgung jeglicher Religion in Russland endlich Einhalt« zu gebieten.⁴⁵⁶

Dass das Regime in Moskau zu Beginn der 1930er Jahre zumindest vorläufig seine »antireligiöse Propaganda« einzuschränken begann und vorerst auf schärfere Unterdrückungskampagnen verzichtete, war freilich auf innersowjetische Widerstände zurückzuführen.⁴⁵⁷ Der Druck von außen dürfte hierbei keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt haben, und der Protest eines kleinen Landes wie Österreich war für die Entscheidungen des Kremls gewiss völlig irrelevant. Österreichs diesbezügliche Möglichkeiten schätzte schließlich auch die »Präsidenschaftskanzlei« in Wien einigermaßen gering ein.⁴⁵⁸ Von dieser Erkenntnis unbeeinflusst blieb der nicht zuletzt religiös motivierte Antibolschewismus der österreichischen Regierungen bis zum »Anschluss«. Er prägte die Sowjetunionpolitik des Landes, und er stellte in dieser

452 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 3, Bundes-Polizeidirektion in Wien, Pr. Zl. IV-1111/30, 27.3.1930 und Pr. Zl. IV-1111/30/2, 31.3.1930.

453 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 668) Abschrift eines Berichtes der Bundes-Polizeidirektion in Wien, 29.3.1930.

454 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 3, Bundes-Polizeidirektion in Wien, Pr. Zl. IV-1111/30/2, 31.3.1930.

455 Ebd., Obmann der Katholischen Aktion der Erzdiözese Salzburg, 9.4.1930; Bürgermeister-Stellvertreter und Vorsitzender der Protest-Versammlung Linz, 15.4.1930.

456 Ebd., Österreichischer Zweig des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, 28.1.1931.

457 Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, 580–582.

458 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 3, Bundeskanzleramt, Zl. 26960, 3.5.1930.

Spielart einen der wichtigsten Faktoren für die gegenüber der UdSSR empfundene Ablehnung dar.

Proteste

So unerheblich die Proteste in Österreich gegen die sowjetische »Kirchenpolitik« für den Kreml auch sein mochten, so unmöglich war es für den Polpred Jurenev, sie zu ignorieren. Er empfand sie offenbar als überaus massive Angriffe, die er folgerichtig zum Gegenstand zahlreicher Berichte und Dossiers machte. Die aus seiner Warte antisowjetische »Propaganda« in der Alpenrepublik verband sich noch dazu mit einer scharfen Kritik weiter Teile der österreichischen Öffentlichkeit an der als »Vernichtungspolitik gegen das Dorf« umschriebenen Kollektivierung. Die in der Presse vor diesem Hintergrund beschriebenen »Terrormethoden« wurden in der Korrespondenz Jurenevs mit dem NKID gar nicht erst in Abrede gestellt. Im Gegenteil. Vor allem die Darstellungen von Nikolaus Basseches, der sich in seinen Artikeln für die *Neue Freie Presse* (NFP) den Umwälzungen in der Sowjetunion zuwandte, attestierte der Polpred auch in den kommenden Jahren eine erstaunliche Informiertheit.⁴⁵⁹ Jurenev führte demnach die antisowjetische Stimmung in Österreich auf »unsere ›aggressive‹ innere Politik in Bezug auf die NĚP im Stadt und am Lande« zurück, auf »unseren Fünfjahresplan« und »unseren Terror«, sowie die »Verfolgungen der ›christlichen Kirche«.⁴⁶⁰

Einen zusätzlichen Angriffspunkt für die damals betriebenen antisowjetischen Kampagnen in Österreich sahen einzelne Gruppierungen auch im sogenannten »Russen- oder Sowjetdumping«. Tatsächlich formierte sich auch auf internationaler Ebene Widerstand gegen eine Moskauer Exportpolitik, die auf den Verkauf von Waren an das Ausland unter den sowjetischen Inlandspreisen hinauslief. Daran knüpfte sich überdies der Vorwurf, der Kreml plane auf diese Weise die Volkswirtschaften in den kapitalistischen Ländern zu ruinieren, um die Weltrevolution herbeizuführen. Österreichische Regierungsstellen konnten allerdings nach Prüfung der Sachlage und unter Einbeziehung der für den heimischen Handel mit der Sowjetunion relevanten Daten keinen Grund finden, um die Organisatoren der Proteste gegen das angebliche russische »Dumping« zu unterstützen. Diesbezüglich zum Ausdruck gebrachte Bedenken seitens der Sowjetdiplomaten, die sich für Österreichs Verhalten in dieser Frage

459 AVP RF 066/15/113/3/281: Journal Jurenev, 25.11.1932.

460 AVP RF 05/19/59/31/3: Jurenev an Litvinov, 22.2.1930.

interessierten und genau registrierten, dass die »Anti-Dumping-Bewegung« vor allem ideologisch motiviert war, konnten die verantwortlichen Stellen in Wien also ausräumen.⁴⁶¹

Freilich blieben immer noch genügend Faktoren übrig, um eine gegen die UdSSR gerichtete Haltung in Österreich zu befördern. Und außerdem trug eine etwa 1933 einsetzende neuerliche Kampagne gegen das sowjetische »Holz-Dumping«, die auch den damaligen Bundeskanzler Dollfuß zu verbalen Angriffen in Richtung Moskau veranlasste, dazu bei, dass sich die anti-sowjetische Stimmung nicht mehr wirklich korrigieren ließ. Wirtschaftliche Aspekte, welche den Außenhandel betrafen, spielten dabei offenbar ebenso eine Rolle wie diverse Nachrichten über die innere Entwicklung des Landes.

Aufgrund der Lektüre der von Jurenev verfassten und nach Moskau geschickten Berichte ergibt sich indessen der Eindruck, dass auch der Sowjetgesandte in Wien den Vorgängen in seiner Heimat – der Kirchenpolitik ebenso wie der Kollektivierung – nicht mit uneingeschränkter Zustimmung begegnete. Dieser Umstand hinderte ihn aber nicht daran, die antisowjetische Stimmung in Österreich aus Schärfste zu verurteilen. Für »schändlich« hielt er schließlich die diesbezügliche Position der österreichischen Sozialdemokratie, die sich seinen Wahrnehmungen zufolge nicht dazu aufrufen wollte, die sowjetische Politik gegenüber dem Glauben und der Kirche zu verteidigen.⁴⁶²

Image- und Personalprobleme

Das Image der UdSSR im Ausland litt allerdings nicht nur aufgrund der um 1930 wirksamen sowjetischen Innen- oder Wirtschaftspolitik. Seit der Existenz der Sowjetmacht hatte eine dezidiert antibolschewistisch eingestellte österreichische Presse das Bild eines von Gewalt und Willkür geprägten Landes gezeichnet. Artikel über den »Terror in Sowjetrussland« fanden sich freilich auch in der AZ und gehörten von Beginn an in den Kanon der Berichterstattung über das »Arbeiterparadies«. Während die sowjetische Presse über die mit der wirtschaftlichen Not in Zusammenhang gebrachten und als überdurchschnittlich hoch erachteten Selbstmordfälle in Österreich berichtete, schrieben österreichische Zeitungen immer wieder über den Freitod russischer Intellektueller und Künstler. In einigen Fällen wurde der Suizid solcher Personen geradezu

461 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 337–340.

462 AVP RF 04/1/6/102/70: Briefe und Vorträge der Polpredstvo an das NKID, 27.3.1930–26.7.1930.

als Erlösung beschrieben, als ein in Anbetracht der bedrückenden Realität im »bolschewistischen Machtbereich« nachvollziehbarer Schritt.⁴⁶³

Das negative Bild von der Sowjetunion in Österreich wurde angesichts der Repressionen gegenüber der Kirche ohne Zweifel zusätzlich verstärkt. Die »Methoden« des Kremls, die außerhalb der Grenzen der UdSSR angewandt wurden und mit Ende der 1920er Jahre mehr und mehr in Verruf geraten waren, taten ein Übriges. So erregte die Entführung des »weißen« Generals Aleksandr Pavlovič Kutepov durch sowjetische Auslandsgeheimdienste 1930 international Aufsehen. Auch in Österreich wurde intensiv über den Fall berichtet.⁴⁶⁴ Kurze Zeit später folgten außerdem Artikel über ein spektakuläres Attentat in der »Grazer russischen Kolonie«, bei dem »russische Kommunisten« einen ehemaligen zarischen General per »Händedruck« vergiftet haben sollen.⁴⁶⁵

Außerdem wurden auch in Österreich politisch motivierte Morde verübt, bei denen abtrünnige Kommunisten bzw. KP-nahe Personen die Opfer waren. 1931 waren die Zeitungen voll von Berichten über den Mord an Georg Semmelmann, der aufgrund seiner Bereitschaft, geheimdienstliche Informationen preiszugeben, auf der »Abschussliste« der sowjetischen Dienste landete.⁴⁶⁶ Auch die Flucht des früher in Österreich tätig gewesenen Diplomaten Grigorij Besedovskij, der sich auf spektakuläre Weise gegen die Machthaber in Moskau gestellt hatte, traf allseits auf Interesse. Besedovskij präsentierte schon kurz nachdem er sich abgesetzt hatte, seine in Buchform gegossenen Enthüllungen über das Innenleben sowjetischer Gesandtschaften, die dem Kreml höchst unangenehm sein mussten.⁴⁶⁷ Wien spielte darin keine geringe Rolle. Besedovskij schilderte die österreichische Hauptstadt in der ersten Hälfte der 1920er Jahre als ein Zentrum sowjetischer Auslandsgeheimdienste, die unter anderem von hier aus Terroraktionen planten.⁴⁶⁸

Mit ähnlichen Veröffentlichungen tat sich 1930 auch der zuvor an der sowjetischen Handelsvertretung in Wien, und zwar bei der Rus(s)avstorg, tätig gewesene Ivan Samojlov hervor. Gegen Nämlichen war von der Torgpredstvo

463 Vgl. dazu Leidinger, Hannes: Die Bedeutung der Selbstauslöschung. Aspekte der Suizidproblematik in Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/Bozen 2012. Exemplarisch auch der Bericht des Salzburger Volksblattes über den Selbstmord des Dichters »Andrej Sobolj«. Salzburger Volksblatt, 14.6.1926, 3.

464 Vgl. z. B. die Titelseite der Illustrierten Kronen-Zeitung vom 5.2.1930, wo Kutepov allerdings »Kupitow« heißt.

465 Illustrierte Kronen-Zeitung, 16.2.1930, 4.

466 Vgl. dazu McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 452–467.

467 1930 erschien das Werk in Deutsch: Bessedowsky, Grigorij: Im Dienste der Sowjets, Erinnerungen. Leipzig/Zürich 1930. 1929 entkam Besedovskij nur knapp einem Mordanschlag. Der »Killer« war auf Geheiß Moskaus entsandt worden. Vgl.: Online-Datenbank WBIS, Handbuch: Vronskaya, J./Chuguev, V.: The Biographical Dictionary of the Former Soviet Union, London 1989, 32.

468 Dazu McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 172–175.

Anzeige wegen Veruntreuung erstattet worden. In weiterer Folge setzte sich Samojlov nach Deutschland ab, wo er Fühlung mit antibolschewistischen Exilkreisen aufnahm.⁴⁶⁹ Von der Polpredstvo gegenüber den offiziellen österreichischen Stellen als kriminell bezeichnet worden war bereits Jahre zuvor der ebenfalls der Wiener Gesandtschaft zugeteilt gewesene Mieczysław Jaroslawskij, der wohl nicht nur in die Botschaftskasse gegriffen, sondern auch brisante Unterlagen hatte mitgehen lassen.⁴⁷⁰ Für diese Vergehen zahlte er kurz darauf mit dem Tod.⁴⁷¹

Samojlovs Enthüllungen, die in einer Zeitung »weißer Emigranten« in Deutschland erschien, erwiesen sich jedenfalls als überaus ergiebig in Bezug auf diverse Interna aus dem Alltag der Wiener Sowjetvertretung. Als eitle und krankhaft ehrgeizige Figur wurde der Polpred Jurenev charakterisiert. Er stehe, hieß es, gewissermaßen im Zentrum des Intrigengeflechts zwischen Botschaft und Handelsvertretung und sei in dieser Position stets auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Samojlov machte den Polpred indirekt für den Tod des ehemaligen Leiters der Handelsvertretung, Benčín, verantwortlich. Dieser sei auf Jurenevs Betreiben von der GPU bespitzelt worden. Der Gesandte hätte den Kollegen in Moskau angeschwärzt – unter anderem weil Benčins Frau »unproletarisch« auftrat, »kurze Röcke« trug und »sich die Lippen« färbte. Jurenevs »Hetze« habe zu Benčins Herztod geführt – und so weiter und so fort. Besonders brisant erschien der Hinweis, wonach auch in der Gesandtschaft eine Auseinandersetzung zwischen »Trotzkisten« und »Linientreuen« stattgefunden habe, bei der sich Jurenev angeblich mal auf die eine und mal auf die andere Seite geschlagen hatte. Samojlov gab aber nicht nur Informationen über das Innenleben der Wiener Sowjetvertretung preis, sondern widmete sich in einem Rundumschlag beispielsweise auch dem seiner Meinung nach typischen Ablauf von Entscheidungsfindungsprozessen in der Sowjetunion. Diese seien nichts als Theater und kämen ohne jegliches Zutun der angeblich Befugten zustande.⁴⁷²

Vor allem dem Polpred mussten die Berichte des abtrünnigen Samojlov einigermmaßen unangenehm sein. Doch erfreute sich Jurenev damals offenbar der Unterstützung Maksim Litwinovs, als dessen Vertrauter er galt. Samojlovs Enthüllungen hatten für Jurenev keineswegs einen Karriereknick zur Folge. Im

469 AVP RF 05/10/59/31/97: Asmus an Litvinov, 31.7.1930.

470 Jugoslawische Zeitungen hielten es für erwiesen, dass Jaroslawskij »mit wichtigen Dokumenten der III. Internationale durchgebrannt« war. – AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 225) Liasse Österreich 5/17, Zl. 15.506-13/1925: Information über den hiesigen Sowjetgesandten.

471 Dazu McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 102–104.

472 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 225) Liasse Österreich 5/17, Zl. 29.414-13/1930, Samojloff Iwan Petrowitsch.

Gegenteil. 1933 wurde er von seinem Wiener Posten abgezogen, um nach Japan zu wechseln. Er übernahm damit eine überaus bedeutsame Aufgabe. Nachdem er bis 1937 unter anderem in Tokio gewirkt hatte, erfolgte schließlich sogar ein Wechsel als Polpred nach Berlin. Jurenev fiel jedoch noch im selben Jahr den Stalinistischen Säuberungen zum Opfer.⁴⁷³

Während Jaroslavskij für die Wiener Polizei ein unbeschriebenes Blatt war, hatte Samojlov bereits vor seiner Flucht die Aufmerksamkeit der österreichischen Exekutive erregt. Der Russe hatte im April 1930 einen Autounfall verursacht und sollte wegen Sachbeschädigung angeklagt werden, was aber mit dem Hinweis auf dessen »Exterritorialität« unterblieb.⁴⁷⁴

Samojlov war freilich nicht der einzige Sowjetrepräsentant in Österreich, der Verkehrsregeln missachtet hatte. In den Aktenbeständen des Staatsarchivs in Wien finden sich dutzende Fälle, bei denen die Polizei aufgrund von Vergehen im Straßenverkehr, begangen von Angehörigen der sowjetischen Handelsvertretung oder der Botschaft, ermittelte.⁴⁷⁵ Aktenkundig wurden aber auch Beschwerden von Wiener Firmen, welche die Polpredstvo mit diversen Waren belieferten, aber vergeblich auf eine entsprechende Bezahlung warteten.⁴⁷⁶

Insgesamt warfen die Verfehlungen der Gesandtschaftsmitarbeiter kein gutes Licht auf die Vertreter des Sowjetreichs. Vorurteile gegenüber Moskaus Repräsentanten, welche deren Leumund betrafen – Geschichten über das Vorleben Stalins und seine »Karriere« als »Bankräuber« waren allgemein bekannt –, schienen sich zu bestätigen. Besonders peinlich mussten der sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung daher Vorfälle sein, die jenen Recht zu geben schienen, die Kommunisten per se als »Gesindel« wahrnahmen.⁴⁷⁷ 1932 fiel diesbezüglich ein Gesandtschaftsbeamter namens »Porfirij Grusdow« unliebsam auf, als er »in angeheitertem Zustand« ein Hotelzimmer für sich und zwei Prostituierte mieten wollte und dabei Opfer eines Diebstahls wurde. Der Zwischenfall wurde publik. Jurenev sorgte daraufhin dafür, dass Grusdov seines Postens enthoben und zurück in die Sowjetunion beordert wurde.⁴⁷⁸

473 Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 141f. Über Jurenev siehe auch Barmine, Alexander: Einer der entkam. Lebensgeschichte eines Russen unter den Sowjets, Wien 1952, 225–227.

474 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP 15: (Karton 35 (alt 60)) Exterritorialität Russland 1923–1937, Ivan Samyloff Autounfall, BKA Zl. 26.763/1930.

475 Vgl. die Berichte in ebd.

476 Siehe Moritz, Verena: Skizzen zu den österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938: Forschungsbedingungen, Fragestellungen und Perspektiven, in: Erker, Linda/Salzmann, Alexander/Dreidemy, Lucile/Sabo, Kludija (Hg.): Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Zeitgeschichtstage 2010, Innsbruck 2012, 94–100.

477 Vgl. McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 102.

478 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA Präs.: (Karton 96) Liasse 24 Diplomaten 8/1Zl. 28.166/K 1932, Porfirij Grusdow.

Während die Causa in Moskau Diskussionen über den verderblichen Einfluss des »bourgeois Lebens« auf die Sowjetvertreter im Ausland auslöste, empfahl Jurenev seinen Mitarbeitern, ihre »Freizeitgestaltung« sozialistischen Vorgaben anzupassen und sich lieber der körperlichen Ertüchtigung zu widmen, spazieren zu gehen oder Bergwanderungen zu unternehmen.⁴⁷⁹

Personelle Umstrukturierungen und »Säuberungen«, welche auf eine Stärkung der »Parteibasis« abzielten, hatten seit 1927/28 die Personalstruktur des NKID gravierend verändert.⁴⁸⁰ In Anbetracht dieser Politik reagierten etliche im Auslandsdienst tätige Genossen mit der Weigerung, in die UdSSR zurückzukehren. Während dem NKID auf diese Weise relativ wenig Mitarbeiter, wenngleich durchaus prominente (neben Besedovskij kehrte beispielsweise auch der an der Bevollmächtigten Vertretung in Schweden tätige Sergej Vasil'evič Dmitrievskij nicht mehr in die Sowjetunion zurück) abhanden kamen, waren die solcherart zustande gekommenen »Abgänge« im Bereich der Außenhandelsvertretungen einigermaßen zahlreich. 225 Mitarbeiter traten zwischen 1921 und 1929 nicht mehr die Heimreise an.⁴⁸¹ Hinzu kam ein radikaler Stellenabbau. Das reduzierte beispielsweise bis 1929/30 auch die Zahl der an der Wiener Handelsvertretung der Sowjetunion Tätigen auf unter 20 Personen. Sie umfasste damit nur mehr ca. die Hälfte des Mitte der zwanziger Jahre fast 40 Mitarbeiter zählenden Stabes.⁴⁸² Ungeachtet des Umstands, dass ein Großteil der Agenden bezüglich des Handels mit Österreich über die Vertretung in Berlin abgewickelt wurde, konstatierte der Leiter der Wiener Zweigstelle, Ivanov, 1931 eine »Überforderung« des noch vorhandenen Personals. Der rigorose Sparkurs habe die Arbeit ebenfalls erschwert, meldete er in einem Bericht nach Moskau. Die ganze bisherige Reform hielt er für »systemlos«.⁴⁸³

Wer jetzt Kritik an den Vorgaben von oben übte, konnte nicht sicher sein, ob solche Offenheit nicht früher oder später zum Anlass genommen würde, um den Betroffenen – in welcher Form auch immer – loszuwerden. Das Klima innerhalb der sowjetischen Apparate verschärfte sich immer mehr. Für die österreichischen Diplomaten in der UdSSR stand fest, dass nicht nur das NKID-Personal im Ausland unter einer zunehmenden Bespitzelung litt, sondern dass unter solchen Voraussetzungen auch die Volkskommissariatsmit-

479 RGASPI 495/4/283/33/90.

480 Vgl. dazu auch RGASPI 17/162/6/15: Protokoll Nr. 7 der geschlossenen Sitzung des Politbüros vom 26.1.1928 (Sondernr. 7). Im Zuge der Säuberungsaktion im NKID zwischen 1927 und 1930 verloren etwa 30 Prozent der NKID-Mitarbeiter ihre Arbeit. Vgl. Haue: *Perzeption und Quellen*, 405.

481 Knoll: *Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten*, 132f.

482 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA Präs: (Karton 95) Liasse 24 Diplomaten 8/1, Zl. 10.356/K 1925, Personal der Gesandtschaft der UdSSR, 4.4.1925.

483 RGAÉ 413/13/43/55–59: Torgpredstvo an das NKVT, 10.2.1931.

arbeiter in Moskau jederzeit mit Unannehmlichkeiten rechnen mussten. Der österreichische Vertreter in Moskau, Heinrich Pacher, konstatierte im November 1932 eine bewusste Isolierung des diplomatischen Korps in Moskau seitens der lokalen Behörden inklusive systematischer Überwachung. Und er sah das NKID im Nachteil gegenüber der Geheimpolizei: Das Außenressort sei von der GPU unterwandert, der Großteil des Personals völlig eingeschüchtert.⁴⁸⁴ Währenddessen landeten in den Russlandakten des Bundeskanzleramtes Berichte über eine »psychische Erkrankung« Stalins. Offenbar konnten sich die Verfasser solcher Texte nur so erklären, warum sich eine Atmosphäre allgegenwärtigen Misstrauens und offenen Terrors gegen jede Art von angeblicher »Abweichung« breitgemacht hatte.⁴⁸⁵

Pachers Hinweis auf die zunehmende Isolierung des diplomatischen Korps hatte bereits mit dem Ende der NĚP-Politik begonnen. Damit einhergehend hatten sich auch die Bedingungen für die Informationsbeschaffung verschlechtert. Ausländische Journalisten bekamen immer seltener die Gelegenheit, Interviews mit den sowjetischen Entscheidungsträgern zu führen. Als schließlich auch die Bewegungsfreiheit von Ausländern eingeschränkt wurde, schrumpften die Möglichkeiten einer hinter die Kulissen blickenden Berichterstattung aus der Sowjetunion auf ein Minimum.⁴⁸⁶ Für die Arbeit der Diplomaten hatte diese Entwicklung ebenso schwerwiegende Folgen. Es darf daher nicht verwundern, dass viele Berichte der österreichischen diplomatischen Vertretung in Moskau bereits ab 1927/28 in ihrer Substanz nicht über eine Art Pressechau hinauskamen. Auf diese Weise wurde das, was in den Zeitungen stand, als »Linie« des Kremls wahrgenommen.

Terror

Das in der Sowjetunion tätige ausländische Vertretungspersonal bekam indes die wachsende Fremdenfeindlichkeit im Land immer deutlicher zu spüren. Unter den in der Sowjetunion befindlichen Österreichern kam es zudem zu

484 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 5/I-5/22, Zl. 24815, 14.11.1932.

485 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 2/12-2/25, Zl. 29.733-13/1930, Kommunistische Partei der Sowjetunion.

486 Vgl. Müller, Wolfgang: Informationen über die Sowjetunion: Zum Problem der deutschen Berichterstattung über die UdSSR 1924–1933, in: Niedhart, Gottfried (Hg.), *Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917*, Paderborn 1983, 53–60 und vgl. Behrends, Jan C.: *Repräsentation und Mobilisierung. Eine Skizze zur Geschichte der Öffentlichkeit in der Sowjetunion und in Osteuropa (1917–1991)*, in: Daniel, Ute/Schildt, Axel (Hg.): *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln/Weimar/Wien 2010, 229–254.

zahlreichen Verhaftungen. Im November 1933 sprach Heinrich Pacher in dieser Angelegenheit mehrmals im NKID vor. Der Wortwechsel mit seinem Gegenüber, dem NKID-Mitarbeiter David Štern von der 2. Westeuropäischen Abteilung des NKID, war überaus heftig. Der Botschafter verlangte die Freilassung der Inhaftierten mit größtem Nachdruck, und er legte sich bei der Beurteilung des sowjetischen Polizei- und Justizwesens keinerlei Zurückhaltung auf. Diesem sei, sagte er unumwunden, nicht zu trauen.⁴⁸⁷

Gefährlich wurde es unter diesen Bedingungen auch für sowjetische Staatsbürger, die im Dienste fremder Gesandtschaften standen. 1931 etwa verhaftete die OGPU den bei der österreichischen diplomatischen Vertretung angestellten Chauffeur Konstantin Gusev wegen angeblicher Spionage. Der Protest des Gesandten Heinrich Pacher blieb ergebnislos.⁴⁸⁸ Zwei Jahre später traf es den Botschaftsangestellten Traugott Mayer, der ebenfalls wegen Spionage ins Gefängnis kam. Den Beteuerungen von sowjetischer Seite, wonach der Verhaftete sein Verbrechen gestanden habe und obendrein in flagranti überführt worden sei, schenkte der österreichische Botschafter keinen Glauben. Er hielt die ganze Angelegenheit für inszeniert und meinte, dass der Tatbestand der Spionage lediglich ein Vorwand sei. Den eigentlichen Grund, warum Mayer festgehalten wurde, erblickte er vielmehr in dem Umstand, dass der Betreffende Sohn eines protestantischen Geistlichen war.⁴⁸⁹ Doch Pachers Vorsprache im NKID blieb ergebnislos – umso mehr als Mayer sowjetischer Staatsbürger war. Doch auch kurze Zeit später, als ganz offensichtlich immer mehr österreichische Staatsbürger verhaftet wurden, erreichte der Gesandte mit seinen Eingaben nicht viel. Zudem trat er nicht unbedingt sehr diplomatisch auf, denn er gab David Štern in einem Gespräch zu verstehen, dass er es gar nicht verstünde, warum man überhaupt den Wunsch hege, in die Sowjetunion zu reisen. Das habe er auch einigen der jetzt in Schwierigkeiten befindlichen Landsleute gesagt⁴⁹⁰: »Wäre ich nicht Diplomat, würde ich im Traum nicht daran denken, in die Sowjetunion zu fahren!« Daraufhin entgegnete Štern brüskiert, dass es für ihn von »minimalem Interesse« sei, was für nachträgliche Ratschläge Pacher

487 AVP RF 066/16/114/2/68–73: Notiz über ein Gespräch mit Pacher (Štern), 25.11. und 7.11.1933.

488 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 668) Zl. 24564-13/1931, 13.8.1931.

489 AVP RF 066/17/114/3/57: Notiz über ein Gespräch mit Pacher (Štern), 28.9.1933.

490 1931 emigrierten 1262 Österreicher in die Sowjetunion. 1932 reduzierte sich die Zahl auf 896. In den Jahren davor und danach lag sie zwischen 26 und 433 (1926) Personen. Vgl. McLoughlin/Schafranek/Szevera: *Aufbruch, Hoffnung, Endstation*, 73. Die Gesandtschaft in Moskau beobachtete diese Entwicklung mehr oder weniger aufmerksam. Pacher sammelte seit Beginn seiner Tätigkeit Berichte über die Lebensverhältnisse österreichischer Arbeitsemigranten in der Sowjetunion, die dann auch an das Wanderungsamt in Wien weitergeleitet wurden. Er sprach sich immer wieder dafür aus, die Schilderung der Verhältnisse im Sowjetreich seitens verschiedener Österreicher als abschreckendes Beispiel zu verwenden, um Auswanderungswillige von ihrem Entschluss abzuhalten. Dazu die Akten in: AT-OeStA/AdR BKA Wanderungsamt: (Karton 374).

den betreffenden Personen, die jetzt von Lagerhaft oder schlimmeren Konsequenzen bedroht waren, erteile. Der Ton zwischen den beiden Männern wurde immer rauer. Pachters Interventionen halfen den vom Terror erfassten Österreichern wenig bis gar nichts.⁴⁹¹

Um Traugott Mayer zu entlasten, hatte Pacher ein etwas merkwürdiges Argument vorgebracht. Der vermeintliche Spion sei, so der Gesandte, »zu dumm«, um einer konspirativen Tätigkeit nachzugehen.⁴⁹² Einen solchen Vorwurf konnte man Béla Kun freilich nicht machen, wenngleich seine in Wien im Frühjahr 1928 erfolgte Verhaftung Zweifel an der »Professionalität« des Ungarn aufkommen ließen. Seine Tarnung flog auf. Obwohl sich Kuns konspirative Machenschaften nicht auf Österreich, sondern auf Umstrukturierungspläne der ungarischen KP bezogen, erinnerte die ganze Causa an das frühere Schreckensszenario von einer in Wien ansässigen »Bolschewikenzentrale«. Die heimische Presse stürzte sich auf die Geschichte. Bundeskanzler Seipel hielt es für angebracht, einer »Schädigung unseres internationalen Vertrauens und unserer Kreditwürdigkeit« entgegenzuwirken, indem man die ganze Angelegenheit mit entsprechender Ernsthaftigkeit behandelte. Da die Regierung in Budapest die Auslieferung Kuns forderte, schienen Unannehmlichkeiten unausweichlich. Während im Verkehr mit den offiziellen Vertretern Österreichs in Moskau seitens des NKID zunächst so getan wurde, als sei die Causa eher unbedeutend, zeigte sich bald sehr deutlich, dass dem Kreml in höchstem Maße an einer Rückkehr des »Genossen« in die UdSSR gelegen war. Seipel hatte indessen trotz seiner sowjetunionkritischen Aussagen in der Öffentlichkeit dem Gesandten Jurenev bereits versichert, eine Lösung zu finden, die Moskau zufrieden stellen werde. Im Juli 1928 erfolgte schließlich Kuns Überstellung in die UdSSR, nachdem er wegen »Geheimbündelei« zu drei Monaten Haft verurteilt worden war und seine Strafe auch abgesessen hatte.⁴⁹³

Das »faschistische« Österreich

Die wirtschaftlichen Abmachungen mit dem »Roten Wien« hinderten die sowjetische Presse nicht, Ende 1927 mit entsprechender Häme über »Koalitionsge-

491 AVP RF 066/16/114/3/67–68, 70–71: Notiz über ein Gespräch mit Pacher (Štern), 25.11.33, 7.11.1933.

492 AVP RF 066/17/114/3/57: Notiz über ein Gespräch mit Pacher (Štern), 28.9.1933.

493 Ausführlich dazu McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 417–419; AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 14/P, 16–19/P, 22–23/P: Béla Kun und Irene Kun; AVP RF 4/1/5/84, l. 41–32, Journal Jurenev, 28.4–11.5.1928; Pravda, 29.4.1928; Pravda, 1.5.1928; Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 200–203.

lüste« der österreichischen Sozialdemokraten und ihre »Anbiederung« an die Regierung zu berichten. Gleichzeitig wurde die Frage gestellt, ob es das Ziel der »Klerikalen und der Bourgeoisie« sei, in Österreich eine »faschistische Diktatur« zu errichten – womöglich mit Hilfe einer Intervention seitens Ungarns oder Italiens.⁴⁹⁴

In den folgenden Jahren wurde von sowjetischer Seite noch viel über den »Entwicklungsgrad« des »Faschismus« in Österreich geschrieben. Sowohl in der Presse als auch in den internen Papieren des NKID ging es bei der diesbezüglichen Beurteilung nicht ohne Widersprüche ab. Mal war von einer fortschreitenden »Faschisierung« die Rede, dann von einer bereits etablierten faschistischen Diktatur und ein anderes Mal von einer angestrebten beziehungsweise sich abzeichnenden.⁴⁹⁵ Zusätzliche Verwirrung stiftete der Begriff des »Sozialfaschismus«. Für die konkrete österreichische Situation bedeutete die hypertrophe Verwendung des »Faschismusbegriffes« etwa in der sowjetischen Zeitungsberichterstattung, dass das Land grob gesprochen aus »Sozialfaschisten«, »Heimwehrafaschisten« und »Klerikofaschisten« sowie den »Faschisten« der NSDAP bestand. Letztere wiederum, auch das musste berücksichtigt werden, waren nicht immer und notgedrungen auf einer Linie mit den sogenannten »Hitler-Faschisten« in Deutschland. Allerdings begann sich das sowjetische diplomatische Korps in Österreich erst 1932, nach den Wahlerfolgen der NSDAP, für diese Partei zu interessieren und entsprechende Informationen zu sammeln. Bis dorthin hatte man die »Braunen« nicht zuletzt auf Grundlage von Einschätzungen durch die österreichische Presse und einzelner Vertretern der Großparteien für eine mehr oder weniger vernachlässigbare Größe gehalten.⁴⁹⁶

Inmitten des anscheinenden Wirrwarrs verschiedener »Faschismen« waren einige NKID-Mitarbeiter um Differenzierung bemüht. Ihre Berichterstattung hebt sich doch sehr weitgehend von einem im hohen Maße selbstreferentiellen System der Informationsaufbereitung etwa seitens der sowjetischen Geheimdienste oder aber der Presse ab.⁴⁹⁷ Čičerin sprach in diesem Zusammenhang

494 Šmidt, M.: Obmanuty nadeždy, in: Izvestija, 23.10.1927.

495 Vgl. dazu u. a. Poljakov, G.: Ugolovnye zakony i ugolovnaja praktika avstrijskogo fašizma, in: Socialističeskaja zakonost', Nr. 10, 1937, 113–117. Allgemein: Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Berlin 1984.

496 Vgl. AVP RF o66/15/113/3/160–161: Journal Jurenev, 4.5.1932 und 5.5.1932.

497 Vgl. dazu die Ausführungen bei Haue: Perzeption und Quellen. Die Verfasserin erachtet die Berichte der Polpredy in Wien sowie die Dossiers des NKID über Österreich sowie die Briefe der Narkomy über Österreich als durchaus dem Bestreben verpflichtet, ideologisches Dekor als zweitrangig zu betrachten. Dass etwa die Sichtweise auf die Sozialdemokratie vorgabenkonform ausfiel, heißt nicht, dass man ihr Tun nicht entsprechend beobachtet und analysiert hätte.

gar vom »Unsinn«, den etwa die *Pravda* des Öfteren und ganz im Bemühen, Feindbilder zu verstärken oder aber zu bestätigen, über das Ausland verbreitete.⁴⁹⁸ Dass Stalin ungeachtet einer realitätsorientierteren Berichterstattung des NKID ideologische und machtpolitische Überlegungen an erste Stelle setzte, ist freilich ebenso zu berücksichtigen.⁴⁹⁹

Trotz vorhandener ideologischer Floskeln und der Bereitschaft, vorgegebene Sichtweisen zu reproduzieren, stand für das NKID das »Sammeln von Fakten« und weniger deren Interpretation in Übereinstimmung mit den Prämissen der »Meinungsdiktatur« im Vordergrund.⁵⁰⁰ Unabhängig von den ausgegebenen Losungen der Komintern oder den Vereinfachungen der Propaganda sollten daher auch die »Spielarten« des »Faschismus«, denen Österreich ausgesetzt war, genauer betrachtet werden. Das zumindest lässt sich aufgrund einzelner Dossiers über die dortige Lage ersehen, wenngleich die Analysen, die mitunter auch die Berichterstattung österreichischer Provinzblätter in ausufernder Art und Weise zu berücksichtigen versuchte, dann doch von einem fehlenden Verständnis der politischen Landschaft Österreichs zeugten. Vor die Aufgabe gestellt, die Masse des auszuwertenden Materials zu bändigen, nahmen bei verschiedenen Gelegenheiten einige Interpreten am Ende wieder bei Simplifizierungen Zuflucht.⁵⁰¹ Wie oberflächlich die sowjetischen Diplomaten zuweilen über die österreichische Situation orientiert waren, illustriert beispielsweise ein Gespräch zwischen Jurenev und Generalsekretär Franz Peter. Letzterer musste dem Sowjetrepräsentanten, der bereits seit geraumer Zeit seine Funktion als Bevollmächtigter Vertreter in Österreich ausübte, erst auseinandersetzen, welche Ziele die Heimwehren überhaupt verfolgten.⁵⁰² Und auch im NKID in Moskau rätselte man noch 1932, ob es sich bei den Heimwehren nicht um »eine Kopie des deutschen Stahlhelms« handle.⁵⁰³ Den sowjetischen Diplomaten sei allerdings zugutegehalten, dass die Heimwehr tatsächlich als politisch äußerst heterogen zu gelten hat, ein Umstand, der sich unter anderem in ihrem Verhältnis zum Legitimus wi-

498 Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, 120.

499 Vgl. O'Sullivan, Donal: Stalins »Cordon sanitaire«. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn / München / Wien / Zürich 2003, 50.

500 Dieser Eindruck spiegelt sich im Wesentlichen auch in der Österreich-Berichterstattung im Magazin *Meždunarodnaja žizn'*, dem Periodikum des Narkomindel, wider. Siehe dazu auch das Kapitel »Die Karausche im Rahm«.

501 Dazu siehe beispielsweise auch den sehr aufschlussreichen Artikel von Vol'skij, R.: Gosudarstvennye formy Avstrijskogo Fašizma, in: *Sovetskoe gosudarstvo*, Nr. 77–90, 1935, 77–90 sowie Minlos, B.: Avstrija na puti k fašizmu, in: *Meždunarodnaja žizn'*, 1929, Nr. 11, 30–46; Šmidt, M.: Avstrija na fašistskom étape, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 11, 1930, 50–69 sowie Rot, A. B.: Pravitel'stvennyj krizis v Avstrii, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 7, 1929, 52–59.

502 AVP RF 066/11/108/3/117: Journal Jurenev, 28.10.1929.

503 AVP RF 066/15/113/3/184: Jurenev an Štern, 20.5.1932.

derspiegelte, für dessen Bedeutung in Österreich sich wiederum Moskau sehr interessierte.⁵⁰⁴

Unabhängig vom Versuch, genauere Analysen über die Lage in Österreich zu erstellen, machte sich in der Beurteilung der österreichischen Innenpolitik indessen freilich vor allem die sowjetische Presse weiterhin grobe Vereinfachungen zueigen. Sie basierten wohl weniger auf einem Unwissen bezüglich der österreichischen Verhältnisse, sondern richteten sich ganz einfach nach den Losungen der Propaganda. So erweckte beispielsweise die Berichterstattung über den Aufmarsch von Heimwehr und Schutzbund in Wiener Neustadt im Herbst 1928 den Eindruck, als gebe es im Prinzip gar keinen Unterschied zwischen den beiden Wehrverbänden. Sozialdemokraten erschienen demnach auch als Faschisten.⁵⁰⁵

Aufmerksam verfolgten sowjetische Beobachter indes auch die Entwicklung hin zur Verfassung des Jahres 1929, die als bedeutende Wegmarke zur Etablierung eines faschistischen Systems interpretiert wurde, eine Sichtweise, mit der Moskau freilich nicht alleine stand.⁵⁰⁶ Dass die in Bezug auf den »Heimwehrafaschismus« gezeigte Kompromissbereitschaft der Sozialdemokraten »entlarvt« werden müsse, forderte schließlich sogar das Politbüro in Moskau.⁵⁰⁷ Währenddessen richtete die Polpredstvo in Wien ihre Aufmerksamkeit nicht zuletzt auf die Haltung der Regierungsspitzen gegenüber der Sowjetunion. Den Kurzzeitkanzler Ernst Streeruwitz hielt Jurenev für jemanden, dessen Haltung gegenüber Moskau abseits der üblichen diplomatischen Höflichkeiten noch feindseliger war als dies für Ignaz Seipel zugefallen hatte.⁵⁰⁸ Dass von seinen Amtsnachfolgern Johann Schober, Carl Vaugoin, Otto Ender und Karl Buresch keine radikale Änderung in der österreichischen Sowjetunionpolitik zu erwarten war, lag nach Ansicht Jurenevs ebenfalls auf der Hand. Allerdings sah man beginnend mit der Kanzlerschaft Streeruwitz' bis hin zu jener unter Carl Vaugoin eine Steigerung hin zu einer, wie es hieß, »noch mehr rechts stehenden faschistischen Regierung«.⁵⁰⁹ Dieser Befund beziehungsweise diese Wortwahl zeigt – unabhängig von der Richtigkeit hinsichtlich der tatsächlichen Tendenz –, dass man eigentlich bereits

504 Vgl. Thaler, Johannes: Legitimus. Ein unterschätzter Baustein des autoritären Österreich, in: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien/Köln/Weimar 2013, 69–86, 80f.

505 Pravda, 9.10.1929.

506 Dazu Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) vor dem Hintergrund der österreichischen Verfassungsentwicklung, in: Wenninger/Dreidemy: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938, 449–470.

507 RGASPI 17/162/7/164, Beilage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 99 der geschlossenen Politbüro-Sitzung.

508 AVP RF 066/11/108/3/59: Journal Jurenev, 13.5.1929.

509 AVP RF 066/11/108/3/99: Kalina an Litvinov, 28.9.1929.

alle Komparative und Superlative in der Definition des »Faschismus« ausgeschöpft hatte.

Bestätigt in ihren Prognosen hinsichtlich Österreichs Schicksal konnten sich die Sowjetdiplomaten mitunter durch ihre Gespräche mit Beamten des Außenamtes in Wien fühlen. Franz Peter zum Beispiel äußerte sich im Jänner 1929 gegenüber Jurenev dahingehend, dass sich der Parlamentarismus »überlebe« und sich ein Staat nach dem anderen in eine Diktatur verwandeln werde. Eine derartige Einschätzung verhieß eine ähnliche Zukunft für Österreich.⁵¹⁰

Für bedeutende Wegmarken hin zu einer ab 1929/30 als unausweichlich beschriebenen Etablierung einer »faschistischen Diktatur« hielten die sowjetischen Beobachter in Österreich auch die blutigen Ereignisse in St. Lorenzen im August 1929, den »Korneuburger Eid« 1930 sowie den Pfrimer-Putsch im darauf folgenden Jahr.⁵¹¹ Nur das Interesse des Auslands an der Erhaltung des Status quo stünde, so meinte Jurenev Anfang 1930, gravierenden Umwälzungen in Österreich entgegen.⁵¹² Überzeugt war man überdies von den Plänen der Heimwehr hinsichtlich einer »physischen Beseitigung« der Sozialdemokratie.⁵¹³ Dem »Zweckoptimismus« der SDAPÖ hinsichtlich der politischen Entwicklung des Landes konnten sich abseits des Getöses der sowjetischen Presse, welche Putsch und Diktatur bereits seit Jahren ankündigte, auch viele sowjetische Beobachter vor Ort bald nicht mehr anschließen. In einem Bericht über Österreich im Jahr 1931, den die Handelsvertretung in Wien nicht zuletzt auf Grundlage ökonomischer Daten und der eklatanten Krisenerscheinungen im österreichischen Bankensektor erstellte, war man der Ansicht, dass eine weitere Radikalisierung bevorstand. Das Ende der Regierung unter Bundeskanzler Karl Buresch im Frühjahr 1932 verknüpfte der Berichterstatter mit einer starken Zurückdrängung des Parlamentarismus und – einmal mehr – mit der Errichtung einer faschistischen Diktatur. Dass Österreich unter solchen Voraussetzungen »früher oder später« seine Eigenständigkeit einbüßen werde, hielt man für unausweichlich.⁵¹⁴

Den pessimistischen Prognosen der sowjetischen Beobachter entgegenstanden waren lange Zeit hindurch die von verschiedenen Sozialdemokraten – allen voran Otto Bauer – eingeholten Meinungen über die Zukunft Österreichs. Zumindest gegenüber den sowjetischen Genossen betonten die auf die innere Lage des Landes angesprochenen Vertreter der SDAPÖ spätestens ab

510 AVP RF 066/11/108/3/24: Journal Jurenev, 8.1.1929.

511 Z. B. Izvestija, 14.9.1931 (»Popytka fašistskogo perevorota v Avstrii«); Izvestija, 15.9.1931 (»Likvidacija popytki fašistskogo putča v Avstrii«); Pravda, 17.9.1931 (»Geroi i režissery fašistskogo putča«).

512 AVP RF 04/1/6/102/7: Jahresbericht über Österreich (Jurenev an Litvinov), 30.1.1930.

513 AVP RF 066/11/108/3/101: Jurenev an Litvinov, 28.9.1929

514 RGAĖ 413/13/296/33–58: Bericht über die Konjunktur in Österreich für 1931.

1929 im Regelfall zwar eine sich verschärfende innenpolitische Tendenz. Die Gefahr eines »faschistischen Putschs« mit anschließender Diktatur wurde im Regelfall allerdings als vorhanden, aber als nicht unmittelbar akut bezeichnet. Hervorgehoben wurde des Weiteren die Fähigkeit, ein etwaiges gewaltsames Vorgehen der Gegenseite entsprechend abzuwehren. Die sowjetischen Gesprächspartner hielten den Schutzbund freilich für ein eher schwaches Instrument, das lediglich Verteidigungsmaßnahmen ergreifen könne.⁵¹⁵

Es stellt sich die Frage, inwiefern der Gedankenaustausch zwischen österreichischen Sozialdemokraten und den Sowjetrepräsentanten in Wien in einzelnen Punkten über Floskeln hinauskam. Die Kommunikation zwischen den beiden linken Lagern ging gewiss nicht frei von ideologischen Vorbehalten und in Unkenntnis gerade aktueller Lösungen zur Verunglimpfung des jeweils anderen vorstatten. Das Klima zwischen »links« und »links« endgültig zu vergiften drohte schließlich die ab 1928/29 mit der Linkswendung der Komintern zu einer Einheitsfrontpolitik »nur von unten« verstärkt propagierte »Sozialfaschismusthese«, welche die Sozialdemokraten zum Hauptfeind der kommunistischen Weltbewegung machte. Otto Bauer hatte die »Spaltung der Arbeiterschaft« durch die Komintern als »Verbrechen« bezeichnet.⁵¹⁶ Eine unumwundene Offenheit in den Unterredungen zwischen ihm und seinem jeweiligen sowjetischen Gegenüber darf also nicht vorausgesetzt werden.⁵¹⁷ Bedenkt man, dass nach sowjetischer Lesart Sozialdemokraten als eigentliche Wegbereiter des Faschismus zu gelten hatten und in diesem Zusammenhang vor allem Otto Bauer von der sowjetischen Propaganda in den Vordergrund gerückt wurde⁵¹⁸, darf es nicht wundern, wenn der Polpred dem NKID in regelmäßigen Abständen davon berichtete, dass die SDAP nichts sehnlicher anstrebe als eine Regierungsbeteiligung.⁵¹⁹ Wenngleich 1930/32 »einige Anzeichen« vorhanden gewesen waren, die in diese Richtung gewiesen hatten⁵²⁰, stand die sowjetische Presse hier ganz im Dienst einer Propaganda, welche in erster Linie die »sozi-

515 AVP RF 066/11/108/3/101: Jurenev an Litvinov, 28.9.1929.

516 Vgl. AZ, 14.8.1928.

517 Vgl. dazu Ernst Hanischs Einschätzungen zu Otto Bauers grundsätzlicher Einstellung gegenüber der Sowjetunion, die sich nach 1934 sicherlich noch einmal gewandelt hatte: »Der Wunsch des Gläubigen, einen konkreten Ort zu finden, wo der Sozialismus (wenn auch unter großen Schmerzen und Opfern) aufgebaut werde, war bei Bauer stärker als das kritische Potenzial des unabhängigen Intellektuellen.« Hanisch: Otto Bauer, 354.

518 Vgl. eine Rede Bucharins, in der er vor allem die Kritik Bauers am sowjetischen Terror und am anti-demokratischen System in der UdSSR ablehnte. Bucharin meinte, dass es sehr wohl andere Parteien in der Sowjetunion gebe. Nur seien deren Mitglieder alle im Gefängnis. Diese Aussage Bucharins rief laut Zeitungsbericht Applaus unter den Anwesenden hervor. Izvestija, 13.11.1927.

519 Vgl. AVP RF 04/1/6/102: Jurenev an Litvinov, 10.1.1930; Briefe und Berichte der Polpredstvo an das NKID, 27.3.–26.7.1930.

520 Vgl. Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, 301.

aldemokratische Kollaboration« mit »Bourgeoisie« und Faschismus darstellen wollte. Darüber hinaus meinte etwa Jurenev im Frühjahr 1932, als er eine Koalitionsregierung mit Beteiligung der SDAP für eine gewissermaßen ausgemachte Sache hielt, dass so oder so bereits eine Koalition bestünde.⁵²¹

Bei alledem wird man auch zu berücksichtigen haben, dass sich seit dem Ende der 1920er Jahre die Sozialdemokraten vor den Russen immer weniger als verlässliche Analysten der österreichischen Innenpolitik präsentierten. Jurenev beispielsweise nahm Karl Renner bald nur mehr als »alte Plaudertasche« wahr, die gerne Anekdoten erzählte – zum Beispiel über das Zustandekommen der Verhandlungen betreffend die Zollunion. Laut Renner hatte Schober gegenüber dem deutschen Außenminister Curtius das Thema bloß beiläufig erwähnt. Curtius aber habe sich sehr zur Überraschung Schobers sofort auf ein solches Projekt gestürzt und Unvorhersehbares in Gang gesetzt.⁵²²

Darüber hinaus erschienen die Sozialdemokraten zunehmend ratlos. In der Zeitschrift *Der Kampf* fragte Oskar Pollak im Februar 1933 wohl in Anlehnung an Lenin: »Was tun?«. Er unterstrich zwar die Überzeugung vieler, vor großen Umwälzungen zu stehen, und rief dazu auf, angesichts des erwarteten nahen Untergangs des Kapitalismus die Notwendigkeit einer forcierten »rote[n] Rüstung« zu erkennen. Doch die Aufforderung, eine »planmäßige Aktivierung der Partei« voranzutreiben, um zu gegebenem Zeitpunkt den »Angriff zur Eroberung der Macht« zu unternehmen, wirkte bei aller »Kampfeslust« einigermaßen abgegriffen.⁵²³ Was davon zu halten war, zeigte sich schon im darauf folgenden Monat. Der Kurs der SDAP nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 stellte sich nicht nur aus Moskauer Perspektive als permanentes Rückzugsgefecht gegenüber der »faschistischen Diktatur« dar. Ungeachtet der immer rigoroseren vorangetriebenen Zurückdrängung der Sozialdemokraten seitens der Regierung unter Kanzler Dollfuß rief Karl Renner seinen Genossen ein Goethe-Zitat in Erinnerung, das dem Wunsch eines Teils der SDAP nach aktiver Gegenwart widersprach: »Nichts taugt Ungeduld, noch weniger die Reue.«⁵²⁴ Dem entsprechend berichtete auch die TASS aus Wien im Oktober 1933 über den Parteitag der Sozialdemokraten. Letztere, so hieß es, verfolgten eine »Selbstmordpolitik«.⁵²⁵ Schon vor dem Februar 1934 hatte die Sowjetvertretung die SDAPÖ gewissermaßen »abgeschrieben«.

521 AVP RF 066/15/113/3/121–123: Jurenev an Krestinskij, 7.4.1932.

522 AVP RF 066/15/113/3/179: Journal Jureneva, 19.5.1932.

523 Pollak, Oskar: Was tun?, in: *Der Kampf*. Sozialdemokratische Monatsschrift, Jg. 26, Februar 1933, Nr. 2, 1f.

524 VGA, Partei-Archiv vor 1934: Parteitage, Parteikonferenzen etc. 1916–1933, Mappe 65 A: Reichskonferenz 15./16.4. 1933.

525 GARF R-4459/2/600/32: Bericht über die Lage in Österreich, 19.19.1933.

Probleme mit dem geradezu ubiquitären Faschismusbegriff hatte indessen allen voran der scheidende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Georgij Čičerin brachte in einem Brief an Vjačeslav Molotov aus dem Oktober 1929 sein Befremden über die scheinbar unreflektierte Verwendung dieses Begriffs zum Ausdruck. Er hielt wenig davon, alles, was als reaktionär und bourgeois gelte, nunmehr als faschistisch zu bezeichnen. Ein solcher Sprachgebrauch führe dazu, meinte der gesundheitlich schwer angeschlagene Narkom, der immer mehr in Opposition zu Stalins Politik geraten war, dass auch »Ivan der Schreckliche« ein »Faschist« gewesen sei.⁵²⁶

Verschärfungen

Čičerins Tage als Volkskommissar für Äußeres waren gezählt. Formal wurde er im Juli 1930 von Maksim Litvinov abgelöst, wobei Letzterer bereits seit einiger Zeit de facto die Leitung des NKID übernommen hatte. Karl Hudeczek von der österreichischen Vertretung in Moskau würdigte in einem Bericht an den Bundeskanzler anlässlich des Wechsels an der Spitze des Narkomindel Čičerin als Person und hob seine Verdienste als »Außenkommissar« hervor. Für den Nachfolger des scheidenden NKID-Chefs fand er weniger freundliche Worte. Dieser sei ein »gefügliches Werkzeug« Stalins, dessen Wesen von »List und Verschlagenheit« geprägt sei. Allerdings identifizierte er ihn als »glänzenden Unterhändler«.⁵²⁷

Die Fähigkeit, auf dem grünen Tisch zu überzeugen, war in Bezug auf das Verhältnis zwischen Österreich und der Sowjetunion in den kommenden Jahren durchaus gefragt. Doch die Unterredungen zogen sich hin. Im Fokus standen dabei die Wirtschaftsbeziehungen. Die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen erfuhren aufgrund der jeweiligen ökonomischen Interessen in beiden Ländern gravierende Änderungen. Diese wiederum machten sich in Hinblick auf den sowjetischen Kurs gegenüber den sogenannten »gemischten Gesellschaften« bemerkbar. Nachdem sie der sowjetischen Forderung nach einer Erhöhung des Kapitals nicht nachkam, erfolgte 1929 die Liquidation der Rus(s)avstorg. Letztere galt sozialdemokratischen Funktionären offenbar als »kapitalistische« Konkurrenz zur RATAO.⁵²⁸ Diese wiederum hielt sich bis 1933/34, wobei sich die Sowjetdiplomaten nicht unbedingt glücklich darüber

526 RGASPI 82/11/824/85: Čičerin an Molotov, 18.10.1929.

527 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: GSB Moskau, Zl. 51/p, 26.7.1930.

528 Vanry: Der Zaungast, 177.

zeitigen, dass – wie es hieß – die Österreicher die Auflösung permanent verzögert hatten.⁵²⁹ Schon seit Ende der 1920er Jahre hatte Moskau eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber dem ausländischen Konzessionswesen eingenommen, ein Umstand, der 1929/30 dafür sorgte, dass auch dem in der UdSSR erfolgreichen Wiener Unternehmer Bernhard Altmann die Möglichkeit zur Weiterführung seines Textilbetriebs genommen wurde.⁵³⁰

1931 führte dann ein österreichisches Einfuhrverbot von Eiern und Geflügel aus der Sowjetunion für Verstimmung in Moskau. Die Sperre ging hauptsächlich auf die Initiative von Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß zurück, wobei sich die Maßnahme vor allem gegen den Import angeblich verseuchter Hühner richtete. Dass die Sowjetunion daraufhin mit Stornierungen von Bestellungen aus Österreich drohte, war vorhersehbar. Der Landwirtschaftsminister aber wollte sich den »Erpressungsversuchen« der Russen nicht beugen. Der Vorschlag der sowjetischen Seite, offene Fragen bezüglich des Handelskontakts im Wege eines zu schließenden Abkommens zu klären, traf zumindest im Landwirtschaftsministerium auf wenig Interesse. Daran konnte nicht einmal eine seitens Moskau in Aussicht gestellte Auftragssumme in Höhe von drei Millionen US-Dollar für die österreichische Wirtschaft etwas ändern. Im Ministerrat vom 7. August 1931 machte Dollfuß unmissverständlich deutlich, dass er auf einen »Handelsvertrag mit Russland den geringsten Wert« lege.⁵³¹ Einer Berücksichtigung sowjetischer Wünsche in Hinblick auf ein Veterinärabkommen oder die Gewährung einer Meistbegünstigungsklausel wirkten seiner Meinung nach die österreichischen Eigeninteressen entgegen. Handelsminister Heinl stand mit seinem Hinweis auf die Bedeutung des Russland-Handels in Anbetracht der Bilanzen der vergangenen Jahre und mit seinen Bedenken bezüglich einer allzu harten Linie gegenüber Moskau mehr oder weniger allein da.⁵³² Nichtsdestoweniger kam es zu Verhandlungen, die eher aufgrund einer Art Verlegenheit der Österreicher angesichts unausgesetzter sowjetischer Nachfragen begannen als infolge eines wirklichen vorhandenen Willens der Entscheidungsträger in Wien. Dieser Eindruck ergibt sich auch aus den diesbezüglichen Gesprächsprotokollen, welche die sowjetische Seite angefertigt hatte: Die Vertreter der UdSSR wirkten beinahe als Bittsteller, während sich die österreichischen Unterhändler zurückhaltend gaben.⁵³³

529 AVP RF 066/15/113/3/236: Jurenev an Krestinskij, 14.10.1932. Zur Liquidierung der RATAO bei Markert / Geyer: Sowjetunion, 73. Dort heißt es, die Tätigkeit der RATAO sei per Liquidationsvereinbarung vom 25.2.1934 zu Ende gegangen.

530 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 283–288, 311–316.

531 Zit. nach ebd., 344.

532 Ebd., 345.

533 RGAÉ 413/13/43/38–55: Aufzeichnungen zu einer Besprechung im BKA am 3.10.1931.

Auf das mangelnde Interesse der Wiener Regierung führte schließlich die sozialdemokratische Opposition den Umstand zurück, dass die Unterredungen mit der Sowjetdelegation schon bald ins Stocken gerieten. Im Oktober 1931 machte die SDAP die Causa sogar im Parlament zum Thema. Man sprach von einer »Sabotage« der Vertragsverhandlungen, für die die *Arbeiter-Zeitung* vor allem den Landwirtschaftsminister verantwortlich machte.⁵³⁴

In den nächsten Monaten blieben die Unterredungen über die Zukunft der beiderseitigen Wirtschaftskontakte bestimmend für das österreichisch-sowjetische Verhältnis. Beide Seiten schienen sich auf ihre Standpunkte zurückzuziehen, eine Verständigung wurde immer unwahrscheinlicher. Als im Mai 1932, just in jenem Monat, in dem Engelbert Dollfuß Kanzler wurde, der Abbruch der Verhandlungen erfolgte, kommentierte *Der österreichische Volkswirt* das Ende der Gespräche so: »Die Verhandlungen sind hauptsächlich, aber nicht ausschließlich an der Frage der Bezahlung eines Teils der älteren russischen und der neuen Aufträge in Schilling statt in Dollars und anderen vollwertigen Währungen gescheitert [...]. Österreich wird also weiterhin keine Bestellungen aus Russland erhalten und dadurch ist eine ganze Reihe von industriellen Unternehmungen, die größtenteils auf Lieferungen nach Russland angewiesen sind, von der Stilllegung bedroht.«⁵³⁵ Ein wesentlicher Faktor für den Abbruch der Verhandlungen war nicht nur die Frage der Bezahlung in Dollars oder Schillingen gewesen, sondern auch die Höhe des zu vereinbarenden Auftragsvolumens von sowjetischer an die österreichische Seite.

Für die Sozialdemokraten, die ihrerseits den Grund für das Scheitern in ideologischen Motiven suchten, lag auf der Hand, dass man es hier nicht mit einer sachlichen Entscheidung, sondern einer »rein politische[n] Maßnahme« der »bürgerlichen Parteien« zu tun hatte.⁵³⁶ Dass, wie der neue Handelsminister Guido Jakoncig meinte, nicht die österreichische, sondern die russische Delegation die Verhandlungen abgebrochen hatte, änderte in den Augen der SDAP nichts an ihrem Eindruck.⁵³⁷ Auch in der Nachbetrachtung erscheint es nahezu unmöglich, in Bezug auf die Haltung der verantwortlichen Personen auf österreichischer Seite keine weltanschaulichen Implikationen zu sehen. Zu offensichtlich war vor allem der Antibolschewismus des neuen Manns an der Spitze der Regierung.⁵³⁸

534 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 345.

535 Zit. nach ebd., 347.

536 Zit. nach ebd., 348.

537 Ebd., 349.

538 In diesem Sinne argumentierte auch die sowjetische Historiographie. Vgl. Ioffe, A. E.: *Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza 1928–1932 gg.*, Moskva 1968, 336f.

Umso erstaunlicher sind in diesem Zusammenhang die Berichte von der sowjetischen Gesandtschaft sowie der Handelsvertretung über den Verlauf der Gespräche, die nach Moskau gingen. Zwar war sich Jurenev bewusst, dass die Unterredungen von den Österreichern bewusst in die Länge gezogen wurden, und er mokierte sich auch über ausweichende Stellungnahmen von Dollfuß, der zwar den Kompromissbereiten mimte, dann aber ausweichend reagierte und auf Nachfrage der Russen bezüglich einer Wiederaufnahme der immer wieder stockenden und schließlich abgebrochenen Gespräche mitunter in »klägliches Gestammel« verfiel.⁵³⁹ Ungeachtet dessen sah der Sowjetrepräsentant – einmal mehr – den eingeschränkten Handlungsspielraum seiner Verhandlungspartner sowie durchaus deren Bereitschaft, Kompromissvorschläge zu unterbreiten. Auch die Handelsvertretung kommentierte gegenüber Moskau die Gespräche mit den Österreichern in diesem Sinne. Die sowjetischen Vertreter erkannten sehr wohl, dass vor allem Landwirtschaftsminister Dollfuß bremsend auf die Verhandlungen einwirkte, aber sie orteten insgesamt weniger ideologische als vielmehr pragmatische Gründe, die es der österreichischen Delegation verunmöglichten, den Rahmen der vorgelegten Zugeständnisse zu Gunsten der sowjetischen Vorstellungen abzuändern. Die Handelspolitik der Alpenrepublik, meinten die Experten der Torgpredstvo in Wien, ziele auf eine Verständigung mit den Nachbarländern ab und erblicke nun einmal keine Prioritäten im Warenaustausch mit der UdSSR.⁵⁴⁰ Tatsächlich war Österreich zu einem »Hochschutzzollsystem« übergegangen, das den Außenhandel, gepaart mit einer Reihe von zusätzlichen Regulierungen, ab dem Beginn der 1930er Jahre grundlegend umstrukturierte.⁵⁴¹

Jurenev jedenfalls hatte bei all den Querelen seine liebe Not mit den bezüglich der Verhandlungsführung aus Moskau kommenden Direktiven. Die ganze Angelegenheit wurde in unzähligen Briefen und Berichten, Dossiers und Notizen abgehandelt. Sogar im Politbüro hatte man sich mit der Angelegenheit befasst. Jurenev wurde unter anderem beauftragt, alles zu vermeiden, was die Schuld für das bereits sehr früh drohende Scheitern der Unterredungen der sowjetischen Seite anlasten könnte. Doch aus Sicht des Polpreds gab man ihm kein Instrument in die Hand, um einen solchen Schein zu wahren. In Bezug auf die Höhe des den Österreichern zu offerierenden Auftragsvolumens blieb Moskau stur. Vor allem Litvinov forderte eine harte Gangart. Ihn erzürnte wie-

539 AVP RF 066/15/113/3/241: Journal Jurenev, 15.10.1932.

540 RGAĖ 413/13/296/33–36: Bericht über die Konjunktur in Österreich für 1931.

541 Vgl. dazu Senft, Gerhard: Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938, Wien 2002, 315–327.

derum die Hartnäckigkeit der im Namen der Regierung in Wien verhandelnden Personen. Jurenev sah unter diesen Bedingungen das Ende der Handelsbeziehungen als unausweichlich an – mochte er auch noch so dringend vor einer solchen Konsequenz warnen. Als dann passierte, was passieren musste und Jurenev das Ende der Gespräche seinen Vorgesetzten im NKID meldete, hieß es, der Gesandte solle dennoch und weiterhin auf einen Vertrag hinarbeiten. Eine Änderung der Moskauer Position wurde daraus aber nicht abgeleitet, und Jurenev gab daraufhin gegenüber Krestinskij zu bedenken, dass die Österreicher »nicht bloß unserer schönen Augen wegen« ihrerseits auf Forderungen verzichten würden.⁵⁴²

Die durchaus widersprüchliche Haltung Moskaus gegenüber der Frage der Handelsbeziehungen mit Österreich, die zwischen Gleichgültigkeit und geradezu übersteigertem Interesse an einer Aufrechterhaltung der Kontakte schwankte, ist zweifelsohne auch auf die mit dem Fünfjahresplan einhergehenden Änderungen im sowjetischen Außenhandel insgesamt zurückzuführen. Tiefgreifende Umstrukturierungen des bürokratischen Apparates sowie neue, teils unrealistische Vorgaben betreffend Außenwirtschaft und Industrialisierung verursachten ein »planmäßiges Chaos«.⁵⁴³ Der Devisenmangel und der Rückgang an Exportgütern trugen ebenfalls dazu bei, dass der sowjetische Außenhandel in Turbulenzen geriet.⁵⁴⁴

»Kränkungen«

Man wird es als durchaus bemerkenswert bezeichnen dürfen, dass Dollfuß im November 1932 anlässlich eines Empfangs mit dem Polpred mehr oder weniger unumwunden über seine Haltung zu den Sozialdemokraten sprach. Diese Offenheit erscheint umso erstaunlicher, als der Kanzler nur wenige Wochen zuvor, im Ministerrat vom 10. September 1932, sein Bedauern darüber äußerte,

542 Vgl. vor allem die zahlreichen diesbezüglichen Berichte in: AVP RF 066/15/113/3 und 05/11/74/26 sowie beispielsweise folgende Politbürositzungen in RGASPI 17/162/13/ 82, 94: Protokoll Nr. 114 der Politbürositzung vom 1.9.1932; 17/162/11/187: Protokoll Nr. 89 der Politbürositzung vom 23.2.1932; 17/162/11/107, 119: Protokoll Nr. 82 der Politbürositzung vom 8.1.1932 und Protokoll Nr. 61 vom 10.9.1931.

543 Vgl. Flor, Patricia: Die Sowjetunion im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Außenhandel, Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung 1928–1933, Berlin 1995, 226.

544 Vgl.: Merl, Stephan: Handlungsspielräume und Sachzwänge in der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Fischer, Wolfram (Hg.): Sachzwänge und Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit, St. Katharinen 1985, 175–229 und Nötzold, Jürgen: Außenwirtschaftsbeziehungen und Industrialisierungsstrategien am Ende der Neuen Ökonomischen Politik, in: Erler, Gernot/ Süß, Walter (Hg.): Stalinismus. Problem der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt am Main 1982, 66–87.

dass sich kein Staat dazu bereit fand, »Europa zu einem einhelligen Vorgehen gegenüber Russland zu bringen«. ⁵⁴⁵

Ganz offensichtlich war der Kanzler immer noch tief getroffen von den Auseinandersetzungen mit Otto Bauer, die im Oktober 1932 im Parlament, und zwar in Zusammenhang mit der Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ⁵⁴⁶, stattgefunden und überaus scharfe Formen angenommen hatten. Der betreffende Konflikt mit Otto Bauer wird in der Historiografie als einschneidend für Dollfuß' weitere Politik gegenüber der SDAPÖ gesehen. Jurenev jedenfalls nahm den Kanzler als immer noch »gekränkt« wahr, und Dollfuß selbst gab zu, »sehr beleidigt« worden zu sein. Dem Sowjetrepräsentanten vertraute er an, dass er »immer für ein Übereinkommen mit den Sozialdemokraten gewesen sei« und dass er nun, da »man den Staat in seiner Person beleidigt habe, gezwungen sei, Gegenmaßnahmen zu treffen«. ⁵⁴⁷

Auf die »Gefühle« Moskaus wegen der gescheiterten Verhandlungen dürfte Dollfuß freilich keine Rücksicht genommen haben. Im NKID hatte man indessen die Warnungen Jurenevs, wonach ein vollständiges Erliegen des Handels mit Österreich die Beziehungen per se in Frage stellen würden, ernst genommen. Obwohl wirtschaftlich bedeutungslos, kam es im Juli 1933 auf Initiative Maksim Litwinovs zu einem »provisorischen Abkommen« zwischen den beiden Ländern. Zeitungsmeldungen zufolge handelte es sich um einen »Kompensationsvertrag, auf Grund dessen die Russen nach Österreich für 250 000 Golddollar Aufträge vergeben, während Österreich sich verpflichten musste, für 70 % dieses Wertbetrages russische Waren einzuführen, gegen die es sich [...] durch Einfuhrverbote« abspernte. ⁵⁴⁸

Verglichen mit 1930 verringerte sich das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten bis 1933 um 80 Prozent. ⁵⁴⁹ Eine 1936 gesetzte Initiative österreichischer Industrieller zur Belebung der Wirtschaftskontakte mit der UdSSR kam über Ansätze nicht hinaus. ⁵⁵⁰ Im Jänner 1938 hielt die Torgpredstvo in Wien gegenüber Moskauer dezidiert fest, dass seit dem vom 11. Juli 1933 stammenden Übereinkommen, das als lediglich »mündlich« bezeichnet wurde, kein ande-

545 Zit. nach Haas, Hans: Die kollektive Sicherheit und die sowjetisch-österreichischen Beziehungen zur Zwischenkriegszeit, in: Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1989, 60–64, 62.

546 Vgl. Leidinger / Moritz: Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG), 449–470.

547 AVP RF 066/15/113/3/ 257: Journal Jurenev, 3.11. 32.

548 Der österreichische Volkswirt, 22.7.1933, 1027.

549 Peyravan: Zwischen Aufbruch und Abbruch, 352

550 Vgl. ebd. 360f.; RGAË 413/13/44/2: Bund der österreichischen Industriellen an die Handelsvertretung der UdSSR, 23.4.1936.

rer Handelsvertrag mit Österreich bestünde.⁵⁵¹ Allerdings war andernorts von einem »Gentlemen's agreement« vom September 1933 die Rede, das jedoch die Festlegung der Abmachungen vom Juli beinhaltet haben dürfte.⁵⁵²

Zweifelsohne war im März 1933 die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit weniger auf die Vorgänge in Österreich als auf jene in Deutschland gerichtet. Laut Berichten des Gesandten Pacher begnügte sich die sowjetische Presse in erster Linie damit, die diesbezüglichen Darstellungen österreichischer Kommunisten zu reproduzieren. Freilich berichteten, anders als Pacher dies darstellte, *Izvestija* und *Pravda* relativ oft über die Ereignisse in Österreich. Doch verwickelte man sich dabei durchaus in Widersprüche. Waren in der *Pravda* am 16. März 1933 die Kommunisten wichtigstes Ziel des »Terrors«, den der »kleine Dollfuß und seine Diktatur« ausübte, erschienen drei Tage später die Nationalsozialisten in dieser Rolle.⁵⁵³ Und in der Moskauer *Deutschen Zentralzeitung* wurde das Geschehen einmal mehr den Sozialdemokraten angelastet.⁵⁵⁴ Aufmerksam verfolgte die sowjetische Presse des Weiteren auch die Zuspitzungen im österreichisch-deutschen Verhältnis. Dem Druck Berlins, glaubte man hier, würde Dollfuß nicht lange standhalten.⁵⁵⁵ Die Hinwendung des Kanzlers nach Italien interpretierte die Sowjetpresse als »Spaltung der österreichischen Faschisten« in ein deutsches und ein italienisches Lager.⁵⁵⁶

Eine einschneidende Zäsur stellte das Jahr 1933 mit seinen Umwälzungen in den Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR zunächst nicht dar.⁵⁵⁷ Zu einem ähnlichen Befund kommt der Historiker Bert Hoppe im Übrigen auch in Bezug auf das Verhältnis der UdSSR zu Deutschland.⁵⁵⁸ An einer relativ unbeeinträchtigten Weiterführung der Beziehungen konnte auch das Verbot der KPÖ durch die Regierung unter Bundeskanzler Dollfuß nichts ändern. Der neue Kanzler verschärfte freilich den bereits vorhandenen Antibolschewismus, ein Umstand, der sich innen- ebenso wie außenpolitisch manifestierte. Moskau aber konzentrierte sich ohnehin darauf, was in Deutschland vor sich ging. Dort lag der Schlüssel zum Schicksal Österreichs, und davon,

551 RGAÉ 413/13/44/1: Bericht der Torgpredstvo, 15.1.1938. Zustande gekommen war aber ein Übereinkommen über die Ausfuhr von Schnittholz (November 1935) sowie eine Verlängerung des Holz-Ausfuhrabkommens im Oktober 1937. Markert / Geyer: Sowjetunion, 560.

552 AVP RF 066/16/243/120/59: NKID an Petrovskij, 7.2.1934.

553 *Pravda*, 16. und 19.3.1933.

554 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1 Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 16/P., 17.3.1933.

555 *Pravda* und *Izvestija*, 1.6.1933; *Pravda*, 2.6.1933.

556 Vgl. *Izvestija*, 24.9.1933.

557 Vgl. dazu die Einschätzungen bei Low, Alfred D.: *The Anschluss Movement 1931–1938, and the Great Powers*, Boulder / New York 1995, 297.

558 Vgl.: Hoppe, Bert: *Stalin und die KPD in der Weimarer Republik*, in: Zarusky, Jürgen (Hg.): *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung*, München 2006, 19–42.

was in Deutschland passierte, machte der Kreml auch den Großteil seiner Defensiv- bzw. »Friedenspolitik« und schließlich seiner »Österreichpolitik« abhängig.

Teil 2:

Raumkonzepte

Österreich und Mitteleuropa in internationalen Spannungsfeldern – Unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion 1918–1938

Restauration

Obwohl für viele nicht unerwartet, endete die Donaumonarchie dann doch plötzlich. Der »Umbruch« stellte eine Erfahrung dar, die sich den Zeitgenossen nur langsam in ihrer ganzen Tragweite erschloss. Noch dachte man in imperialen Dimensionen. Speziell die Bevölkerung in den deutschsprachigen Gebieten des ehemaligen Habsburgerreiches hielt an alten Denkmustern fest, nannte ihre Organisationen weiterhin oftmals »Reichs«-Vereinigungen und empfand Kritik an der Kaiserzeit bisweilen als Verrat an einer immer noch wirksamen k.u.k. Staatsräson. Zwar wurde der milde Blick zurück und die nostalgische Wehmut nur von Teilen der Gesellschaft getragen, da sozialistische und nationale Kreise mit unterschiedlicher Ausrichtung kein gutes Haar an der »alten Welt« ließen. In allen Fällen aber präsentierte sich der kleine Reststaat, die Alpenrepublik, als unbefriedigendes »Konstrukt«, das die Alliierten gegen den Willen der Einheimischen geschaffen und gegen den weit verbreiteten Wunsch nach der Vereinigung mit dem Deutschen Reich aufrecht erhalten hatten.⁵⁵⁹

Das allseits erkennbare »Großraumdenken« blieb in Bezug auf die Haltung zur k.u.k. Vergangenheit indes nicht nur unter den Österreichern lebendig. Auch die ehemaligen Weltkriegsgegner der Mittelmächte lösten sich keineswegs unverzüglich von bisherigen Vorstellungen und Erwartungshaltungen. Der Begriff »Avstrieec«, der sich in Russland auf alle Völker der untergegangenen Habsburgermonarchie beziehen konnte, war aufgrund der Rivalitäten insbesondere im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert und des »Massenschlachten« ab 1914 auch in der entstehenden Sowjetunion wenig beliebt. Der ins-

559 Leidinger / Moritz: Die Republik Österreich, 45 und 266ff.

gesamt nicht von der Hand zu weisende Verdacht, Österreich könnte sich in Anbetracht seiner Abhängigkeit von den Siegermächten gegen die Stabilisierung des Oktoberregimes wenden, vertiefte die Kluft.⁵⁶⁰

Entschieden ablehnend reagierte man in Paris wiederum auf die 1924 ausgesprochene Anerkennung der »Rätemacht« durch die Alpenrepublik, wobei auch hier die historische Erfahrung mit der Donaumonarchie ins Feld geführt wurde. Neben dem vor allem von Frankreich betonten Verbot eines Anschlusses Österreichs an Deutschland zeigte sich der Quai d'Orsay auch dann empfindlich, wenn die Wiener Entscheidungsträger aus der Sicht der Pariser Regierung dazu neigten, die Verständigungspolitik der Mittelmächte gegenüber den Bolschewiki vom Frühjahr 1918 wieder aufleben zu lassen.⁵⁶¹ Die Franzosen verurteilten freilich in diesem Zusammenhang auch den Kurs der Briten, denen vorgeworfen wurde, mit einer versöhnlichen Haltung gegenüber Moskau auch die ehemaligen Weltkriegsgegner zu einer ähnlichen, den früheren Absprachen ähnelnden Politik zu verleiten.⁵⁶²

Dass indessen die Urteile über den zerfallenen Habsburgerstaat in vielen Regierungskanzleien der europäischen Hauptstädte keinesfalls negativ ausfielen, überrascht vor allem in Hinblick auf die diesbezügliche Moskauer Sichtweise. Beinahe mit Bedauern stellte der sowjetische Außenkommissar Georgij Čičerin fest, dass das Zarenreich im Zuge des Krieges von seiner ursprünglichen Linie abgegangen sei. Statt einer Föderalisierung der Donaumonarchie habe St. Petersburg schließlich auf deren Zerschlagung hingearbeitet, weil das »kaiserliche Russland«, so Čičerin im Dezember 1927, »die Anziehungskraft eines slawisierten Österreich gegenüber den Balkan-Völkern fürchtete«.⁵⁶³ Tatsächlich hatten die Bolschewiki noch 1917/18 im Erhalt der Donaumonarchie eine günstigere Voraussetzung für die Revolutionierung des Donaumaums gesehen als in der nationalstaatlichen Zersplitterung der europäischen Landkarte. Darüber hinaus war es vor allem Georgij Čičerin, der nicht müde wurde, die Vorteile eines großen Wirtschaftsraums, wie es die Monarchie gewesen war, zu betonen. Er war freilich nicht der Einzige, der dem diesbezüglichen Potenzial des Habsburgerreichs nachtrauerte. In anerkennendem Ton meinte 1927 auch der deutsche Außenminister Gustav Stresemann, dass die ehemalige Habsburgermonarchie doch auch »ihre Vorteile gehabt« habe,

560 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 603) Liasse Russland 2/3 1918–1921, Bericht über Sowjetrußland und die Ukraine, Zl. 3803, 12.8.1921.

561 AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Légation de la République Française en Autriche, Vienne, le 12.3.1924.

562 Ebd.

563 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 668) Liasse Russland 5/1-5/4, GSB Moskau Moskau, Zl. 1305/8/P, 18.12.1927.

»indem unter den einzelnen Teilen der Monarchie rege, ungehinderte wirtschaftliche Beziehungen bestanden«. ⁵⁶⁴ Dass diese Äußerungen zu einem Zeitpunkt getätigt wurden, als verschiedene Beobachter aus dem In- und Ausland einen Aufschwung der Anschlussbewegung konstatierten, kann nur auf den ersten Blick überraschen. Die Hervorhebung der Vorteile eines großen Wirtschaftsraums konnte immerhin auch als Argument für den Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland interpretiert werden.

Angesichts verschiedentlich motivierter positiver Beurteilungen der Donaumonarchie fast eine Dekade nach dem »Tod des Doppeladlers« verwundert es nicht, dass die frühere Herrscherdynastie noch lange mit dem Gedanken spielte, die verloren gegangene Machtfülle wiederzuerlangen. In der Retrospektive mag diese Zuversicht naiv anmuten. Einseitig beraten und blind gegenüber den bereits Platz gegriffenen Veränderungen, schätzte der letzte Kaiser seine Chancen auf eine Restauration falsch ein. Selbst die monarchistisch gestimmten Ungarn negierten nach zwei gescheiterten Putschversuchen seine »legitimen Rechte«. Dennoch blieb die Hoffnung. Ehemalige k.u.k. Offiziere fühlten sich an den Eid auf das »schwarz-gelbe Reich« gebunden. Karls Sohn Otto fand in konservativen, aber auch in rechten beziehungsweise faschistischen Kreisen Unterstützung. Das autoritäre österreichische Regime sah sich veranlasst, das »Unrecht«, das der Dynastie angetan worden war, wiedergutzumachen. Die Habsburgergesetze des Jahres 1919, festgeschrieben, nachdem sich Karl bei der endgültigen Verankerung der republikanischen Staatsform zu keinem Thronverzicht bereit erklärt hatte, wurden 1935 aufgehoben. ⁵⁶⁵ Entschädigungen aus verschiedenen Fonds flossen an das »Erzhaus«, die Gedächtnispolitik, etwa im Hinblick auf die »Heldentaten« der »k.u.k. Wehrmacht«, wurde offensiv proburgisch gestaltet. Die kleinen legitimistischen Gruppierungen befanden sich speziell unter Bundeskanzler Kurt Schuschnigg im Aufwind. ⁵⁶⁶ Dass seine Sympathien für eine Wiederherstellung der Monarchie nicht zu diesbezüglich weiterreichenden Folgen führten, lag letztlich vor allem an der Position der Nachbarstaaten und der Großmächte. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die »Habsburgerfrage« und die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit ein zentraleuropäisches Problem mit beträchtlicher internationaler Wirkung darstellten. Großbritannien etwa betrachtete die Angelegenheit nicht zuletzt aus dem Blickwinkel der Budapester Regierung. In Ungarn erstarke

564 ADÖ, Bd. 6: Jahre der Souveränität. 16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930, 170.

565 Dazu Binder, Dieter A.: Die Funktion des Habsburger-Gesetzes von 1919 und seine politisch-historische Instrumentalisierung, in: Beer, Siegfried / Marko-Stöckl, Edith / Raffler, Marlies / Schneider, Felix (Hg.): Focus Austria. Vom Vielvölkerreich zum EU-Staat (= Schriftenreihe des Institutes für Geschichte 15), Graz 2003, 298–317.

566 Vgl. Leidinger / Moritz: Die Republik Österreich, 46.

eine legitimistische Strömung, konstatierte das Foreign Office 1926, um unverzüglich mögliche Folgewirkungen zu bedenken. Die verschiedenen »Konventionen« zwischen den Ländern der Kleinen Entente brächten zwar nirgendwo explizit zum Ausdruck, dass die Restauration ein »casus belli« sei. Die führenden Staatsmänner der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens ließen jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass sie sich entschieden gegen eine derartige Entwicklung stellen würden. Außerdem gebe es, hieß es ergänzend, noch ein im November 1920 unterzeichnetes Abkommen zwischen Rom und Belgrad zu beachten, dessen erster Artikel »konzertierte Aktionen« gegen eine neuerliche Inthronisierung des »Erzhauses« vorsehe. Was London Mitte der 1920er Jahre aber vor allem bekümmerte, war ein mögliches Ansuchen Ungarns an die alliierten Siegermächte, einen Habsburger zum König wählen zu dürfen. Das könnten die Westmächte kaum verbieten, hieß es in abschließenden »Überlegungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung«: Angesichts der unbefriedigenden Beziehungen zwischen den Magyaren und ihren Nachbarn, nicht zuletzt aufgrund der Grenzziehung in den Pariser Vororteverträgen, müsse aber in diesem Fall mit einer unabhängigen Vorgehensweise der »Kleinen Entente« gerechnet werden.⁵⁶⁷

Die Angelegenheit betraf insbesondere Frankreich, dessen Bündnispartner in Prag, Belgrad und Bukarest sich nach Ansicht der Engländer vor diesem Hintergrund deutlich von der »Grande Nation« entfernten.⁵⁶⁸ Immer wieder hatten britische Diplomaten nämlich darauf aufmerksam gemacht, dass ihren Einschätzungen zufolge die Franzosen sich eher mit einer Monarchie anfreunden könnten als mit einer Annäherung zwischen Wien und Berlin.⁵⁶⁹

Derartige Vorstellungen standen keineswegs im Widerspruch zu den Ansichten innerhalb der britischen Elite. Das Empire war um das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent bemüht gewesen und verfolgte die fragilen Verhältnisse speziell in Mittel- und Mitteleuropa sowie den Machtzuwachs eines einzelnen Landes mit Sorge. Auch infolge einer grundsätzlichen Sympathie für die Monarchie waren Staatsmänner wie Winston Churchill einer gewissen Habsburg-Nostalgie zugeneigt. Wichtiger aber war, einen Stabilitätsfaktor im Donaauraum zu schaffen oder zu erhalten. Noch im Ersten Weltkrieg konnte London, ebenso wie im Übrigen Paris, daher einer Zerschlagung des Habsburgerstaates wenig abgewinnen. Die Westmächte mussten allerdings

567 TNA FO 404/12, Further Correspondence respecting Central Europe. Part XII, January to June 1926, Treaties and Conventions designed to prevent the Restoration of the Habsburgs und Suggestions as to Future Policy.

568 Dazu auch die Einschätzung des deutschen Auswärtigen Amtes: PAAA, Botschaft Wien, Geheimakte 37, Berlin 3.12.1930.

569 TNA FO 404/2. Further Correspondence respecting Central Europe. Part II, October 1925.

speziell ab 1916 erkennen, dass das Hohenzollernreich die k.u.k. Monarchie ins Schlepptau nahm. Letztere fungierte keineswegs als Bollwerk gegen preußische Expansionsgelüste und verlor aus alliierter Perspektive daher die Existenzberechtigung. Die außenpolitische Konstante der Pariser Regierung, das Bemühen, ein neuerliches Erstarken Berlins zu verhindern, veranlasste daher insbesondere die Franzosen, neben der Verhinderung einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland die Einheit des Donauraums gegen »germanische Einflüsse« durchzusetzen.⁵⁷⁰

Im Berliner Auswärtigen Amt registrierte man diese Motivenlage genau. Anlässlich der »Großjährigkeitserklärung des Erzherzogs Otto« 1930, notierte man hier, habe die belgische Presse übereinstimmend von einer »ernsten Gefährdung des europäischen Friedens« gesprochen, zumal die »Kleine Entente und insbesondere die Tschechoslowakei« sich der Habsburgerrestauration »widersetzen würden«. In Frankreich nehme die Linke eine »ähnliche Haltung« ein, die übrigen Kräfte des Landes suchten hingegen eine »mittlere Linie«. Einige Zeitungen, wurde fortgesetzt, »würdigten zwar vollauf die Stellungnahme der Kleinen Entente, liessen aber immerhin für später die Möglichkeit einer Rückkehr der Habsburger offen.« Dabei sei der Gedanke aufgetaucht, »Frankreich könne letzten Endes die Rückkehr der Habsburger und gegebenenfalls die Wiedervereinigung Österreichs mit Ungarn gut heißen, wenn auf diese Weise dem drohenden Anschluss ein Riegel vorgeschoben würde. Alles, was einen Machtgewinn Deutschlands verhindere, sei als die geringere Gefahr zu bewerten und daher vorzuziehen.«⁵⁷¹

Initiativen zur »Zusammenarbeit im Donaauraum« interpretierten in der Folge auch sowjetische Zeitungen als »Rückkehr« zum »alten Reich«. »Die französische Variante«, kommentierte die *Izvestija* am 22. August 1933, »ist bisher nicht völlig klar formuliert. Gewisse französische Kreise sind Anhänger der Wiederherstellung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in Gänze [...]. Zum Unterschied von Italien, das zwei Bestandteile [...] vereinigen« und einen »österreichisch-ungarischen Block errichten will«. Sowohl England als auch die Staaten Südosteuropas könnten sich jedoch mit keinem Plan anfreunden. Jeder Versuch, das »österreichische Problem« zu lösen, erweise sich »als undurchführbar, weil jeder der interessierten Staaten in seiner Weise darüber verfügen will, was Österreich fehlt.«⁵⁷²

Moskauer Stimmen teilten folglich die Ansicht, dass die Wiedereinsetzung des »Erzhauses« weniger an einer klaren und einheitlichen Ablehnung der

570 Leidinger/Moritz: Die Republik Österreich, 257.

571 PAAA, Botschaft Wien, Geheimakten 37, Auswärtiges Amt, 3.12.1930.

572 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau, *Izvestija* 22.8.1933.

»Völkergemeinschaft«, sondern an den Reibereien der rivalisierenden Staaten und Bündnisse untereinander scheitere. Damit war nach Meinung der Gesandtschaft Österreichs in Moskau die UdSSR von ihrer bisherigen Position abgerückt, welche etwa 1930 die »Chancen Ottos von Habsburg« als durchaus günstig einschätzte. Solche Überlegungen waren wiederum angesichts der »Erneuerung der monarchistischen Propaganda« bei den Magyaren vor dem Hintergrund einer »Verschärfung« des französisch-italienischen Gegensatzes angestellt worden, aber auch aufgrund der Tatsache, dass die Bildung eines »gemeinsamen anti-bolschewistischen Blocks« die Annäherung zwischen Ungarn und dem »Bund der französischen Vasallen« ratsam erscheinen ließ.⁵⁷³

Die Frage einer Habsburgerrestauration beschäftigte freilich auch Deutschland, wo schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten den Perspektiven eines Zusammenschlusses mit Österreich Vorrang eingeräumt worden war. Mit dem Beginn der NS-Herrschaft erlangte die Frage einer Umgestaltung des mitteleuropäischen Raums unter habsburgischer Ägide aber besondere Bedeutung. Der deutsche Gesandte in der österreichischen Hauptstadt lenkte im März 1934 die Aufmerksamkeit der Berliner Stellen auf die diesbezügliche Rolle Italiens. Ein gewisses »Einvernehmen mit Italien in den Donauproblemen« würde, so meinte er, »unsere Politik in Österreich erheblich erleichtern«.⁵⁷⁴ Dem stand allerdings vorerst die Überzeugung im Wege, dass, so das Auswärtige Amt am 30. April 1934, »gerade italienische Staatsmänner die Restauration als einziges Mittel betrachten, eine politische und wirtschaftliche Eingliederung Österreichs in das Reich zu verhindern«. Jedenfalls läge bei Mussolini »eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Verwirklichung der Restaurationspläne«.⁵⁷⁵ Dass der daraus resultierende Ratschlag des Gesandten in Wien bezüglich des »Einvernehmens« Deutschlands mit Italien über die künftige Entwicklung im Donauraum sinnvoll gewesen war, zeigte sich spätestens beim Juliputsch 1934, als italienische militärische Einheiten am Benner aufmarschierten. Freilich zog es die vermeintliche Schutzmacht einer österreichischen Eigenständigkeit schließlich vor, den diesbezüglichen Wünschen Deutschlands den Vorrang zu geben.

Mit dem Abessinienkrieg der faschistischen italienischen Regierung, ihrer weitgehenden internationalen Ächtung und der nachfolgenden Bildung der Achse »Rom-Berlin« verlor ein möglicher prohabsburgischer Kurs des Apenninenkönigreiches an Bedeutung. Noch bevor hinsichtlich dessen klare Fronten

573 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 42) GSB Moskau, Zl. 41/P, 10.7. 1930, Izvestija, 7.7.1930.

574 PAAA, Gesandtschaft Wien 386, Habsburger Frage, Deutsche Gesandtschaft Wien, 10.3.1934.

575 Ebd., 18.4.1934.

geschaffen wurden, stellte man in Moskau bereits Ende Oktober 1935 Überlegungen bezüglich eines sich ankündigenden Meinungsumschwunges innerhalb der Rechtsdiktaturen an. Die Italiener zögen es vor, eher auf die Heimwehr unter Ernst Rüdiger von Starhemberg als auf den Habsburg-Anhänger Schuschnigg zu setzen, analysierte die *Izvestija*, die dafür folgende Gründe nannte: »Die Restaurierung der Monarchie in Österreich würde automatisch die Frage einer Restaurierung der Monarchie in Ungarn und die Wiederherstellung der Doppelmonarchie, sei es auch nur in einem territorial beschnittenen Ausmass, aufrollen. Die Protektoren Starhemberg's sind offenbar nicht davon überzeugt, dass eine restaurierte Monarchie das italienische Protektorat beibehalten wollen würde und nicht ein anderes Protektorat vorziehen würde. Die Wiederherstellung der Monarchie in Österreich würde die Beziehungen Österreichs zur Kleinen Entente verschärfen und könnte bis zu einem bestimmten Grade die Annäherung Italiens an Jugoslawien erschweren, welche Italien anstreben muss.«⁵⁷⁶

Die Bewertung der Sowjetpresse wurde aber schon bald von den Ereignissen überholt. Starhemberg unterlag im Machtkampf mit Kurt Schuschnigg, die Heimwehren wurden in den Hintergrund gedrängt, während Österreichs Diplomaten sowohl die antihabsburgische Stimmung der Kleinen Entente als auch deren Unterstützung durch Frankreich im Auge behielten. Hinzu kam das Desinteresse der Engländer.⁵⁷⁷ Entscheidend war letztlich aber der Standpunkt des »Dritten Reiches«. Das war auch den Kommentatoren in Moskau klar. Als die *Izvestija* im Februar 1936 über das »Sicherheitsproblem im Donauraum« schrieb, kam sie zu dem Schluss, dass es die Einwände Berlins gegen »die verschiedenen Donaukonzeptionen« waren, die »jeglicher Sicherheitsregelung« zuwiderliefen. Die »Restaurationsfrage« wurde dabei gewissermaßen als wichtigster »Zankapfel« der betreffenden Staaten gesehen.⁵⁷⁸ In Wien aber hielt man eine klare Positionierung Deutschlands noch für ausständig. Als der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Staatssekretär der Wiener Führung, Guido Schmidt, im November 1936 in Berlin den Reichsaußenminister Konstantin von Neurath nach der deutschen Meinung in Bezug auf eine »eventuelle Restauration« fragte, bekam er freilich – wenig überraschend – eine eindeutige Antwort. Neurath bekräftigte die kompromisslose Ablehnung Deutschlands und sah sich dabei im Bund »mit

576 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1 1935–1938, *Izvestija*, 28.10.1935.

577 PAAA, Gesandtschaft Wien 386, Habsburger Frage, Aufzeichnung betreffend die Restauration der Habsburger in Österreich, 30.4.1934.

578 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 323) Liasse Österreich 7/1, Zl. 35.892, 28.2.1936, Bericht über den Arikel der *Izvestija*.

den anderen Nachbarn Österreichs«. ⁵⁷⁹ Tatsächlich war die scharfe Haltung der Kleinen Entente gegen die Wiederherstellung der Monarchie, in welchen Grenzen auch immer, evident. Es ist bezeichnend, dass die Militärs der betreffenden Staaten Generalstabsplanungen für den Fall einer Restauration in den Schubladen hatten, nicht aber für den Fall eines »Anschlusses«. Aus der Sicht der Wiener Regierung ergab sich angesichts dessen ein trauriger Befund: Die Isolierung Österreichs trat anhand der Habsburgerfrage viel stärker und früher zu Tage, als es nach außen erscheinen mochte. ⁵⁸⁰

Obwohl das Thema bis zum Jahr 1938 immer wieder angesprochen wurde, rückte es in den außenpolitischen Analysen und Prognosen internationaler Beobachter unter solchen Umständen eher in den Hintergrund. Schon Mitte der 1930er Jahre vermerkte etwa die Botschaft des »Ständestaates« in der UdSSR, dass man wohl – analog zu anderen Ländern – die Sympathien des »Austrofaschismus« für die Habsburger erkenne, »die hierzulande bis vor kurzem bestandenen Velleitäten aber, im Rahmen der eigenen politischen Aktivität auch gegebenenfalls eine Habsburgerrestauration zu fördern, vorläufig wenigstens begraben worden sind«. ⁵⁸¹ Freilich stellt sich die Frage, inwieweit solche »Anwandlungen« beziehungsweise Absichten tatsächlich vorhanden gewesen sind. Es entsprach dem Wesen der sowjetischen Außenpolitik, verschiedene Optionen aufzugreifen, ohne sie mit entsprechendem Nachdruck zu verfolgen. Es reichte, gewisse Ideen in die Welt zu setzen – mitunter einfach nur, um die Reaktionen der anderen zu beobachten oder aber um ein wenig Verwirrung zu stiften. Während Kurt Schuschnigg in seinen später publizierten Rückblicken auf die Geschichte Österreichs vor dem »Anschluss« den Eindruck erweckt, aus den Abschriften angeblich authentischer, tatsächlich aber wohl gefälschter geheimer sowjetischer Beschlussprotokolle eine explizite »prohabsburgische« Politik Moskaus herauslesen zu können, bleiben solche Einschätzungen höchst fragwürdig. ⁵⁸² Was jedoch nicht in Abrede zu stellen ist, ist der Umstand, dass einzelne Persönlichkeiten aus dem NKID – bis hin zu Maksim Litvinov – gegenüber österreichischen Diplomaten, aber auch Vertretern anderer Staaten

579 PAAA, BA 60.969, Auswärtiges Amt, Sammlung der Aufzeichnungen des Reichsaußenministers über seine Besprechungen mit fremden Diplomaten und Staatsmännern, 20.11.1936; vgl. PAAA, BA 60.970, Auswärtiges Amt, Sammlung der Aufzeichnungen des Reichsaußenministers über seine Besprechungen mit fremden Diplomaten und Staatsmännern, 27.2.1937.

580 Stourzh, Gerald: Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: Stourzh, Gerald/Zaar, Birgitta (Hg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938. Wien 1990, 319–346, 340f.

581 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 669) Liasse Russland 7/1 1935–1938, GSB Moskau, Zl. 51/P, 18.7.1935.

582 Ausführlicher dazu das Kapitel über die »Anschluss-Problematik« 1933/34–1938 im 6. Teil.

erklärten, eine Habsburgerrestauration als bestes Mittel zur Verhinderung des »Anschlusses« zu sehen. Den amerikanischen Botschafter in Moskau veranlassten solche Aussagen dazu, Litvinov zu fragen, »in welchem Kapitel von Marx oder Lenin« es eine Autorisierung für eine derartige Politik gebe.⁵⁸³ Die Vermutungen des österreichischen Gesandten Pacher betreffend die eigentlichen Hintergründe solcher Äußerungen wird man nicht völlig von der Hand weisen können. Sie seien, meinte er in einem Bericht vom August 1934, »gewiß nicht der Ausfluss einer Sorge um die Konsolidierung der Lage in Österreich, sondern einerseits ein Bestandteil des antideutschen Kurses und andererseits wahrscheinlich auch eine Spekulation auf eine Vertiefung des rezenten deutsch-italienischen Gegensatzes«.⁵⁸⁴ Pacher bezog sich auf die Haltung Italiens in Anbetracht eines im Gefolge des Juliputschs befürchteten deutschen Einmarschs in Österreich. Zudem gab es Gerüchte, wonach etwa ein Jahr später die Idee einer zu forcierenden Habsburgerrestauration immer noch im Außenkommissariat herumspukete. Auch 1935 nahm nämlich der NKID-Chef darauf Bezug. Dieses Mal war Edvard Beneš der Adressat solcher Darlegungen. Sein Land war angesichts der auch gegen die Tschechoslowakei gerichteten Expansionsbestrebungen des NS-Regimes in höchstem Maße an der Unabhängigkeit des kleinen Nachbarstaates interessiert. Bei einem Besuch Beneš in Moskau wollte diesem Litvinov einerseits einen Donaupakt als Garant für die österreichische Unabhängigkeit schmackhaft machen und andererseits einer eventuellen Habsburgerrestauration den Schrecken nehmen. »Dass Litvinov«, wurde im Bericht der österreichischen Gesandtschaft in Moskau vermerkt, »auf solche Ziele möglichst unbemerkt hinwirken will, da die Förderung einer monarchischen Restauration seitens der Sowjetregierung ihm vermutlich selbst etwas paradox vorkommt«, sei »begreiflich«.⁵⁸⁵ Die Tschechoslowaken, mit denen Moskau eben erst einen Pakt geschlossen hatte, waren solchen Ideen aber nicht zugänglich, und in Österreich wiederum sah man keine wirkliche Grundlage zur Verständigung mit dem Nachbarn. Trotz der scheinbar stattgefundenen Annäherung und Schuschniggs gutem Verhältnis zum tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodža war das Abkommen Prags mit Moskau vom Mai 1935 das größte Hindernis für eine »Entente zwischen den beiden Ländern«.⁵⁸⁶

583 Low, Alfred D.: The Soviet Union, the Austrian Communist Party, and the Anschluss-Question, 1918–1938, in: *Slavic Review*, Vol. 29, 1, March 1980, 1–26, 10.

584 Zit nach Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 257.

585 Zit. nach ebd., 269.

586 Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung, 339; Kunštát, Miroslav: Österreich und seine Nachbarn: Tschechoslowakei, in: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonezil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007, 221–237, 226f.

In den Ländern der Kleinen Entente wiederum machte sich eine zunehmende »Restaurationsphobie« breit, die »in den Beschlüssen von Bled am 30. August 1935 kulminierte«. Dort betonte man, eine Habsburgerrestauration keineswegs als »innerpolitische Angelegenheit« betrachten zu können.⁵⁸⁷

Insgesamt schätzte der NKID-Chef die Position der Kleinen Entente gegenüber der Möglichkeit einer Habsburgerrestauration entweder völlig falsch ein oder er gab lediglich vor, die diesbezüglich vorhandenen Hindernisse nicht zu kennen. Seine als Zustimmung zu einer Restauration interpretierten Aussagen – sollten sie überhaupt einer wie immer gearteten bestehenden außenpolitischen Linie gefolgt sein – dokumentieren bestenfalls die Bereitschaft Moskaus, keine Tür vorzeitig zuzuschlagen. Diese Haltung kam immerhin auch gegenüber NS-Deutschland zum Tragen.

Die Einheit des Donauraumes

Tatsächlich hatte sich die Kremlführung früh mit der Frage befasst, ob nicht sogar eine politische Einheit des Donauraumes zu bevorzugen sei. Im Rahmen weltrevolutionärer Umsturzideen schien es naheliegend, möglichst große Territorien zu »sowjetisieren« und daher neben der Entstehung eines Bundes der Räterepubliken auf dem Territorium des untergegangenen Zarenimperiums auch das zerfallene Habsburgerreich »unter der roten Fahne« zu »rekonstruieren«. Die gerade gegründete Komintern hatte unter diesen Umständen sogar ihr Ohr am emigrierten »Erzhaus«. Ein linksozialistischer Informant hatte 1919 Zugang zu Kaiser Karls Domizil in der Schweiz. Von Schloss Prangins am Genfer See meldete er nach Moskau, dass der Exmonarch angeblich »etwaige Putschversuche« mit Hilfe einer »Garde« der Landbevölkerung in Erwägung ziehe und dabei das Gros der Bauern-, Bürger- und selbst der Arbeiterschaft hinter sich wöhnte.⁵⁸⁸

Die einigermaßen weltfremden Überlegungen mussten dennoch das Interesse der Bolschewiki erwecken. Schließlich hatte Lenin schon am 3. November 1918 in der *Pravda* sowohl das »Proletariat« als auch die »Dörfer« Zentraleuropas aufgerufen, der nationalen Separation entgegenzutreten. Deutschösterreicher, Tschechen, Kroaten, Magyaren und Slowenen sollten

587 Suppan, Arnold: Die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik aus Wiener Sicht, in: Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1948, Frankfurt am Main u. a. 2002, 15–82, 73.

588 RGASPI 495/18/5/9 und 42.

demgemäß einen »brüderlichen Bund der freien Völker« im »Kampf gegen die Kapitalisten« bilden.⁵⁸⁹

Die Partei- und Staatsführung der RSFSR hielt sich allerdings gar nicht erst lange mit Proklamationen auf. Ausländische Gefolgsleute auf russischem Boden, sogenannte »Internationalisten«, die das »Oktoberregime« im Wesentlichen unter den Kriegsgefangenen der Mittelmächte im Zarenreich gewonnen hatte, waren auserkoren, die Ziele zu realisieren. Spitzenkader, die zugleich den Kern der III. Internationale stellten und zuvor bereits in ausländischen Gruppen der KPR organisiert waren, bekamen die Order, den »Bazillus des Bolschewismus«, wie Lenin es vorher formuliert hatte, ins »Herz Europas zu tragen«. Zugleich dirigierten einige von ihnen mit Flankenschutz der Sowjetbehörden andere »Internationalisten« in die Auslandsmissionen der Mittelmächte auf russischem Boden, um dort auf diplomatischer Ebene schon vorwegzunehmen, was in den bisherigen Herrschaftsgebieten der Hohenzollern und Habsburger noch keineswegs ausgemachte Sache war. Obwohl es weder in Wien noch in Berlin zu einer »Neuaufgabe der Oktoberrevolution« kam, besetzten KP-Aktivistinnen sowie ein deutscher Arbeiter- und Soldatenrat beziehungsweise ein »Austrosowjet« die offiziellen Vertretungen der untergehenden mitteleuropäischen Kaiserreiche in Russland.⁵⁹⁰

Mit der Errichtung der ungarischen Räterepublik strebten dann speziell Béla Kun und seine Anhänger besonders engagiert die Gesamtrevolutionierung des Donauraumes an. KP-Kader traten unter Mithilfe Budapests an, in Tschechien und der Slowakei, in der West- und Karpatoukraine, in Österreich und im SHS-Staat den Umsturz herbeizuführen. Speziell dafür wurden organisatorische Voraussetzungen geschaffen, etwa eine »Internationale Sozialistische Föderation« mit 15 nationalen Sektionen. Die ungarische Hauptstadt wurde unter solchen Bedingungen zur Operationsbasis der Komintern im Donauraum.⁵⁹¹

Selbst wenn das baldige Ende Räteungarns und die gescheiterten Umsturzversuche in den Nachbarländern zur Ernüchterung der probolschewistischen Kräfte beitrug und die Durchsetzung einer politisch-territorialen Ordnung im Sinne der alliierten Siegermächte schon im September 1919 zur Umwandlung des »Austrosowjets« in nationale Räte der zentraleuropäischen Völker führte,

589 Leidinger/Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 515.

590 GARF R-3333/3/493; RGASPI 549/1/7; AT-OeStA/KA, KM/Nachlass Raabl-Werner, B/141:4, I. Teil; AT-OeStA/KA Liq. KM/10. Abt. Kgf. 1919: 10-7/7-33; AT-OeStA/AdR BKA/KGF 1919: 24-14/3-2 bzw. 1919: 24-21/20. Außerdem bezüglich Deutschland: Striegnitz, Sonja: Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht, Berlin 1979, 221; Debo, Richard K.: Survival and Consolidation. The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921, London/Buffalo 1992, 13

591 Hajdu, Tibor: The Hungarian Soviet Republic, Budapest 1979, 41f.

wichen Moskau und seine verlässlichsten »Auslandskader« keineswegs von ihren ursprünglichen Strategien ab. Wie in anderen Situationen anerkannten Sowjetstaat und III. Internationale die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse, um gleichzeitig im Zuge ihrer »Doppeltaktik« unausgesetzt für die grundlegende Neugestaltung der Gesellschafts- und Machtstrukturen auch und gerade im gesamten Gebiet der früheren k.u.k. Monarchie einzutreten.⁵⁹²

Dementsprechend betreute der Wiener Stützpunkt der Komintern und der sowjetischen Geheimdienste weiterhin »Makroregionen«. War von Anfang an klar, dass sich die Donaumetropole als Verbindungsstelle zwischen Moskau und dem Balkan eignete, so überantwortete man aufgrund der antibolschewistischen Politik vieler Länder dem sogenannten KI-«Südostbüro» (SOB) Anfang der 1920er Jahre noch weitere Länder. Zu seinem Aufgabengebiet zählten schließlich neben Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien auch Polen, die ČSR und die Schweiz.⁵⁹³ Als das SOB schließlich durch einen Organisations-«Punkt» der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern (OMS) in der Hauptstadt der Alpenrepublik ersetzt wurde, verkleinerte sich für die dort stationierten KI-Funktionäre beziehungsweise Mitarbeiter der sowjetischen Geheimdienste das Einsatzgebiet nicht im Geringsten. Mindestens Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei waren von Wien aus zu »betreuen«, wo zudem neben der kommunistischen Balkanföderation die Moskauer Jugendinternationale eine Filiale für alle südosteuropäischen Länder, aber auch die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie einrichtete.⁵⁹⁴

Im Verlauf der 1920er Jahre betonte Georgij Čičerin vor allem die Bedeutung eines nicht näher definierten Zusammenschlusses der Donaustaaten in Hinblick auf wirtschaftliche Aspekte, während man im Londoner Foreign Office 1924 hauptsächlich von Freihandelskonzeptionen ausging. Bundeskanzler Ignaz Seipel, registrierten die Briten, habe darüber hinaus festgehalten, dass es der Alpenrepublik um keine anderen Absprachen oder Bindungen an die übrigen Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches gehe. An einem Beitritt Österreichs zur Kleinen Entente sei man im Übrigen in Prag nicht interessiert, ebenso wenig wie in Rom, dessen Regierung seine eigenen Ziele in Zentraleuropa verfolge.⁵⁹⁵

592 Siehe dazu auch: AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, *Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Le Ministre des Affaires étrangères, Paris le 2.7.1925* sowie Leidinger/Moritz: *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr*, 644f.

593 RGASPI 498/1/ 2/24; Scharinger, Manfred: *Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 2: Diskussionen in der Kommunistischen Internationale*, Wien 2002, 132.

594 RGASPI 509/2/2/3f.; Adibekov, G. M. / Šachnazarova, E. K. / Širinja, K. K.: *Organizacionnaja struktura Kominterna 1919–1943*, Moskva 1997, 59.

595 TNA FO 371/10662, Austria. Annual Report, 1924, 16.

Die englische Position ergänzte in gewisser Weise die Kommentare der Diplomaten anderer Staaten. Die deutsche Botschaft in Moskau meldete beispielsweise Ende 1927, dass die ungarische Horthy-Regierung offensiv gegen die »Anbiederungsversuche« Belgrads, Prags und Bukarests an die Wiener Entscheidungsträger auftrete. Forciert werde von den Magyaren eine engere Kooperation mit Österreich in deutlicher Distanz zur Kleinen Entente.⁵⁹⁶ Letztere wiederum werde in Ungarn als Haupthindernis für eine »Verständigung« zwischen Italien und Frankreich gesehen, das sich seinerseits mit Widerständen gegenüber einer etwaigen »Donauföderation« befasste. Konkret ging es dem Quai d'Orsay dabei um die Einschätzung der Sowjetunion. Durchaus im Widerspruch zu Georgij Čičerins Ausführungen noch während der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, meinte das französische Außenministerium 1925 konstatieren zu müssen, dass die UdSSR aufgrund der »Lebensunfähigkeit« der Alpenrepublik nur deren Anschluss an Deutschland für sinnvoll erachte. Eine Kooperation der Staaten im Donaunraum würde hingegen am Unabhängigkeitsdrang der einzelnen Staaten in der Region scheitern und obendrein am Veto des Apenninenkönigreichs.⁵⁹⁷

Tatsächlich wertete die Kremlführung Bündnissysteme in Zentraleuropa als Erweiterung der Kleinen Entente und damit als Bedrohung des Bolschewismus, während die Westmächte vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zu der Ansicht gelangten, dass das Zusammengehen der Donauländer zu fördern sei. Als Alternative zu einer möglichen Annäherung zwischen Wien und Berlin unterbreitete die britische Regierung nicht zuletzt dem Deutschen Reich den Vorschlag, eine wirkliche »Zollunion der Donaustaaten« zu schaffen. Das Auswärtige Amt in Berlin nahm diesen Vorschlag allerdings gelinde gesagt verhalten auf. Das Konzept zu realisieren, meinte man, heiße vor allem einen Erfolg Frankreichs sicherzustellen. Ebenso wäre England mit einer derartigen »Befriedung Europas« einverstanden. Dem Empire bleibe dadurch Zeit, sich mit seinen weltweiten Besitzungen zu beschäftigen und von der »Grande Nation« Konzessionen »auf anderen Gebieten herauszuschlagen«. Der britische Vorstoß stelle hingegen für Deutschland eine »starke wirtschaftliche Bedrohung« und für Italien das Ende seiner »Expansion auf dem Balkan« dar.⁵⁹⁸

Vor diesem Hintergrund verwies Österreich, das angesichts seiner katastrophalen ökonomischen Lage im Zentrum aller internationalen Erwägungen

596 PAAA, Politische Abteilung, R 73357, Politische Beziehungen zwischen Österreich und Russland, Deutsche Gesandtschaft Moskau, 29.11.1927.

597 AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Le Ministre des Affaires étrangères, Paris le 2.7.1925.

598 PAAA, Botschaft Wien, Geheimakten 70, Berlin, 20.1.1932.

stand, darauf, dass es keine Kombination ohne Deutschland in Betracht ziehen könne. London machte daraufhin einen Rückzieher und deutete Diskussionsbereitschaft bezüglich eines modifizierten Vorgehens an.⁵⁹⁹

Auf den Tisch kam schließlich das Dossier des französischen Premiers André Tardieu, der vom britischen Papier abweichend ein »System von Präferenzverträgen« befürwortete, das zunächst von den fünf betroffenen Donaustaaten (Österreich, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien) ausverhandelt werden sollte.⁶⁰⁰ Völkerbund und Großmächte würden hingegen erst danach miteinbezogen, eine Anregung, die mit der tatsächlichen Lage nicht im Geringsten übereinstimmte. Realiter ging es anfangs um einen Notenaustausch zwischen Paris, London und Rom ohne die Kenntnis Berlins. Pressemeldungen zwangen die Franzosen dann aber zu einem Einlenken gegenüber Deutschland, das jedoch neuerlich dem »Donaubund« eine Absage erteilte. Obwohl demgegenüber die Reaktion Italiens ausweichend ausfiel, hatte Mussolini bereits vorher durch ein Abkommen mit Österreich und Ungarn seine eigenen Hegemonialstrategien in Zentraleuropa offengelegt.⁶⁰¹

Letztlich gingen damit bereits zwei der betroffenen Donauländer auf Distanz zu den Westmächten und hauptsächlich zu Frankreich, das »imperialistischer Tendenzen« verdächtigt wurde. Aber selbst bei der Kleinen Entente, die man vielfach als verlängerten Arm eines »napoleonischen Expansionismus« charakterisierte, überwog die Zurückhaltung. Vor allem war man über den Stil, mit dem über die Köpfe der Betroffenen hinweg Großmachtspolitik gemacht wurde, auch in Prag, Belgrad und Bukarest alles andere als glücklich. Rumänien und Jugoslawien sahen sich zudem als Agrarstaaten an die Absatzmärkte in Deutschland und Italien gebunden, ein Aspekt, der ebenso auf Ungarn zutraf.⁶⁰²

Ähnliche Präferenzen zeigte überdies die Alpenrepublik, die nach dem Scheitern des Plans von André Tardieu und dessen Ablösung an der Spitze der französischen Regierung einen anderen Weg einschlug. Zur Jahresmitte 1932 trat der neue österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß an den Premier in Paris, Édouard Herriot, mit dem Appell heran, nicht weiter auf Mit-

599 Ebd., Auswärtiges Amt, Berlin, 2.3.1932.

600 Vgl.: Bariéty, Jacques: Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donauraumes (Februar–Mai 1932), in: Becker, Josef/Hildebrand, Klaus (Hg.): Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1918, 361–387.

601 Gemes, Andreas: Der Tardieu-Plan und Österreich. Politische und wirtschaftliche Aspekte eines mitteleuropäischen Integrationsversuches, in: Zeitgeschichte, Heft 5, Sept./Okt. 2006, 261–286, 268f. Vgl. auch Matis, Herbert: Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit, in: Plaschka, Richard G. u. a. (Hg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995, 229–255.

602 Gemes: Der Tardieu-Plan, 271.

teleuropakonzeptionen zu achten, sondern dem in seiner Existenz bedrohten Kleinstaat in der Alpen- und Donauregion mit einem Kredit auszuhelfen. Der Weg zur Lausanner Anleihe wurde geebnet, die Idee der »Donauföderation« sollte bis 1938 keinen derartigen Stellenwert mehr erlangen wie zu Beginn der 1930er Jahre.⁶⁰³

Trotzdem versuchten die Nachfolger Tardieu und Herriots erneut, die zentraleuropäische Zusammenarbeit zu forcieren. Angesichts der Einschätzung der »Grande Nation«, dass Österreich »aus deutscher Sicht der Schlüssel zu ganz Europa war«, ventilierte Paris Mitte der 1930er Jahre ein »Donaupakt-Projekt« unter Einbindung Italiens und der UdSSR. Allerdings erwies sich auch diese Vorgehensweise als wenig zukunftsfruchtig. Für den »Ständestaat« war mit Ausnahme der Tschechoslowakei kein Land bereit, in die Bresche zu springen. Die zunächst an den neuen Donauplänen interessierte Regierung in Bukarest wollte sich letztlich nicht gegen das nunmehr nationalsozialistische Deutschland stellen. Französische Vermittlungsversuche trafen aber auch auf die Forderungen der »Sowjets«, deren Preis, nämlich der Verzicht Rumäniens auf Bessarabien, für Bukarest 1935 so unerträglich war wie bei den erfolglosen Gesprächen in Wien 1924. Schließlich musste Paris überdies erkennen, dass sich das »Dritte Reich« nach und nach strategische Partner durch die Verständigung mit Italien und bilaterale Abkommen mit mitteleuropäischen Staaten schuf.⁶⁰⁴

Die großen Zusammenhänge

In den vorangegangenen Jahren waren es im Gegensatz dazu vor allem die Bolschewiki gewesen, die eine neuerliche internationale Isolierung fürchteten und jedes Zusammenrücken anderer Länder als antisowjetische Konspiration empfanden. An dieser Haltung sollte sich auch weiterhin nichts Wesentliches ändern. Die Verständigung zwischen Paris und Berlin im Gefolge der Locarno-Konferenz sowie Frankreichs Bestreben, sich mit dem »Briand-Kellogg-Pakt« vom August 1928 an die USA anzulehnen, interpretierte Moskau dementsprechend als Einkreisungsstrategie. Da die Übereinkünfte aber auf eine allgemeine Kriegsächtung abzielten, hatte es die Kremelführung schließlich besonders eilig, das von 63 Staaten unterzeichnete Vertragswerk anzuerkennen

603 Ebd., 280f.

604 Ormos, Mária: Ein internationaler Versuch zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs, in: Stourzh / Zaar: Österreich, Deutschland und die Mächte, 131–142, 32f.

und gleichzeitig mit dem »Litvinov-Protokoll« vom Februar 1929 eine bessere Beziehung zu den Nachbarn Rumänien, Polen, Estland und Lettland herzustellen. Das hauptsächlich von der Angst einer »kapitalistischen Bedrohung« geleitete Bemühen, den vermeintlichen »Ring der Feinde unter britischer Leitung« zu sprengen, führte demgemäß im Jahr 1932 zu Nichtangriffspakten mit den baltischen Ländern, mit Finnland und Polen sowie zu einem Abkommen mit Frankreich.⁶⁰⁵

Diese Entwicklung, die von deutschen und österreichischen Regierungsspitzen in gemeinsamen Gesprächen unter anderem aufgrund der Haltung Bukarests als Lockerung und mögliche Vorstufe des Zerfalls der Kleinen Entente gewertet wurde⁶⁰⁶, relativierte auch das bisherige Fehlen einer Garantie der Grenzen im »Osten« und insbesondere des polnischen Staatsterritoriums. Hatten Moskau und Berlin zuvor die Wirtschaftskontakte intensiviert und explizit festgehalten, den Status quo, speziell in Bezug auf Polen, keinesfalls zu akzeptieren, verweist die Außenpolitik der UdSSR zu Beginn der 1930er Jahre auf ein Abrücken von bisherigen Positionen und auf die grundsätzliche Bereitschaft zur Anerkennung der bestehenden »Versailler Ordnung«. Schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte Moskau also eine Entspannungspolitik gegenüber dem Westen eingeschlagen.⁶⁰⁷

In diesem Sinn zeigte sich die Sowjetunion auch dem bislang als »imperialistisches Zwangsmittel« eingestuften Völkerbund gegenüber aufgeschlossen. Moskau schloss sich ihm 1934 an, nachdem das nationalsozialistische Deutschland im Oktober 1933 ausgetreten war.⁶⁰⁸

Trotz entsprechender propagandistischer Begleitmusik und der Implementierung einer antifaschistischen »Volksfrontpolitik« gab jedoch der Kreml die Option eines Ausgleichs mit Berlin nicht auf.⁶⁰⁹ Eine Schaukelpolitik war die Folge, wobei sich das »Oktoberregime« in diesem Zusammenhang keineswegs von den übrigen Großmächten unterschied. Die viel zitierte »kollektive Sicherheit«, die Čičerins Nachfolger Maksim Litvinov genauso hervorhob wie die Regierungen der Westmächte, fand nicht den notwendigen Zuspruch und war im Grunde genommen schon vor dem Beitritt der UdSSR zum Völkerbund unrea-

605 Niedhart, Gottfried: *Internationale Beziehungen 1917–1947*, Paderborn / München / Wien / Zürich 1989, 64f., 75 und 81f.

606 PAAA, Botschaft Wien, Geheimakten 37, Niederschrift über die politischen Besprechungen am 22. und 24. Februar 1930 in der Reichskanzlei anlässlich des Besuches des Herrn Bundeskanzlers Dr. Schober in Berlin, 14.

607 Geyer: *Osteuropa-Handbuch*, 229. Siehe zur sowjetischen Politik in dieser Phase auch die Einschätzungen von Nikolaus Basseches. Vgl. Gamillscheg: *Die Sicherheitspakete*, 164.

608 Niedhart: *Internationale Beziehungen*, 77, 104 und 106.

609 Knoll: *Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten*, 146f.

listisch.⁶¹⁰ Schließlich hatte sich vor allem Deutschland gegen multilaterale Absprachen gestellt und Polen mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen auf seine Seite gezogen. Die französische Vorstellung eines »Ostpakts«, bei dem unter anderem unter Einbeziehung Deutschlands und der Sowjetunion die Unantastbarkeit der Grenzen akzeptiert und Beistandserklärungen im Fall einer unprovokierten Aggression abgegeben werden sollte, war damit faktisch schon vom Tisch.⁶¹¹

Während vor diesem Hintergrund unter anderem auch im »austrofaschistischen Ständestaat« antibolschewistische Vereinigungen gegen die »Aufnahme Sowjetrusslands in den Völkerbund« protestierten⁶¹², trug zudem Moskau seinen Teil dazu bei, »kollektive Schritte« der internationalen Diplomatie zu behindern. Eine Anfrage der Kleinen Entente, ob die »Volkskommissare« mit ihr »als Ganzes« und nicht bloß mit den einzelnen Mitgliedsstaaten Nichtangriffsverträge abschließen würden, beantwortete der SNK im Wesentlichen negativ. Das »Bündnissystem« zwischen Prag, Belgrad und Bukarest lehnten die Kremlherren ab, in Bezug auf Rumänien verwies man auf bekannte Standpunkte in der strittigen Bessarabien-Thematik.⁶¹³

Dennoch gab es immer wieder Initiativen zur Wiederbelebung eines »Ostpaktes«. Entsprechende Andeutungen des lettischen Gesandten in Berlin vom August 1935 kommentierte das dortige Auswärtige Amt allerdings mit unverkennbarem Widerwillen. In der gegenwärtigen Konzeption wäre die Vereinbarung, hieß es, »nur eine Papiermanschette zum Hammelkottelett [sic!], damit man sich beim Essen nicht die Finger beschmutze. [...] Ein Ostpakt, der nichts an der bestehenden russischen Allianz ändere, komme nicht in Frage«.⁶¹⁴ Die Äußerung bezog sich auf das französisch-russische Beistandsabkommen, das am 2. Mai 1935 unterzeichnet worden war und dem eine vergleichbare Übereinkunft der »Sowjets« mit der Prager Regierung am 16. Mai folgte.⁶¹⁵

Der gescheiterte Versuch, ein »Ost-Locarno« in Szene zu setzen, mündete demgemäß in zwei bilaterale Abkommen mit unmittelbaren Folgen für Mitteleuropa. In Berlin prüfte man die Rückwirkungen der Verträge auf die »militärpolitische« Situation. Die Absprachen zwischen Prag und Moskau, befand man, entsprächen einer »Einkreisung Deutschlands«, die Generalstäbe beider Länder trafen schon »bestimmte Abreden über das Zusammenwirken der beiden Ar-

610 Siehe in diesem Zusammenhang auch: Dullin, Sabine: *Diplomates et Diplomatie Soviétiques en Europe*. Tom 1. Diss. Paris 1998, 261.

611 Niedhart: *Internationale Beziehungen*, 105. Vgl. Geyer: *Osteuropa-Handbuch*, 237.

612 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP: (Karton 13), *Völkerrecht*, Zl. 45.158 v. 7.9.1934, 45.664 v. 25.9.1934, 45.838 v. 3.10.1934.

613 PAAA, Botschaft Wien 411, Berlin 11.4.1933.

614 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44), GSB Berlin, Zl. 226/P, 27.8.1935.

615 Craig/Gilbert: *The Diplomats*, 354f.

meen im Kriegsfall«, wobei »Grund zu der Annahme« bestehe, dass bereits »konkrete Beschlüsse« gefasst worden seien.⁶¹⁶ Bei allen diesen Überlegungen spielten Erwägungen über das Einwirken der Pariser Entscheidungsträger keine untergeordnete Rolle. Auch in Bezug auf die Anbahnung eines vergleichbaren sowjetisch-rumänischen Vertrages spekulierte man im »Dritten Reich« über die Assistenz der »Grande Nation«, von der man annahm, dass sie sich gemeinsam mit der UdSSR durch ihre mittel- und mitteleuropäischen Partner den unmittelbaren Zugriff auf Ungarn und Österreich sichern wollte.⁶¹⁷ Aus dieser Perspektive betrachteten Diplomaten NS-Deutschlands auch die eventuelle Annäherung der Wiener Regierung an die Bündnispartner der Franzosen im Donau- und Balkanraum. Aus Rom meldete daher der dortige deutsche Botschafter schon am 14. Juli 1933 nach Berlin, dass »in der Tat in Wien die Frage eines späteren Beitritts Österreichs zu den Ostpakten geprüft zu werden« scheint.⁶¹⁸

Noch kurz davor ließ Bundeskanzler Dollfuß demgegenüber via Budapest verlautbaren, dass er einem »dahingehenden Wunsche Litwinows nicht zu entsprechen« gedenke.⁶¹⁹ Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem »Ständestaat« und dem »NS-Staat« bewirkten dann jedoch einen Schlingerkurs des Ballhausplatzes, der zu dauerhaftem Misstrauen seitens Berlins führte. Während beispielsweise die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich energische Proteste der Kleinen Entente hervorrief, notierte im Gegensatz dazu wenige Wochen vorher das deutsche Auswärtige Amt diesbezüglich: »Inwieweit sich die österreichische Regierung auf die Politik einer Annäherung an Frankreich und die Kleine Entente bereits festgelegt hat, ist vorläufig schwer zu ersehen. Jedoch kann kein Zweifel bestehen, dass tatsächlich in Wien eine Annäherung an die Kleine Entente betrieben wird. Darauf deutet nicht nur der Besuch Schuschniggs in Prag hin, sondern auch die, wie wir wissen, wiederholt unternommenen Versuche des österreichischen Aussenministers, ein Zusammentreffen mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten [...] zu realisieren. Es ist gut möglich, dass bei dieser Politik auch der Wunsch massgebend ist, über Prag wieder bessere Beziehungen zu Frankreich und England zu erhalten.«⁶²⁰

Wien sei bestrebt, sich aus der Isolierung herauszumanövrieren, konstatierte Berlin, das dafür zwei Gründe angab: Erstens wirke die Frage der Habsburgerrestauration kontraproduktiv, ein Sachverhalt, der nicht bloß von der Kleinen

616 PAAA, Botschaft Moskau 164, Politische Beziehungen der UdSSR zur Tschechoslowakei, Aufzeichnungen über die militärpolitischen Rückwirkungen des französisch-sowjetischen und tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspaktes in der Tschechoslowakei und in Rumänien. Berlin, 17.6.1936, 1–6.

617 Ebd., 6–10; vgl. Craig / Gilbert: *The Diplomats*, 355.

618 PAAA, Botschaft Moskau 173, Osteuropa-Pakt, Rom, 14.7.1933, 5.

619 Ebd., Politische Abteilung, R 73357, Budapest, 14.7.1933.

620 Ebd., Botschaft Wien 450, Donauraum-Frage, Auswärtiges Amt, Berlin, 6.2.1936, 3.

Entente aufgegriffen werde, sondern auch Gegenstand von Auseinandersetzungen in Paris und London sei. Und zweitens stelle die »Sanktionsfrage« eine gewisse Barriere dar. Gemeint war die Ächtung Mussolinis als Folge seines Abessinienfeldzuges, was die magyarischen und österreichischen Verbündeten in eine schwierige Lage gebracht habe.⁶²¹

Das »Dritte Reich«, das durch seine Hinwendung zu Jugoslawien beziehungsweise Italien die Abschottung Österreichs nach Kräften förderte und mit dem Juliabkommen 1936 den Handlungsspielraum des Ballhausplatzes weiter einschränkte, lag zumindest in Bezug auf die sowjetische Position im Verlauf der Abessinienkriege nicht falsch. Die Gesandtschaft des »Ständestaates« meldete dazu im Dezember 1937: »Viel Anstrengung hatte es die ganzen letzten Tage hindurch Moskau gekostet, den Austritt Italiens aus dem Völkerbund bis zum geringfügigen Inzident zu bagatellisieren. In Wirklichkeit habe das faschistische Italien sich schon längst nicht mehr als Mitglied des Völkerbundes gefühlt und als solches gehandelt. An der tatsächlichen Lage sei durch den bombastisch aufgemachten Schritt Mussolinis nicht das Geringste geändert worden. Bei dieser Gelegenheit bekommt auch Österreich in der Sowjetpresse wieder etwas ab. Unter der Überschrift ›Agenten der Aggressoren im Völkerbund‹ wird das Dementi des ›NeuigkeitseWeltblattes‹ – alle Gerüchte betreffend einen nunmehr zu erwartenden Austritt Österreichs aus dem Völkerbund – erwähnt und darin das Hauptgewicht auf den Satz gelegt ›Österreich wolle gemeinsam mit Ungarn wenigstens ein informatorisches Verbindungsglied zwischen den europäischen Mächten sein, die sich teils im Völkerbund befinden, teils außerhalb des Völkerbundes stehen‹ und auf die anschließende Bemerkung, dass auf diese Weise ›die Gefahr vermieden werde, dass der Völkerbund von nun an ein Werkzeug der demokratischen Staaten werde‹.«⁶²²

In den Augen des Gesandten Pachera, der diese Zeilen im Dezember 1937 niedergeschrieben hatte, löste sich das außenpolitische Konzept, »der diplomatische Standort Moskaus, immer mehr von der Welt der realen Wirklichkeiten.«⁶²³

Europa – en gros und en détail

Für die Weltöffentlichkeit war Österreich in der Zwischenzeit auch noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Das britische Foreign Office hatte in

621 Ebd., 4.

622 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 669) GSB Moskau Zl. 69/P, 16.12.1937.

623 Ebd.

seinen Berichten für 1926 festgehalten: »Wahrscheinlich die interessanteste in Wien abgehaltene Konferenz während des Jahres war der ›Pan-Europa‹-Kongress, der Anfang Oktober stattfand und der das Resultat einer Bewegung ist, die von Graf Richard Coudenhove-Kalergi initiiert wurde. Kurz zusammengefasst, Graf Coudenhove zielt auf die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ab, basierend auf einer Zollunion, einem obligatorischen Schiedsgericht und einer lockeren föderativen Organisation zur Lenkung des gesamten Gemeinwesens.«⁶²⁴

Ausgespart blieb jedoch, dass Coudenhoves Ideen, die er seit 1923 öffentlich vertrat, durchaus zwiespältig aufgenommen wurden, zumal er einem kontinentalen Isolationismus das Wort redete, der vor allem die USA ökonomisch sowie die UdSSR politisch-ideologisch ausgrenzte, aber auch Großbritannien mit seinem Weltreich ausschloss. Problematisch erschien obendrein, dass er zwar langfristig die totalitären Gewaltregime des Stalinismus und des Nationalsozialismus ablehnte, nicht aber den Faschismus italienischer Prägung. Die daraus entstehende janusköpfige »Pan-Europa-Bewegung«, die sowohl zukunftsweisende Integrationskonzepte als auch epochenspezifische Herrschaftskonzepte und Feindbilder repräsentierte, war demnach ebenso umstritten wie ihre Gründerfigur, der man einen enormen Geltungsdrang mit elitären Vorstellungen anlastete.⁶²⁵

Mindestens seitens der Engländer gab es dennoch vorerst keine Einwände. »Der Plan mag phantastisch klingen«, war im Dossier des Foreign Office zu lesen: »Aber das Interesse und der Enthusiasmus, den der Kongress in Wien hervorrief, beweist, dass ihn viele Menschen für realisierbar halten.«⁶²⁶ Die Zusammenkunft, die übrigens, so der Jahresbericht, »von jungen Männern, hauptsächlich von Juden und überzeugten Katholiken besucht worden war«, fand Unterstützung durch die österreichische Regierung, die einen »großen Empfang für die Delegierten im Schloss Schönbrunn abhielt. Bei der Eröffnungssitzung«, notierten die Engländer weiter, »übernahm Prälat Seipel die Leitung, zudem langten Grußbotschaften vom deutschen Kanzler, von Herrn Briand, Herrn Beneš [...] und anderen europäischen Staatsmännern ein. Eines scheint im Übrigen klar aus den Diskussionen hervorzugehen: Das Pan-Europa-Ideal ist in keiner Weise gegen das britische Empire gerichtet. Tatsächlich ist Graf Coudenhove«, der die Welt in fünf Makroregionen einteilte, »ernst-

624 TNA FO 371/12078, Austria. Annual Report, 1926, 24.

625 Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in der Zwischenkriegszeit (1923–1938), Habilitationsschrift Graz 2002, 60ff. und 471–477; Frömmelt, Reinhard: Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933, Stuttgart 1977, 12f. und 48f.

626 TNA FO 371/12078, Austria. Annual Report, 1926, 24.

haft anglophil und strebt daher die engste Kooperation von Pan-Europa und Pan-Britannien« gegenüber »Pan-America, Pan-Russland und Pan-Asien« an. Zwar gebe es in der Alpenrepublik, so der Report abschließend, ein paar Kritiker insbesondere aus den Reihen der Befürworter einer Vereinigung von Österreich und Deutschland. Insgesamt aber komme die Bewegung Coudenhoves »in Schwung«. ⁶²⁷

Im Unterschied zu dieser Einschätzung stand allerdings fest, dass es dem exzentrischen Aristokraten schon vorher nicht gelungen war, die internationale Friedensbewegung und die Anhänger des Völkerbundes für sich zu gewinnen. Letztere sahen sich vielmehr dazu veranlasst, eine eigene »Interessengemeinschaft der europäischen Völker« ins Leben zu rufen, während die Berliner Regierung die Beziehungen zu den außereuropäischen Mächten nicht durch ein »Kontinentalprogramm« gefährden wollte und ein 1925/26 entstehender »Europäischer Zoll-Verein« sich hauptsächlich auf den Abbau der Handelshemmnisse konzentrierte. ⁶²⁸

Die »Interessengemeinschaft«, die zum »Verband der europäischen Verständigung« (VEV) und später zum »Bund für europäische Kooperation« wurde, fusionierte schließlich 1931 mit dem »Weltbund der Völkerbundligen«, zu einem Zeitpunkt, als die andauernden Differenzen mit Coudenhove-Kalergi noch unüberwindlicher erschienen als bisher. Die Konkurrenten hatten jedoch allesamt schon bald die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht. Coudenhove musste mit dem Versuch, den VEV bei den Franzosen als Bewegung für den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich zu »dekouvrieren«, letztlich auch sympathisierende Sozialdemokraten vor den Kopf stoßen, die sich einem Schulterchluss von Wien und Berlin verpflichtet fühlten. Reichskanzler Hermann Müller von der SPD meinte deshalb in einer Unterredung mit Österreichs Bundeskanzler Johann Schober Ende Februar 1930: »Was die Paneuropabewegung anbelangt, so haben wir die Arbeit Coudenhoves, soweit sie propagandistischer Art ist, nicht behindert, ja sogar mit Sympathie verfolgt. Praktisch hat sie allerdings nicht die Bedeutung, die Coudenhove ihr zuschreibt und wir hoffen, dass der Anschluss früher kommt als Paneuropa.« ⁶²⁹

Schon zuvor hatte der »Verband der europäischen Verständigung« für die amtliche Politik an Gewicht verloren. Eigentlich nach Westen orientiert, waren schließlich auch die Bestrebungen gescheitert, die Sowjetunion Anfang 1927 an die Programme des VEV heranzuführen. Grund dafür war nicht zuletzt

627 Ebd.

628 Frömmelt: Paneuropa oder Mitteleuropa, 17 und 25.

629 PAAA, Botschaft Wien, Geheimakten 37, Niederschrift über die politischen Besprechungen am 22. und 24. Februar 1930 in der Reichskanzlei anlässlich des Besuches des Herrn Bundeskanzlers Dr. Schober in Berlin, 10.

die Nähe des Verbandes zum Völkerbund, den Moskau damals noch offen bekämpfte.⁶³⁰

Eine unverkennbar flexiblere Haltung des Kremls machte sich allerdings schon kurz danach bemerkbar. Trotz Vorbehalten gab nämlich die sowjetische Staats- und Parteiführung grünes Licht für eine Beteiligung an dem von Aristide Briand ventilierten Plan einer »europäischen Föderation«. ⁶³¹ Anstoß für die französische Initiative war eine Versammlung in Genf am 9. September 1929, an der Repräsentanten von 27 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes teilnahmen. Nachdem sie aufgefordert worden waren, »Vorteile eines Einvernehmens zwischen den interessierten Regierungen über die Einrichtung einer Art Bundesverhältnisses unter den Völkern Europas zu prüfen«, versandte Briand schließlich im Mai 1930 ein Memorandum, das das kontinentale Einigungsprojekt auf die Grundlage des Völkerbundes stellte.⁶³² Unter anderem die österreichische Antwortnote auf den Vorstoß der Pariser Regierung sah darin auch die Möglichkeit, in anderen Erdteilen Sympathie für den Vorschlag zu erwecken, auch wenn man es in Wien für nötig erachtete, vorsichtig kritisch anzumerken, dass »solche Hoffnungen« nur dann nicht enttäuscht würden, wenn die Idee »von den einzelnen Staaten aufrichtig und energisch vorwärtsgetragen« würden.⁶³³

Gerade daran aber bestanden beträchtliche Zweifel. Schließlich richtete sich die »Grande Nation« mit ihrem Gedanken einer kontinentalen Kooperation gegen das Vordringen des »amerikanischen Kapitals«, eine Tendenz, die angesichts der deutschen Bindung an die USA den Interessen Berlins zuwiderlief. Hier strebte man auch im Rahmen der Revision des Versailler Vertrages und der übrigen Pariser Friedensabkommen eine Machtposition in »Mitteleuropa« an, wodurch einmal mehr Österreich den Schnittpunkt internationaler Interessen bildete.⁶³⁴ In diesem Sinn waren die Donauföderationspläne, etwa in Form des Tardieu-Planes, bekanntlich Reaktionen auf ein Generalthema der Alpenrepublik ab 1918: die Annäherung oder Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Nicht nur das gesamteuropäische Projekt, sondern auch die unmittelbaren Kontakte zwischen den Großmächten waren davon überschattet. Entsprechend heftig lehnten die Franzosen vor allem das angebahnte und letztlich gescheiterte Zollunions-Übereinkommen zwischen Wien und Berlin

630 Frömmelt: Paneuropa oder Mitteleuropa, 65.

631 Dullin: *Diplomates et Diplomatie Soviétiques*, 80.

632 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB iRep Moskau: (Karton 2) BKA-AA an Gesandtschaft Moskau, Zl. 27.483-13, 30.5. und 9.7.1930.

633 Ebd.

634 Frömmelt: *Paneuropa oder Mitteleuropa*, 74–77 und 81f.

ab.⁶³⁵ An diesem Umstand konnte auch das diplomatische Bemühen des späten Weimarer Staates, die wirtschaftliche Kooperation mit den Österreichern als Ausgangspunkt für die Zusammenfassung Zentraleuropas und schließlich des gesamten Kontinents hinzustellen, nichts ändern.⁶³⁶ Das »preußische Hegemonialdenken« war nicht ohne Grund eine Hauptsorge maßgeblicher Entscheidungsträger in verschiedenen Ländern. Bezeichnenderweise konnte der Nationalsozialismus an die Mitteleuropa-Konzeptionen der früheren Regierungen in Berlin problemlos anknüpfen.⁶³⁷

Währenddessen schien auch in Moskau der Tardieu-Plan auf Ablehnung zu stoßen. Eine Stabilisierung Mitteleuropas, sei, so analysierte Konstantin Jurenev die französischen Absichten von Wien aus, für die UdSSR in gar keiner Weise wünschenswert.⁶³⁸ Österreich verhielt sich, meinte der Polpred, bei alledem in Ermangelung eines entsprechenden Handlungsspielraums passiv. Andererseits aber betrachtete er den Umstand, dass das kleine Land den Franzosen das Szenario eines Staatsbankrotts vor Augen hielt, auch als Druck der Wiener Regierung auf Paris.⁶³⁹ Doch stand fest: »Noch bis zur Lausanner Anleihe⁶⁴⁰ war Österreich auf den französischen Finanzmarkt angewiesen, und zwar so dringend, dass Frankreich auch mit verhältnismäßig wenig Geld Einfluss geltend machen konnte. Und das tat es auch. Vom Ausbau der österreichischen Unabhängigkeitsverpflichtungen im Ersten Genfer Protokoll bis zu deren Erneuerung in den Protokollen von Lausanne zieht sich ein roter Faden: ›Geld gegen Anschluss-Verzicht!‹«⁶⁴¹

Im NKID hatte der Leiter der zweiten Westeuropäischen Abteilung, David Štern, Probleme mit Jurenevs Interpretation der Lage. Der Polpred setzte ihm seine Ansichten daher genauer auseinander: Würde Frankreich nicht entsprechende finanzielle Hilfe in Form von Krediten leisten, hätte Öster-

635 Leidinger / Moritz: Die Republik Österreich, 250.

636 Frömmelt: Paneuropa oder Mitteleuropa, 81 und 84.

637 Elvert, Jürgen: »Irrweg Mitteleuropa«. Deutsche Konzepte zur Neugestaltung Europas aus der Zwischenkriegszeit, in: Duchhardt, Heinz / Morawiec, Malgorzata (Hg.): Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Mainz 2003, 117–137, 121 und 129.

638 AVP RF 066/15/3/113/66, Jurenev an Štern, 16.3.1932. Vgl. dazu Äußerung Čičerins an Stalin in einem Brief aus dem März 1929, in dem er jede »Zuspitzung der Gegensätze zwischen Deutschland und der Entente, Frankreich und Italien, Italien und Jugoslawien, England und Amerika« gleichbedeutend mit einer »Festigung unserer Lage« betrachtete. Vgl. Sokolov, V. V.: Neizvestnyj Čičerin, in: Novaja i novejšaja istorija, 1994, Nr. 2, 12.

639 AVP RF 066/15/113/3/166: Jurenev an Štern, 7.5.1932.

640 Das Lausanner Protokoll wurde von Dollfuß im Juli 1932 unterzeichnet und gewährte eine Völkerbundanleihe in der Höhe von 300 Millionen Schilling, und zwar gegen die Wiederholung der in Genf übernommenen politischen Bedingungen eines »Anschluss«-Verzichts.

641 Angerer, Thomas: Kontinuitäten und Kontraste der französischen Österreichpolitik 1919–1935, in: Koch / Rauscher / Suppan / Vyslonzil: Von Saint-Germain zum Belvedere, 129–157, 151.

reich, das sich in Anbetracht des Zusammenbruchs der Creditanstalt einer schier ausweglosen Lage gegenüber sah, nur einen Weg offen – den zum Anschluss an Deutschland. Auf diese Weise, so Jurenev, übe die Alpenrepublik durchaus Druck auf Frankreich aus. Zumindest unterschwellig drohe Wien Paris mit neuen Bemühungen in Richtung Anschluss.⁶⁴² Moskau jedoch müsse ohnedies skeptisch bleiben gegenüber möglichen neuen Allianzen, in die Österreich einbezogen werden könnte. Ein »italienisch-ungarisch-österreichischer Block«, meinte Jurenev in einem weiteren Bericht nach Moskau, würde nämlich den Faschismus in Zentraleuropa bedeutend stärken. Auch eine derartige Variante hätte lediglich negative Folgen für die Interessen der Sowjetunion.⁶⁴³

Der »Anschluss«: Überlegungen zur sowjetischen Perspektive

Welche Präferenzen hatte Moskau also in Bezug auf das Schicksal Österreichs? Oder hatte es überhaupt welche? Obwohl es in den Jahren nach den Pariser Vororteverträgen immer wieder Presseartikel sowjetischer Provenienz gab, die das »Unrecht« eines Verbots der Vereinigung der »beiden deutschen Staaten« verurteilte, fehlte es spätestens seit Locarno und der damit einhergehenden Westorientierung Deutschlands an derartigen Verlautbarungen. Trotz des im Jahr darauf (1926) geschlossenen Berliner Vertrages zwischen Deutschland und der UdSSR dürfte die Bereitschaft, ein vergrößertes Deutsches Reich zu befürworten, geringer geworden sein. Davon abgesehen war eine wie immer geartete Unterstützung des Anschlussgedankens stets auch eine Spitze gegen Frankreich. Insofern verbarg sich hinter wohlwollenden Aussagen in Hinblick auf den Anschluss im eigentlichen Sinne ein »Hebel« der sowjetischen Frankreichpolitik.

Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt bot dann noch einmal einen Anlass, sich dezidiert positiv zu einer diesbezüglichen Annäherung zu stellen. Zumindest die sowjetische Presse kommentierte die Wiener und Berliner Initiative mehr oder weniger wohlwollend und stellte die Vereinigung der beiden Länder als eine Art »Gesetzmäßigkeit« dar, die nicht aufzuhalten sei. Frankreich wurde hingegen als ein Staat vorgestellt, der Österreich erpresste, indem er seine Finanzhilfe von einer Entscheidung Wiens gegen den Anschluss abhängig machte. In der *Pravda* war am 31. März 1931 zu lesen: »Der Abschluss

642 AVP RF 066/15/113/3/166: Jurenev an Štern, 7.5.1932.

643 AVP RF 066/15/113/3/300: Jurenev an Krestinskij, 10.12.1932.

einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich stellt ein Ereignis von allergrößter Bedeutung dar. Der französische Imperialismus kämpfte und kämpft mit allen Mitteln und Maßregeln gegen einen Anschluss Österreichs an Deutschland. Die Verbündeten und Vasallen Frankreichs, in erster Linie die Tschechoslowakei und Polen, haben wiederholt ihre Absicht kundgetan, mit allen Mitteln diese Vereinigung zu verhindern. [...] Die Absonderung Österreichs von Deutschland war und ist einer der Ecksteine des räuberischen Systems«. ⁶⁴⁴ Noch drastischere Formulierungen wählte die *Izvestija* am 27. März: »Briand hat in den Parlamentsdebatten das geflügelte Wort geprägt: ›Der Anschluss Österreichs an Deutschland – das heißt Krieg‹. Diese Worte haben den wahren Sinn des Verhältnisses Frankreichs zu Deutschland endgültig aufgedeckt. Gleichberechtigung ist Gleichberechtigung, aber nur auf Banketts; wenn aber sechs Millionen österreichische Deutsche ihr Schicksal mit Deutschland vereinigen wollen, so erklärt das imperialistische Frankreich den Krieg. Herr Briand hat dem gerechtfertigten Streben des deutschen Volkes nach Vereinigung die Frage der Macht gegenübergestellt. Dieser Anschauungsunterricht ist eine sehr gute Antwort auf die Erklärung der ›Kölnischen Zeitung‹, dass Deutschland über das Recht nach Macht streben soll. Der alte Zyniker Bismarck hat immer gesagt, dass Macht vor Recht geht und dass sie das Recht gebiert. So war es stets in der in Klassen eingeteilten menschlichen Gesellschaft und so wird es sein, trotz aller Völkerbünde, die ja doch nur ein Forum sind, wo diejenigen als Richter auftreten, die den schwereren Knüppel haben.« ⁶⁴⁵

Der österreichische Gesandte Pacher ließ sich von solchen Aussagen nicht blenden. Er ging vielmehr davon aus, dass der Kreml das Zollunionsprojekt nach außen deshalb verteidigte, weil es die Gegensätze zwischen Berlin und Wien einerseits und Paris andererseits vertiefte. ⁶⁴⁶ Gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau, Dirksen, habe Litvinov »seiner Genugtuung über das Projekt« Ausdruck verliehen, und Pacher selbst wurde von sowjetischen Funktionären in einer Weise angesprochen, als sei das deutsch-österreichische Abkommen ein »Streich«, den man den Franzosen gespielt habe. Den Beteuerungen des österreichischen Gesandten, wonach das Zollunionsprojekt keineswegs als Vorstufe eines Anschlusses zu verstehen sei, schenken nicht

644 Pravda, 23.3.1931; vgl. AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 34/P, 21.3.1931.

645 *Izvestija*, 27.3.1931, 1. Siehe außerdem die Berichterstattung der *Izvestija* am 7., 15.5., 2., 28. 6., 12.–15., 17. 9.1933.

646 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 48/P, 12.5.1931. Vgl. außerdem: Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933, Hamburg 1997, 278–299.

nur die Franzosen, sondern offenbar auch die sowjetischen Diplomaten keinen Glauben.⁶⁴⁷

Hinter den Kulissen führte man im NKID freilich eine andere Sprache. Von einer unumwundenen Unterstützung des Zollunionprojektes konnte keine Rede sein. Dem Volkskommissariat für Äußeres waren bereits sehr früh Gerüchte über den Plan einer diesbezüglichen Vereinbarung zu Ohren gekommen. Im März 1930 konnte Jurenev dem Volkskommissar Litvinov mitteilen, dass Mitarbeiter des österreichischen Außenministeriums wie Franz Peter, Heinrich Wildner und Emil Junkar zu jenen gehörten, welche im Gespräch mit den Sowjetdiplomaten derartige Gerüchte bestätigten.⁶⁴⁸ Im März des darauf folgenden Jahres einigten sich Johann Schober und der deutsche Außenminister Curtius »bei einem Treffen in Wien auf den definitiven Text eines Zollunionsvertrags, den man noch im gleichen Monat unterzeichnen, aber bis zur Maitagung des Völkerbundes geheim halten wollte. Die Parteigremien der in Österreich regierenden Koalition mussten jedoch informiert werden und dort (nämlich beim anschlusskritischen Wiener Flügel der Christlichsozialen rund um Altbundeskanzler Seipel) wurde später auch die Quelle jener gezielten Indiskretion vermutet, die für das vorzeitige Bekanntwerden der deutsch-österreichischen Pläne in Prag und Paris sorgte.«⁶⁴⁹

Fest steht jedenfalls, dass Jurenev schon im März 1930 in einem ausführlichen Bericht an Maksim Litvinov weder einer »italienisch-österreichisch-ungarischen Annäherung« etwas abgewinnen konnte, noch einer »deutsch-österreichischen«. Im Gegenteil. Er erachtete sie als »regelrecht gefährlich«.⁶⁵⁰ Gleichzeitig erfolgte 1930 außerdem eine aus Sicht des Gesandten der UdSSR in Wien geradezu beispiellose »antisowjetische Kampagne« Österreichs, die vor allem die Kremlpolitik gegenüber der Kirche an den Pranger stellte. In einem Gespräch, das Jurenev Mitte April 1930 mit Schober führte, brachte der Sowjetvertreter das Befürchten Moskaus zum Ausdruck, Österreich würde sich dem »antisowjetischen Konzert« in Europa anschließen. Der Kanzler lenkte in seiner Antwort die Aufmerksamkeit des Polpreds auf die »Klerikalen« und schob indirekt die Schuld für die von Moskau wahrgenommene Verschlechterung der Beziehungen auf Ignaz Seipel und den Christlichsozialen Richard Schmitz, mit denen er, so Schober sinngemäß, nichts zu tun habe.⁶⁵¹

Dass ein wie immer gearteter Zusammenschluss Österreichs mit anderen Staaten »politisch für uns gefährlich« sei, bekräftigte Jurenev gegenüber dem

647 AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 34/P, 31.3.1931.

648 AVP RF 04/1/6/102/50–43: Kurzbericht von Jurenev an Litvinov, 13.3.1930.

649 Berger: Kurze Geschichte Österreichs, 123.

650 AVP RF 04/1/16/102/50–53, Kurzbericht von Jurenev an Litvinov, 13.3.1930.

651 AVP RF 04/1/16/103/11–17: Journal Jurenev, 1.–18.4.1930.

NKID, genauer gesagt, dem stellvertretenden Volkskommissar Krestinskij, auch im März 1932.⁶⁵² Unter solchen Vorzeichen schien es eventuell besser, eine französische Österreichpolitik zu unterstützen, welche die Unabhängigkeit des kleinen Landes hochhielt.

Welche Ziele verfolgte nun also Moskau? Während in Zeitungsartikeln der Anschluss befürwortet wurde, suchte man NKID-intern eine Annäherung an den größten Gegner einer solchen Politik und gleichzeitig an einen Staat, der bislang wenig Interesse an einer Allianz mit dem Kreml gezeigt hatte: Frankreich. Auch mit Polen wurde eine Verständigung gesucht. Diese Bemühungen sind wiederum in Zusammenhang mit Moskaus Bedürfnis nach einer entsprechenden Sicherheitspolitik im Westen angesichts einer aktuellen Bedrohung durch Japan im Osten erklärbar, und sie können nicht losgelöst von den ökonomischen Problemen im Gefolge der Kollektivierung in der UdSSR selbst gesehen werden.⁶⁵³ Frankreich erschien eher in der Lage zu sein als Deutschland, der Sowjetunion entsprechendes Entgegenkommen bei der »Kreditierung« in den Handelsbeziehungen zu versprechen.⁶⁵⁴ Davon abgesehen ging in Moskau immer noch das Gespenst von einer Intervention der westlichen Staaten um, und Stalin dürfte diesbezügliche Gerüchte durchaus ernst genommen haben.⁶⁵⁵ So betrachtet war es also besser, den Feind zu umarmen, als sich von ihm »erdrosseln« zu lassen. Paris hielt indessen – offenbar nicht zuletzt aufgrund der so empfundenen aktuellen Anschluss-Gefahr aufgrund des Zollunionprojektes – Ausschau nach neuen Verbündeten, um seiner Europapolitik Gewicht zu verleihen. Und für die Sowjetunion bedeutete eine Allianz mit Frankreich schließlich auch die Möglichkeit, sich aus seiner Isolation zu befreien, die es ihr bisher kaum erlaubt hatte, auf die Geschehnisse in Mitteleuropa einzuwirken. Vor dieser Handlungsunfähigkeit hatte nicht zuletzt Konstantin Jurenev das NKID gewarnt.⁶⁵⁶ Vor allem schützte die Allianz mit Paris vor einer befürchteten Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Auf dieses Szenario hatte ebenfalls der Polpred in Wien hingewiesen und be-

652 AVP RF 66/15/3/113/75: Jurenev an Krestinskij, 19.3.1932.

653 Vgl. außerdem Haslam, Jonathan: *Soviet Foreign Policy, 1930–33. The Impact of the Depression*. London 1983; Davies, Robert W.: *The Industrialisation of Soviet Russia 4: Crisis and Progress in the Soviet Economy, 1931–1933*, London 1996.

654 Dazu auch die Einschätzungen des deutschen Botschafters: Der Deutsche Botschafter in Moskau von Dirksen an das Auswärtige Amt, 3.12.1932, zit. in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 [ADAP] 1918–1945, Serie B (1925–1933), Bd. XXI. 16. August 1932 bis 29. Januar 1933, 421–425 (Dok. 196) und die Einschätzungen in der österreichischen Presse bei Gamillscheg, Felix: *Die Sicherheitspakete der Sowjet-Union 1921–1936 im Spiegel der österreichischen Presse*, Diss. Wien 1950, 164–182.*

655 Hoppe: In *Stalins Gefolgschaft*, 128.

656 AVP RF 04/1/6/102/50–53: Kurzbericht von Jurenev an Litminov, 13.3.1930.

tont, dass eine solche Entwicklung der Deutschlandpolitik der Sowjetunion zuwiderlaufen würde.⁶⁵⁷ Einige Jahre später, im April 1935, betrachtete der tschechoslowakische Außenminister Beneš im Gespräch mit seinem österreichischen Kollegen Egon Berger-Waldenegg – wenn auch unter anderen Voraussetzungen – die Annäherung der UdSSR an Frankreich und die Kleine Entente als das beste Mittel, um die sowjetische Politik gegenüber Berlin zu hintertreiben.⁶⁵⁸

Vier Jahre vorher und nur kurz nachdem das Bekanntwerden der deutsch-österreichischen Zollunionspläne Paris in Alarmbereitschaft versetzt hatte, begannen Sondierungsverhandlungen zwischen sowjetischen und französischen Vertretern, die dann im August 1931 in ein Vertragswerk mündeten. Eine Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen Paris und Moskau ließ dann aber noch bis November 1932 auf sich warten, da erst mit dem Abgang von André Tardieu und der Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Herriot eine Unterzeichnung seitens Frankreichs erfolgte.⁶⁵⁹

Obwohl Moskau bestrebt blieb, diesen Vertrag nicht als Spitze gegen Deutschland zu interpretieren, deuteten sich mit ihm eine erste vorsichtige Kursänderung Moskaus an und »zugleich das Ende der Rapallo- und Locarno-Ära, verbunden mit einem Wandel der Bündnissysteme.«⁶⁶⁰ Das Jahr 1932 stand – wie schon erwähnt – für die sowjetische Außenpolitik im Zeichen des Abschlusses gleich mehrerer Nichtangriffspakte – mit Finnland, Lettland und Estland ebenso wie mit Polen, das seinerseits darauf spekulierte, auf Deutschland größeren Druck ausüben zu können.

Die Annäherung an Frankreich stellte für die sowjetische Presse indes kein Hindernis dar, um weiterhin gegen den »französischen Imperialismus« zu wettern, der Österreich und Deutschland den Wunsch nach dem Zusammenschluss verwehre.⁶⁶¹ Wenngleich nach der Machtergreifung Hitlers der Ton der sowjetischen Presse gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, das seinerseits keinen Zweifel an seinem Antibolschewismus ließ, immer rauer wurde und obwohl der Kreml die »kollektive Sicherheit« immer stärker ins Zentrum seines außenpolitischen Handelns stellte, wurden auch gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland die Türen zur Verständigung nicht

657 AVP RF 066/15/3/113/75; Jurenev an Krestinskij, 19.3.1932.

658 Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 263.

659 Geyer: Osteuropa-Handbuch, 224f.

660 Ebd., 225. Vgl. dazu auch Dullin: Litvinov, 122 und 133.

661 Izvestija, 29.2.1932. Der diesbezügliche Ton änderte sich auch 1933 nicht. Österreich wurde als »Völkerbundkolonie« bezeichnet, die von Frankreich kontrolliert würde. Lippaj, Z.: Dunajskaja problema i opasnost' vojny, in: Mirovoe chozajstvo i meždunarodne otnošenija (Mchimo), Nr. 11–12, 1933, 153–161, 155.

zugeschlagen.⁶⁶² Aus Sicht des in der sowjetischen Hauptstadt akkreditierten diplomatischen Korps wirkte die Deutschlandpolitik des Kremls in dieser Phase freilich unentschlossen und geradezu irritierend. Tatsächlich schien Moskau auf alle Karten zu setzen und alles zu wollen: den Ausgleich mit den Westmächten und im Unterschied zu den vergangenen Jahren die Aufrechterhaltung des »Versailler Systems« als Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens ebenso wie die Kooperation mit Deutschland.

Berlin blieb auf unterschiedlichen Ebenen für den Kreml von zentraler Bedeutung. Im November 1933 rang sich Heinrich Pacher vor diesem Hintergrund eine geradezu anerkennende Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik ab: »Haben die Moskauer Politiker das Problem des deutschen Nationalsozialismus schon in der Periode 1930–1933 richtiger in ihr Kalkül gestellt als die meisten anderen Mächte, so sind sie sich heute meiner Ansicht nach vollkommen bewusst, dass dem deutschen Problem ein absolut prioritärer Charakter gegenüber allem anderen zukommt. Übersteht der deutsche Nationalsozialismus in den nächsten Jahren und Monaten für alle absehbare Zeit die Periode seiner stärksten Gefährdung, so ist nicht nur der internationale Bolschewismus fertig, sondern es steht auch der russische Bolschewismus auf dem Spiele; und zwar nicht nur deshalb, weil trotz aller Redereien von dem ›Sozialismus in einem Staate‹ innerpolitisch die bolschewistische Weltmission einen integrierenden Bestandteil des herrschenden sowjetischen Systems bildet und geistesgeschichtlich dies bleiben muss, sondern weil der Bolschewismus nach Wegfall seiner weltrevolutionären Ideologie – auch wenn es nur eine Ideologie ist – in Russland selbst in die Defensive gedrängt und auch innerpolitisch einer Gegenströmung gegenüberstehen würde, die dem heutigen System, abgearbeitet wie es insbesondere nach dem ersten Fünfjahresplan ist, zum mindesten gefährlich, wenn nicht schon allein als Novum überlegen wäre.«⁶⁶³

Die sowjetische Außenpolitik präsentierte sich freilich nicht nur als »prophetisch« oder »clever«. Ihre Doppel-, ja Mehrgleisigkeit erwuchs angesichts schwer einzuschätzender Entwicklungen zweifelsohne auch aus einer gewissen Verunsicherung, und diese wiederum manifestierte sich in der Zwischenzeit unter anderem in der Frage des »Anschlusses«. Diesen hielt Litvinov im März 1933 offenbar für ein durchaus wahrscheinliches Szenario – und zwar nicht nur aufgrund der in den Botschafterberichten aus Wien des Öfteren wiederholten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Alpenrepublik oder aber in Kenntnis des Wunsches weiter Teile der österreichischen Bevölkerung

662 Vgl. dazu die Einschätzung bei Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 138–150.

663 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 46/p, 2.11.1933.

nach einem Zusammengehen mit dem Nachbarn. Litvinov rechnete ganz offensichtlich mit einem aggressiven Vorgehen Berlins.⁶⁶⁴ Mit seiner Vermutung, wonach der »Anschluss« kommen werde, vermittelte er gleichzeitig den Eindruck, dass die aktuelle europäische Bündnis- und Interessenkonstellation kaum als probates Mittel gegen eine Verhinderung einer solchen Entwicklung angesehen werden könne. Daraus folgte für ihn, dass auch die eigene Involvierung in die europäischen Verhältnisse als nicht ausreichend für einen Stopp deutscher Expansionsgelüste betrachtet wurde. Anders gesagt: Litvinov zweifelte wohl daran, dass es gelingen würde, gemeinsam mit den Westmächten den Status quo in Europa zu sichern. Diese Sorge wiederum ließ ein Einvernehmen mit Deutschland, aber auch mit dem faschistischen Italien⁶⁶⁵ ratsam erscheinen.

Viele von jenen Materialien des Russischen Archivs des Außenministeriums, die zugänglich sind und die Österreichberichterstattung der Wiener Sowjetvertretung dokumentieren oder die Korrespondenz der für Österreich zuständigen Abteilung des NKID enthalten, vermitteln den Eindruck, wonach abseits der von Litvinov zur Schau gestellten »Gewissheit« bezüglich Hitlers Ambitionen gegenüber Österreich 1933 in Moskau Rätselraten angesichts der »Anschluss-Frage« herrschte.⁶⁶⁶ David Štern von der 2. Westeuropäischen Abteilung konfrontierte im Mai 1933 den Polpred in Wien mit einem umfassenden Fragenkatalog betreffend die innere Lage Österreichs sowie das »Anschluss«-Problem und damit verbundene außenpolitische Belange. Seinen eigenen Einschätzungen zufolge hatte Frankreich seine Rolle im Kampf gegen den »Anschluss« an Italien abgegeben. Sicher war er sich aber nicht.⁶⁶⁷ So ersuchte er im Juni 1933 den in Wien stationierten Kurzzeitgesandten Adolf Markovič Petrovskij⁶⁶⁸ nochmals dringend um eine diesbezügliche Einschätzung des Diplomaten vor Ort. In Moskau, so Štern an den Polpred in Österreich, sei es »schwierig, eine genaue Prognose« in dieser Angelegenheit zu erstellen.⁶⁶⁹ Er selbst war nun der Ansicht, dass nicht einmal der Druck Italiens ausreichen würde, um Deutschland von einem »Anschluss« Österreichs abzubringen – zumindest von einem »von innen« her zu erreichenden.⁶⁷⁰

664 Protokoll des Gesprächs zwischen dem Volkskommissar Litvinov und dem Gesandten Polens in der UdSSR Lukaszewicz, 23. 3. 1933, in: DVP, Bd. 16, (Dok. 90).

665 Mit Italien schloss die Sowjetunion im September 1933 einen Nichtangriffspakt.

666 Vgl. dazu beispielsweise die Stellungnahmen der KL, abgedruckt in: Vestnik Archiva Prezidenta Rosijskoj Federacii: SSSR-Germanija 1933–1941, Moskva 2009, 59 (Rezolucija Prezidiuma IKKI po dokladu o položenii v Germanii).

667 AVP RF 066/16/114/3/13: NKID an Petrovskij, 17.5.1933.

668 Das Politbüro beschloss Petrovskijs Entsendung am 1. Februar 1933. RGASPI 17/166/914.

669 AVP RF 066/16/114/3/37: Štern an Petrovskij, Juni 1933.

670 AVP RF 066/16/114/3/49: Štern an Petrovskij, 27.8.1933.

Ebenfalls schwer tat sich die sowjetische Seite auch, wenn es darum ging, die Anschluss-Bereitschaft der österreichischen Bevölkerung, aber auch der politischen Entscheidungsträger einzuschätzen. Sowohl in Wien als auch in Moskau äußerten sich die zuständigen Personen in der Polpredstvo und im NKID diesbezüglich regelmäßig in ihren Berichten. Sie konstatierten allerdings sich ständig ändernde Trends und trugen damit keineswegs dazu bei, die Lage besser zu erfassen. Damit erging es ihnen nicht besser als anderen ausländischen Beobachtern, die ebenfalls zu der Ansicht gelangten, dass die österreichische Außenpolitik in bestimmten Fragen nicht gerade »berechenbar« war.⁶⁷¹ Starke Zweifel hinsichtlich der diesbezüglichen Gesinnung hegte man jedenfalls gegenüber dem diplomatischen Personal aus Österreich. David Štern zumindest ging davon aus, dass Legationsrat Herbert Schmidt, der 1933 zeitweilig Heinrich Pacher vertrat, »in ständigem Kontakt mit der deutschen Botschaft« stand. Der NKID-Abteilungsleiter hielt sich daher sehr zurück, wenn es um Auskünfte an Schmidt bezüglich Moskaus Haltung gegenüber Berlin ging.⁶⁷² Ob das Außenkommissariat darüber orientiert war, dass auch andere Mitarbeiter der österreichischen Gesandtschaft eine über das übliche Maß des Meinungsaustauschs hinausgehende Kooperation mit den Kollegen von der deutschen Botschaft beziehungsweise nationalsozialistischen Ansprechpartnern pflegten, muss offen bleiben.⁶⁷³

Während also Litvinov auf der einen Seite den »Anschluss« ablehnte und wohl auch fürchtete beziehungsweise sich die Sicherheitspolitik Moskaus verstärkt auf die diesbezügliche Sichtweise Frankreichs einzulassen schien, interpretierte im August 1933 der österreichische Gesandte in Moskau sowjetische Zeitungsartikel wiederum als Statements pro »Anschluss«. In der *Izvestija* jedenfalls, meldete er nach Wien, sei im Zusammenhang mit der deutsch-österreichischen Frage das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« ins Treffen gebracht worden. Der Umstand, dass man sich darauf berief, wirkte fast so, als hätte die sowjetische Presse die aktuellen Ereignisse in Deutschland, aber auch in Österreich verschlafen. Gebetsmühlenartig wiederholte man hier, was bereits seit 1919 immer und immer wiedergekaut

671 Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 673.

672 AVP RF 66/16/3/114/48: Gesprächsnotiz Štern-Schmidt, 8.8.1933.

673 Edgard Haider verweist in diesem Zusammenhang auf Hanns Winter, der zwischen 1930 und 1933 Legationssekretär in Moskau gewesen war und Berichte über die Sowjetunion an den Wiener Gauleiter Frauenfeld weitergab. Auch Alfred Schwinner, der Jahre hindurch der österreichischen Vertretung in Moskau angehört hatte, stand dem Nationalsozialismus nahe. Er war 1932 in die Partei eingetreten und machte nach dem »Anschluss« im NS-Regime Karriere. Dazu siehe Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 216–219 und das letzte Kapitel im vorliegenden Band sowie die Kurzbiografien im Anhang.

wurde. War der Hinweis auf das »Selbstbestimmungsrecht« ein Lapsus der sowjetischen Presse, die sich noch nicht auf die neuen Gegebenheiten eingestellt hatte? Oder mussten solche Meldungen tatsächlich als Signal zu Gunsten des »Anschlusses« betrachtet werden?⁶⁷⁴ War das wiederum eine Geste an die Adresse Berlins? In jedem Fall erscheinen derartige Pressemeldungen symptomatisch für eine sowjetische Deutschlandpolitik, die sich noch nicht auf einen eindeutigen Kurs festlegen wollte. Auf österreichischer Seite ging man 1934 rückblickend davon aus, dass etwaige Äußerungen zugunsten des »Anschlusses« lediglich dem Wunsch des Kremls entsprungen waren, eine »jäh Zuspitzung der internationalen Lage« in Bezug auf Deutschland zu befördern. Eine derartige Haltung entsprach einer für die sowjetische Außenpolitik durchaus als typisch zu bezeichnenden destruktiven Position in Bezug auf eine womöglich stattfindende militärische Auseinandersetzung zwischen den »kapitalistischen Ländern«. Immerhin hatte nach Ansicht der österreichischen Diplomaten in Moskau das NKID auch signalisiert, eine nationalsozialistische Herrschaft in Österreich und damit einen »Anschluss« zu begrüßen. Erst als diese »Zuspitzung«, also der »Anschluss« nicht eintrat, habe sich der Kreml in der österreichischen Frage von einer derartigen Haltung verabschiedet.⁶⁷⁵

Die Ereignisse des Jahres 1934 – die Februarkämpfe ebenso wie der Juliputsch – ließen Österreich indessen als völlig destabilisiertes Land erscheinen. Die Prognosen hinsichtlich der Chancen auf eine Bewahrung der österreichischen Selbstständigkeit fielen immer düsterer aus – in Moskau ebenso wie in anderen europäischen Hauptstädten: Die Februarereignisse stellten sich aus Moskauer Perspektive als Abschluss einer mit dem März 1933 und dem Ende des Parlamentarismus eingeleiteten endgültig letzten Etappe zur Verwirklichung der faschistischen Diktatur dar, und der Juli⁶⁷⁶ legte offen, dass offenbar stärker werdende Kräfte Österreich von innen heraus »anschlussreif« machen wollten. Doch der »Anschluss«, schrieb die *Pravda* am 27. Juli 1934, das sei der Krieg.⁶⁷⁷ Tags darauf glaubte die *Izvestija* darauf aufmerksam machen zu

674 AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 36/P., 24.8.1933.

675 Zit nach Mueller, Wolfgang/Leidinger, Hannes: Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918 bis 1955, in: Koch, Klaus/Rauscher, Walter/Suppan, Arnold/Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere: Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007, 70–114, 90.

676 Interessanterweise gelangte die österreichische Gesandtschaft in Berlin im Juni 1934 in Besitz von Papieren, die einen angeblichen »sowjetrussischen Attentatsauftrag« enthielten und als Ziele Bundeskanzler Dollfuß, aber auch Vizekanzler Starhemberg und den Minister Fey nannten. Der Botschafter, Stephan Tauschitz, kam allerdings zu dem Ergebnis, dass die Unterlagen gefälscht waren, »um die Täterschaft für allfällige nationalsozialistische Attentate schon im vorhinein den Kommunisten zuzuschreiben«. AT-OeStA/Adr AAng ÖVB 1 Rep Berlin: (Karton 11) GSB Berlin Zl. 134/Pol., 15.6.1934.

677 *Pravda*, 27.7.1934.

müssen, dass zwanzig Jahre zuvor ebenfalls von Wien aus der Weltkrieg seinen Beginn genommen habe.⁶⁷⁸

Der letzte Akt

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten brachte auch für die französische Österreichpolitik Änderungen. Mit einem aggressiver werdenden Nachbarn im Osten konfrontiert, gab sich die Pariser Regierung gegenüber dem »Ständestaat« konziliant – umso mehr, als ein Zusammenwirken mit Polen, Rumänien und Jugoslawien in Sachen Österreich immer unwahrscheinlicher wurde.⁶⁷⁹ In Rüstungsfragen sah man über die Klauseln des Vertrages von Saint Germain hinweg, eine Geste, welche die Wiener Regierung umso mehr zu schätzen wusste, als sie erkennen musste, dass die von der eigenen Bevölkerung wenig geschätzte Allianz mit Italien brüchig wurde.⁶⁸⁰ Dass sich in dieser Situation allerdings auch die Westmächte als schwache Verbündete erwiesen, zeigte 1935 die Konferenz von Stresa. Rom, Paris und London betonten wohl die Unabhängigkeit Österreichs, schufen damit jedoch keine völkerrechtliche Garantieerklärung. Speziell England wollte sich auf ein militärisches Engagement im Ernstfall nicht einlassen.⁶⁸¹ Auch in der sowjetischen Presse spiegelte sich die angesichts eines solcherart eher lauwarmen Engagements der Mächte zunehmend ausweglose Situation Österreichs hinsichtlich des Erhalts seiner Unabhängigkeit wider. Deutsche Argumente, die ein militärisches Vorgehen Österreichs gegen Deutschland ausschlossen und damit den Wert des Alpenlandes als Verbündeter Italiens auf ein Minimum herabstufen, schienen einer gewissen Logik nicht zu entbehren. In der sowjetischen Presse wurden solche Ausführungen kommentarlos abgedruckt.⁶⁸² Eine derartige Vorgangsweise deckte sich mit Einschätzungen des NKID, wonach Österreichs Eigenständigkeit nur mehr auf dem Papier bestand.⁶⁸³

678 Izvestija, 28.7.1934.

679 Vgl. Ormos: Ein internationaler Versuch, 134 f.

680 Castellan, Georges: Ein Vorspiel zum »Anschluss« (1935–1937), nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland, in: Stourzh/Zaar: Österreich, Deutschland und die Mächte, 147–166, 148.

681 Leidinger/Moritz: Die Republik Österreich, 258; vgl. dazu auch Angerer: Kontinuitäten und Kontraste, 142f.

682 Izvestija, 11.10.1935.

683 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 3/P, 10.1.1935.

Das Jahr 1936 brachte dann schon die Vorentscheidung hinsichtlich des weiteren Schicksals eines auch innenpolitisch wenig stabilisierten »Austrofaschismus«. Der Abessinienfeldzug und der Spanische Bürgerkrieg bildeten den Hintergrund für die Annäherung zwischen Hitler und Mussolini. Zudem wurde die deutsche Besetzung des Rheinlandes zu einem Erfolg Berlins, nachdem sich insbesondere Frankreich den Geschehnissen nicht in den Weg gestellt hatte. Eine auch durch interne Entwicklungen gelähmte »Grande Nation« unterstützte wohl die Idee einer Annäherung zwischen dem Kabinett Schuschnigg und den Nachbarstaaten im Donauraum. Die Beziehungen der Prager Führung zu den Entscheidungsträgern in Wien ebenso wie in Budapest blieben jedoch gespannt, während umgekehrt sich sowohl das »Dritte Reich« als auch das faschistische Italien mit Jugoslawien ins Einvernehmen setzten und dem ungarischen Revisionismus gegenüber aufgeschlossen zeigten.⁶⁸⁴

Das Juliabkommen zwischen Wien und Berlin als Versuch Schuschniggs, die österreichische Unabhängigkeit zu bewahren, wurde unterdessen vor allem in Moskau unverzüglich einer harschen Kritik unterzogen.⁶⁸⁵ Dort wusste man zumindest aufgrund von Mitteilungen der eigenen Militärspionageabteilung, kurz RU, dass bereits im Frühjahr 1936 kursierende Gerüchte über einen von Deutschland erzwungenen »Anschluss« Österreichs nicht zutreffend waren.⁶⁸⁶ Unterdessen registrierte man sehr genau, dass das Übereinkommen auch den Ton der österreichischen Presse beeinflusste. Nach Einschätzung der Polpredstvo in Wien war über den zweiten Todestag von Kanzler Dollfuß in einer Art berichtet worden, die den Eindruck erweckt hätte, er sei eines natürlichen Todes gestorben.⁶⁸⁷

Tatsächlich von der Dauerhaftigkeit einer Aussöhnung zwischen den »deutschen Brüdern« und vom »gewaltigen Erfolg des österreichischen Bundeskanzlers« überzeugt, neigten unter anderen diplomatische Vertreter des »Ständestaates« in Moskau dazu, Einwände gegen die Übereinkunft als bloß ideologisch motivierte »Unkenrufe« zu diskreditieren. Entsprechend negativ wurden sachlich durchaus zutreffende Meldungen in der sowjetischen Presse vom Juli 1936 kommentiert, in denen es hieß: »Österreich bezahle die mündliche Anerkennung seiner Souveränität seitens Deutschlands mit ›reellen Zugeständnissen, die das Verhältnis der politischen Kräfte in Österreich verändern‹. Deutschland sei mit einer friedlichen Phrase auf den Lippen nach Österreich

684 Castellan: Ein Vorspiel zum »Anschluss«, 149, 151, 153ff., 163f. und 166.

685 Vgl. dazu Korradov, T.: Avstro-germansko soglašenje, in: Propagandist, Nr. 16, 1936, 35–40 und einen Bericht der TASS anlässlich des 1. Jahrestags des Juliabkommens im Sommer 1937: GARF R-4459/2/79/7–18.

686 RGVA 33987/3/867/39–43: RU, Abteilung 1 an Marschall Vorošilov, 28.5.1936.

687 AVP RF 066/19/21/4/94: Jahrestag des Dollfuß-Mordes, ohne Datum.

vorgedungen, doch nur in der Absicht, es jetzt umso besser methodisch untermiinieren zu können.«⁶⁸⁸

Derlei Ausführungen brachten Repräsentanten der Wiener Regierung einerseits mit einem Ablenkungsmanöver von den Säuberungen und Schauprozessen unter Stalin in Zusammenhang, andererseits aber ebenso mit dem Bedrohungsszenario, das ein einflussreicheres »Drittes Reich« für den Krenl darstellte. Gleichzeitig instrumentalisierten inner- und außerhalb Österreichs rechtsautoritäre, faschistische und nationalsozialistische Kräfte ideologische Kontroversen, um den Antibolschewismus als Instrument der politischen Propaganda verstärkt einsetzen zu können. Man hob schließlich auch im »Ständestaat« die »russische Wühlarbeit« hervor, die Notwendigkeit, sich nicht zuletzt auf militärischer Ebene gegen den internationalen Kommunismus wappnen zu müssen.

Paris konnte indes nicht übersehen, dass der »Austrofaschismus« NS-Argumente gegen die Absprachen zwischen der ČSR und der UdSSR, etwa gegen eine russische Militärmission in Prag und einen Flugplatz für die »Sowjets« in der Slowakei, übernahm.⁶⁸⁹ Den Umstand allerdings, dass Österreich zum Ärger der Deutschen nicht dem »Antikominternpakt« beitrug und auch den Anfang 1938 geforderten Austritt aus dem Völkerbund ablehnte, als dezidierten »Widerstandsakt« gegen Hitler-Deutschland zu werten⁶⁹⁰, geht andererseits möglicherweise zu weit. Ein Austritt aus dem Völkerbund wäre gegenüber den Westmächten ein zu deutliches Signal der Selbstaufgabe gewesen, und dem Antikominternpakt traten selbst Italien erst im November 1937 und Ungarn im Laufe des Jahres 1939 bei. Österreich verhielt sich in dieser Situation – man könnte sagen – entsprechend. Nicht mehr und nicht weniger. Ebenso verfehlt wäre es, aus dem Nichtbeitritt zum Antikominternpakt eine Geste gegenüber Moskau zu machen. Österreichs Antibolschewismus blieb ein unumstößliches Element der Politik. Dazu bedurfte es wahrlich keines Beitritts zum Antikominternpakt.⁶⁹¹

Vorherrschend waren indessen ganz allgemein nach wie vor das geostrategische Denken, die Kräfteverhältnisse in Zentral- und Südosteuropa, und lediglich bedingt Erwägungen über einen »Kleinstaat im Herzen Europas«

688 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 12) GSB Moskau, Zl. 40/P, 23.7.1936.

689 Castellan: Ein Vorspiel zum »Anschluss«, 158f.

690 Vgl. Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung, 343.

691 Dahingehend kommentierte auch die NFP den Pakt. Österreich, hieß es, habe bereits in den vorangegangenen Jahren »den Weg der Abwehr« gegenüber der »Dritten Internationale« eingeschlagen. Vgl.: NFP, 26.11.1936, 1. Zu bedenken gilt es auch, dass außerhalb des Paktes Geheimabmachungen mit der deutschen Polizei gegen das sogenannte »politische Verbrechen« des Bolschewismus existierten, welche auch Nichtmitglieder des Kominternpakts miteinschlossen. Vgl. Geyer: Osteuropa-Handbuch, 251.

oder weltanschauliche Vorbehalte beziehungsweise Frontstellungen. Antibolschewismus und Antifaschismus lieferten Phrasen, hinter denen sich notdürftig das Geplänkel um Einflusszonen, Hegemonialbestrebungen und nationale Zielsetzungen verbarg. Während hohe Narkomindel-Funktionäre ihre ausländischen Gesprächspartner 1933 noch unverhohlen wissen hatten lassen, dass sie ein »nationalsozialistisches Regime in Österreich« gar nicht so schlecht fänden⁶⁹², und bei den Westmächten 1936 mit dem keineswegs von der Hand zu weisenden Szenario spekuliert wurde, dass sich die »Österreichfrage durch eine innere Umwälzung« zugunsten der NSDAP »von selbst lösen« werde⁶⁹³, stellte man deutscherseits andere Überlegungen an. Der Besuch des deutschen Reichsaußenministers Konstantin von Neurath in Wien sei von den prosovjatischen Zeitungen in und außerhalb der UdSSR dazu benützt worden, von der »Einkreisung der Tschechoslowakei«, von einem »Viererpakt« zwischen Berlin, Rom, Wien und Budapest sowie von konkreten Maßnahmen zur »Kriegsvorbereitung« zu sprechen, notierten beispielsweise im März 1937 die Diplomaten des »Dritten Reiches« in Moskau.⁶⁹⁴ Tatsächlich fanden sich entsprechende Argumente in der *Pravda* vom 26. Februar 1937, wie die österreichischen Kollegen aus der sowjetischen Hauptstadt nach Wien berichteten.⁶⁹⁵ Von italienischer Seite wiederum bekam der österreichische Außenminister Guido Schmidt indessen Ernüchterndes zu hören: In London und Paris, hatte Mussolinis Schwiegersohn und Italiens Außenminister Graf Galeazzo Ciano gemeint, bestünde an Österreich nur soweit Interesse, »als dieses zu den mitteleuropäischen Staaten gehört«. Nicht Österreich an sich liege »den Westmächten« am Herzen, »sondern das fonctionnement von Österreich in den Wechselbeziehungen zu den anderen Staaten im Zentrum Europas«.⁶⁹⁶ Die Perspektive Moskaus auf Österreich sah freilich genauso aus. Dort erschien das Land die längste Zeit schon lediglich als eine Art Appendix anderer, bedeutsamerer Probleme der Beziehungen des Kremls mit den europäischen Staaten.⁶⁹⁷

Österreichs »Flucht« in die Arme jener Macht, die seine Unabhängigkeit am meisten bedrohte, stellte sich bald als das heraus, was sie war: ein Fehler. Die Verständigung mit dem Nachbarn brachte nicht das, was sich Wien erhofft hatte. Einigermäßen ernüchtert mussten Vertreter des »Ständestaates« konstatieren, dass alle Kooperationspläne zwischen dem »NS-Staat« und dem »Austrofaschismus«, sei es gegen andere mitteleuropäische Länder, sei

692 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 12) GSB Moskau, Zl. 35/P, 10.8.1933.

693 Castellan: Ein Vorspiel zum »Anschluss«, 154.

694 PAAA, Botschaft Wien 411, Deutsche Botschaft Moskau, 1.3.1937.

695 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 44) GSB Moskau, 26.2.1937.

696 Zit. nach Matis: Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen, 247f.

697 AVP RF 04/1/3/42/47–49: Litvinov an Berzin, 21.8.1925.

es gegen den Kommunismus allgemein, nur unzulänglich die Fragilität des Juliabkommens verhüllten. Der österreichische Gesandte in Berlin hatte allerdings schon im April 1936 keinen Grund, sich Illusionen über die längerfristigen Absichten Deutschlands hinzugeben. Der Nachricht des dort akkreditierten französischen Botschafters zufolge hatte sich Joachim von Ribbentrop in seiner Funktion als Repräsentant des »Dritten Reiches« in Großbritannien dafür ausgesprochen, »das Eisen zu schmieden, solange es heiss« sei, also »im Osten ein fait accompli« zu setzen, »indem man Österreich« okkupiert und »eventuell auch gleich mit der Tschechoslowakei aufräumt.«⁶⁹⁸ Das »Säbelraseln« endete nach dem Juliabkommen nicht. Ebenso vehement wie Ribbentrop trat später »Preußens Ministerpräsident« Hermann Göring in Erscheinung, wobei dieser vor allem die »Habsburgerfrage« als Ursache für einen Einmarsch der Deutschen im »Ständestaat« hervorhob.⁶⁹⁹ »Das Gespräch mit Göring«, schloss einer der Berichte des österreichischen Diplomaten vom November 1936, bestätige, »dass mit dem Übereinkommen vom 11. Juli der Plan eines Grossdeutschlands noch nicht aufgegeben ist«. »Der Anschluss kommt einmal so oder so«, bemerkte Göring fast zeitgleich in der Unterredung mit einem ungenannt gebliebenen Angehörigen des diplomatischen Korps in Berlin.⁷⁰⁰

Dass die NS-Führung dabei jeden »Kuhhandel« einzugehen bereit war, wollte schließlich der sowjetische »Außenkommissar« Maksim Litwinov in Erfahrung gebracht haben. Wenn man den als Litwinovs Memoiren ausgegebenen Schriften traut, schlug Anfang 1938 der »preußische Regierungschef« in England »frank und frei einen vollständigen Verzicht Deutschlands auf eine Flottenrüstung vor – gegen Handlungsfreiheit in Österreich und der Tschechoslowakei«. Die anwesenden britischen Repräsentanten hätten ihr »Einverständnis gegeben und zugesagt, sich in diesem Sinne« bei Premierminister Arthur Neville Chamberlain einzusetzen. Letzter neigte freilich, so Litwinov, ohnehin »bereits zu einer diesbezüglichen Verständigung«.⁷⁰¹

Wenig überraschend kam im März 1938 daher das Antwortschreiben des »Empire« auf Litwinovs Vorschlag, den durch den Einmarsch der Wehrmacht, die nationalsozialistische Machtübernahme im Inneren und entsprechende Gesetze bereits vollzogenen »Anschluss« mit internationalen Gegenaktionen zu beantworten. Dem Sowjetgesandten in London ließ das Foreign Office ausrichten, dass das »Kabinett Seiner Majestät des Königs« kollektive Schritte be-

698 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 12) GSB Berlin, Zl. 82/P, 16.4.1936.

699 Ebd., Zl. 243/P, 4.11.1936.

700 Ebd., Zl. 255/P, 24.11.1936.

701 Litwinow, Maxim: Memoiren. Aufzeichnungen aus den geheimen Tagebüchern, München 1956, 233f. Zu den sofort einsetzenden Diskussionen über die »Echtheit« der Tagebücher beziehungsweise deren partielle Glaubwürdigkeit siehe z.B.: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970788.html> (31.12.2012)

ziehungsweise eine entsprechende Konferenz unter den »gegenwärtigen Umständen« nicht als zielführend und friedenserhaltend betrachte.⁷⁰²

Dass Moskau in dieser Phase einmal mehr die gesamte mittel- und süd-osteuropäische Region im Auge behielt, lag auf der Hand. Explizit war in der UdSSR nicht bloß vom Schicksal der verbündeten ČSR die Rede, sondern auch von der Ausdehnung des Berliner Einflusses Richtung Adria sowie vom Bestreben Polens, im Kielwasser der NS-Expansion zu einem Schlag gegen Litauen auszuholen. Diese unmittelbar sowjetische Grenzen berührende Gefahr führte dann zu einer Kontaktaufnahme mit Paris, um das mit Frankreich verbündete Warschau von einem Offensivschritt »im Osten« abzuhalten. Die »Grande Nation« aber war zu jenem Zeitpunkt aufgrund einer Regierungsumbildung faktisch handlungsunfähig, abgesehen von der Tatsache, dass französisch-englische Konsultationen schon Ende November 1937 kaum mehr einen kollektiven Widerstand gegen potenzielle Aggressoren in Betracht zogen.⁷⁰³

Obwohl die Annexion Österreichs den Anfang einer raschen territorialen Eroberungspolitik des »Dritten Reiches« darstellte und unmittelbar zum Zusammenbruch der »Versailler Ordnung« in Mitteleuropa beitrug, war die internationale Völkergemeinschaft aber auch aufgrund der Position des »Ständestaates« untätig geblieben. Im Inneren durch die (deutsch-)nationale beziehungsweise nationalsozialistische Opposition sowie durch die Distanz zur Arbeiterschaft geschwächt, fehlten auch in der Außenpolitik entsprechende Erfolge. Das autoritäre Regime Österreichs konnte weder mit dem Konzept eines »zweiten deutschen Staates«, noch durch eine Politik, die sich auf Österreichs »große Vergangenheit« besann, Verbündete finden, die bereit waren, dem kleinen Land im März 1938 konkrete Hilfe zu leisten.⁷⁰⁴

Aus britischer Sicht rief die »Vereinigung der deutschen Brüder«, wenn auch durch die NS-Gewaltanwendung mit »Irritationen« verknüpft, vielfach den Eindruck eines friedlichen Überganges hervor⁷⁰⁵, während die UdSSR wohl ein »kollektives Vorgehen«, aber keinen Alleingang gegen die Expansion des »Dritten Reiches« in Erwägung zog. Indem man sich nicht zu sehr exponierte und eine insgeheim stets bedachte Verständigung mit Hitler im Auge behielt, verzichteten Stalin und seine Entourage vorübergehend auf eine

702 TNA FO 404/27, Correspondence respecting General Affairs in Central Europe, Statement by M. Litvinov to Representatives of the Press in Moscow, 17.3.1938 und Viscount Halifax to M. Maisky, 24.3.1938.

703 Plettenberg: Die Sowjetunion im Völkerbund, 374–376.

704 Leidinger / Moritz: Die Republik Österreich, 252 und 259f.

705 Bátonyi, Gábor: Anglo-Austrian Relations between the Wars, in: Koch / Rauscher / Suppan / Vyslonzil: Von Saint Germain zum Belvedere, 115–128, 127f.; Plettenberg: Die Sowjetunion im Völkerbund, 380.

flexiblere Schaukelpolitik gegenüber den »kapitalistischen Großmächten«. ⁷⁰⁶ Zwar lösten die nationalsozialistischen Ambitionen in den Grenzräumen und Aufmarschgebieten gegen die Sowjetunion zunächst ein gewisses Unbehagen im Kreml aus. Da die unter anderem an die Regierungen in London und Paris gerichteten Noten Moskaus in Bezug auf den »Anschluss« ohne Resonanz verhallten, beließ es die Sowjetführung aber dabei, die »wenig beherzte Haltung der Mächte zu kritisieren und gegen die offizielle Streichung Österreichs von der Mitgliederliste« des Völkerbundes zu protestieren. ⁷⁰⁷ Für einige Historiker liegt daher auf der Hand, dass die Politik der »kollektiven Sicherheit«, die der Kreml vertreten hatte, ungeachtet bestimmter Phasen eines deutlicheren Bemühens um gemeinschaftliche Lösungen de facto eine Politik der »eigenen Sicherheit« war. Und diese ließ sich allem Anschein nach bei Bedarf auch im Bündnis mit Berlin betreiben. ⁷⁰⁸

Nach dem »Anschluss« bemühte die Sowjetpresse sogleich das Bild von Österreich als »Opfer«, wobei diese Rolle speziell den »österreichischen Werktätigen« zukam. Letztere seien von der Regierung unter Bundeskanzler Kurt Schuschnigg »mit Terrormethoden« bekämpft worden, wodurch sich Schuschnigg seiner wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen Hitler entledigt habe. Den »Anschluss« befürwortete in dieser Lesart »nur eine unbedeutende Minderheit des Volkes«. ⁷⁰⁹ Daran, dass nun, nachdem Österreich zu existieren aufgehört hatte, eine »bewaffnete Umverteilung Europas« bevorstehe, konnte es aus Moskauer Perspektive keinen Zweifel geben. ⁷¹⁰ Jetzt hieß es, die Allianz mit jenen zu suchen, die noch in der Lage waren, entsprechende Angebote zu machen.

706 Plettenberg: Die Sowjetunion im Völkerbund, 382.

707 Mueller / Leidinger: Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse, 91f.; vgl. PAAA, Botschaft Moskau 59, 18.3. und 24.3.1938 sowie Botschaft Moskau 275, 21.3.1938 beziehungsweise Botschaft Moskau 276, 20.6.1938.

708 O'Sullivan: Stalins »Cordon sanitaire«, 51. »Die ›kollektive Sicherheit‹ war keine ernsthafte Umorientierung der UdSSR, sondern entsprach den Zeitumständen und internationalen Kräfteverhältnisse zu Beginn der dreißiger Jahre. Die Grundlinie der Außenpolitik blieb unverändert. Sie bestand weiterhin darin, jede gegen die UdSSR gerichtete Koalition durch Spaltung der kapitalistischen Länder zu verhindern und den eigenen Einflussbereich zu erweitern.« – Ebd., 52.

709 Ljachovskij, A.: Zachvat fašistskoj Germaniej Avstrii i politika važnejšich kapitalističeskich gosudarstv, in: Propaganda i agitacija, Nr. 7, 1938, 52–60, 53 und vgl. Fjurnberg, F.: Zachvat germanskim fašizmom, in: Partijnnee stroitelstvo, Nr. 7, 1938, 34 sowie Natalov, V.: Zachvat Avstrii germanskim fašizmom, in: Propagandist, Nr. 6, 1938, 16–19. In diesem Sinne ist auch die einschlägige Österreich-Historiographie, die nach 1945 entstand, zu lesen. Vgl. z. B.: Korotkevič, Georgij J.: Avstrija na pervom etape obščego krizisa kapitalizma (1918–38gg.), Moskva 1956; Valeva, O.: Bor'ba rabočego klassa Avstrii protiv nastuplenija reakcii i fašizma v 1932–1934 gg. Avtoreferat dissertacii, Moskva 1956; Turok, V.: Političeskaja bor'ba v Avstrii i podgotovka anšljusa v 1936–37 gg, in: Učenyje zapiski po novoj i novejšej istorii, vypusk I, Moskva 1955, 289–368; Kosmač, Gennadij A.: Kommunističeskaja partija Avstrii v bor'be protiv reakcii i fašizma v period častičnoj stabilizacii kapitalizma. Avtoreferat dissertacii, Minsk 1979.

710 Vasil'ev, V.: Zachvat Avstrii germanskim fašizmom, in: Voennyj Vestnik, Nr. 5/1938, 16–22, 20.

Teil 3:

Weltanschauungskämpfe

Die Alpenrepublik als »Lernort« der Kommunistischen Internationale

Heterogenität

Die Geschichte der »organisierten Arbeiterbewegung« war von Anfang an mit schweren Richtungsstreitigkeiten verknüpft. Die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels standen im Widerstreit mit anarchistischen und syndikalistischen Strömungen, aber auch mit den Vorstellungen der Kathedersozialisten und des »Lassalleianismus«, die sich in unterschiedlichem Ausmaß an den Staat und seine Hilfsaktivitäten anlehnten.

Fragen der Gestaltung »proletarischer« Organisationen, des Einsatzes von Gewaltmitteln und Kontroversen bezüglich der Analysen bestehender sozioökonomischer Verhältnisse und zukünftiger Gesellschaftsmodelle trieben indes auch früh einen Keil in die marxistischen Gruppierungen. In Deutschland verwarf Eduard Bernstein 1891 die »Katastrophentheorie« von der »objektiven Notwendigkeit« der Revolution und des Zusammenbruchs der »kapitalistischen Produktionsweise«. Obwohl Bernsteins »Revisionismus« innerhalb der SPD keine Mehrheit fand, buhlten konkurrierende Vertreter der »reinen Lehre« und des gemäßigten Reformkurses nun dauerhaft um die Gunst des eigenen Anhangs. In dieser Hinsicht legte der Dresdner Parteitag der deutschen Sozialdemokraten im Jahr 1903 langfristige innere Bruchlinien des europäischen Sozialismus offen, zumal fast gleichzeitig die Entstehung der Labour-Partei beziehungsweise der Einfluss der sogenannten »Fabier« und der Gewerkschaften inner- und außerhalb Großbritanniens revisionistischen beziehungsweise reformistischen Kräften den Rücken stärkten.⁷¹¹

Neben der Auseinandersetzung über die Umgestaltung oder die Überwindung des bestehenden Gesellschaftssystems spielte dabei auch das Verhältnis zwischen Führungskader und Massenpartei eine wichtige Rolle, wie die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Menschewiki und Bolschewiki auf dem Londoner Exil-Parteitag 1903 zeigte.⁷¹²

711 Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Sozialismus, Wien / Köln / Weimar 2008, 74f.

712 Leidinger / Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 136f.

Alles in allem ging der Aufschwung vieler Mitgliedsorganisationen der II. Internationale und deren Etablierung in der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Auftreten »linker«, zentristischer und reformistischer Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung einher. Dieser Trend, der neben der SPD auch den bereits national gespaltenen Austromarxismus des Habsburgerreiches erfasste, wurde durch den Ersten Weltkrieg und die »Burgfriedenspolitik« der Mehrheitssozialisten verstärkt. Angesichts der verschärften Krise, des sozialen und politischen Protests, der Diskreditierung insbesondere der »alten« Monarchien und der steigenden Friedensbereitschaft erhielt eine »Linksopposition« Zulauf, die sich selbst wiederum aus verschiedenen Kräften zusammensetzte.⁷¹³

Die Formel Grigorij Zinov'evs »Aus einem Stein gehauen, aus einem Stück gegossen« blieb gerade für die prosowjetischen Kräfte unter solchen Umständen zunächst eine Illusion.⁷¹⁴ Aus der anfangs verhältnismäßig kleinen Gefolgschaft von Vladimir I. Lenin war nur schwer eine homogene Bewegung zu formen. Nicht nur ein beträchtlicher Teil der agrarsozialistischen PSR und das Gros der Menschewiki verurteilte den »Coup vom 7. November«, auch unter den Bolschewiki herrschte keine Einigkeit: Zinov'ev hatte sich gemeinsam mit Lev Kamenew bereits vor dem »Roten Oktober« gegen den Umsturz ausgesprochen. In der Folge willigte Lenin zwar ein, die von Teilen seiner Vertrauten gewünschten Koalitionsgespräche mit anderen Sozialisten zu führen. Kaum aber fühlte er sich einigermaßen sicher, brach er die Verhandlungen ab und attackierte die »Verräter« in den eigenen Reihen. Die Angegriffenen verließen das Zentralkomitee. Fünf Volkskommissare stellten überdies ihre Posten zur Verfügung.⁷¹⁵

Das Entstehen der »Sowjetrepublik« vollzog sich solcherart unter den Rahmenbedingungen eines »Kampfes aller gegen alle«, ein Eindruck, der sich auch in den nachfolgenden Monaten bestätigte. Der Streit um den Frieden von Brest-Litovsk entzweite Lenins Parteigänger und trieb die letzten Regierungspartner von den linken Sozialisten-Revolutionären (SRy) in die Opposition. Schon einige Monate nach dem Machtwechsel entwickelte sich das »Oktoberregime« zur Einparteiendiktatur der Bolschewiki, nachdem diese überdies begonnen hatten, die Menschewiki und die Anhänger der PSR insgesamt aus den Rätekomitees zu verdrängen.⁷¹⁶

713 Leidinger / Moritz: Sozialismus, 76f.

714 Zit. nach Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, 67.

715 RGASPI 17/1/39.

716 Leidinger, Hannes: Zeit der Wirren: Revolutionäre Umwälzungen und bewaffnete Auseinandersetzungen im ehemaligen Zarenreich, in: Dornik, Wolfram / u. a.: Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922, Graz 2011, 29–60, 42.

Während Rebellionen durch Sicherheitsorgane, die Abteilungen der Geheimpolizei, der Čeka, sowie der unter Trockijs Anleitung entstehenden Roten Armee niedergeschlagen wurden, setzte sich der Disput unter den Kommunisten fort.⁷¹⁷ Kontrollen der KP-Mitglieder waren einer mangelnden Bereitschaft geschuldet, Widerspruch und Abweichung zu dulden. Die »Čistka«, die »Säuberung«, begann als administratives Ausschlussverfahren im Dienste der »Reinheit der Kader«.⁷¹⁸ Ein permanenter Feldzug gegen Renegaten und »Feinde in den eigenen Reihen« säte Zwietracht und Misstrauen, während Auseinandersetzungen über parteiinterne Entscheidungsprozesse, Divergenzen bezüglich der Rolle von Räten und Gewerkschaften, Diskussionen über Maßnahmen des »Kriegskommunismus« und der »Neuen Ökonomischen Politik« sowie jahrelange Machtkämpfe unter »Lenins Erben« ihrerseits dem propagierten Bild von der »monolithischen Einheit« der KPR widersprachen.⁷¹⁹

Deren »Fraktionismus« stärkte außerdem nicht eben den Zusammenhalt unter den probolschewistischen Kräften außerhalb der entstehenden UdSSR. Zwistigkeiten unter den Kommunisten in vielen Ländern wirkten sich vielmehr bereits seit dem »Oktoberumsturz« 1917 negativ auf die »Moskauer Zentrale« und die Tätigkeit der Komintern aus. Ihr Generalsekretär ab 1935, der bulgarische KP-Führer Georgi Dimitrow, stellte dementsprechend missmutig fest, dass selbst kleine »Bruderparteien« angesichts der permanenten Querelen ein beträchtliches Maß an Arbeitsaufwand in den KI-Spitzengremien verursachten. Die zum Teil »ideenlosen und persönlichen« Reibereien, befand Dimitrow, seien in keinem geringen Ausmaß auf die Tatsache zurückzuführen, dass es sich bei den einzelnen Sektionen der III. Internationale um »wirkliche Konglomerate« handelte.⁷²⁰

Ein weiterer KI-Funktionär, der Pole Jozef Krasny, bemängelte diesbezüglich die geringe Zahl an verlässlichen Revolutionären in seinem Heimatland, während die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die zunächst vom »Nationalheros« Józef Piłsudski geführt worden war, überall noch großen Einfluss hatte. Die KP im Lande, die durch das Zusammengehen der linken PPS und der internationalistischen »Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen

717 Dazu etwa: Figes: Tragödie, 666–672.

718 Vgl. Huber, Peter: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Zürich 1995, 14; Pirker, Theo (Hg.): Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940, München 1964, 29; Müller, Reinhard: Unentwegte Disziplin und permanenter Verdacht. Zur Genesis der »Säuberungen« in der KPD, in: Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Von der Utopie zum Terror, Wien 1994, 71f. und 78f.

719 Leidinger / Moritz: Sozialismus, 76f.

720 RGASPI 492/1/297/19f. sowie 495/80/112/1 und 6 beziehungsweise 595/80/115/23ff. und 44.

und Litauen« entstanden war, sei – so Krasny – hingegen wenig gefestigt und als uneinheitlicher »Fremdkörper« weitestgehend von der ortansässigen Bevölkerung isoliert.⁷²¹

Nicht anders sah es zeitgleich bei den Magyaren aus. Die Debattierklubs in der Budapester »Kaffeehaus-Atmosphäre« boten keine günstige Grundlage für die von Béla Kun erhoffte straffe Parteiorganisation. Die »Kommunisták Magyarországi Párt« (KMP) präsentierte sich als »offene Vereinigung«, die sich um prosovjetsche Heimkehrer aus der russischen Kriegsgefangenschaft bildete und der außerdem noch bislang selbstständige »revolutionäre Sozialisten« beziehungsweise vormalige Repräsentanten des linken Flügels der ungarischen Sozialdemokraten angehörten.⁷²²

Geradezu idealtypisch für die heterogene Gefolgschaft der Lenin-Anhänger war im Übrigen die zwar kleine, ob ihrer internen Zerwürfnisse aber selbst in Moskau berüchtigte KPÖ. Im November 1918 von einem Zirkel um das Ehepaar Paul und Elfriede Friedländer, alias Ruth Fischer, geschaffen, traten ihr weitere Splittergruppen erst nach und nach bei, ohne ihr Eigenleben völlig aufzugeben. Zwischen der »Friedländer-Clique«, den »Russlandheimkehrern«, die auch hier, wie bei den Ungarn, über einigen Einfluss verfügten, den Anarcho-Syndikalisten der sogenannten »Föderation revolutionärer Sozialisten ›Internationale‹« und den Linksradiكالen um Franz Koritschoner überwog das Misstrauen.⁷²³ Jede Verstärkung erwies sich unter derartigen Bedingungen als ebenso große Belastung. Als demgemäß ehemalige Sozialdemokraten um Josef Frey beitraten und mit den bisherigen KP-Kreisen in Konflikt gerieten⁷²⁴, zweifelte Georgi Dimitrow schließlich überhaupt an der Sinnhaftigkeit, neue Mitglieder aufzunehmen. Speziell den Beitritt der jüdisch-sozialistischen »Poale Zion« betrachtete er vor diesem Hintergrund als keinen Zugewinn. Sie, schrieb Dimitrow, vertrete vorwiegend eine »kleinbürgerlich intellektuelle Schicht«, die dem »Industrieproletariat vollständig« fern stehe. Kaum mehr Begeisterung brachte er für einen anderen Neuzugang in der KPÖ auf. Die »aufgenommenen Tschechen«, so

721 RGASPI 495/18/196/65 und 69f.

722 Molnár, Miklos: A Short History of the Hungarian Communist Party, Folkestone 1978, 6; Hájek, Milos/Mejdrová, Hana: Die Entstehung der III. Internationale, Bremen 1997, 56f.; Kovrig, Bennett: Communism in Hungary. From Kun to Kádár, Stanford 1979, 26f.; Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Origins and Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918–1919, New York 1967, 95f.; Mihályhegyi, András: Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen, Diss. Bochum 1974, 80.

723 Leidinger/Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 567f.

724 VGA, Altes Parteiarchiv, I. Sozialdemokratische Parteistellen, 4. Republikanischer Schutzbund, Karton 53, Mappe 308: Zeitungsausschnitte Kommunisten 1919–1928, AZ, 11.9.1920.

seine Ansicht, neigten nämlich »nationalistischen und separatistischen Tendenzen« zu.⁷²⁵

Konflikt und Kooperation

Die anvisierte Einheitlichkeit und Konsolidierung der kommunistischen Bewegung wurde langfristig nur um den Preis der Zerstörung bisher vorhandener demokratischer Strukturen verwirklicht. Der Weg zur Disziplinierung mündete in den autoritären Führungsstil der Bürokratie und des unumstrittenen Parteidiktators. Bevor sich dieser Trend unter dem Schlagwort der »Bolschewisierung« durchsetzte, war allerdings speziell die Position gegenüber anderen Linksparteien noch keineswegs festgelegt. Rücksicht mussten Lenins Gefolgsleute auf den Einfluss und die Stärke anderer sozialistischer Kräfte nehmen, aber auch auf den weitverbreiteten Wunsch der »Basis« und großer Bevölkerungsteile nach friedlichen Lösungen bestehender Konflikte. In diesem Sinn hatten etwa auch die SRy konstatiert, dass sich auf dem Boden des ehemaligen Romanovimperiums viele Bauern weigerten, eine bestimmte Streitpartei zu unterstützen und einen »Bruderkampf« zu beginnen. Es verwundert nicht, dass sich daher zahlreiche Dorfgemeinschaften angesichts des Krieges zwischen »Rot« und »Weiß« für neutral erklärten, Verteidigungsmaßnahmen gegen den »von außen« aufgezwungenen Konflikt trafen und Friedensverhandlungen forderten.⁷²⁶

Über den unblutigen Interessensausgleich hinaus betonten Angehörige der Arbeiterschaft zudem die »proletarische Solidarität«. Unmittelbar nach dem »Oktoberumsturz« in St. Petersburg hatten sich Soldatenräte und das Zentralbüro der Eisenbahnergewerkschaft entsprechend geäußert.⁷²⁷ Nach anfänglichem Misserfolg aufgrund der intransigenten Haltung Lenins arrangierten sie sich schließlich mit der neuen Regierung. Ein Vertreter der Bahnbediensteten übernahm das Ressort für Verkehrswesen im Sovnarkom, dem bis zum Brester Frieden auch Repräsentanten der linken PSR angehörten.⁷²⁸

Auch nach deren Ausscheiden rissen die Kontakte zwischen den sozialistischen Parteien jedoch nicht ab. Trotz des bolschewistischen Machtmonopols und des Terrors sowjetischer Organe hielten KP-Funktionäre Verbindung zu

725 RGASPI 492/1/297/19.

726 Figs: Tragödie, 615; Leidinger: Zeit der Wirren, 57.

727 GARF 1236/1/1/28; RGASPI 17/1/39.

728 Leidinger / Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 137.

den Sympathisanten und speziell zur »Funktionärsbasis« der SRY und der Menschewiki. Umgekehrt sahen Letztere bisweilen keine Alternative zur »Rätemacht«. Speziell gegen die »Weißen« kam es daher immer wieder zu einem Schulterschluss zwischen den Kräften der Linken. Wenn auch die Bündnisse nur von kurzer Dauer waren, so trugen sie dennoch entscheidend zum Machterhalt des »Oktoberregimes« in den ersten Jahren seines Bestehens bei.⁷²⁹

Die Idee einer »roten Einheitsfront« galt demnach von Anfang an als Antwort auf die unverkennbaren Differenzen innerhalb des sozialistischen Lagers. Gegenpositionen zum Parteien- und Fraktionengezänk erwiesen sich allerdings nicht nur auf dem Territorium des untergegangenen Zarenreiches als wirkmächtig. Die Versammlung im Berliner Zirkus Busch am 10. November 1918 lieferte dafür einen eindrucksvollen Beweis. Dort bestätigten Arbeiter- und Soldatendeputierten nach dem Ende der Hohenzollernherrschaft nämlich nicht nur die provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten. Vielmehr betonten sie damit auch das Bündnis zwischen der SPD und der 1917 konstituierten »Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei«, kurz USPD. Der proletarische Einheitsgedanke, der den Verlauf der Sitzung dominierte, ließ demgemäß wenig Platz für den Spartakisten und KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht, der sich mit den Mehrheitssozialisten, den »Kompromiss- und Burgfriedenspolitikern«, nicht an einen Tisch setzen wollte.⁷³⁰

Mit ihm hatte das Narkomindel in Moskau Verbindung aufzunehmen versucht, um letztlich festzustellen, dass er innerhalb der neuen Regierung keine Schlüsselposition innehatte. Ähnlich enttäuschend fiel für die Kremlführung überdies die Kontaktaufnahme mit Friedrich Adler aus. Der Sohn des »Vaters der österreichischen Sozialdemokratie«, Victor Adler, war durch sein Attentat auf den k.k. Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh im Jahr 1916 zu einem Symbol einer weit verbreiteten Friedenssehnsucht geworden und von den Anhängern des »Roten Oktober« zunächst als Revolutionsheros gefeiert worden. Nun aber, Ende 1918, hielt er sich von der jungen österreichischen KP fern, um dem linken Flügel der SDAPÖ vorzustehen – gemeinsam mit Otto Bauer, der seinerseits auf Distanz zu den Bolschewiki blieb

729 Kenez, Peter: Review: Christopher Lazarski, *The Last Opportunity. Attempts at Unification of the Anti-Bolsheviks, 1917–1919*, in: *Revolutionary Russia*, Vol. 23, Nr. 1/June 2010, 129f.; Swain, Geoffrey: *Russia's Civil War*, Stroud/Charleston 2000, 127.

730 Haffner, Sebastian: *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin 2002, 115f.; Winkler, Heinrich August: *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, 36f.; Kolb, Eberhard: 1918/19: *Die steckengebliebene Revolution*, in: Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hg.): *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990*, Frankfurt am Main 1994, 99–125, 111f.

und die Verfolgung sozialistischer KP-Kritiker auf dem Boden der RSFSR anprangerte.⁷³¹

Diese Entwicklung verdamnte die KPÖ langfristig zu einem Schatten-dasein, ein Sachverhalt, der sich grundsätzlich von den Verhältnissen im früheren Hohenzollernreich unterschied. Hier kam es nach dem Bruch des SPD-USPD-Regierungsbündnisses zu schweren Auseinandersetzungen, wobei die Mehrheitssozialisten gemeinsam mit der Armee weiter links stehende Gruppierungen niederkämpften. Die blutigen Unruhen, in deren Verlauf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Galionsfiguren der noch schwachen KPD ermordet wurden, veränderten das Kräfteverhältnis zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Partei nachhaltig. Die SPD hatte bei Landtags- und Gemeindewahlen Anfang 1919 zum Teil dramatische Stimmenverluste zu verzeichnen, die eine innerlich gespaltene USPD jedoch kaum zu nutzen vermochte. Langfristig wurden die »Unabhängigen« zwischen der alten SP-Organisation und einer erstarkenden KPD zerrieben. Die deutsche Arbeiterbewegung war damit gespalten, im Gegensatz zum Austromarxismus, dessen einzig maßgeblicher Repräsentant die SDAPÖ blieb.⁷³²

Lenin, der sich schon zuvor hinsichtlich seiner sozialistischen Konkurrenten kein Blatt vor den Mund nahm, bedachte speziell die SP-Eliten mit Schimpftiraden und verunglimpfte nun vor allem Männer wie Friedrich Adler als Abtrünnige und »Steigbügelhalter versöhnlerischer Sozialchauvinisten«.⁷³³

Angesichts seiner lang gehegten Abneigung gegen viele Repräsentanten der Linken war es weiter nicht verwunderlich, dass der Anführer der Bolschewiki schon vor den Entwicklungen in Deutschland und Österreich zur Jahreswende 1918/19 Vorkehrungen für die Gründung der III. Internationale traf.⁷³⁴ Das Abrücken von der Sozialdemokratie war von Anfang an Teil des Programms der »Sowjetmacht«, manifestierte sich in der neuen Selbstbezeichnung als Kommunisten und in der Schaffung KP-naher Kader unter den prosowjetischen Ausländern auf russischem Territorium. Eilig hatten es die Kremlmachthaber aber besonders ab November 1918, wobei nicht nur der Zusammenbruch der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie dafür ausschlaggebend war.

731 RGASPI 491/1/217/15; McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 140f.

732 Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: Die Nacht des Kirpitschnikow. Eine andere Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2008, 236.

733 Hájek/Mejdrová: Die Entstehung, 90ff.; Hulse, James W.: The Forming of the Communist International, Stanford 1964, 50; Borsányi, György: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun, New York 1993, 218.

734 Ausführlich dazu das Buch von Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei aus Moskau.

Neben der Hoffnung auf die deutschen Spartakisten und dem Scheitern alliierter Vermittlungsversuche zwischen den Streitparteien auf dem Boden der untergegangenen Romanowimperiums mehrten sich die Hinweise auf eine Neuformierung der sozialistischen II. Internationale. Die Notwendigkeit, diese zu erneuern, manifestierte sich auch in einer auf Initiative der Labour Party einberufenen Konferenz in Bern Anfang Februar 1919. Einen Monat später reagierte Moskau darauf mit der Schaffung der Komintern, der sich zunächst nur eine mäßig beeindruckende Zahl von Splittergruppen anschloss. Wie wenig Bereitschaft die versammelten Nichtrussen zeigten, sich dem Vorbild Lenins und seiner engsten Mitstreiter unterzuordnen, belegte die Zurückhaltung der deutschen Genossen. Die KI-Gründung war ein Signal, ein Zeichen, darüber hinausgehende Schritte wollte auch die dominante sowjetische Staats- und Parteispitze nicht setzen. Lenin vermied es, allzu sehr auf die Verhandlungen einzuwirken. Im Wissen um das breite Spektrum der Ansichten innerhalb der Linksoption sollten potenzielle Mitglieder der neuen »revolutionären Weltbewegung« daher auch nicht aufgefordert werden, sich schon jetzt als Kommunisten zu bezeichnen.⁷³⁵

Die Moskauer Versammlung stand schließlich auch unter dem Eindruck dramatischer Ereignisse in Mitteleuropa. Anders als in Deutschland schien es nämlich in Ungarn möglich, ein Räteregime auf die Basis einer breiten Allianz innerhalb der Arbeiterschaft zu stellen. Dass diese Entwicklung in keinem geringen Ausmaß durch die nationale Empörung der Magyaren gegen die Forderungen der Alliierten und die Gebietsansprüche der Nachbarstaaten begünstigt wurde, blieb bisweilen ausgeblendet. Die Vereinigung der von Béla Kun geführten KMP mit den Sozialdemokraten zur »Sozialistischen Partei Ungarns« verdeckte allerdings nur notdürftig das Misstrauen zwischen den Anhängern der in Budapest proklamierten »Räterepublik«. Als sie nach 133 Tagen endete, rückten die intern gleichfalls zerstrittenen Kommunisten von den Sozialdemokraten noch entschiedener ab. Neben dem »Bruderkampf« in Deutschland wurde nun das »pannonische Intermezzo« ebenfalls zum »historischen Erfahrungswert« der III. Internationale hochstilisiert.⁷³⁶ Gleiches galt zudem für die Geschehnisse in der benachbarten Alpenrepublik, nachdem Otto Bauer als Verantwortlicher für das Außenressort dem Bündnis mit Kun eine Absage erteilt hatte und kommunistisch inspirierte Umsturzversuche vor allem an der »Abwehrfront« der SDAPÖ und der von ihr gelenkten Rätebewegung Österreichs gescheitert waren.⁷³⁷

735 Leidinger / Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 635f.

736 RGASPI 495/199/184/46–55.

737 Leidinger / Moritz: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 568–619.

»Einheitsfronten«

Während die mitteleuropäischen Geschehnisse zur Zentralisierung der Komintern und zur Verstärkung des Moskauer Einflusses beitrugen⁷³⁸, stellte sich die Situation in den einzelnen Ländern jeweils völlig anders dar. Das autoritär-antibolschewistische Regime in Ungarn unter Nikolaus Horthy ließ der magyarischen Linken kaum Handlungsspielraum, während in Deutschland sowohl die SPD als auch die KPD zu bestimmenden Faktoren der Innenpolitik wurden. Ganz anders wiederum präsentierte sich die Lage in der Alpenrepublik. Einmal mehr ging es auch in dieser Hinsicht keineswegs bloß um die Verhältnisse innerhalb der Staatsgrenzen. Schließlich hatte die österreichische Sozialdemokratie eine Führungsrolle mit internationaler Bedeutung inne. Nicht ohne Stolz verkündete die AZ als Zentralorgan der SDAPÖ im Sommer 1924, dass selbst die russische KP (KPR) mit ihren knapp 250 000 Mitgliedern um 30 000 hinter der Wiener Sozialdemokratie liege.⁷³⁹

Rein zahlenmäßig ließ sich freilich die Bedeutung der Bolschewiki nicht erfassen, nachdem ihre Spitzenfunktionäre klargestellt hatten, dass es ihnen eher um verlässliche Soldaten der proletarischen Avantgarde als um unüberblickbare Scharen schwer einschätzbarer Sympathisanten ging. Allerdings beeindruckte der Austromarxismus selbst durch eine effektive Organisation sowie durch Aktivitäten und Zielsetzungen, die mindestens europaweit wahrgenommen wurden. Das kommunalpolitische Engagement im »Roten Wien« fand ebensolche Beachtung wie der österreichische Beitrag zu programmatischen Debatten innerhalb der Arbeiterbewegung. Auf SDAP-Protagonisten ging auch die Initiative zurück, zwischen Bern und Moskau zu vermitteln. Mit diesem Ziel nahm daher die sogenannte »Wiener Internationale« ihre Arbeit auf, die allerdings eine solche Bezeichnung ablehnte, da sie sich als »Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien« (IASP) nicht zu einem weiteren »Spaltprodukt« der Linken entwickeln, sondern zur Plattform für die Einigung des »ganzen Weltproletariats« werden wollte.⁷⁴⁰

Die Voraussetzungen dafür schienen 1921 vielversprechend. Nach gescheiterten Umsturzversuchen außerhalb des bolschewistischen Machtbereichs

738 PIL, 878 f., 8 cs., 13. ö. e., 5 l. und 14 ö. e., 21–24 l.; Hulse, The Forming of the Communist International, 50; Hájek/Mejdrová, Die Entstehung 90 und 174.

739 AZ, 4.8.1924, 5. Die Zahlenangaben sind mit Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen. Kominternforscher bezweifeln die Exaktheit der Zählungen. Schätzungen zufolge brachte es die III. Internationale Ende 1921 auf zwei Millionen Mitglieder, davon gehörten laut Pravda 1,3 Millionen der KPR an. Firsov, F. I.: Lenin, komintern i stanovlenie kommunističeskich partij, Moskva 1985, 195.

740 Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Bd. 1, Berlin / Bonn / Bad Godesberg 1963, 252.

setzte bei der Komintern ein Umdenken ein. Man sprach nun von »friedlichen Alltagskämpfen für die Arbeiterklasse«, während zeitgleich die Sowjetregierung mit der NEP einen moderateren wirtschaftspolitischen Kurs einschlug und mit der Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen zu anderen Ländern wenigstens vorläufig die Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus anerkannte. Signifikanterweise wurde in dieser Phase auch die »Einheitsfront«, also die Kooperation mit der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften propagiert, ein Vorgehen, das jedoch insbesondere mit der Taktik der KI-Spitzen verbunden war, in die Reihen der »Sozialpatrioten« einzudringen und deren Anhang auf die eigene Seite zu ziehen.⁷⁴¹

Immer deutlicher trat in der Folge zu Tage, dass sich der Aktionsradius für die IASP angesichts der unnachgiebigen Haltung der KP-Repräsentanten ebenso verkleinerte wie durch die Abneigung der »alten« II. Internationale gegen die Verfechter des »Sowjetsystems« und der »Oktoberideen«. Die IASP gab letztlich ihre Mittlerrolle auf und vereinigte sich mit den »Bernern« zur »Sozialistischen Arbeiter-Internationale« (SAI), in der auch weiterhin dem »Austromarxismus« ein über die Bedeutung Österreichs hinausreichender Einfluss zugestanden wurde. Friedrich Adler als SAI-Generalsekretär verkörperte dieses Faktum, aber auch die viel beachtete, zwischen Kritik und Würdigung schwankende Position Otto Bauers gegenüber der UdSSR.⁷⁴²

Beim Exekutivkomitee der Komintern, kurz EKKI, wusste man hingegen, dass den teilweise wesentlich stärkeren Sozialdemokraten lediglich durch »Klassenbündnisse« beizukommen waren. Nur so war seiner Meinung nach in vielen Ländern eine Annäherung an die »Massen« erfolgversprechend. Was in Anbetracht solcher Bedingungen unter der »Einheitsfronttaktik« zu verstehen war, blieb allerdings Auslegungssache. Angesichts der vorausgegangenen Rivalitäten und blutigen Konfrontationen unter den Linken, der gescheiterten Aufstände insbesondere in Deutschland und der nicht zuletzt von Friedrich Adler und Otto Bauer vorgebrachten Schelte in Bezug auf die Verfolgung der Menschewiki und der SRY im bolschewistischen Machtbereich glaubte man in KI-Kreisen, die »Verräter, Reformisten und Versöhnler« innerhalb der SP-Führungskader »entlarven« zu müssen, um andererseits – wie der 5. Weltkongress der III. Internationale im Jahr 1924 festlegte – mit der

741 Ebd., 257f.; Lešnik, Avgust: Die Wiener Internationale (1921–1923) als Anregerin einer Politik der Einheitsfront der organisierten Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, 88–105, 91f. und 98.

742 Vatlin, Aleksandr: Vzaimootnošenija trečh internacionalov v 1919–1922gg. Neizvestnye dokumenty, in: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 4, 1993, 35–56, 35; Schöler, Uli: Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin 1987, 22ff.

»vertrauenswürdigen Arbeiterbasis« eine »Einheitsfront von unten« bilden zu können.⁷⁴³

Voraussetzung jeder Kooperation war, wie österreichische Kommunisten in Übereinstimmung mit Funktionären anderer KI-Sektionen betonten, die Bewahrung der Eigenständigkeit. Anders als während der ungarischen Räterepublik hielt man eine Verschmelzung der verschiedenen Arbeiterparteien für abwegig. Die eigenständigen KP-Organisationen, denen immer dringlicher eine »eiserne Disziplin« und eine Angleichung an das »russische Modell« abverlangt wurden, galten trotz des aufrechterhaltenen Zieles eines »vereinten proletarischen Lagers« als unantastbar. Die Form der Zusammenarbeit mit anderen Kräften schien hingegen nicht allein regelmäßig neu definiert zu werden. Mitunter hielt man vielmehr sogar zum selben Zeitpunkt an divergierenden Konzepten fest. Ein russischer EKKI-Vertreter meinte im Zuge einer außerordentlichen KPÖ-Konferenz denn auch konstatieren zu müssen, dass jeder »Schematismus« verworfen werden müsse: Die Vorgehensweise sei von der jeweiligen Situation abhängig; wenn »Massen in Bewegung geraten«, so seine Worte, lasse sich »im Moment schwerer Kämpfe sogar eine Einheitsfront von oben«, also mit den SP-Spitzen, rechtfertigen.⁷⁴⁴

Die Moskauer Linie schwankte auch weiterhin. Den Debatten bis zur zweiten Hälfte der 1920er Jahre folgte zunächst jedoch ein »ultralinker«, scharf gegen die Sozialdemokraten gerichteter Kurs, der seitens einer mittlerweile weitgehend »bolschewisierten« Komintern auf Jahre hindurch prinzipiell unhinterfragt blieb. Lediglich holländische und tschechische Delegierte übten zum Beispiel auf dem 12. EKKI-Plenum von Ende August bis Mitte September 1932 eine allerdings verklausulierte Kritik an der kommunistischen Inflexibilität gegenüber den SP-Gruppierungen. Alle anderen Versammelten und insbesondere die Hauptredner blieben auf jener Linie, welche Stalins Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie festschrieb.⁷⁴⁵ Vorstellbar waren lediglich Formen der »Einheitsfront von unten«. KP-Sitzungen in Prag wenige Monate zuvor hatten dementsprechend den gemeinsamen Kampf von Belegschaften der Industriebetriebe unter anderem gegen »die Herabsetzung der Löhne« und für die »freie Vertrauensmännerwahl« hervorgehoben.⁷⁴⁶

In Moskau nahm man indes unverändert die Sozialisten und ihre Spitzenfunktionäre unter Beschuss. Deren angeblichen »Verrat« seit Beginn des Ersten Weltkrieges behandelte Stalin-Intimus und KI-Strategie Dmitrij Manuil'skij

743 RGASPI 495/18/196a/37f.

744 DRF, Nr. 1687, 27.11.1924, 4; Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933, Meisenheim am Glan 1968, 52.

745 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 286f.

746 AT-OeStA / AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 668) Bericht 9.4.1932.

in einer mehrteiligen Zeitungsserie.⁷⁴⁷ Die Liste der Vorwürfe umfasste dabei auch und gerade die relevanten Ereignisse in Mitteleuropa, wobei Österreich immer wieder explizit genannt worden war. Den Justizpalastbrand und die blutigen Unruhen in Wien vom Juli 1927 hatte etwa die *Pravda* als bedeutendes Ereignis nicht nur für die Alpenrepublik, sondern für das gesamte »Weltproletariat« bezeichnet.⁷⁴⁸

Derartige Ausführungen wurden nicht zuletzt auch vom diplomatischen Korps registriert.⁷⁴⁹ Die Wiener Regierung und ihre Auslandsmissionen stellten vor diesem Hintergrund pikiert fest, dass es die Sowjetpresse nicht unterlassen habe, die »Julivorkommnisse« möglichst auszuschlachten und, wie es hieß, dazu zu benützen, »das durch die fortgesetzten Niederlagen des internationalen Kommunismus in allen Ländern außerhalb Russlands gefährdete Vertrauen auf den geschichtsnotwendigen Fortschritt der kommunistischen Idee zu stärken und ein Argument für die fortdauernde Instabilität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu finden«. Wohl habe man etwa, wurde hinzugefügt, in der *Večernjaja Moskva* zugegeben, dass in Österreich die KP »noch sehr klein« und das »Proletariat für revolutionäre Kämpfe nicht vorbereitet« sei. Dafür erkläre die *Izvestija* die Vorgänge in der ehemaligen k.k. Haupt- und Residenzstadt zu einer geradezu modellhaften Empörung »gegen die Regierung des Klassenfeindes«. Es handle sich demnach um keinen »Pöbelaufstand«, sondern um einen »Zusammenstoß zweier Weltanschauungen, zweier verschiedener Auffassungen von Justiz, von sozialen und politischen Ideen«. Ungeachtet des Umstandes, dass die Geschehnisse, so die österreichischen Diplomaten, den Medien der UdSSR »durchaus unerwartet kamen«, lasse sich »doch die eine Tendenz von allem Anfang an deutlich« erkennen: Die »Genugtuung über ein Ereignis, das die österreichische Sozialdemokratie in die Lage gebracht hatte, gegen radikalisierte Massen Gewalt anzuwenden und so den Widerspruch zwischen linksradikalen Doktrinen und opportunistischer Verhütung des sozialen und politischen Umsturzes sichtbar zu machen«. Die *Pravda* präsentiere die ganze Angelegenheit daher als eine Art »Selbstentlarvung« der SP-Mandatäre. Die Gewalteskalation habe »gezeigt, dass Otto Bauer und Genossen im entscheidenden Augenblick des Klassenkampfes ebenso handeln« wie die SPD nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.⁷⁵⁰

747 DRE, 12.–19.2.1933.

748 AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Ambassade de la République Française dans l'Union des Républiques Socialistes Socialistes, Moscou, le 1.11.1927.

749 Ebd.

750 AT-OeStA/Adr AAng NPA: (Karton 42) GSB Moskau 1926–1928, Zl. 629/8/P, 23.7.1927.

Als dann das Kabinett Engelbert Dollfuß 1933 dem Parlamentarismus ein Ende setzte, verglich man in Moskau die Verhältnisse in Österreich mit der nationalsozialistischen Machtergreifung im Deutschen Reich, um gleichzeitig erneut auf den »sozialdemokratischen Erzfeind« einzuschlagen. Die Entwicklungen bezeichnete die sowjetische Presseagentur TASS als »Früchte der Politik von Otto Bauer«, während sie zugleich ausführlicher von Verfolgungen der Kommunisten informierte.⁷⁵¹ Nach der Zerschlagung der SDAPÖ im Gefolge der »Februarkämpfe« 1934 kam diese Sichtweise in einem *Izvestija*-Artikel erneut folgendermaßen zum Ausdruck: »Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie hofften ihrer Mehrheit nach, dass sie sich ›verständigen‹ werden. Eine Minderheit war für den Beibehalt des Schutzbundes. Diese Abteilungen verschafften sich Waffen, ohne aber zu wissen, wofür sie kämpfen werden. Die sozialdemokratischen Führer nahmen jeden gewonnenen Tag mit Dank entgegen, nicht begreifend, dass dieser Tag in Wirklichkeit von ihren Gegnern gewonnen wurde. Schritt für Schritt räumten sie die Stellungen aus Angst vor einem Kampf. Die von den deutschen Ereignissen begeisterten Faschisten wurden immer entschlossener. 1933 entwaffneten sie die österreichischen Arbeiter. Wieder zogen sich die Sozialdemokraten zurück. Da glaubten die Faschisten, dass ihnen nicht die Arbeiterklasse gegenübersteht [...]: sie begriffen, dass die Sozialdemokratie zum Angriff unfähig ist.«⁷⁵²

Während die SP-Spitze bei der eigenen Basis an Vertrauen verlor und die KP-Interpretationen eine gewisse Wirkung zu erzielen schienen, änderte allerdings die Kremlführung die Strategien grundlegend. Während in TASS-Meldungen schon im März 1933 Hinweise auf eine »proletarische Einheitsfront« angesichts des Verhaltens der Dollfuß-Regierung zu finden waren⁷⁵³, vertrat Georgi Dimitrow gleichfalls früh eine ähnliche Position. Der bulgarische KI-Führer konzipierte in Absprache mit Stalin und Molotov dann auch das weitere Vorgehen aufgrund der »österreichischen Lehren«. Demzufolge sollten die Arbeiter der Alpenrepublik nicht angegriffen werden und nicht direkt zum Eintritt in die KP aufgefordert werden, auch wenn mit Blick auf den entstehenden »austrofaschistischen Ständestaat« die Sozialdemokratie nicht »zu einem neuen Leben erweckt werden durfte«. Georgi Dimitrow wies diesbezüglich auf die großteils durch die jeweilige Parteibasis zustande gekommene Kooperation von Sozialisten und Kommunisten in Österreich, aber auch in Frankreich hin. Allerdings waren die Widerstände gegen eine Annäherung an die SP-Repräsentanten vorläufig so stark, dass der 7. KI-

751 Ebd.: (Karton 12) GSB Moskau, Zl. 16/P, 17.3.1933.

752 *Izvestija*, 6.3.1934.

753 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 12), GSB Moskau, Zl. 16/P, 17.3.1933.

Weltkongress verschoben werden musste. Bis zu dessen Eröffnung zeigte sich unter anderem, dass es auch zwischen Stalin und Dimitrow bezüglich etwaigen »Einheitsfronten von oben« und »von unten« Meinungsverschiedenheiten gab. Die Debatten kreisten überdies um eine grundlegende Reorganisation der III. Internationale mit mehr Autonomie für die einzelnen KI-Sektionen. Als schließlich der 7. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935 mit der Parole der »Volksfront« auf die Linie Dimitrows einschwenkte, waren die Probleme jedoch keineswegs überwunden. Die Zusammenarbeit blieb instabil. Die fragile Allianz der Linkskräfte in vielen Ländern spiegelte sich in den österreichischen Verhältnissen wider: Der früh etablierte »modus vivendi« zwischen Kommunisten und Sozialisten im Untergrund konnte nicht ohne Weiteres umgesetzt werden. Nach einigen koordinierten Aktionen verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen zusehends. Am Vorabend des »Anschlusses«, 1937 und Anfang 1938, existierte die Zusammenarbeit faktisch nicht mehr.⁷⁵⁴

Fluchtort Wien

Ungeachtet aller Querelen und brüchigen Bündnisse traten Sozialdemokraten in der Alpenrepublik während der vorangegangenen Jahre jedoch wiederholt für die »Genossen« aus den Reihen der Komintern ein. Speziell die »kritische Solidarität« von Otto Bauer hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Asylpolitik Österreichs. Während Albert Sever 1919 als SP-Landeshauptmann von Niederösterreich mit eigenen Verordnungen die Ausweisung von Kriegsflüchtlingen und Politemigranten forcierte, hielt vor allem Bauer an der Überzeugung fest, trotz »lärmender« Gegenkampagnen den insbesondere aus Ungarn kommenden Rätefunktionären ohne Rücksicht auf die jeweilige Parteizugehörigkeit beispringen zu müssen.⁷⁵⁵ Dementsprechend scharf äußerte er sich über rigide Polizeimethoden, etwa im Zusammenhang mit der Beteiligung von magyarischen Kommunisten an Ausschreitungen in Wien Ende 1921.⁷⁵⁶

Auch die *Arbeiter-Zeitung* stellte damals fest, dass die »Anhänger des Tscheka-Terrors« zwar keinen Grund hätten, »sich über die Verletzung demo-

754 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 320f., 346–349 und 362.

755 Heiss, Gernot: Ausländer, Flüchtlinge, Bolschewiken: Aufenthalt und Asyl 1918–1933, in: Heiss, Gernot / Rathkolb, Oliver (Hg.): Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1994, 86–108, 88 und 94f.

756 VGA, Altes Parteiarchiv, 1. Sozialdemokratische Parteistellen, 4. Republikanischer Schutzbund, Kt. 53, Mappe 308, Zeitungsausschnitte: Kommunisten 1919–1928.

kratischer Rechte zu beschweren«. Die SDAPÖ könne es jedoch nicht zulassen, »dass die Grundsätze der Redefreiheit, der Preßfreiheit und des Asylrechtes verletzt« würden. Betont wurde dieser Standpunkt auch, um der KP-Gefolgschaft Wind aus den Segeln zu nehmen. »Schikanen« der Sicherheitskräfte, so die Argumentation, trügen lediglich dazu bei, aus den Sympathisanten des »Oktoberregimes« gefährliche »Revolutionäre« oder »Märtyrer« zu machen. Die liberale Haltung, ergänzte die AZ, zeige auch schon Wirkung, das »demokratische Verhalten« habe »sich ausgezeichnet bewährt: Nirgends hat die kommunistische Agitation so wenig Erfolge« wie in Österreich.⁷⁵⁷

Als die Anfang der 1920er Jahre gegründete »Internationale Rote Hilfe« (IRH), im Russischen kurz MOPR, auf dem Gebiet der Alpenrepublik zugunsten der Revolutionäre und ihrer Angehörigen tätig werden wollte und dabei auf den Widerstand der Polizeibehörden traf, war es erneut die Sozialdemokratie, die den Konflikt beendete, indem sie 1925 den österreichischen Zweigverein der IRH in der von ihr beherrschten Bundeshauptstadt Wien legalisierte.⁷⁵⁸

Dass es hinsichtlich dessen zu keiner tiefergehenden Diskrepanz zwischen den Linken und dem »bürgerlich-bäuerlichen Lager« kam, lag aber im Übrigen an der Vorgehensweise der Bundesregierung unter christlichsozialer Führung. Letztere orientierten sich an neutralitätspolitischen Erwägungen und schwenkte daher gegebenenfalls auf den SP-Kurs ein. Ungarn unter Nikolaus Horthy musste demgemäß anerkennen, dass sich Österreich, so das Ministerium für Äußeres vom 27. November 1922, »immer zum Prinzip der Asylgewährung bekannt« habe, und zwar gegenüber »sämtlichen politischen Richtungen«.⁷⁵⁹

Diese Haltung werteten die Kremlherren unterdessen als eigenen Erfolg. Die Alpenrepublik und allen voran ihre Hauptstadt wurden für die Außenpolitik der UdSSR und für die Strategien der Komintern zu einem wichtigen Stützpunkt. Eine wachsende Zahl an Gefolgsleuten der »Sowjetmacht« begann sich angesichts eines vergleichsweise liberalen »Migrationsregimes« in Österreich beziehungsweise Wien anzusiedeln. Neben einer kleinen Gruppe verfolgter polnischer und italienischer Genossen⁷⁶⁰ galt dies vorübergehend sogar für Spitzenfunktionäre der KPD, die nach vergeblichen Umsturzbestrebungen kurzfristig – vom November 1923 bis zum April 1924 – verboten

757 AZ, 24.12.1921.

758 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien: (Karton 7) Berichte, Bericht vom 22.4.1925 und 27.7.1925. Über die polizeiliche Verfolgung von Funktionären der Roten Hilfe siehe u.a. die Berichte in: AT-OeStA/AdR BKA Allgemein: (Karton 4863) Berichte aus dem Jahr 1925.

759 AT-OeStA/AdR AAng NPA: (Karton 787) Liasse Ungarn I/III, Zl. 3.559 v. 6.11.1922, Fol. 220f.

760 DRF, 5.7.1921, 6 und 4.3.1923, 3; Archiv der Bundespolizeidirektion Wien [ABW], Schoberarchiv, Schachtel 50, Gruppe III: Kommunistische und Russische Bewegung 1924.

wurde.⁷⁶¹ Neben den magyarischen Kommunisten mit ihrem Zentralkomitee⁷⁶² waren es dann aber vor allem die probolschewistischen Aktivisten aus Südosteuropa, welche sich in der für die Region wichtigen Donaumetropole und einstigen k.k. Residenzstadt niederließen. Die in ihren Herkunftsländern verbotenen rumänischen, jugoslawischen und bulgarischen KPs hielten etwa von 1922 bis 1926 Konferenzen in Wien ab, errichteten hier Auslandskomitees beziehungsweise -büros und stützten zudem Initiativen der lokalen MOPR-Filiale.⁷⁶³

Nicht zufällig verlegte die Komintern schließlich auch den Sitz der Kommunistischen Balkanföderation (KBF) in die Hauptstadt Österreichs, nachdem Sofia als ursprünglicher Standort nicht mehr zu halten gewesen war. Behauptungen der internationalen Presse und zahlreicher europäischer Regierungen, Wien verwandle sich unter solchen Bedingungen zu einer »Bolschewiken-Zentrale« und »Propaganda-Drehscheibe« der III. Internationale, erschienen demgemäß hauptsächlich Mitte der 1920er Jahre nicht völlig unberechtigt.⁷⁶⁴

Aber selbst die verschärfte innenpolitische Lage in der Alpenrepublik um und ab 1930 veranlasste Moskau, den auch geostrategisch günstigen »Knotenpunkt im Herzen Europas« nicht leichtfertig aufzugeben. Obwohl die KBF bis 1931 schrittweise nach Berlin verlegt wurde, blieben die Strukturen einzelner KI-Sektionen in Wien. Die Jugoslawen bauten zu diesem Zeitpunkt ihren Apparat sogar noch aus, während Georgi Dimitrow als Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern zwar von der deutschen Kapitale aus agierte, aber zumindest regelmäßig in Österreich mit KI-Funktionären aus dem Donau- und Balkanraum zusammentraf. Noch von 1927 bis 1930 soll es in Wien sieben verschiedene KP-Exilleitungen gegeben haben. Für sie und mehr noch für die

761 RGASPI 495/18/196a/33 und 495/80/126/3; SAPMO-BArch, RY 1, I 2/3, 173; Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1994, 143f.; Buber-Neumann, Margarete: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967, 109 und 126; Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16. Jg. Heft 2, 1968, 182; Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 2, 303f.

762 Vgl. RGASPI 491/1/53/64f.; Molnár, Miklos: A Short History of the Hungarian Communist Party, Folkestone 1978, 25.

763 RGASPI 495/2/22/17/127, 131, 140–145 und 168; Scharinger, Manfred: Balkanföderation und Arbeiterbewegung. Teil 2: Diskussionen in der Kommunistischen Internationale, Wien 2002, 167f. und 179; Avakumovic, Ivan: History of the Communist Party of Yugoslavia, Vol. I, Aberdeen 1964, 63; Hetfleisch, Gerhard: Schoberpolizei und Balkan-Bolschewiken, Diss. Innsbruck 1990, 207f. und 275f.; Mitschev, Dobrin: Georgi Dimitroff und die österreichische Arbeiterbewegung, in: Mitteilungen des Bulgarischen Forschungsinstitutes in Österreich, Jg. 2, Bd. 2: Wien und die bulgarische revolutionäre Emigration 1924–1934, Wien 1979, 26.

764 Dazu insbesondere auch: AAÉ, AAC/AP, Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Relations entre l'Autriche et l'URSS, Ambassade de la République Française dans l'Union des Républiques Socialistes, Moscou, le 20.1.1924, 28.7.1924, 17.8.1924, 17.12.1924, 13.2.1925, 20.5.1925 und 8.6.1925.

Vertreter der UdSSR und ihrer Auslandsdienste blieb die einstmalige k.k. Metropole weiterhin eine bedeutende Operationsbasis, eine »Relaisstation« und damit zugleich ein »Vorposten«, an dem die Wirkung der Moskauer Direktiven mittelbar erprobt werden konnte.⁷⁶⁵

Strategien

Der »Rote Oktober« und die Etablierung des Sowjetherrschaft hatten Modellcharakter: Für die Anhänger der Bolschewiki repräsentierten sie die Möglichkeit eines Machtwechsels durch den »Coup« einer Minderheit, ebenso wie das Bemühen, einen kleinen Kreis von »Entschlossenen« im Namen des Sozialismus an die Spitze der »Massen« und daher über das »Proletariat« zu stellen. Der Geist von François Noel Babeuf, der mit einigen Mitverschwörern die »Republik der Gleichen« anstrebte, von Louis Auguste Blanqui, der sich der Technik des bewaffneten Aufstandes verschrieb, sowie von Michail Bakunin und Sergej Nečaev, die eine Umwälzung in Permanenz, den Einsatz von Gewaltmitteln, die »Philosophie der Tat« und die »heroische Selbstaufopferung« für den Umsturz predigten, beeinflusste die frühe Gefolgschaft des »Oktoberregimes«.⁷⁶⁶

Verstärkt durch die Plädoyers für anarcho-syndikalistische Konzepte, aber auch durch den Internationalismus der »Werk tätigen« und die Maßnahmen Räterusslands gegen vermeintliche und tatsächliche Feinde entwickelte sich das durchaus heterogene Phänomen des »Linkskommunismus« zu einer einflussreichen Strömung innerhalb der frühen Komintern. Obwohl geeint durch den gemeinsamen Kampf gegen »Antibolschewismus« und unterschiedlich definierte Formen der »Konterrevolution«, entpuppte sich der »Streit unter Familienangehörigen«, wie Lenin es sah, als ernsthafte Bedrohung der III. Internationale. Die Kremlführung selbst musste daher gegen die »Kinderkrankheiten« der zum Teil hochsubventionierten Parteiaktivisten zu Felde ziehen. Nachdem die Radikalität der KPR-Leitung gegenüber abweichenden Meinungen und die Errichtung einer Einparteiendiktatur in der RSFSR unversöhnliche, »sektiererische« Verhaltensweisen unter den probolschewistischen Kräften geradezu gefördert hatte, warnte Moskau – trotz vorhandener Vereinheitlichungstendenzen – vor der simplen Kopie russischer Modelle und der Blindheit einer radikalen Taktik der Konfrontation. Konkret wurden deshalb

765 McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus in Österreich, 375ff., 397 und 415.

766 Leidinger/Moritz: Sozialismus, 72, 76 und 103–105.

die ausländischen Genossen etwa darauf aufmerksam gemacht, nicht grundsätzlich und von vorneherein den Parlamentarismus und die bestehenden Gewerkschaften abzulehnen, sondern als bisweilen nützliches Feld der Agitation zu betrachten.⁷⁶⁷

Die KI-Filialen in den europäischen Hauptstädten wurden dementsprechend instruiert, reorganisiert beziehungsweise liquidiert⁷⁶⁸, während gleichzeitig tief greifende Kontroversen über die Chancen einer grenzüberschreitenden Erhebung und Durchsetzung der »Oktoberideen« weiterhin Anlass für heftige Debatten boten. Der »revolutionäre Adventismus«, der sich unter Teilen der Leninschen Gefolgschaft breitmachte, widersprach den Erfahrungen in Mitteleuropa. Dennoch setzten etwa magyarisches KP-Kader auch nach vergeblichen Umsturzversuchen unter anderem in Österreich sowie nach dem baldigen Ende von Räterepubliken in Deutschland und Ungarn auf konkrete Vorbereitungen für den baldigen Aufstand. Unruhen in Sachsen, von lokalen Ereignissen im Mansfelder Revier ausgelöst und im KI-Jargon als »Märzaktion« bezeichnet, endeten aber ebenso mit einer Niederlage der Kommunisten wie der anvisierte Umbruch im Oktober 1923, als es in Hamburg zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam und Landesregierungen mit KP-Beteiligung in Mitteldeutschland von Reichswehrregimentern unter Berufung auf den von Berlin ausgerufenen Ausnahmezustand zu Fall gebracht wurden.⁷⁶⁹

Angesichts der Misserfolge artikulierten immer mehr Mitglieder einer zunächst durch den Zusammenschluss mit dem linken USPD-Flügel gestärkten KPD ihre Unzufriedenheit mit dem eingeschlagenen Kurs. Ein Exodus aus der Partei setzte ein, der sie wenigstens halbierte. Zuvor waren Kritiker wie Paul Levi⁷⁷⁰ aus den eigenen Reihen verbannt worden.⁷⁷¹ Dessen Zweifel am »Aktivismus« insbesondere von Béla Kun und seinen engsten Mitstreitern sowie an den »Geschichtslektionen« der Bolschewiki, die sich nach dem Fall Räteungarns einmal mehr und noch entschiedener gegen sozialdemokratische »Verräter« wandten, hatten in der Komintern keinen Platz. Lenin selbst war nicht

767 Vatlin, Alexander / Wehner, Markus: »Genosse Thomas« und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 1, 1993, 1–19, 7; Hájek / Mejdrová: Die Entstehung, 181f.

768 PIL, 878 f., 8 cs., 15 ö. e., I. 84ff.; Firsov: Lenin, komintern i stanovlenie kommunističeskich partij, 96ff.; Adibekov / Šachnazarova / Širinja: Organizacionnaja struktura, 12.

769 Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: die Weimarer Zeit, Berlin 1999, 60f.; Heiber: Die Republik von Weimar, 102 und 143f.; Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution, 46, 107 und 109.

770 Zu Levis Kontakten mit Bronski siehe McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 47 und 76.

771 Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, 77.

zurückhaltend. Für die KI-Spitze ging es um die »Ausmerzungen« der »widerstrebigen Leviten« als »Verfechter eines offenen Parteityps«. ⁷⁷²

Umgekehrt duldeten man aber auch »linkslerische Sektierer« nicht länger. ⁷⁷³ Zielscheibe schwerer Vorwürfe wurden unter solchen Umständen jene »Umstürzler«, die sich nicht zuletzt am Wiener KI-Standort gegen die Vorgaben aus Moskau richteten. Einen von Kuns »Emissären«, Ernö Bettelheim, der eine kurzfristig, in der ersten Jahreshälfte 1919 an Einfluss gewinnende KPÖ zu prosovjetiche Revolten in der jungen Alpenrepublik verleitet und damit bald Schiffbruch erlitten hatte, griff das EKKI offen an. ⁷⁷⁴ In dessen Namen trat vor allem Karl Radek in Erscheinung. Als »Phantast«, »Schwindler« und »Abenteurer« beschimpfte Radek Bettelheim, der sich allerdings keineswegs einschüchtern ließ. Vielmehr ging der Attackierte zur Gegenoffensive über, ein Schritt, der durch die Unterstützung anderer Komintern-Funktionäre in der Alpenrepublik erleichtert wurde. ⁷⁷⁵

Auf Jahre hinaus setzten »Linkskommunisten« speziell in der österreichischen Bundeshauptstadt ihren Widerstand gegen die Moskauer KI-Linie fort, wobei Bettelheim nicht nur Karl Radek oder Paul Levi ins Visier nahm, sondern ganz allgemein die »Strategie der raschen Tat« verteidigte. In diesem Sinn warf er den innerparteilichen Opponenten vor, seinen eigenen Standpunkt abschätzig und unreflektiert als »Putschismus« zu bezeichnen. Davon aber zu sprechen, bedeute, so seine Überzeugung, »den revolutionären Charakter der heutigen historischen Situation abzuleugnen und in der Praxis ein guter Konterrevolutionär zu werden.« ⁷⁷⁶

Der harte Schlagabtausch, der das Gesprächsklima zwischen den KP-Gruppierungen vergiftete, zeichnete zugleich auch den Weg zur parteiinternen Diktatur vor. Dabei setzten sich langfristig mit der Unterwerfung der einzelnen KI-Sektionen unter die Komintern-Zentrale und mit einem straffen, zunehmend bürokratisierten Apparat der III. Internationale sowie der zeitweilig

772 PIL, 878 f., 8 cs., 15 ö. e., 83f. und 156 l.; Hájek/Mejdrová, Die Entstehung, 309; Lazitch, Branko / Drachkovitch, Milorad M.: Lenin and the Comintern, Bd. 1, Stanford 1972, 488f.; Agosti, Aldo: The Concept of World Revolution and the »World Party for the Revolution« (1919–1943), in: Bayerlein, Bernhard H. (Hg.): Entwaffnete Utopien. Wandlungsprozesse und Akteure im Spektrum der Komintern. Lateinamerika, das romanische Europa und die Sowjetunion, Leipzig 1999, 76ff.; Samus, Pawel: Die politischen Aktivitäten der polnischen Kommunisten im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in den Jahren 1921–1924, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, 86ff.

773 Ebd.

774 RGASPI 495/80/1; NFP (Abendblatt) 14.6.1919, 1; Der freie Soldat, Nr. 55, 2.7.1919, 1; Hájek/Mejdrová: Die Entstehung, 147; Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien / Zürich 1987, 330f.

775 PIL, 878 f., 8 cs., 15 ö. e., 156 l.

776 Kommunismus, Heft 29/30, 15.8.1920, 945 und 977.

scharfen Abgrenzung gegenüber anderen sozialistischen Kräften »ultralinke« Standpunkte auch in Moskau durch, während es in anderen Bereichen hinsichtlich der Vorgaben aus der UdSSR zu dauerhafteren Auseinandersetzungen mit »unflexibleren, sektiererischen« Strömungen kam.

Die Wiener KI-Außenstelle sowie der von ihr betreute Balkanraum lieferten der Krenmlführung diesbezüglich auf längere Zeit verstörende Erfahrungswerte. Das galt beispielsweise für die Neuausrichtung der kommunistischen Agrarpolitik. Nicht zufällig hatte Adolf Ioffe als Sowjetgesandter in Österreich einige demographische Basisdaten über die »Sowjetrepublik« hervorgehoben. »90 Prozent von 170 Millionen Russen sind Bauern«, betonte Ioffe, der damit noch einmal klarstellte, dass die »proletarische Revolution« in der Sowjetunion nicht ohne Akzeptanz der Landbevölkerung zu verwirklichen war.⁷⁷⁷ Obwohl im Zuge der Zwangsmaßnahmen während der bolschewistischen Machtbehauptung bis zum Beginn der 1920er Jahre bisweilen regelrechte Kriege gegen das Dorf geführt wurden, war die »Smyčka«, das Bündnis zwischen »Arbeitern und Bauern«, für das »Oktoberregime« überlebenswichtig. Hatte man zunächst vergeblich beabsichtigt, regionale Widerstände durch die Entfaltung des »Klassenkampfes« zu überwinden, so gelang den Sowjetkommissaren die Spaltung der Dorfgemeinschaften letztlich durch Bindung der Jugend an die KP-Eliten.⁷⁷⁸

Das russische Vorbild drängte sich für die Gefolgschaft Lenins solcherart auch in Staaten mit ähnlichen Sozialstrukturen auf. Trotz des überproportionalen Anteils der Landwirtschaft am Volkseinkommen hatte jedoch gerade die Linke in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas in dieser Hinsicht wenig anzubieten. Strenge Marxisten betrachteten die Bauern vielfach generell als Feinde. Bezeichnenderweise konnte sich etwa die starke bulgarische KP (BKP) nicht dazu entschließen, mit den von Alexander Stambolijski geführten Agrariern zu kooperieren. Getrennt operierend, unterlagen letztlich beide im Machtkampf, ein Sachverhalt, der in Moskau aufmerksam beobachtet wurde. Anhänger Stambolijskis waren es dann auch, die beim Wiener Sowjetgesandten den Mangel an Koordination und Zusammenarbeit bemängelten.⁷⁷⁹

Die herrschende Ordnung sei ohne Bündnis nicht zu ändern, erklärten sie⁷⁸⁰, ein Befund, der auch auf die Haltung der lokalen KP-Organisationen zu ethnischen Konflikten zutraf. Die marxistischen Vorstellungen von der »proletarischen Solidarität ohne Grenzen« und vom »Arbeiter ohne Vaterland«

777 NFP, 18.5.1924, 13f.

778 Leidinger: *Zeit der Wirren*, 54.

779 RGASPI 495/18/196/125ff.

780 Ebd.

wogen schwerer als die frühen Sowjetdekrete über die Selbstbestimmung bis zur Abtrennung und Bildung eigener Staaten. Anhänger der Bolschewiki wussten allerdings zu relativieren: Schließlich galt es auch aus Moskauer Sicht, die getrennten Länder unter der »roten Fahne« zur Union der Räterepubliken zu vereinen.⁷⁸¹

Was auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches unter der Herrschaft der KPR teilweise realisiert wurde, nahmen sich speziell südosteuropäische »Genossen« zu Herzen. Die Aufteilung größerer Räume in kleinere Territorien unterschiedlicher Ethnien stand nicht zur Disposition. Abänderungen dieses Standpunktes mussten daher Schwierigkeiten verursachen. Das galt beispielsweise für jenen EKKI-Kurs, der das sowjetische Ziel einer Überwindung der »Versailler Friedensordnung« reflektierte und unter anderem die Zerschlagung des südslawischen SHS-Staates beziehungsweise das »freie Bündnis der südosteuropäischen Völker« verlangte.⁷⁸² Interne Zwistigkeiten mussten demnach etwa bei der KPJ dazu genutzt werden, um auf deren Wiener Konferenz 1923 modifizierte Komintern-Lösungen durchzusetzen. Fast zeitgleich vollzog sich in Moskau außerdem unter dem Eindruck der bulgarischen Lehren die Gründung des Internationalen Bauernrates, der sogenannten »Krestintern«.⁷⁸³ Vollendet wurde die taktische Neuausrichtung im Zuge der Verhandlungen der Kommunistischen Balkanföderation und des 5. KI-Weltkongresses 1924. Demgemäß forderte Dmitrij Manuil'skij im Namen der russischen Bolschewiki, das Verhältnis zu den »Nationalbewegungen« zu überdenken, während Funktionäre der BKP speziell den Schulterchluss mit den »bodenarmen Landwirten« propagierten.⁷⁸⁴ Diese auch von Stalin mitgetragene Strategie fand vor allem durch den Verweis auf die »Linkswendung« vieler »Agrarier« Zuspruch und wurde hauptsächlich für den Balkanraum von Wien aus implementiert.⁷⁸⁵

Mitarbeiter der Sowjetbotschaft in der Alpenrepublik suchten gemeinsam mit lokalen KI-Repräsentanten in der Folge neben Kontakten zu Stambolijskis Gefolgschaft vornehmlich das Gespräch mit der »Kroatischen Republikanischen Bauernpartei« (HRSS) unter Stjepan Radić, aber auch mit Vertretern der Slowakischen Volkspartei (SVP), des unabhängigen Albanien und speziell dem linken Flügel der »Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation« (IMRO). Die angebahnten Übereinkünfte erwiesen sich jedoch in-

781 Librach, Jan: *The Rise of the Soviet Empire. A Study of Soviet Foreign Policy*, New York/Washington/London 1965, 10; Weber, Hermann: *Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation*, Hannover 1966, 74.

782 *Internationale Presse-Korrespondenz*, Nr. 16, 19.4.1924, 323.

783 Jackson, George: *Comintern in East Europe 1919–1930*, New York/London 1966, 51ff.

784 RGASPI 495/2/22/48; Scharinger: *Balkanföderation*, 220f. und 237f.

785 McLoughlin/Leidinger/Moritz: *Kommunismus in Österreich*, 212–217.

nerhalb kürzester Zeit als äußerst brüchig. Kolportierten Allianzen zwischen Radić und der Krestintern gaben Maksim Litvinov und Georgij Čičerin wenig Zukunftschancen.⁷⁸⁶ Im Narkomindel rechnete man eher mit einem Abrücken der HRSS von Moskau, zumal sich eine kroatisch-serbische Aussöhnung abzeichnete und auch die mit Radić verbundene SVP bald »jede Verbindung« mit der UdSSR »in Abrede stellte«.⁷⁸⁷

Die hauptsächlich in der ehemaligen k.k. Metropole geschmiedeten Ränke waren letztlich wenig wirkungsvoll. In Albanien waren sowjetische Missionen nach bereits bestehenden Schwierigkeiten endgültig zur Abreise gezwungen, als Achmed Zogu, ein entschiedener Verfechter konservativer Interessen, unter Beteiligung »weißgardistischer Exil-Russen« die Macht an sich brachte. Stjepan Radić gab wenig später, am 27. März 1925, in Belgrad eine Loyalitätserklärung ab, die in der Anerkennung der existierenden Verfassung sowie dem Wunsch nach Aussöhnung mit den serbischen Parteien und der Königsdynastie gipfelte. Zwar war die Annäherung, die auch die offizielle Loslösung von der III. Internationale zur Folge hatte, nicht von langer Dauer. Die Ermordung Radićs im Sommer 1928 und die späteren innerjugoslawischen Konflikte führten aber zu keiner Neuauflage der KI-Linie aus den Jahren 1923 und 1924.⁷⁸⁸

Sichtbares Ergebnis dieser Politik war lediglich ein brutales Messerwetzen unter IMRO-Terroristen, die ihre Mordanschläge schließlich auch in der Alpenrepublik verübten.⁷⁸⁹ Spektakuläre Bluttaten gegen potenzielle makedonische Bündnispartner Moskaus beschäftigten daraufhin die österreichische Presse noch Ende 1926.⁷⁹⁰

Das Elend des Exils

Das ernüchternde Erwachen aus dem »Flirt« mit den National- und Agrarbewegungen des Balkans half indes mit, den Boden für einen linksorientierten Kurs der Komintern zu bereiten. Bis dahin ebenso wie bis zum Sieg Stalins im Zwist um Lenins Nachfolge lähmten jedoch Fraktionskämpfe auch deshalb die KI-Organisationen, weil ihre Niederlagen sich nicht bloß in Richtungsstreitigkeiten über begangene Fehler und hinkünftige strategische Konsequenzen

786 AVP RF 066/7/104/5/23; Aussem an Litvinov und Čičerin, Nov./Dez. 1924.

787 Ebd.

788 Wolff, Robert Lee: *The Balkans in our Time*, Cambridge 1956, 106; Suppan, Arnold: *Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld*, Wien/München 1996, 393.

789 RP, 10.5.1925, 7; DRE, 10.5.1925, 1; AZ, 10.5.1925, 7.

790 AZ, 12.12.1926, 8; DRE, 12.12.1926, 1.

manifestierten, sondern auch die Beziehungen unter den KP-Kadern auf persönlicher Ebene und im Alltagsleben vergifteten.

Diesbezüglich galt Wien erneut als »Lernort« der III. Internationale. Als Exil für verfolgte Parteimitglieder aus verschiedenen Ländern wurde es nämlich Schauplatz von Rivalitäten, die in keinem geringen Ausmaß von den Lebensumständen der Emigranten bestimmt wurden. Die Bande zwischen dem KI-Personal, das in Moskau agierte, und den linken Politflüchtlingen außerhalb der UdSSR lockerten sich. Schon dadurch verstärkten sich Auffassungsunterschiede, zumal die Wahrnehmungen an den jeweiligen Aufenthaltsorten oft deutlich voneinander abwichen.⁷⁹¹

Die bereits anfänglich radikalisierte KP-Gefolgschaft wurde darüber hinaus angesichts polizeilicher Nachforschungen und Repressionen immer intoleranter, wobei die drückende Not der Exilanten zusätzlich für Unruhe sorgte.⁷⁹² Das »Gastland« Österreich etwa hatte wenig mehr als ungeheizte Baracken und das Gefühl des Unerwünschtseins anzubieten. Eine Ursache dafür war auch das Elend der Einheimischen, denen es selbst nicht viel besser ging. Das EKKI wurde darüber informiert, dass Anfang 1925 die »Hälfte der KPÖ-Mitglieder« keine Arbeit hatte. Die Wiener MOPR-Stelle bat daher die KPD schon wenige Monate zuvor, »nur in den dringendsten Fällen Genossen herüber zu schicken«.⁷⁹³ Dementsprechend hart wurden Verteilungskämpfe um die vorhandenen Ressourcen und speziell um die begehrten Parteiposten geführt. Wer zu kurz kam, wartete mit Verdächtigungen und Beschuldigungen auf. Im Wiener Zentralkomitee der ungarischen KP herrschte unter solchen Umständen der Eindruck vor, dass sich »Konjunkturritter« in der »Bewegung« breitmachen würden. »Es gibt Leute«, hieß es weiter, »deren Ansprüche darauf gerichtet sind, dass die Partei ihnen ein angenehmes Leben sichert.«⁷⁹⁴

Die Vorwürfe richteten sich konkret etwa gegen den »Inprekorr«-Chefredakteur Gyula Alpári, dem vorgeworfen wurde, sich selbst hohe Gehälter auszuzahlen und obendrein seine Gemahlin zu begünstigen. Alpári verteidigte sich daraufhin mit dem Hinweis, dass ein »Verbot, Mann und Frau anzustellen, weder in der tschechischen noch in der deutschen KP« existiere, dass schon zuvor Ehepaare beschäftigt worden seien und in diesem Zusammenhang niemand von »Korruption oder Protektion« gesprochen habe.⁷⁹⁵

791 McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 238.

792 Weber, Hermann: Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, 39–62, 42.

793 RGASPI 495/80/126/3 und 138/8.

794 PIL, 878 f., 8 cs., 14 ö. e., 28 l.

795 RGASPI 495/8276/3/112f. (Kaderakt)

Trotz derartiger Verteidigungsstrategien häuften sich jedoch die »Skandalgeschichten« über unlautere Vorgehensweisen, Bestechungen und nicht zuletzt auch über die Veruntreuung von Geldern, wie etwa die Affäre um einen »Genossen Buk«, der Beträge der Roten Hilfe verspekuliert haben soll, oder eine KI-interne Untersuchung gegen den Kun-Vertrauten Béla Vágó, der mit »zweilichtigen finanziellen Transaktionen« in Verbindung gebracht wurde.⁷⁹⁶

Angesichts solcher Begebenheiten reagierten Emigranten noch gereizter als bisher, wenn sie sich gegenüber den »Günstlingen« benachteiligt fühlten. Die Parteiinstitutionen waren mit einer Unzahl von Beschwerden konfrontiert, in denen sich beispielsweise ein magyrischer Exilkommunist darüber empörte, dass die für »das Budget zuständige Kommission« wegen »des Unterhalts« seiner »Angehörigen nichts beschlossen« und »daher auch gar nichts veranlasst habe«. Von »einem Freund«, ergänzte das aufgebrachte KP-Mitglied, habe er »erfahren, dass die Familie dem grössten Elend ausgeliefert« sei, dass seine »Frau zum Verkauf ihrer Kleider schreiten« müsse.⁷⁹⁷

Fast zur selben Zeit, im Juni 1922, langte auch ein von mehreren Funktionären der KMP unterzeichneter Brief beim »Vorstand der österreichischen Bruderpartei« ein. Diese, hieß es darin, sei für die Flüchtlinge verantwortlich, habe ihre Pflicht jedoch »in unerhörter Weise vernachlässigt«: Es wurde »in der Frage des Schutzes und der materiellen Unterstützung der kommunistischen Emigranten eine Kommission eingesetzt. Diese Kommission kann keine Arbeit verrichten, da ihr gar keine Geldmittel zur Verfügung stehen. Alle Angelegenheiten der verelendeten ungarischen kommunistischen Emigration«, so das Schreiben weiter, »werden mit einer völligen Gleichgültigkeit behandelt«, was sogar »zur Verbitterung alter und erprobter Genossen« führe.⁷⁹⁸

Unter solchen Bedingungen wunderte es unter anderem Jenő Varga nicht, dass die Arbeit vieler KI-Sektionen von Zwistigkeiten überschattet war. »Meiner Meinung nach«, erklärte der Wirtschaftsexperte und führende Komintern-Repräsentant im November 1921, »ist die Psychose der Emigration der wahre Grund für den ganzen Streit: Menschen, die nicht aktiv werden können, wenden sich gegen einander.«⁷⁹⁹

Parallel dazu machte sich auch Vargas Landsmann József Pogány, vordem Mitglied der Budapester Räteregierung und später als »John Pepper« in den USA tätig, Gedanken über die »Krankheit der Emigration«: »Wir können die Psyche jener Genossen vollkommen verstehen, welche [...] nicht aus Wien

796 RGASPI 495/80/126/30–35; PIL, 878 f. 8 cs., 15 ö. e., 120 und 125 l.

797 PIL, 878 f. 8 cs., 17 ö. e., 40 l.

798 Ebd.

799 Ebd., 16 ö. e., 62 l.

verjagt wurden und deshalb nunmehr seit fast zwei Jahren, fern von einer jeden Massenbewegung lebend, im Frosch- und Mause-Krieg der kleinlichen persönlichen Reibereien welterschütternde Schlachten sehen.«⁸⁰⁰

Auf Jahre hin hatte sich vor diesem Hintergrund das EKKI mit der Lage und den Problemen der Politemigranten zu befassen. In seinem Namen wurde etwa der tschechische KP-Gründer Bohumir Šmeral in der österreichischen Bundeshauptstadt tätig, um unter anderem folgende Eindrücke vom Gewerkschaftsfunktionär und Mitglied des erweiterten Zentralkomitees der jugoslawischen KP, Pavle Pavlović, festzuhalten: »Pavlović ist wahrscheinlich innerlich sehr zerrüttet. Ganze Minuten während der Unterredung schaut er nicht direkt in meine Augen.« Er »lässt andere sprechen und macht dabei den Eindruck eines Melancholikers.«⁸⁰¹ Laut Alexander Kobler und Ljubomir Radovanović vom ZK der KPJ, fügte Šmeral seinem Bericht nach Moskau hinzu, habe das einzelgängerische Wesen von Pavlović auch damit zu tun, »dass er keine andere als die serbische Sprache beherrscht«: Er »verhält sich destruktiv, nur um nach Hause zu können«, weil er »das Leben in der Emigration sehr schwer erträgt«.⁸⁰²

Radovanović und Kobler galten allerdings unter den jugoslawischen Kommunisten nicht eben als enge Freunde und Verbündete von Pavlović. Im innerparteilichen »Fraktionskampf« ließ sich die »Exilpsychose« gleichermaßen als Waffe und als Entschuldigung verwenden.⁸⁰³

Zur Verschlechterung der Situation trug aber auch die Kombination des »Emigrationsschicksals« mit dem nicht selten rüden Benehmen der KI-Kader bei. Selbst ohne die »Gereiztheit« als Konsequenz des »Flüchtlingsdaseins« würdigten Parteigänger des »Oktoberregimes« regelrecht eine auch von Lenin persönlich benutzte Gewaltsprache. »Revolutionen riechen nun einmal nicht nach Rosenöl«, verteidigte zum Beispiel Béla Kun die groben Umgangsformen unter Berufung auf Karl Marx.⁸⁰⁴ Und József Pogány meinte: »Eine K.P. ist keine Tanzschule und ihre Führer sind keine Tanzmeister, die mit dem Handbuch Knigges über den Umgang mit den Menschen« gegen den »robusten Ton predigen«.⁸⁰⁵

Unter solchen Umständen wurden – verstärkt durch die Schwierigkeiten des Exils und die »Nachstellungen« der Behörden – die Wortmeldungen immer rauer. Mit Kraftausdrücken, kämpferischen Posen und hitzigen Debatten ent-

800 Ebd., 15 ö. e., 77 l.

801 RGASPI 495/2/22/66.

802 Ebd., I. 62f.

803 PIL, 878 f. 8 cs., 16 ö. e., 151 l.

804 Ebd.

805 PIL, 878 f., 8 cs. 5 ö. e., 78 und 92 l.

zog man sich nur zu oft dem tristen Alltag. Die Suche nach Sündenböcken für die eigene Misere lenkte nur vorübergehend von drückenden Existenzsorgen ab. Bei alldem schien Moskau keine relevante Hilfe anzubieten. Bis zu Stalins Sieg über seine Widersacher gab die KPR selbst ein Bild der Disharmonie, der Uneinigkeit und Zerstrittenheit ab.⁸⁰⁶

Auch auf lange Sicht kam die sowjetische Migrationspolitik zudem sogar den verfolgten Kadern der Komintern keineswegs entgegen: Gerade sie mussten erkennen, dass die UdSSR das Asylrecht äußerst restriktiv handhabte. Alle Gremien – die III. Internationale und ihre nationalen Sektionen, die Kommission des »Allrussischen Zentralexekutivkomitees« sowie später vor allem die »Internationale Rote Hilfe« – stellten sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes und betonten, dass »die Politemigranten [...] dem kämpfenden Proletariat erhalten bleiben« sollten. Kommunisten, so die IRH, hätten also »entweder die Illegalität im eigenen Land oder die Übersiedlung in kapitalistische Länder mit liberaler Asylrechtspraxis zu wählen«. Österreich blieb folglich bis Anfang der 1930er Jahre ein Zufluchtsort für Flüchtlinge aus den Reihen der KI-Sektionen.⁸⁰⁷

806 RGASPI 495/80/165/98f.; Borsányi: *The Life of a Communist Revolutionary*, 268; vgl. Avakumovic: *History of the Communist Party of Yugoslavia*, 61.

807 Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Europäische »Politemigranten« in der UdSSR seit 1917, in: Bade, Klaus J. / Emmer, Pieter C. / Lucassen, Leo / Oltmer, Jochen (Hg.): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn / u. a. 2007, 563–565, 563.

Teil 4:

Kultur und Wissenschaft

Österreichisch-sowjetische Kulturkontakte im Überblick

In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution war der kommunistische Staat politisch isoliert und hatte nur sehr spärliche kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen mit der Außenwelt.⁸⁰⁸ Eine Überwindung der Blockade gelang erst allmählich, wobei der internationalen Hilfskampagne zur Bekämpfung der Hungersnot in Sowjetrußland 1921/22 eine besondere Bedeutung zukam. Ab 1923 begannen sich die kulturellen Kontakte Moskaus mit dem Ausland zu verstärken.⁸⁰⁹

Mit dem offiziellen Österreich gab es in der Zwischenkriegszeit kaum Berührungspunkte. Die UdSSR lag außerhalb des Aktionskreises der österreichischen Auslandskulturpolitik. Das BKA/AA leitete lediglich Einladungen zu internationalen Veranstaltungen nach Moskau weiter, so zum Beispiel auch zu den großen Feierlichkeiten zum 100. Todestag Ludwig van Beethovens in Wien (26.–31. März 1927).⁸¹⁰ Grundsätzlich hatten die österreichischen Behörden aber kein Interesse an der Förderung kultureller Kontakte mit der UdSSR, da man die Infiltration kommunistischer Propaganda befürchtete. Aus diesem Grund unterband das BKA/AA im Frühjahr 1927 eine geplante Ausstellung der Theater-sammlung der Österreichischen Nationalbibliothek (ONB) über das »Russische Theater im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts«. ⁸¹¹ Um 1930 stand Moskau auch nicht auf dem Verteiler des BKA/AA für die Versendung von Informationen über internationale Musikveranstaltungen in Österreich. ⁸¹² Eine Intensivierung der Kontakte auf dieser Ebene betrachtete freilich Heinrich Pacher in Moskau als entbehrlich. Im Mai 1932 deponierte er im BKA/AA seine Ansicht, wonach »die Herstellung von Beziehungen mit der Sowjetunion auf einem rein kulturellen Gebiete bei dem heutigen Stande der Dinge weder durchführbar noch

808 Ioffe, A. E.: *Meždunarodnye svjazi sovjetskoj nauki, tehniki, kul'tury*, Moskva 1975, 39–64.

809 Vgl. Kameneva, Oľga D.: *Dva goda kul'turnogo sblizenija s zagranicej*. *Sbornik materialov pod redakcijej O. D. Kamenevoj*, Moskva 1925, 9.

810 GARF R-5283/6/951/85: Pohl an Kameneva, 1.3.1926.

811 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 610) Liasse Rußland 33/1, GZl. 21.753-13/1927, BKA Z. 101.265-8 an das BMfU, 31.3.1927, BMfU Z. 9486-I/27 an den Generaldirektor der ONB, 8.4.1927.

812 Siehe Dokumente in AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 341) Liasse Österreich 33/55.

wünschenswert ist«. ⁸¹³ Doch die UdSSR verzichtete ohnehin – in der Regel aus finanziellen Gründen oder wegen der als geringfügig eingestuften Bedeutung der Veranstaltungen – auf eine diesbezügliche Präsenz in Österreich. ⁸¹⁴

Dennoch gab es nicht wenige kulturelle Kontakte zwischen Österreich und der UdSSR. ⁸¹⁵ Sie verliefen auf österreichischer Seite auf Vereinsebene oder auf Initiative einzelner Institutionen bzw. Personen, während auf sowjetischer Seite die »Gesellschaft für kulturelle Verbindung der UdSSR mit dem Ausland« (VOKS) für die Koordination des Kulturaustausches sorgte. ⁸¹⁶ Im August 1925 offiziell als nichtstaatliche Organisation gegründet, befand sich die VOKS als Instrument der sowjetischen Auslandskulturarbeit unter der direkten Kontrolle des NKID. Die VOKS basierte auf den Strukturen der Russlandhilfe von 1921/22, dem Apparat der »Kommission für ausländische Hilfe beim CIK der UdSSR« (KZP) mit seinem Vereinigten Büro für Information (OBI) und stand bis 1929 unter der Leitung von Ol'ga Kameneva, der Schwester Lev Trockijs. Auf verschiedene Arten sollte die VOKS die öffentliche Meinung im Ausland über die UdSSR beeinflussen und kulturelle Aktivitäten realisieren. ⁸¹⁷

Eine wichtige Aufgabe der VOKS-Zentrale in Moskau stellte die Betreuung von Ausländern in der UdSSR dar. »Russlandreisende« – insbesondere Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Prominente – prägten das Bild von der UdSSR mit, da ihre Aussagen und Publikationen als Augenzeugen der »Sowjetwirklichkeit« schwer wogen. Eine intensive Unterstützung der Besucher bot die Möglichkeit der Kontrolle und deren Beeinflussung im Sinne der UdSSR. Auch nach der Gründung der Reiseagentur Inturist 1929 blieb die VOKS weiterhin Ansprechpartnerin für Gäste, die Publikationen planten oder ein individuelles Reiseprogramm wünschten. ⁸¹⁸

813 Ebd., GZL. 22.368-13/1932, Zl. R259/95 Schreiben Pachers, 17.5.1932. GZL. 20.574-13/1933, Schreiben an die Gesandtschaft Moskau, 7.2.1933.

814 GARF R-5283/6/957/90: Internationaler Kongress des Welt-Musik- und Sangesbundes, Wien 1930, 23.1.1930. GARF R-5283/1a/142/3: Riš an VOKS, 31.1.1930. GARF R-5283/6/1051/188: Universal Edition an Nekundè, 29.12.1932. GARF R-5283/1a/219/3: Nekundè an VOKS, 23.1.1933. Ebd., 19: VOKS an Nekundè, 17.5.1933.

815 Siehe die Liste der wichtigsten Veranstaltungen im Anhang. Einen ersten Überblick zu den kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern siehe bei Sisowa, Maja: Aus der Geschichte der kulturellen Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich in der Zwischenkriegszeit, in: Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1989, 65–74.

816 Vgl. Fayet, Jean Francois: VOKS. The Third Dimension of Soviet Foreign Policy, in: Gienow-Hecht, Jessica C. E. / Donfried, Mark C.: Searching for a Cultural Diplomacy, New York / Oxford 2010, 33–49.

817 Vgl. Gridnev, Jurij Aleksandrovič: Sozdanie VOKS. Zadači i celi, in: Istoriki razmysljajut. Sbornik statej, Moskva 2009 (= Novaja biblioteka humanitarnogo obrazovanija. Serija »Novye idei i tehnologii«), 17–26, 288–299.

818 Vgl. z. B. Materialien in GARF R-5283/6/1063; GARF R-5283/8/252; GARF R-5283/8/296. Heeke, Matthias: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921–1941. Mit einem bio-bibliographischen Anhang zu 96 deutschen Reiseautoren, Münster / Hamburg / London 2003, 25–30.

Die Zahl der Österreicher, die in Moskau Kontakt mit der VOKS hatten, schwankte zwischen fünf und ca. 40 Personen pro Jahr.⁸¹⁹ Jene, die mit Veröffentlichungen zum positiven Image der Sowjetunion bzw. zum »Verständnis« für die UdSSR beitrugen oder zumindest über das Land einigermaßen neutral berichteten, waren für die VOKS besonders bedeutend. Zu diesen Personen zählten die Kunsthistorikerin und Autorin von Werken über die »so-wjetische Frau« Fannina Halle (regelmäßige Aufenthalte zwischen 1918 und 1936)⁸²⁰, der als konservativ bekannte Dirigent Felix Weingartner (Gastspiele im Frühjahr 1926)⁸²¹, der Generaldirektor der GESIBA Hermann Neubacher (November 1926)⁸²², der Adelige Karl Anton Rohan (Frühjahr 1927), Anhänger eines geeinten Europas der starken Nationen und Herausgeber der *Europäischen Revue*⁸²³, und der Leiter der Theatersammlung der ONB Joseph Gregor (Frühjahr 1927)⁸²⁴. Der Journalist Bruno Frei konnte nach einer Reise im Frühjahr 1928⁸²⁵ eine Reihe von Artikeln publizieren.⁸²⁶ Einen der größten propagandistischen Erfolge stellte der Besuch Stefan Zweigs im September 1928 dar.⁸²⁷ Auch über die Arbeit mit Österreichern zwischen 1930 und 1932 konnte die VOKS positiv bilanzieren:⁸²⁸ Die Schriftsteller Oskar Kan-zian (Juni / Juli 1930)⁸²⁹, Lili Körber (1930/31)⁸³⁰ und Julius Haydu (November 1931)⁸³¹, der Professor der Technischen Hochschule Wien Rudolf Saliger (Juli

819 Verwertbare Statistiken der VOKS-Empfangsabteilung gibt es für den Zeitraum 1924 bis 1931. Zahl der österreichischen Besucher im Vergleich zur Gesamtzahl: 1924: 5 (von 148); 1925: 5 (325); 1927 mind. 33; 1929: 21 (1.029); 1930: 16 (1.727); 1931: 25 (1.054). GARF R-5283/1/76/347. Ebd., 268–269. GARF R-5283/8/122/5–76. Ebd., 1a.

820 GARF R-5283/6/108/38: Gespräch mit F. Halle, 1.10.1934. GARF R-5283/6/1063/4: Arbeit der VOKS in Österreich, Oktober 1935. Halle, Fannina: *Altrussische Kunst*, [1920]. Dies.: *Die Bauplastik von Wladimir-Ssusdal. Russische Romanik*, Berlin / Wien / u. a. 1929. Dies.: *Die Frau in Sowjetrußland*, Berlin / Wien / Leipzig 1932. Dies.: *Frauen des Ostens. Vom Matriarchat bis zu den Fliegerinnen von Baku*, Zürich 1938.

821 NFP, 8.5.1926, 1–4.

822 GARF R-5283/6/951/325–345: 27. Abend der VOKS, 15.11.1926. *Der österreichische Volkswirt*, Nr. 11, 11.12.1926, 298–300.

823 Rohan, Karl Anton: *Moskau. Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland*, Karlsruhe 1927.

824 *Informacionnyj Bjuleten' Vsesojuznogo Obščestva Kul'turnoj svjazi s zagranicej*, Nr. 13–14, 8.4.1927, 20. Gregor, Joseph / Fülöp-Miller, René: *Das russische Theater. Sein Wesen und seine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Revolutionsperiode*, Zürich / Wien 1928.

825 GARF R-5283/10/161/111–114: Unterlagen zu Aufenthalt Bruno Freis in Moskau / Leningrad, Juni 1928.

826 Artikelserie in *Der Abend*: 28.6.1928, 1; 6.7.1928, 3; 21.7.1928, 3; 1.8.1928, 3f.; 3.8.1928, 3 und Bildteil auf 8; 11.8.1928, 3 und Bildteil auf 8; 25.8.1928 9f.; 14.9.1928; 24.8. 29.9.1928, 11.

827 Siehe das Kapitel über Stefan Zweig.

828 GARF R-5283/6/1055/68: Arbeit der VOKS mit Ausländern, 17.5.1932.

829 Ebd. Kanzian veröffentlichte in der Grazer Zeitschrift »Der Republikaner« eine Reihe von Artikeln über die UdSSR.

830 Körber, Lili: *Eine Frau erlebt den roten Alltag. Ein Tagebuch-Roman aus den Putilowwerken*, Berlin 1932.

831 Haydu, Julius: *Russland 1932*, Wien [u. a.] 1932.

1931)⁸³² und der Redakteur der Zeitschrift des Musikverlags Universal Edition (UE) *Anbruch* Alfred Schlee (November 1931)⁸³³ trugen unter Mitwirkung der VOKS ebenfalls zur Verbreitung von Informationen über die UdSSR bei. Bei dreien dieser »Russlandreisenden« ist allerdings noch die spätere politische Entwicklung zum Nationalsozialismus bemerkenswert, wie der Blick in den März 1938 zeigt: Hermann Neubacher wurde erster Bürgermeister von Wien unter NS-Herrschaft, Rudolf Saliger leitete nach dem »Anschluss« kommissarisch die Technische Hochschule Wien und Karl Anton Rohan wirkte mit Zeitungsartikeln bei der NS-Propaganda mit.⁸³⁴ In diesen Fällen zeigte also der Kontakt mit der VOKS keine langanhaltende sowjetfreundliche Wirkung ...

Die Hauptarbeit der VOKS bestand in der Kooperation mit ihren Bevollmächtigten im Ausland, die meist von Mitarbeitern der jeweiligen Sowjetgesandtschaft gestellt wurden. Zu deren Aufgaben zählten die Verbreitung von Broschüren und Informationsmaterial, die Organisation eines Bücheraustauschs, die Lancierung von Artikeln in der nichtkommunistischen Presse oder in Fachjournalen und die Kontaktpflege mit Redakteuren sowie mit weiteren Multiplikatoren, z. B. Bildungseinrichtungen und Wissenschaftlern. Eine zentrale Rolle spielte die Betreuung von Vereinen, die ab 1923/24 in vielen Staaten mit dem Ziel der kulturellen Annäherung an das Sowjetrussland entstanden waren. Als erste gegründet wurde am 23. Juni 1923 die »Gesellschaft der Freunde des Neuen Russland« in Deutschland, dann folgten ähnliche Institutionen in Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei, Japan und anderen Ländern.⁸³⁵ Die Vereine waren zwar selbstständige Organisationen, doch der jeweilige VOKS-Bevollmächtigte vor Ort versuchte auf deren Aktivitäten und personelle Zusammensetzung einzuwirken.

In Österreich übernahmen diese Funktion meist die Ersten Sekretäre oder andere höhere Mitarbeiter der Gesandtschaft. Ausnahmen bildeten R. Berzina als Frau des Polpred und Hermann Wiznitzer, KPÖ-Mitglied und Angestellter der Presseabteilung der Sowjetgesandtschaft. Dieser gehörte 1927/28 gleichzeitig dem Vorstand der »Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der geisti-

832 Saliger, Rudolf: Das Gesicht des neuen Russland. Reiseindrücke, Wien 1932.

833 Sonderheft des »Anbruch« mit dem Titel »USSR«. ANB 13. Jg., Nr. 8–10 (Nov.–Dez. 1931).

834 Zu Rudolf Saliger siehe Autengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Straßennamen Wiens seit 1860 als »Politische Erinnerungsort«, Wien 2013, 168–170. Online: <<http://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf>> (26.9.2013). Beispiele zu Rohans Artikel 1938: NFP, 24.3.1938, 2 (»Der Anschluß«); NFP, 2.4.1938, 2 (»Europäische Wirkungen des Anschlusses«); NWJ, 9.4.1938, 2 (»Der Führer in Österreich«). Rohan beteiligte sich 1938 am »Bekennnisbuch österreichischer Dichter«.

835 Kameneva: Dva goda, 10f. Ioffe: Meždunarodnye svjazi, 99. Kiseleva, N. V.: Iz istoriii bor'by sovetskoj obščestvennosti za proryv kul'turnoj blokady SSSR (VOKS: seredina 20-ch – načalo 30-ch godov), Rostov na Done, 1991, 14–16.

gen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR« (ÖG) an und fungierte als VOKS-Bevollmächtigter.⁸³⁶

KZP/VOKS-Bevollmächtigte in Österreich 1924–1938

1. Dmitrij Bogomolov (1924) – KZP
2. Jurij Kocjubinskij (1925)
3. R. Berzina (1925/26)
4. Hermann Wiznitzer (1927–Jänner 1928)
5. Stanislav Kalina (1928)
6. Arnold Riš (1928–Mai 1930)
7. Èrik Asmus (Mai 1930–1931)
8. Konstantin Komarovskij (1931)
9. Pavel Nekundè (1932–1935)
10. Jakov Podol'skij (1935/36)
11. Semën Tverdynin (1937/38)

Die ÖG wurde nach langer Vorlaufzeit ab etwa Mitte 1923 faktisch mit der Vereinsmeldung bei der Polizei Mitte Juni 1925 gegründet.⁸³⁷ Die Genehmigung der Statuten erfolgte erst Anfang 1926⁸³⁸, und die offizielle Konstituierung fand bei der ersten Hauptversammlung am 18. Mai 1926 im großen Saal der Handelskammer in Wien in Anwesenheit des österreichischen Gesandten in Moskau, Otto Pohl, und des Polpreds Jan Berzin statt.⁸³⁹ Die Bildung der ÖG hatte sich zu einer wahren Nervenprobe für die Mitarbeiter der Sowjetgesandtschaft ausgewachsen. Man kämpfte mit einer Reihe von Problemen, die symptomatisch für die weitere Entwicklung sein sollten.

Entgegen den Vorstellungen Moskaus, »zur Annäherung an die UdSSR kulturelle und wissenschaftliche Arbeiter des Westens heranzuziehen«, ⁸⁴⁰ gingen in Österreich 1923/24 die Impulse zur Gründung der ÖG von Wirtschaftskreisen aus. Die treibende Kraft war Rechtsanwalt Armand Eisler, Vertreter der RATAO und Sozialdemokrat, der im Kulturverein zum Missfallen von VOKS-Chefin Kameneva auch einen wirtschaftlichen Schwerpunkt setzen

836 GARF R-5283/1a/81/18: Berzina an Kameneva, 26.2.1927. GARF R-5283/6/952/26: Kampffmeyer an Kameneva, 28.2.1927.

837 Die Meldung des Vereins erfolgte zunächst unter der Bezeichnung »Österreichische Gesellschaft zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland«. WStLA 1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 7014/25. In den Dokumenten finden sich immer wieder gewisse Abweichungen in der Benennung.

838 GARF R-5283/6/951/10–11: Schlick an Kameneva, Wien 10.2.1926.

839 GARF R-5283/6/963/42: Bericht über Hauptversammlung, 18.5.1926. GARF R-5283/6/952/5–6: Tätigkeit ÖG seit Mai 1926, 4.12.1926.

840 GARF R-5283/1a/24/4–5: Kameneva an Bogomolov, 30.1.1924.

wollte.⁸⁴¹ Dieser ökonomische Ansatz bildete später tatsächlich ein Spezifikum der ÖG.⁸⁴² Die Vereinsgründung schien Anfang 1924 aufgrund der Initiativen von Armand Eisler gemeinsam mit seinem Bruder, dem Philosophen Rudolf Eisler, dem Journalisten Leo Lederer⁸⁴³ und dem Universitätsprofessor für Politökonomie und Staatswissenschaften Carl Grünberg unmittelbar bevorzustehen.⁸⁴⁴ Der Plan Kamenevas, deutsche Kommunisten wie Wilhelm Herzog oder Wilhelm Münzenberg für die Sache heranzuziehen, hinkte den Entwicklungen hinterher. Um wenigstens auf die Zusammensetzung des Vereins Einfluss zu nehmen, schickte sie dem KZP-Bevollmächtigten Bogomolov eine Namensliste von Personen, die sich in der Russlandhilfe engagiert hatten. Darauf fanden sich spätere Aktivisten der ÖG: der ehemalige Leiter der Staatstheater und führender Vertreter des Österreichischen Werkbundes Adolf Vetter, die Frau des Begründers der Individualpsychologie Alfred Adler, die Kommunistin Raisa Adler, aber auch Carl Grünberg.⁸⁴⁵ Letzterer übersiedelte allerdings Mitte 1924 nach Frankfurt. Nicht nur deshalb geriet die Sache ins Stocken.⁸⁴⁶

Die fast endlose Suche nach einem bekannten, »unpolitischen« – und bereitwilligen – Vorsitzenden⁸⁴⁷ kündigte bereits an, dass sich in Österreich kaum jemand für die UdSSR exponieren wollte und das Publikum für einen solchen Verein abseits von sozialdemokratischen Kreisen im »Roten Wien« sehr klein war.⁸⁴⁸ Zwar konnte Bogomolov im Juni 1924 einige parteilose Persönlichkeiten für den Beitritt in das Gründungskomitee gewinnen, z. B. den Philosophen Moritz Schlick und den Kunsthistoriker Josef Strzygowski, doch SDAPÖ-Mitglieder, wie der Leiter des Siedlungsamts der Gemeinde Wien Hans Kampffmeyer oder Adolf Vetter⁸⁴⁹, sollten für den Verein prägend sein. Zudem gab es langwierige Diskussionen über die Bezeichnung des Vereins. Vor allem die Sozialdemokraten unter den Initiatoren lehnten den in Deutschland verwendeten Namen »Gesellschaft der Freunde des neuen Russland« ab, da sie an-

841 Vanry: Der Zaungast, 148.

842 Kameneva: Dva goda, 25f. Vgl. GARF R-5283/1a/81/32: Witznitzer an Kameneva, 5.8.1927.

843 Leo Lederer trat gegenüber der Sowjetvertretung in Wien des Öfteren als »Sekretär« von Camillo Castiglioni auf bzw. wurde als dessen »Adlatus« wahrgenommen.

844 GARF R-5283/1a/24/2: Bogomolov an KZP, 7.1.1924. Vgl. AVP RF 04/1/2/28, 8–12: Journal Bogomolov, 17.9.–22.9.1923.

845 GARF R-5283/1a/24/4–5: Kameneva an Bogomolov, 30.1.1924.

846 Ebd., 17: Bogomolov an KZP, 13.5.1924. Ebd., 20–21: Bogomolov an KZP, 18.6.1924.

847 Ebd., 34: Bogomolov an KZP, 29.10.1924.

848 Vgl. GARF R-5283/1a/24/36: Aussem an Kameneva, 29.10.1924. Ebd., 39–41: Aussem an Kameneva, 9.12.1924.

849 GARF R-5283/1a/24/20–21: Bogomolov an KZP, 18.6.1924. Das Gründungskomitee bildeten im Juni 1924: Richard Wettstein, Moritz Schlick, Hans Kampffmeyer, Adolf Vetter, Josef Strzygowski, Friedrich Hertz, Walter Schiff, Oskar Kokstein, Schriftsteller René Müller, Dr. Emil Pistor, Otto Behrens. Ebd., 24: Gründungskomitee, [Juni 1924].

geblich hinter dem Wort »neu« »das Gespenst der Komintern« fürchteten.⁸⁵⁰ Ende Oktober 1924 ließ Polpred Vladimir Aussem in einem Brief an Kameneva seinem Frust über das vorbereitende Komitee mit seinem »Hauptkern«, bestehend aus »Professoren und linken Sozialdemokraten«, freien Lauf. »Bei jeder Frage, bei jedem Punkt«, beklagte er sich, »haben sie eine solche Menge verschiedener rein professorenhafter Zweifel und Einwände, dass ich schon bereit wäre, mir die Haare auf dem Kopf auszureißen, wenn ich sie in ausreichender Menge hätte.«⁸⁵¹ Er musste konstatieren, dass im »Roten Wien« die angestrebte Zurückdrängung der Sozialdemokraten aus dem Verein undurchführbar war. Widerwillig fand man sich mit Armand Eisler als ehrenamtlichem Sekretär ab, da die KPÖ als Kleinpartei niemand anderen bereitstellen konnte.⁸⁵² Eisler galt gemeinhin über Jahre als faktischer Leiter der ÖG, dessen Einfluss die VOKS stets beschneiden wollte.⁸⁵³

Im Februar 1925 trat der entstehende Verein endlich mit einem Aufruf in der Presse an die Öffentlichkeit⁸⁵⁴, und im April wurde der Besuch der Tochter des Schriftstellers Lev Tolstoj, Tat'jana Tolstaja, für eine erste Veranstaltung genützt.⁸⁵⁵ Den entscheidenden Auftrieb gab wohl das mit Spannung erwartete Gastspiel des Moskauer Kammertheaters unter dem Regisseur Aleksandr Tairov im Juni in Wien. Der Besuch des berühmten Vertreters des »Neuen Russischen Theaters« während seiner zweiten Europatournee bedeutete das erste repräsentative sowjetische Kulturereignis in Österreich.⁸⁵⁶ Die Auftritte des Ensembles und die Vorträge Tairovs trafen auf breites öffentliches Interesse. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich auch der Moskauer Musikprofessor Viktor Beljaev, Mitbegründer der Assoziation zeitgenössischer Musik (ASM), in Wien auf, zu dessen Ehren ein Musikabend stattfand.⁸⁵⁷ Direkte Kontakte in der Musikwelt, zwischen der UE unter Direktor Emil Hertzka, der Internati-

850 Ebd., 19: Aussem an Kameneva, 12.6.1924. Ebd., 20–21: Bogomolov an KZP, 18.6.1924.

851 Ebd., 36: Aussem an Kameneva, 29.10.1924.

852 Ebd. GARF R-5283/1a/24/39–41: Aussem an Kameneva, 9.12.1924.

853 Z. B. GARF R-5283/1a/81/18: Berzina an Kameneva, 26.2.1927. GARF R-5283/1a/142/44–45: Riš an NKID und VOKS, 31.3.1930.

854 NFP, 16.2.1925, 5.

855 GARF R-5283/6/947/3: Kocjubinskij an Kameneva, 15.4.1925. Ebd., 17: Kocjubinskij an Kameneva, 28.4.1925. NFP, 25.4.1925, 6.

856 Die Gastauftritte der »Kačalov'schen Gruppe« des Moskauer Künstlertheaters (MChAT) in Wien im Jahr 1921 kann man nicht als Teil der sowjetischen Auslandskulturpolitik bezeichnen. Die Künstler schlugen sich unabhängig von Moskau mit Gastspielen durch Europa, da sie aufgrund des Bürgerkriegs von Sowjetrußland abgeschnitten worden waren. Die Gruppe wurde im Allgemeinen als Emigrantenbühne wahrgenommen. Vgl. NFP, 10.4.1921, 10. Zum Tairov-Gastspiel 1925 siehe Molnár, Angéla: Das russische Theater im Wien der 1920er Jahre, Wien Diplomarbeit 2008, 66–69.

857 GARF R-5283/6/948/27: Kocjubinskij an VOKS, 24.6.1925. GARF R-5283/6/947/22: Bronštejn an Kameneva, 8.7.1925. Vgl. Der Abend, 26.5.1925, 5.

onalen Gesellschaft für Neuere Musik (IGNM) und der ASM⁸⁵⁸ spielten als ein Nucleus der ÖG eine wichtige Rolle.⁸⁵⁹ Vor diesem Hintergrund meldeten Mitte Juni 1925 Moritz Schlick, Hans Kampffmeyer, Politökonom Walter Schiff, der Industrielle Alexander Brünner als Vertreter der österreichisch-sowjetischen Handelsgesellschaft Rus(s)avstorg und der Rektor der Wiener Musikhochschule Joseph Marx den Verein zur Gründung an.⁸⁶⁰

Die ÖG und die VOKS-Arbeit der Gesandtschaft profitierten in den folgenden Jahren von Aufenthalten prominenter sowjetischer Gäste, die sich aufgrund von Kongressen oder Tourneen – oft auf Einladung anderer Institutionen – in Österreich befanden, z. B. der Pianist Samuil Fejnberg (Herbst 1925, April 1929), die Dirigenten Konstantin Saradžev (März 1926) und Nikolaj Mal'ko (1928 und 1930), Wissenschaftler wie der Bildungsexperte Al'bert Pinkevič (1926), der Musiktheoretiker Michail V. Ivanov-Boreckij (März 1927) oder der Botaniker Sergej Ivanov (März 1929). Zu Besuch waren auch der Schriftsteller Il'ja Ėrenburg (Dezember 1929) und die VOKS-Vorsitzende Oľga Kameneva, die als Leiterin der sowjetischen Delegation zur Beethovenfeier im März 1927 nach Wien kam. Die Gastspiele der jüdischen Theatergruppe Habima (1926 und 1928) und des Staatlichen Jüdischen Theaters GOSET (1928) in Wien⁸⁶¹ wurden über die VOKS nicht angekündigt.⁸⁶² Diese Ensembles befanden sich im Übergang zur Emigration. 1930 machte Tairov neuerlich in Wien kurz Station.

Trotz einiger Höhepunkte bis Ende der 1920er Jahre stand Österreich im Vergleich zu Deutschland oder Frankreich eindeutig im Abseits, wie der/die jeweilige VOKS-Bevollmächtigte in Wien immer wieder beklagte: Die sowjetischen Kul'turniki und Prominenten reisten am Kleinstaat vorbei oder sogar ohne Zwischenstopp hindurch.⁸⁶³ R. Berzina warb im Dezember 1925 bei den Verantwortlichen in Moskau für die Destination Wien, die gemeinsam mit Städten wie Berlin, Paris und Rom in die Routen aufgenommen werden sollte: »Wien ist eine interessante Stadt, da kann man das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden.«⁸⁶⁴ Doch es mangelte an Koordination seitens der

858 Vgl. Bobrik, Olesja: Venskoe izdatel'stvo «Universal Edition» i muzykanty iz Sovetskoi Rossii. Istorija sotrudničestva v 1920–30-e gody, Sankt-Peterburg 2011.

859 GARF R-5283/6/947/19: Bronštejn an Kameneva, 24.6.1925. Ebd., 22: Bronštejn an Kameneva, 8.7.1925.

860 WStLA 1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 7014/25.

861 Siehe dazu Molnári: Das russische Theater, 70–81.

862 GARF R-5283/1a/108/32–33: Kalina an Kameneva, 14.4.1928.

863 Z. B. GARF R-5283/6/947/1–2: Kocjubinskij an Kameneva, 13.4.1925. Ebd., 17: Kocjubinskij an Kameneva, 28.4.1925. Ebd., 13: Berzina an Kameneva, 23.12.1925. GARF R-5283/1a/126, 31: Kalina an Kameneva, 9.2.1929. Ebd., 7: Kalina an NKID und VOKS, 22.3.1929. GARF R-5283/1a/192, 61–62: Petrov an Nekundé, 25.2.1932.

864 GARF R-5283/6/947/13: Berzina an Kameneva, 23.12.1925.

VOKS, um den Standort Österreich bei Tourneen und Reisen kostengünstig einzubinden.⁸⁶⁵ So versandeten z. B. 1926 Versuche, den Regisseur Vsevolod Mejerchold nach Wien zu holen.⁸⁶⁶ Die stiefmütterliche Behandlung durch Moskau blieb nicht ohne Folgen. Der ÖG-Aktivist Salomon Tocker konterte auf die Anregungen aus der UdSSR, weitere Arbeitsgruppen im Verein zu bilden, 1929 mit der Bemerkung: »Nur eine rege Vereinstätigkeit, die durch interessante Vorträge belebt werden könnte, kann da Abhilfe schaffen. Und da können nur Sie uns helfen, wenn die WOKS keine Referenten schickt[,] so wird es mit unserem Arbeitsprogramm immer hapern.«⁸⁶⁷

Die VOKS verfügte selbst nur über ein geringes Budget – und von den »Gesellschaften« erwartete sie eine weitgehende Selbstfinanzierung, z. B. über Abonnements und Mitgliedsbeiträge.⁸⁶⁸ Doch der kleine österreichische Verein litt an chronischer Unterfinanzierung, wie Wiznitzer 1927 anmerkte: »Zwischen uns und den einflussreichen österreichischen Kreisen ist eine Wand. Der Gesellschaft gibt niemand oder fast niemand Geld.«⁸⁶⁹ So musste die Sowjetgesandtschaft immer wieder finanzielle und organisatorische Unterstützung leisten, um Veranstaltungen überhaupt zu ermöglichen. Der Wunsch der VOKS-Bevollmächtigten nach einer regelmäßigen Geldüberweisung aus Moskau für die ÖG konnte schon aus Prinzip nicht erfüllt werden. Nur gelegentlich half die VOKS mit geringen Beträgen aus.⁸⁷⁰ Einige Projekte der ÖG scheiterten schließlich an der Finanzierung, wie z. B. Gastvorträge des Individualpsychologen Alfred Adler in der UdSSR (1926)⁸⁷¹, der Vorschlag Otto Pohls einer Tournee des Wiener Arbeiterchors unter Anton Webern (1926)⁸⁷², die Teilnahme der UdSSR am »Internationalen Kongress für Städtebau und Gärten« in Wien (Herbst 1926)⁸⁷³ und am Internationalen Gartenkongress anlässlich der 100-Jahrfeier der österreichischen Gartenbaugesellschaft in Wien (Herbst 1927). Letzteres verhinderte das NKID wegen fehlender vorheriger Abstimmung durch die VOKS.⁸⁷⁴

865 Z. B. GARF R-5283/6/952/5–6: Tätigkeit der ÖG seit Mai 1926, 4.12.1926. GARF R-5283/1a/142/44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930. GARF R-5283/1a/192, 61–62: Petrov an Nekundě, 25.2.1932.

866 GARF R-5283/6/951/69: Berzina an VOKS, 19.6.1926.

867 GARF R-5283/6/954/22–25: Tocker an VOKS, 23.5.1929.

868 GARF R-5283/1a/126/3: VOKS an Kalina, 9.2.1929. Ebd., 18–21: VOKS an Eisler und Tocker, [1929].

869 GARF R-5283/1a/81/51–52: Wiznitzer an Kameneva, Wien, 11.11.1927.

870 Z. B. GARF R-5283/1a/108/55–56: Kalina an Kameneva; 10.11.1928. Ebd., 54: VOKS an Kalina, 21.12.1928. GARF R-5283/1a/126/31: Kalina an Kameneva, 9.2.1929. Ebd., 3: VOKS an Kalina, 9.2.1929. GARF R-5283/1a/142/14: VOKS an Riš, 20.3.1930. Ebd., 44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930. GARF R-5283/1a/167/48: Komarovskij an VOKS, 31.10.1931. Ebd., 16: Jurenev an Krestinskij, 10.11.1931.

871 GARF R-5283/6/951/10–11: Schlick an Kameneva, 10.2.1926. Ebd., 32: Berzina an VOKS, 23.4.1926. Ebd., 35: VOKS an Berzina, Mai 1926.

872 Unterlagen dazu: GARF R-5283/1a/64/80–82.

873 Unterlagen dazu: GARF R-5283/1a/64/85–96.

874 Unterlagen dazu: GARF R-5283/1a/81/23–26.

Solche Fehlschläge dämpften den anfänglichen Enthusiasmus einiger ÖG-Aktivistinnen deutlich.

Trotz allem erlebte die ÖG bis 1929 ihre »Hochblüte«: Sie konnte einen Kreis an Personen um sich versammeln, die an Informationen aus der UdSSR und an Kontakten interessiert war. Darunter befanden sich auch parteilose und konservative Kräfte, was sich allein an zwei Vereinsvorsitzenden zeigt: dem prononciert unpolitischen Wissenschaftler Moritz Schlick (1925/26–1927) und dem konservativen Rektor der Musikhochschule Joseph Marx (Jänner 1929–1930). Allerdings stellten die Sozialdemokraten Hans Kampfmeyer (1927/28) und Adolf Vetter (1932/33) weit wichtigere Faktoren in der Entwicklung der ÖG dar. Teils prominente Namen, z. B. Architekt Josef Hoffmann, Schriftsteller Franz Theodor Csokor, Rechtswissenschaftler Hans Kelsen und der Wiener Gesundheitsstadtrat Julius Tandler, finden sich in den Mitgliederlisten der gebildeten Sektionen. 1925/26 entstanden folgende Abteilungen: 1. Musik, 2. Kunst und Kultur, 3. Volkswirtschaft und Sozialpolitik, 4. Wissenschaft, 5. Jurisprudenz, 6. Studentensektion. Um 1929/30, kamen noch eine Fachabteilung für Frauen und eine für Presse zustande. Durchschnittlich hatte die ÖG einen Bestand von 100 bis maximal 200 zahlenden Mitgliedern.⁸⁷⁵ Obwohl sich der Aktionsradius im Wesentlichen auf Wien beschränkte,⁸⁷⁶ dachte die VOKS in ihren hochtrabenden Plänen um 1929 sogar an eine »Ausstrahlung« der ÖG auf die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und auf den Balkan.⁸⁷⁷

Immerhin erleichterten die Kontakte der Vorstandsmitglieder bzw. der wichtigsten Aktivistinnen der ÖG die VOKS-Arbeit in Österreich. Der österreichische Kulturverein beruhte um 1929 auf interessanten Netzwerken.⁸⁷⁸ Neben Armand Eisler engagierte sich der Jurist Salomon Tocker, der auch Verbindungen zu Literaturkreisen hatte⁸⁷⁹ und ab 1931 die Inturist-Filiale in

875 Nominell gab zeitweise bis zu 500 Mitglieder (Ende 1928), tatsächlich leisteten aber nur 100 bis maximal 200 Personen regelmäßig ihre Beiträge. GARF R-5283/6/1063/35a: Zusammensetzung der ÖG, [ca. Febr. 1927]. GARF R-5283/1a/108/55–56: Kalina an Kameneva, 10.11.1928. GARF R-5283/1a/126/34–44: Bericht zum 5-Jahre Jubiläum der ÖG, 22.1.1929. GARF R-5283/1a/142/44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930. GARF R-5283/6/963/20: Produktionsplan, [ca. 1930]. GARF R-5283/1a/192/100–103: Nekundė an VOKS, 5.2.1932.

876 Vgl. z. B. GARF R-5283/6/963/11: Österreich [ca. 1930/31]. GARF R-5283/6/982/43–44: Bericht über Österreich, 22.9.1932.

877 GARF R-5283/1a/108/2–3: Wiznitzer an Kameneva, 23.12.1927. GARF R-5283/1a/126/18–21: VOKS an Eisler und Tocker, [1929]. GARF R-5283/6/963/20: Produktionsplan, [ca. 1930].

878 Analyse auf Basis des Vorstandes von 1929 und der langjährigen Aktivistinnen. GARF R-5283/1a/126/32: Vorstand nach der Wahl am 22.1.1929.

879 Tocker war mit Stefan Zweig bekannt (und mit ihm gemeinsam 1928 in Moskau). Er dürfte auch zum PEN-Club gehört haben. Hinweise darauf in GARF R-5283/1a/126/27: VOKS an Kalina, 4.6.1929. GARF R-5293/6/954/22–25: Tocker an VOKS, 23.5.1929.

Wien leitete.⁸⁸⁰ Sie repräsentierten nach Ansicht Moskaus den Wirtschaftsflügel der ÖG, zu dem auch Franz Weinreb (RATAO), Alexander Brünner oder Bruno Steiner (Rus(s)avstorg) zu zählen waren. Hermann Neubacher, Generaldirektor der GESIBA und Holzindustrieller, verbanden mit der ÖG ebenfalls hauptsächlich Wirtschaftsinteressen.⁸⁸¹

Eine tragende Säule des Vereins bildeten Persönlichkeiten aus der Siedlungsbewegung,⁸⁸² die stark in Wissenschafts-, Kultur- und Politikkreisen in Wien vernetzt waren, wie Kampffmeyer (bis 1928), Vetter, Yella Hertzka und Otto Neurath. Yella Hertzka, die Frau des Musikverlegers Emil Hertzka und Leiterin der Gartenbauschule, ermöglichte als Aktivistin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit 1928 die Herausgabe und Publikation der Rede Litvinovs in Genua bei der Abrüstungskonferenz 1927⁸⁸³ und stellte 1929 den »Neuen Wiener Frauenklub« am Tuchlauben 11 als Vereinssitz zur Verfügung.⁸⁸⁴ Neurath veranstaltete in Räumlichkeiten seines Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums (GWM) Anfang 1931 die kleine Ausstellung »Wandermuseum des sowjetischen Kinderbuches«. 1931 bis 1934 vermittelte er seine »Wiener Methode« der Bildstatistik an Mitarbeiter des Instituts Izostat in Moskau.⁸⁸⁵ Gemeinsam mit den Wissenschaftern Moritz Schlick und Hans Hahn bildete Neurath ab 1929 den so genannten »Wiener Kreis«. Er arbeitete mit National- und Politökonominnen und engagierten Personen der Volksbildung, wie Walter Schiff, der ebenfalls eine Konstante in der Geschichte der ÖG war.

Zu den wichtigsten Aktivistinnen der ÖG gehörten zwei gebürtige Russinnen, die Kommunistin und Feministin Raisa Adler und die Kunsthistorikerin Fannina Halle, die z. B. Kontakte mit der UE hatte.⁸⁸⁶ Der Musikverlag unter der Leitung von Emil Hertzka zeigte großes Interesse an der Musikwelt in der UdSSR und richtete eine eigene Russische Abteilung ein, die Abram Dzimitrowsky leitete. Die UE pflegte intensive Kontakte mit der ASM, gab Werke sowjetischer Komponisten heraus, kooperierte 1927 bis 1933 mit dem Staats-

880 Kressova, Marina: »Inturist« v 1929–1939 gg.: struktura, kadry, napravlenja dejatel'nost', Avtoreferat dissertacii Moskva 2004, 19.

881 Vgl. seinen Artikel in »Der österreichische Volkswirt«, Nr. 11, 11.12.1926, 298–300.

882 Zur Siedlungsbewegung siehe: Elias-Kreiner, Gabriele: Die Geschichte des ÖSV 1921–2011, in: Österreichischer Siedlerverband (Hg.): Heimat schaffen seit Generationen, Festschrift. 90 Jahre Österreichischer Siedlerverband, 1921–2011, 4–12. <<http://www.siedlerverein-marchtrenk.at/Festschrift90JahreSiedlerverband.pdf>> (5.2.2013).

883 GARF R-5283/1a/108/13; Kalina an NKID und Kamenewa, 18.2.1928. Russlands Friedensbotschaft an die Welt. Der Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion bei der vierten Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes. Hrsg. von der Politischen Gruppe der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Wien 1928.

884 GARF R-5283/6/954/2: Mitteilungen an unsere Freunde, 1929.

885 Siehe Kapitel zu Otto Neurath.

886 Z. B. Halle, Fannina: Im Kreise der Moskauer Musiker, in: Russland. Sonderheft des Anbruch, 7. Jg., März 1925, 174–176.

verlag der UdSSR. Außerdem wirkte sie an der Organisation von Gastauftritten mit.⁸⁸⁷ So kam über die Verbindungen der UE das Gastspiel des Lenin-grader Opernstudios bei den Salzburger Festspielen 1928 zustande.⁸⁸⁸ In der Verlagszeitschrift *Musikblätter des Anbruch* bzw. *Anbruch* erschienen 1925 in Zusammenarbeit mit Viktor Beljaev (ASM) und 1931 unter Mitwirkung der VOKS Sonderhefte.⁸⁸⁹ Die UE-Mitarbeiter und Kulturjournalisten Paul Stefan und Paul Pisk gehörten wie Hertzka und Dzimitrowsky zur Musiksektion der ÖG, zusammen mit dem Rektor der Musikhochschule und Komponisten Joseph Marx. Einen gewissen Einfluss in der Presse ermöglichten schließlich der Redakteur der Zeitung *Der Abend* Bruno Frei und Josef Luitpold Stern als Mitarbeiter der *Arbeiter-Zeitung*.

Die Dominanz von sozialdemokratischen Parteigängern bzw. Sympathisanten und Wirtschaftskreisen in der ÖG bereitete Kameneva bald ernsthafte Sorgen: Der Verein konnte nämlich nicht einfach für die Zwecke der UdSSR eingesetzt werden, wie sich erstmals anlässlich des Bruchs der englisch-sowjetischen Beziehungen im Frühjahr 1927 zeigte. Da sich in einer Versammlung der ÖG keine große Mehrheit für eine sowjetfreundliche Resolution fand, wurde diese zurückgezogen. Davon alarmiert, informierte Kameneva sogar das NKID.⁸⁹⁰ Doch dort nahm man die Nachricht über die Haltung der ÖG recht gelassen als »nicht unerwartet« hin.⁸⁹¹ Kameneva instruierte den VOKS-Bevollmächtigten Wiznitzer, »mehr links gesinnte Elemente heranzuziehen, damit Österreich deutlich seine Stimme zugunsten des Ostens erhebe«.⁸⁹² Dieser sah diesbezüglich wenig Möglichkeiten und tröstete Kameneva mit dem Hinweis auf den Nutzen der ÖG in Zusammenhang mit Referaten und Ausstellungen.⁸⁹³

Wenn auch vieles nicht nach den Vorstellungen der VOKS lief, so ließ sich die Bilanz der ÖG durchaus zeigen: Sie organisierte Musikabende, Vorträge von Mitgliedern der ÖG und Repräsentanten der sowjetischen Vertretungen (oft mit wirtschaftlichen Schwerpunkten), Festveranstaltungen zu wichtigen Anlässen, z. B. 1927 eine Matinee zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution oder im Herbst 1928 eine Tolstoj-Feier. Der Verein baute eine Bibliothek auf und bot zeitweise Sprachkurse sowie Beratungen für Interessenten aus Wirtschaft und Wissenschaft an.⁸⁹⁴ Die »Sowjetrussische Ausstellung« anlässlich

887 Vgl. Bobrik: *Venskoe izdatel'stvo*, 47–78, 341–449.

888 Siehe das Kapitel über die Salzburger Festspiele 1928.

889 Russland. Sonderheft des *Anbruch*, 7. Jg. März 1925. USSR. ANB 13. Jg., Nr. 8–10 (Nov.–Dez. 1931).

890 GARF R-5283/1a/81/55–56: Wiznitzer an Kameneva, 25.6.1927. Ebd., 27: Kameneva an NKID, 11.7.1927.

891 Ebd., 30: NKID an Kameneva, 16.6.1927.

892 Ebd., 29: Kameneva an Wiznitzer, 14.7.1927.

893 Ebd., 32: Wiznitzer an Kameneva, 5.8.1927.

894 GARF R-5283/1a/126/33–44: Bericht zum 5-Jahre Jubiläum der ÖG, 22.1.1929.

des 10-Jahre-Jubiläums der Oktoberrevolution 1927 fand im Frühjahr 1928 dank des unermüdlischen Einsatzes Witznizers unter Einbeziehung von ÖG-Aktivistinnen und deren Kontakten in Wien statt. Dies gelang trotz größter organisatorischer Probleme und Verzögerungen, welche die VOKS verursacht hatte, mit dem Künstlerbund Hagen (Hagenbund) als Veranstalter.⁸⁹⁵ Die Schau zu den Errungenschaften des Sowjetstaates konnte am 8. März 1928 eröffnet werden.⁸⁹⁶ Die *Neue Freie Presse* berichtete recht neutral bis positiv und hob eine deutschsprachige Schülerzeitung als Beispiel der Nationalitätenpolitik hervor, zeigte besonderes Interesse an der Theatersektion und wies noch auf einige sozialpolitische Errungenschaften und gesellschaftliche Kampagnen der UdSSR (Kampf gegen Alkoholismus und Analphabetismus) hin.⁸⁹⁷ Dagegen meinte die *Reichspost*, dass in der Ausstellung »mit größter, von amerikanischen Reklamevorbildern übernommener Geschicklichkeit [...] die Masse bearbeitet« werde und hinterfragte die Richtigkeit der präsentierten Statistiken. Positiv unterstrich die *Reichspost* nur den »künstlerischen Zug« des russischen Volkes anhand der Keramiken und der Theaterkunst.⁸⁹⁸ Die Ausstellung besuchten innerhalb von fünf Wochen etwa 5000 Personen.⁸⁹⁹

Die Zusammenarbeit mit dem Hagenbund hatte sich als günstige Konstellation erwiesen und blieb bis 1931 bestehen. Eine wichtige Rolle spielte im Weiteren auch der Berater der »Neuen Galerie« Otto Kallir-Nierenstein.⁹⁰⁰ Die professionellen Strukturen erleichterten die Organisation weiterer Ausstellungen der VOKS bedeutend und sicherten ein Grundmaß an Wahrnehmung durch die Presse sowie fallweise die Herausgabe von Katalogen: Es folgten eine Ikonenausstellung (Herbst 1929),⁹⁰¹ ein »russischer Weihnachtsmarkt« (Dezember 1929)⁹⁰² und die Verkaufsausstellung »Russische Kunst von heute« (Herbst 1930).⁹⁰³ Geringer Widerhall in den Zeitungen fand »Von Kunst und Alltag in

895 Unterlagen dazu: GARF R-5283/1a/81 und R-5283/1a/108.

896 GARF R-5283/1a/108/1: Auszug aus der Presseschau Österreich 7.–9. März 1928. Hagenbund, Sowjet-russische Ausstellung, März 1928. Zedlitzgasse 6, Wien 1928.

897 NFP, 8. März 1928, 8.

898 RP, 9. März 1928, 8.

899 GARF R-5283/1a/108/32–33: Kalina an Kameneva, 14.4.1928.

900 GARF R-5283/6/954/22–25: Tocker an VOKS, 23.5.1929.

901 Denkmäler altrussischer Malerei. Russische Ikonen vom XII bis XVIII. Jahrhundert. Ausstellung veranstaltet vom Volksbildungskommissariat der RSFSR, dem Künstlerbund Hagen, Wien und der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR. September – Oktober 1929, Wien 1929. Vgl. WB, 13.10.1929, 8f. und 23. IB, 10.10.1929, 14f. und 22. Die Bühne, Nr. 257, 10.10.1929, 14f., 22.

902 GARF R-5283/6/958/83: Stemolak, Künstlerbund Hagen an VOKS, 2.1.1930.

903 Russische Kunst von heute. Oktober–November 1930. Veranstaltet vom Künstlerbund Hagen unter Mitwirkung der Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen mit der UdSSR, Wien 1930. Vgl. IB, 6.11.1930, 6–8. GARF R-5283/6/958, 50–65: Zeitungsberichte über die Ausstellung, 1930.

der Sowjetunion« (Frühjahr 1931), vermutlich aufgrund der wachsenden antisowjetischen Stimmung.⁹⁰⁴ Neben diesen Präsentationen unter dem Namen der ÖG bot sich die Möglichkeit der sowjetischen Beteiligung an internationalen Veranstaltungen, wie im Frühjahr 1929 an der »1. Internationalen Kunstphotographischen Ausstellung«⁹⁰⁵ und an der Schau des Werkbunds über linke Kinematografie und Fotografie 1930, bei der sich ein großes Interesse am sowjetischen Film zeigte.⁹⁰⁶

Ab 1930 begannen sich die Rahmenbedingungen für sowjetische Kulturkontakte deutlich zu verschlechtern. Sehr negativ wirkten sich die politischen Säuberungen in den Institutionen der UdSSR ab 1929/30 aus: In der VOKS wurden 17 von etwa 60 Mitarbeitern entlassen. Ol'ga Kameneva verlor – als Schwester Trockijs und Frau Lev Kamenevs besonders exponiert – ihren Posten als Vorsitzende der VOKS.⁹⁰⁷ Ihr Nachfolger F. N. Petrov war bis etwa 1933/34 im Amt, danach übernahm E. O. Lerner provisorisch die Leitung. 1934 folgte der Diplomat A. Ja. Arosev. Der anhaltende Personalwechsel im VOKS-Apparat in Moskau, aber auch in der Sowjetgesandtschaft in Wien führte eindeutig zu einem Informations- und Kompetenzverlust in der Auslandskulturarbeit der UdSSR.

Die Klagen der VOKS-Bevollmächtigten in Wien über mangelnde Information und geringe Unterstützung durch Materialien aus Moskau zogen sich wie ein roter Faden durch die betreffenden Schreiben und wurden ab 1930 immer häufiger. Geplante Ausstellungen wurden von der VOKS abgesagt, Referenten fielen aus, Materialanfragen einiger Professoren blieben unbeantwortet. Kontakte zwischen Wissenschaftlern brachen ab, so dass die Österreicher glaubten, die sowjetischen Kollegen wollten nicht mit Ausländern korrespondieren, um der Bezeichnung einer konterrevolutionären Tätigkeit zu entgehen.⁹⁰⁸ Der VOKS-Apparat in Moskau zeigte als Folge der »Planarbeit« deutliche Tendenzen zur Verbürokratisierung, da sich die Funktionäre mehr mit Berichten als Grundlage zur Planerstellung beschäftigten, als schnelle Unterstützung zu erweisen. Man verlangte vom Bevollmächtigten 1932 sogar monatlich eine kurze

904 GARF R-5283/6/965/224: Flugzettel zu »Von Kunst und Alltag in der Sowjetunion«. Ebd., 53a: Asmus an VOKS, 11.7.1931.

905 GARF R-5283/6/954/74: Kalina an VOKS, 9.8.1929. Ebd., 71: VOKS an Kalina, 31.5.1929. Vgl. Die Bühne, Nr. 224, 21.2.1929, 29f.

906 GARF R-5283/6/954/36: VOKS an Eisler, 1.11.1929. GARF R-5283/1a/142/22: Riš an VOKS, 31.3.1930. Die Bühne, Nr. 275, 1.3.1930.

907 Kiseleva: Iz istorii bor'by, 141f.

908 Z. B. GARF R-5283/1a/142/3: Riš an VOKS, 31.1.1930. Ebd., 44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930. GARF R-5283/1a/167/22: Asmus an VOKS, 7.5.1931. GARF R-5283/1a/192/108–109: Nekundè an VOKS, 19.5.1931. Ebd., 113–114: Nekundè an VOKS, 26.10.1932. Ebd., 115: Nekundè an VOKS, 21.12.1932.

Information über die Tätigkeit der ÖG – und kritisierte dann die mangelnde Aktivität des Vereins.⁹⁰⁹

Moskau erwartete sich ganz unter dem Zeichen des propagierten »verschärften Klassenkampf« eine stärkere öffentliche Positionierung der »Gesellschaften« für die Sowjetunion.⁹¹⁰ Die VOKS und das NKID teilten im März 1930 dem Polpred in Wien mit, »dass man die [Mitglieder der] Leitung der Gesellschaften, die in diese Gesellschaften zur Zeit der NÉP kamen, nun, unter den neuen Umständen, nicht einfach auf den Positionen in den freundschaftlichen Beziehungen zu uns lassen kann, wo sie vor einigen Jahren standen« und wünschte die Heranziehung einer »liberalen Intelligenz«.⁹¹¹ Man wollte die »Sozialfaschisten« als vermeintliche Kollaborateure der »Bourgeoisie« nicht mehr länger im Vorstand der ÖG belassen.

In Wien aber schmolz im Frühjahr 1930 angesichts des schlechter werdenden Images der Sowjetunion, vor allem aufgrund der Kampagne der Kirche gegen die Religionsverfolgungen in der UdSSR, die Basis für die ÖG auf ein Minimum an Aktivisten. Der Mitarbeiter der Gesandtschaft Arnold Riš stellte in Bezug auf die Instruktionen aus Moskau lakonisch fest: »Man muss mit dem zufrieden sein, was man hat.« Gleichzeitig wollte man den offiziell überparteilichen Charakter des Vereins nicht durch zu viele KPÖ-Parteimitglieder gefährden.⁹¹² Für diese Kreise bestand 1929 bis 1933 parallel der »Bund der Freunde der Sowjetunion« (BdF) als KPÖ-Vorfeldorganisation.⁹¹³ Alle VOKS-Bevollmächtigten kamen sehr bald nach Beginn ihrer Arbeit in Wien jeweils zum selben Schluss: Eine Duldung der Sozialdemokraten ermöglichte überhaupt erst die Existenz der ÖG und unter ihrem Namen gewisse Aktivitäten im Interesse der UdSSR.⁹¹⁴ Anfang 1931 meinte Ěrik Asmus: »Solange es in der österreichischen Gesellschaft so wenig starke Figuren gibt, die außerhalb der politischen Gruppierungen und Stimmungen stehen, hätten wir als Ergebnis einer ›Čistka‹ der Gesellschaft, aller Wahrscheinlichkeit nach, unter den gegenwärtigen Umständen eine Kürzung der Mitglieder oder sogar einen möglichen Zerfall.«⁹¹⁵ Immerhin konnten über die ÖG 1930 bis 1932 noch einige Veranstaltungen, Ausstellungen und Vorträge realisiert werden, z. B. ein Referat des

909 GARF R-5283/6/982/71: VOKS an Nekundě, 31.5.1932. Berichte z. B. GARF R-5283/6/1063/71–75: Bericht über Österreich von Dezember 1931 bis Jänner 1932, Februar 1932. Ebd., 78–82: Bericht zu Österreich im Februar 1932, 6.3.1932.

910 Vgl. Gridnev: Vsesojuznoe obščestvo, 25.

911 GARF R-5283/1a/142/46: NKID an Jurenev, 20.3.1930.

912 GARF R-5283/1a/142/44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930.

913 WStLA 1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 983/29.

914 Z. B. GARF R-5283/1a/142/44–45: Riš an NKID und Petrov, 31.3.1930. GARF R-5283/1a/167, 30: Asmus an VOKS, 12.1.1931. GARF R-5283/1a/192/104–107: Nekundě an Petrov, 17.3.1932.

915 GARF R-5283/1a/167/30: Asmus an VOKS, 12.1.1931.

Kinoregisseurs Viktor Turin (»Turksib«) im Februar 1930⁹¹⁶, die Beteiligung des Deutschen Verlags für Jugend und Volk bei einer Schulbuchausstellung in Leningrad und anderen Städten im Sommer 1930⁹¹⁷ sowie das »Wander-museum des Kinderbuches der Sowjetunion« in Wien Anfang 1931.⁹¹⁸ Für mediales Aufsehen sorgten die Besuche des Polarforschers Rudolf Samojlovič (Dezember 1930, Oktober 1931)⁹¹⁹ und des ehemaligen Volkskommissars für Bildung Anatolij Lunačarskij (November 1931).⁹²⁰

Die »politische Unzuverlässigkeit« der ÖG zeigte sich jedoch 1930/31 klar. Die Aktivisten wollten weder öffentlich gegen die antisowjetische »Religions-kampagne« in Österreich auftreten, noch sich für die sowjetischen Aktionen zum Industriepartei-Prozess⁹²¹ oder gegen die »Interventionsgefahr« einsetzen.⁹²² Konservative Kreise distanzieren sich nun endgültig von der ÖG, wie der Rücktritt des Vorsitzenden und Mitbegründers des Vereins Joseph Marx ca. Mitte 1930 verdeutlichte. Dieser ging noch dazu, wie VOKS-Bevollmächtigter Nekundè bemerkte, »ins feindliche Lage« über, denn Marx schrieb ab Dezember 1931 als Musikexperte für das antisowjetische *Neue Wiener Journal*.⁹²³ Die VOKS forderte ein repräsentatives Zugpferd für die ÖG – prominent und parteiunabhängig. Doch nach fast zwei Jahren Suche kam es Anfang 1932 mangels Alternativen zur Wahl Vettters zum ÖG-Vorsitzenden – zur großen Empörung der VOKS, für die Vetter nur nach einem Austritt aus der SDAPÖ akzeptabel gewesen wäre.⁹²⁴

VOKS-Vorsitzender Petrov verlangte Anfang 1932 von Nekundè einen Arbeitsplan, eine genaue Bestandsaufnahme zur ÖG und detaillierte Informationen (»Charakteristik«) über die Mitglieder des Vorstands sowie über die Leiter der Sektionen.⁹²⁵ Die Bemühungen Nekundès, in der ÖG Planarbeit einzuführen, stieß bei den Österreichern auf Unverständnis: »Sie sagen scherzhaft, dass

916 GARF R-5283/1a/142/3: Riš an VOKS, 31.1.1930.

917 Ebd., 13: Riš an VOKS und NKID, 13.3.1930. GARF R-5283/1a/167/2: VOKS an Deutschen Verlag für Jugend und Volk, 20.10.1930. Ebd., 3: Deutscher Verlag für Jugend und Volk an die Gesandtschaft in Wien, 27.10.1930.

918 GARF R-5283/6/965/53a: Asmus an VOKS, 11.7.1931.

919 Ebd., 233: Asmus an VOKS und NKID, 20.12.1930. GARF R-5283/1a/167, 48: Komarovskij an VOKS, 31.10.1931.

920 GARF R-5283/6/1063/71–75: Bericht über Österreich von Dezember 1931 bis Jänner 1932, Februar 1932. Vgl. Marte, Johann: Lunačarskij in Wien, in: Österreichische Osthefte 25. Jg. (1983), 420–423.

921 Dazu vgl. Torke, Hans-Joachim (Hg.): Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993, 116.

922 GARF R-5283/1a/142/18: VOKS an Riš, 9.4.1930. Ebd., 42: VOKS an Asmus, 10.12.1930.

923 GARF R-5283/1a/192/100–103: Nekundè an VOKS, 5.2.1932. Ebd., 97–99: Nekundè an VOKS, 19.1.1932. NWJ, 6. 12.1931.

924 GARF R-5283/1a/142/51–52: Asmus an VOKS, 31.5.1930. GARF R-5283/1a/192/100–103: Nekundè an VOKS, 5.2.1932. Ebd., 59: VOKS an Nekundè, 4.2.1932.

925 GARF R-5283/1a/192/61–62: Petrov an Nekundè, 25.2.1932.

nur das außergewöhnliche fähige und arbeitsfreudige russische Volk jeden Tag Sitzungen abhalten kann.«⁹²⁶ Die VOKS wiederholte laufend ihre unrealistischen Ziele, wie eine umfassende Aktivierung und Reorganisation der ÖG oder die Bildung von Filialen in den Bundesländern.⁹²⁷ Mit Hilfe eines neuen eingeschleusten Aktivisten, des BdF-Mitglieds Josef Riese, gelang es am 12. Juli 1932 aber immerhin, eine Antikriegsversammlung zu veranstalten und die ÖG zu einem korporativen Beitritt zum Antikriegskomitee zu bewegen.⁹²⁸

Die Krise der ÖG ließ sich indes nicht vermeiden. Der Vorsitzende und langjährige Aktivist der Gesellschaft, Vetter, trat am 2. März 1933 nach Meinungsverschiedenheiten mit Nekundë und anderen Vorstandsmitgliedern zurück. Auslöser war seine philosophisch anmutende Rede »Geordnete Menschlichkeit«⁹²⁹ am 11. Dezember 1932 bei einer Matinee zum 15-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution, die überhaupt keinen Bezug auf den Anlass der Veranstaltung genommen hatte.⁹³⁰

So stand man Anfang 1933 vor einem Scherbenhaufen, und die provisorische VOKS-Vorsitzende Lerner bemerkte in einer umfassenden Kritik: »Die Gesellschaft in Österreich ist völlig bedeutungslos. Wenn sie morgen ihre Existenz beenden würde, würde das niemand merken.« Die Gründe für die Misere fand sie im Einfluss der Sozialdemokraten, in der »Unsystematik und Planlosigkeit« der ÖG und in der Nichtanwendung der Methode der Selbstkritik. Lerner gab nichtsdestoweniger völlig illusorische Ziele vor, wie die Gründung einer Vereinszeitung oder die Werbung von Mitgliedern, der »besten aus der Mitte der Intelligenz«, oder die Heranziehung bekannter Persönlichkeiten ins Präsidium, wie Stefan Zweig als Galionsfigur.⁹³¹

Die Verschärfung der politischen Situation in Österreich im März 1933 lähmte die ÖG.⁹³² Im Herbst sondierte Polpred Petrovskij mit den letzten verbliebenen Aktivisten Fannina Halle, Raisa Adler, Abram Dzimitrowsky, Robert Bleichsteiner, F. W. König, Josef Riese und Johannes Wertheim die Lage. Doch niemand wagte es mehr, aktiv aufzutreten.⁹³³ Gleichzeitig fehlte die entsprechende Unterstützung aus Moskau.⁹³⁴ Die VOKS wollte nur dann Referenten

926 Ebd., 104–107: Nekundë an Petrov, 17.3.1932.

927 Ebd., 77–79: VOKS an Nekundë, 27.4.1932.

928 Ebd., 73–75: Riese an VOKS, 29.7.1932.

929 Vetter, Adolf: Geordnete Menschlichkeit. Eine Rede, gehalten in der Versammlung der Österr. Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken am 11. Dezember 1932, Wien 1932.

930 GARF R-5283/1a/192/116: Nekundë an VOKS, 21.12.1932; GARF R-5283/6/1053/5: Vetter an den Vorstand der ÖG, 2.3.1933.

931 GARF R-5283/1a/219/5–12: Lerner an Nekundë, 22.2.1933.

932 GARF R-5283/6/1063/23: Bericht über Österreich, 13.8.1933.

933 GARF R-5283/1a/219/22: Nekundë an VOKS, 14.9.1933.

934 Ebd., 26–31: Nekundë an Lerner, 11.11.1933.

entsenden, wenn sich renommierte Institutionen als Gastgeber fanden und kein Verbot der Veranstaltung zu befürchten war. Minimales Risiko und günstige finanzielle Konditionen bildeten die Bedingungen für jede Aktion.⁹³⁵ Angesichts der Februarkämpfe 1934 entschied das NKID Mitte März 1934, vorerst von Ausstellungen und Reisen überhaupt abzusehen.⁹³⁶ Der Februar 1934 ver setzte der ÖG den endgültigen Todesstoß.⁹³⁷ Im Gegensatz zum BdF wurde die ÖG aufgrund ihrer Inaktivität nicht verboten⁹³⁸ und bestand auf dem Papier weiter. Auf Anfrage der Polizei im Jahr 1937 teilten Vetter und Schiff mit, dass »der Verein derzeit nicht mehr zu Recht besteht und bereits im Jahre 1933 die Funktion des Vereines erloschen ist«.⁹³⁹

In den Jahren 1934 bis 1938 gestaltete sich die Situation für die Auslandskulturarbeit in Österreich äußerst schwierig. Unter dem Schlagwort »Individualisierung« der VOKS-Arbeit⁹⁴⁰ versuchte Moskau direkte Kontakte mit Einzelpersonen zu halten. Nekundë warnte im März 1934 aber davor, Materialien an Privatpersonen zu versenden, um diese politisch nicht zu kompromittieren. Die Sowjetgesandtschaft war die einzige mögliche Anlaufstelle für Post aus der UdSSR.⁹⁴¹ Der VOKS-Bevollmächtigte stand nur noch mit einigen wenigen Interessierten in Verbindung, z. B. mit dem Architekten Adolf Keller, dem Theaterwissenschaftler Joseph Gregor und dem Prähistoriker Franz Hančar. Anfang 1936 dachte die VOKS trotz allem an eine Wiederbelebung der ÖG rund um Fannina Halle.⁹⁴² Podol'skij holte Moskau aber auf den Boden der Realität zurück und berichtete von Verhaftungen unter den »mehr oder weniger liberalen Personen« in Österreich. Die einzige Möglichkeit, Aktivitäten zu setzen, bestand in geschlossenen Veranstaltungen in der Sowjetgesandtschaft.⁹⁴³

In dieser politischen Eiszeit fand im Frühjahr 1936 ein unerwarteter letzter Höhepunkt in den kulturellen Beziehungen statt. Die UdSSR nahm die Einladung zum Internationalen Wettbewerb für Gesang und Klavier der Wiener Musikakademie (Juni 1936) an und ließ Samuil Fejnberg als Mitglied der Jury sowie die jungen Pianisten Ėmil' Gilel's und Jakov Flier als Teilnehmer nach Wien reisen.⁹⁴⁴ Die österreichische Staatspolizei hatte keine Einwände, »sofern

935 Ebd., 32–34: Lerner an Nekundë, 27.12.1933.

936 GARF R-5283/1a/246/37: NKID an Nekundë, 17.3.1934.

937 Ebd., 38: Nekundë an VOKS, 28.3.1934.

938 GARF R-5283/6/1063/18: Gespräch mit Nekundë, 15.7.1934.

939 WStLA 1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 7014/25.

940 GARF R-5283/1a/219/32–34: Lerner an Nekundë, 27.12.1933.

941 GARF R-5283/1a/246/38: Nekundë an VOKS, 28.3.1934.

942 GARF R-5283/6/1063/3: Arbeitsplan für Österreich für 1935. Ebd., 4: Arbeit der VOKS in Österreich, Oktober 1935. GARF R-5283/1a/299/2: VOKS an Podol'skij, 27.2.1936.

943 GARF R-5283/1a/299/3–4: Podol'skij an VOKS, 7.3.1936.

944 AT-OeStA/Adr AAng BKA-AA NPA: (Karton 341) Liasse Österreich 33/55, Zl. 37.631-13/1936, Übersetzung des Schreibens des NKID, 21.4.1936.

wenigstens einigermaßen die Gewähr gegeben scheint, dass sie ihren Aufenthalt in Oesterreich nicht zu politischen Zwecken missbrauchen.«⁹⁴⁵ Künstlerisch konnten die beiden Nachwuchsmusiker jedenfalls reüssieren: Der 23-jährige Flier begeisterte durch »seelenvollen Anschlag« und »ungeheure Technik« und gewann die Kategorie Klavier vor seinem Landsmann Gilel's.⁹⁴⁶ Eine andere günstige Gelegenheit zur Selbstpräsentation bei der großen Ausstellung der ONB über die »Internationale Theaterkunst« im Herbst 1936 schlug Moskau jedoch offiziell wegen zu kurzer Vorbereitungszeit aus.⁹⁴⁷ Der Grund für die Absage lag wohl auch darin, dass die Theater-Koryphäen der 1920er Jahre, Tairov und Mejerchol'd, längst nicht mehr zu den unumstrittenen Stars der sowjetischen Kulturwelt gehörten. In Wien behalf sich die ONB daher mit Objekten aus ihren eigenen Beständen, um das sowjetische Theaterschaffen zu dokumentieren.⁹⁴⁸ Nachdem der VOKS-Vorsitzende Arosev im Juli 1937 vom NKVD verhaftet worden war, kamen die ohnehin nur mehr minimalen Aktivitäten der VOKS während des stalinistischen Terrors völlig zum Erliegen.⁹⁴⁹

945 Ebd., Einsichtsvermerk G.D.-330361-St.B. vom 15. Mai 1936.

946 Émil Gilels Foundation, Archiv <<http://www.emilgilelsfoundation.de/archiv/biografie.cfm?ID=4>> (16.1.2013); NWB, 21.6.1936, 28.

947 GARF R-5283/6/1076/10: VOKS an die Freunde der ONB, 26. Mai 1936. Ebd., 1: VOKS an die Gesellschaft der Freunde der ONB, 5.8.1936.

948 Vgl. z. B. Die Bühne, Nr. 431, 1. Septemberheft 1936, 18–25. Gesellschaft der Freunde der Nationalbibliothek: Führer durch die Internationale Ausstellung für Theaterkunst. Wien, September–Oktober 1936, Wien 1936, 43–45.

949 Golubev, A. V./Neževin, V. A.: VOKS v 1930–1940 gody, in: Minuvšee. Istoričeskij al'manach 14 (1993), 315f.

Fallbeispiele

1. »Bolschewikeneinbruch in die Salzburger Festspiele« – das Leningrader Opernstudio in der Mozartstadt 1928

Im August 1928 trat erstmals in der Geschichte der Salzburger Festspiele ein ausländisches Ensemble auf – das Leningrader Opernstudio.⁹⁵⁰ Bis dahin waren Pläne, Künstlergruppen aus Paris, Berlin oder Mailand nach Salzburg einzuladen, an finanziellen, aber auch politischen Gründen gescheitert.⁹⁵¹ Anfang 1928 hatten Proteste der nationalen Kräfte in Österreich das Vorhaben der Salzburger Festspielgemeinde (SFG), die Mailänder Scala eine Mozartoper im italienischen Urtext vorführen zu lassen, verhindert.⁹⁵²

Über die Hintergründe des umstrittenen »Russengastspiels« – so die damals verbreitete Bezeichnung – war bisher nur wenig bekannt:⁹⁵³ Offiziell erklärte die Salzburger Landesregierung im Juli 1928, der Direktor des Salzburger Mozarteums Bernhard Paumgartner habe in der Sitzung des Kuratoriums und des Aufsichtsrates der SFG vom 4. Mai 1928 mitgeteilt, dass sich das »Kleine Theater« in Leningrad für einige Opern-Aufführungen »angeboten« hätte. Das

950 Gallup, Stephen: Die Geschichte der Salzburger Festspiele, Wien 1989, 71.

951 ANB, 1928, H. 7, 244. Die Bühne, Nr. 197, 16.8.1928, 6.

952 Gallup: Geschichte, 72. SVBo, 22.7.1928, 3.

953 Gallup: Geschichte, 71f. Fuhrich, Edda / Prossnitz, Gisela: Die Salzburger Festspiele. Bd. 1. 1920–1945. Ihre Geschichte in Daten, Zeitzeugnissen und Bildern, Salzburg 1990, 83f. Zuber, Barbara: Der lange Umweg zum Neuen. Musiktheater und Konzert 1921–1944, in: Müry, Andres (Hg.): Kleine Salzburger Festspielgeschichte, Salzburg 2002, 59–61. Tenschert, Roland: Salzburg und seine Festspiele, Wien 1947, 213–218.

Kuratorium griff den Vorschlag für ein abwechslungsreiches Programm auf und ließ Paumgartner nähere Erkundigungen einholen.⁹⁵⁴

Tatsächlich war aber Paumgartner selbst der Initiator des sowjetischen Gastspiels gewesen, ohne vorher ein konkretes »Angebot« erhalten zu haben. Wenige Tage vor der Kuratoriumssitzung, am 24. April 1928, hatte in Leningrad seine Opera buffa »Die Höhle von Salamanca« in der Inszenierung des Regisseurs Èmmanuil Kaplan ihre Premiere in der UdSSR gefeiert.⁹⁵⁵ In Österreich dagegen war das Werk noch nie gespielt worden. Im Vorfeld hatte der Mejerchol'd-Schüler Kaplan dem Komponisten in einem Brief die Grundsätze der Umsetzung des Werkes im Stile des »heutigen russischen Theaters« detailliert auseinandergesetzt⁹⁵⁶ und damit wohl dessen Interesse geweckt. Anfang Mai 1928 erfuhr Paumgartner über den Leiter der Russischen Abteilung der UE Dzimitrowsky vom Erfolg seiner Oper in der UdSSR, da der Professor des Leningrader Konservatoriums Boris Asaf'ev (Igor' Glebov) der Zeitschrift *Anbruch* eine positive Kritik übermittelt hatte.⁹⁵⁷ So lag der Gedanke nahe, »Die Höhle von Salamanca« in der Inszenierung des Leningrader Opernstudios in das Programm der Salzburger Festspiele aufzunehmen. Am 7. Mai schrieb Paumgartner an Dzimitrowsky⁹⁵⁸: »Bei der letzten Sitzung des Kuratoriums der Salzburger Festspielhausgemeinde, wurde über meine Anregung sehr lebhaft debattiert und die Herren haben folgenden Plan von mir durchaus gutgeheißen. Es wäre sehr interessant, die neue Art der russischen Theaterkunst, wie sie etwa in meiner Oper [»Die Höhle von Salamanca«] dargestellt wurde, namentlich auch von den jungen Kräften des Staatskonservatoriums kennen zu lernen.«⁹⁵⁹

Die SFG wünschte eine möglichst »vollständige Originalaufführung der Werke« mit Kostümen, Dirigenten, Darstellern usw. aus der UdSSR, konnte allerdings nur die Bezahlung der Aufenthalts- und Werbekosten anbieten. Man hoffte auf die Übernahme der Reisespesen durch den Sowjetstaat, da dieser »zweifellos ein großes Interesse daran hätte, seine Kunst vor internationalem Festspielpublikum zu zeigen«. Paumgartner bat Dzimitrowsky um Unterstützung bei den zuständigen sowjetischen Stellen und drängte auf eine rasche

954 SVBl, 20.7.1928, 6.

955 Archiv der Salzburger Festspiele (ASF): Material zu den Festspielen 1928, Gastspiele des Leningrader Opernstudios, Programmzettel zu »Die Höhle von Salamanca«. Die Uraufführung fand 1923 an der Dresdner Oper statt.

956 Paris-Lodron-Universität Salzburg, FB Kunst-, Musik- und Tanzwissenschaft, Nachlass Bernhard Paumgartner: Kaplan an Paumgartner, [vor dem 23.4.1928].

957 Ebd., Dzimitrowsky an Paumgartner, 3.5.1928. ANB 1928, H. 6, 221.

958 GARF R-5283/10/161/61–62: Paumgartner an Dzimitrowsky, 7.5.1928.

959 Ebd.

prinzipielle Entscheidung.⁹⁶⁰ Dieser nahm sofort Kontakt mit der Gesandtschaft der UdSSR auf, die ihre Hilfe in der Sache zusagte. Gleichzeitig informierte Dzimitrowsky die Direktion des Staatskonservatoriums in Leningrad von der Entscheidung der SFG und merkte an: »Ich brauche nicht zu betonen, was für eine grosse Bedeutung dieses Gastspiel als Propaganda für die moderne Kunstauffassung in Sowjet-Russland haben kann.«⁹⁶¹

Die sowjetische Seite stimmte Anfang Juni zu, die Reisekosten zu tragen, während die Österreicher Tagesdiäten für Künstler zahlen und das Orchester bereitstellen sollten. Unter diesen finanziell günstigen Umständen befürwortete die SFG in der Sitzung vom 1. Juni 1928 das Leningrader Gastspiel. Sie stellte noch die Bedingung, dass neben den angebotenen Stücken – Mozarts »Bastien und Bastienne« und Paumgartners »Die Höhle von Salamanca« jeweils in russischer Sprache – noch weitere Opern ins Repertoire aufgenommen werden. Da daraufhin Werke aus dem 19. Jahrhundert (Aleksandr Dargomyžskijs »Der steinerne Gast« und Nikolaj Rimskij-Korsakovs »Der untersterbliche Kaščej«) vorgeschlagen wurden, kamen keine Bedenken hinsichtlich einer »politisch-propagandistischen Ausnützung des Gastspieles« auf.⁹⁶² Von entscheidender Bedeutung war die Geldfrage, denn das Unterrichtsministerium subventionierte die Salzburger Festspiele nur mit 10 000 Schilling – statt der vom Salzburger Landeshauptmann Franz Rehr geforderten 100 000 Schilling.⁹⁶³

In der UdSSR sahen künstlerische Kreise dem Gastspiel in Salzburg mit Stolz entgegen. Die Kulturzeitschrift *Žizn' iskusstva* erklärte, dass zum ersten Mal in der Sowjetzeit ein Opernstudio, das noch in Ausbildung stand, ins Ausland fuhr: »Junge Theaterorganismen ohne »Namen« und Reputation« würden exportiert, »die aber von jenem jungen schöpferischen Geist, von dieser mutigen innovativen Art durchdrungen sind, die so charakteristisch für die sowjetische Theaterwirklichkeit ist«. Kaplans Inszenierungen von »Bastien und Bastienne« und »Die Höhle von Salamanca« wären die wertvollsten Experimente im Bereich der Opernaufführungen in der UdSSR, die es verdienten, in der Heimat Mozarts vor führenden Vertretern der Musikwelt Westeuropas gezeigt zu werden.⁹⁶⁴

In Österreich brach zwei Wochen vor Beginn der Festspiele (26.7.–30.8.1928) nach Bekanntgabe des genauen Programms zunächst in der Wiener Presse eine Diskussion los. *Die Stunde* wies am 11. Juli 1928 auf die »Durchbrechung« einer »stillschweigenden Konvention« der Festspiele – das ausschließliche

960 Ebd.

961 GARF R-5283/10/161/63; Dzimitrowsky an das Staatskonservatorium in Leningrad, 9.5.1928.

962 SVBl, 20.7.1928, 6.

963 Gallup: Geschichte, 69f.

964 ŽI, Nr. 30, 22.7.1928, 12–13.

Engagement von Schauspielern Max Reinhardts und Mitgliedern der Wiener Staatsoper – hin: Erstmals kam ein ausländisches, noch dazu ein sowjetisches Ensemble, nach Salzburg, obwohl auch die Einladung deutscher Opernbühnen möglich gewesen wäre, wie Mitglieder des Festspielkomitees angeblich behaupteten. Von der Bestellung des Leningrader Opernstudios wäre das Gremium überrascht worden. Die Zeitung vermutete aufgrund des Repertoires richtig, dass Paumgartner in der Sache eine wichtige Rolle gespielt haben muss.⁹⁶⁵

Am 14. Juli 1928 heizte das *Neue Wiener Journal* das Thema deutlich an. Unter Bezug auf nicht namentlich genannte »maßgebliche Persönlichkeiten der hiesigen Festspielgemeinde« beschuldigte es den christlichsozialen Landeshauptmann Franz Rehr: Der »mächtige Schirmherr des Bolschewikeneinbruchs in die Festspiele von Salzburg« hätte »als das einflußreichste Mitglied im Kuratorium« das sowjetische Gastspiel nicht verhindert. Negative Folgen für die Besucherzahlen und das Ausbleiben von Amerikanern, Engländern und Franzosen wären zu befürchten. Der anonyme Verfasser steigerte sich in Rage:⁹⁶⁶ »Für die maßgebendsten Persönlichkeiten der Salzburger Festspielgemeinde ist Salzburg das österreichische Bayreuth, eine Art Nationalheiligtum für Schöpfungen deutscher Meister. Diese Persönlichkeiten vertreten die Meinung, daß es niemand wagen würde, Bayreuth so wie es jetzt mit der Mozart-Stadt geschieht, dadurch zu schänden, daß man ihr das künstlerische Gepräge raubt und sie zum Tummelplatz widerlicher Experimente und revolutionärer Exzesse macht.«⁹⁶⁷

Aufgrund des Wirbels reagierte die SFG mit einer Presseaussendung und hielt fest, dass Rehr kein Funktionär der SFG war und auch keinen Einfluss auf das Programm genommen hatte.⁹⁶⁸ Diese Klarstellung nahm die christlichsozial ausgerichtete *Salzburger Chronik* zum Anlass, um sich über die bisher gemachten Behauptungen betreffend die Verantwortung des Landeshauptmannes zu empören. Gleichzeitig wetterte das Blatt gegen den Besuch des »russischen Studios«, »dessen jüdisch-kommunistische Experimentiersucht [...] nicht in unser Festspielhaus paßt«. Offenbar seien die Behörden in Salzburg von einer Einladung der renommierten Leningrader »Staatsoper« ausgegangen.⁹⁶⁹ Das *Salzburger Volksblatt* mutmaßte, dass Rehr auf die Einreisebewilligungen für die Leningrader Künstler positiv eingewirkt haben muss.⁹⁷⁰

965 Std, 11.7.1928, 7.

966 NWJ, 14.7.1928, 3.

967 Ebd.

968 Z. B. SVBl, 16.7.1928, 7. NWJ, 19.7.1928, 11. SC, 16.7.1928, 2.

969 SC, 16.7.1928, 2.

970 SVBl, 16.7.1928, 7.

Angesichts der Vorwürfe betonte Rehr am 17. Juli in einem offiziellen Dementi seine Unwissenheit in dieser Sache und ließ den Präsidenten der SFG Heinrich Puthon aus dem Urlaub zur Aufklärung zurückrufen. In der Frage der Einreisewilligungen hätte das Amt der Landesregierung dem Sekretär der SFG Erwin Kerber nur routinemäßig – und ohne Kenntnis des Landeshauptmannes – eine Vorsprache im Bundeskanzleramt vermittelt.⁹⁷¹ Wahrscheinlich hatte Rehr tatsächlich nichts von den Plänen gewusst – und war vom bevorstehenden Besuch der Russen »nicht erbaut«, wie die Wiener Illustrierte *Das interessante Blatt* vermutete.⁹⁷² *Die Stunde* sprach nun von einer »politischen Kunstaffäre« und von der »Tatsache«, dass »einzelne Personen, denen an diesem Gastspiel besonders viel lag, die Majorität des Festspielkomitees einfach überrumpeln wollten«. ⁹⁷³ Daraufhin räumte das Kuratorium der SFG am 18. Juli 1928 in einer ausführlichen Erklärung mit allen Spekulationen auf und übernahm »in seiner Gesamtheit« die alleinige Verantwortung für die Einladung des Leningrader Opernstudios, die »auf Grund eingehender künstlerischer Erwägungen« erfolgt sei: »Das russische Theater ist bekanntlich für die Entwicklung des neuzeitlichen Bühnenstils in vieler Beziehung vorbildlich und richtunggebend.« Aufgrund der ausgewählten Werke wäre eine »politisch-propagandistische Tendenz« des Gastspiels ausgeschlossen. Man verwarfte sich dagegen, dieses »durch unstichhältige und unverständliche Einwendungen aus dem reinen Gebiete der Kunst in die Trübe der politischen Tagessensation zu ziehen«. ⁹⁷⁴

Jetzt hagelte es heftige Kritik an der SFG – vor allem in der Salzburger Presse: Die *Salzburger Chronik* meinte, das Kuratorium hätte »kein Verständnis für die über die ganze Welt feinverästelte verbreitete Propaganda für die neue russische Kultur«. ⁹⁷⁵ Der *Salzburger Volksbote* wertete die Einladung als »Verirrung« der SFG, die damit »ihren letzten moralischen Kredit aufs Spiel« setzte und erwartete selbstverständlich »kommunistische Propaganda im Zeichen der Kunst«. Die UdSSR würde dieses »Auftreten auch als politischen Erfolg im internationalen Leben« einschätzen, da sie einen großen Teil der Kosten für den Auftritt in Salzburg übernahm. ⁹⁷⁶ Das Blatt des Antisemitenbundes in Salzburg *Der eiserne Besen* hetzte gegen Proponenten der Festspiele: Die »Juden Reinhardt, Hofmannsthal, Moissi, Bruno Walter etc.«, würden »schon

971 SVBl, 17.7.1928, 7.

972 In den Rehr-Akten des Salzburger Landesarchivs gibt es keine Hinweise auf eine Involvierung des Landeshauptmannes. IB, Nr. 32, 9.8.1928, 13.

973 Std, 19.7.1928, 6.

974 SVBl, 18.7.1928, 7. Weiters z. B. in: Std, 19.7.1928, 7.

975 SC, 18.7.1928, 1.

976 SVBo, 22.7.1928, 3.

wissen, welche Aufgabe sie im Rahmen der ›Kunst‹, als Mittel zur semitischen Weltherrschaft zu erledigen haben.«.⁹⁷⁷ In der Bundeshauptstadt pochte das *Neue Wiener Journal* auf die »Idee« der Salzburger Festspiele, die darin bestünde, »heimische, das heißt österreichische und deutsche Bühnenkunst in möglichster Vollkommenheit darzubieten«, um »für unseren eigenen künstlerischen Hochstand Propaganda« zu machen und »einen österreichischen und deutschen Kunstgedanken zu verwirklichen.«.⁹⁷⁸ Die *AZ* kommentierte die durch den »Unkenruf aus Wien« geschürte Aufregung in Salzburg launisch mit Spitzen gegen die Christlichsozialen.⁹⁷⁹ Am 20. Juli folgte das Ergebnis der von Rehrle eingeleiteten Untersuchung. Die Aussendung der Salzburger Landesregierung dokumentierte den Entscheidungsweg des Kuratoriums der SFG und betonte, dass der Landeshauptmann zu keinem Zeitpunkt »weder in der Lage war noch einen Anlaß finden konnte, sich mit dieser rein internen Angelegenheit der Festspielgemeinde zu befassen.«.⁹⁸⁰

Die Diskussion brandete Anfang August wieder auf und erreichte im *Neuen Wiener Journal* ihren Höhepunkt: »Bolschewikeneinbruch in die Salzburger Festspiele« – so lautete die alarmierende Überschrift einer scharfen, anonymen Polemik, die sich wieder gegen Rehrle richtete und mit einem – recht späten – Boykottaufruf endete: »Wer moralisch oder materiell die Sache der Bolschewiken fördert, begeht einen Verrat an der Tradition und der Mission Salzburgs. Wer dem Bolschewikengastspiel beiwohnt und es so unterstützt, schädigt die Feststadt Salzburg und ganz Österreich.«.⁹⁸¹ Die Hysterie des *Neuen Wiener Journals* erntete in anderen Zeitungen meist nur noch Spott.⁹⁸² Vor allem das *Salzburger Volksblatt* agierte gegen die Aufbauschung des Leninger Gastspiels zu einer »hochpolitischen Angelegenheit« und unterstützte mit einer längeren Ausführung über die »Neue Bühnenkunst« in Russland die künstlerischen Überlegungen der SFG.⁹⁸³ Die Tiraden des *Neuen Wiener Journals* qualifizierte es als »lautes Froschgequack«, dem Autor attestierte man »Verfolgungswahn.«.⁹⁸⁴

Etwa 30 junge sowjetische Künstler, darunter die später berühmte Opernsängerin Sof'ja Preobraženskaja,⁹⁸⁵ traten in dieser aufgeregten Atmosphäre

977 Der eiserne Besen, 20.7.1928, 4.

978 NWJ, 19.7.1928, 11.

979 AZ, 21.7.1921, 7.

980 SVBl, 20.7.1928, 6.

981 NWJ, 4.8.1928, 3.

982 Vgl. z. B. WAZ, 5.8.1928, 1. SVBl, 6.8.1928, 5.

983 SVBl, 3.8.1928, 6.

984 SVBl, 6.8.1928, 6.

985 GARF R-5283/1a/108/28–31: Kalina an NIKD und Kameneva, 17.8.1928. Die Namen der Ensemblemitglieder finden sich auf den Programmzetteln und größtenteils in der Aufstellung von Hans Jaklitsch. ASF,

auf. Boris V. Asaf'ev (Igor' Glebov), Regisseur Èmmanuil Kaplan sowie zwei junge Dirigenten, Sergej V. El'cin und S.M. Pružan, hatten die künstlerische Leitung inne.⁹⁸⁶ Das »Russengastspiel« begann am 3. August im Salzburger Stadttheater mit »Die Höhle von Salamanca« und »Bastien und Bastienne«. Weitere Aufführungen dieser Werke folgten am 4. und 10. August.⁹⁸⁷ Bei den schwach besuchten Vorstellungen blieb vor allem internationales Publikum aus. Ob dies an der feindlichen Kampagne lag oder an mangelnder Reklame, wie der Mitarbeiter der sowjetischen Gesandtschaft Arnold Riš mutmaßte⁹⁸⁸, kann nicht beantwortet werden. Der Kritiker des *Neuigkeits-Weltblatts* sah den Grund darin, dass »Leute, die nach Salzburg kommen, [...] von Experimenten verschont bleiben« wollten.⁹⁸⁹ Die Aufmerksamkeit der Kulturjournalisten war jedoch geweckt: Die Auftritte des Leningrader Opernstudios fanden in den Berichterstattungen über die Festspiele meist überdurchschnittlich großen Widerhall. Selbst das *Neue Wiener Journal* brachte trotz des eigenen Boykottaufrufs lange Bemerkungen des Kritikers (und damaligen Chefredakteurs der *Wiener Zeitung*) Rudolf Holzer. Für *Die Stunde* schrieb der Schriftleiter der UE-Zeitschrift *Anbruch* und ÖG-Aktivist Paul Stefan.

Die Österreich-Premiere von Paumgartners »Die Höhle von Salamanca« verlief kurios: In russischer Sprache und ganz im Stile des »Neuen russischen Theaters« aufgeführt, begeisterte das Stück durch Witz und Originalität.⁹⁹⁰ Offenbar fand die Oper »unter stürmischem Beifall widerspruchslos Aufnahme«, während Dirigent El'cin »mit seiner feinsinnigen Stabführung sowohl Konservative wie Revolutionäre« überzeugen konnte.⁹⁹¹ Sogar Holzer bemerkte die Begabung einzelner Ensemblemitglieder und fand an der Inszenierung Gefallen.⁹⁹² Schärfere Reaktionen rief dagegen die moderne Interpretation des Singspiels »Bastien und Bastienne«⁹⁹³ hervor. Bereits die einleitenden Worte Kaplans über die Bearbeitung des Jugendwerks Mozarts stießen auf lauten Unmut einiger traditionsverhafteter Besucher.⁹⁹⁴ Einen Einblick in die ungewöhnli-

Material zu den Festspielen 1928, Gastspiele des Leningrader Opernstudios, Programmzettel. Vgl. Jaklitsch, Hans: Die Salzburger Festspiele. Bd. 3. Verzeichnis der Werke und der Künstler 1920–1990, Salzburg 1991, 11.

986 MiR 1928, Nr. 9, 40–42.

987 Jaklitsch: Salzburger Festspiele, 11.

988 GARF R-5283/1a/108/24: Riš an das Leningrader Konservatorium, 18.8.1928. Ebd., 28–31; Kalina an NIKD und Kameneva, 17.8.1928.

989 NWB, 8.8.1928, 9.

990 Z. B. SW, 4.8.1928, 4. IB, 16.8.1928, 16. R. H. [Rudolf Holzer] in der RP, 7.8.1928, 8.

991 SVBl, 4.8.1928, 4. Vgl. NFP (Abendblatt), 7.8.1928, 3.

992 NWJ, 7.8.1928, 11.

993 Unter der Regie Èmmanuil Kaplans wurde »Bastien und Bastienne« in Leningrad erstmals am 4. April 1924 gezeigt. ASF: Material zu den Festspielen 1928, Gastspiele des Leningrader Opernstudios, Programmzettel zu »Bastien und Bastienne«.

994 NWJ, 7.8.1928, 11; RP, 7.8.1928, 8; AZ, 7.8.1928, 3.

che Darbietung gibt die Beschreibung der *Wiener Allgemeinen Zeitung*: »Das Operchen wird ›garniert‹. Mit mimischen und illustrativen Einlagen versehen; die Aufführung als Probe einer Aufführung aufgeführt. Zwischen die kostümierten und generalprobenfertig agierenden Sänger schieben sich Regisseur, Inspizient, Souffleure, taktieren mit, korrigieren, detaillieren. Bühnenarbeiter marschieren leise sowjetsymbolisch hin und wider. Die Probe, tänzerisch-ironisch, ist wieder Spiel und das Spiel wieder Probe. Das Resultat: Ein Amusement auf rein intellektuellem Wege. Spaß als Mechanismus. Kulissenromantik als Detailarbeit.«⁹⁹⁵

Die Empörung mancher Zuschauer spiegelt sich in den Kommentaren Holzers im *Neuen Wiener Journal* und in der *Reichspost*⁹⁹⁶ in deutlichen Worten wider: Als »Faschingsulk« und »Schindluderei« empfand er die Inszenierung Kaplans, der er auch jeglichen künstlerischen Neuwert absprach,⁹⁹⁷ sogar als eine »Versündigung an der quellreinen, ursprünglichen Ergießung des Mozartschen Genies«.⁹⁹⁸ In der *Neuen Freien Presse* hieß es, dass »dieses Experiment besser unterblieben wäre, wenn auch zu Kassandrarufer über die Bolschewisierung Mozarts gewiß kein Anlaß vorliegt [...]«.⁹⁹⁹ Den Gegenpart übernahm wieder das *Salzburger Volksblatt*: Der Kunstkritiker Otto Kunz – ehrenamtliches Mitglied des Kuratoriums des Mozarteums – setzte sich sehr interessiert mit dem innovativen Auftritt der Leningrader Künstler auseinander, bewertete deren Leistungen insgesamt als »vorzüglich« und meinte:¹⁰⁰⁰ »Du lieber Gott, jene, die Mozart gepachtet haben, werden gesträubten Haares einen Sühnegottesdienst bestellen. Es fragt sich nur, ob der lustige Mozart auch mitbeten wird, oder ob er nicht lieber bei der ausgelassenen Gesellschaft ist. Die Bühne wie das Leben stirbt ewig, um ewig wieder neu geboren zu werden.«¹⁰⁰¹

In der Zeitung *Die Stunde* machte Stefan zwar kurze kritische Bemerkungen zur Interpretation der ersten Auftritte des Opernstudios, doch war er von den jungen Talenten und vom »russischen Kunstfanatismus« angetan – und offenbar auch andere: »Man sah Reinhardt, Moissi und alle Großen und das Salzburger Festspielpublikum lebhaft und lang applaudieren«.¹⁰⁰²

Die Aufführungen der Werke der russischen Komponisten lösten keine Enttäuschung mehr aus: Aleksandr Dargomyžskijs »Der steinerne Gast« wurde am

995 WAZ, 7.8.1928, 4.

996 Holzer schrieb in der *Reichspost* unter dem Kürzel R. H. Die Identität ist aufgrund der Schwerpunktssetzungen und einzelner ähnlicher Formulierungen zu erkennen.

997 NWJ, 7.8.1928, 11.

998 RP, 7.8.1928, 8.

999 NFP (Abendblatt), 7.8.1928, 3.

1000 SVBl, 4.8.1928, 3.

1001 Ebd.

1002 Std, 5.8.1928, 7.

5. und 8. August im Stadttheater¹⁰⁰³ in einer recht konventionellen Inszenierung gezeigt, was den Kritiker des *Salzburger Volksblatts* enttäuschte: »Gestern abends war von Umsturz, von Revolution nichts zu spüren.«¹⁰⁰⁴ Viel positive Resonanz gab es für die Konzerte im Mozarteum am 7. und 9. August: Das Leningrader Opernstudio brachte Nikolaj Rimskij-Korsakovs Zauberoper »Der untersterbliche Kašcej« in einer konzertanten Version und Werke russischer Künstler wie M. Glinka, M. Balakirev und Modest Musorgskij zu Gehör.¹⁰⁰⁵ Die *Salzburger Wacht* bezeichnete diese Auftritte – abgesehen von der geringen Besucherzahl – als vollen Erfolg.¹⁰⁰⁶ Einhellig lobten die Kritiker die »schönen, blühenden Stimmen« der jungen Künstler und den Dirigenten El'cin.¹⁰⁰⁷ Auch Holzer sah nun die »geschmacklose Entgleisung der Mozartentgötterung« durch die letzten Vorstellungen »wettgemacht«.¹⁰⁰⁸ Den Abschluss der Leningrader Gastspiele bildete ein Konzert mit russischen Arien und Volksliedern am 12. August im Mozarteum.¹⁰⁰⁹

Die Resümees über den vermeintlichen »Bolschewikeneinbruch« fielen in der österreichischen Presse je nach grundsätzlichem Standpunkt unterschiedlich, aber überwiegend positiv aus. Trotz der Anerkennung der Talente des Leningrader Operstudios schieden sich die Geister vor allem an der Frage, ob das junge Ensemble den Ansprüchen der Festspiele Genüge getan hatte – und damit die Einladung aus künstlerischen Gründen wirklich zu rechtfertigen war. Charakteristisch für die konservative Haltung ist die Bemerkung Holzers im *Neuen Wiener Journal*: »Nein: ›Festspiel‹ boten diese jungen Leute nicht, in ihrer ganzen Art waren sie nicht reif genug für diesen Rahmen, aber den Operndirektoren hätte man sie vorführen sollen; nach einer politischen Entwöhnungskur und Quarantäne sollte man es mit dem einen oder der anderen wagen ...«¹⁰¹⁰

Stellvertretend für die Befürworter des sowjetischen Gastspiels steht Paul Stefan, der seine Berichte nicht nur in der *Stunde*, sondern auch in der Kulturzeitschrift *Die Bühne* und im *Anbruch* veröffentlichte. Er hielt die Auftritte der sowjetischen Künstler – bei aller möglichen Kritik – »wohl [für] das interessanteste, was die Salzburger Festspiele mindestens bis zur ›Räuber‹-Inszenierung Reinhardts geboten haben.«¹⁰¹¹ Im Zentrum seiner Aufmerksamkeit standen

1003 Jaklitsch: Salzburger Festspiele, 11.

1004 SVBl, 6.8.1928, 5. Weitere Kritiken siehe z. B. Std, 7.8.1928, 4. SW, 6.8.1928, 5.

1005 Jaklitsch: Salzburger Festspiele, 11.

1006 SW, 8.8.1928, 4. Vgl. AZ, 12.8.1928, 5.

1007 SVBl, 8.8.1928, 6. Vgl. Std, 9.8.1928, 6.

1008 RP, 10.8.1928, 8.

1009 Jaklitsch: Salzburger Festspiele, 11.

1010 NWJ, 10.8.1928, 11. Vgl. auch IB, 16.8.1928, 16.

1011 Die Bühne, Nr. 197, 16.8.1928, 6–8. Ähnlicher Standpunkt David Bachs in: AZ, 7.8.1928, 3; SW, 8.8.1928, 4.

die experimentellen Umsetzungen der Stücke »Die Höhle von Salamanca« und »Bastien und Bastienne« im Stile des »Neuen Russischen Theaters« mit den konstruktivistischen Bühnenbauten.¹⁰¹² Diese Darbietungen waren demnach für die Salzburger Festspiele ungewöhnlich und bereichernd zugleich: »Das Außerordentliche aller russischen Kunstübung wurde in einem Milieu, in dem so viel von Tradition die Rede ist, mit elementarer Macht demonstriert. Und es kam zu seiner Geltung.«¹⁰¹³

Die sowjetische Gesandtschaft in Wien konnte angesichts der medialen Aufmerksamkeit und der allgemein guten Bewertung des Ensembles zufrieden sein. Arnol'd Riš berichtete dem NKID und der VOKS mit Genugtuung vom gut besuchten Zusatzkonzert (12. August), von den Ovationen des Mozarteum-Orchesters für El'cin und dem Abendessen der Künstler mit Max Reinhardt und Alexander Moissi, die ihre Begeisterung über das Opernstudio ausgedrückt hätten.¹⁰¹⁴ Während die sowjetische Seite einen propagandistischen Erfolg verbuchte,¹⁰¹⁵ handelte sich die SFG aufgrund der geringen Einnahmen aus den Vorstellungen des Leningrader Opernstudios, aber auch wegen nicht einkalkulierter Kosten für die »Zauberflöte«, ein beträchtliches Defizit ein. Heftige Debatten über die zukünftige Organisation der Festspiele waren die Folge.¹⁰¹⁶ Zufrieden zeigte sich aber die Staatspolizei in Salzburg: »Das Russengastspiel hat infolge der inneren und äusseren Abwehr, welcher dasselbe sowohl bei Fremden wie Einheimischen begegnete, einen künstlerischen Erfolg nicht erzielt.«¹⁰¹⁷

1012 Die Bühne, Nr. 197, 16.8.1928, 6–8.

1013 Stefan, Paul: Anlässe im Sommer; in: ANB, 1928, H. 7, 244.

1014 GARF R-5283/1a/108, 24: Riš an das Leningrader Konservatorium, 18.8.1928. Ebd., 28–31: Kalina an NIKD und Kameneva, 17.8.1928.

1015 Vgl. MiR 1928, Nr. 9, 40–42.

1016 Fuhrich / Prossnitz: Salzburger Festspiele, 86f. Vgl. Gallup: Geschichte, 72–74.

1017 SLA Rehl Akten, RehlBr 1929/2513: Staatspolizeilicher Tätigkeitsbericht für das Jahr 1928.

2. »Ich bin glücklich alles gesehen zu haben ...« – Stefan Zweig bei den Tolstoj-Feierlichkeiten in der UdSSR 1928

Einen Monat nach dem Gastspiel des Leningrader Operstudios in Salzburg kam es zum nächsten herausragenden Ereignis in den österreichisch-sowjetischen Kulturbeziehungen: Stefan Zweig reiste nach Moskau zu den Jubiläumsfeiern,¹⁰¹⁸ welche die UdSSR anlässlich des 100. Geburtstages des russischen Schriftstellers Lev Tolstoj veranstaltete.

Die VOKS hatte schon zu Jahresbeginn Überlegungen angestellt, welche Vertreter des literarischen Lebens der Festveranstaltung in Moskau eine internationale Note verleihen könnten. Der VOKS-Bevollmächtigte in Wien Wiznitzer dachte sofort an Stefan Zweig und brachte in Erfahrung, dass dieser einer Russlandreise grundsätzlich positiv gegenüberstand.¹⁰¹⁹ Neben seiner Prominenz sprach einiges für Zweig als Gast: Während der Hungersnot 1921/22 hatte er sich an Aktionen der Russlandhilfe beteiligt¹⁰²⁰ und damit seine durchaus offene Haltung gegenüber der Sowjetmacht bewiesen. Außerdem kooperierte der russophile Schriftsteller mit dem Leningrader Verlag Vremja, nachdem einige seiner Werke seit 1923/24 in russischer Übersetzung unautorisiert in Umlauf gekommen waren und sich großer Beliebtheit erfreuten. Im Frühjahr 1927 war der erste Band einer Werksammlung erschienen.¹⁰²¹

1018 Eine ausführliche Darstellung über Stefan Zweig in der UdSSR mit anderen Schwerpunkten findet sich bei: Azadovskij, K.M.: Stefan Cvejg v SSSR, in: Instituty kul'tury Leningrada na perelome ot 1920-ch k 1930-m godam, 2011, 479–497. Online: <http://www.pushkinskijdom.ru/LinkClick.aspx?fileticket=Z3mcIp_oioc%3D&tabid=10460> (27.1.2013). Vgl. Kerschbaumer, Gert: Stefan Zweig, Der fliegende Salzburger, Salzburg / Wien / Frankfurt am Main 2003, 158f.

1019 GARF R-5283/1a/108, 7–8: Wiznitzer an Kameneva, 17.1.1928.

1020 Zweig trug ein Gedicht für eine Broschüre der Nansen-Hilfe bei. Hohes Kommissariat Professor Dr. Fridtjof Nansen: Für unseren kleinen russischen Brüder! Gaben westeuropäischer Schriftsteller und Künstler für die notleidenden Kinder in den Hungernotdistrikten Rußlands, Genf [1922]. Im November 1921 trat Zweig in Berlin bei einer Dostoevskij-Feier im Staatstheater zugunsten der Russlandhilfe auf. Briefe von Stefan Zweig aus Berlin an Friderike Zweig vom 23., 25. und 27. November 1921, zit. in: Zweig, Stefan / Zweig, Friderike: »Wenn einen Augenblick die Wolken weichen«. Briefwechsel 1912–1942. Hrsg. von Jeffrey B. Berlin und Gert Kerschbaumer, Frankfurt am Main 2006 [= Zweig-Briefe], 129–132.

1021 Bis 1932 erschienen zwölf Bände, manche davon erfuhren aufgrund der großen Nachfrage eine neue Auflage. Azadovskij: Stefan Cvejg, 482–487.

Für die Tolstoj-Feier dachte man noch an weitere Repräsentanten aus Österreich, wie z. B. Max Reinhardt, die Theaterkritiker und Autoren David Josef Bach, Felix Salten, Alfred Polgar sowie die Schriftsteller Arthur Schnitzler und Franz Werfel. Doch die konkrete Organisation für die Einladung lief erst im August 1928 an und endete beinahe in einem völligen Desaster. Dass die Gäste die teuren Reisekosten selbst tragen sollten, konnte auch der neue VOKS-Bevollmächtigte Riš nicht verstehen. Es war ihm daher unangenehm, die in die engere Wahl genommenen Personen überhaupt zu kontaktieren. Nur etwa zwölf Tage vor Beginn der Tolstoj-Feier in Moskau schickte die Sowjetgesandtschaft Schreiben an Stefan Zweig, Hugo von Hofmannsthal und Franz Werfel. Während Letztere aus Termingründen ablehnten,¹⁰²² sagte Zweig sofort zu, obwohl er erst kurz zuvor von einem mehrwöchigen Aufenthalt in Belgien und Holland zurückgekehrt war.¹⁰²³ Am 31. August 1928 schrieb er an seinen französischen Schriftstellerkollegen und Freund Romain Rolland: »Eben erhalte ich die Einladung der Sowjets, Österreich zur Hundertjahrfeier von Tolstoj zu repräsentieren, und ich habe den Entschluß schnell gefaßt: ich nehme an.«¹⁰²⁴ Am 1. September konnte Riš die positive Nachricht nach Moskau vermelden.¹⁰²⁵

Für Zweig war die Einladung zur Tolstoj-Feier ein willkommener Anlass, sich den lang gehegten Wunsch einer Russlandreise zu erfüllen. 1914, als er an dem Buch über Fëdor Dostoevskij arbeitete, hatte der Kriegsausbruch diesen Plan vereitelt. Das neue Sowjetregime war für ihn kein Hindernisgrund, im Gegenteil: Das »bolschewistische Experiment« übte eine große Faszination auf ihn aus, wie Zweig 1942 in *Die Welt von Gestern* rückblickend beschrieb.¹⁰²⁶ Doch er hatte gezögert, auf eigene Initiative zu fahren, da »jede Reise nach Rußland schon damals im vorhinein eine Art Parteinahme bedeutete und zu öffentlichem Bekenntnis oder öffentlicher Verneinung zwang«. Die Jubiläumsfeiern und seine unbestreitbare Qualifikation als Tolstoj-Kenner hielt Zweig für passende Umstände, um in die UdSSR zu fahren, ohne damit gleichzeitig

1022 GARF R-5283/1a/108/21: Riš an VOKS und NKID, 28.8.1928. Ebd., 23: Riš an Kameneva und NKID, 1.9.1928. Ebd., 34: Riš an VOKS und NKID, 15.9.1928.

1023 Zweig war von 25. Juli bis vermutlich 24. August, längstens aber bis 27. August 1928 auf Reisen. Am 27. August bekam er in Salzburg Besuch von James Joyce. Für diese Information danke ich Michèle Schilling (Schweiz), Auskunft vom 23.10.2012. Zur Datierung des Joyce-Besuches siehe Kinder, Sabine/Presser, Ellen (Hg.): »Die Zeit gibt die Bilder, ich spreche nur die Worte dazu«. Stefan Zweig 1881–1942, München 1993, 63.

1024 Zweig an Rolland, 31.8.1928, zit. in: Rolland, Romain / Zweig, Stefan: Briefwechsel. 1910–1940, 2. Bd. 1924–1940, Berlin 1987 [= Rolland-Briefe], 293f. Im Buch »Die Welt von Gestern« behauptet Stefan Zweig irrtümlich, die Einladung im Frühsommer 1928 bekommen zu haben. Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt am Main 1996, 374.

1025 GARF R-5283/1a/108/22: Riš an Kameneva, 1.9.1928.

1026 Zweig: Welt, 373. Vgl. auch: Zweig an Rolland, 4.9.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 295.

ein politisches Statement abzugeben.¹⁰²⁷ Rolland dagegen nahm die Einladung nach Moskau nicht an – offiziell aus gesundheitlichen Gründen¹⁰²⁸, aber auch aus Prinzip, wie er Zweig wissen ließ: »Ich erkenne keiner Regierung das Recht zu, den Mann für sich in Anspruch zu nehmen, der am entschiedensten alle Regierungen missbilligt und verworfen hat. Es scheint mir ebenso frevelhaft, Tolstoi vom Bolschewismus feiern zu lassen wie Franz von Assisi vom Faschismus.«¹⁰²⁹ Zweig teilte diese Einwände nicht und begründete am 4. September nochmals seinen Entschluss: »Jedenfalls nehme ich die Gelegenheit, nach Rußland zu kommen, und zu einem völlig neutralen Anlaß, guten Gewissens wahr. Ich werde mich, sosehr ich kann, wehren, das Wort zu ergreifen oder zu ›repräsentieren‹ – ich will nur sehen, dabeisein. [...] Morgen bin ich in Wien, um Auskünfte einzuholen: wenn man irgend etwas als Garantie von mir verlangt oder darauf bestehen will, daß ich mich bereit erkläre zu reden, lasse ich die Reise sein, die übrigens ja recht weit, recht ermüdend und kostspielig ist. Ich verpflichte mich zu nichts.«¹⁰³⁰

Zweig ließ sich von seinem Vorhaben nicht abbringen. Dass er bei der Festveranstaltung im Bolschoj-Theater eine Rede über »Tolstoj und das Ausland« halten sollte, erfuhr er erst kurz vor der Ankunft in Moskau. Trotz fehlender Vorbereitungszeit (und aller Vorsätze) stimmte er zu.¹⁰³¹ Am 10. September um 15 Uhr, wenige Stunden vor Eröffnung der Feierlichkeiten, traf der Schriftsteller am Weißrussischen Bahnhof ein,¹⁰³² wo er sofort von Vertretern der Presse und der VOKS in Empfang genommen wurde.¹⁰³³

Die Feier im Bolschoj-Theater begann etwa um sieben Uhr abends.¹⁰³⁴ Nach den Eröffnungsreden von Volkskommissar Anatolij Lunačarskij, der Tolstoj als »Ideologen der bäuerlichen Massen« würdigte, und zwei sowjetischen Experten kamen auch ausländische Gäste wie der Deutsche Bernhard Kellermann und der Amerikaner Henry Dana zu Wort.¹⁰³⁵ Um 23 Uhr hielt Zweig – nach einer 54-stündigen Zugfahrt – vor 4000 Personen, vor Fotografen und Filmkameras einen improvisierten Vortrag¹⁰³⁶ in deutscher Sprache. Im Publikum

1027 Zweig: Welt, 373f.

1028 Pravda, 9.9.1928, 5.

1029 Rolland an Zweig, 2.9.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 294.

1030 Zweig an Rolland, 4.9.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 295f.

1031 Zweig an seine Frau Friderike, Moskau 11.9.1928, zit. in: Zweig-Briefe, 212.

1032 Zweig an seine Frau Friderike, Moskau 11.9.1928 (Mitternacht), zit. in: Zweig-Briefe, 213.

1033 VM, 11.9.1928, 3. Bereits während der Zugfahrt gab Zweig der Schriftstellerin N. Kal'ma ein Interview. Krasnaja Niva, Nr. 41, 1928, 8. Zit nach: Azadovskij: Stefan Cvejg, 488. Am Bahnhof erhielt Zweig auch eine Einladung seines Verlegers nach Leningrad. Ebd., 488.

1034 NFP, 28.10.1928, 2f.

1035 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 610) Liasse Russland 33/1, 24.388-13/1928, GSB Moskau Zl. 821/134, 15.9.1928; VM, 11.9.1928, 1; Izvestija, 12.9.1928, 5.

1036 Zweig an seine Frau Friderike, Moskau, 11.9.1928, zit. in: Zweig-Briefe, 212.

beobachtete der Geschäftsträger der österreichischen Gesandtschaft Karl Hudeczek mit großem Missfallen das offiziöse Auftreten Zweigs, das ohne Absprache mit den österreichischen Behörden stattfand. Entgegen den Usancen hatte Zweig auch nicht mit der diplomatischen Vertretung Kontakt aufgenommen. Hudeczeks Bericht zufolge unterstrich Zweig zunächst die große Bedeutung des Schriftstellers Tolstoj für die Vermittlung der russischen Literatur und Kultur nach Westeuropa. Danach lag der Schwerpunkt auf dem Wirken Tolstojs als Moralist und Pazifist und dessen weiteren Einfluss auf pazifistische Strömungen während des Ersten Weltkriegs. Im Resümee bewertete Hudeczek den Auftritt Zweigs als wenig gelungen¹⁰³⁷: »Diese weder sehr inhaltsreichen, noch auch besonders originellen Darlegungen waren auch keineswegs in einer der hiesigen Mentalität gemäßen Form vorgebracht worden. Zweig sprach durchaus als bürgerlicher Ästhet und Literat, in einer Weise etwa, wie er ein Feuilleton hätte schreiben können, und machte sich auch gewisser Verstöße gegen russische Empfindlichkeit schuldig. So sprach er immer von ›Europa‹ und den ›Europäern‹ im Gegensatz zu den Russen, die also dann ganz offenbar Asiaten sein müssten. Es war denn auch der Applaus, der bei seinem Erscheinen demonstrativ gewesen war, bei seinem Abgang recht schütter und wenig enthusiastisch.«¹⁰³⁸

Für die Sowjetpropaganda war es unerheblich, wie und was genau Stefan Zweig vortrug. Sie verwertete die Rede des prominenten bürgerlichen Literaten jedenfalls für ihre Zwecke, denn er war eindeutig der Star unter den wenigen ausländischen Teilnehmern der Tolstoj-Feier. Nur die Gäste aus Deutschland, der Schriftsteller Bernhard Kellermann und der Journalist Gustav Mayer, standen noch im besonderen Blickfeld der Presse.¹⁰³⁹ Die wichtigsten Zeitungen der UdSSR, das Regierungsorgan *Izvestija* und das Parteiblatt *Pravda* »zitierten« längere Passagen des Beitrags Stefan Zweigs in russischer Übersetzung – allerdings mit unterschiedlichen Interpretationen der zentralen Aussagen über

1037 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 610) Liasse Russland 33/1, 24.388-13/1928: GSB Moskau Zl. 821/134, 15.9.1928.

1038 Ebd.

1039 Bernhard Kellermann, Gustav Mayer und Stefan Zweig wurden am 11. September als einzige in der *Izvestija* mit Fotos abgebildet. *Izvestija*, 11.9.1928, 4. Vgl. auch: VM, 11.9.1928, 1. Über einen Empfang der ausländischen Gäste beim Allrussischen Schriftstellerverband berichtete die Zeitschrift *Ogonëk* und listete in dieser Reihenfolge auf: Stefan Zweig, der amerikanische Professor Henry (»Harry«) Wadsworth Longfellow Dana, der italienische Professor Ettore Lo Gatto, der japanische Gelehrte Nobori Shomu (d. i. Noboru Naotaka), der spanische Journalist Julio Álvarez del Vayo, die estnischen Schriftsteller Johannes Barbarus (d. i. Johannes Vares) und Johannes Semper, der Österreicher Salomon Tocker, die georgischen Dichter Grigol Robakidze (Robak'ije) und Tician Tabidze (Tabije). [Die Namen sind hier korrigiert angegeben.] *Ogonëk*, Nr. 49, 30.9.1928, 15. Die Georgier waren selbstverständlich Sowjetbürger. Der Amerikaner Dana lebte zu dieser Zeit in der UdSSR.

den ausschlaggebenden Moment für die Weckung des Interesses des Westens an Russland.

Die *Izvestija* brachte eine recht glaubwürdige Version. Stefan Zweig betonte in dieser Frage die Bedeutung von Tolstoj's Roman »Krieg und Frieden«: »Der Westen blickte auf Russland, wie auf ein Land, von dem man nichts lernen könne. Erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit begann man im russischen Volk eine Quelle kultureller Schätze zu finden. Einer der Faktoren, der zu dieser Veränderung der Sicht auf Russland beitrug, ist das Werk Tolstoj's. Als erstmals *Krieg und Frieden* in europäische Sprachen übersetzt wurde, war der Westen überrascht, dass in Russland ein derartiges Epos geschaffen werden konnte.«¹⁰⁴⁰ Bei der *Pravda* hingegen wirkte der Literat beinahe wie ein Parteitagator, welcher die zentrale Rolle der Oktoberrevolution nicht »vergaß«: »Ich bin außerordentlich betrübt, dass ich genötigt bin, vor Russen nicht in Russisch zu sprechen, aber das ist ein Resultat des bis in die jüngste Zeit bestehenden geringschätzigen Verhältnisses des bourgeoisen Europas zum russischen Volk. [...] Nun, nach der Revolution, blickt man [...] auf die russische Sprache und auf die russische Kultur als eine Quelle von Schätzen, welche die europäische Kultur wiederbeleben und erneuern werden. Einer dieser Schätze stellt Lev Tolstoj dar.«¹⁰⁴¹

Nach der Festveranstaltung im Bolschoj Theater stand Zweig ein äußerst dichtes Programm bevor: Gleich am nächsten Tag besuchte er das Dostoevskij-Museum und das Historische Museum, wohnte der Eröffnung des Tolstoj-Museums und des Tolstoj-Hauses bei, traf mit einigen jungen russischen Schriftstellern zusammen und besuchte die Oper Eugen Onegin. Noch in der Nacht auf den Mittwoch (12.9.) ging es gemeinsam mit einer Delegation von insgesamt 76 Personen, darunter Lunačarskij und VOKS-Vorsitzende Ol'ga Kameneva, nach Jasnaja Poljana, dem Geburtsort von Lev Tolstoj, 220 Kilometer südlich von Moskau. Dort wurde ein Denkmal für Tolstoj enthüllt und die von ihm gegründete Schule in einem Steinbau wiedereröffnet. Zurück in der Hauptstadt folgten Treffen mit Schriftstellern und Künstlern, z. B. mit Maksim Gor'kij und dem Regisseur Sergej Ėjzenštejn, ein Empfang beim Allrussischen Schriftstellerverband, außerdem ein Rundgang im Kreml, eine Vorstellung des Moskauer Künstlertheaters und wahrscheinlich auch im Theater Aleksandr Tairovs. Am Samstag (15.9.) reiste Zweig auf Einladung des Verlags Vremja mit dem Nachtzug nach Leningrad, konnte dort am Sonntag die Eremitage und die Oper besuchen, bevor er abends wieder nach Moskau aufbrach. Am Montag, dem 17. September, richtete Zweig vor der Abreise im Grand-Hotel Moskau ein

1040 *Izvestija*, 12.9.1928, 5.

1041 *Pravda*, 12.9.1928, 5.

Frühstück mit russischen Schriftstellern, wie Boris Pil'njak, Vsevolod Ivanov, Abram Ėfros, Vladimir Lidin, Sergej Budancev, Lev Nikulin sowie einigen ausländischen Kollegen und Journalisten, aus.¹⁰⁴²

In der sowjetischen Propaganda erfüllte Zweig seine Rolle als repräsentabler, wissbegieriger und objektiver Ausländer. Er hätte es als »Pflicht« empfunden, »mit eigenen Augen auf das Land zu sehen, das durch die Kraft des Volkswillens den gesamten Aufbau seiner Lebensweise geändert und ein neues Leben eingerichtet hat«, wollte »nur schauen und sich daran begeistern, was er Neues und Ungewöhnliches findet, ohne sich zu erlauben unter den Einfluss irgendwelcher feindlicher Stimmungen zu geraten«¹⁰⁴³ und klagte über das mangelnde Wissen über die Sowjetunion und die »tendenziöse und qualitativ schlechte antisowjetische Literatur«. Der Schriftsteller kündigte eine neuerliche Reise in UdSSR an, um das sowjetische Leben genauer kennen zu lernen und dann seine Eindrücke dem europäischen Publikum zu schildern.¹⁰⁴⁴

Auch wenn die Zitate klischeehaft klingen, so sind sie angesichts von Zweigs Äußerungen in seinen Briefen als durchaus glaubwürdig einzustufen. Zweifellos hatte er bis etwa 1932/33 den Plan, wieder die UdSSR zu besuchen. Doch dazu sollte es nicht kommen.¹⁰⁴⁵ Von der Russlandreise 1928 war Zweig sehr begeistert. Bereits vor der Abfahrt nach Jasnaja Poljana schrieb er an seine Frau Friderike: »Ich bin glücklich alles gesehen zu haben, es ist ein Eindruck für das ganze Leben.«¹⁰⁴⁶ Das Grab Tolstojs zu sehen, war für ihn »die seit zehn Jahren stärkste Emotion«, schrieb er später Rolland.¹⁰⁴⁷ In seinen Memoiren *Die Welt von Gestern* gestand Zweig, dass er »in manchen Augenblicken in Rußland nahe daran war, hymnisch zu werden«. Angeblich war es ein heimlich zugesteckter Brief eines Unbekannten, der ihn auf die negativen Erscheinungen der Sowjetdiktatur – die Überwachung, Kontrolle, fehlende Meinungsfreiheit – aufmerksam machte und nachdenklich stimmte.¹⁰⁴⁸ »So kam es, daß, während fast alle anderen europäischen Schriftsteller, die von Rußland zurückkamen,

1042 Rekonstruktion aus: Briefe Zweigs an seine Frau Friderike vom 11.9.1928, zit. in: Zweig-Briefe, 212f. Stiftung Salzburger Literaturarchiv, Notizbuch Stefan Zweigs zur Russlandreise, 9. Feuilleton Stefan Zweigs »Reise nach Russland« in der NFP (s. w. u.) sowie Presseberichten. VM, 12.9.1928, 1 und 18.9.1928, 1; Ogonëk, Nr. 49, 30.9.1928, 15. Einzelne detailliertere Angaben finden sich bei Azadovskij: Stefan Cvejg, 489–491. Auf einen Besuch des Tairov-Theaters am 13.9. weist ein Eintrag im Notizbuch Zweigs hin. Es ist aber unklar, ob dieser Programmpunkt wirklich stattfand.

1043 VM, 11.9.1928, 3.

1044 VM, 18.9.1928, 1. Vgl. Izvestija, 19.9.1928, 3. Večernjaja Krasnaja gazeta, 16.9.1928, 16. Zit nach: Azadovskij: Stefan Cvejg, 491.

1045 Zweig an Rolland, 21.9.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 300. GARF R-5283/10/161, 148: Stefan Zweig an Ol'ga Kameneva, 15.11.1928. Azadovskij: Stefan Cvejg, 491.

1046 Zweig an seine Frau Friderike, Moskau, 11.9.1928, zit. in: Zweig-Briefe, 213.

1047 Zweig an Rolland, 21.9.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 299.

1048 Zweig: Welt, 383f.

sofort ein Buch veröffentlichten mit begeistertem Ja oder erbittertem Nein, ich nichts als ein paar Aufsätze schrieb. Und ich habe mit dieser Zurückhaltung gut getan, denn schon nach drei Monaten war vieles anders, als ich es gesehen, und nach einem Jahr wäre dank der rapiden Wandlungen jedes Wort schon von den Tatsachen Lügen gestraft worden.«¹⁰⁴⁹

Diese Darstellung aus dem Jahr 1942, mit der Zweig seine »paar Aufsätze« wie bedeutungslos abtat, ist zu hinterfragen. Auch die behauptete Einsicht durch das anonyme Schreiben mutet unglaublich an, selbst wenn die Episode wirklich so stattgefunden haben sollte. Denn Zweigs kritische Einschätzungen zur Lage in der UdSSR sind durch zwei lange Briefe an Rolland, die er kurz nach der Rückkehr verfasste, eindrucksvoll dokumentiert.¹⁰⁵⁰ Sie sind zu detailliert, als dass sie nur von einem fremden Hinweis stammen könnten.

Zweig zeigte sich von der historischen Unausweichlichkeit der Russischen Revolution aufgrund der großen sozialen Gegensätze im Zarenreich überzeugt und bewunderte die Entwicklungen und Leistungen der ersten zehn Jahre der Sowjetmacht, vor allem die – damals noch liberale – Nationalitätenpolitik und die Verwaltung des riesigen Staates. Gewiss hatte er den Terror und die Unfreiheiten im Regime selbst erkannt, vor allem die schwierige Lage der Intellektuellen. Dennoch glaubte er im Interesse jener zu handeln, wenn er sich der öffentlichen Kritik enthielt: »Jedenfalls, die Kontinental Sperre würgt die Menschen dort furchtbar, und es wäre verbrecherisch, sie jetzt durch irgendwie öffentliche Angriffe schwächen zu wollen. Abgesehen davon, daß jede Veröffentlichung meinerseits die Leute in Gefahr bringt, die ich gesprochen habe (jedes Telefongespräch, jede Begegnung wird dort kontrolliert), so handelte man damit auch gegen den inneren Wunsch jener Menschen, die, wie ich betone, doch für die Revolution sind und nur unter dem Augenblick des Terrors so schwer leiden.«¹⁰⁵¹

Zweig war erschüttert über die »supramussolinische Diktatur«, bezeichnete aber jene in der UdSSR im Unterschied zu Italien als »defensive, um einen der gefährlichsten Augenblicke zu überwinden«.¹⁰⁵² Der Pazifist hielt es für einen »Fehler, der russischen Revolution jetzt in den Rücken zu fallen«, denn ein Scheitern erschien ihm »trotz allem und allem und allem ein furchtbares Unglück für die Welt, denn wir stünden dann einer Reaktion gegenüber, wie sie ähnlich geschlossen und einheitlich nie in Europa gesehen wurde«.¹⁰⁵³ Schließlich findet sich auch bei ihm eine oft bemühte These: »Freilich, der Ter-

1049 Ebd., 384.

1050 Zweig an Rolland, 21.9.1928 und 3.10.1928, zit. in: Rolland-Briefe, 296–301 und 303–307.

1051 Zweig an Rolland, 21.9.1938, zit. in: Rolland-Briefe, 299.

1052 Ebd., 300.

1053 Ebd., 298.

ror ist nicht zu beschönigen, wahrscheinlich nur ist er der historischen Struktur Rußlands gemäß, denn [...] die Russen leiden nicht in demselben Maße unter der Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte wie wir.«¹⁰⁵⁴ Gleichzeitig konnte er sich einer gewissen Bewunderung nicht enthalten: »Man bekommt doch viel Achtung vor diesen Leuten, die einerseits brutale Fanatiker und dennoch keine Utopisten sind, die trotz des Scheiterns ihrer Grundmaxime von der Weltrevolution Rußland selbst als Welt konstruieren, als eigenen Erdball mit besonderen Daseinsformen.«¹⁰⁵⁵

Trotz aller Bedenken hinsichtlich einer öffentlichen Stellungnahme war es Stefan Zweig ein Anliegen »die erschütterte Sympathie Europas für ein Land wachzurufen, das noch immer im Jahre 1928 im Jahre 1918 hält, inmitten der Krisen und Zwangsmäßigkeiten.«¹⁰⁵⁶ In diesem Sinne veröffentlichte er die Feuilletonsreihe *Reise nach Rußland* in der *Neuen Freien Presse*.¹⁰⁵⁷ Unübersehbar auf der Titelseite startete die sechsteilige Serie am 21. Oktober 1928 mit einem großen Artikel. Zu Beginn machte Zweig klar, »nur Impressionen« wiederzugeben und bei seinen Schilderungen »nicht zu übertreiben, nicht zu entstellen und vor allem nicht [...] lügen« zu wollen.¹⁰⁵⁸ Über weite Strecken beschränkte Zweig sich tatsächlich auf Beschreibungen. Doch enthielten die Darstellungen genügend Passagen, die von einem Grundton der Sympathie für das »ungeheuerste soziale Experiment«¹⁰⁵⁹ durchdrungen waren.

Das verbreitete Thema der Russlandliteratur, den Grenzübergang als erstes Erlebnis beim Kennenlernen der »neuen Welt«, griff Zweig auf, um mit dem Klischee vom »Rotgardisten, grimmig bis an die Zähne bewaffnet«, aufzuräumen: »Die Revision exakt, genau und geschwind, mit aller erdenklichen Höflichkeit: schon beim ersten Schritt auf die russische Erde spürt man, wieviel Lüge und Übertreiblichkeit [sic!] man noch totzutreten hat.«¹⁰⁶⁰ In seinem Bemühen, Verständnis für Russland und die historischen Entwicklungen zu wecken, kam der Schriftsteller immer wieder auf eine Erklärung zurück: die unvergleichliche »unbeschränkte Leidensfähigkeit« des »seit tausend Jahren

1054 Zweig an Rolland, 3.10.1938, zit. in: Rolland-Briefe, 305.

1055 Ebd., 306.

1056 Ebd., 306f.

1057 NFP (Morgenblatt): 21.10.1928, 1–2 (»Redliche Vorbemerkung«, »Umstellung ins Russische«, »Moskau: Straße vom Bahnhof her«); 23.10.1928, 1–3 (»Moskau: Blick vom Kreml«, »Moskau: Der rote Platz«, »Das alte und neue Heiligtum«); 26.10.1928, 1–3 (»Moskau: Museen«, »Heroismus der Intellektuellen«); 28.10.1928, 1–3 (»Besuch bei Gorki«, »Die jungen Dichter«, »Theater«, »Tolstoj-Feier«); 1.11.1928, 1–3 (»Jaßnaja Poljana«, »Das schönste Grab der Welt«, »Ausflug nach Leningrad«); 6.11.1928, 1–2 (»Schatzkammer der Eremitage«, »Epilog«). Die Erzählung ist nicht chronologisch aufgebaut.

1058 NFP, 21.10.1928, 1.

1059 NFP, 26.10.1928, 2.

1060 NFP, 21.10.1928, 1.

leidensgewohnten und beinahe leidensfreudigen« russischen Volkes.¹⁰⁶¹ »Denn die Gefahr und das Genie dieses Volkes liegt vor allem in seinem ungeheuerlichen Wartenkönnen, in der uns unfaßbaren Geduld, die so weit ist wie das russische Land. Diese Geduld hat die Zeiten überdauert, sie hat Napoleon besiegt und die zaristische Autorität, sie wirkt auch jetzt noch als der mächtigste und tragende Pfeiler in der neuen sozialen Architektur dieser Welt.«¹⁰⁶²

Negative Erscheinungen wie verfallene Häuser auf der Hauptstraße Tverskaja, die akute Wohnungsnot in Moskau und die ärmlichen Lebensverhältnisse verschwieg Zweig nicht. Sie dienten ihm aber dazu, abermals die »Leidensfähigkeit« und die Willenskraft der Bevölkerung oder den »Heroismus der Intellektuellen« hervorstreichen, wie am Beispiel des weltberühmten Regisseurs Sergej Ėjzenštejn, der in einem bescheidenen Zimmer in einer Kommunalka wohnte und trotz Angeboten aus Hollywood der UdSSR treu blieb. Neben der »Geduldskraft« des Volkes, dem »Idealismus und der Aufopferungsfähigkeit« der Intellektuellen schrieb Zweig es »der unerhörten, harten fanatischen Energie seiner Diktatoren« zu, dass das Sowjetregime bereits zehn Jahre überdauert hatte.¹⁰⁶³ So schwingt eine gewisse Achtung für die Machthaber mit, die mit der Errichtung des Lenin-Mausoleums die Frömmigkeit des »glaubensfanatischen Volkes« für sich nutzten, »nur hat eine geschickte Hand mit energischem Ruck sie vom Religiösen ins Soziale gewandt, Führerverehrung statt des Heiligendienstes«.¹⁰⁶⁴ »[...] auch hier hat mit ihrem unfehlbaren Instinkt für Massenwirkungen die neue Regierung gerade an das Urälteste und darum Wirksamste im russischen Volkstum angeknüpft. Sie hat sehr richtig gefühlt, daß man, gerade weil die marxistische Lehre eine in sich sachliche, unmystische, eine logische und durchaus amüsische ist, sie rechtzeitig in Mythos verwandeln und mit aller Inbrunst des Religiösen erfüllen müsse. So haben sie heute, nach zehn Jahren, aus ihren politischen Führern schon Legenden gestaltet, aus ihren Opfern Märtyrer, aus ihrer Ideologie eine Religion [...]«¹⁰⁶⁵

Als weiteren Faktor für den Erfolg der Revolution nannte Zweig den breiten Zugang zur Bildung und zum Kulturleben sowie den entschiedenen Kampf gegen den Analphabetismus:¹⁰⁶⁶ »Jahrhunderte war hier eines der begabtesten und aufgewecktesten Völker durch den Zarismus und die ihm gefällige Kirche gewaltsam verdumft und von allen Bildungsmöglichkeiten abgeschnitten worden.« Den Literaten beeindruckten »die plötzlich aufgebrochene stürmi-

1061 Ebd., 2.

1062 Ebd.

1063 NFP, 26.10.1928, 2f.

1064 NFP, 23.10.1928, 3.

1065 Ebd.

1066 NFP, 28.10.1928, 2.

sche Neugier nach Bildung bis in die untersten Klassen hinein«¹⁰⁶⁷, der Andrang der verschiedenen Bevölkerungsschichten in die Museen und Theater. Zweigs Schlussfolgerung wirkte provokant: »nirgends so deutlich, nirgends so glücklich wie in der Kunst drückt sich so sinnlich der marxistische Gedanke aus, dass alles allen gehören solle«¹⁰⁶⁸ und: »Über die gewaltsame Requirierung privaten Kunstesigentums zugunsten der ganzen Nation sich zu begeistern oder zu erbittern, bleibt ein Politikum: jedenfalls genießt zurzeit der Fremde und der Kunstfreund das aktuelle Resultat als eine Überwältigung mit beispielloser Vielfalt und Fülle.«¹⁰⁶⁹

Die Besichtigung des prunkvollen Winterpalais des Zaren und der Eremitage in Leningrad, die »dank der kommunistischen Privatenteignung« eine »phantastische Erweiterung« erfahren hatte, und schließlich der Blick in die reiche zaristische Schatzkammer ließen ihn die tiefen sozialen Kontraste, »die Gespanntheit [...] zwischen der irrwitzigsten und gotteslästerlichen Verschwendung der Zaren und jener abgründigen, fast teuflischen Armut der moskowitzischen Hungerdörfer« als Ursache der Revolution erkennen. Im Epilog hielt Zweig seinen »entscheidenden Eindruck« fest: »wir haben alle unbewußt oder bewußt an Rußland ein Unrecht getan und tun es noch heute. Ein Unrecht durch Nichtgenugwissen, Nichtgenuggerechtsein.«¹⁰⁷⁰

Mit der Reihe *Reise nach Rußland*, die damals in weiteren deutschsprachigen Zeitungen, auch in Deutschland, zumindest in Teilen erschien,¹⁰⁷¹ hatte sich der »unpolitische« Zweig erstaunlich stark exponiert. Mitte November 1928 übersandte er die Beiträge an Ol'ga Kameneva mit der Bemerkung: »Ich weiss genau, dass man bei Unkenntnis der Sprache, bei unzulänglicher Kenntnis der Verhältnisse kein Urteil abgeben darf, immerhin ist es genug und heute sogar schon viel, dass ich sicher weiss kein unwahres Wort gesagt zu haben. Und gerade dass sie [die Artikel] in eigentlich bürgerlichen Zeitungen erschienen sind, hat freilich manche erstaunt, aber jedenfalls im rechten Sinn gewirkt.«¹⁰⁷² Auch wenn Zweig selbst wohl wirklich glaubte, »kein Urteil« abgegeben zu haben, den Anspruch, »nicht zu entstellen«, erfüllte er mit Sicherheit nicht.

1067 Ebd., 1.

1068 NFP, 26.10.1928, 2.

1069 Ebd., 1.

1070 NFP, 6.11.1928, 1f.

1071 Das gesamte Feuilleton brachte die deutsche Zeitung Hamburgischer Correspondent in den Ausgaben vom 21.11., 25.11., 27.11., 29.11. und 1.12.1928. Ausschnitte befinden sich in: GARF R-5283/8/52. Auszüge erschienen in: Königsberger Hartung'sche Zeitung, 29.11.1928; Hallische Nachrichten, 11.1.1929, 17; Das Neue Russland, Dez. 1928, 51–53. Übersetzungen (außer in Russisch) gab es, soweit bekannt, erst ab etwa 1938. Reprint im Verlag Österreichische Journal-Aktiengesellschaft: Reise nach Rußland, 1928. Klawiter, Randolph J.: Stefan Zweig – an International Bibliography, Riverside 1991 (= Studies in Austrian literature, culture and thought), 33 (C18) und 384 (H531).

1072 GARF R-5283/10/161, 148: Zweig an Kameneva, 15.11.1928.

Kameneva hielt das Feuilleton für geeignet, im Ausland »Lügendeschichten zerstreuen zu helfen«. ¹⁰⁷³ Einzelne nicht erwünschte Aspekte, wie die »mystische Einschätzung des Geistes der Oktoberrevolution und des ›russischen Volkes« oder der Eindruck vom »finsteren Ernst« in den Straßen von Moskau, kommentierte sie in der Zeitung *Večernjaja Moskva* als »persönlichen Ausdruck seiner schriftstellerischen Psychologie« und »literarische Reminiszenzen«. ¹⁰⁷⁴ Die Sowjetpropaganda hatte ohnehin nur wenige Tage vergehen lassen, bis sie die Artikel Zweigs in der Leningrader Zeitung *Večernjaja Krasnaja gazeta* in Übersetzung veröffentlichte ¹⁰⁷⁵ und in verschiedenen Blättern auszugsweise brachte. ¹⁰⁷⁶ In Österreich druckte die KPÖ Passagen der Schilderung des »bürgerlichen Literaten« in der *Roten Fahne* vom 11. November ab. ¹⁰⁷⁷ Zweig handelte sich abseits davon mit den »paar Artikeln« über Russland heftige Kritik ein, wie er Rolland Anfang Dezember berichtete: »Ich werde nicht schlecht angegriffen, weil ich Rußland ›geholfen‹ habe. Aber ich mache mir nichts daraus.« ¹⁰⁷⁸

In Österreich war die Teilnahme Zweigs an der Tolstoj-Feier nur kurz registriert worden. ¹⁰⁷⁹ Viele österreichische Zeitungen reagierten mit Schweigen. ¹⁰⁸⁰ Nicht anders verhielt man sich in Bezug auf die nachfolgenden Russland-Artikel in der Presse. Das *Salzburger Volksblatt* hatte noch Ende Oktober 1928 den Versuch unternommen, die Darstellung Zweigs in einer tendenziell antisowjetischen Weise zusammenzufassen, ¹⁰⁸¹ gab dies aber in der Folge auf. Eine Vorstellung von der Empörung in sowjetfeindlichen Kreisen gibt das antisemitische Salzburger Blatt *Der eiserne Besen*, das einen Leserbrief zitierte: »Stefan Zweig! Würdest du ebenso schreiben, wenn man dir dein schönes Haus in Salzburg und alles, was du darin in Jahren des Reisens gesammelt, privatent-

1073 Ebd., 149: Kameneva an Zweig, 30.11.1928.

1074 VM, 3.12.1928, 3. Vgl. deutsche Variante in GARF R-5283/6/963/67-68.

1075 *Večernjaja Krasnaja gazeta*, 27.10.1928, 4; 29.10.1928, 4; 5.11.1928, 4; 26.11.1928, 2. Zit. nach: Azadovskij: Stefan Cvejg, 488.

1076 VM, 30.10.1928, 3 (»Stefan Cvejg. Moskva«); 5.11.1928, 3 (»Stefan Cvejg. Moja vstreča s Gor'kim«). *Krasnaja Gazeta* (Leningrad), 5.11.1928 (»Krasnaja ploščad'«, vstreča s Gor'kim«) und 26.11.1928 (»Molodye poëty – Teatr – Prazdnovanie jubileja Tolstogo«). Erst im Juli 1929 brachte die Wochenschrift *Ogonëk* einen Auszug über die Eremitage. *Ogonëk*, Nr. 26, 7.7.1929, 14 (»Sokrovščica Ermitaža. Ich očerkov ob SSSR Stefana Cvejga«). Vgl. Klawiter: Zweig, 384f.

1077 RF, 11.11.1928, 10f.

1078 Zweig an Rolland, 5.12.1928, zit in: Rolland-Briefe, 310.

1079 Allgemeine Artikel unter dem Titel »Die Tolstoj-Feier in Rußland« mit Erwähnung der »überaus eindrucksvollen Rede« Zweigs finden sich in: NFP, 16.9.1928, 17. Ähnlich in: WZ, 18.9.1928, 10. Kurze Meldungen über den Aufenthalt Zweigs in Moskau in: Std, 20.9.1928, 10; SVBl, 17.9.1928, 6; SVBo, 23.9.1928, 2; SC, 17. und 19.9.1928. Keine entsprechenden Artikel wurden gesichtet in: AZ, RP und DRF.

1080 Keine Reaktionen in: RP, NWJ, Salzburger Chronik, Die Stunde, Der Abend und AZ. (Geprüfter Zeitraum: 22.10. bis 21.11.1928).

1081 SVBl, 30.10.1928, 5f.

eigenen würde?« Die Redaktion bemerkte dazu, dass »der Jude Stefan Zweig eben weil er Semite ist, für das Leid Rußlands kein Gefühl aufbringt und die Herrschaft seiner Rasse dortselbst als etwas Selbstverständliches ansieht. Die Russen, als Arier, sollen im Stall hausen. Juda und er, der koschere Dichterling jedoch, in Palästen, als das auserwählte Volk!«¹⁰⁸²

Die VOKS wollte Zweig weiterhin für ihre Zwecke verwenden, ihn zu einem Referat gegen die antisowjetische Religionskampagne bewegen¹⁰⁸³ oder für die Funktion des Vorsitzenden der ÖG gewinnen.¹⁰⁸⁴ Doch Riš musste in Gesprächen mit Zweig schon 1930 feststellen, dass dieser bei aller Sympathie zur UdSSR nicht imstande war, seine »Angst vor der Politik« zu überwinden.¹⁰⁸⁵ Noch Anfang 1933 hielt die VOKS-Zentrale Zweig für ein ideales Aushängeschild der ÖG. In Wien aber teilte der VOKS-Bevollmächtigte Nekundě diese Meinung nicht. Er bezeichnete Zweig als einen »außerordentlichen Feigling«, weil dieser die Teilnahme bei den Gor'kij-Feiern in Leningrad im Herbst 1932 abgesagt hatte.¹⁰⁸⁶

Trotz aller Angriffe und seiner politischen Zurückhaltung zeigte Zweig aber weiterhin offen Sympathie für die UdSSR. Auf seine Initiative hin wurden einige Literaten der neuen Generation der Sowjetunion zum PEN-Club-Kongress in Wien im Juni 1929 eingeladen.¹⁰⁸⁷ Dies brachte die Kulturfunktionäre in Moskau allerdings in Verlegenheit, da eine Teilnahme aus ideologischen Gründen de facto undenkbar war.¹⁰⁸⁸ Das Ansinnen scheiterte offiziell, weil die Eingeladenen keine Pässe hatten.¹⁰⁸⁹ 1930, im Zuge der sowjetischen Kampagne gegen die Interventionsgefahr, hatte sich Zweig ebenso wie z. B. Johann R. Becher, Kurt Tucholsky und Rolland an der Umfrage »Wie würden Sie sich im Falle eines Krieges gegen die UdSSR verhalten?« beteiligt.¹⁰⁹⁰ Dies brachte Zweig wieder »eine Menge Attacken« und Beschimpfungen als »Bolschewisten« ein.¹⁰⁹¹ Dennoch meldete sich der Pazifist im Frühjahr 1932 mit offenen Briefen zur »Kriegsgefahr« und möglichen An-

1082 Der eiserne Besen, 23.11.1928.

1083 GARF R-5283/1a/142/20–21: Riš an VOKS, 13.3.1930. Ebd., 14: VOKS an Riš, 20.3.1930. Ebd., 18: VOKS an Riš, 9.4.1930.

1084 Ebd., 51–52: Asmus an VOKS und NKID, 31.5.1930.

1085 Ebd., 47–48: Riš an Petrov, 14.4.1930.

1086 GARF R-5283/1a/219/5–12: Lerner an Nekundě, 22.2.1933. Ebd., 26–31: Nekundě an Lerner, 11.11.1933. Noch am 10. September 1932 bestätigte das Jubiläumskomitee die Zusage von Zweig. GARF R-5283/6/973/2: Jubiläumskomitee an Zweig, 10.9.1932.

1087 GARF R-5283/6/955/200: Zweig an Kameneva, 25.5.1929. Vgl. GARF R-5283/6/954/22–25: S. Tocker an VOKS, 23.5.1929.

1088 GARF R-5283/1a/126/27: VOKS an Kalina, 4.6.1929.

1089 Zweig an Rolland, 26.6.1929, zit. in: Rolland-Briefe, 329.

1090 Z. B. veröffentlicht in DRF, 29.6.1930, 5.

1091 Zweig an Rolland, 5.7.1930, zit. in: Rolland-Briefe, 377.

griffen auf die UdSSR zu Wort, zunächst mit »Der Krieg gegen die UdSSR soll der Ausweg aus der Krise werden«. ¹⁰⁹² Ein Schreiben an den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Österreich vom Juni 1932 kritisierten die Kommunisten jedoch als Aufforderung zum »Verzicht auf Kritik«. ¹⁰⁹³ 1933 erschien eine Aussage Zweigs zum 50-jährigen Todestag von Karl Marx in der Sowjetpresse, gemeinsam mit anderen Zitaten von Schriftstellern wie Jakob Wassermann, Hugo Huppert und Georg Lukács. ¹⁰⁹⁴ Diese öffentlichen Äußerungen Zweigs nutzte die Sowjetpropaganda wiederholt in Kompilationen, wie z. B. 1932 in einem Band zum 15-jährigen Revolutionsjubiläum mit Stellungnahmen bekannter Ausländer zur Sowjetunion. ¹⁰⁹⁵

In den Augen der Bolschewiki waren aber Zweigs »Pazifismus« und seine »Inkonsequenz« zu kritisieren, ¹⁰⁹⁶ denn dieser rief stets zur Ruhe, zum gemeinsamen Handeln der friedensliebenden Kräfte auf und betonte seine Parteilosigkeit. Rolland ließ sich inzwischen vom Stalinismus vereinnahmen und trat weit kämpferischer für die UdSSR auf. Der Franzose schenkte 1936/37 auch den ungeheuerlichen Anklagen der Moskauer Schauprozesse Glauben, während in Zweig angesichts des Stalin'schen Terrors und des Personenkults Zweifel und Unbehagen hochkamen. ¹⁰⁹⁷ Trotz allem fiel er der »Revolution« nicht in den Rücken, wie in dem brieflichen Streitgespräch mit Rolland 1937 deutlich wird: »Mein Freund, ich weiß wohl, Sie verzeihen mir nicht, unentschieden gegen Rußland zu sein. Sie werden in meiner Antwort zum 20. Jahrestag sehen, daß ich die Größe voll anerkenne und daß ich für die Zukunft der Sowjets alles wünsche, was man wünschen kann – ich weiß, daß Rußland jetzt von der größten Koalition bedroht ist, die man je kannte – und andererseits begreife ich, daß man Rußland und den Bolschewismus nur vernichten will, um danach den Sozialismus, den Liberalismus, die Demokratie zu vernichten: wenn nur Stalin uns die Aufgabe nicht so schwer machte durch seine massenhaften Erschießungen.« ¹⁰⁹⁸

1092 »Der Krieg gegen die UdSSR soll der Ausweg aus der Krise werden«, in: Internacional'naja Literatura (Moskva), März/April 1932, Nr. 2. 10–11, zit. in: Stefan Zweig, Für ein Europa des Geistes. Ausstellung, Salzburg 1992, 75–77.

1093 DRF, 17.7.1932, 8.

1094 Internacional'naja literatura, Nr. 2/1933, 159. Zit. nach: Azadovskij: Stefan Cvejg, 494.

1095 Živov, M.: Glazami inostrancev. 1917–1932, Moskva 1932. Darin finden sich Auszüge von »Reise nach Rußland«, die Antwort auf die »Interventionsfrage« von 1930 und der offene Brief von 1932 »Der Krieg gegen die UdSSR soll der Ausweg aus der Krise werden«.

1096 Vgl. Azadovskij: Stefan Cvejg, 495f.

1097 Siehe Briefwechsel zwischen Zweig und Rolland, insbesondere um 1936/37. Zit. in: Rolland-Briefe, 640–651. Vgl. Azadovskij: Stefan Cvejg, 495f.

1098 Zweig an Rolland, 10.9.1937, zit. in: Rolland-Briefe, 661. Gemeint ist wohl ein Gratulationsschreiben an den sowjetischen Schriftstellerverband, das im November 1937 erschien. Azadovskij: Stefan Cvejg, 496.

Bei den österreichischen Behörden hatte Zweig sich schon mit der Russlandreise 1928 und seinen öffentlichen Äußerungen einen schlechten Ruf erworben. Die Hausdurchsuchung in seinem Domizil in Salzburg im Februar 1934 verstand Zweig jedenfalls folgendermaßen: »[...] es geschah einzig, um mir den ›Hinweis‹ zu geben, daß man mich als gefährliche Person ›kennt‹«. Die Ereignisse gaben den Ausschlag für Zweigs Emigration aus Österreich.¹⁰⁹⁹ 1934 glaubte das BKA/AA zugetragenen Informationen, dass Zweig in Paris und London »Greulpropaganda [sic!]« über die Februarkämpfe 1934 betrieb, und wies die Gesandtschaft in London an, gegebenenfalls mit dem Argument aufzutreten, dass Zweig »seit seiner Reise nach Sowjetrussland linksradikalen Tendenzen huldigt«.¹¹⁰⁰

1099 Zweig an Rolland, Paris, 25.2.1934, zit. in: Rolland-Briefe, 360. Die genauen Hintergründe zur Durchsuchung in Zweigs Haus sind in der Forschung noch nicht geklärt.

1100 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 400) Liasse Personalie Zweig Stefan, GZl. 51.910-13/1934, Telegramm des BKA/AA an die Gesandtschaft in London, März 1934.

3. Otto Neuraths »Wiener Methode« im Dienste der sowjetischen Propaganda

Der Soziologe, Nationalökonom und Philosoph Otto Neurath, Begründer und Leiter des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums (GWM) im »Roten Wien«, dessen zentrales Anliegen zeitlebens die »Demokratisierung des Wissens« war,¹¹⁰¹ arbeitete von Ende 1931 bis 1934 phasenweise in Moskau, um beim Aufbau des Instituts für Bildstatistik (Izostat) mitzuwirken. Seine »Wiener Methode« der Bildstatistik zur Veranschaulichung von komplizierten Sachverhalten sollte in der UdSSR angewandt werden.¹¹⁰² An seinem Beispiel zeigt sich, dass die Vernetzungen der ÖG bei der Entstehung und Realisierung von gemeinsamen Projekten mit der UdSSR auch im Bereich der Wissenschaft einen wichtigen Faktor darstellten.

Neurath war an den Entwicklungen in Sowjetrußland sehr interessiert und bemühte sich bereits um 1923 über die sowjetische Gesandtschaft um Dokumente, Quellen und Bücher zum Thema Wohnen im Arbeiter- und Bauernstaat.¹¹⁰³ Spätestens seit 1925 bestanden Kontakte Neuraths mit der VOKS. Über die Initiative der Kunsthistorikerin Fannina Halle während einer ihrer Studienaufenthalte in Moskau erhielt er über die Auslandskulturorganisation sozialwissenschaftliches und städtebauliches Material für sein neues GWM.¹¹⁰⁴ Gleichzeitig kam Neurath vermutlich über Fannina Halle, Carl Grünberg, Moritz Schlick oder über die Siedlungsbewegung in das Umfeld der ÖG in Wien

1101 Sandner, Günther: Demokratisierung des Wissens. Otto Neuraths politisches Projekt, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 38 (2009), H.2, 232.

1102 Vgl. Köstenberger, Julia: Otto Neurath und die Sowjetunion, in: Erker, Linda u.a. (Hg.): Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Österreichischer Zeitgeschichtetage 2010, Innsbruck / Wien / Bozen 2012, 101–107. Der vorliegende Abschnitt enthält noch weitere Forschungsergebnisse. Vgl. die grundlegende Arbeit von Stadler, Friedrich: »Wiener Methode der Bildstatistik« und politische Grafik des Konstruktivismus (Wien-Moskau 1931–1934), in: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Herausgegeben von der Historikerkommission der Österreichisch-sowjetischen Gesellschaft, Wien 1984, 220–249.

1103 Günther Sandner bereitet derzeit eine politische Biografie Otto Neuraths vor. Ich danke für die Einsicht in das Manuskript, Kapitel »IZOSTAT: Aufklärung als Propaganda?«.

1104 GARF R-5283/6/947/84: Neurath an Kameneva, 28.8.1925.

und gehörte ihr als Mitglied der Sektion für Volkswirtschaft an.¹¹⁰⁵ Neurath zeigte sich in Angelegenheiten der VOKS bzw. ÖG kooperativ: 1927 war er bereit, die ihm kurz davor für das GWM zugesprochenen Räumlichkeiten im Wiener Rathaus für die »Sowjetrussische Ausstellung« anlässlich des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution zur Verfügung zu stellen, doch die Gemeinde Wien legte ein Veto ein.¹¹⁰⁶

Ende der 1920er Jahre wurden die Kontakte mit den sowjetischen Vertretungen in Wien und der VOKS enger. Im November 1928 erbat Neurath beim Pressechef der Gesandtschaft der UdSSR Arnold Riš für die Erstellung von Tafeln über »Das Neue Russland« Materialien aus der UdSSR, wie z. B. Flaggen der autonomen Republiken und Gebiete, Ergebnisse von Volkszählungen, Fotografien von Volksgruppen in Alltagskleidung und Berichte über die Kolonisation und Wirtschaft in Sibirien, im Fernen Osten oder Kasachstan.¹¹⁰⁷ Zudem lenkte im Mai 1929 der ÖG-Aktivist Tocker die Aufmerksamkeit der VOKS auf die Vorteile der »Wiener Methode« für Ausstellungen: »Ich schlage also vor, verbindet Euch mit Neurath und veranstaltet eine Ausstellung moderner Diagramme, Statistiken und Plakate nach Neurath. Diese Methoden würden viel zur Belebung und Neugestaltung Eurer Gestaltung beitragen.«¹¹⁰⁸

Neurath bot im September 1929 und im Februar 1930 in Briefen an die VOKS die Erstellung einer Wanderausstellung über die UdSSR mit hundert Tafeln in einer Auflage von 10 000 Stück um 250 000 Schilling an und verwies darauf, dass die sowjetische Handelsvertretung in Wien einmal bereits neun Tafeln in Auftrag gegeben hatte. Die Mappen sollten verschiedenste Themen behandeln wie etwa Gebietsveränderungen, die Entwicklung von Bevölkerung und Siedlungen, landwirtschaftliche Produktion, soziale Gliederung in Stadt und Land, Sozialhygiene oder Bildung.¹¹⁰⁹ Riš hielt den Vorschlag für »interessant«, zweifelte aber aus finanziellen Gründen an der Realisierungsmöglichkeit.¹¹¹⁰ Auch in Moskau erkannte man den potenziellen propagandistischen Nutzen, doch die Bestellung einer größeren Mappensammlung schien zu teuer zu sein, wie der VOKS-Mitarbeiter Schumann am 9. April 1930 meinte:¹¹¹¹ »Was das An-

1105 Vgl. das Kapitel über die österreichisch-sowjetischen Kulturkontakte sowie die diesbezügliche Übersicht im Anhang. Mit Carl Grünberg, der sich bis Mitte 1924 für die Gründung der ÖG engagierte, war Neurath befreundet. Schütte-Lihotzky, Margarete: Mein Freund Otto Neurath, in: Stadler, Friedrich (Hg.): Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz, Wien / München 1982, 41.

1106 GARF R-5283/1a/81/35-36: Wiznitzer an Kameneva, 3.9.1927.

1107 GARF R-5283/6/955/83: Neurath an Riš, 5.11.1928.

1108 GARF R-5283/6/954/22-25: Tocker an VOKS, 23.5.1929.

1109 GARF R-5283/2/190/5-6: Neurath an Petrov, 11.2.1930.

1110 GARF R-5283/1a/142/20-21: Riš an VOKS, Kopie an NKID, 13.3. 1930.

1111 GARF R-5283/6/958/28: VOKS an Riš, 9.4.1930.

gebot von Neurath betrifft, so haben wir uns mit den entsprechenden Stellen in Verbindung gesetzt, einschlägiges authentisches Material zu beschaffen. Solches Material werden wir auf alle Fälle schicken. Die Frage der Bestellung von Tafeln und Mappen dagegen bedarf einer sehr sorgfältigen Prüfung durch verschiedene Instanzen. So unverkennbar es ist, dass eine Ausnützung der Neurath'schen Bildstatistik für unsere Propaganda im Auslande von großem Nutzen wäre, so zweifelhaft ist jedoch die Frage, ob es sich trotzdem lohnt die entsprechenden großen Ausgaben in ausländischer Valuta zu machen. Sobald in dieser Frage eine Entscheidung getroffen ist, werden wir Sie davon in Kenntnis setzen.«¹¹¹²

Kurz darauf intensivierten sich die Kontakte zwischen Neurath und den Mitarbeitern der sowjetischen Gesandtschaft: Èrik Asmus, Konstantin Komarovskij und Arnol'd Riš waren am 4. Juni 1930 bei der ÖG-Aktivistin Fannina Halle zu Gast und trafen dort auch auf Neurath. Dieser lud sie zu einer Besichtigung von Gemeindebauten und sozialen Einrichtungen des »Roten Wien« ein, die am 12. Juni stattfand.¹¹¹³ Einige Wochen später, am 25. Juli 1930, sprach Neurath bei Asmus in der Sowjetgesandtschaft vor und unterbreitete selbst den Vorschlag für einen Vertrag: Er bot technische Hilfe zur Herstellung von statistischen Tabellen und Diagrammen nach seiner Methode an.¹¹¹⁴ Während die Realisierung dieser Idee noch auf sich warten ließ, fand Anfang 1931 in Räumlichkeiten des GWM die Ausstellung »Wandermuseum des sowjetischen Kinderbuches« statt.¹¹¹⁵

Am 12. September 1931 konstatierte der Rat der Volkskommissare (SNK) die wachsende Bedeutung der Bildstatistik für Propaganda und Bildung und beschloss, alle staatlichen Organe sowie gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Organisationen zu verpflichten, die »Wiener Methode« Neuraths anzuwenden. Die Vereinigung der Staatsverlage für Bücher und Zeitschriften (OGIZ) wurde angewiesen, Neurath gemeinsam mit Instruktoressen in die UdSSR einzuladen. Sie sollten sowjetische Spezialisten für Bildstatistik ausbilden und Lehrmittel verfassen, um eine Basis für die selbstständige Weiterentwicklung der Methode in der UdSSR zu legen.¹¹¹⁶ Die Befürworter konnten sich dabei auf einen Beschluss des SNK aus den Zeiten der noch jungen Sowjetrepublik vom 7. August 1919 stützen: Schon dieser sah zur Vermittlung der Tätigkeit der Sowjeteinrichtungen und von statistischen Daten über die

1112 Ebd.

1113 AVP RF 05/10/59/32,37–38: Journal Jurenev (2. bis 21.6.1930).

1114 AVP RF 05/10/59/32,40–45: Journal Asmus (14.7. bis 31.7.1930).

1115 Vgl. Köstenberger: Otto Neurath, 103f.

1116 GARF R-3316/25/96/78: Beschluss des SNK vom 12. September 1931 »Über die Aneignung der Methode der Bildstatistik« (Kopie).

Volkswirtschaft die Verwendung von Kartogrammen, Diagrammen, Tabellen, Plakaten u. Ä. vor.¹¹¹⁷

Im November 1931 reiste Neurath zu Verhandlungen nach Moskau. Der Leiter der OGIZ Artemi B. Chalатов stellte die wichtigsten, teils sehr ehrgeizigen Vorhaben des geplanten Instituts für Bildstatistik Izostat vor: Oberste Priorität hatte die Darstellung der Errungenschaften der UdSSR und des Fortschritts im sozialistischen Aufbauwerk sowie der Weltwirtschaftskrise, in zweiter Linie wünschte man Arbeiten für Lehrmittel und Kinderbücher und schließlich die Entwicklung eines Zeichenlexikons für die UdSSR. Außerdem sollte bis Herbst 1932 in Moskau ein eigenes Museum eingerichtet werden, als Vorbild für weitere Filialen in anderen Städten.¹¹¹⁸ Chalатов und Neurath waren sich schnell einig und der Vertrag trat rückwirkend mit 1. November 1931 in Kraft. Neurath als technisch-methodologischer Direktor von Izostat und seine Mitarbeiter («Wiener Gruppe») hatten insgesamt ein Zeitkontingent von fünf mal 365 Tagen pro Jahr in Moskau, davon waren allein für Neurath mindestens 60 Tage vorgesehen. Um schnell mit der Arbeit beginnen zu können, stellte das GWM vorübergehend die notwendige Ausrüstung zur Verfügung.¹¹¹⁹

Faktisch begann die Kooperation bereits im Dezember 1931 mit ersten Instruktionen und der Auswahl von sowjetischen Spezialisten. Insgesamt scheint die Aktion sehr überhastet und planlos gewesen zu sein: Erst im Jänner 1932 beschloss die sowjetische Regierung offiziell die Gründung des »Instituts für Bildstatistik für Sowjetaufbau und -wirtschaft beim CIK« (Izostat) und überführte es aus der Kompetenz der OGIZ, die dem Volkskommissariat für Bildung der RSFSR angehörte, in das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR (CIK). Für die »methodologische Leitung« war eine eigene Kommission unter dem Vorsitz von Avel' S. Enukidze, dem Sekretär des Präsidiums des CIK, zuständig.¹¹²⁰ Man bestimmte einen Bekannten Neuraths zum leitenden Direktor: den ehemaligen Ersten Sekretär der Sowjetgesandtschaft in Wien Èrik Asmus. Zu diesem Zeitpunkt waren aber weder die Statuten, noch die langfristige Unterbringung und Finanzierung des Instituts geklärt.¹¹²¹

1117 GARF R-3316/25/96/79: Beschluss des SNK vom 7.8.1919, veröffentlicht in der Izvestija vom 9.8.1919.

1118 GARF R-3316/25/96/77–75: OGIZ an Neurath, Moskau, 12.11.1931.

1119 GARF R-3316/25/96/74–70: An Neurath, 12.11.1931. Ebd., 68: Neurath an Chalатов, Moskau 12.11.1931. Ebd., 67–66: Kopien der Vereinbarungen zwischen Chalатов und Neurath, November 1931 und Ergänzung vom 26.2.1932. Vgl. Erinnerungen von Marie Neurath über den Auftrag. Neurath, Marie: Otto Neurath, Wiener Methode, Isotype – Ein Bericht, in: Stadler, Friedrich (Hg.): Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz, Wien/München 1982, 27.

1120 GARF R-3316/25/96/8: Protokoll Nr. 28 der Sitzung des Sekretariats des Präsidiums des CIK vom 7.1.1932. GARF R-3316/25/9/104: Izostat-Kommission, Protokoll Nr. 2, 14.5.1932.

1121 GARF R-3316/64/1239/1: Asmus und Chalатов an Enukidze, 11.2.1932. GARF R-3316/43/715, 2–13: Erklärung zum Jahresbericht 1933. GARF R-3316/25/9/ 88–80: Asmus an Enukidze, 4.5.1932. Ebd., 8: Protokoll Nr. 28 der Sitzung des Sekretariats des Präsidiums des CIK vom 7.1.1932.

Die erste Phase der Existenz des Izostat war daher von großen organisatorischen Schwierigkeiten geprägt, die einen effizienten Einsatz der »Wiener Gruppe« zur Ausbildung der sowjetischen Kader verhinderten. Einerseits hatte die Institutsleitung zunächst einige Mühe, genügend interessierte und fähige Mitarbeiter für die Bildstatistik zu finden, andererseits konnte sie bis Mai 1932 infolge des Raummangels nur 33 statt der geplanten 57 Personen anstellen, wovon lediglich zwölf Prozent der VKP(b) angehörten. Aufgaben wie wissenschaftliche Arbeit oder Ausstellungen waren in Anbetracht dieser Situation nicht zu erfüllen. Abgesehen davon wohnten die österreichischen Spezialisten monatelang im teuren Grandhotel, weil der Mossovet noch keine Wohnung für sie bereitgestellt hatte. Dadurch konnte im Bedarfsfall kein zusätzliches Personal aus Wien anfordert werden. Asmus drängte im Mai 1932 bei Enukidze auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um den weiteren Bestand des Izostat zu sichern.¹¹²² Immerhin genehmigte im Juni 1932 das SNK Geldmittel zum Ausbau der Räumlichkeiten.¹¹²³

Trotz dieser widrigen Umstände war es bis dahin gelungen, erste Symbole und Materialien nach der »Wiener Methode« herzustellen, z. B. Diagramme für eine Publikation des CIK zum 15-Jahr-Jubiläum der Sowjetmacht oder für den zweiten Fünfjahresplan, sowie einzelne Kampagnen für Zeitungen und Ausstellungen zu begleiten.¹¹²⁴ Als eines der ersten Ergebnisse erschien im März, April und Mai 1932 in der *Izvestija* unter dem Titel *Bei ihnen und bei uns* eine Reihe von Statistiken, die Vergleiche zwischen der UdSSR und anderen Staaten in verschiedenen Bereichen anstellte, wie z. B. Ölproduktion, Produktion von Landwirtschaftsmaschinen, Beschäftigungszahlen in der UdSSR und Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Ländern.¹¹²⁵

Nicht allen gefielen die ersten Arbeiten des Izostat: Der erste Sekretär des Moskauer Parteikomitees Lazar M. Kaganovič übte Anfang April 1932 heftige Kritik an den Entwürfen von Diagrammen zur Wirtschaftsentwicklung: »Die ganze Arbeit [...] ist so durchzuführen, dass die Figuren mit genauer Sorgfältigkeit ausgewählt werden, damit Arbeiter und Bauer nicht wie Tölpel aussehen und die Kohlewaggons nicht wie Misthaufen[...]. [...] Man darf nicht zulassen, dass der Privatsektor vor der Revolution nur mit Dorfhütten und

1122 GARF R-3316/64/1239/1: Asmus und Chalotov an Enukidze, 11.2.1932. GARF R-3316/25/9/88–80: Asmus an Enukidze, 4.5.1932.

1123 GARF R-3316/25/9/113: Über die Geldmittel für das Institut für Bildstatistik, 16.6.1932.

1124 GARF R-3316/64/1239/1: Asmus und Chalotov an Enukidze, 11.2.1932. GARF R-3316/25/96/88–80: Asmus an Enukidze, 4.5.1932.

1125 Serie »У них и у нас« (»Bei ihnen und bei uns«) in der *Izvestija*, 21.3.1932, 1; 24.3.1932, 2; 25.3.1932, 2; 26.3.1932, 2; 27.3.1932, 2; 28.3.1932, 2; 29.3.1932, 2; 30.3.1932, 3; 31.3.1932, 3; 1.4.1932, 3; 3.4.1932, 3; 4.4.1932, 3; 8.4.1932, 3; 10.4.1932, 3; 11.4.1932, 3 (ohne Zeichnung); 20.4.1932, 3; 22.4.1932, 3; 7.5.1932, 3; 8.5.1932, 3; 12.5.1932, 3.

Pflug gezeigt wird. Die Zeichnungen müssen streng in Entsprechung mit dem politischen Inhalt gemacht werden. Dann müssen die Zahlen genauestens angeführt werden.«¹¹²⁶

Selbstverständlich musste die »Wiener Methode« an die sowjetischen Verhältnisse, d. h. an die politischen Ziele der »Diktatur des Proletariats« angepasst werden. Neurath sollte nur die Fertigkeiten für die Bildstatistik vermitteln, die konkrete Anwendung unterlag den politischen Zwecken der Propaganda. So beweist ein Beispiel aus der Mappe mit 64 Schautafeln zur Vermittlung der Ergebnisse des Ersten Fünfjahresplans der UdSSR (1928–1932) *Na strojke socializma. Dostiženija pervoj pjatiletki* aus dem Jahr 1933, dass das Prinzip Neuraths, Textfelder auf den Tafeln möglichst zu vermeiden, bei Bedarf missachtet wurde. Bei einer Darstellung zur Veranschaulichung der Budgetausgaben in den einzelnen Republiken der Sowjetunion, die überproportional hohe Ausgaben pro Einwohner in Weißrussland, in der Ukraine, im Kaukasus, in Usbekistan, Turkmenien und Tadschikistan als Untermauerung der Förderung der nichtrussischen Völker zeigen sollten, diente als Tafelüberschrift ein Beschluss des 10. Parteitages vom März 1921: »Die Aufgabe der Partei besteht darin, den werktätigen Massen der nichtgroßrussischen Völker zu helfen, das vorangeschrittene Zentralrussland einzuholen.« Dem ist noch ein Zitat Stalins beigefügt: »Die Periode der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR ist eine Periode der Blüte der nationalen Kulturen, sozialistisch im Inhalt und national in der Form.« Ansonsten zeigen die Bildstatistiken der Mappe in bewährter Manier die Entwicklungen der UdSSR in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, materielle Lage der Arbeiter und Bauern, Verkehr und kultureller Aufbau in diesen Jahren, sowie z. B. im Vergleich die Produktion von Traktoren in den USA und in der UdSSR oder die Fortschritte in der Zivilluftfahrt in der UdSSR.¹¹²⁷ Ähnliche Leistungsschauen in den Bereichen der Wirtschaft, Bildungspolitik, Gesundheitsversorgung, Wohnungsbautätigkeit, Informationswesen usw. waren als Bildstatistiken bereits im Herbst 1932 anlässlich des fünfzehnjährigen Jubiläums der Errichtung der Sowjetmacht in Russland erschienen.¹¹²⁸

Neurath war vom »Gesamterfolg der Sowjetarbeit« stark beeindruckt und stellte seine »Wiener Methode« in den Dienst der sowjetischen Propaganda.

1126 GARF R-3316/64/1239/9–11: L. M. Kaganovič an Enukidze, 11.4.1932.

1127 Vsesojuznyj institut izobrazitel'noj statistiki sovetskogo stroitel'stva i chozjajstva pri CIK SSSR: *Na strojke socializma. Dostiženija pervoj pjatiletki*, Moskva 1933. Alben über den 1. Fünfjahresplan erschienen auch auf Englisch und Französisch. Stadler: »Wiener Methode der Bildstatistik«, 235.

1128 Moskauer Rundschau, 6.11.1932. Beispiele für die Arbeit in Moskau finden sich in: Stadler: »Wiener Methode der Bildstatistik«, 231–236. Stadler, Friedrich (Hg.): *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit*. Otto Neurath – Gerd Arntz, Wien / München 1982, 258–260.

Zwar hatte der Sozialdemokrat den Auftrag der UdSSR mit Erlaubnis der SDAPÖ angenommen, doch fühlte er sich in Wien nun als »Bolschewik« abgestempelt, während er in der Sowjetunion mit der Etikettierung als »Sozialfaschist« umgehen lernen musste – auch, wenn er persönlich gut behandelt wurde, wie er an die Frauenrechtlerin Martha Tausk schrieb: »Als Sozialfaschist ist man natürlich ideologisch in Moskau völlig isoliert, aber als Spezialist kann man loyal sympathisierend am konkreten Aufbau mitwirken.«¹¹²⁹ Im Juni 1932 schrieb er in der *Moskauer Rundschau*: »In keinem Lande der Welt spielt die Statistik eine so große Rolle wie in der Sowjetunion. Der sozialistische Aufbau der Sowjetunion bringt ein rasches Anwachsen der Produktionsziffern, des Konsums und der Kulturarbeit.«¹¹³⁰

Izostat konsolidierte sich, trieb die Produktion voran und konnte Ende 1934 zwei Filialen in Charkow und Dnepropetrowsk eröffnen,¹¹³¹ doch die Realisierung der Vorhaben blieb deutlich unter den Zielvorgaben: Von einer flächendeckenden Durchsetzung der »Wiener Methode« in der UdSSR konnte keine Rede sein, die Frage der eigenen Räumlichkeiten blieb längere Zeit ein Thema und das Museum für Bildstatistik in Moskau kam über die Planungsphase nicht hinaus.

Im Frühjahr 1934 kündigte die sowjetische Seite den auf Valuten basierenden Vertrag mit Neurath, der daher mit 1. November 1934 auslief. Zwei bis drei Mitarbeiter der »Wiener Gruppe« wollten in Moskau bleiben und eine Bezahlung in Rubel akzeptieren, auch Neurath dürfte zu einem valutenlosen Vertrag bereit gewesen zu sein. Der neue Direktor des Izostat und ehemalige Pressechef der Wiener Sowjetgesandtschaft Komarovskij befürwortete eine weitere Kooperation mit Neurath, um die sowjetischen Kader weiter ausbilden zu können, eventuell sogar mit Praxiseinheiten im Ausland.¹¹³² Neurath baute gerade in Den Haag das »Mundaneum« weiter auf, nachdem er aufgrund der politischen Situation in Österreich in die Niederlande emigriert war.¹¹³³

Schließlich endete das gemeinsame Projekt mit Missstimmungen, da die sowjetische Seite eine Art Abfertigung von 6000 Dollar, die vertraglich im Fall

1129 International Institute of Social History, Amsterdam, Martha Tausk Papers, Sign. 109: Brief Otto Neuraths an Martha Tausk, [Frühjahr 1932]. Ich danke Günther Sandner für die Kopie des Briefes.

1130 Bildstatistik nach Wiener Methode in der Sowjetunion, in: *Moskauer Rundschau*, 19.6.1932. Abgedruckt in: Neurath, Otto. *Gesammelte bildpädagogische Schriften*. Hg. von Rudolf Haller und Robin Kinross, Bd. 3, Wien 1991, 207–209.

1131 1934 produzierte Izostat insgesamt 2038 Diagramme, Kartogramme, Losungen und Fotomontagen, gab vier Alben in russischer Sprache und zwei in anderen Sprachen heraus und gestaltete vier Plakate auf Russisch. Größere Räumlichkeiten waren nur angemietet. GARF R-3316/43/948/12–17: Erklärung zum Jahresbericht 1934, Komarovskij [1935].

1132 GARF R-3316/27/147/41: Komarovskij an Enukidze, 28.4.1934.

1133 Neurath, M.: Otto Neurath, 27.

einer Kündigung vereinbart worden war, verweigerte. Neurath bemühte sich im Oktober 1934 von Den Haag aus um eine Einigung und erinnerte daran, dass aufgrund dieser Regelung die laufenden Zahlungen an die »Wiener Gruppe« reduziert worden waren.¹¹³⁴ Komarovskij setzte sich noch im Februar 1935 beim CIK für die Lösung der Frage ein, doch vergeblich.¹¹³⁵ Bald darauf erhielt Izostat mit Vasil'evskij einen neuen Direktor¹¹³⁶ und kam in die Verwaltungsstrukturen des Gosplan, da die Kommission unter Enukidze faktisch nicht mehr aktiv war.¹¹³⁷ Die weitere Entwicklung der Bildstatistik in der UdSSR stand unter dem Diktat des Sozialistischen Realismus.¹¹³⁸

1134 GARF R-3316/27/147/35: Neurath an die Direktion des Instituts Izostat, Den Haag, 25.10.1934.

1135 GARF R-3316/27/147/24: Komarovskij an das Sekretariat des CIK, 7.2.1935. Neurath, M.: Otto Neurath, 27.

1136 GARF R-3316/27/147/45: Direktor Vasil'evskij an das Sekretariat des CIK, 22.5.1935.

1137 GARF R-3316/64/1239/13: An das ZK VKP(b), 20.7.1935. Ebd., 14: I. Akulov, 25.7.1935.

1138 Stadler: »Wiener Methode der Bildstatistik«, 24of.

»Rotes Kino«: Die Rezeption der »Sowjetfilme« in Österreich¹¹³⁹

Sozialdemokratie und Kino

Die österreichischen Sozialdemokraten waren sich schon relativ früh bewusst, dass das Kino auf die Arbeiterschaft eine größere Anziehungskraft ausübte als so manche Parteiveranstaltung. Um Einfluss auf deren Sehgewohnheiten zu gewinnen, wurde 1923 der Arbeiterbildungszentrale eine Filmstelle angeschlossen. Sie sollte zunächst alle erscheinenden Filme einer kritischen Prüfung unterziehen und Verzeichnisse mit empfehlenswerten Filmen anlegen.¹¹⁴⁰ Der Umstand, dass diese Initiative »erst« 1923 erfolgte, wird mitunter als »Verspätung« der Sozialdemokratie bezeichnet, und zwar in Hinblick »auf das Zu-vor-kommen der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Erkenntnis und Ausnutzung der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Films.«¹¹⁴¹ Fritz Rosenfeld¹¹⁴², der als Filmkritiker der *Arbeiter-Zeitung* über viele Jahre hindurch die Aufmerksamkeit der LeserInnen auf den »guten Film« im Sinne linker Wertvorstellungen zu lenken versuchte, wies 1929 darauf hin, dass seine Partei ein »Vierteljahrhundert« zugesehen habe, wie die kommerzielle Filmindustrie »ungehindert und unbeachtet ihr Gehirngiftwerk betreiben« konnte.¹¹⁴³ »Und auch heute noch«, meinte er, »wird die Bedeutung des Films für den Klassenkampf auf Seiten der sozialistischen Arbeiterschaft noch lange nicht richtig eingeschätzt. In Hollywood

1139 Der Beitrag kann teilweise auf Rechercheergebnissen aufbauen, die bereits 2008 publiziert wurden. Vgl.: Moritz, Verena / Moser, Karin / Leidinger, Hannes: *Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918–1938*, Wien 2008. Neben den dann im Zuge des FWF-Projektes durchgeführten zusätzlichen Recherchen profitiert der Text auch von StudentInnenarbeiten, die im Zuge eines Seminars entstanden. Diese Lehrveranstaltung über die »Russenfilme« wurde im Sinne der »Dissemination« des FWF-Projektes an der Universität Wien abgehalten.

1140 Bernold, Monika: *Kino. Über einen historischen Ort weiblichen Vergnügens und dessen Bewertung durch die Sozialdemokratische Partei*. Wien 1918–1934, Diplomarbeit Wien 1987, 80f.

1141 Ebd., 82.

1142 Vgl. Mayr, Brigitte / Omasta, Michael (Hg.): *Fritz Rosenfeld, Filmkritiker*, Wien 2007.

1143 Zit. nach Büttner, Elisabeth / Dewald, Christian: *Das tägliche Brennen. Eine Geschichte des österreichischen Films von den Anfängen bis 1945*, Salzburg / Wien 2002, 307.

weiß man, wie wichtig der Film im Klassenkampf ist, in Moskau weiß man es, auch Hugenberg weiß es und stellte die größte deutsche Filmfabrik in den Dienst seiner Partei.«¹¹⁴⁴ Tatsächlich hatte der UFA-Chef Alfred Hugenberg die Deutschnationale Volkspartei auf Kooperationskurs mit der NSDAP gebracht. Die UFA-Filme entsprachen darüber hinaus immer mehr dem Geist nationalistischer, revanchistischer und autoritärer Politik, noch bevor Hitler Reichskanzler wurde.

Ungeachtet Rosenfelds »Selbstanklage« blieb in den zwanziger Jahren die parteipolitische Indienstnahme von Film und Kino seitens der Sozialdemokraten mehr oder weniger konkurrenzlos. Keine andere österreichische Partei setzte vergleichbar dimensionierte Initiativen.¹¹⁴⁵ Die Versuche einer Verstaatlichung des Kinos im Jahr 1919, noch bevor Sowjetrußland sie umgesetzt hatte, sind sicher als frühes Beispiel sozialdemokratischer Kinopolitik anzuführen. Als dann 1924 unter sozialdemokratischen Funktionären die Idee aufkam, mit parteieigenen Spielstätten Einfluss auf den Wiener Kinobetrieb zu nehmen, hing dies allerdings mit angeblichen diesbezüglichen Plänen der Christlichsozialen zusammen. Gerüchten zufolge wollte der Direktor der »Bodencredit-Anstalt«, der unter anderem mehrere Tageszeitungen besaß, die christlichsoziale Partei durch einen Kinokonzern unterstützen.¹¹⁴⁶ Doch es blieb bei Ankündigungen.

Mit Karl Renner und Hugo Breitner sind zwei prominente Sozialdemokraten zu benennen, die sich schon früh für eine »Politisierung« des Kinos zu Gunsten der Partei einsetzten. 1926 schließlich wurde eine eigene Kinobetriebsgesellschaft, die Kiba, gegründet. Finanziert hat sie aber nicht die Partei direkt, sondern die Arbeiterbank.¹¹⁴⁷ Die Kiba, ab 1929 von Edmund Hamber geführt, besaß anfangs nur das Schwedenkino im 2. Wiener Gemeindebezirk. Man expandierte rasch. Voraussetzung hierfür war unter anderem das im Gründungsjahr der Kiba erlassene Wiener Kinolandesgesetz, das den Sozialdemokraten die Kontrolle über die Konzessionsvergabe überließ.¹¹⁴⁸ Überdies traten Edmund und sein Bruder Philipp Hamber mit ihren eigenen

1144 Zit. nach ebd.

1145 Es sei allerdings auch angemerkt, dass diesbezügliche wissenschaftliche Untersuchungen fehlen. Vgl. auch Loacker, Armin: Anschluß im ¼ Takt. Filmproduktion und Filmpolitik in Österreich 1930–1938, Trier 1999, 29.

1146 Bernold: Kino, 85.

1147 Ausführlich über die Gründung der Kiba: Schwarz, Werner Michael: Die Brüder Hamber und die »Kiba«. Zur Politisierung des Vergnügens im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Dewald, Christian (Hg.): Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik, Wien 2007, 116–119 und Loacker, Armin: Im Widerstreit von Kommerz und Sozialdemokratie: Die Allianz-Filmfabrikations- und Vertriebsgesellschaft m. b. H., in: Dewald: Arbeiterkino, 93–96.

1148 Bernold: Kino, 155.

vier Kinos in die Kiba ein.¹¹⁴⁹ 1931 gehörten der Kinobetriebsgesellschaft bereits zwölf Lichtspieltheater, darunter Großkinos wie das »Apollo« oder das »Scala«.¹¹⁵⁰

Edmund Hamber bemühte sich um eine Modernisierung der Spielstätten, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der »Tonfilmrevolution« dringend anstand.¹¹⁵¹ Doch schon 1932 begann der finanzielle Abstieg. Darüber hinaus hatte man den Generaldirektor der Kiba, Edmund Hamber, wegen angeblichen Schmiergeldforderungen und Bestechungsaktionen aus der Partei ausgeschlossen. Der »Kiba-Skandal« verursachte einiges an Aufsehen und schädete den Sozialdemokraten sehr. Noch dazu wurde Hamber die finanzielle Beteiligung am Nachtlokal »Moulin Rouge« und ein »bourgeois« Lebensstil vorgeworfen. Der Umstand, dass Hamber Jude war, lieferte der bürgerlichen und nationalsozialistischen Presse zusätzliche Munition, um schließlich die gesamte Sozialdemokratie zu diskreditieren und als korrupt beziehungsweise moralisch verdorben darzustellen.¹¹⁵²

Auch eigene Filme wollten die Sozialdemokraten produzieren. Doch die Spielfilmproduktion blieb alles in allem mehr als bescheiden.¹¹⁵³ Sie existierte nur in Zusammenhang mit der Wahlpropaganda. Darüber hinausgehende Pläne ließen sich in Ermangelung des nötigen Kapitals nicht verwirklichen. Nichtsdestoweniger wurden im Auftrag der Partei zahlreiche Dokumentationen von Maiaufmärschen, Parteitag, diversen Kundgebungen oder Großereignissen der Arbeitersportbewegung angefertigt. 1929 begann auch die Bildungszentrale neben ihrer Verleihtätigkeit selbst Filme zu produzieren. Diesbezüglich initiativ wurden unter anderem auch die »Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine« (Göc), die an der RATAO beteiligt gewesen war, oder der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend. Mit der Einführung des Schmalfilms (16 mm-Films) während der Wahlbewegung 1930 wurde außer-

1149 Schwarz: Die Brüder Hamber, 119. Ausführlich über die Filmproduktions- und Verleihfirma »Allianz« der Gebrüder Hamber bei Loacker, Im Widerstreit von Kommerz und Sozialdemokratie, 99.

1150 Schwarz, Werner Michael: Kino und Kinos in Wien. Eine Entwicklungsgeschichte bis 1934, Wien 1999, 53.

1151 Schon im Jänner 1929 war im Ufa-Zentralkino der Film JAZZ SINGER (USA 1927, R: Alan Crosland) vorgeführt worden, der allerdings nach dem »Nadeltonverfahren hergestellt worden war. Dieses System, bei dem der Ton auf Schallplatte aufgenommen und dann synchron mit dem Filmstreifen abgespielt wurde, konnte sich allerdings nicht durchsetzen.« Brossmann, Susanna: Kunst, Kommerz und Klassenkampf. Zur Geschichte der Kiba: Kino zwischen Ideologie und Ökonomie in der Ersten Republik. Wien 1926–1934, Diplomarbeit Wien 1994, 97f. Über den Film als »part talkie« siehe auch Kanzog, Klaus: »Wir machen Musik, da geht euch der Hut hoch!«. Zur Definition, zum Spektrum und zur Geschichte des deutschen Musikfilms, in: Schaudig, Michael (Hg.): Positionen deutscher Filmgeschichte – 100 Jahre Kinematographie: Strukturen, Diskurse, Kontexte, München 1996, 197.

1152 Schwarz: Kino und Kinos, 54.

1153 Insbesondere über den Spielfilm DIE VOM 17ER HAUS (A 1932, R: Artur Berger) siehe Moritz/Moser/Leidinger: Kampfzone Kino, 240–242.

dem die Verbreitung der Filmpropaganda erheblich erleichtert.¹¹⁵⁴ Anfang der Dreißigerjahre konnte sich die Bildungszentrale ein Vertriebs- und Verleihmonopol von auf Schmalfilm umkopierten »Russenfilmen«, also Streifen aus der Sowjetunion, sichern. Die Beliebtheit der Schmalfilme lässt sich an Zahlen ablesen. 1931 verlieh die Bildungszentrale mehr als 4700 Filme, die eine Hälfte unterhaltenden, die andere »belehrenden und werbenden« Inhalts.¹¹⁵⁵ 1934, in Folge der blutigen Ereignisse des Februar und des Verbots der Partei, konfiszierte die Regierung schließlich das verbliebene Vermögen der Kiba.¹¹⁵⁶

Wirtschaftliche Argumente waren im Konflikt zwischen Fritz Rosenfeld und der Kiba-Leitung in Hinblick auf die Programmgestaltung der Kinos immer wieder angeführt worden. Dabei ging es vor allem um die Programmierung der Kinos. Nach Meinung des AZ-Redakteurs zeigten die so genannten »Arbeiterkinos« der Kiba noch viel schlimmeren »Schund« als andere Lichtspieltheater, seichte Unterhaltung, die kleinbürgerliche Sehnsüchte widerspiegeln würden. Auch »reaktionärer Russlandkitsch« wie *DER LETZTE BEFEHL* (OT: *The Last Command*, USA 1928, R. Josef von Sternberg) oder *DIE ROTE TÄNZERIN VON MOSKAU* (OT: *The Red Dance*, USA 1928, R: Raoul Walsh) werde den Arbeitern vorgesetzt. In Filmen wie diesen führe man, kritisierte der streitbare Rosenfeld, »den revolutionären Arbeiter und Bauern« als besoffenen und schmutzigen Pöbel vor, Adelige hingegen und Offiziere des Zaren als »engelsgleiche Lichtgestalten«.¹¹⁵⁷ »Russenfilme« aber, erklärte Rosenfeld, sowie überhaupt Filme, die sich vom herkömmlichen bürgerlichen Kitsch oder von militaristischer Propaganda abhoben, programmiere man viel zu selten. Aber auch andere Genossen beschwerten sich über die Filmauswahl der Kiba. Albert Sever zum Beispiel empörte sich darüber, dass der »reaktionäre« US-Film *STURM* (*THE TEMPEST*, USA 1928, R: Sam Taylor) eine »Verhöhnung der [Russischen] Revolution« darstelle und nichts in einem »Arbeiterkino« zu suchen habe.¹¹⁵⁸ In diesem Streifen wendet sich ein russischer Bauernsohn, der Offizier und schließlich Volkskommissar wird, von den Ideen der Revolution ab und flieht mit seiner Geliebten ins Ausland.¹¹⁵⁹

1154 Die Sozialdemokraten sahen mit dem Schmalfilm auch die Möglichkeiten, ihre Propaganda mittels Wanderkinos zu verstärken. So hieß es 1930, dass man auf diese Weise »im kleinsten und entlegensten Dorf« Filmvorführungen im »Dorfwirtshaus« veranstalten könne. Zit. nach Kubo, Christian: *Institution Wanderkino. Die Etablierung von Film und Kino als Unterhaltungsinstitution im ländlichen Raum durch das organisierte Wanderkino in Österreich*, Diplomarbeit Wien 1993, 12.

1155 Büttner/Dewald: *Das tägliche Brennen*, 301.

1156 Brossmann: *Kunst, Kommerz und Klassenkampf*, 213.

1157 Zit. nach Büttner/Dewald: *Das tägliche Brennen*, 309.

1158 Zit. nach Grandner, Margarete/Maderthaler, Wolfgang/u. a. (Hg.), *Arbeiterkultur in Österreich 1918–1934. Endbericht Teil I*, o. O. o. J., 215.

1159 Brossmann: *Kunst, Kommerz und Klassenkampf*, Anhang.

In der Kiba verstand man die Aufregung der Genossen nicht. Der angegriffene Edmund Hamber konterte einerseits mit dem Argument, dass die Anzahl zur Verfügung stehender »proletarischer« Filme nicht ausreiche, um die Spielpläne zu füllen, und andererseits mit dem Verweis auf die wirtschaftliche Unrentabilität speziell der »Russenfilme«. Ęjzenštejns Streifen PANZERKREUZER POTEMKIN sei, was die Einnahmen angehe, eine Ausnahme gewesen. Tatsächlich war der Film in 14 großen Wiener Kinos gelaufen. Vor den Kassen hatten sich lange Schlangen gebildet. In der Regel war jede Vorstellung binnen kürzester Zeit ausverkauft gewesen.¹¹⁶⁰ Alle anderen sowjetischen Produktionen, so Hamber, hatten bei weitem nicht an diesen Erfolg anschließen können. Rosenfeld bezeichnete er überdies als weltfremden Theoretiker. Dieser verstehe nicht, dass man dem Publikum Filme mit politischen Aussagen nur »in kleinen Dosen und größeren Intervallen« verabreichen könne. Vor allem als Folge der Juliereignisse 1927 habe sich gezeigt, dass politische Filme beim Kinobesucher mehr denn je auf Ablehnung stießen. Selbst sozialdemokratische Parteifunktionäre, behauptete Edmund Hamber 1929, »wollten nichts mehr vom russischen Film wissen und das Publikum der Arbeiterheim-Kinos wich solchen Filmen geflissentlich aus und ging lieber dorthin, wo es unterhalten wurde und nach des Tages Mühen ein wenig ausspannen durfte«. »Ich glaube«, schrieb Hamber an den sozialdemokratischen Parteivorstand, »dass es überall, nicht bloss im Restaurant, der Brauch ist, dem Gast zu servieren, was er verlangt. Gewiss, dem Gourmand« – gemeint war wohl eher der Gourmet – »sind Krebse lieber als Gulasch. Aber es ist nicht jedermanns Geschmack, Krebse zu essen. Und wenn ich Gulasch lieber habe, wird der Kellner widerspruchslos Gulasch servieren.«¹¹⁶¹

In Fritz Rosenfeld sah Hamber den Kellner, der, anstatt Gulasch zu bringen, dem Gast Krebse aufdrängte. Doch auch Stephan Großmann, Direktor der Arbeiterbank, trat vehement gegen jene Filme »klerikaler und reaktionärer Tendenz« auf, die das Programm der Kiba-Kinos völlig zu beherrschen schienen.¹¹⁶²

Während Parteifunktionäre gegen die reaktionäre »Kitschflut« anschieben, blieb der Protest der Arbeiterschaft gegen die Kiba-Linie eine Randerscheinung. Mehr als mit Fritz Rosenfelds Aufrufen, das kapitalistische Unterhaltungskino zu boykottieren, konnte sich das Gros der Arbeiter wahrscheinlich mit den Aussagen von Filmkritikern anfreunden, die, wie Edmund Hamber

1160 Klusacek, Christine / Stimmer, Kurt (Hg.), Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1918–1928, Wien / München 1984, 393.

1161 VGA, Arbeiterbank, Kt. 11, Mapped 103, Brief von Edmund Hamber an den Parteivorstand, 18.4.1929.

1162 Zit. nach Schwarz: Die Brüder Hamber, 123.

auch, den Erholungswert des Kinos hervorhoben und vergnügliche Streifen mit »Happy End« bevorzugten. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise wuchs der Bedarf an Glücksversprechen und einer rosaroten Perspektive noch zusätzlich. Wenigstens auf der Leinwand wollten die Menschen eine »heile Welt«. ¹¹⁶³

Während der Großteil der im Kino gezeigten Filme daher nach wie vor auf seichte Unterhaltung und gute Laune setzte und es vorzog, das Publikum optimistisch gestimmt nach Hause zu schicken, assoziierte man sowjetische Produktionen nicht gerade mit »leichter Kost«. Noch dazu konfrontierte das Sowjetkino sein Publikum gerne mit Dokumentarfilmen und setzte damit einen deutlichen Kontrast zum Spielfilm, der von Dziga Vertov etwa als an sich bürgerliches Produkt abgelehnt wurde. Von 1926 bis 1933 liefen ca. 75 sowjetische Titel in den österreichischen Kinos, darunter befanden sich an die 14 abendfüllende Dokumentarfilme. ¹¹⁶⁴

Ende der Zwanzigerjahre begann das früher durchaus vitale Engagement der österreichischen Arbeiterschaft zu Gunsten der Taten einfordernden und den Aufbauegeist predigenden »Russenfilme« nachzulassen. Freilich muss ergänzt werden, dass immer weniger Filme aus der Sowjetunion in die österreichischen Kinos kamen. 1932 waren es nur mehr zwei, und 1933 lief kein einziger sowjetischer Spielfilm mehr in Wien. ¹¹⁶⁵ Diese Entwicklung entsprach dem geringer werdenden Angebot sowjetischer Produktionen und einem nachlassenden Publikumsinteresse ebenso wie einer allgemein zunehmenden »sowjetfeindlichen« Stimmung in Österreich, die von den Gegensätzen zwischen den politischen Lagern noch verstärkt wurde.

»Weltanschauungskino«

Während zu Beginn der 1930er Jahre die Begeisterung für die »Russenfilme« deutlich abgeflaut war, waren 1920 Proteste der »Linken« überaus heftig ausgefallen, wenn das »Paradies des Proletariats« und seine Protagonisten im Kino Verunglimpfungen ausgesetzt wurden. Die Polizeidirektion Wien war damals vom Präsidenten des Verbandes der Kinoindustriellen, Alfred Deutsch-German, informiert worden, dass in einem Kino im 12. Wiener Gemeindebezirk

1163 Vgl. Christen, Thomas: Das Ende im Spielfilm. Vom klassischen Hollywood zu Antonionis offenen Formen, Marburg 2002, 37–42.

1164 Grabher, Peter: Sowjet-Projektionen. Die Filmarbeit der kommunistischen Organisationen in der Ersten Republik (1918–1933), in: Dewald: Arbeiterkino, 221–303, 241.

1165 Ebd., 255.

»ein Arbeiterrat« erschienen war, der gedroht hatte, das Lichtspieltheater »zu demolieren«, sollte der Film *TINH MINH* (F 1918, R: Louis Feuillade) nicht binnen einer bestimmten Frist abgesetzt werden. »Die ablehnende Haltung« gegen diese französische Produktion, hieß es, »dürfte darin begründet sein, dass einige der im Film dargestellten Personen, die sich verbrecherischer Vorgänge schuldig machen, angeblich russische Bolschewiken seien.«¹¹⁶⁶ Auch der deutsche Film *TODESREIGEN/DIE GEBURT DES BOLSCHEWISMUS* (D 1923, R: William Karfiol), der im linken Lager als »Hetzfilm gegen Sowjet-Rußland« bezeichnet wurde, löste Proteste aus. In Deutschland hatten empörte Arbeiter sogar die Vorführapparate in jenen Kinos, die den Film gezeigt hatten, zertümmert und die vorhandenen Kopien anschließend verbrannt.¹¹⁶⁷ In Österreich wurde Bundeskanzler Seipel im August 1923 darüber informiert, dass es anlässlich der Aufführung des Films *DER TODESREIGEN* in den Wiener Kinos »mehrfach zu Gegendkundgebungen zumeist von Anhängern der kommunistischen Partei« gekommen war. Im Rochus-Kino wurde die Vorführung durch »Pfeifen, Schreien, Johlen gestört« und in einem anderen Lichtspieltheater versuchten einige Personen den Kinooperateur gewaltsam daran zu hindern, den Film zu zeigen. Schließlich versammelten sich ca. 400 Demonstranten vor dem Jäger-Kino im 20. Wiener Gemeindebezirk, um gegen den *TODESREIGEN* zu protestieren. Im Kino selbst wurde von einem Teil der Besucher das »Lied der Arbeit« gesungen, um auf diese Weise gegen das »Schandwerk« – so die Bezeichnung der Demonstranten – Stellung zu nehmen.¹¹⁶⁸

Auf ihre Weise Aufsehen erregten in den kommenden Jahren die so genannten »Russenfilme«. Bezeichnenderweise waren es im Regelfall nicht die Kibakinos, von wo aus die diesbezüglichen »Skandale« ihren Ausgang nahmen.¹¹⁶⁹ Überdies setzten sich kommunistische Organisationen gegen Aufführungsverbote russischer Filme hinweg oder taten sich in einzelnen Fällen besonders hervor, um die Aufführungserlaubnis bestimmter Produktionen zu erwirken. Sowohl die KPÖ als auch die »Österreichische Rote Hilfe« reichten nicht alle Filme, die sie im Rahmen von Partei- und Festveranstaltungen zeigten, vorher beim Wiener Magistrat zur Prüfung ein. Das Verbot des Streifens *SEIN MAHRUF* (*EGO PRISYV*, UdSSR 1925, R: Jakov Protasjanov) war von der »Österreichischen Arbeiterhilfe« beeinsprucht worden.¹¹⁷⁰ Es handelte sich um einen der ersten »Russenfilme«, in denen »das projizierte Bild des Sowjetstaates visuell

1166 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen, Kt. 4815, Zl. 16941-20.

1167 Grabher: Sowjet-Projektionen, 233.

1168 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien: (Karton 3) 1923, Zl. Pr. Z. IV-2382/3, 2.8.1923.

1169 Vgl. Brossmann: Kunst, Kommerz und Klassenkampf, 147.

1170 Vgl. dazu die Berichterstattung im Salzburger Volksblatt, 28.6.1926, 3.

im Porträt Lenins kulminierte«. ¹¹⁷¹ Während SEIN MAHRUF in Wien gezeigt werden konnte, wurde er 1926 von der niederösterreichischen Landesregierung verboten. Keine Aufführungserlaubnis erhielt damals auch der »Russenfilm« DIE WUNDER DES SOLDATEN IWAN (ČUDOTVOREC, RUS 1922, R: Aleksandr Panteleev). ¹¹⁷² Der Landeshauptmann Niederösterreichs und spätere Bundeskanzler Karl Buresch argumentierte den Entscheid ähnlich wie rechtsgerichtete Kreise in Deutschland, welche die »Russenfilme« als bewusst eingesetztes Instrument bezeichneten, das die Bevölkerung zum Klassenkampf aufhetzen solle. ¹¹⁷³

Erst als der »junge russische Film«, so Fritz Rosenfeld, »durch die unvergleichliche Wucht und Wirkung des Panzerkreuzer Potemkin die gewaltige Bedeutung des Kinos, die gewaltige politische Bedeutung dieser Unterhaltungsstätte sichtbar machte, wurde« in der Sozialdemokratie »das Problem der Eroberung des Kinos, des Kampfes gegen den kapitalistischen Film eifriger diskutiert.« ¹¹⁷⁴ Bevor aber Ejzenštejns Film Gegenstand solcher Erörterungen wurde, beherrschten Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur die Diskussion über diesen Film. ¹¹⁷⁵ Dabei hatten selbst Kritiker aus bürgerlichen Kreisen dem Streifen künstlerische Qualitäten zugestanden. Auch das österreichische *Kinojournal*, das stets vor einer Politisierung des Kinos warnte, schloss sich den Lobeshymnen an und meinte, es handle sich keineswegs um einen »Tendenzfilm«. PANZERKREUZER POTEKIN sei also kein Werk, das sich an eine bestimmte Gruppe wende, sondern es richte sich an alle, »weil es alle angeht«. ¹¹⁷⁶ Als aber der Film, der im Juni 1926 in Österreich anlief, diverse Proteste auslöste und in Deutschland verboten wurde, wendete sich das Blatt. Plötzlich war durchaus von »Tendenz« die Rede. Das *Kinojournal* meinte aber immerhin: »Es ist niemand gezwungen, ins Kino zu gehen und einen Film zu sehen, dessen Tendenz ihm nicht passt.« ¹¹⁷⁷ Man reagierte solcherart auf die jüngsten Vorkommnisse in Zusammenhang mit der Vorführung des Films im Wiener Burgkino. Dort hatten sich am 28. Juni 1926 unter anderen »ungefähr 20 nationalsozialistische Parteigänger« eingefunden. Als nach Ende der Vorführung einige Kinobesucher applaudierten, riefen sie »»Pfui«, »Gemeinheit«,

1171 Grabher: Sowjet-Projektionen, 237.

1172 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4823) Zl. 106107-9/26.

1173 Grabher: Sowjet-Projektionen, 238f.

1174 Zit. nach Büttner / Dewald: Das tägliche Brennen, 307.

1175 Ausführlich über die Reaktionen auf den Film in der österreichischen Presse siehe Adametz, Stefan: Der Stummfilm »Panzerkreuzer Potemkin« von Sergej Eisenstein – eine historische Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung zeitgenössischer Presseberichte. Unveröffentlichte Seminararbeit Wien 2011, 33–53.

1176 Zit. nach Brossmann: Kunst, Kommerz und Klassenkampf, 144.

1177 Zit. nach ebd., 145.

›Schweineerei‹ etc.«. Bevor es zu Tötlichkeiten kam, griff die Sicherheitswache ein. Zehn Nationalsozialisten wurden, wie in solchen Fällen üblich, »angehalten« und nach Feststellung ihrer Personaldaten wieder entlassen.¹¹⁷⁸

Unbekannt blieben die Täter allerdings am darauf folgenden Tag, als anlässlich der Vorführung von Ėjzenštejns Film im Wiener Buschkino Stinkbomben geworfen wurden.¹¹⁷⁹ »Exzesse« dieser Art wollte man in Vorarlberg von vornherein vermeiden und erließ ein Aufführungsverbot.¹¹⁸⁰ In Baden bei Wien ließ ein Vertreter des »Vaterländischen Schutzbundes« den Bezirkshauptmann wissen, dass seine Vereinigung die Vorführung des Films im Kino des Ortes als Provokation ansah, als »Faustschlag ins Gesicht der Bevölkerung«. Der »Russenfilm« des »Juden Eisenstein« sei ein »Lehrbuch des bewaffneten Aufstandes, ein Leitfaden der viehischen Rohheit, eine Fibel des gemeinen Mordes«. Es sei überdies angezeigt, die Vorführung des Streifens »mit Rücksicht auf die Kursaison« zu verbieten.¹¹⁸¹

Wohl nicht zuletzt wegen der Aufregungen, die Ėjzenštejns PANZERKREUZER POTEMKIN verursachte, erwies sich der Streifen als lukratives Geschäft. Weitere »Sowjetfilme« sollten den Hoffnungen der Kinobetreibler entsprechend solche Erfolge wiederholen. Noch im selben Jahr, in dem der Ėjzenštejn-Film die Kassen klingeln ließ, kamen sowjetische Produktionen wie DIE BUCHT DES TODES (BUCHTA SMERTI, UdSSR 1925, R: Abram Room), DER BLUTIGE SONNTAG / 9. JANUAR 1905 (DEVJATOE JANVARJA, UdSSR 1925, R: Vjačeslav Viskovskij) oder die Aleksandr Puškin-Verfilmung DER POSTMEISTER (KOLLEŽSKIJ REGISTRATOR, UdSSR 1925, R: Jurij Željabužskij) in die österreichischen Kinos. 1927 kündigte überdies Fritz Rosenfeld den Streifen IWAN DER SCHRECKLICHE (UdSSR 1926, R: Jurij Tarič) auf überschwängliche Art und Weise in der *Arbeiter-Zeitung* an. Dass die Aufführung im »Busch-Kino« mit »englisch-russischen Tänzen« verlängert wurde, die seiner Ansicht nach »irgendeinem Tingeltangel« entstammten, schadete dem »Kunstwerk« aber. Der neue Streifen aus der Sowjetunion veranlasste ihn ungeachtet dessen, einmal mehr die Besonderheit des sowjetischen Kinos hervorzuheben: »Die anderen drehen Filme, nur um Geld zu verdienen. Die Russen drehen Filme um einer Idee willen, und dieser Unterschied ist ausschlaggebend.«¹¹⁸²

1178 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien: (Karton 10) Juni-Dez. 1926, Pr. Zl. IV-2596/26/3, 30.6.1926. Vgl. auch DRE, 1.7.1926, 3; 3.6.1926, 3 und 6.6.1926, 3.

1179 AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien: (Karton 10) Juni-Dez. 1926, Pr. Zl. IV-2596/26/3, 30.6.1926.

1180 Brossmann: Kunst, Kommerz und Klassenkampf, 145 und AZ 1.9.1926, 1 sowie Leidinger/Moritz: Russisches Wien, 196f.

1181 KvVI, Christlichsoziale Partei, Parlamentsklub, Kt. 88, ohne Zl.

1182 Zit. nach Mayr/Omasta: Fritz Rosenfeld, 145.

Im selben Jahr, also 1927, wurde auch Sergej Ėjzenštejns *STREIK* (СТАЧКА, UdSSR 1925) in Wien gezeigt. Fritz Rosenfeld kommentierte ihn folgendermaßen: »Obgleich seiner Anlage nach ein Mosaik, ist der Film doch von künstlerischer Geschlossenheit. Hat man so oft, auch bei guten Leistungen des russischen Films, das Gefühl des Dilettantismus, des genialen Dilettantismus [!] vielleicht, hier spürt man die Hand eines ziel- und kraftbewirkenden Könners.«¹¹⁸³ Die *Neue Freie Presse* ortete freilich eine Menge eher plumper Szenen und bezweifelte, ob sich die von Bedrückung geprägte Lebenswelt der im Film gezeigten »Arbeitermassen« nach der »Oktoberrevolution« so viel besser darstellte als danach.¹¹⁸⁴ Erwartungsgemäß äußerte sich die *Reichspost*, die in *STREIK* allerdings einen noch übleren »bolschewistischen Propagandafilm« erblickte als in Ėjzenštejn *PANZERKREUZER POTEMKIN*.¹¹⁸⁵

Zu Ende des Jahres 1927 stellte das »Kinojournal« allerdings fest, dass sich die »Russenfimle« allmählich allzu deutlicher politischer Aussagen enthielten. Als Beispiel für solche Filme führte man unter anderem den Streifen *DIE VON DER STRASSE LEBEN* (BUMAŽNYJ RANET, UdSSR 1926, R: Fridrich Ermler, Eduard Ioganson) an.¹¹⁸⁶ Allerdings erfüllten sich die Hoffnungen in Bezug auf die finanziellen Erträge auf lange Sicht nicht. Immer weniger Kinobesitzer nahmen daher in den kommenden Jahren »Russenfimle« in das Programm auf. Bis 1929 aber war gemäß Aussage des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland Österreich nach Deutschland und vor der Tschechoslowakei der zweitwichtigste Auslandsmarkt für Filmproduktionen aus der UdSSR gewesen.¹¹⁸⁷ Dann aber folgte der große Einbruch. Die »Kinoabteilung« in der Handelsvertretung der UdSSR in Wien kam bereits in der zweiten Jahreshälfte 1929 zu dem Ergebnis, dass Filme sowjetischer Provenienz in Österreich kaum noch nachgefragt wurden. Jetzt nämlich waren Tonfilme »in«, und da hatte das sowjetische Filmschaffen noch so gut wie gar nichts anzubieten.¹¹⁸⁸

Abgesehen von diesen Entwicklungen war der Erfolg der »Russenfimle« im Ausland über Jahre hindurch größer gewesen als in der UdSSR selbst. Zwar machte 1928 der Anteil ausländischer Filme im sowjetischen Verleih nur noch ein Drittel aller gezeigten Filme aus. Dennoch war der mit Filmen aus dem

1183 AZ, 8.5.1927, 2.

1184 NFP, 1.10.1927, 9.

1185 RP, 30.9.1927, 13. Zur Rezeption des Films in Österreich siehe insgesamt: Gude, Nino: Sergej Michailowitsch Eisenstein: *Streik* (Statschka). Unveröffentlichte Forschungsseminararbeit an der Universität Wien, Jänner 2011.

1186 Brossmann: *Kunst, Kommerz und Klassenkampf*, 146.

1187 Schwarz, Alexander / Pozner, Valérie / Tode, Thomas: *Aktivitäten in den USA, in Frankreich und in Österreich*, in: Agde, Günter / Schwarz, Alexander (Hg.): *Die rote Traumfabrik. Meschrapom-Film und Prometheus 1921–1936*, Berlin 2012, 149–155, 155.

1188 AVP RF 66/11/108/3/123: Jurenev an Litvinov, 30.11.1929.

Ausland eingespielte Erlös in der Sowjetunion nach wie vor um mehr als 30 Prozent höher als der aus den heimischen Produktionen.¹¹⁸⁹ Es hatte sich gezeigt, dass das Publikum im »Arbeiterparadies« vor allem amerikanische Filmkomödien schätzte.¹¹⁹⁰ Erstmals in der Saison 1927/28 lockten Eigenproduktionen mehr sowjetische Zuschauer ins Kino als ausländische.¹¹⁹¹ Ab 1932 musste sich das Publikum in der UdSSR aber ohnehin ausschließlich mit heimischen Produktionen begnügen. Die Sowjetunion stellte damals den Import ausländischer Filme ein.¹¹⁹² Freilich wäre es überzogen, diese Entwicklung lediglich auf eine verstärkte »ideologische Abschottung« zurückzuführen: Man verzichtete auf die Einfuhr fremder Produktionen, weil man sie nicht vorführen konnte. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Kinos in der UdSSR verfügte nicht über geeignete Apparaturen, um Tonfilme abspielen zu können.¹¹⁹³

Sowjetischer Geschichtsunterricht

Unter den deutschen Sozialdemokraten war die Haltung gegenüber den »Russenfilmen« keineswegs einheitlich. Die Reaktionen reichten »von begeisterter Würdigung bis zur scharfen Ablehnung«.¹¹⁹⁴ Fritz Rosenfeld wurde indes nicht müde, den LeserInnen der AZ den politischen beziehungsweise klassenkämpferischen und künstlerischen Wert der »Russenfilme« näher zu bringen. Neben Ėjzenštejns PANZERKREUZER POTESKIN und OKTOBER galt seine Aufmerksamkeit unter anderem auch dem Schaffen von Vsevolod Pudovkin. Hatte Rosenfeld schon dessen Gor'kij-Verfilmung DIE MUTTER (MAT', UdSSR 1926) beeindruckt, so rang ihm der 1927 entstandene und 1928 in Wien gezeigte Streifen DAS ENDE VON ST. PETERSBURG (KONEC ST. PETERBURGA, UdSSR 1927) eine geradezu euphorisch positive Bewertung ab.¹¹⁹⁵ Dabei fiel, nicht anders als bei den Genossen in Deutschland, auch innerhalb der österreichischen SP die Begeisterung für den Film durchaus nicht einhellig aus. Die Gewerk-

1189 Engel, Christine (Hg.): Geschichte des sowjetischen und russischen Films, Stuttgart 1999, 40.

1190 Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Deutsch-russische Filmbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Schaudig, Michael (Hg.): Positionen deutscher Filmgeschichte – 100 Jahre Kinematographie: Strukturen, Diskurse, Kontexte, München 1996, 97. Dazu auch Beumers, Birgit: A History of Russian Cinema, Oxford/New York 2009, 40–46.

1191 Hüllbusch, Nikolas: Im Spiegelkabinett des Diktators. Stalin als Filmheld im sowjetischen Spielfilm (1937–1953), Alfeld 2001, 18.

1192 Mühl-Benninghaus: Deutsch-russische Filmbeziehungen, 114.

1193 Vgl. Plaggenborg: Revolutionskultur, 194–198.

1194 Zit. nach Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, 393.

1195 AZ, 3.6.1928, 19.

schaftszeitung *Der Eisenbahner* nahm Pudovkins DAS ENDE VON ST. PETERSBURG zum Anlass, um sich über die »Geschichtsfälschung« im russischen Film zu echauffieren. In Pudovkins Film wurde, vergleichbar mit Ėjzenštejns OKTOBER, die Erstürmung des Winterpalais als Folge einer Massenerhebung und die Besetzung des Palastes als Ergebnis einer regelrechten Schlacht geschildert. All das aber sei, so *Der Eisenbahner* über den Pudovkin-Film, »erlogen«. Besonders absurd erschien es der Zeitung, dass Lev Trockij, in der Sowjetunion mittlerweile zur persona non grata erklärt, gar nicht vorkam.¹¹⁹⁶ In der Tat waren die Einzelheiten über den Verlauf der »Erhebung« noch gut genug in Erinnerung, um die Version der nunmehrigen Sowjetführung als Fälschung zu entlarven.

Nichtsdestoweniger geriet Rosenfeld über die von Pudovkin genutzten »lyrischen, stimmungsmalenden Ausdrucksmöglichkeiten« immer wieder ins Schwärmen.¹¹⁹⁷ Das »lyrische Moment« schien indessen auch eingesetzt zu werden, um sich Ende der 1920er Jahre vom »oft allzu krassen Realismus« bisheriger Produktionen zu verabschieden. Zumindest der Streifen DIE WEIBER VON RJAZAN / DAS DORF DER SÜNDE (BABY RJAZANSKIE, UdSSR 1927, R: Oľga Preobraženskaja) schien einen neuen Stil anzukündigen. Obwohl Rosenfeld die Schwierigkeiten erkannte, in denen die sowjetische Filmproduktion angesichts der »Tonfilmrevolution« steckte, wollte er in der Hinwendung zum »Schönen«, im Abfilmen von beeindruckenden Naturkulissen und von friedlich weidenden Schafen, keine beabsichtigte »Dämpfung des revolutionären Feuers« sehen. Dass das Sowjetkino nun auch »schöne Menschen« auftreten ließ und nicht nur die »Darstellung des Schmutzigen und Hässlichen« in den Vordergrund stelle, sei kein Abrücken von bisherigen Prinzipien und schon gar kein Kniefall vor Hollywood. Entscheidend sei nicht die Form, sondern der Inhalt. Das nunmehrige Zugeständnis an die Bedürfnisse des Publikums nach »Romantik« müsse – im Unterschied zum amerikanischen Kino – durchaus »nicht immer verlogen« sein und die Begeisterung für das »Schöne« nicht notgedrungen »süßlich«.¹¹⁹⁸

Rosenfeld gab sich tatsächlich die allergrößte Mühe, alle Wendungen des sowjetischen Filmschaffens mit Verständnis zu begleiten. Mit Begeisterung nahm er überdies auch Ėjzenštejns DIE GENERALLINIE / DAS ALTE UND DAS NEUE (GENERAL'NAJA LINIJA / STAROE I NOVOE, UdSSR 1929) auf. »Überraschend« am Film empfand Rosenfeld die »satirischen Spitzen gegen den neu-russischen Bürokratismus«. Der Künstler Ėjzenštejn dürfe es, stellte er fest, in

1196 Grabher: Sowjet-Projektionen, 256.

1197 AZ, 8.7.1928, 19.

1198 Zit. nach Mayr/Omasta: Fritz Rosenfeld, 160.

diesem »offiziellen Sowjetfilm« wagen, die »Sowjetbürokraten zu verhonigeln« und mit gekonnt virtuoser Montagetechnik die Kluft zwischen dem, was die Rätewacht bereits erreicht habe und dem, was Lenin an Vorgaben gemacht hatte, zu verdeutlichen.¹¹⁹⁹ Dabei war gerade dieser Film, der nicht so recht zur Politik der Kollektivierung passte, zahlreichen Eingriffen der Behörden ausgesetzt gewesen.¹²⁰⁰ Stalin mochte ihn nicht. Auf »die doppeldeutige Darstellung des Dorfes im Umbruch« reagierte er gereizt, und bei der Kritik fiel der Streifen im Großen und Ganzen durch.¹²⁰¹

Von einer tiefgreifenden Krise des sowjetischen Films könne, meinte Rosenfeld hingegen, keine Rede sein.¹²⁰² Seine Einschätzung änderte nichts daran, dass sich die Filmschaffenden in der Sowjetunion tatsächlich in einer Phase der Neuorientierung befanden, die nicht zuletzt in Zusammenhang mit den veränderten Anforderungen des Tonfilms sowohl in technischer als auch künstlerischer Hinsicht stand. 1928 waren in der Sowjetunion noch über 100 Langfilme produziert worden, 1930 waren es nur mehr 11.¹²⁰³ Erst 1935 begann »endgültig die Tonfilmzeit in der Sowjetunion«.¹²⁰⁴ Doch die Produktion stagnierte. 1935 entstanden nur 35 Lang- und acht Kurzfilme.¹²⁰⁵ Darüber hinaus wurde die Filmproduktion einer zentralisierten Kontrolle unterworfen, die Unerwünschtes von vornherein ausschließen sollte.

Bolschewismusbekämpfung im Kino

Für »Russenfilme« hatten konservative und rechts stehende Kreise in Österreich nicht viel übrig. Ausdrücklich in Zusammenhang mit einem »Russenfilm« zu Wort meldete sich 1931 die »Landesleitung des Wiener Heimatwehr-Verbandes«. Gegenstand eines Schreibens an das Bundesministerium für Inneres war der sowjetische Streifen DER BLAUE EXPRESS (GOLUBOJ EKSPRESS, UdSSR 1929, R: Il'ja Trauberg), der unter anderem im Wiener Kreuzkino lief. In Traubergs Debütfilm, der eine »Verschmelzung der Montagepoetik des historischen Re-

1199 AZ, 4.7.1930, 17.

1200 Engel: Geschichte des sowjetischen und russischen Films, 47.

1201 Bulgakowa, Oksana: Sergej Eisenstein. Eine Biographie, Berlin 1997, 116.

1202 AZ, 4.7.1930, 17.

1203 Bulgakowa: Sergej Eisenstein, 179.

1204 Toeplitz, Jerzy: Geschichte des Films 1928–1933, Bd. 2, Berlin 1976, 245; Kenez, Peter: Soviet cinema in the age of Stalin, in: Taylor, Richard/Spring, Derek (Hg.): Stalinism and Soviet Cinema, London / u. a. 1993, 55.

1205 Nembach, Eberhard: Stalins Filmpolitik. Der Umbau der sowjetischen Filmindustrie 1929 bis 1938, St. Augustin 2001, 39ff., 101, 111f., 122f., 191f.

volutionsepos mit dem amerikanischen Abenteuerfilm« versuchte, ging es um Chinas Widerstand gegen den Kolonialismus.¹²⁰⁶ Trauberg verwendete den »Blauen Express« mit seinen in Klassen unterteilten Waggons als Metapher für die Klassengesellschaft. Der Film sei, so Emil Fey, »ein ausgesprochener bolschewistischer Propagandafilm, der in der raffiniertesten Weise darauf hinzielt, die Massen gegen Staatsautorität, Religion und Polizei aufzureizen«. Der Wiener Heimwehrführer forderte ein Verbot des Films. Sein Ansuchen wurde jedoch erstaunlicherweise abgelehnt.¹²⁰⁷

Die Behörden konnten aber darauf verweisen, dass man mittlerweile jenen, die zumindest die Jugendlichen vor einer Beeinflussung durch derartige Filme bewahren wollten, entgegengekommen war. 1930 hatte man im Unterrichtsministerium eine Filmbegutachtungskommission eingerichtet, welche über die Eignung von Filmen für Jugendliche entschied und den »volksbildenden und künstlerischen Wert« der betreffenden Produktionen feststellte.¹²⁰⁸ Die Begutachtung der Filme erfolgte auf Antrag des Erzeugers oder Verleihers, also auf freiwilliger Basis. Das Volksbildungsamt des Unterrichtsministeriums hatte schon seit den frühen Zwanzigerjahren die »Förderung der Kulturfilmbestrebungen« angestrebt und sich »für die Bekämpfung aller kulturschädigenden Auswüchse des Filmwesens« eingesetzt.¹²⁰⁹ Jetzt sollte dieser Arbeit ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden. Freilich war auch die Wiedereinführung der Zensur diskutiert worden. Es ist davon auszugehen, dass die erneute Auseinandersetzung mit dem Thema vor dem Hintergrund der 1929 verabschiedeten Verfassungsnovelle zu sehen ist, die inmitten eines von Gewalt geprägten innenpolitischen Klimas als Ergebnis eines kaum noch erwarteten Kompromisses zwischen den beiden Lagern zustande gekommen war.¹²¹⁰ Die *Österreichische Film-Zeitung* wünschte sich zwar schon aus wirtschaftlichen Gründen einen »Waffenstillstand« zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, zeigte sich aber empört darüber, dass in die Gespräche der Parteien im Vorfeld der Parlamentsdebatten zur Verfassungsnovelle auch die Frage der Filmzensur einbezogen worden war. Man vermutete, dass der

1206 Engel: Geschichte des sowjetischen und russischen Films, 40. »Im Unterschied zu Josef v. Sternbergs SHANGHAI EXPRESS (USA 1932) stellt das aktionsreiche russische Melodram vor allem die Klassenunterschiede zwischen Europäern und Chinesen in den Vordergrund. Der Zug, eingeteilt in drei Klassen, wird dabei selbst zum Symbol von Klassenherrschaft.« Mühl-Benninghaus: Deutsch-russische Filmbeziehungen, 117.

1207 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4824) Zl. 113967-31.

1208 Matzl, Siegfried: An der Peripherie. Staatliche Filmbegutachtung und Filmkultur, in: Beckermann, Ruth / Blümlinger, Christa (Hg.): Ohne Untertitel. Fragmente einer Geschichte des österreichischen Kinos, Wien 1996, 86.

1209 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4818) Zl. 49.325/23.

1210 Zur Verfassungsreform siehe Berger: Kurze Geschichte Österreichs, 109f.

Impuls dazu von der christlichsozialen Partei, »namentlich deren alpenländischen Mitgliedern« ausgegangen war.¹²¹¹

Nichtsdestoweniger wurde die Zensur kein Bestandteil der Verfassungsreform 1929, und die Emotionen gingen nach wie vor hoch, wenn so genannte »Tendenzfilme« in den Kinos liefen. Es ist nachvollziehbar, dass die Sozialdemokratie kein Interesse an einer Zensurbestimmung signalisierte, die ihre weitgehend autonome Kinopolitik in Wien gefährdet und dem politischen Gegner Handhabe auf diesem Sektor überlassen hätte.¹²¹²

Verbotsforderungen rund um die »Russenfilme« verdeutlichten, dass die Zensur sich umgehend in den Dienst der antimarxistischen Kräfte gestellt hätte. Das zeigte sich auch bei Dziga Vertovs experimentellem Dokumentarfilm *DAS LIED VOM AUFBAU/ENTHUSIASMUS/DONBASS-SINFONIE* (UdSSR 1930), der in der Tradition der Avantgarde stand.¹²¹³ Der Film, berichtete die Polizeidirektion Wien dem Bundesministerium für Handel und Verkehr, stelle »eine Etappe des russischen ›Fünfjahresplanes‹ und dessen angebliche Erfolge in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung dar«. In jedem Fall seien »einzelne Bilder [...] derart, dass sie den Tatbestand des Verbrechens der Religionsstörung« oder zumindest »des Vergehens der Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen Religionsgemeinschaften [...] beziehungsweise der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche« begründen würden. Es war das Kreuzkino, in dem der Sowjetfilm gezeigt wurde. Dort kam es, so der Polizeibericht, bei der Nachmittagsvorführung am 21. Mai 1932 zu lautstarken Unmutsäußerungen des Publikums. Der Film war in diesem Kino mehr oder weniger ungeschnitten gelaufen, also keineswegs, wie es hieß, mit Verzicht auf »besonders krasse Szenen«. ¹²¹⁴ Über die sowjetische »Gottlosenpropaganda« in Vertovs Film alterierte sich insbesondere die *Reichspost*. Eine Delegation, angeführt vom ehemaligen Vizekanzler und späteren Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, sprach bei dem seit Mai 1932 im Amt befindlichen Bundeskanzler Dollfuß vor und teilte mit, dass sie »es nicht dulden werde, dass dieser Film auch nur einen Tag länger aufgeführt werde«. ¹²¹⁵ In Deutschland war der Film im Oktober 1931 auf Grundlage einer erst kürzlich erlassenen Notverordnung durch das Reichsinnenministerium verboten worden. ¹²¹⁶ In Österreich ver-

1211 Österreichische Film-Zeitung, 21.9.1929, 2f.

1212 Zu den ursprünglich für die Verfassungsnovelle vorgesehen Bestimmungen in puncto Kinowesen siehe AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4823) Zl. 134753-9/30.

1213 Vgl. Rosenfelds Kritik zu Vertovs Film in: Mayr/Omasta: Fritz Rosenfeld, 129.

1214 AT-OeStA/AdR Vk BmfHuV, Kt. 3439 (1932), Pr. Zl. IV-2045/32 und AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien Berichte, Kt. 20/a, Pr. Zl. IV-3045/32, 22.5.1932.

1215 Zit. nach Brossmann: Kunst, Kommerz und Klassenkampf, 146.

1216 Mühl-Benninghaus: Deutsch-russische Filmbeziehungen, 116.

suchte man ein Verbot auf andere Weise zu erwirken. Tatsächlich besuchte ein »Stoßtrupp« der »Lueger-Jungfront« eine Vorstellung von DAS LIED VOM AUFBAU im Kreuzkino und verursachte einen Tumult. Dieser aber verlief laut *Arbeiter-Zeitung* eher kläglich, so dass die Polizei sich nicht in der Lage sah, die Vorführung – so wie bei IM WESTEN NICHTS NEUES (ALL QUIET ON THE WESTERN FRONT, USA 1930, R: Lewis Milestone) – mit dem Hinweis auf die »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit« zu verbieten. Die »Kerzelschlicker-demonstranten« hatten, so hieß es, im Vergleich mit den randalierenden Nazis anlässlich der Vorführung des Remarque-Films gewissermaßen versagt.¹²¹⁷ Dennoch hatten die im Kino anwesenden Polizeibeamten den Film beschlagnahmt. In der *Roten Fahne* kommentierte man dies so: »Herr Dollfuß, der Kleine, hat es gewagt, den großen sozialistischen Aufbau zu konfiszieren. Das war seine erste Regierungshandlung. [...] Würde das Verbot dieses Films widerspruchslos hingenommen, dann könnte man bestimmt mit einem generellen Verbot aller Russenfilme in Österreich rechnen.«¹²¹⁸

Dass der Streifen in der Sowjetunion selbst vom Publikum und der Kritik nicht gerade euphorisch aufgenommen wurde, thematisierten die österreichischen Kommunisten freilich nicht. Mangelhafte Vorführapparate, aber auch Tontechnik und Tonregie an sich sorgten dafür, dass der Film, den Vertov in Form einer »durchgehenden Ton-Assoziationsmontage« gestaltet hatte¹²¹⁹, in erster Linie als »Geräuschfilm« wahrgenommen wurde und »durchfiel«. Doch auch in Österreich monierten Filmkritiker zum Teil den »Lärm«, der dem »Trommelfell« Schmerzen bereitet habe.¹²²⁰ Abseits der sozialdemokratischen Presse¹²²¹ verrissen die Zeitungen im Übrigen den Streifen auf schonungslose Art und Weise. Die Kritiken spiegeln die damals vorherrschende antisowjetische Stimmung wider und belegen, wie schlecht das »Image« der UdSSR gemeinhin in Österreich war. Das *Neue Wiener Tagblatt* hielt den Film für einen »kläglichen Versager. Der Film hat so gar nichts, was irgendwie Interesse erregen könnte, selbst [...] die zynische Verhöhnung der Religiosität der Russen wirkt plump, geistlos, kitschig und langweilig. [...] Man weiß schon viel zu viel von Russland [...], dass auch bei besserer Durchführung dieses Films der

1217 Grabher, Peter: Dollfuß contra Vertov. Der KPÖ-Filmaktivist Josef Szende und der Prozess um DAS LIED VOM AUFBAU (ENTHUSIASMUS), in: Dewald: Arbeiterkino, 312.

1218 Zit. nach ebd., 314.

1219 Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Zur Geschichte von Prometheus-Film GmbH und Film-Kartell Weltfilm: Produktion, Verleih, Finanzierung, in: Agde/Schwarz: Die rote Traumfabrik, 48–61, 58.

1220 NWT, 21.5.1932.

1221 Trotz der immer wieder scharf geäußerten Kritik an der »sowjetischen Diktatur« kommentierte die Arbeiter-Zeitung das »Aufbauwerk« des »Fünfjahresplanes« in durchaus anerkennender Weise. Dessen »Errungenschaften« wurden in Kontrast zu den »Krisen des Kapitalismus« gesetzt. Vgl. dazu u. a. Gamillscheg: Die Sicherheitspakete, 165.

Schwindel durchschaut werden würde. [...]. Nein, das ist kein Propagandafilm, kein Werk aus der Schule Eisensteins. Bestenfalls ein Schulfilm für russische Bauerndörfer, wo ein Hochofen noch als Weltwunder gilt.«¹²²² In dieselbe Kerbe schlug auch das *Kleine Volksblatt*, welches den Streifen als »derbseitigen Russenreklamefilm« bezeichnete, der »alle Poldi Huber[s] für den ›Fünfjahresplan‹ in pfuchenden Enthusiasmus versetzen« solle. Das Opus sei freilich völlig misslungen und geradezu lächerlich.¹²²³

Wenig zu lachen hatten allerdings jene Personen, die sich für die Aufführung des Films in Wien verwendet hatten. Gegen die Kinobesitzerin ebenso wie gegen den Filmverleiher wurde wegen Religionsstörung und Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung Strafanzeige erhoben. Der Verleiher, der Kommunist Josef Szende, wurde beim Prozess von Rechtsanwalt Egon Schönhof verteidigt.¹²²⁴ Dieser war in der Vergangenheit immer wieder als Rechtsbeistand für in- und ausländische Kommunisten aufgetreten. Er hatte gute Gründe, das Vorgehen der Polizei als verfassungswidrig zu bezeichnen. Dennoch endete die Verhandlung mit einer bedingt ausgesprochenen Strafe. Das Gericht hatte nicht einmal den Umstand, dass Szende die ursprünglich beanstandeten Szenen aus dem Film offenbar sehr wohl entfernt hatte, als Entlastung gelten lassen.¹²²⁵ Das *Kinojournal* stellte sich nicht wie sonst, wenn sich Bund oder Länder in die Programmgestaltung der Kinos einmischten, auf die Seite der Belangten. Vielmehr wurde betont, dass Vertovs Film »mit geradezu lümmelhafter Bosheit das religiöse Empfinden« verletze. Das Vorgehen der Behörden wurde also gebilligt.¹²²⁶ Demgegenüber ist festzuhalten, dass die Affäre rund um Vertovs Film »eine Etappe auf dem Weg zur staatlichen Filmzensur« darstellte, »die nach dem Februar 1934 vom austrofaschistischen Ständestaat wieder eingeführt wurde«.¹²²⁷

Ein erster Schritt zu einer amtlichen Zensur wurde am 9. März 1934 gesetzt. Per Verordnung wurde festgelegt, dass Tonfilme nur dann öffentlich vorgeführt und oder zu diesem Zweck anderen überlassen werden durften, »wenn der Bundesminister für Handel und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundes-

1222 Zit. nach Gratzl, Florian: Dziga Vertovs Film »Ėntuziazm: Simfonia Donbassa (Das Lied vom Aufbau)« im österreichischen Diskurs der frühen 1930er Jahre – Ein Vorspiel zur Wiedereinführung der (Film-)Zensur. Unveröffentlichte Arbeit zum Forschungsseminar »Russenfilme« unter der Leitung von Karl Vocelka, Verena Moritz und Karin Moser, Universität Wien 2011, 19f.

1223 Zit. nach ebd., 20.

1224 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4825), ohne Zl. Schönhof war aus der russischen Kriegsgefangenschaft als Kommunist zurückgekehrt. Er war überdies Aktivist der »Österreichischen Roten Hilfe«. »Noch in der Nacht nach dem Einmarsch der Nazis wurde er verhaftet und im Oktober 1942 in Auschwitz durch eine Benzininjektion ermordet.« Grabher: Dollfuß contra Vertov, 315.

1225 Szende wurde 1943 in Auschwitz ermordet. Ebd., 318.

1226 Brossmann: Kunst, Kommerz und Klassenkampf, 147.

1227 Grabher: Dollfuß contra Vertov, 317.

ministerium für Unterricht hierzu eine besondere Bewilligung erteilt hat.«¹²²⁸ Jede Vorführung war somit an eine behördliche Genehmigung gebunden. Mit der am 1. Mai 1934 in Kraft tretenden Verfassung des Ständestaates wurde die Zensur offiziell wieder eingeführt.¹²²⁹ Die Handhabung der Zensur blieb wie bisher Ländersache.¹²³⁰

Das Ende der »Russenfilme«

Während DAS LIED VOM AUFBAU auf diese Weise Gegenstand wüster Auseinandersetzungen wurde, forderte der international überaus erfolgreiche Streifen DER WEG INS LEBEN (PUŤEVKA V ŽIZN', UdSSR 1931, R: Nikolaj Ėkk), der einige Monate vor Vertovs Film in den Kiba-Kinos gezeigt wurde, anscheinend weit weniger Widerspruch heraus.¹²³¹ Ansonsten nämlich wäre Ende November 1931 der ehemalige sowjetische Volkskommissar für Unterricht Anatolij Lunačarskij wohl kaum in Wien erschienen, um im Rahmen einer Veranstaltung über den Film zu referieren.¹²³² Noch dazu gehörten Vertreter katholischer und sozialdemokratischer Erziehungs- und Fürsorgeorganisationen ebenso zu seinen Mitdiskutanten wie der damalige Leiter der Bundeserziehungsanstalt in Kaiser-Ebersdorf, Arthur Seyß-Inquart.¹²³³

In Deutschland jedenfalls hob man die positive Perspektive hervor, die am Ende von DER WEG INS LEBEN stand. Es sei, war man der Ansicht, nicht sinnvoll, »die Leute wie erschlagene Fliegen« aus den Kinos zu schicken. DER WEG INS LEBEN vermittele demgegenüber »die Hoffnung auf eine bessere Zukunft«, ohne, was man in Hinblick auf sowjetische Streifen für gewöhnlich antizipierte, »in eine bestimmte Tendenz zu verfallen«. ¹²³⁴ Dieser erste sowjetische Tonfilm thematisierte das Schicksal sozial verwahrloster Halbwüchsiger, die sich schließlich in die Gesellschaft eingliedern, um teilzuhaben an der Gestaltung einer »besseren Zukunft«. ¹²³⁵

1228 Verordnung der Bundesregierung vom 9. März 1934. BGBl. I/Nr. 204.

1229 Verfassung vom 1. Mai 1934, BGBl. II/Nr. 1, Art. 26, Abs. 2

1230 Ballhausen, Thomas/ Caneppele, Paolo: Die Filmzensur in der österreichischen Presse bis 1938. Eine Auswahl historischer Quellentexte, Wien 2005, 242.

1231 Vgl. Grandner/ Maderthaner: Arbeiterkultur, 217.

1232 Fritz, Walter: Im Kino erlebe ich die Welt. 100 Jahre Kino und Film in Österreich, Wien/ München 1995, 148.

1233 Grabher: Sowjet-Projektionen, 281. Ausführlich über den Lunačarskij-Besuch in AZ, 26.11.1931, 3 und 29.11.1931, 9; NFP, 26.11.1931, 6.

1234 Zit. nach Korte, Helmut: Der Spielfilm und das Ende der Weimarer Republik. Ein rezeptionshistorischer Versuch, Göttingen 1998, 172.

1235 Engel: Geschichte des sowjetischen und russischen Films, 58.

Einer »besseren Zukunft« sah Anfang der 1930er Jahre die österreichische Sozialdemokratie bekanntermaßen nicht entgegen. Im Gegenteil. Mit dem Februar 1934 war dann auch der »rote« Einfluss auf Kinobetrieb, Filmverleih und Filmkritik Vergangenheit. Dennoch rief der neue Kurs in Sachen Kinopolitik immer noch Widerstände hervor. »Linke« Kundgebungen gegen »vaterländische Filmprogramme« zeigten, dass eine »Gleichschaltung« der Konzessionsinhaber nicht automatisch eine »Gleichschaltung« des Publikums zur Folge hatte. Auch nach den Februarereignissen waren – wenn auch überaus selten – immer noch sogenannte »Russenfilme« in österreichischen Kinos zu sehen. Sowjetische Produktionen wie CELJUŠKIN (Titel in Österreich: HELDEN DER ARKTIS oder TSCHELJUSCHKIN, UdSSR 1934, R: Jakov M. Poselskij, K: A. Safron, Mark Trojanovski) ließen das linke politische Potenzial immer noch in Erscheinung treten. Als der Film über den russischen Seefahrer Semen Celjuškin im Frühjahr 1935 in den österreichischen Kinos anlief, sahen sich in diversen Wiener Lichtspieltheater Aktivisten zu Demonstrationen veranlasst. Diese Kundgebungen waren den »ständestaatlichen« Institutionen besonders unangenehm, da das Unterrichtsministerium in Absprache mit dem BKA/AA TSCHELJUSKIN interessanterweise als »Bildungsfilm« ausgewiesen hatte.¹²³⁶ In Sendungen der Ravag¹²³⁷ wurde der Film zudem ausführlich besprochen. Doch schließlich wurde Kritik laut. Das Polizeikommissariat Wels beschwerte sich bei der ortsansässigen Urania, warum russische Filme überhaupt gezeigt wurden.¹²³⁸ Die deutschnational-katholische Zeitschrift *Der gute Film* sah sich nun genötigt, für das BMU Stellung zu beziehen. »Die verantwortlichen Stellen haben mit der Empfehlung dieses sowjet-russischen Films einen Beweis ihrer Großzügigkeit gegeben«. Ein Entgegenkommen, das von »einigen Unentwegten« offensichtlich ausgenutzt worden war. »Die Folge solchen Handelns wird sein, daß künftig ausländische Filme, auch wenn sie jede politische Propaganda vermeiden, nicht allein von kulturellen, sondern vor allem auch von staatspolitischen Gesichtspunkten aus zu beurteilen sein werden. Dann werden auch manche an sich bedenkenlose und wertvolle Filme nicht zur Aufführung gelangen können.«¹²³⁹

Staatspolitische Bedenken dieser Art waren es, die anlässlich der Begutachtung des Films SEMERO SMELYCH / STATION NORDPOL RUFT (SU 1936, R: Sergej

1236 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a, Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4828) Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Betr.: Beschwerde der Urania betr. den Film Tscheljuschkina, 18.5.1936, Zl. 323.430.

1237 Abkürzung für die am 30.9.1924 gegründete Österreichische Radio-Verkehrs-Aktiengesellschaft, die am 1.10. 1924 den Sendebetrieb aufnahm.

1238 AT-OeStA/AdR BKA-Allg., 20/6a, Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4828) Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Betr.: »Beschwerde der Urania betr. den Film Tscheljuschkina, 18.5.1936, Zl. 323.430.

1239 *Der gute Film*, Folge 125, 3.5.1935, 10.

Gerasimov)¹²⁴⁰ im BMU zu heftigen Diskussionen führen sollten. Seitens der staatspolizeilichen Stellen in Wien sah man keinen Grund, ein Veto gegen eine Vorführung des Films einzulegen. Diverse »anstößige Embleme« hatte die Wiener Zensurstelle bereits entfernt.¹²⁴¹ *STATION NORDPOL RUFT*, ein Film über eine Expeditionsmannschaft auf der Suche nach Rohstoffen in der sibirischen Arktis, wurde auch von der deutschnationalen und katholischen Kritik gutgeheißen. »Der Film enthalte keine politische Tendenz« und es kämen, »trotz recht primitiver Handlungsführung, eine Reihe wertvoller Gedanken«, wie etwa »Kameradschaft, Arbeit für höhere Ziele« und »Hilfsbereitschaft zum Ausdruck«.¹²⁴² In der Filmbegutachtungsstelle des Unterrichtsministeriums, wo der Film zur Freigabe für Jugendliche eingereicht worden war, wurde hingegen die Frage aufgeworfen, ob *STATION NORDPOL RUFT* nicht geeignet sei, illegale Propaganda zu ermöglichen. Vor allem die Jugend »sei laufend kommunistischer Propaganda ausgesetzt«, weshalb sich ein Teil der Kommissionsmitglieder für ein Jugendverbot aussprach. Die Gegenpartei meinte hingegen, dass der Film »weltanschaulich absolut neutral« sei und dass »die durch die Schule des roten Wien gegangene Proletarierjugend« ohnehin »kommunistisch [!] sei und bleibe, mit oder ohne diesen Film«. Ausschlaggebend war schließlich das Argument des Vorsitzenden, Ministerialrat Witt, der auf »Tendenzfilme von anderer Seite« verwies. Nahezu »jeder deutsche Film biete« in diesem Sinne ebenso »Anlass für illegale Propaganda«. Es sollten gleiche Maßstäbe gelten. Tatsächlich zeigten sämtliche Zensurstellen deutschen Tendenzfilmen gegenüber ein großes Entgegenkommen. Vor allem das Juliabkommen 1936 nahm auf der Ebene der Film- und Kinopolitik den »Anschluss« gewissermaßen vorweg. Im Fall von *STATION NORDPOL RUFT* hatte jedoch der Appell Witts Wirkung. Der Film wurde mit nur einer Stimme Mehrheit für Jugendliche freigegeben. Propagandistische Aktionen bei der Vorführung blieben aus.¹²⁴³

Auf »Nummer sicher« ging man dann aber 1937 in Zusammenhang mit dem russischen Film *ZIRKUS* (OT: CIRK, UdSSR 1936, R: Grigorij Aleksandrov). In diesem Streifen trifft eine amerikanische Zirkusartistin, deren Beziehung zu einem Afroamerikaner ein uneheliches Kind entsprungen war, im Unterschied zur Engstirnigkeit ihrer Landsleute auf tolerante und verständnisvolle Menschen in Russland. Als der Film in Österreich zur Prüfung vorgelegt wurde, beanstandete ein Vertreter des Unterrichtsministeriums, dass das »Negerkind verherrlicht« würde. Er bezeichnete den Streifen als »Gefahr für die europäi-

1240 Der Film erschien im deutschsprachigen Raum auch unter dem Titel *DIE SIEBEN KÜHNEN*.

1241 AT-OeStA/AVA BMU, Film, Fasz. 480, 1937, Zl. 30.183.

1242 Der gute Film, Folge 214/215, 12.9.1937, S. 13.

1243 AT-OeStA/AVA BMU, Film, Fasz. 480, 1937, Zl. 30.183.

sche Kultur und Rasse«. ¹²⁴⁴ Dass in dem Streife ein erpresserischer deutscher Zirkusagent namens Kneischütz, dem aufgrund von Barttracht und Frisur eine gewisse Ähnlichkeit mit Adolf Hitler zu attestieren war, keine unbedeutende Rolle spielte, stellte in der Wahrnehmung der österreichischen Behörden offenbar kein hervorzuhebendes Moment dar. ¹²⁴⁵

Die zuständige Wiener Behörde gab sich indessen hinsichtlich des seitens des Unterrichtsministeriums geforderten Verbots von ZIRKUS zwiespältig. Die »Ablehnung des Films«, gegen die der Sowjetgesandte Ivan Leopoldovič Lorenc protestiert hatte, wurde in Anbetracht der Furcht vor Demonstrationen begrüßt. »Vom kulturellen Standpunkt« gesehen, meinte man aber, »hätten Schnitte, welche die allzu stark aufgetragene Tendenz gemildert hätten, genügt«. ¹²⁴⁶

Eingriffe hatte die Polizeidirektion Wien bereits für die deutsche Produktion FRIESENROT (D 1936, R: Willy Krause) gefordert, der laut Filmkritik eine eindeutige »antibolschewistische Tendenz« aufwies. In diesem Streifen werden Wolgadeutsche von Russen bedrängt, die obendrein Kirchen entweihen und Mädchen schänden. In einer Racheaktion greifen die Deutschen zur Waffe und machen die Russen nieder. ¹²⁴⁷ Entfernt worden waren bei einer ersten Begutachtung »im nationalsozialistischen Sinne gefasste neuheidnische Stellen, die sich gegen die Idee des Christentums als »unheidnisch und feige« richteten«. Eine neuerliche Aufführung des Films wollte jedoch der Polpred in Wien Lorenc verhindert wissen. Seinen Angaben zufolge habe der Protest der Sowjetgesandtschaft in Berlin zu einem Verbot des Films geführt. Diese Nachricht stellte sich laut Recherchen der österreichischen Behörden als unrichtig heraus. Dass FRIESENROT, der von verschiedenen Zeitungen begeistert aufgenommen wurde, weil er »das wahre Gesicht des Bolschewismus« zeigte, »die Russen samt und sonders als minderwertige Individuen und Verbrecher« schilderte, stellte man hingegen nicht in Abrede. Außerdem wurde daran erinnert, dass 1935 der deutsche Streifen HENKER, FRAUEN UND SOLDATEN (D 1935, R: Johannes Mayer) mit Hans Albers in der Hauptrolle »weitaus weniger schwere Angriffe gegen Sowjetrußland und die russ. Armee enthalten« hatte als FRIESENROT und auf Intervention der Sowjetbotschaft »eine Zeitlang« aus

1244 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton. 602) Liasse Russland I/1 1935–1938, BKA, Zl. 44339, 11.10.1937.

1245 Vgl. Stadelmann, Matthias: »O, wie gut ist es, im sowjetischen Land zu leben« – Unterhaltungskultur als gesellschaftliches Integrationsmoment im stalinistischen Regime, in: Geschichte und Gesellschaft, 30. Jg. 2004/Heft 1, 75–93, 86.

1246 AT-OeStA/AdR AAbg BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1 1935–1938, BKA, Zl. 44339, 11.10.1937.

1247 Paimann's Filmlisten. Wochenschrift für Lichtbildkritik, 2. Oktober 1936, Nr. 1096.

den Kinos verbannt worden war. Albers mimte in HENKER, FRAUEN UND SOLDATEN einen deutschen Kampfflieger, der im Baltikum gegen Sowjetverbände kämpft. FRIESENROT wurde nicht verboten. Kleinere Zwischenfälle bei einer Vorführung des Films in Hernals in Wien, wo Rufe wie »Bravo Moskau!«, aber auch »Moskau verrecke!« aus dem Publikum zu hören gewesen waren, reichten offenbar nicht aus, den Streifen auf die schwarze Liste zu setzen. Dahingehend wurde der Gesandte Lorenz dann auch von Franz Peter informiert.¹²⁴⁸

Die Behörden legten bereits ab dem Beginn der 1930er Jahre ganz offensichtlich eine stärker werdende Ablehnung gegenüber tatsächlicher und vermeintlicher »roter Propaganda« im Kino an den Tag. Ab dem Juliabkommen ging es dann auch darum, bei der diesbezüglichen Vorgehensweise möglichst den deutschen Kurs zu fahren, wenngleich die Entscheidungen der österreichischen Behörden in Bezug auf Sowjetfilme hie und da Abweichungen erkennen lassen. Ob es sich dabei um einen gewissen Widerstand, sich ganz auf Linie mit den »deutschen Brüdern« zu begeben, handelt oder um Abweichungen ohne tieferen Hintergrund, sei dahingestellt. Die Empfindlichkeitszonen hinsichtlich der Produktionen aus der Sowjetunion lagen jedenfalls, anders als in Deutschland, nicht zuletzt dort, wo die Religion Angriffen ausgesetzt war. So oder so wurde deutlich, dass Produktionen aus der UdSSR zunehmend unerwünscht waren. Schließlich konnte sogar als »russisch« qualifizierte Montagetechnik Missfallen erregen,¹²⁴⁹ wie die Darstellung von politischen Demonstrationen oder Streiks.¹²⁵⁰ Letzteres machte Charlie Chaplins MODERN TIMES / MODERNE ZEITEN (USA 1936) der kommunistischen Propaganda verdächtig. Gleich zweimal fiel der Film staatlichen Eingriffen zum Opfer.¹²⁵¹ Die Kritik sprach von »einer interessanten, filmkünstlerisch bemerkenswerten Groteske«¹²⁵² und stellte jede »politische Tendenz« des Films »entschieden in Abrede«.¹²⁵³ Der Schriftsteller, Reporter und kommunistische Kosmopolit Egon Erwin Kisch erkannte in MODERNE

1248 Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 40.603-13/1935, 40.725-13/1935, 40.840-13/1935, Intervention des Gesandten Lorenz. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1 1935–1938BKA, Zl. 40834, 30.7.1936, Z. 41116, 28.9.1936, Zl. 42550, Zl. 42670, 29.9.1936. Paimann's Filmlisten. Wochenschrift für Lichtbildkritik, 20. Dezember 1935, Nr. 1082.

1249 Derartige Überlegungen wurden etwa angesichts des Palästina-Films DAS IST DAS LAND / LAND OF PROMISE / L'CHAYIM HADASHIM (PAL/US 1935, R: Juda Leman) angestellt. Vgl.: Matzl, Beiträge zu einer Geschichte des Körpers, 316.

1250 Zu Zensureingriffen hinsichtlich der Darstellung von Streiks und Demonstrationen siehe auch: Moser, Karin: Die Bilderwelt der ÖSTERREICH IN BILD UND TON – die konstruierte Realität eines ständestaatlichen Propagandainstruments, in: Achenbach, Michael / Moser, Karin (Hg.), ÖSTERREICH IN BILD UND TON. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates, Wien 2002, 136f.

1251 Siehe: Paimann's Filmlisten, Nr. 1043, 3.4.1936.

1252 Der gute Film, Folge 171, 3.4.1936, 3f.

1253 Das kleine Blatt, 13. 3. 1936.

ZEITEN vor allem eine tiefgehende Kritik Chaplins an »Rationalisierung« und »Arbeitslosigkeit«. ¹²⁵⁴

Die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit unterzog MODERNE ZEITEN schließlich einer neuerlichen Prüfung. Dabei stellte man fest, dass der Film trotz bereits erfolgter Eingriffe »marxistische Tendenzen« und »polizei-feindliche Szenen« enthielt. ¹²⁵⁵ Die von den Zensoren bemängelten Szenen wurden aus dem Film entfernt. ¹²⁵⁶ MODERNE ZEITEN wurde seiner aktuellen Sozialkritik beraubt. Dem »Bolschewismus« – egal, in welchem Kleide er daherkam – begegneten die österreichischen Behörden mit gewissermaßen anti-revolutionärem Eifer.

Floridsdorf in Moskau

Der Umstand, dass 1935 der österreichische Gesandte in Moskau, Heinrich Pacher, vom Bundeskanzleramt in Wien gefragt wurde, ob ihm »österreichfeindliche Filme« in der Sowjetunion bekannt seien, ist gewiss bemerkenswert. ¹²⁵⁷ Die Frage zeugt einerseits von einer gewissen Überschätzung des Stellenwerts des kleinen Landes für die sowjetische Politik und Kultur, hatte andererseits aber durchaus ihre Berechtigung. Nicht 1935, aber immerhin im darauffolgenden Jahr. Damals waren Gerüchte im Umlauf, denen zufolge Béla Bálass im Auftrag der »Mežrabpom« ¹²⁵⁸ einen Film über die Februarkämpfe in Floridsdorf gedreht hatte, der dann unter dem Titel KARL BRONNER laufen sollte. Dabei handelte es sich angeblich um die Verfilmung eines Theaterstücks des deutschen Literaten Friedrich Wolf ¹²⁵⁹ mit dem Titel *Floridsdorf*, das im Herbst 1936 seine Uraufführung in Moskau erleben sollte. Die Meldungen über den Film erwiesen sich als unrichtig, doch das Theaterstück, das vor allem die Rolle der Floridsdorfer Februarkämpfer und damit die Ereignisse des Jahres 1934

1254 Abschrift des Artikels »Dear Charlie Chaplin von Egon Erwin Kisch«, erschienen in: Das neue Tagebuch, Paris / Amsterdam, hg. Leopold Schwarzschild, Heft 12, 21.3.1936, beigelegt in: AT-OeStA/AdR BKA-Allg, 20/6a, Kino, Radiowesen, Lizenzen, Kt. 4828, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Betr.: Charlie Chaplin-Film Die neue Zeit, 25.3.1936, Zl. 319.428.

1255 AT-OeStA/AdR/BKA-Allg, 20/6a, Kino, Radiowesen, Lizenzen: (Karton 4828) Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Betr.: Charlie Chaplin-Film »Die neue Zeit«, 25.3.1936, Zl. 319.428.

1256 Ebd. sowie Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Bestand Filmvorführkarten, Karte Nr. 315/36, Titel: Die neue Zeit (Modern Times), 23.3.1936.

1257 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Zl. 40653-13, 16.12.1935, Österreichfeindliche Filme in Sowjetrußland.

1258 Dazu: Agde / Schwarz: Die rote Traumfabrik.

1259 Friedrich Wolf (1888–1953) war ein deutscher Arzt, Schriftsteller und kommunistischer Politiker. Zu seinen berühmtesten Werken zählen »Professor Mamlock« und »Cyankali«.

aufgriff, gab es wirklich. Legationsrat Alfred Schwinner wohnte der dritten Aufführung des Stücks am 18. November im Moskauer Vachtangov-Theater bei. Heinrich Pacher berichtete daraufhin nach Wien. In dem Stück, in dem es den Ausführungen des Gesandten zufolge vor allem um die »Bekehrung« von sozialdemokratischen Arbeitern zu Anhängern des Kommunismus ging, kamen auch Personen wie Kardinal Innitzer, der frühere Vizekanzler Starhemberg oder der Heimwehrführer Emil Fey vor. Diese Personen waren erwartungsgemäß negativ gezeichnet. Dasselbe galt freilich auch für Otto Bauer, der in der Figur des Otto Sauer¹²⁶⁰ auftrat und »als verfeinerter und vollkommen verbürgerlichter sozialdemokratischer Bonze« vorgeführt wurde. Pacher hielt allerdings fest: »Neben der selbstverständlichen, auch in der Bühnendarstellung stark hervortretenden Tendenz, den Aufstand zu glorifizieren, die schwächliche Rolle der Sozialdemokraten zum Ausdruck zu bringen und natürlich vor allem das faschistische Regime als nur durch Gewalt zur Herrschaft gelangt zu präsentieren«, seien »besondere Spitzen, die einzelne Persönlichkeiten moralisch herabzusetzen versuchen würden [...] offenbar absichtlich weggelassen. Gegenüber der Buchausgabe [...] sollen nach Zeitungskritiken in dem zur Aufführung gelangten Stück wesentliche Änderungen vorgenommen worden sein, die offenbar durch technische und bühnendramatische Notwendigkeiten bedingt« gewesen waren.¹²⁶¹

1260 In dem Theaterprogramm, das dem Akt beigelegt wurde, wird Bauer tatsächlich als »Sauer« bzw. »Zauèr« bezeichnet. In späteren Ausgaben des Stückes firmiert Bauer mit seinem richtigen Namen. Vgl.: Wolf, Friedrich: *Gesammelte Werke in sechzehn Bänden*, Bd. 4, Berlin 1960.

1261 AT-OeStA/AdR Ang BKA-AA NPA: (Karton 602) Zl. 43226/36, 21.10.1936, Film »Karl Bronner« und Schauspiel »Floridsdorf«, Zl. 44513, 27.11.1936, Schauspiel »Floridsdorf«

Teil 5:

**Perspektiven: Bewertungen,
Feindbilder, Propaganda**

»Die Karausche im Rahm« – Österreichbilder in der sowjetischen Propaganda

In den Jahren von 1918 bis 1938 hat sich Österreich nicht nur in politischer Hinsicht gravierend verändert. Auch das Image des Landes im Ausland durchlief einen bedeutenden Wandel. Die Sowjetunion hatte in diesem Zusammenhang sicherlich einen speziellen Zugang parat. Das von den Bolschewiki propagierte Bild von der Welt jenseits der Grenzen der Sowjetunion war der Aufgabe einer radikalen Änderung des öffentlichen Bewusstseins und der »Schaffung eines neuen Menschen« untergeordnet.¹²⁶² Obwohl Österreich nicht zu den Großmächten zählte, über die die sowjetische Presse täglich berichtete, schenkte der Kreml im Rahmen seiner Erwägungen betreffend die internationalen Beziehungen der Geschichte des fortschreitenden Niedergangs des kleinen Landes verhältnismäßig große Aufmerksamkeit.

Österreich firmierte als »Rest des Imperiums« und verwandelte sich allmählich in das »kranke Kind von Versailles«, um am Ende als »Karausche im Rahm« bezeichnet zu werden – ein schmackhafter kleiner Fisch, den sich die »europäischen Räuber« als kleinen Leckerbissen einzuverleiben gedachten. Es lohnt sich, nicht nur die Transformation dieser Bilder zu zeigen, sondern auch nach ihrer Wirkung zu fragen. Fest steht, dass die Artikel der *Pravda* nicht nur den Ansichten des Volkskommissars für äußere Angelegenheiten entsprochen haben, sondern auch bis zu einem gewissen Grad die Herausbildung einer außenpolitischen Linie der UdSSR und damit die Spitzen der Partei beeinflussten.

Hinsichtlich der realen Vorstellungen von der Alpenrepublik unter der sowjetischen Bevölkerung, ist man auf fragmentarische Auskünfte angewiesen. Sie vermögen am ehesten die in der Propaganda verarbeiteten Sujets zu illustrieren bzw. zu ergänzen. Ohne Zweifel stützten sich nachrevolutionäre individuelle und kollektive »Österreichbilder« auf frühere Kenntnisse von der Habsburgermonarchie, die in die Zeit vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zurückreichten, und schließlich auch auf die persönliche Erfahrung jener Russen,

1262 Golubev, A. V.: »Ešli mir obrušitsja na našu Respubliku ...« Sovetskoe obščestvo i vnešnjaja ugroza v 1920–1940-e gg., Moskva 2008.

die als Soldaten der Zarenarmee in österreichisch-ungarische Gefangenschaft geraten waren.¹²⁶³

Nur wenige sowjetische Staatsbürger – »Emissäre der Weltrevolution«, Diplomaten, »Geschäftsmänner«, Schriftsteller und Vertreter der allerhöchsten Parteिनomenklatura – konnten von sich sagen, Österreich mit eigenen Augen gesehen zu haben. Ihre tatsächlichen Eindrücke vertrauten sie wiederum nur einem engen Kreis von Personen an, während sie in Zeitungsberichten und in der Publizistik jenes Bild von Österreich zeichneten, das ihnen zu diesem Zeitpunkt die ideologischen Begleitumstände diktierten.

Die Kluft, die seit 1914 die Länder Zentraleuropas von Russland trennte, bestand auch nach 1917 und nach dem Ende des Weltkriegs weiter. Die Bolschewiki kontrollierten nicht nur den Zugang der Sowjetbürger zur »äußeren Welt«, sondern auch das »Eindringen« von Nachrichten über das Ausland in die Sowjetunion. Dieser Umstand wiederum stattete die Propaganda mit ungeahnten Möglichkeiten aus: In der Sowjetunion wurde buchstäblich alles konstruiert – neue Städte, der sozialistische Lebensstil, die Zukunft, aber auch die Vergangenheit des Riesenlandes. Die Außenpolitik beziehungsweise der konstruierte Blick auf die Außenwelt war diesen Eingriffen ebenfalls ausgesetzt.

Dementsprechend überrascht es nicht, dass die Propagandabilder mitunter auf bizarre Art und Weise von der Realität abwichen. Interessanter erscheint es vielmehr, nach Entsprechungen zwischen dem »verordneten« und dem tatsächlichen Österreichbild zu suchen. Vor diesem Hintergrund wiederum wird mehr über die sowjetische als über die österreichische Geschichte in Erfahrung gebracht werden können.¹²⁶⁴

»Der Rest des Imperiums«. Österreich in der ersten Hälfte der 1920er Jahre

Die revolutionäre Perspektive in Österreich nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie erschien sehr diffus, und die Bolschewiki verbargen angesichts des-

1263 Vgl.: Welitschko, Olga: Die Erste Republik Österreich in der sowjetischen Publizistik der Zwanziger- und Dreißigerjahre, in: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955: Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen, hg. von der Historikerkommission der ÖSG, Wien 1984, 52–61.

1264 Allgemein zur »Medienrealität« in der Sowjetunion: Lenoe, Matthew: Closer to the masses. Stalinist culture, social revolution and Soviet newspapers, Cambridge 2004; Brandenberger, David: National Bolshevism. Stalinist mass culture and the formation of modern Russian national identity, 1931–1956, Cambridge 2002; Books, Jeffrey: Thank you comrade Stalin! Soviet public culture from revolution to cold war, Princeton 2000; Davies, Sarah: Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, propaganda and dissent, 1934–1941, Cambridge / u. a. 1999.

sen nicht ihre Enttäuschung. Um Klarheit zu erlangen, kam ihnen in gewisser Weise Otto Bauer oder genauer gesagt sein Buch über die »Österreichische Revolution«¹²⁶⁵ zu Hilfe, das bis Mitte der 1920er Jahre einige Auflagen in russischer Sprache erlebte. Es prägte über lange Zeit hindurch das Wissen sowjetischer Journalisten und Publizisten über den Sturz der Habsburgermonarchie und war Hauptstütze der These über die verräterische Rolle der österreichischen Sozialdemokraten, welche die revolutionäre Energie der Massen eingedämmt hätten.¹²⁶⁶

Über den Anstieg dieser Energie schrieb die sowjetische Presse in der ersten Hälfte des Jahres 1919. Damals sah sie Österreich bereits in allernächster Zukunft in der Rolle eines »Verbindungsstückes« zwischen den Räterepubliken in Bayern und Ungarn.¹²⁶⁷ Die sowjetischen Propagandisten mussten freilich auf die Mitteilungen europäischer Nachrichtenagenturen zurückgreifen, reicherten ihre Berichte aber mit erfundenen Details an und schrieben über die Radikalität unter den Massen und darüber, dass an deren Spitze unverdrossen die Kommunisten stünden. In diesem Ton war auch die Berichterstattung über die Unruhen vom April 1919 gehalten.¹²⁶⁸ Ein authentischer, also auf eigenen Wahrnehmungen fußender Artikel stammte von Jurij Rozenberg, Mitglied jener Kriegsgefangenenmission, die seit August 1918 die Heimkehr der Gefangenen aus dem ehemaligen Zarenreich nach Sowjetrußland organisieren sollte.¹²⁶⁹ Der Bericht war jenen russischen Soldaten gewidmet, die sich auf dem Territorium der ehemaligen k.u.k. Monarchie befunden hatten (nicht weniger als 500 000 Gefangene verließen das Territorium der früheren Habsburgermonarchie in den ersten 14 Tagen nach der Revolution). Dabei betonte der Autor mehrmals, dass die österreichische Regierung und vor allem Otto Bauer als Außenminister den sowjetrussischen Repräsentanten alle erdenklichen Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit bereitet hatten.

Ein letztes Fünkchen Hoffnung auf eine Revolution und den nahen Sieg der Kommunisten in Österreich flackerte im Juni 1919 auf.¹²⁷⁰ Nach dem Fall der Ungarischen Räterepublik und der Unterzeichnung des Friedens von Saint Germain änderten sich die Bewertungen hinsichtlich der Lage in Österreich radikal. Geopolitische Analysen verdrängten die revolutionären Hoffnungen, und bald kam die These von der Lebensunfähigkeit des Kleinstaates auf: »Die

1265 Vgl. z. B.: Bauer, Otto: Istorija Avstrijskoj Revoljucii, Char'kov 1925 und ders.: Avstrijskaja revoljucija 1918 goda., Moskva / Leningrad 1925.

1266 Astrov, V.: Avstro-marksizm i nasilie, in: Pravda, 20. 6.1927; Radek, K.: Otto Bauer zaščičaet sovsckie respubliki ili gde tonko, tam i rvetsja, in: Izvestija, 27. marta 1931.

1267 Pravda, 9.4.1919.

1268 Pravda, 23.4.1919.

1269 Rozenberg, Ju.: Avstrijskaka respublika vytravila »bolševistskiju zarazu«, in: Izvestija, 2.5.1919.

1270 Die Überschriften jener Pravda-Artikel, die darüber berichteten, lauteten »Revolutionäre Unruhe« (17. 6.), »Unruhen in Wien« (18. 6.) und »Der Aufstand der Kommunisten« (19. 6.).

Revolution hat Österreich, dieses mittelalterliche Überbleibsel, vernichtet. Geblieben sind Bruchstücke. Aber was soll man mit ihnen anfangen? Wilson hat in seine Kampagnen angekündigt, die Beziehungen zwischen den Völkern zu ordnen, die früher zu Österreich-Ungarn gehört hatten, aber das steht nicht in seinen Kräften.«¹²⁷¹

Die Lebensfähigkeit Zentraleuropas wurde in unmittelbarer Abhängigkeit vom Sieg des Proletariats gesehen: Die dort entstandenen Staaten, hieß es, »können kein zurückgezogenes Leben führen, sie müssen wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland aufnehmen ... Doch das ist nicht zu realisieren, wenn ein nationalistischer Streit in diesen Staaten geführt wird, der zu einer feindlichen Wirtschaftspolitik führt. Solange in diesen Staaten die Bourgeoisie an der Macht ist, wird es diesen Streit geben und er wird einen neuerlichen Verfall zur Folge haben.«¹²⁷²

Zu jenen Faktoren, die einer Normalisierung des Wirtschaftslebens im Donauraum entgegenstanden, kam nach Ansicht sowjetischer Kommentatoren neben dem Nationalismus auch die psychische Verfasstheit der neuen regierenden Eliten dazu. Die ehemaligen Randgebiete der k.u.k. Monarchie würden sich »voller Zorn« von ihrer Metropole abwenden, die sie an ihre halbkoloniale Existenz in der Vergangenheit erinnere. Dem Willen der Entente entsprechend sei Österreich zum einzigen Nachfolgestaat der Monarchie geworden, »der die Schuld und die Verantwortung«, die den Habsburger zufalle, auf sich nehmen müsse.¹²⁷³ Seine bloße Existenz wurde in den 1920er Jahren als Beispiel für die Unerreichbarkeit eines »bourgeois Pan-Europa« angeführt, ebenso wie als Beweis für das Scheitern bescheidenerer Pläne einer regionalen Integration. Das im Friedensvertrag ausgesprochene Verbot eines Zusammenschlusses mit Deutschland konnte demgemäß nur dazu führen, dass »der Rest des Imperiums« sich in noch kleinere Fragmente aufzusplintern beginne. »Tirol, wo die gut organisierten Monarchisten die Oberhand gewinnen werden«, hieß es in der *Pravda* vom Oktober 1921, werde »sich unabhängig von Österreich erklären, was dann der erste Schritt zur Vereinigung mit Deutschland sein wird.«¹²⁷⁴

Die Lage in Österreich wurde in den düstersten Farben geschildert, was womöglich die Sowjetbürger, die unter den Folgen des »Bürgerkriegs« litten, trös-

1271 Marchlewskij, J.: Razval Evropy, in: *Pravda*, 28.9.1919.

1272 Marchlewskij, J.: Versal'skij mir i ekonomičeskoe buduščee »srednej Evropy«, in: *Ežedel'nik Pravdy*, Nr. 11, 19.9.1919.

1273 Kapeljuš, F.: Avstrija, Moskva 1929, 182; Der Autor des Buches, der sich im November 1918 in Wien auf der Durchreise befand, beschrieb unter anderem wüste Kämpfe um ein Stück Fleisch, die sich auf dem »Zentralbahnhof« (gemeint ist offenbar der damalige »Nordbahnhof«) der Stadt zugetragen hatten.

1274 Monarchičeskaja restavracija v Vengrii, in: *Pravda*, 25.10.1921.

ten sollte. Die Sieger des Weltkriegs hatten »Deutschland und Österreich unter einander aufgeteilt und ausgeraubt. Sie haben ihnen alle Lebensmittel genommen, haben die Kinder hungern und sie den Hungertod sterben lassen.«¹²⁷⁵ Die Presse berichtete darüber, wie man die Wälder rund um Wien abholzte, um Brennmaterial zu gewinnen, wie ehemalige Aristokraten ihren Familienschmuck verkauften und Ausländer demgegenüber im Luxus badeten, indem sie sich die schier unglaubliche Inflation zunutze machten.

Der apokalyptische Blick auf die Situation in Österreich änderte sich auch dann nicht, als sich eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse erkennen ließ und sich die Lebensumstände der Menschen verbesserten. Die erste Auflage der »Großen Sowjetischen Enzyklopädie« 1926 teilte mit, dass nach dem Weltkrieg die durchschnittliche Lebensdauer der Österreicher auf 30 Jahre gesunken sei und dass die Bevölkerung, die sich vor dem Hunger retten wollte, massenweise in die USA auswanderte.¹²⁷⁶ Der Autor eines anderen Beitrags, der ebenfalls in der genannten Enzyklopädie abgedruckt war, der österreichische Kommunist und Kominternmitarbeiter Josef Strasser, richtete seine Aufmerksamkeit auf die verderblichen Folgen der »Sanierung« Österreichs, die auf Druck der Entente unternommen worden sei.¹²⁷⁷

In den Berichten, welche die sowjetische politische Polizei, die OGPU, in den 1920er Jahren an die Führung des Landes schickte, figurierte Wien als einer der wichtigsten Zufluchtsorte der weißen Emigration, die eine neue Intervention auf die UdSSR vorbereite.¹²⁷⁸ Zur selben Zeit entwickelte sich die österreichische Hauptstadt zum zentralen Punkt für die Untergrundtätigkeit von Komintern-Agenten, die sich mit Südosteuropa beschäftigten.¹²⁷⁹ Darüber aber schrieben die sowjetischen Zeitungen nichts, sondern informierten lediglich über den Kampf der kleinen, aber »heroischen« österreichischen Kommunistischen Partei und über polizeiliche Repressionen, die gegen diese gerichtet waren.¹²⁸⁰

In den Berichten der Kominternagenten wiederum sah die Lage ganz anders aus. Die Galionsfigur der Ungarischen Räterepublik, Béla Kun, der in Österreich interniert gewesen war, empörte sich über die österreichischen Kommu-

1275 Lenin, V.: Polnoe sobranie sočinenij, tom 41, 353; Vgl. ebenso seinen Vergleich Russlands mit Österreich und Serbien, den er im Juni 1921 machte. Dort, meinte er, stünden die Dinge noch schlechter, »diese Länder befinden sich in einer völlig verzweifelten und aussichtslosen Lage«, ebd., tom 43, 354.

1276 Avstrija, in: Bolšaja Sovetskaja Ėnciklopedija, tom 1, Moskva 1926, 289.

1277 Strasser, I.: Avstrija. Ein historischer Abriss, in: Bolšaja Sovetskaja Ėnciklopedija, 296–302.

1278 Vgl.: »Soveršenko sekretno«: Lubjanka – Stalinu o položenie v strane (1922–1934gg.), toma 1–4, Moskva 2001–2002.

1279 Dazu: McLoughlin / Leidinger / Moritz: Kommunismus in Österreich, 123–152.

1280 Aresty kommunistov v nemeckoj Avstrii, in: Pravda, 24.9.1919.

nisten, die »völlig heruntergekommene Banditen« seien und »Geschäfte mit dem Kommunismus machen!«¹²⁸¹ Die Führer der KPÖ bemühten sich seiner Ansicht nach kaum, die Befreiung der Politgefangenen aus der Internierung zu erreichen, sondern forderten vielmehr von den ungarischen Emigranten mehr Geld, um die Herausgabe eines illegalen Periodikums zu finanzieren. Gleichzeitig behaupteten sie, dass die Genossen aus Ungarn ohnehin »Mittel aus Moskau« in Reserve hätten.

In Moskau zeigte man sich indessen unzufrieden mit der Arbeit der in Österreich tätigen Kominternagenten. Ihre Schwerfälligkeit und Inkompetenz, die Verschwendung von Geldern und ihre enge Verbindungen zur sowjetischen diplomatischen Vertretung, die zu Konflikten mit dem Narkomindel führten, hatten die Anreise von Iosif Pjatnickij zur Folge. Man nannte ihn zu Recht »die graue Eminenz« der Komintern in den 1920er Jahren, weil er die finanziellen und technischen Aspekte der Beziehungen mit den ausländischen kommunistischen Parteien kontrollierte. Doch nicht einmal Pjatnickij konnte die Lage zum Besseren wenden. Im Herbst 1921 wurde Laszlo Pollacek (Jakubov) Vertreter der »Internationalen Abteilung« des EKKI in Wien, der jedoch neue Intrigen zu spinnen begann.¹²⁸² Schließlich löste das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern das Wiener Büro auf.¹²⁸³

Zur Mitte der 1920er Jahre schien die sowjetische Propaganda müde geworden zu sein, die Sowjetbürger stets aufs Neue davon zu überzeugen, dass Österreich »das schwache Glied« in der Kette des Weltkapitalismus sei. In illustrierten Wochenzeitschriften wie etwa im *Ogonëk* tauchten vielmehr kurze Mitteilungen über die Errungenschaften österreichischer Ingenieure auf oder Berichte über Vertreter der »Intelligencija« sowie über diverse Großveranstaltungen in Wien, an denen Wissenschaftler und Künstler aus aller Welt teilnahmen. Vor diesem Hintergrund wirkten Reportagen über die Erfolge der österreichischen Kommunisten, Komsomolzen oder Pioniere umso mehr als propagandistisches »Pflichtprogramm«. Tatsächlich berichteten im Februar 1927 sowjetische Zeitungen über den ersten gesamtösterreichischen Kongress der Pioniere. Die betreffenden Artikel enthielten in erster Linie nichtssagende Floskeln. So hieß es beispielsweise: »In der Resolution des Kongresses wurde

1281 Brief B. Kuns an A. Rudnjanskij vom 1.4.1920, in: RGASPI 495/142/9/6.

1282 Pollacek geriet sofort mit Béla Szanto in Konflikt, der politischer Emissär der Komintern gewesen war. Außerdem verwies er auf mündliche Anweisungen Zinov'evs bezüglich der Gründung eines Ausweichlagers für den Fall einer Lahmlegung des Berliner Kominternbüros durch die dortige Polizei. Im Kominternarchiv sind die Pläne Pollaceks bezüglich der Zusammenfassung Südeuropas in ein Kommunikationsnetz und Materialien bezüglich des hierfür notwendigen Budgets erhalten geblieben.

1283 Adibekov / Šachnazarova / Širinja: Organizacionnaja struktura, 55.

dem glühenden Protest aller proletarischen Kinder gegen die bourgeoise Schule Ausdruck verliehen.«¹²⁸⁴ Kein halbes Jahr später war Schluss mit derartigen »Petitessen«. Die Ereignisse des Juli 1927 machten Österreich erneut zu einem der wichtigsten Themen der sowjetischen Propaganda.

Die Juliereignisse 1927

Ein sowjetischer Leser, der am 15. Juli 1927 die Zeitung aufschlug, erfuhr über Wien nur so viel, dass dort sowjetische Fußballer aus Moskau eingetroffen waren, um ein Freundschaftsspiel auszutragen.¹²⁸⁵ Über das, was sich eigentlich an diesem Tag in der österreichischen Hauptstadt ereignete, berichtete als Erste die Zeitung *Večernjaja Moskva* am 16. Juli. In Wien, hieß es, gebe es Kämpfe, Arbeiter hätten den Gerichtshof, das Postamt und die Polizei unter ihre Kontrolle gebracht. Am folgenden Morgen füllten Informationen über die Vorgänge in Österreich bereits die Titelseiten der sowjetischen Presse. Die Schlagzeilen sprachen für sich: »Bewaffneter Aufstand der Arbeiter in Wien. Der von den Sozialdemokraten geführte Schutzbund stellt sich gegen die Arbeiter« (*Komsomol'skaja Pravda*), »Der Aufstand des österreichischen Proletariats gegen die faschistische Reaktion« (*Pravda*).

Einmal mehr gab die sowjetische Propaganda das Erwartete als Realität aus – der spontane Protest von Wiener Arbeitern gegen den »Freispruch faschistischer Mörder« verwandelte sich in den Versuch eines bewaffneten Aufstandes. Durch ihn sollten sich die proletarischen Massen von demokratischen Illusionen befreien und obendrein von ihren sozialdemokratischen Anführern. »Das, was jetzt in Österreich passiert«, wurde behauptet, »führt geradewegs in den Bürgerkrieg«.¹²⁸⁶

Die Komintern, die erst seit kurzem von Nikolaj Bucharin angeführt wurde, trat auf mit der Losung von der Bildung von Arbeiterräten als alternative Machtorgane, was schließlich auch die Entwicklung der spontanen Unruhen hin zu einer sozialistischen Revolution bewirken sollte. Obwohl der Vertreter der österreichischen KP, Friedl Fürnberg, für eine vorsichtigere Bewertung der Ereignisse eintrat, behielten in den scharf geführten Diskussionen seine linken Opponenten die Oberhand.¹²⁸⁷

1284 Toman, K.: Pervyj avstrijskij kongress pionerov, in: Gudok, 4. 2.1927.

1285 Sovetskie futbolisty v Avstrii, in: Komsomol'skaja Pravda, 15.7.1927. Am 17. sollten sie gegen eine Mannschaft aus Niederösterreich und am 20. gegen eine Wiener Elf antreten.

1286 Samorazoblačenje avstrijskoj social-demokratii, in: Pravda, 19.7.1927.

1287 Siehe Vatlin, A.: Die Komintern 1919–1929: Historische Studien, Mainz 1993, 135–160.

Die Radikalisierung der Kominternlinie begünstigte weitere Berichte über die Ereignisse. Auf Interesse trafen allerdings nur jene, deren Verfasser es verstanden, die Juliereignisse an die Bedürfnisse der Propaganda anzugleichen. Dabei ging es freilich nicht um Fakten, sondern darum, ob der Tenor dieser Berichte in das enge Korsett bolschewistischer Schablonen passte. So behaupteten Funktionäre der deutschen KP wie Wilhelm Pieck und Hermann Remmele, die sich in Wien aufhielten, dass die Lage in Österreich jener Anfangsperiode der Russischen Revolution im Zeitraum zwischen März und Oktober 1917 ähnelte.¹²⁸⁸

Die entscheidende Unterstützung für die »linke« Einschätzung der Wiener Ereignisse als »Volksaufstand ohne Waffen und politische Führung« kam von der TASS, die die Linie für die Berichterstattung der sowjetischen Presse insgesamt prägte. Der Leiter der TASS-Vertretung in Wien, der »Altbolschewik« Boris Volin, schrieb schon im August 1927 ein Buch, in dem er die Ereignisse vom Juli detailliert rekonstruierte. Darin wurde unterstrichen, dass die Massen der Wiener Arbeiter begonnen hatten, eine »bolschewistische Sprache« zu sprechen, ohne sich dessen bewusst zu sein – einfach, weil sie ihrem revolutionären Instinkt gefolgt waren.¹²⁸⁹

Der sowjetische Leser musste infolge der Berichterstattung Parallelen zu seinem eigenen Land herstellen, wobei die Befürchtungen der Verfasser betreffender Zeitungsreportagen, wonach Österreich am Vorabend eines Einmarschs von Truppen aus Italien und Ungarn stand, offensichtlich übertrieben waren. Doch es war nicht nur von der ausländischen Intervention in Russland 1918–1920 die Rede, die fixer Bestandteil des Narrativs über den »Bürgerkrieg« war. In der UdSSR stand man unter dem Eindruck eines »militärischen Alarmzustands«, der gezeigt hatte, dass die Angst vor einem Krieg effektiv genutzt werden konnte, um die »Massen« zu mobilisieren, die – so der Generalverdacht – im »Sumpf« der NĖP stecken geblieben waren.¹²⁹⁰ Doch die von der Presse angezettelte Kampagne, welche die Losung »Hände weg von Österreich!« voranstellte, war, kaum hatte sie begonnen, gleich wieder verschwunden.¹²⁹¹

Der Widerhall des »militärischen Alarmzustandes« in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion verband sich auf sehr eigentümliche Weise mit der Begeisterung für den Wiener Aufstand. So registrierten Parteiberichte über die Haltung von Bauarbeitern in Sverdlovsk einen optimistischeren Blick auf die Perspektive der »weiteren Entfaltung der internationalen Beziehungen«: »Be-

1288 Remmele, G.: Vena, in: VM, 18.7.1927.

1289 Volin, B.: Vosstavšaja Vena, Moskva / Leningrad 1927, 10.

1290 Baranov, A. V.: »Voennaja trevoga«. 1927 g. kak faktor političeskich nastroenij v nepovskom obščestve (po materialam Juga Rossii), in: Klio, 2005, Nr. 1.

1291 V tiskach social-demokratii i intervencii, in: Komsomol'skaja Pravda, 19.7.1927.

sonders beruhigend wirkten auf die Arbeiter die Nachrichten über die Ereignisse in Österreich [...] Bei der Mittagspause sagte der Vorarbeiter Toropov zu einer Gruppe von versammelten Arbeitern: ›Unsere Mitbrüder, die Arbeiter in Wien, arbeiten gut. Sie werden uns in einem künftigen Krieg unterstützen.«¹²⁹²

Die eigenständige Interpretation der Ereignisse vom 15. Juli als spontaner Protest der »unteren Elemente« gegen die autoritäre Macht barg allerdings die Gefahr in sich, Parallelen zur sowjetischen Wirklichkeit zu ziehen. Die Phase des Untergangs der NĚP bot hierfür einige Ansatzpunkte – es reicht, an die Verfolgung von Oppositionellen in der VKP(b) zu erinnern oder an die Hetzjagd auf Wissenschaft und Kunst mit Wurzeln im alten zarischen Regime. Wenn gleich es keine Belege für solche Überlegungen gibt, ist nicht auszuschließen, dass das österreichische Beispiel solche Assoziationen hervorgerufen hat.

Die Interpretation der Wiener Ereignisse blieb freilich fest in der Hand der sowjetischen Propaganda. Sie ermöglichten es ihr, die öffentliche Meinung nach der verspäteten Kenntnisnahme einer »kapitalistischen Stabilisierung« wieder mit gegenläufigen Prognosen zu versorgen. Das Vokabular der Komintern wurde durch verschiedene Ausdrücke bereichert. Die Rede war von der »Linkswendung der Massen«, vom »Eintritt in die dritte Periode« und vom »spontanen Bewusstsein der Arbeiterklasse«. Die breite Berichterstattung in der Presse wurde von Solidaritätserklärungen mit praktischen Folgen begleitet. In sowjetischen Sanatorien wurden Wiener, die im Zuge der Kämpfe verwundet worden waren, gepflegt.¹²⁹³ Am 18. August erlaubte das Politbüro dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften (VCSPS), den Wiener Arbeitern materielle Hilfe in der Höhe von 5000 Dollar zukommen zu lassen. (Im Unterschied zu der Solidaritätskampagne angesichts des englischen Streiks des Jahres 1926 rief man nicht die Arbeiter auf, Geld von ihrem eigenen Gehalt zu spenden.) Offiziell war das die Reaktion auf eine Anfrage des österreichischen Komitees der Vereinigten Internationalen Gewerkschaftsbewegung, einer wenig bekannten Organisation, die der Kontrolle der KPÖ unterstand.¹²⁹⁴

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass viele Bürger der UdSSR auf Österreich das erste Mal aufgrund der Berichte über die Juliereignisse in Wien stießen. Die Zeitungen illustrierten ihre Artikel über Österreich mit Kartenmaterial und gingen auf die Geschichte des Landes ein, um ihre Leser zu informieren, wo sich das Land, um das es nun ging, überhaupt befand und wer dort das Sagen hatte.¹²⁹⁵ Das Jahr 1927 ermöglichte auch eine »Visualisierung«

1292 Golubev: *Esli mir obrušitsja*, 103f.

1293 McLoughlin / Schafranek / Szeverea: *Aufbruch, Hoffnung, Endstation*, 29.

1294 VCSPS – *avstrijskim rabočim*, in: *Trud*, 23.8.1927.

1295 *Avstrija Zeipelja i Otto Bauera (nekotorye dannye)*, in: *Kosmosol'skaja Pravda*, 20. 7. 1927.

des »Klassenfeindes« – in den Periodika tauchten Porträts von Ignaz Seipel und dem Wiener Bürgermeister Seitz auf. Die Zeitschrift *Ogonëk* brachte eine regelrechte Fotoreportage über den Schauplatz der Ereignisse vor dem Wiener Justizpalast. Als aufschlussreich erwiesen sich auch die Bildunterschriften: »Die Massen bewaffnen sich vor dem Gebäude des Justizpalastes«, »Die Polizei weicht vor den Arbeitern zurück«. Sowjetische Journalisten schreckten nicht vor Falsifikationen zurück – das Foto eines Maschinengewehrs, das auf der Titelseite des *Ogonëk* abgebildet war, wurde folgendermaßen kommentiert: »Regierungstruppen schießen vom Balkon des Gebäudes des österreichischen Parlaments auf die Arbeiterkolonnen.«¹²⁹⁶ Im reich illustrierten Buch von Boris Volin *Vostavšaja Vena* verweisen die Bildunterschriften mehrmals auf Erschießungen von Arbeitern und Schutzbündlern.¹²⁹⁷ Realiter waren derartige Sujets auf den Fotos nicht zu sehen. Der sowjetischen Leser hatte sich einmal mehr an den Spruch »Trau deinen Augen nicht« zu halten.

Zum »populären Helden« der sowjetischen Karikatur avancierte damals der Sozialdemokrat Otto Bauer: Er kriecht vor den Kapitalisten, erhält »30 Silberlinge« für seinen »Verrat« und vergießt gemeinsam mit katholischen Priestern und Heimwehrluten »Krokodilstränen« wegen der getöteten Arbeiter.¹²⁹⁸

Unter der Regie der Abteilung für Propaganda und Agitation beim ZK VKP(b) attackierte die sowjetische Presse und Publizistik die österreichischen Sozialdemokraten, die als »Totengräber der Revolution« bezeichnet wurden, immer wieder aufs Neue. »Das Österreich der Arbeiter hat von Lastwägen (die zu Barrikaden umfunktioniert wurden) aus, in der Glut des Feuers seinem Protest gegen die Diktatur der Bourgeoisie, bemäntelt von den Fahnen der Sozialdemokratie, Ausdruck verliehen«, hieß es etwa in der populären Zeitschrift *Ogonëk*.¹²⁹⁹

Angesichts der Beschimpfungen an die Adresse der Sozialdemokraten verblassten sogar die »Faschisten und reaktionären Politiker«, welche die Arbeiter zu ihrem spontanen Protest provoziert hatten: »Der Aufstand wurde von den Sozialdemokraten verraten, zusammengeschossen von den Polizisten und erstickt von der Regierung.«¹³⁰⁰ Besonders den linken Sozialisten rückte man zu Leibe: »Der Austromarxismus hat, wie wir schon vorher wussten, die große historische Prüfung nicht bestanden, sondern wurde vom ersten Windhauch

1296 Ogonëk, 1927, Nr. 31.

1297 Volin: *Vostavšaja Vena*, 101, 109.

1298 Pravda, 20. und 21.7.1927.

1299 Brandit, O.: *Ijul'skie dni v Vene*, in: *Ogonëk*, 1927, Nr. 31, 2.

1300 Volin: *Vostavšaja Vena*, 72 und vgl. das Kapitel »Klassen und Parteien im Nachkriegsösterreich« im Buch von Kapeljuš: *Avstrija*, 39–43.

der revolutionären Empörung der Arbeitermassen hinweggefegt.«¹³⁰¹ Die Ansicht, wonach die Sozialdemokraten die Juliereignisse 1927 »leicht in eine proletarische Revolution verwandeln hätten können«, hielt sich hartnäckig und entsprach der Vorhersage vom Bruderkampf in der sozialistischen Arbeiterbewegung.¹³⁰²

Der Dichter V. V. Majakovskij veröffentlichte in der *Komsomol'skaja Pravda* vom 23. Juli 1927 ein Gedicht, in dem auf die Ereignisse in Österreich Bezug genommen wurde und die diesbezüglichen Ansichten der Sowjetmachthaber Berücksichtigung fanden. Die Verse trugen den Titel *Anschauungsmaterial* und spielten auf die »verräterische Rolle« der Sozialdemokraten an.¹³⁰³

Im Gegensatz zur ausführlichen Berichterstattung über die »Heldentaten« der Wiener Arbeiter rückte die Niederlage des sowjetischen Fußballteams, das 3:4 gegen den österreichischen Widersacher verlor, in den Hintergrund. Immerhin aber musste die *Pravda* die Überlegenheit der Gastgeber eingestehen. Man müsse »die außerordentliche Technik und die Geschlossenheit der österreichischen Mannschaft würdigen.«¹³⁰⁴

Die Abkühlung in den Beziehungen der beiden Länder schritt rasch voran – Anfang August 1927 führte die Wiener Polizei eine Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der sowjetisch-österreichischen Handelsgesellschaften durch und machte es offenbar den englischen Behörden nach. Die Polizei forderte die Bekanntgabe von Listen der ausländischen Mitarbeiter.¹³⁰⁵

Von nun an ließ man bei der Darstellung Österreichs in der Presse keinerlei Nachsicht mehr walten. Das Ansehen des Landes sank rasant.

Der Austromarxismus

Fern von der Realität war eine Deutung der Juliereignisse, welche das EKKI der Komintern vornahm und zu übereilten Schlussfolgerungen bezüglich des »Endes der Stabilisierung« sowie zu einem ultralinken Kurs führte. Dieser Kurs, der in den Beschlüssen des VI. Kominternkongresses bestätigt wurde, sollte der europäischen Arbeiterklasse, die angesichts des Vormarschs des Faschismus aufgerieben zu werden drohte, große Opfer abverlangen. Der Hauptfeind des Fortschritts (der gleichgesetzt wurde mit der proletarischen

1301 Po postroennoj doroge predatel' stva, in: Trud, 19.7.1927.

1302 Dimitrov, G.: Pis'mo avstrijskim rabočim, Moskva 1934, 9.

1303 Pravda, 23.7.1927.

1304 Futbol'nyj matč Avstrija: RSFSR, in: Pravda, 23.7.1927.

1305 Ešče dokument provocirovanija nas na vojnu, in: Poljarnaja Zvezda, 18.8.1927.

Revolution) der kommunistischen Parteien und der Revolution waren demnach nicht die rechten Reaktionäre, sondern die linken Sozialdemokraten. Ihre »ideelle Waffe«, der »Austromarxismus«, erfuhr folgerichtig eine negative Bewertung in der sowjetischen Propaganda, die wiederum Beschimpfungen an die Adresse der Führer der Zweiten Internationale in den Schatten stellten. »Im Kampf um die linksorientierten Arbeitermassen [...] treten gerade jene ›linken‹ Sozialdemokraten auf, die ihren Kautskyanismus in Form der Lehre Otto Bauers anbieten« – so formulierte die *Pravda* die wichtigste Lektion aus den Wiener Ereignissen.¹³⁰⁶

Die Neuartigkeit dieses Schwenks ist allerdings nicht überzubewerten – seine Grundlagen finden sich bereits bei Lenin. Dessen politische Biografie ist bekanntlich voll von Konflikten mit Weggefährten und »falschen Freunden«. Am 11. Kongress der RKP(b) am 27. März 1922 gab Lenin ausführliche Instruktionen, wie sich die Partei der Bolschewiki angesichts der NĖP, die die Menschewiki ebenso wie SRy oder die ausländischen Sozialisten für eine Rückkehr zum Kapitalismus hielten, zu verhalten habe. Diese Kritiker, meinte Lenin, »wundern sich, wenn wir sagen, dass wir sie dafür erschießen werden«. Der einzige, der in dieser Tirade namentlich genannt wurde, war Otto Bauer. Die Art und Weise, wie Lenin auf die diesbezügliche Auseinandersetzung mit dem österreichischen Sozialdemokraten reagierte, ließ keine Zweifel an seiner Einstellung gegenüber dem »Genossen«. Sie entbehrte nicht einer gewissen Freundlichkeit, wenngleich freilich extrem zynischer Natur: »Erlauben Sie, Sie dafür an die Wand zu stellen.«¹³⁰⁷

Im Weiteren wurde Bauer für die regierenden Kommunisten und damit auch für die Leser der sowjetischen Presse zum Inbegriff des Bösen, zum Ideologen der »drohenden und schädlichen Abart des Reformismus«. Er, und nicht Seipel oder Dollfuß, wurde zum »Liebling« der sowjetischen politischen Karikatur, wenn von Österreich die Rede war. Wenn auch Otto Bauer seiner Solidarität mit der Sowjetunion Ausdruck verlieh und die Erfolge des ersten Fünfjahresplanes pries oder sich sonst irgendwie positiv über das Land äußerte – auf den Ton der sowjetischen Propaganda hatte das keinerlei Wirkung.¹³⁰⁸

Beim »Weltkongress der Freunde der UdSSR«, der sich in Moskau anlässlich des 10. Jahrestages der bolschewistischen Revolution zusammenfand, legte Nikolaj Bucharin seinen Auftritt als Streit mit Otto Bauer an, genauer gesagt als Replik auf dessen Rede, die der österreichische Sozialdemokrat der

1306 Osnovnoj urok venskich sobytij, in: *Pravda*, 22.7.1927.

1307 Lenin: *Sočinenija*, tom 45, 89f.

1308 Radek, K.: Otto Bauer zaščiščaet sovetskie respubliki ili gde tonko, tam i rvetsja, in: *Izvestija*, 27.3.1931.

zehnjährigen Wiederkehr der Oktoberrevolution gewidmet hatte. Bucharin musste zugeben, dass diese Rede »eine unmittelbare Einladung an uns zur Zusammenarbeit enthielt, wobei auch die Grundlagen dieser Zusammenarbeit vorgeschlagen und vorgestellt wurden«. Doch, meinte Bucharin, die Kommunisten bräuchten nicht die Ratschläge »politischer Bankrotteure«, die von der Notwendigkeit einer demokratischen Transformation des Regimes in der UdSSR sprachen. Gerade die Bewahrung der Diktatur und der Umstand, dass alle Angehörigen von Parteien, außer jenen, die den Kommunisten zuzurechnen waren, im Gefängnis saßen, waren nach Ansicht des Chefideologen der VKP(b) die beste Garantie, um eine »bourgeoise Entartung« der bolschewistischen Diktatur zu verhindern.¹³⁰⁹ Kein halbes Jahr später geriet Bucharin in Konflikt mit der »Logik des innerparteilichen Kampfes«, als er selbst und seine »rechten« Gesinnungsgenossen als Ausdruck der »Entartung« angesehen wurden.

Im Programm der Komintern, das sie auf ihrem VI. Kongress verabschiedete, wurde der »Austromarxismus« jenen linken ideologischen Strömungen zugeordnet, derer sich die internationale Sozialdemokratie »für einen besonders raffinierten Betrug der Arbeiter« bediene.¹³¹⁰ Zur gleichen Zeit aber wurden gewisse Errungenschaften der österreichischen Sozialisten in der Presse gewürdigt.¹³¹¹ Mitunter kam es also zu Unstimmigkeiten in der Darstellung der politischen Wirklichkeit in der Alpenrepublik. Das zeigte sich beispielsweise auch, als Béla Kun 1928 in Österreich im Gefängnis saß. Einerseits wurde davon geschrieben, dass er sich in den Händen der »Austro-Menschewiki« befinde, andererseits vermerkte man, dass sich die Sozialdemokraten gegen eine Auslieferung Kuns an die ungarischen Behörden aussprachen.¹³¹²

1929 entspann sich in der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale* eine Diskussion darüber, ob die SDAPÖ eine »sozial-faschistische Partei« sei. Die Redaktion des Blattes kam zu dem Schluss, dass die Sozialdemokraten die »Faschisierung« des Regimes im Lande anfachten. Doch war man der Ansicht, dass es dem Proletariat gelingen werde, die »Faschisierung« in Deutschland und Österreich aufzuhalten, auch wenn es dem kapitalistischen System noch keine endgültige Niederlage bereiten könne.¹³¹³

1309 Mirovoj kongress družej SSSR, in: *Izvestija*, 13.11.1927.

1310 Programm Kommunističeskogo Internacionala – kommunističeskij Internacional v dokumentach 1919–1932. Moskva 1933, 11, 39.

1311 Vgl. Nastuplenija na fabzavkomy v Avstrii, in: *Trud*, 24.6.1928.

1312 Arest Bela Kuna – povod dlja travli kommunistov i SSSR, in: *Pravda*, 1.5.1928. Zur Haft Kuns, in: *Trud*, 1.5.1928; V zaščitu Bela Kuna, in: *Trud*, 15.5.1928; Bela Kun v tjurme avstro-menševikov, in: *Ogonëk*, 1928, Nr. 21, 2.

1313 Itogi diskussii, in: *Kommunističeskij Internacional*, 1929, Nr. 48, 36f.

Eine Fortsetzung erfuhr die Diskussion in der politischen Publizistik, die versuchte, die Frage der »zwei Flügeln des Faschismus« in Österreich sowie deren jeweiligen Merkmale zu konkretisieren. Der »Sozialfaschismus« sei ebenfalls ein Werkzeug des Finanzkapitals, nicht anders als der Faschismus. Er habe aber andere »soziale Wurzeln«. Diese lägen, hieß es, in der »Arbeiteraristokratie und -bürokratie« der Nachkriegszeit.¹³¹⁴ Der Verfasser dieser Zeilen empörte sich vor allem darüber, dass die Theoretiker der SDAP sich vom »Kampf um die Macht« entfernten und vielmehr den »Kampf für die Demokratie« auf ihre Fahnen hefteten, indem sie sich »gegen den Faschismus und die faschistische Konstitution« stellten und dabei »Losungen der Revolution 1848« vorbrachten.¹³¹⁵

Die regierenden Kreise Österreichs, hieß es in einer Darstellung aus dem Jahr 1931, brauchten keinen faschistischen Umsturz, da sie sich zur Erreichung ihrer Ziele der »Sozialfaschisten« bedienten.¹³¹⁶ Die Frage, ob sich ein faschistisches Regime in Österreich gewaltsam oder mit Hilfe der Sozialdemokraten, also mit Hilfe des Parlaments, durchsetzen werde, beantwortete eine Reihe von Autoren gemäß den Schlüssen der Kominternführer. Für die Arbeiterklasse, hieß es da, spiele das »Wie« gar keine Rolle.¹³¹⁷

Die Errichtung der Diktatur unter Stalin, die Zerschlagung der innerparteilichen Opposition und das Ende der NEP mit seinen Folgen führten dazu, dass jegliche Art von Kompromiss als Schwäche angesehen wurde. Die Losung »Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns« führte zu einer Verschärfung der politischen Spannung innerhalb des Landes und zu einer Isolation der ausländischen kommunistischen Parteien. Am 17. Juli 1932 schrieb Stalin an Kaganovič: »Mit Otto Bauer darf man nicht in Kontakt treten: so sehr er sich auch als ›Kommunist‹ verstellt, dieses Subjekt war und bleibt ein Sozial-Chauvinist. Wenn er die Zweite Internationale auflösen will, soll er sie auflösen – zu unseren Gunsten und mit seinen eigenen Kräften.«¹³¹⁸

Das Verhältnis zu Bauer änderte sich auch nach dem Februar 1934 nicht, als er Österreich verlassen musste.¹³¹⁹ Seine Reise ins tschechoslowakische Exil wurde als die eines Geächteten beschrieben. Als er in Brünn, dem »Lager der Schutzbündler« auftauchte, hätten ihm die österreichischen Emigranten

1314 Šelavin, K.: K voprosu o social-fašizme v fašizme v Avstrii. Leningrad 1931, 46.

1315 Ebd., 117 und 123.

1316 Santalov, P.: Sovremennaja Avstrija, Moskva 1931, 6.

1317 Minlos, B.: Avstrija na puti k fašizmu, in: *Meždunarodnaja žizn'*, 1929, Nr. 11, 45.

1318 Stalin i Kaganovič. *Perepiska, 1931–1936 gg.*, Moskva 2001, 231. Kaganovič, der sich auf einen Brief von Willi Münzenberg bezog, schlug vor, gemeinsame Aktionen mit den Sozialdemokraten in Deutschland durchzuführen.

1319 Radek, K.: *Venskij nabat*, in: *Pravda*, 15.2.1934.

bewusst den Rücken zgedreht.¹³²⁰ Der frühere Kominternführer Zinov'ev meinte in seinen resümierenden Betrachtungen des Bürgerkriegs in Österreich: »Es ist das Schicksal der Austromarxisten, entweder für den braunen oder den schwarzen Faschismus zu arbeiten. Ein dritter wurde ihnen nicht gegeben.«¹³²¹

Die »sektiererischen« Bewertungen der Sozialdemokratie insgesamt und der linken Sozialisten im Speziellen änderten sich erst, als die Komintern den Kurs der antifaschistischen Volksfront ausrief. Doch das negative Verhältnis zum Austromarxismus blieb mehr oder weniger bestehen und wurde verknüpft mit der Kritik am »Austrofaschismus«.

»Die schleichende Faschisierung«: Österreich bis zum März 1933

Die These von der Lebensunfähigkeit Österreichs, die die sowjetische Propaganda in den frühen 1920er Jahren verwendete, wurde etwa zehn Jahre später wieder hervorgeholt. Selten genug gab es hier eine Übereinstimmung mit den Meinungen vieler Kommentatoren aus dem Westen und schließlich auch mit den Nationalsozialisten. Il'ja Ėrenburg zufolge war die einzige Freiheit, die Österreich hatte, die, von einer in die nächste Hand überzugehen.¹³²² Österreichs Entwicklung in Richtung eines autoritären Regimes bestätigte die These der Komintern von der »Fäulnis der bourgeoisen Gesellschaft« und von der Sackgasse, in die der Weltkapitalismus geraten sei. Im kleinen Österreich verdichteten sich viele Probleme, mit denen das Europa der 1920er und 1930er Jahre zu kämpfen hatte. Zur instabilen innenpolitischen Lage kamen aber noch die Ansprüche der mächtigeren Nachbarn. Österreich galt als »Versailles' Stiefkind«, als »Kolonie des Völkerbunds« und als »Schachfigur« in den Händen von Mussolini.

Als Ausgangspunkt einer kritischen Analyse der Lage in der Alpenrepublik wurden immer wieder die Widersprüchlichkeiten des »Versailler Systems« ins Treffen geführt. »Das Nachkriegsösterreich wurde«, meinte Zinov'ev etwa, »zum Spielball einiger imperialistischer Mächte«.¹³²³ Österreich sei »unabhängig«, aber diese Unabhängigkeit sei die eines »Todeskandidaten«.¹³²⁴ Um Kre-

1320 Rošer, G.: SSSR moja rodina, Moskva 1937, 26.

1321 Zinov'ev, G.: Graždanskaja vojna v Avstrii, Char'kov 1934, 27

1322 Ėrenburg, I.: Graždanskaja vojna v Avstrii, Moskva 1934, 73.

1323 Zinov' ev: Graždanskaja vojna, 6.

1324 Santalov: Sovremennaja Avstrija, 5.

dite zu bekommen, müsse das Land nach der Pfeife der Großmächte tanzen und gleichzeitig der nutzbringenden Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entsagen. Aus Wien kämen immer wieder Aufrufe zur Verschärfung einer antisowjetischen Politik. Mal, so Vjačeslav Molotov auf dem VI. Sowjetkongress im März 1931, stammten sie von den Prälaten des Vatikans und mal, berichtete die *Izvestija*, von den Teilnehmern eines in der österreichischen Hauptstadt tagenden internationalen Agrarkongresses.¹³²⁵

Die sowjetischen Propagandisten zeichneten ein Bild von Österreich, das einem einfachen Schema entsprach: Die österreichische Außenpolitik bestand aus »Abwarten« – sie warte demütig darauf, welche der imperialistischen Gruppierungen in Europa sich als die Stärkste erweisen werde.¹³²⁶ Deutschland erpresse Österreich zum »Anschluss«, Frankreich wolle das Land in einer Donauföderation unter der Ägide seiner Verbündeten sehen und Italien habe Interesse an einer Wiedererrichtung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie.¹³²⁷ In diesem Kräfteparallelogramm nehme auch Großbritannien einen Platz ein: Als »Preis seiner Zustimmung zur Angliederung Österreichs an Deutschland könnte England – wer weiß – Deutschland dazu bringen, es in seinen Plan eines antisowjetischen Blocks und der Einkreisung der UdSSR einzubinden.«¹³²⁸

Vor Hitlers Machtergreifung betrachtete die sowjetische Presse die Idee des Anschlusses wohlwollend, weil diese Idee die Lage der Gegner der Entente stärkte. Dem Plan des Zollunionspaktes zwischen Österreich und Deutschland wurde große Aufmerksamkeit zuteil. Die Zeitung *Izvestija* schrieb: »Die Klagen der französischen Presse beweisen nur, dass sie sich nicht über die traurige Tatsache der Unvereinbarkeit zwischen der weiteren Existenz des Versailler Vertrages und den Interessen der Entwicklung der europäischen Völker im Klaren ist.«¹³²⁹ Die *Pravda* wählte einen klassischen Zugang: »Die revolutionären Arbeiter Deutschlands und Österreichs kann eine solch halbherzige Maßnahme, wie es der Zollvertrag ist, nicht zufrieden stellen; sie werden ihren entschlossenen Kampf gegen das gesamte Versailler System und die mit ihm zusammenhängenden Staatsgrenzen, die den Körper des deutschen Volkes durchtrennen, fortsetzen. Das Wehklagen der Verteidiger des räuberischen Versailler Systems über die Verletzung der schändlichen imperialistischen Verträge kann unter den Werktätigen nur Verachtung und Empörung hervorrufen.«¹³³⁰

1325 *Izvestija*, 11.3.1931 und *Izvestija*, 21.3.1931 sowie *Pravda*, 22.3.1931.

1326 Kapeljuš: Avstrija, 218.

1327 Siehe zum Beispiel: Avstrijskij uzal imperialističeskich protivorečij. V pomošč' agitatoru i propagandistu, Char'kov 1933; Okno v mir, in: Ogoněk, 1930, Nr. 6, 2.

1328 Kapeljuš: Avstrija, 190.

1329 Avstro-germanskaja tamožennaja unija, in: *Izvestija*, 24.3.1931.

1330 Tamožennyj sojuz meždu Avstrijej i Germaniej, in: *Pravda*, 23. 3. 1931.

Frankreichs Widerstand gegen den Anschluss wurde als grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gesehen. »Dass man die Angelegenheit des österreichisch-deutschen Übereinkommens dem Völkerbund zur Prüfung vorgelegt hat, kann man nicht anders betrachten als einen offenen Versuch der Einmischung der Versailler Sieger in die bilateralen Beziehungen zweier Länder, als klare Verletzung ihrer Souveränität und des Rechtes, das eigene Schicksal zu bestimmen.«¹³³¹ All das bot auch eine günstige Gelegenheit, einen weiteren publizistischen Schlag gegen das verhasste System der internationalen Beziehungen zu führen, von dem Sowjetrussland wie ein Paria behandelt wurde. Man sprach von der »Herabstufung ganzer Kulturländer im Zentrum Europas«, über deren Schicksal wie über den Verkauf von »Kälbern und Schafen« am »Bazar« verhandelt würde, und kritisierte »die Unmöglichkeit einer Vereinigung für diese Länder mit anderen Ländern derselben Nationalität« – ein Umstand, der »im abstoßenden Jargon des gegenwärtigen Imperialismus als Verteidigung der ›Unabhängigkeit‹ bezeichnet« werde. »Die Geschichte«, hieß es weiter, »kennt nur wenige Beispiele solcher Heuchelei. [...] Jedes Wort in der Sprache der Versailler Lüge bekommt einen entgegengesetzten Sinn.«¹³³²

1933 wurde der »Anschluss« als eine Losung gegen Versailles gewissermaßen ins Archiv verbannt. Die Errichtung des NS-Regimes in Deutschland rief Experten des Instituts für »Weltwirtschaft und Weltpolitik« auf den Plan. Deren Analysen zufolge erwarteten die Nationalsozialisten »an der österreichischen Front [...] den geringsten Widerstand, hier machen sie den größten Druck«. Dieser Umstand wiederum rufe den entschiedenen Widerstand Frankreichs hervor, für das »die österreichische Frage in der gegenwärtigen Situation wahrhaftig lebenswichtig ist [...] Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland würde faktisch die Revision des Versailler Vertrages in seinem wichtigsten Teil bedeuten – in jenen Punkten, welche die gegenwärtigen Grenzen Europas betreffen.«¹³³³ Die Schlussfolgerung drängte sich gewissermaßen von selbst auf: Österreich werde unweigerlich zum Aufmarschgebiet des kommenden Weltkriegs. »Für Deutschland ist die Frage des Anschlusses eine lebenswichtige, denn die Wiedervereinigung mit Österreich« verschaffe den Nationalsozialisten eine Vormachtstellung in Mitteleuropa und damit die »besten Karten im künftigen Spiel um den Krieg«.¹³³⁴

In innenpolitischer Hinsicht wurde unterdessen die Transformation des politischen Systems in Österreich fokussiert. Der Befund lautete diesbezüglich

1331 Nagljadnyj urok, in: Izvestija, 26.3.1933.

1332 Zoloto i nezavisimost', in: Izvestija, 13.9.1931.

1333 Stepnjak, P.: Bor'ba za gegemoniju v Central'noj i Vostočnoj Evrope, in: Mirovoe chozjajstvo i meždunarodnye otnošenija (Mchimo), 1933, Nr. 10, 77 und 78.

1334 Ogolevec, A.: Malen'kij Dol'fus i bol'shaja Evropa, in: Ogonëk, 1933, Nr. 12, 12.

etwa: »Die Republik an sich ist in Österreich nicht gefestigt, wenn man vom Proletariat absieht, ist es eine Republik ohne Republikaner.«¹³³⁵ Noch 1927 bezeichnete man das »Polizeiregime«, das Politik gegen die Arbeiter mache, als eines, das noch nicht als faschistisch zu bezeichnen sei.¹³³⁶ Kurze Zeit später aber betonten sowjetische Kommentatoren die fortschreitende »Faschisierung« des Landes.¹³³⁷ Der Beginn von Johann Schobers dritter Kanzlerschaft¹³³⁸ symbolisierte in den Augen der Theoretiker der Komintern die endgültige Errichtung einer faschistischen Diktatur im Land.¹³³⁹

Béla Kun behauptete, dass die Sozialdemokraten schuld an dieser Entwicklung waren.¹³⁴⁰ Ganz auf der Linie der Komintern kamen sowjetische Kommentatoren zu absurden Schlussfolgerungen, welche die Kräfteverhältnisse im Land völlig verzerrt darstellten: »Man muss ganz dezidiert sagen, dass die gesamte politische Verantwortung für das Anwachsen der Reaktion in Österreich bei der sozialdemokratischen Partei liegt.«¹³⁴¹

Andere Akzente bei der Bewertung der innenpolitischen Entwicklung Österreichs wurden im Magazin *Meždunarodnaja žizn'*, dem Periodikum des Narkomindel, präsentiert. Die Autoren dieses Organs betrachteten die Faschisierung nicht als Unausweichlichkeit, sondern als eine von mehreren Zukunftsvarianten. Die führenden Politiker aus dem Lager der Klerikalen erscheinen hier nicht als glühende Anhänger faschistischer Methoden, da letztere die außenpolitische Isolation des Landes vorantrieben. Sie seien aber, hieß es 1929, dem wachsenden Druck der Heimwehr ausgesetzt, die sich der Kontrolle Seipels entzog und als eigene politische Kraft auftrat.¹³⁴²

Doch den Ton bei der Bewertung der internationalen Lage nach außen gaben nicht die Experten des NKID an, sondern die Journalisten der *Pravda* und die Funktionäre der Komintern. Ihre Analyse des Prozesses der Faschisierung Österreichs verwies unter anderem auf allgemeine Begleitumstände. Zu allererst wurde dieser Prozess als Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus gesehen: »Um den Widerstand der Arbeiter unter den Bedingungen der schwankenden Stabilisierung zu überwinden, braucht die Bourgeoisie

1335 Kapeljuš: Avstrija, 65.

1336 Šmidt, M.: Obmanuty nadeždy (ot našego venskogo korrespondenta), in: Izvestija, 23.10.1927.

1337 Kac, L.: Policija u vlasti, in: Ogoněk, 1930, Nr. 1, 3.

1338 Schober war vom Juni 1921 bis Jänner 1922 und – unterbrochen von der Regierung unter Walter Breisky – vom Jänner bis Mai 1922 sowie vom September 1929 bis September 1930 Kanzler.

1339 Vgl. die Materialien der Komintern zur Vorbereitung eines Vortrags von Molotov auf dem 16. Kongress der VKP(b), in: RGASPI 495/18/.801/1.

1340 Kun, Béla: »Pobeda« avstrijskogo social-fašizma, in: Pravda, 10.12.1929.

1341 Santalov: Sovremennaja Avstrija, 113.

1342 Rot, A. B.: Pravitel'stvennyj krizis v Avstrii, in: Meždunarodnaja žizn', 1929, Nr. 7; Šmidt, M.: Avstrija na fašistskoj étape, ebd., Nr. 11, 50–69.

einen faschistischen Umsturz.«¹³⁴³ Außerdem wurde eingestanden, dass im Unterschied zum Faschismus in Deutschland und Italien die österreichische Variante nicht auf einen extremen Nationalismus setzte oder auf imperialistische Ambitionen: »Im Arsenal des österreichischen Faschismus fehlt eine sehr wichtige Waffe, die von den Faschisten anderer Länder verwendet wird – jene der nationalistischen Losungen.«¹³⁴⁴

Des Weiteren wurde auf den »Stufencharakter« der österreichischen Variante des Faschismus hingewiesen: »Die Etablierung der faschistischen Diktatur kann auf unterschiedliche Art und Weise vonstatten gehen: allmählich [...], und zwar dort, wo es eine starke Sozialdemokratie gibt, welche das Proletariat entwaffnet, indem sie dazu aufruft, auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben und eine Position nach der anderen dem Faschismus überlässt, um das Proletariat zur Kapitulation zu bringen, so wie zum Beispiel in Österreich.« Diese Ansicht vertrat Dmitrij Manuil'skij in einem Vortrag auf dem XI. Plenum des EKKI im März 1931.¹³⁴⁵ Ungeachtet des Vorhandenseins einer »faschistischen Verfassung« in Österreich vermeldete die sowjetische Presse im Herbst desselben Jahres, dass die Regierung in Wien einen »faschistischen Putsch« der steirischen Heimwehr unterdrückt habe.¹³⁴⁶ Ähnliche Begriffsverwirrungen und die Methode, alle möglichen Entwicklungen im Ausland als Ausdruck des Faschismus darzustellen, führten zu einer Desorientierung der kommunistischen Parteien, für die der Terminus bald alles und nichts umschrieb.

Hinsichtlich der Lage in Österreich sprach man überdies von der Existenz dreier faschistischer Bewegungen, deren Zuordnungen und Definitionen miteinander allzu eindimensional wirken mussten. In dieser Lesart unterteilten sich die »drei Faschismen« gemäß ihrer außenpolitischen Orientierung (Deutschland, Italien, Frankreich) und ihrer sozialen Grundlagen: »Während sich der Nationalsozialismus des deutschen Typs in Österreich auf deklassierte städtische Elemente und das städtische Kleinbürgertum stützt«, fände die an Italien orientierte Variante mit der »Regierung Dollfuß ihre Massenbasis vor allem unter den Kulaken, die sich in der Heimwehr zusammenschließen und den Kampf zur Beherrschung des Landbunds führen, der einen Teil der Mittelbauern auf seiner Seite hat.«¹³⁴⁷ Die Basis der dritten faschistischen Bewegung in Österreich war, gemäß dieser Sicht, der auf Frankreich orientierte »Sozial-

1343 Šelavin: K voprosu, 62.

1344 Lippaj, Z.: Avstrijskij fašizm, in: Mchimo, 1935, Nr. 9, 18–19.

1345 Kompartii i krizis kapitalizma. XI. plenum IKKI, Stenografičeskij očet, Moskva 1932, 36.

1346 Likvidacija popytki fašistskogo pučča v Avstrii, in: Izvestija, 15.9.1931; Geroy i režissery avstrijskogo fašistskogo pučča, in: Pravda, 17.9.1931.

1347 Avstrijskij uzjel, 11; Kapeljuš: Avstrija, 85.

Faschismus« eines Karl Renner und Otto Bauer.¹³⁴⁸ Diese waren Vertreter der »Arbeiteraristokratie«, und deren Abkömmlinge hatten sich bequeme Positionen im Staatsdienst gesichert.¹³⁴⁹ Im Gegensatz dazu wurde auf den dürrtigen Alltag der österreichischen Werktätigen hingewiesen. Ihnen, hieß es, drohte der »Hungertod [...] Hunderte junge Menschen ohne Arbeit durchsuchen Müllhaufen und Abfallgruben, um dort irgendetwas Essbares zu finden und die Qualen des Hungers zu mildern«.¹³⁵⁰ Fast alle Schülerinnen und Schüler in Wien litten an Blutarmut und Tuberkulose.¹³⁵¹ Die Jugend lief nur deshalb zu den Faschisten über, erklärte später der Schutzbündler H. Roscher, weil sie täglich eine warme Mahlzeit ausgaben.¹³⁵²

Die nüchternen Bewertungen der Lage in Österreich, welche nicht den üblichen ideologischen Schablonen entsprachen, wurden zensuriert, lange bevor sie überhaupt bis zur sowjetischen Presse gelangten. So schickte der Polpred der UdSSR in Wien, Konstantin Jurenev, am 10. Dezember 1931 einen Bericht über die Bauern in Österreich an Krestinskij, in dem er erwähnte, dass diese sich »nach rechts radikalisierten« und die der KPÖ gestellte Aufgabe, das Dorf für sich zu gewinnen, gegenwärtig undurchführbar sei.¹³⁵³ Der Inhalt des Schriftstücks wurde dem Sekretär der Organisation des VKP(b), dem Korrespondenten der TASS in Österreich P. Ionov bekannt, der die Einschätzungen des Polpred als »gegen die Partei gerichtet« einstuftete. Es begann ein langwieriger Kampf, in den das NKID und das Büro der Auslandskader des ZK der VKP(b) involviert waren.¹³⁵⁴ Am Ende behielt Jurenev die Oberhand, allerdings nicht ohne auf politische Fehler hingewiesen worden zu sein.

Die Alternative zur »schleichenden Faschisierung Österreichs«, über die Anfang der 1930er Jahre die sowjetische Presse schrieb, blieb die proletarische Revolution, die von der kommunistischen Partei angeführt werden sollte.¹³⁵⁵ Die reellen Gegebenheiten spielten keine Rolle. So konnte es geschehen, dass in den sowjetischen Periodika und in der Publizistik die Anzahl der Reportagen über den »heroischen Kampf« der österreichischen Kommunisten die Zahl der

1348 Über die »traditionell guten Beziehungen zu Frankreich und zur Kleinen Entente« seitens der SDAPÖ siehe auch: Wohnout, Helmut: Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932–1934, in: Wenninger/Dreidemy: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime, 601–631, 624.

1349 Šelavin: K voprosu, 116.

1350 Prokof'ev, N.: Komsomol Avstrii, Moskva 1935, 26f.

1351 Čerez poraženie k pobeđe, in: Internacional molodeži, 1934, Nr. 4, 7.

1352 Rošer: SSSR, 3.

1353 RGASPI 17/36/283/82.

1354 Ebd., 156.

1355 Vortrag von Otto Kuusinen über den Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der kommunistischen Parteien im Rahmen des XIII erweiterten Plenums des EKKI im November 1933. – XIII Plenum IKKI. Stenografičeskij otčet, Moskva 193, 27.

nominellen Parteimitglieder übertraf.¹³⁵⁶ Überproportionale Bedeutung erlangten unter solchen Bedingungen auch die Pioniere und Komsomolzen: Sie »machten die Jugend mit dem Marxismus-Leninismus vertraut, mobilisierten die jungen Arbeiter im Kampf für jeden Schilling Lohn, für eine Tasse heißer Suppe und ein Bett für die obdachlose Jugend.«¹³⁵⁷

Die Dollfuß-Diktatur

Wirft man einen Blick in den Katalog der Bibliothek der Moskauer Staatlichen Universität, der einer der größten des Landes ist, wird ersichtlich, dass der Teil über die »Geschichte der Österreichischen Republik 1918–1938« in zwei Abschnitte unterteilt ist, wobei der Mai 1932 die Trennlinie markiert. Dass der Zeitpunkt, wo Engelbert Dollfuß an die Spitze der österreichischen Regierung trat, im historischen Gedächtnis der österreichischen Öffentlichkeit gespeichert ist, muss bezweifelt werden.

Weder Dollfuß noch Hitler waren einfach nur die »Erfüllungsgehilfen des Willens ihrer Klasse«, so wie es der historische Materialismus sowjetischen Zuschnitts darstellte. Doch Differenzierungen waren die Sache der Propaganda nicht. So berichtete die Presse über die Ereignisse in Österreich im März 1933 unter Verwendung desselben Vokabulars wie schon bei der Machtergreifung Hitlers. Die österreichische Regierung, hieß es, wolle mit ihren diktatorischen Maßnahmen das Erstarken des Kommunismus unterdrücken – ebenso wie die mit der Heimwehr konkurrierenden Nationalsozialisten.¹³⁵⁸ Dieser »Bonapartismus«, wie es in der marxistischen Lesart hieß, wurde nicht eingehender behandelt. Im Weiteren glichen sich die Berichte über die Ereignisse in Wien immer mehr jenen über die Machtergreifung Hitlers an. Beginnend mit dem 16. März beschrieb die Presse wie auf Befehl den »Staatsstreich« von Dollfuß als vor allem gegen die Kommunisten gerichtet. Demgemäß zählte man vor allem Repressionsmaßnahmen auf, welche die Kommunisten betrafen.¹³⁵⁹

Der kommunistische Einfluss in Österreich wurde von der sowjetischen Propaganda unverhältnismäßig hervorgehoben. Das wiederum kann als Antwort auf die Haltung der Zweiten Internationale gesehen werden, die glaubte,

1356 Nach Angaben der Komintern für 1929 bestand die KPÖ aus 3000 Mitgliedern. Vgl. 10 let Kominterna v rešenijach i cifrach, Moskva 1929, 346.

1357 Prokof'ev: Komsomol, 8.

1358 Gosudarstvennyj perevorot v Avstrii, in: Pravda, 10.3.1933.

1359 Fašistskaja reakcija v Avstrii, in: Pravda, 16.3.1933. Die Izvestija brachte am selben Tag einen Bericht über Österreich mit dem Titel »Der Feldzug gegen die Kommunisten«.

die kommunistischen Parteien in Europa übergehen zu können, bei der Organisation des Widerstands gegen den Faschismus aber durchaus die Sowjetunion als Ansprechpartner erhalten wollte. Der Komintern-Führer Manuil'skij strafte daraufhin die Sozialisten, die nicht mit der kleinen KPÖ verhandeln wollten, ab, indem er meinte, dass umgekehrt die UdSSR nicht mit ihnen verhandeln wolle, da auch sie »viel zu unbedeutend« seien.¹³⁶⁰ Die Führer der europäischen Arbeiterbewegung brauchten zwei Jahre, um die Sinnlosigkeit solcher und ähnlicher Sticheleien zu erkennen – zwei Jahre, in denen sich der deutsche Faschismus konsolidierte, seine innenpolitischen Gegner ausschaltete und Verbündete für seine Außenpolitik fand.

Lev Trockij, der in seinen politischen Analysen nicht an die Parteidisziplin gebunden war, bezeichnete das Dollfuß-Regime als »halbbonapartistische Diktatur, die sich infolge der wechselseitigen Neutralisierung von Proletariat und faschistischem Lager halten kann«.¹³⁶¹ Letzteres versammelte seiner Meinung nach jene Kräfte, die sich an Hitlerdeutschland orientierten. Obwohl auch Trockij der Dichotomie einer faschistischen oder aber proletarischen Alternative der Machtausübung verpflichtet blieb, kam seine Analyse der Verhältnisse in Österreich der Wirklichkeit näher.

Im Frühling 1933 wurde in Moskau die Lage in Österreich dahingehend interpretiert, dass die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes für Dollfuß die einzige Möglichkeit darstelle, um seine eigene Macht zu erhalten. Aus diesem Grund wurde er zum Todfeind Hitlers.¹³⁶² Für die UdSSR blieb aber bei der Einschätzung des Dollfuß-Regimes noch gewisse Zeit entscheidend, dass es »die Faschisierung des Landes nach dem Beispiel Hitlers durchführt«.¹³⁶³

In der neuen aussenpolitischen Situation musste sich die Sowjetunion früher oder später über den Hauptfeind klar werden. Wichtige Anstöße kamen dabei »von unten«, von der österreichischen KP. So begründete innerhalb der Komintern Oskar Grossman, Mitglied des ZK der KPÖ, im Frühling 1933 eine neue Position der Partei gegenüber dem »Anschluss«. Dieser, hieß es, sei die endgültige Faschisierung des Landes: »Die Bevölkerung Österreichs würde seine ganze Unabhängigkeit einbüßen und gänzlich abhängig werden, unterdrückt als untergeordnetes Anhängsel des imperialistischen Deutschland.«¹³⁶⁴ Bei seinem Auftritt vor dem Plenum des EKKI im November 1933 bestätigte der Ge-

1360 Politbjuro CK RKB(b) – VKP(b) i Komintern 1919–1943. Dokumenty, Moskva 2004, 682.

1361 Trockij, L. D.: Avstrija na očeredi, in: Bjulleten' oppozicii, 1933, Nr. 34.

1362 »Malen'kij Dol'fus« i ego diktatura, in: Pravda, 19.3.1933; Volynskij, L.: Avstrijskij placdarm imperialističeskich protivorečij, in: Pravda, 2.6.1933.

1363 Grauman, P.: Fašistskaja diktatura Dol'fusa i kompartija Avstrii, in: Kommunističeskij Internacional, 1933, Nr. 26–27, 51.

1364 Grossman, O.: Fašizacija Avstrii i problema »anšljusa«, ebd. Nr. 15, 29.

neralsekretär der KPÖ, Johann Kopenig, diese Haltung. Man hielt aber an der Position des Kampfes gegen beide »Faschismen« fest, weil Dollfuß unter dem Deckmantel der Verteidigung Österreichs gegen den »Hitlerschen Faschismus den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse führen würde.«¹³⁶⁵

Die Entwicklungen in Österreich wurden 1933 zumindest für kurze Zeit einigermaßen intensiv in der sowjetischen Presse behandelt. Das Land wurde vor allem als potentielles Opfer der wachsenden Aggression des Hitler-Regimes betrachtet. Die Kommentatoren waren sich in ihren Schlussfolgerungen einig: »Der Kampf um Österreich als Schlüssel zur Herrschaft über Südosteuropa wird hinkünftig noch schärfere Formen annehmen.«¹³⁶⁶ Die innenpolitische Entwicklung in Österreich wurde ausschließlich aus der Perspektive der verfolgten Kommunisten dargestellt. Wenig hingegen beschäftigte man sich mit den Besonderheiten des »Austrofaschismus«, ein Terminus, der sich allerdings schnell in den politischen Lexika wiederfand. Kennzeichnend ist, dass Stalin in seiner Rede auf dem XVII. Kongress der VKP(b) Österreich gar nicht erwähnte, obwohl er sich einigermaßen ausführlich zum Faschismus allgemein und zum deutschen insbesondere äußerte. Die Ereignisse des Februar 1934 rückten dann aber Österreich wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Der »Februaraufstand« und seine Lehren

Die These von der »schleichenden Faschisierung« Österreichs, welche die Berichterstattung über das Land in der sowjetischen Presse wenigstens vier Jahre hindurch dominierte, führte dazu, dass die Februarereignisse 1934 sowohl für die einfachen Leser als auch für die Kominternfunktionäre wie ein Blitz aus heiterem Himmel daherkamen. Es war bekannt, dass die Sozialdemokraten Waffen besaßen. Doch »die Weigerung der Sozialdemokraten, gegen die Entwaffnung des Schutzbundes zu kämpfen, öffnete faktisch die Tore für den Vormarsch des Faschismus in Österreich.«¹³⁶⁷

Schon Anfang März erschienen Erzählungen von Schutzbündlern über die Kämpfe in Österreich in der sowjetischen Presse.¹³⁶⁸ Solche Texte waren durchaus begehrt, erlaubten sie es doch, die Dramatik der Augenzeugenberichte mit dem notwendigen ideologischen Subtext zu versehen. Die Wiener Bezirke Floridsdorf

1365 XIII Plenum IKKI, 201.

1366 Lippaj: Dunajskaja problema, 161.

1367 Grossman: Fašizacija, 28.

1368 Gofman, K.: Rasskaz učastnikov floridsdorfskich boev, in: Pravda, 5.3.1934. Siehe auch: Govorjat bojcy avstrijskich barrikad, Moskva 1935.

und Ottakring, von denen man zuvor nie etwas gehört hatte, wurden plötzlich zu Synonymen eines heroischen Kampfes der Arbeiterschaft. Franz Zartl beschrieb den Durchbruch einer Gruppe Schutzbündler in Richtung tschechischer Grenze dermaßen packend, dass »der Marsch der 47« zur Grundlage von mehreren Theateraufführungen in verschiedenen sowjetischen Schulen wurde.¹³⁶⁹

Die Februarereignisse in Österreich wurden für einige Zeit zu einem der wichtigsten Themen der sowjetischen Publizistik. Hervorgehoben wurden die Kommunisten, welche die Schutzbündler zum Kampf animiert hätten, während andererseits die Klassenfeinde als zu jeder Grausamkeit fähige Gegner geschildert wurden, die vor nichts zurückschreckten, um an der Macht zu bleiben.¹³⁷⁰ In den Darstellungen der Schutzbündler ging es um den Einsatz der Luftwaffe und die Rücksichtslosigkeit von Regierungstruppen, die im Wissen, dass die Arbeiter dann nicht schießen würden, Frauen und Kinder vor sich hertrieben. Von Schriftsteller Il'ja Ėrenburg wurde Dollfuß als kaltblütiger »Zwerg« beschrieben, als einer, der ohne Zögern Arbeiter hinrichten ließ.¹³⁷¹

Ėrenburg schlug einen offiziellen Ton an, indem er festhielt, dass die Schutzbündler nicht für demokratische Werte gekämpft hatten, sondern für eine »Arbeiterdiktatur«. Sie hätten sich nicht vor dem Tod gefürchtet, sondern vielmehr »vor dem Sieg«. Damit wurde wohl auf die zögerliche Haltung nicht weniger Sozialdemokraten angespielt, die einem Kampf bisher immer ausgewichen waren. Die Entwaffnung der Schutzbündler durch die Regierung Dollfuß bezeichnete er außerdem als österreichisches Äquivalent des Reichstagsbrandes. Strapaziert wurden auch Vergleiche mit der Pariser Kommune bis hin zur »Russischen Revolution«. ¹³⁷² Nadežda Krupskaja, die in Moskau eingetroffene Schutzbündler begrüßte, wollte diese dahingehend überzeugen, dass die gebrachten Opfer nicht umsonst gewesen waren: »Wir hatten das Jahr 1905, und trotzdem haben wir gesiegt.«¹³⁷³ Ähnliche Parallelen wurden in der sowjetischen Publizistik immer wieder gezogen.¹³⁷⁴ Sie sollten dem Leser die beispielgebende Rolle der UdSSR vor Augen führen und betonen, dass andere Länder ähnliche Erfahrungen durchmachen müssten wie die russische Arbeiterklasse.

Zur zentralen Frage wurde jene der Ziele der Aufständischen. Hatte man 1927 die These vom Kampf um die »Sowjetmacht« nicht sofort parat, war das 1934 anders: »Das Ansehen der Sowjetunion ist so gewachsen, dass es heute

1369 Internacional moloděži, Nr. 7, 1934, 21 (Cartel, Franc [Zartl, Franz]: Marš ›47').

1370 Vgl.: Kraminov, D.: Avstrija na barrikadach, in: Internacional moloděži, 1934, Nr. 3, 10.

1371 Ėrenburg, Graždanskaja vojna, 9–10.

1372 »Avstrijskie versalcy dvinulis' vo vseoružii protiv avstrijskich kommunardov« (Vot oni, avstrijskie kommunardy), in: Izvestija, 15.2.1934.

1373 Rošer: SSSR, 51.

1374 Vgl. auch Zinov'ev: Graždanskaja vojna, 5.

keinen Massenaufstand der Arbeiter geben kann, der nicht im Sinne der Räte eingefärbt ist«, behauptete zum Beispiel Solomon Lozovskij auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI am 17. Februar 1934.¹³⁷⁵ In den Materialien für die Resolution über den Februaraufstand betonten die Mitarbeiter der Komintern freilich, dass der Grund für die Niederlage bei der »passiven Verteidigungstaktik des österreichischen Schutzbundes« zu suchen sei, bei der Weigerung, ein Gremium für die Leitung des Aufstands in Form von Räten zu bilden.¹³⁷⁶ Vor diesem Hintergrund verschwand die These vom Kampf für die Rätewacht relativ schnell aus den sowjetischen Zeitungen.¹³⁷⁷

Die Einschätzung, wonach das »österreichische Proletariat« sich vor dem Faschismus verteidigte und für sein »Recht auf Leben« kämpfte, wurde ebenfalls marginalisiert.¹³⁷⁸ Über den »Preis des Sieges« diskutierte man nicht, denn solche Debatten hätten womöglich zu den Einschätzungen Otto Bauers geführt, der das Blutvergießen mit den Verweis auf die vielen zu erwartenden Todesopfer vermeiden hatte wollen. So gab man sich vielmehr der Überzeugung hin, dass bei einer entsprechenden Taktik und sorgfältigen Vorbereitung des Kampfes Wien alle Chancen gehabt hätte, zum »Aufmarschgebiet eines siegreichen bewaffneten Aufstandes zu werden«.¹³⁷⁹

Allen Autoren, die über die Februartage schrieben, war eines gemeinsam: die Hervorhebung der »verräterischen Rolle« der Sozialdemokraten. Otto Kuusinen verlangte bei der Vorbereitung der entsprechenden Komintern-Resolution sogar eine Verstärkung solcher Angriffe auf die Sozialdemokraten. Die Niederlage der Arbeiter in Österreich sei nichts anderes als die Folge der 15 Jahre andauernden »verräterischen SP-Politik«.¹³⁸⁰ Diese Einschätzung unterschied sich wiederum nicht von den Kommentaren zu den Juliereignissen 1927. Während man aber die Unentschlossenheit der Kämpfer rügte, betonte man, dass die »österreichischen Ereignisse« gezeigt hätten, dass ein bewaffneter Aufstand auch unter den Bedingungen veränderter waffentechnischer Potenziale immer noch möglich sei.¹³⁸¹ Auf diese Weise schworen die Kominternführer die ausländischen kommunistischen Parteien weiterhin auf das Kopieren des bolschewistischen Umsturzes ein. Zustimmung erhielten sie dabei auch von den Schutzbündlern – zumindest in den sowjetischen Propagandabroschüren. Dort hieß es, dass man siegen hätte können, wenn die Arbeiter die Rätewacht als Ziel vor Augen gehabt hätten. Au-

1375 Lozovskij, A.: Uroki sobytij vo Francii i Avstrij, Moskva 1934, 4.

1376 RGASPI 495/28/267/1–4.

1377 Lapinskij, P.: Pust' vešateli ne likujut, in: Izvestija, 21.2.1934.

1378 Geroičeskaja bor'ba avstrijskich proletariev, in: Izvestija, 16.2.1934.

1379 Zajdel', G.: Avstrija v ognje. Leningrad 1934, 37.

1380 KI i ideja mirovoj revolucii. Dokumenty, Moskva 1998, 808.

1381 Ebd., 803 und Lozovskij: Uroki, 57.

ßerdem hätte man wichtige strategische Punkte einnehmen und umgehend die Verhaftung der Regierungsmitglieder durchführen müssen.¹³⁸²

Die Februarkämpfe fielen zeitlich zusammen mit Massendemonstrationen in Paris, im Zuge derer antifaschistische Kräfte einen entscheidenden Sieg davontrugen. Die Taktik »Klasse gegen Klasse« griff nicht mehr und ein Ausweg aus der politischen Isolierung der kommunistischen Parteien war damit nicht zu erreichen. Georgi Dimitrow beobachtete die Februarkämpfe von Deutschland aus. In sein Tagebuch schrieb er: »Der Aufstand geht über ganz Österreich. Gut, aber spät!«¹³⁸³ Der Schwenk zur Taktik einer »antifaschistischen Volksfront« wiederum hing nicht zuletzt mit den österreichischen Ereignissen zusammen.¹³⁸⁴

Nach seiner Ankunft in der UdSSR wollte Dimitrow sich in erster Linie mit den »österreichischen Ereignissen und ihren historischen Lehren vertraut« machen.¹³⁸⁵ Stalin wiederum vertraute beim Verfassen eines »Briefes an die österreichischen Arbeiter« auf Dimitrow, der es schaffte, einerseits den Willen des Diktators zu erfüllen und andererseits auch eigenständige Gedanken einzubringen. Stalin wies Dimitrow darauf hin, dass die Ereignisse in Wien gar kein Aufstand gewesen waren, da es nicht um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse gegangen sei.¹³⁸⁶ Stalin bestand weiterhin darauf, dass die Tage der »bourgeoisien Demokratie« gezählt waren und die wichtigste Stütze des sterbenden Kapitalismus die linke Sozialdemokratie war.¹³⁸⁷ Im »Brief an die österreichischen Arbeiter« ging es nur selten um die allgemeine Situation im Land. Obwohl Stalin eingestand, dass die KPÖ nur eine kleine Partei war, verwies er auf das russische Beispiel und meinte, dass auch eine kleine Partei eine große Gefolgschaft haben könne.¹³⁸⁸

Der »Brief an die österreichischen Arbeiter«, der am 20. April 1934 in der *Pravda* erschien, war keine Sensation. Jene aber, die gelernt hatten, zwischen den Zeilen zu lesen, bemerkten wohl den neuen Stil. Entsprechend Stalins Anweisungen (»Nicht als Mentor zu den Arbeitern sprechen!«) enthielt sich Dimitrow eines beherrschenden Tones. Der Terminus »Sozialfaschismus« fehlte überhaupt, wenngleich einmal mehr die Ursache für die Niederlage der österreichischen Arbeiter im Abweichen vom sowjetischen Muster der Machtergreifung gesehen wurde.¹³⁸⁹ Alles in allem erschien der Brief als charakteristisch

1382 Govorjat bojcy avstrijskich barrikad, Moskva 1935, 3.

1383 Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1945, Berlin 2000, 86.

1384 Vgl.: Širinja, K. K.: Komintern v 1933 g., Moskva 2006, 500–502.

1385 Dimitrov, G.: Piš'mo avstrijskim rabočim, Moskva 1934, 4.

1386 Vgl. die Gespräche zwischen Dimitrow und Manuil'skij am 24. und 25.4.1934, in: Dimitroff: Tagebücher, 93.

1387 Dimitroff & Stalin. Letters from the Soviet Archives, New Haven / London 2000, 7–13.

1388 Dimitroff: Tagebücher 97.

1389 Dimitrov: Piš'mo, 5.

für Dimitrows Komintern, wo man den Arbeitern anscheinend nicht nur Befehle erteilte, sondern sich auch mit ihnen beriet. Dass er bei einem Treffen mit Schutzbündlern Kritik an den österreichischen Kommunisten übte und ihnen Sektierertum vorwarf, quittierten die Versammelten mit Begeisterung.¹³⁹⁰

Obwohl die Losung »Für ein Österreich der Räte« noch einige Zeit existierte¹³⁹¹, gab es bereits Kontakte mit den »revolutionären Sozialisten« und dem Schutzbund im Untergrund.¹³⁹² Auch die MOPR setzte auf eine antifaschistische Einheitsfront und rief zum ersten Jahrestag der Februarereignisse dazu auf, gemeinsam mit den Sozialisten eine Amnestierung der im Gefängnis sitzenden Februartkämpfer zu fordern.¹³⁹³ Am 29. März 1935 genehmigte die Politkommission des EKKI den Entwurf eines Telegramms an die KPÖ bezüglich der Frage über gemeinsame Aktivitäten mit den Gewerkschaften und dem Schutzbund. In diesem Dokument wurde die Aufgabe formuliert, die Vereinigung der antifaschistischen Kräfte um jeden Preis zu erreichen, da eine Spaltung den »Reformisten« in die Hände spielen würde.¹³⁹⁴

Der Schwenk der Komintern zur Volksfront konnte das Misstrauen zwischen Kommunisten und Sozialisten allerdings nicht beseitigen. In einem Gespräch, das Otto Bauer 1936 mit Bucharin führte, meinte der im tschechischen Exil lebende Österreicher zwar, dass »wir Befürworter einer nahen Zusammenarbeit mit den Kommunisten sind«, dass aber von den Sozialisten die Revision der Beschlüsse des Siebten Kongresses befürchtet werde.¹³⁹⁵ Tatsächlich gab es zwischen den Beschlüssen und der praktischen Tätigkeit der kommunistischen Parteien eklatante Unterschiede, ganz zu schweigen davon, dass die Angriffe gegen die linken Sozialisten, denen man das Scheitern der Februartkämpfe anlastete, in der sowjetischen Presse weitergingen.¹³⁹⁶

Exkurs: Direkte Kontakte

In den ersten Nachkriegsjahren nahm die Repatriierung der Kriegsgefangenen einen bedeutenden Platz in den sowjetisch-österreichischen Beziehungen

1390 Vgl. das Interview mit einem der Teilnehmer an diesem Treffen in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [= DÖW] (Hg.): Österreicher im Exil. Sowjetunion. Eine Dokumentation, Wien 1999, 30.

1391 Prokof'ev, Komsomol', 43.

1392 RGASPI 495/4/315/3.

1393 RGASPI 529/3/264/124–125.

1394 RGASPI 495/4/343/188–189.

1395 Das Treffen fand in Prag statt. Undatierter Brief Bucharins an Stalin, in: RGASPI 558/11/710/103.

1396 Remmele, G.: Uroki revoljucionnoj bor'by v Avstrii, in: Sovetskoe gosudarstvo, 1934, Nr. 2, 78.

ein. Nachdem die Heimkehr der Gefangenen für abgeschlossen erklärt werden konnte, gestaltete sich die Etablierung geregelter Beziehungen aus unterschiedlichen Gründen schwierig. Ungeachtet dessen gehörte die Einladung österreichischer Arbeiter in die UdSSR, die von sowjetischen Gewerkschaften ausgesprochen wurde, ab Mitte der 1920er Jahre zu einem fixen Bestandteil direkter bilateraler Kontakte. Die Österreicher sollten, so das Ansinnen seitens der Gastgeber, den Aufbau des Sozialismus mit eigenen Augen beobachten. Die Frage der Arbeiterdelegationen wurde jedes Mal aufs Neue im Politbüro diskutiert, was die »Exklusivität« solcher Kontakte hervorhob.¹³⁹⁷ Während bei den Arbeiterdelegationen aus Deutschland Kommunisten dominierten, war der Einfluss der österreichischen KP in Österreich zu gering, um eine derartige Zusammensetzung der Teilnehmer zu gewährleisten.¹³⁹⁸ Ab Ende der 1920er Jahre wurden Kontakte dieser Art seltener. Zurückzuführen war das zum einen auf die Weltwirtschaftskrise und zum anderen auf den »Eisernen Vorhang« des Stalinistischen Regimes. Nach Österreich wiederum fuhren lediglich die sowjetische Führungsspitze und Vertreter der Gewerkschaften, bilateralen Wirtschaftsunternehmungen sowie Künstler, Literaten oder Gelehrte.

Zu Beginn der 1930er Jahre war indessen ein Anstieg der österreichischen Emigration in die Sowjetunion festzustellen. Die Auswanderung in die UdSSR fand vor allem vor dem Hintergrund der Anwerbung ausländischer Facharbeiter statt, die für die Verwirklichung sowjetischer Großbauten des ersten Fünfjahresplans benötigt wurden.¹³⁹⁹

Bei der sowjetischen Botschaft in Wien wurde ein spezielles Büro eingerichtet, das sich um die Anfragen verschiedener sowjetischer Organisationen, vor allem die des Volkskommissariats für Schwerindustrie, kümmerte. Die Kartothek des Büros enthielt Angaben zu etwa 15 000 Kandidaten. Diese wiederum betrafen nicht zuletzt deren politische Einstellung, die von Mitgliedern der KPÖ überprüft werden sollte. 1931 begaben sich 881 Personen aus Österreich in die Sowjetunion, um dort zu arbeiten. Für 1932 war geplant, 3600 Österreicher als Arbeitskräfte anzuwerben. Dieses Vorhaben kam nicht zur Ausführung. Das »Specbjuro« schickte 1932 lediglich 696 sogenannte »Spezialisten« aus Österreich in die UdSSR.¹⁴⁰⁰ Im Unterschied zu Deutschland förderten die

1397 Dazu McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 31–48.

1398 Anlässlich der Einladung einer Delegation von österreichischen Eisenbahnern ließ das Politbüro davon ab, darauf zu bestehen, dass – wie sonst üblich – mehr als 50 Prozent der Teilnehmer Kommunisten sein mussten. RGASPI 17/3/487/45.

1399 Anwerbungen von Arbeitskräften aus Deutschland und Österreich für spezielle Arbeiten in den Gruben des Kuzbass genehmigte etwa das Politbüro am 8.4.1932. RGASPI 17/3/879/65/30. Über die Lebensbedingungen der Auswanderer siehe ausführlich bei McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 89–128.

1400 RGASPI 17/36/284/65.

österreichischen Behörden die sowjetischen Anwerbungsaktivitäten und zahlten in einigen Fällen den Emigranten sogar das Fahrtgeld für die Reise nach Moskau.¹⁴⁰¹ Nicht wenige aber bereuten über kurz oder lang ihre Entscheidung, die Heimat verlassen zu haben. Diese »Heimkehrer« stellen wiederum ein Problem für das ehemalige Gastland dar, da sie bei ihrer Rückkehr zum Teil bereitwillig Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse im »Arbeiterparadies« gaben und dabei eine Reihe negativer Bewertungen vornahmen.¹⁴⁰²

In Österreich trat auch das »Intourist«-Büro als Filiale der Berliner Vertretung in Erscheinung. Im ersten Quartal des Jahres 1932 reisten lediglich 332 Touristen aus Österreich über Wien in Richtung UdSSR. Die Mehrheit dieser Personen stammte überdies nicht aus Österreich. Als die Intourist-Vertreter diese Zahlen gegenüber der Moskauer Zentrale rechtfertigen mussten, verwiesen sie auf die schwierige materielle Lage der »österreichischen Werktätigen«, die hohen Kosten für die Reise sowie bürokratische Verzögerungen bei der Ausgabe der Visa durch die betreffenden sowjetischen Stellen.¹⁴⁰³

Während ein, wenn auch kleiner Teil der Österreicher Gelegenheit bekam, die Sowjetunion zu besuchen und womöglich diesbezügliche Wahrnehmungen zu publizieren¹⁴⁰⁴, war eine Auslandsreise für den einfachen sowjetischen Arbeiter völlig außerhalb des Möglichen. Davon abgesehen stellte die sowjetische Propaganda das Leben im Ausland ohnehin als wenig erstrebenswert und folgerichtig auch in keiner Weise sehenswert dar. Österreich figurierte als beliebtes Negativbeispiel für die Fehlentwicklungen außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. Neutrale oder gar positive Meldungen über Österreich stellten eine seltene Ausnahme dar. So informierte beispielsweise das Magazin *Ogonëk* seine Leser über »ewig brennende« Streichhölzer, die in Österreich erfunden worden waren, über einen »elektrischen Stuhl« für unheilbar kranke österreichische Haustiere (!), über den Tod von Arthur Schnitzler oder über diverse Naturkatastrophen in den Alpen. Immerhin klangen dort und da sogar anerkennende Worte für die »Errungenschaften« des »Roten Wien« an. Der »Kommunalpolitik« in der Hauptstadt wurden dann »konkrete Resultate« ihrer Politik zu Gunsten der Arbeiterschaft nicht abgesprochen.¹⁴⁰⁵ Zu Wort kommen durfte in diesem Zusammenhang auch der Vorsitzende der »Österreichischen Gesellschaft der Freunde der UdSSR«, der sich lobend über den Wiener Wohnbau äußerte.¹⁴⁰⁶ Um solche Urteile abzuschwächen, wiesen

1401 RGASPI 17/36/283/4–5.

1402 Ebd., 6.

1403 Ebd., 284/8.

1404 Vgl. z. B.: Halle, F.: Die Frau in Sowjetrussland, Berlin / Wien / Leipzig 1932.

1405 Kapeljuš: Avstrija, 76.

1406 Kampfmeyer, G.: Žiliščnoe stroitel'stvo v Avstrii, in: Ogonëk, 1928, Nr. 8, 10.

andere Kommentatoren allerdings daraufhin, dass das System der Verteilung des neuen Wohnraums korrupt war und dass nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei entsprechende Unterkünfte zugesprochen bekamen: »Die neuen Wiener Gemeindebauten sind in der Mehrheit der Fälle gut gebaut [...], nur, dort hinein zu kommen, ist für einen einfachen Arbeiter gar nicht leicht ... Protektion – das ist ein Wort, das eng verbunden ist mit der Verwaltung der Wiener Gemeindewohnungen, ebenso wie das seltsame Terrorregime, das dort herrscht.«¹⁴⁰⁷ Der Umstand, dass den Kommunisten verboten wurde, in den Gemeindebauten »revolutionäre Agitation« zu betreiben, lag diesen abwertenden Beschreibungen des Innenlebens der betreffenden Wohnanlagen zu Grunde.

Fotos der Gemeindebauten kamen erst 1934 in die sowjetische Presse – allerdings nur, um die Einschüsse an den Fassaden der Gebäude zu zeigen, die von den »Bezwingern« des »Arbeiteraufstandes« zu verantworten waren. Man behauptete, die Bauten seien wie Festungen errichtet worden und die weitläufigen Keller hätten als Waffenlager gedient. Il'ja Ęrenburg bezeichnete die Gemeindebauten als »kleine Inseln des Sozialismus«, die vom Feuer der schweren Artillerie zerstört worden waren.¹⁴⁰⁸

Die österreichische Hauptstadt erschien nicht nur als Stadt der sozialen Kontraste, sondern auch als Relikt einer untergegangenen Welt, wo man sich trotz der »verlorenen Größe« immer noch an vergangenen Maßstäben orientierte. Als »sterbende Stadt« nahm, so betrachtet, Aleksandr Ščerbakov, einer von Stalins Vertrauten, die österreichische Hauptstadt bei einem Besuch wahr.¹⁴⁰⁹

Während in den sowjetischen Zeitungen alle möglichen Märchen über das Leben in Österreich nachzulesen waren, beobachtete man das, was die Wiener Medien über die UdSSR schrieben, sehr genau. Besonders hatte es Stalin auf die *Neue Freie Presse* abgesehen. Schon 1927 galt der Repräsentant des Blattes in Moskau als »prinzipienloser Journalist«.¹⁴¹⁰ Nikolaus Basseches rief mit seinen kritischen Artikeln immer wieder den Widerspruch der Sowjetführung hervor. Wegen »verleumderischer Mitteilungen« wurde ihm im April 1931 mit der Ausweisung aus der UdSSR gedroht. Als Basseches aber »bereute«, durfte er bleiben. Ein Jahr später rief er jedoch erneut Stalins Zorn hervor, der nun endgültig die Ausweisung des Journalisten forderte. Es ging dabei vor allem um Basseches' Berichterstattung über die Kolchosen. »Und wir«, schrieb Stalin an Kaganovič, »schweigen wie die Idioten und erdulden die Verleumdungen

1407 Šelavin: K voprosu, 90–91.

1408 Ęrenburg: Graždanskaja vojna, 4–5.

1409 RGASPI 88/1/467/4.

1410 Stalin, I. V.: Sočinenija, tom 10, Moskva 1949, 372.

dieses Hündchens der kapitalistischen Krämer.«¹⁴¹¹ Basseches aber durfte weitere fünf Jahre bleiben. Erst 1937 musste er die Sowjetunion verlassen.

Die Öffnung der sowjetischen Archive hatte einige interessante Funde zur Folge, Aktenmaterial, das nicht nur das Wissen über politische Entscheidungen ergänzte, sondern auch neue Einblicke in das Wesen Stalins und seines Umfeldes ermöglichte. Die Korrespondenz der »Sowjetgranden« zeigt, dass die Tradition der russischen Aristokratie, österreichische Kurorte aufzusuchen, weitergeführt wurde. Viele der Spitzen der Sowjetmacht suchten Österreich auf, um dort ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. Die Kosten spielten dabei keine Rolle. Vielen Bolschewiki war Österreich zudem noch aus der Emigrationszeit vor der Revolution in Erinnerung. Der sowjetische Polpred in Wien, Adol'f Ioffe, war nicht der Einzige, der hoffte, in Österreich eine entsprechende medizinische Behandlung zu bekommen. Tatsächlich enthielten Anfragen verschiedener Sowjetfunktionäre bezüglich eines Aufenthalts in der Alpenrepublik sehr oft den Wunsch nach Inanspruchnahme österreichischer medizinischer Einrichtungen. Das sowjetische »Krankenlager« in Österreich war durchaus prominent besetzt. Waren beispielsweise Kaganovič, Rudzutak, Enukidze, Ežov oder Čubar' in Wien oder diversen Kurorten, erkundigte sich Stalin oft nach ihrer Gesundheit und wies die diplomatische Vertretung in der österreichischen Hauptstadt an, ihnen jegliche Unterstützung zukommen zu lassen.¹⁴¹² Während aber Stalin offenbar große Stücke auf die Heilkunst österreichischer Ärzte hielt, erwies sich Vorošilovs Begeisterung über die Fähigkeiten ausländischer Mediziner als enden wollend. Für ihn waren sie »Scharlatane« und »Teufel«.¹⁴¹³ Allerdings vertraute der Großteil der Sowjetführer doch eher diese »Scharlatanen« als den Ärzten in der UdSSR. Sogar nach den Februarkämpfen 1934 kamen einige Vertreter der sowjetischen Nomenklatura nach Österreich, um sich hier in ärztliche Behandlung zu begeben. Zum Beispiel Nikolaj Ežov, der im Sommer 1934 zu diesem Zweck in Bad Gastein Aufenthalt nahm. Stalin sorgte sich geradezu rührend um die Gesundheit des Genossen. Der damalige Geschäftsträger in Wien, Pavel Nekundě, berichtete Stalin gar, welche Bäder Ežov nahm, musste aber kritisch anmerken, dass der Patient ungeachtet seiner angeschlagenen Gesundheit sehr viel rauchte. Laut Auskunft des Stiefsohns des letzten Polpreds in Österreich, Ivan Leopoldovič Lorenc, kam eine Reihe Prominenter aus der UdSSR nach Wien, um dort im Rahmen eines »Kuraufenthaltes« auch den Sowjetbotschafter aufzusuchen.

1411 Stalin i Kaganovič. Perepiska, 1931–1936, Moskva 2001, 225.

1412 RGASPI 558/11/40/42 und 50.

1413 K. E. Vorošilov – A. S. Enukidze. 29.6.1933, in: Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska. 1928–1941, Moskva 1999, 241.

Nicht nur an Ežov erinnerte sich Vladimir Andreevič Janin, sondern auch an den Gewerkschaftsführer Nikolaj Švernik, oder die Frau Molotovs, Polina Žemčužina. Alle fuhren sie nach Wien unter falschem Namen.¹⁴¹⁴ Nach seiner Verhaftung »gestand« im Übrigen Ežov, dass er während seines Aufenthalts im österreichischen Kurort vom behandelnden Arzt als »Spionageagent für Deutschland« angeworben worden sei.¹⁴¹⁵

Die Briefe der sich in Österreich befindlichen »sowjetischen Patienten« beschreiben die Lage in Österreich meist düster. Enukidze schilderte Stalin am 11. Mai 1932 die Situation als krisenhaft. »In Wien«, berichtete er, »gibt es viele Arbeitslose und Bedürftige, die Stadt wirkt wie im Alarmzustand, wie vor einem Machtwechsel.«¹⁴¹⁶ Zwei Jahre später machte Aleksandr Sergeevič Ščerbakov¹⁴¹⁷ ähnliche Beobachtungen. Auch er gewann den Eindruck, dass man in Österreich offenbar »auf irgendetwas wartet«.¹⁴¹⁸ Als er mit Lorenc und einem weiteren Botschaftsangehörigen zum Abendessen ein kleines Lokal aufsuchte, waren die drei Männer die einzigen Gäste. Das Personal, inklusive Orchester und Sängerinnen, fiel dem Besucher aus der Sowjetunion durch besondere Unterwürfigkeit auf. Letztere stellte sich offenbar vor allem dann ein, wenn man den Bediensteten »ein paar Schillinge« zusteckte. »Menschliche Würde«, meinte Ščerbakov daraufhin, »existierte nicht.«¹⁴¹⁹ Kaganovič hingegen wandte sich anderen Dingen zu. Er hatte versprochen, Stalin über seine Eindrücke betreffend die Wiener Stadtverwaltung zu informieren. Einmal mehr hervorgehoben wurde dabei der Wohnbau.¹⁴²⁰ Im November 1934 traf in Wien auch der Sekretär des EKKI, Pjatnickij, ein. In Österreich wollte er seine bereits in Karlsbad begonnene Kur fortsetzen.¹⁴²¹ Es darf angenommen, dass er sich in Wien mit den im Untergrund befindlichen KPÖ-Funktionären traf, wenngleich sich hierfür keine Bestätigung in den vorhandenen Archivdokumenten finden ließ.

Im Laufe des Jahres 1933 waren die österreichisch-sowjetischen Kontakte zurückgegangen und das Personal der diplomatischen Vertretung und der TASS wurde um beinahe die Hälfte verringert. Inturist hörte überhaupt auf zu existieren.¹⁴²² Für die Botschaftsmitarbeiter wurde das Klima spätestens ab Mitte der 1930er Jahre rauer, die Denunziationen nahmen zu. Der Sekretär der Parteior-

1414 Interview des Verfassers mit V. A. Janin im Mai 2008.

1415 Petrov, I. V./Jansen, M.: »Stalinskij pitomec« – Nikolaj Ežov, Moskva 2009, 38.

1416 RGASPI 558/11/728/37.

1417 Damals Leiter der Abteilung des ZK der KPdSU, später ZK-Sekretär.

1418 RGASPI 588/1/467/4.

1419 Ebd., 3.

1420 RGASPI 558/11/738/114–115.

1421 RGASPI 495/4/319/10.

1422 RGASPI 495/4/283/23, 49.

ganisation der Botschaft, I. Černjak, teilte dem ZK der VKP(b) beispielsweise mit, dass der Polpred Lorenc Besuch von seiner Schwester erhalten hatte, einer polnischen Staatsangehörigen. Moskau forderte nun die Parteiorganisation der sowjetischen Kolonie in Wien auf, über »die kleinsten Hinweise auf einen Verlust der Wachsamkeit« oder eines »moralischen Verfalls« zu berichten. Außerdem wurde es Mitgliedern der VKP(b) untersagt, Telefongespräche betreffend Parteianglegenheiten im Beisein von »Parteilos« zu führen.¹⁴²³

Im Übrigen erfolgte auch eine Kürzung der Ausgaben für alle sowjetischen Einrichtungen in Wien. Darüber hinaus zog sich der sowjetische Polpred den Unmut eines – zumindest noch für kurze Zeit – nicht unwichtigen sowjetischen Repräsentanten zu: 1936 stattete Nikolaj Bucharin, der sich auf der Durchreise befand, Wien einen Kurzbesuch ab und meinte gegenüber Stalin dann, dass der dortige Polpred »nicht seriös« sei.¹⁴²⁴

Die »österreichische Karte« im großen Spiel der europäischen Mächte

Nach den Februarkämpfen beschrieb die Sowjetpresse Österreich als eine Art Gefängnis für die Arbeiterklasse. Die Komintern warf Deutschland, Italien und Österreich gewissermaßen in einen Topf und beschrieb alle drei als »totalitäre« und »faschistische Staaten«.¹⁴²⁵ Dass deren Beziehungen untereinander nicht friktionsfrei waren, entging den sowjetischen Beobachtern nicht. Karl Radek kam allerdings zu dem Schluss, dass die »Hitlersche Presse« deshalb über Dollfuß herzog, weil er »ihr den Sieg über den Marxismus weggenommen« habe.¹⁴²⁶

Der Widerstand der österreichischen Regierung gegen den »Anschluss« wurde als eine Art »taktische Meinungsverschiedenheit« eingestuft. Dass Hitler sich auf außenpolitischem Terrain eine Abfuhr bei der Frage des »Anschlusses« holte, merkte die Komintern im Herbst 1933 an.¹⁴²⁷ Der nationalsozialistische Putschversuch und die Ermordung von Kanzler Dollfuß änderten die sowjetische Haltung zum »Austrofaschismus« nicht, obwohl sich nun die Notwendigkeit auftat, dem sowjetischen Publikum zu erklären, warum die Widersprüche zwischen dem einen und dem anderen Faschismus anscheinend

1423 Ebd., 285/25, 28, 62.

1424 RGASPI 558/11/710/103.

1425 Galas, M. O.: O processe fašizacii, in: Kommunističeskij Internacional, 1935, Nr. 5–6, 71.

1426 Radek, K.: Boi za avstrijskij placdarm, in: Pravda, 26.2.1934.

1427 Grauman, P.: Fašistskaja diktatura Dol'fusa i kompartija Avstrii, in: Kommunističeskij Internacional, 1933, Nr. 26–27, 51.

so groß waren. Man brachte daraufhin zumindest für einige Tage Auszüge aus den Nachrichten der ausländischen Presse. Am Ende verständigte man sich darauf, dass hier die Anhänger des deutschen Faschismus auf die Anhänger des italienischen losgegangen waren.¹⁴²⁸ Weitere Kommentare betonten, dass Deutschland im Hinblick auf seine Pläne für Österreich nur vorübergehend den Rückzug angetreten hatte, dass Hitler seine Ziele mit militärischen Mitteln erreichen wolle und der Westen daher vor schwierigen Entscheidungen stehe. 1932 hätten diplomatische Maßnahmen genügt, um Deutschland am »Anschluss« Österreichs zu hindern, 1934 seien dazu aber bereits bewaffnete Truppen notwendig gewesen, die an den Grenzen zu Österreich konzentriert worden waren. »Wer weiß«, hieß es weiter, »zu welchen Maßnahmen die interessierten Mächte das nächste Mal greifen, wenn das Schicksal Österreichs wieder auf der Tagesordnung steht?«¹⁴²⁹ Die Antwort darauf gab eine polnische Zeitung, deren diesbezügliche Meinung die *Izvestija* im März 1934 abdruckte: »Wer Österreich davor bewahren will, von Deutschland geschluckt zu werden«, der müsse Deutschland zerschlagen.¹⁴³⁰ Italiens, Großbritanniens und Frankreichs Bemühungen gegen den »Anschluss« bewerteten die sowjetischen Kommentatoren negativ. Diese Einschätzung inkludierte auch die Idee der seitens Frankreichs favorisierten Donauföderation.¹⁴³¹

Da die österreichische Regierung unter Schuschnigg nach Ansicht der Sowjetunion nicht sonderlich daran interessiert war, »gerettet« zu werden, konzentrierte sich das sowjetische System der »kollektiven Sicherheit« auf die Tschechoslowakei.¹⁴³² Österreich wurde folgerichtig nicht als »Barriere« gegen die Aggression Hitlerdeutschlands angesehen und in diesem Sinne frühzeitig »abgeschrieben«. Indessen figurierte in der neuen Linie der österreichischen KP gerade die Arbeiterklasse in Österreich als Garant für die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit.¹⁴³³ Unter diesen Vorzeichen wurden nun auch die Februarkämpfe betrachtet, die als Ausdruck des Unabhängigkeitswillens der österreichischen Arbeiterschaft und als dessen Widerstand gegen Hitlerdeutschland gewertet wurden.¹⁴³⁴

Die europäischen Staaten wurden indessen in sowjetischen Zeitungskarikaturen gerne in Gestalt diverser Tiere dargestellt. Dort erschien die Alpenre-

1428 Viator / Radek, K.: Krovavaja draka v lagere avstrijskich fašistov, in: *Izvestija*, 27. 7. 1934.

1429 Ju. R., Avstrijskaja porochovaja bočka, in: *Izvestija*, 14.3.1934.

1430 Ju. R.: Bor'ba vokrug Avstrii, in: *Izvestija* 14.3.1934.

1431 Chorovatskij, V.: Germanskij fašizm i Avstrija, in: *Sovetskoe gosudarstvo* 1934, Nr. 2, 72.

1432 Èbel', O.: Značenie Dunajskogo bassejna v bor'be za obespečenie kollektivnoj bezopasnosti, in: *Mchimo*, 1936, Nr. 5, 34–54.

1433 Vgl. McLoughlin / Leidinger / Moritz: *Kommunismus in Österreich*, 358f.

1434 Rudolf' P.: Nacional'nyj vopros v Avstrii i pozicija kommunistov, in: *Kommunističeskij Internacional* 1937, Nr. 9, 34.

publik als Rotkäppchen und Deutschland als Wolf. Dass es im Verhältnis der beiden Länder ums »Fressen und gefressen Werden« ging, verdeutlichten auch andere Vergleiche, die im Sommer 1936 in Anbetracht der Annäherung der zwei Staaten gezogen wurden. Österreich war eine Karausche, ein schmackhafter kleiner Fisch, für den Deutschland bereits die Bratpfanne bereithielt, um ihn, angerichtet mit Rahm, als Leckerbissen zu verzehren. Die Alpenrepublik stand – so die Botschaft – auf der »Speisekarte« des faschistischen Deutschland, das nach dem Juli 1934 eine »elegantere Methode« gefunden habe, um Österreich zu »unterminieren«. ¹⁴³⁵

Nach dem Juliabkommen 1936 gestand man Schuschnigg immerhin zu, dadurch eine kleine Chance bekommen zu haben, mit den Nationalsozialisten im eigenen Land einen modus vivendi zu finden. Berichtet wurde auch von einer »österreichischen Idee«, die Schuschnigg entwickeln wollte, um aus Österreichs Heer eine verlässliche Stütze des Selbstständigkeitswillens zu machen. ¹⁴³⁶ Freilich ging man davon aus, dass über kurz oder lang auch jene Kräfte, die man für solche eine Politik gewinnen konnte, auf der Seite Hitlerdeutschlands stehen würden, um Österreich »einzuverleiben«. ¹⁴³⁷

Karl Radek interpretierte das Juliabkommen 1936 sinngemäß als »Einmarsch« Hitlers in Österreich. Er sei infolge des Vertrages mit Wien »in Österreich angekommen«. ¹⁴³⁸

Reaktionen auf den »Anschluss«

Ein gewisses »Mitgefühl« in Bezug auf die Lage Österreichs stellte sich in der sowjetischen Presse erst 1937 ein. Nun erfuhren die Zeitungleser vom »Terror« der Nationalsozialisten und von den Versuchen Wiens, in der Tschechoslowakei und in Ungarn Verbündete zu finden. ¹⁴³⁹ Bei alledem blieb es bei der früheren Charakterisierung des Regimes, das als »austrofaschistisch« beschrieben wurde. Dies ist insofern verwunderlich, als die Schriften der Komintern 1937 diese Diktion nicht mehr verwendeten. ¹⁴⁴⁰ Insgesamt fielen Beurteilungen be-

1435 Bronirovannyj kulak v diplomatičeskoj perčatke, in: Pravda, 14.7.1936.

1436 Lippaj: Fašizm v Avstrii, 106–108.

1437 Akvila: Avstro-germanskoe soglašenje, in: Mchimo, 1936, Nr. 5, 49.

1438 Radek K.: Germanskie prigotovlenija, in: Izvestija, 14.7.1936.

1439 Terroristy iz Gestapo v Avstrii i Rumynii, in: Pravda, 11.1.1937; Vstreča Godža s Šušnigom, in: Izvestija, 3.10.1937.

1440 Vgl. Fjurnberg, F.: Bor'ba za demokratiju i za nacional'nuju nezavisnost' Avstrii, in: Kommunističeskij Internacional 1937, Nr. 5, 49.

züglich der österreichischen Regierung in der sowjetischen Presse schärfer aus als in der Kominternpublizistik.

Schuschniggs Besuch bei Hitler in Berchtesgaden bewertete die sowjetische Presse interessanterweise nicht als entscheidenden Schritt Richtung »Anschluss«, sondern vielmehr als eine Art Fristverlängerung, die Hitler dem in der innenpolitischen Krise versinkenden Österreich zugestand.¹⁴⁴¹ Die weiteren Ereignisse zeigten bald, dass diese Einschätzung nicht der Wirklichkeit entsprach. Erst nachdem Österreich von der Landkarte verschwunden war, wurde das Land in die Reihe der Gegner des Hitlerregimes aufgenommen.¹⁴⁴² Man verfuhr demnach entsprechend dem Motto »De mortuis nihil nisi bene«. Schuschniggs Plan eines Referendums betreffend die Unabhängigkeit Österreichs wurde allerdings noch vor dem »finis Austriae« als »mutiger« Schritt und gleichsam als Widerstandsakt gegen die Hitlersche Aggressionspolitik dargestellt.¹⁴⁴³ Das traurige Schicksal des Landes erfüllte die antifaschistische Propaganda mit konkreten Inhalten. Der »Anschluss« erschien als Aggression gegen ein wehrloses Land. Die Bevölkerung, erfuhr die sowjetische Öffentlichkeit, war von den »Gitlerovcy gezwungen« worden, die deutschen Truppen »mit Jubel zu begrüßen«.¹⁴⁴⁴ Davon abgesehen beherrschten gar nicht Artikel über den »Anschluss« die sowjetische Zeitungsberichterstattung am 13. März 1938, sondern Nachrichten über den letzten Tag des dritten Schauprozesses. Letztere beziehungsweise die darin zur Verantwortung gezogenen »Verräter« brachte man aber insofern mit den Ereignissen in Österreich in Verbindung, als auf die gefährliche Tätigkeit »faschistischer Agenten« hingewiesen wurde, die überall für Hitlerdeutschland arbeiteten.¹⁴⁴⁵

Die offizielle Position der UdSSR wurde vom Narkom für auswärtige Angelegenheiten Litvinov in einem Interview dargelegt, das er der Presse am 17. März gab. Er bekannte sich erneut dazu, zur Idee einer internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die faschistische Aggression zurückzukehren. Litvinov meinte, dass es dazu noch nicht zu spät sei und beschwor die »Großmächte«, diesbezüglich eine »feste eindeutige Position« in Zusammenhang mit den »Problemen der kollektiven Rettung des Friedens« einzunehmen.¹⁴⁴⁶

Hinsichtlich der Ursachen für den »Anschluss« unterstrich die sowjetische Presse die Nachgiebigkeit Italiens und das fahrlässige Verhalten Großbritan-

1441 Kajt, L.: Svidanie v Berchtesgadene, in: Izvestija, 14.2.1938.

1442 Ugnetenie Avstrii i fašistskij obman, in: Mirovoe chozjajstvo i mirovaja politika (Mchimp) 1938, Nr. 4, 138.

1443 Plebiscit v Avstrii, in: Izvestija, 11.3.1938.

1444 Pionerskaja Pravda, 14.3.1938.

1445 Aleksandrov, E.: Anneksija Avstrii, in: Izvestija, 14.3.1938.

1446 Pravda, 18.3.1938 und Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom XXI, Moskva 1977, 129.

niens. Mit der Veränderung des territorialen Status quo in Europa sei das Versailler System endgültig gescheitert.¹⁴⁴⁷ Die »endlosen Konzessionen gegenüber den Aggressoren« würden, was das Beispiel Österreich deutlich zeige, gleichsam in eine »Komplizenschaft« übergehen und die Kriegshetzer regelrecht antreiben.¹⁴⁴⁸ Die *Izvestija* bezeichnete das »Schicksal Österreichs« als »grausame Warnung für alle kleinen Länder und Völker«.¹⁴⁴⁹ Dass die Tschechoslowakei das nächste »Opfer« der Hitlerschen Aggression sein würde, lag auf der Hand.¹⁴⁵⁰

Nach dem »Anschluss« bezeichnete die sowjetische Propaganda Österreich als unschuldiges Opfer.¹⁴⁵¹ Das österreichische Volk, hieß es, sei empört über die »faschistische Willkür«.¹⁴⁵² Die Rede war von Streiks, von Sabotageakten der Beamenschaft, und von einer Selbstmordwelle. Die Sympathie, die nun den Österreichern entgegengebracht wurde, war zweifelsohne die Voraussetzung für die spätere sowjetische Haltung gegenüber Österreich.

Die faktische Information über den Prozess der sogenannten »Hitlerisierung« (gitlerizacija) Österreichs war ziemlich dürftig. Teilweise wurde dieses Defizit in den sowjetischen Periodika durch ein regelrechtes Übermaß an Karikaturen kompensiert. Ansonsten bezog man betreffende »Informationen« aus deutschen Zeitungen oder schrieb fingierte Reportagen. In der *Učitel'skaja gazeta* beispielsweise wurde der Brief eines Wieners abgedruckt, der die Zustände nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich in den denkbar düstersten Farben schilderte. Beschrieben wurden eine Gewalt- und Willkürherrschaft, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein bitter empfundener Nahrungsmittelmangel infolge des Abtransports diverser Güter nach Deutschland. Egal, wohin man blicke – überall hätten sich die Deutschen breit gemacht. Das sei nicht, was »man uns versprochen hat«, endete der Text.¹⁴⁵³

Der *Kratkij kurs istorii VKP(b)*, die »Bibel« des stalinistischen Regimes, die am Vorabend des Münchener Abkommens publiziert wurde, rezipierte die noch »frischen« Eindrücke des »Anschlusses« als augenscheinliches Beispiel der deutschen Aggression.¹⁴⁵⁴ Als »erstes Opfer, in dessen Körper der faschistische Räuber seine Krallen geschlagen« habe, erschien Österreich nach Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Betont

1447 Lemin, I.: Zachvat Avstrii germanskim fašizmom i ugroza vojny, in: Mchimp, 1938, Nr. 4, 6.

1448 Ermasev, I.: Zachvat Avstrii, in: Pravda, 14.3.1938.

1449 Osipov, M.: Na evropejskoj arene, in: Izvestija, 29.3.1938.

1450 Izvestija, 24.3.1938.

1451 Vgl.: Komsomol'skaja Pravda, 14.3.1938.

1452 Vasil'ev: Zachvat, 21.

1453 Nekrič, M.: Avstrija pod pjatoj germanskogo fašizma, in: Učitel'skaja gazeta, 9.6.1938.

1454 Istorija VKP(b), Kratkij kurs, Moskva 1952, 317.

wurden zudem die »Besonderheiten« der Österreicher, die sie von den Deutschen unterschieden.¹⁴⁵⁵ Letztere verhielten sich, diesem Duktus folgend, wie Kolonialherren und schickten Arbeitslose aus Wien zur Zwangsarbeit nach Deutschland.¹⁴⁵⁶ Behauptet wurde dann 1941, dass österreichische Soldaten gegen ihren Willen an die Front getrieben worden waren und bei der ersten Gelegenheit ihr Gewehre gegen das Hitlerregime wendeten. Die Österreicher wurden außerdem als Gegner des »deutschen Antisemitismus« vorgestellt, die jüdische Mitbürger, wo immer es möglich war, in Schutz nahmen.¹⁴⁵⁷

1455 Fišer, O. I.: *Avstrija v kogtach gitlerovskoj Germanii*, Moskva / Leningrad 1941, 4.

1456 Ebd., 8 und vgl. Senjavskaja, E. S.: *Protivniki Rossii v vojnach XX veka: évolucija »obraza vraga« v soznanii armii i obščestva*, Moskva 2006.

1457 Fišer: *Avstrija*, 193.

»So sympathisch uns natürlich eine Diskreditierung Russlands wäre ...«: Antisowjetische Propaganda im »Ständestaat« – mit Staatsrason

Brennpunkte: Hungerkampagne, Schutzbündler und Zensur

1933 waren die Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR nicht zuletzt aufgrund von Zeitungsberichten zur Hungerkatastrophe¹⁴⁵⁸ in der Ukraine, im Nordkaukasus, im Wolgagebiet und anderen Regionen der UdSSR belastet. NS-Deutschland nutzte die Nachrichten über die schreckliche Lage für antisowjetische Kampagnen, die Mitte 1933 auch auf Österreich überschwappten. Im Artikel *Der Massentod schreitet durch Rußland* in der *Reichspost* vom 16. Juli 1933 rief der Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses Ewald Ammende zu einer internationalen Hilfsaktion vergleichbar mit jener aus dem Jahr 1921 auf.¹⁴⁵⁹ Doch im Gegensatz zu 1921/22 leugnete die UdSSR die Hungerkatastrophe und begegnete der NS-Berichterstattung beispielsweise in der *Pravda* mit einer Serie von Beiträgen deutscher Kolonisten. Der *Reichspost* wiederum antwortete das Parteiorgan der VKP(b) am 21. Juli 1933 mit einem polemischen Artikel über Österreich als »Land der Massenarbeitslosigkeit«.¹⁴⁶⁰

Die österreichischen Behörden unterbanden die antisowjetische Berichterstattung und die Zeitungsmeldungen zur Hungerkatastrophe in der UdSSR¹⁴⁶¹ grundsätzlich nicht. Eine politisch heikle Ebene wurde erreicht, als der Wiener

1458 Vgl. Literatur zur Hungerkatastrophe um 1933: Kondrašın, V. V. (Hg.): *Golod v SSSR. 1929–1934*, 1. Bd. / 1. Buch 1929 – ijul' 1932, Moskva 2011 (= *Rossija, XX vek. Dokumenty*) 2011. Federal'noe archivnoe agentstvo (Hg.): *Golod v SSSR 1930–1934 gg. Famine in the UdSSR 1930–1934*, 2009. Davies, R. W. / Wheathcroft, Stephen G.: *The years of hunger: Soviet agriculture 1931–1933*, 2004 (= *The industrialisation of Soviet Russia* 5).

1459 RP, 16.7.1933, 1–4. Vgl. RP, 4.7.1933, 7.

1460 Ausgaben der *Pravda* im Juli 1933. *Pravda*, 21.7.1933, 4 (»Avstrija – strana massovoj bezrabotnicy«). Vgl. AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 33/P, 21.7.1933.

1461 Z. B. RP, 17.9.1933, 5 (»Hungerkatastrophe in Südrußland«). Die allgemeine antisowjetische Berichterstattung war öfter Thema in den diplomatischen Berichten. AVP RF 066/18/116/3/3–57: Bericht von Nekundė und Šejnin, 26.1.1935.

Kardinal Theodor Innitzer am 16. Oktober 1933 ein »Interkonfessionelles und übernationales Komitee für die Hungergebiete in der Sowjet-Union« ins Leben rief, das auch ein Spendenkonto einrichtete.¹⁴⁶² Das BKA/AA vermutete hinter dieser Aktion den Einfluss Ewald Ammendes und eine »politische Intrigue« Berlins. Der Leiter der politischen Abteilung Theodor Hornbostel befürchtete die Instrumentalisierung des österreichischen Kardinals durch NS-Deutschland¹⁴⁶³: »So sympathisch uns natürlich eine Diskreditierung Russlands wäre, so unerwünscht ist uns, dass dies auf unserem Rücken, d. h. durch ausschliessliche Exponierung unseres Kardinals geschieht, da dies voraussichtlich das beklagenswerte Resultat ergeben müsste, dass die Russen es uns wirtschaftlich spüren lassen und Berlin sich ins Fäustchen lacht. Dass Ammende ein Berliner Agent ist, steht für uns über jeden Zweifel erhaben.«¹⁴⁶⁴

Durch neuere Forschungen ist belegt, dass der Europäische Nationalitätenkongress mit Generalsekretär Ewald Ammende tatsächlich ein antibolschewistisches Instrument der NS-Außenpolitik darstellte und vom Reichsaußenamt finanziert wurde.¹⁴⁶⁵ Hornbostels Verweis auf negative Folgen für die Handelsbeziehungen zur UdSSR muss in Anbetracht ihrer tatsächlich geringen Bedeutung verwundern. Doch dieses Argument hielt auch in den Jahren 1933 bis 1938 immer wieder als Begründung für eine vorsichtige Haltung in Bezug auf antisowjetische Aktionen her.

Hornbostel versuchte Innitzer Ende Oktober von einer Empfehlung für Ammende beim Vatikan abzubringen und machte ihn in einem persönlichen Gespräch am 31. Oktober 1933 in Wien auf die außenpolitischen Folgen der Hilfsaktion aufmerksam. Innitzer versicherte, sich in Zukunft mit dem BKA/AA abzustimmen.¹⁴⁶⁶ Nichtsdestotrotz blieb die Zusammenarbeit mit Ammende als Generalsekretär des Hilfskomitees bestehen.¹⁴⁶⁷ Das Innitzer-Komitee versammelte viele Persönlichkeiten mehrerer Konfessionen und nationaler Gruppen um sich und richtete anlässlich einer internationalen Kon-

1462 Jakoby, Willy (Hg.): Hungersnot! Authentische Dokumente über das Massensterben in der Sowjetunion, Wien [1934], 39–42.

1463 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 364) Liasse Personalialia Ammende, GZL. 25.943-13/1933, Hornbostel an Kohlruss, Wien, 24.10.1933.

1464 Ebd. Unterstreichung im Original.

1465 Bamberger-Stemmann, Sabine: Der Europäische Nationalitätenkongress 1925 bis 1938: nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2000 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung; 7), 152f., 333f., 394.

1466 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 364) Liasse Personalialia Ammende, GZL. 25.943-13/1933, Hornbostel an Kohlruss, Wien, 24.10.1933. Ebd., GZL. 25.943-13/1933, Amtserinnerung von Hornbostel, 2.11.1933.

1467 Vgl. Bamberger-Stemmann: Der Europäische Nationalitätenkongress, 340–343. Nachweislich schickte Innitzer am 14. Juni 1934 ein Empfehlungsschreiben für Ammende an amerikanische Kardinäle. DAW, Protokollbuch Präsidialia 1934, 14.6.1933, GZL. 2261.

ferenz in Wien am 16. und 17. Dezember 1933 neuerlich einen »Appell an das Weltgewissen«. ¹⁴⁶⁸ So viel öffentliche Aufmerksamkeit für die Hungerkatastrophe in der UdSSR rief den Sowjetgesandten Petrovskij und in Moskau Außenkommissar Litvinov auf den Plan. Der NKID-Chef fand gegenüber dem österreichischen Vertreter Heinrich Pacher deutliche Worte. Der Gesandte gab in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit dem Außenkommissar wieder: »Auf eine meinerseits hingeworfene Parallele mit der seinerzeitigen »Nansenaktion« [Teil der Russlandhilfe von 1921/22] behauptete Litwinoff, dies sei ein philanthropisches Werk gewesen, während die Aktion Innitzer mit Philantropie nichts zu tun habe, sondern nur eine Ausgeburt antisowjetischer Propaganda darstelle.« Pacher fürchtete negative Konsequenzen in den Wirtschaftsbeziehungen oder Nachteile für Österreicher in der UdSSR und bezweifelte überhaupt die praktische Umsetzungsmöglichkeit der Hilfsaktion. ¹⁴⁶⁹ Aufgrund der ablehnenden Haltung der UdSSR musste sich diese auf individuelle Paketsendungen beschränken, wie die Anfang 1934 herausgegebene Broschüre »Hungersnot!« mitteilte. ¹⁴⁷⁰ Innitzer erklärte aber auch, dass die Aktion nur »platonische Ziele« verfolge und keine Geldsammlungen beabsichtigt seien – die Sowjetgesandtschaft vermutete hinter dieser Stellungnahme den Druck der österreichischen Regierung. ¹⁴⁷¹ In den folgenden Jahren fiel das Interkonfessionelle Hilfskomitee beizeiten durch Aufrufe, Erstellung von Informationsmaterial und verschiedene Reisen von Ammende auf. ¹⁴⁷²

Das BKA/AA verfolgte eine Linie der Zurückhaltung und verzichtete auf die Unterstützung der Innitzer-Aktion mit brisantem Fotomaterial. Denn die österreichische Gesandtschaft in Moskau war schon im Oktober 1933 durch den heimkehrwilligen ehemaligen Kriegsgefangenen Alexander Wienerberger an etwa 600 Aufnahmen von Hungerszenen aus Charkow gekommen. Zur Vermeidung einer Beschlagnahme der Filme hatte Pacher den Transport über den Kurierweg veranlasst. Das Verwertungsrecht der Fotos für den Staat Österreich und das Stillschweigen Wienerbergers über diese Aktion waren gesichert. Pacher drängte damals auf eine Veröffentlichung des Materials durch

1468 RP, 17.12.1933, 13 (»Vor der zweiten Hungerkatastrophe in Rußland«).

1469 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL 99.464-13/1933, GSB Moskau ZL 53/P, 19.12.1933.

1470 Jakoby: Hungersnot, 43f., 46–49.

1471 AVP RF 05/14/96/14/9–49: [Bl. 37–40] Jahresbericht 1933 (von Nekundè), 8.2.1934.

1472 DAW, Bischofsakten Innitzer Kassette 11, Faszikel 6: Interkonfessionelles und internationales Komitee für die Hungergebiete in der Sowjet-Union: Mitteilungen über die Hungerkatastrophe in der Sowjet-Union (Hrsg. im Auftrage des unter Vorsitz von Kardinal-Erzbischof Dr. Innitzer stehenden Interkonfessionellen und Übernationalen Hilfskomitees für die Hungergebiete in der Sowjet-Union), verfasst von E. Ammende, 5.1.1935. Im Februar 1935 wurde ein internationaler Appell veröffentlicht, z. B. Daily Telegraph, 5.2.1935. Siehe RP, 5.2.1935, 2.

nichtamtliche Stellen: Eine »geeignete katholische oder heimwehrliche Stelle«, meinte er, »die gerne nach so etwas greift, muss sich unschwer finden lassen«. Ansonsten müsste man Wienerberger die Verwendung der Bilder außerhalb Österreichs zu dessen Existenzsicherung erlauben. Das BKA/AA beschloss Mitte November eine vertrauliche Behandlung der politisch heiklen Angelegenheit mit der Begründung, dass »die Verwertung [...] im Ausland erfolgen müsste, um uns Unannehmlichkeiten mit Sowj.[et]-R[u]ß[an]d (Verfolgung unserer Staatsangeh.[örigen], Handels-Repressalien usw.) zu ersparen u.[nd] den Beförderungsweg der Filme besser zu verschleiern.« In diesem Sinne instruierte Hornbostel auch Wienerberger im Dezember 1933, als er ihm zwei Pakete ausfolgte.¹⁴⁷³

Im Frühjahr 1934 begann der Heimkehrer Wienerberger aber mit seinen Bildervorträgen über Russland¹⁴⁷⁴ und weckte das Interesse der Vaterländischen Front (VF): Die Einheitspartei nützte das Material – nach kurzer Mitteilung an den Bundespressedienst – im August 1934 in der Broschüre der *Rußland, wie es wirklich ist* zur Werbung von Arbeitern. Der Protest der Sowjetgesandtschaft, die offenbar von der Druckerei einen Hinweis betreffend die Broschüre erhalten hatte, ließ nicht lange auf sich warten. Die Verteidigungslinie des BKA/AA, wonach die VF nicht mit der Regierung identisch wäre, hielt nicht stand. Der Sowjetdiplomats Nekundé brachte in einer energischen Vorsprache am 21. August 1934 mit dem Verweis auf die Führung der VF durch Vizekanzler Starhemberg ein überzeugendes Argument hinsichtlich einer Involvierung der österreichischen Regierung in die Angelegenheit. Außenminister Berger-Waldenegg intervenierte daher beim Bundesleiter der VF Karl Maria Stepan zwecks Einstellung der Verbreitung der Broschüre in der aktuellen Form und regte eine Titeländerung durch Verwendung des Wortes »Kommunismus« statt »Russland« an. Jedenfalls sollte die Bundesregierung beziehungsweise der Vizekanzler als Führer der VF gewissermaßen aus dem Schussfeld genommen und ein privater Verleger herangezogen werden.¹⁴⁷⁵

Doch die Verbreitung des Propagandahefts *Rußland, wie es wirklich ist* befand sich nicht unter Kontrolle des BKA/AA: Zunächst verteilte die VF einige

1473 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 399) Liasse Personalien Wienerberger, Zl. 26.053-13/1933, Pacher an Hornbostel, 14.10.1933. Ebd., Vermerk vom 10.11.1933.

1474 SLA Rehr Akten, RehrBr 1934/3382 (Karton 71): Vorsprache bei Landeshauptmann, Freitag, 16. März 1934, 11 Uhr. GARF R-5283/6/1055/1-8: Presseübersicht, 26.7.1934.

1475 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 639: Zl. 1022-Pr/1936, Brief des BM für AA an den Bundesleiter der Vaterländischen Front Dr. Karl Maria Stepan, 23.8.1934 (Abschrift). AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 45.433-13/1934, Note des sowjetrussischen Gesandten Zl. 54 vom 15.9.1934. Ebd., GZl. 57.028-13/1934 Sowjetrussische Beschreibung gegen eine Broschüre der VF, 21.8.1934; Amtserinnerung Hornbostels vom 21.8.1934. Ein Exemplar von *Rußland, wie es wirklich ist* befindet sich im Akt.

Exemplare auf der Wiener Herbstmesse, wovon eines angeblich dem Polpred Petrovskij selbst in die Hände fiel.¹⁴⁷⁶ Bald darauf versandte auch die Amtliche Nachrichtenstelle – offenbar irrtümlich – die Broschüre, darunter ausgerechnet an das Wiener Büro der TASS. Petrovskij protestierte am 15. September 1934 schriftlich »gegen die unzulässige Propaganda gegen einen zweiten Staat, die noch dazu auf offensichtlicher Lüge und Falsifikation beruht«. Das BKA/AA veranlasste die Entfernung der VF-Broschüre aus der Amtlichen Nachrichtenstelle.¹⁴⁷⁷ Der Zeitpunkt dieser Aktionen war besonders heikel, denn die Sowjetunion stand gerade mit dem Beitritt zum Völkerbund im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Die *Reichspost* bot dem Generalsekretär des Nationalitätenkongresses Ewald Ammende ein Forum, um in dem Artikel *Völkervernichtung in der Sowjetunion und der Völkerbund* die Hungerkatastrophe in der UdSSR in Zusammenhang mit einer veränderten Nationalitätenpolitik zu erörtern und dem neuen Völkerbundmitglied das Ziel »der Ausrottung der Kulturbestrebungen aller Völker und Volksgruppen« aus ideologischen Gründen vorzuwerfen. Der Völkerbund solle als Bedingung für die Aufnahme die »Anerkennung der Grundsätze des Nationalitätenrechtes von seiten Moskaus« durchsetzen.¹⁴⁷⁸

Angeblich auf Anregung des Innitzer-Komitees verfasste Ewald Ammende schließlich das Buch *Muß Rußland hungern?*, in dem er auch das Wienerberger-Material verwenden wollte. Er wandte sich im September 1935 an Hornbostel, um die Zustimmung für die neuerliche Veröffentlichung der Fotos zu bekommen. Der Beamte hielt aber das Erscheinen der Publikation in Österreich überhaupt für »gefährlich«.¹⁴⁷⁹ Hinter der Aktion standen tatsächlich das deutsche Außenamt und das Reichministerium für Volksaufklärung, welche das Buch finanzierten.¹⁴⁸⁰ In Sondierungen zwischen einem »Vertrauensmann« Ammendes und dem Bundespressdienst des österreichischen Bundeskanzleramtes, der in einer Begutachtung bedenkliche Aussagen gegen die Sowjetregierung feststellte, wurde dem Autor nahegelegt, die Schrift *Muß Ruß-*

1476 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, ad GZl. 57.028-13/1934 Sowjetrussische Beschwerde gegen eine Broschüre der VF, 21.8.1934.

1477 Ebd., GZl. 45.433-13/1934, Note des sowjetrussischen Gesandten Zl. 54. vom 15.9.1934. Ebd., GZl. 45.710-13/1934, Schreiben der Amtlichen Nachrichtenstelle vom 24.9.1934.

1478 RP, 17.9.1934, if. (Ammende, Ewald: *Völkervernichtung in der Sowjetunion und der Völkerbund*).

1479 AT-OeStA/AVA Nachlässe NI E1722 Hornbostel Theodor: (Karton 5): Ammende an Hornbostel, Genf, 14.9.1935 [mit Randnotizen Hornbostels]. Demnach dürfte Ammende die Fotos Wienerbergers bereits vor August 1934, d. h. vor Erscheinen der VF-Broschüre »Rußland, wie es wirklich ist«, erworben haben. Ein Album mit den Fotos von der Hungerkatastrophe widmete Wienerberger jedenfalls Kardinal Innitzer, allerdings ist der genaue Zeitpunkt der Übergabe unbekannt. DAW, Bischofsakten Innitzer Kassette 11, Faszikel 6.

1480 1936 wurde das Buch auch in England herausgegeben. Bamberger-Stemmann: *Der Europäische Nationalitätenkongreß*, 336, 344f.

land hungern? im Ausland herauszugeben. Das BKA/AA wollte ein Erscheinen in Österreich aus bekannten Gründen verhindern und stellte Material gegen Ammende zusammen, das dessen angebliche Homosexualität andeutete und seine Verbindungen zum NS-Regime aufzeigte.¹⁴⁸¹ Die österreichischen Polizeibehörden erwo-gen, Ammende bei Gelegenheit wegen nationalsozialistischer Auslandspropaganda zu verhaften und abzuschieben.¹⁴⁸² Diese Stellungnahme des BKA/AA legte Außenminister Berger-Waldenegg Bundeskanzler Schuschnigg vor, der entschied, dass die Publikation »aus verschiedenen Gründen nicht erwünscht ist und die Herausgabe in Oesterreich daher nicht ratsam erscheint«. Dies wurde Bundesrat Josef Tzöbl, der als Vorstand des Österreichischen Verbands für volksdeutsche Auslandsarbeit schriftlich bei Schuschnigg für Ammende interveniert hatte, in der Antwort vom 18. November mitgeteilt. Doch es war zu spät. Inzwischen hatte der Braumüller-Verlag in Wien das Buch bereits gedruckt.¹⁴⁸³ Zur großen Verärgerung Hornbostels tauchte »das höchst unerwünschte Pamphlet«¹⁴⁸⁴ mit dem Titel *Muß Rußland hungern?* Ende November 1935 unter Verwendung der Wienerberger-Fotos im Buchhandel auf. Noch dazu besprach die *Reichspost* die Publikation kurze Zeit später überaus positiv und stellte die Anwendung von Völkerbundsanktionen gegen die UdSSR in den Raum.¹⁴⁸⁵

Erwartungsgemäß protestierte die Sowjetgesandtschaft mit einer Note vom 15. Jänner 1936, in der sie beklagte, dass Wien »zu einem Zentrum antisowjetischer Propaganda geworden ist«. Der nunmehrige Polpred Lorenc forderte die Beschlagnahme der Ammende-Schrift und neuerlich der VF-Broschüre *Rußland, wie es wirklich ist*.¹⁴⁸⁶ Restbestände des VF-Propagandahefts, das allerdings nie in Buchgeschäften erhältlich gewesen war, gab es aber keine mehr. Eine weitere Vervielfältigung wurde nach Intervention des BKA/AA bei der VF strengstens untersagt.¹⁴⁸⁷ Dem Sowjetgesandten Lorenc teilte das BKA/

1481 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 39.384-13/1935, Buch Dr. Ammendes, 6.11.1935.

1482 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 364) Liasse Personalia Ammende, GZl. 39.172-13/1935, Nationalsozialistische Auslandspropaganda Dr. Ewald Ammende.

1483 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau BKA, Fonds 515, Abteilung 3, Mappe 25; GZl. 48.452-BPD/35, Notiz auf dem Exemplar der Materialzusammenstellung des BKAA, 8.11.1935; Durchschrift des Briefs an Josef Tzöbl, 18.11.1935; Schreiben Josef Tzöbls an Schuschnigg, 30.10.1935; Durchschrift des Briefs Ammendes an Prof. Hantsch, 30.11.1935.

1484 OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 39.775-13/1935, Buch von Dr. Ammende, Vermerk Hornbostels, 4.12.1935.

1485 RP, 3.12.1935, 2. Ammende, Ewald: *Muß Rußland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion*, Wien 1935.

1486 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 34.455-13/1936, Note der Sowjetgesandtschaft Nr. 60, 15.1.1936.

1487 Ebd., GZl. 34.782-13/1936, Generalsekretariat der Vaterländischen Front Zl. 1022-Pr/36, an das BKA/AA, Wien, 27.1.1936.

AA die geplante Konfiszierung des Ammende-Buchs mit, was dieser allerdings bezweifelte.¹⁴⁸⁸ Tatsächlich wurden die Bestände – nach einer vertraulichen Mitteilung des Bundespressedienstes gegenüber dem Chefredakteur der *Reichspost* über eine bevorstehende Maßnahme – im März 1936 außer Landes geschafft und der Beschlagnahme entzogen.¹⁴⁸⁹

Ammende hatte bereits im Jänner 1936 Wien fluchtartig verlassen. Nachdem ihn Gerüchte über seine angebliche Homosexualität hoffnungslos diskreditiert hatten, so berichtete Lorenc nach Moskau, war er aus Österreich ausgereist.¹⁴⁹⁰ Ammende starb unter nicht geklärten Umständen im April 1936 in Peking.¹⁴⁹¹ Kardinal Innitzer, der immer wieder in der sowjetischen Presse angegriffen wurde¹⁴⁹², blieb freilich weiterhin eine Säule des österreichischen Antibolschewismus. Seine feindlichen Äußerungen in Richtung UdSSR registrierten die Sowjetdiplomaten genau, wie etwa Mitte März 1936, als dieser in einer Versammlung vor dem »Weltbolschewismus« warnte: »Die Gottlosigkeit und ihre Propaganda steht als furchtbare Gefahr vor uns und droht dem einzelnen ebenso wie ganzen Staaten. Wir sehen die infernalische Macht geschäftig und regsam am Werk. Ich brauche nur Weltbolschewismus zu sagen. [...] Der Bolschewismus hüllt sich in den Mantel des Friedens, tut auch beim Völkerbund mit, aber es brandelt allenthalben. Darum müssen wir auf der Hut sein.«¹⁴⁹³

Zur Jahreswende 1935/36 beschwerten sich Vertreter der Sowjetgesandtschaft bei den Österreichern nicht nur über diverse Publikationen zur Hungerkatastrophe, sondern intervenierten vermehrt wegen allgemein antisowjetischer Presseartikel. Zu den beanstandeten Berichten gehörte beispielsweise ein Artikel in der Heimwehrzeitung *Heimatschützer* mit dem Titel *Den Klauen der Tscheka entronnen*, der die Enthüllungen Grigorij Besedovskijs rezipierte.¹⁴⁹⁴ Als Reaktion holte Hornbostel einen polemischen Èrenburg-Essay vom März 1934 über Österreich hervor. Lorenc verwahrte sich jedoch gegen derar-

1488 AVP RF 05/16/116/18/15–27: Journal Lorenc, 27.1.1936.

1489 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL. 36.864-13/1936, Vermerk, März 1936. In der NS-Zeit verwertete Wienerberger seine Fotos nochmals in einem Buch. Wienerberger, Alexander: Hart auf hart. 15 Jahre Ingenieur in Sowjetrußland. Ein Tatsachenbericht. Mit 52 Original-Leicaaufnahmen des Verfassers, Salzburg [u. a.] 1939.

1490 AVP RF 05/16/116/18/15–27: [Bl. 17f.] Journal Lorenc, 27.1.1936.

1491 Bamberger-Stemmann: Der Europäische Nationalitätenkongreß, 347, Anm. 472.

1492 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL. 31.681-13/1935 GSB Moskau ZL. 22/P, 21.2.1935.

1493 RP, 16.3.1936, 4. Diese Passage wurde im Bericht der Sowjetgesandtschaft in russischer Übersetzung zitiert. AVP RF 066/19/21/4, 33: Presseübersicht Österreich 1936.

1494 AVP RF 066/18/116/3/239–250: Journal Lorenc, 27.11.1935. AVP RF 066/18/116/3/261–264: Lorenc an Štern, 16.12.1935. AVP RF 05/16/116/18, 4–6: Journal Lorenc, 17.4.1936. Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL. 40.603-13/1935, 40.725-13/1935, 40.840-13/1935, Intervention des Gesandten Lorenz.

tige Vorwürfe und meinte, dass »gegenwärtig irgendwelche Angriffe der Sowjetpresse gegen Österreich unmöglich seien«. Nun wies das BKA/AA den Gesandten Pacher in Moskau an, die Sowjetpresse genauestens auf antiösterreichische Erscheinungen hin im Auge zu behalten.¹⁴⁹⁵

Pacher aber hatte schon nach dem Februar 1934 keine Anlassfälle für Interventionen beim NKID gefunden. Die Beleidigungen im Essay Il'ja Ėrenburgs im Regierungsorgan *Izvestija* vom 6. März 1934 gegen Bundeskanzler Dollfuß (»Zwerg, der nach Wuchs und Blutgier an Thiers, an Frömmigkeit und Familiensinn an Galgen-Murawjeff erinnert«), hielten sich nach Meinung des Gesandten im Rahmen des Üblichen.¹⁴⁹⁶ Er bemerkte, dass die sowjetische Kampagne rund um die Schutzbündler vor allem der Selbstdarstellung der UdSSR diene und gegen die »versöhnlerische« Sozialdemokratie gerichtet war.¹⁴⁹⁷ Um 1936 enthielt sich die offiziöse Sowjetpresse überhaupt besonderer Feindseligkeiten oder Ausfälle gegen die österreichische Regierung, wenn auch Kritik natürlich nicht ganz fehlte. Pacher vermutete bei der sowjetischen Seite den Wunsch nach einem entsprechenden Entgegenkommen: Die österreichische Presse sollte demnach die »wahrnehmbare Wendung mitmache[n]«. ¹⁴⁹⁸

Die Regierung in Wien ergriff indessen Maßnahmen, die als unfreundlicher Akt gegen die UdSSR aufzufassen waren. Nachdem schon im Frühjahr 1934 die *Pravda* und auch das Regierungsorgan *Izvestija* in Österreich aus dem Verkehr gezogen worden waren,¹⁴⁹⁹ wurde im Mai 1936 die Verbreitung aller Zeitungen, die in der UdSSR auf Deutsch erschienen und so als mögliches Sprachrohr der geflüchteten Schutzbündler fungieren konnten, verboten.¹⁵⁰⁰

1495 Der Heimatschützer, 4.1.1936, 4f. (»Den Klauen der Tscheka entronnen«). AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 176) Liasse Österreich 2/3, GZL 34.066-13/1936 Vorstellungen des sowjetrussischen Gesandten gegen einen Artikel im »Heimatschützer« vom 4.1.1936. Vgl. AVP RF 05/16/116/18/1–3: Lorenc an Krestinskij, 6.1.1936. AVP RF 05/16/116/18/4–9: Journal Lorenc, 6.1.1936.

1496 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) 52.443-13/1934, GSB Moskau Zl. 9/P, 21.3.1934. Beiliegend der Essay Ėrenburgs (»Der Bürgerkrieg in Österreich«) in Übersetzung der österreichischen Gesandtschaft. Adolphe Thiers, »Chef der Exekutive« in der Anfangsphase der Dritten Republik Frankreichs, ließ im Mai 1871 den Aufstand der Pariser Kommune blutig niederschlagen. Der russische Graf Michail Murav'ëv ging als Generalgouverneur des nordwestlichen Bezirks 1863 äußerst hart gegen Aufstände der Polen vor und forcierte die Russifizierung des Gebiets, u. a. durch Unterstützung für die russisch-orthodoxe Kirche.

1497 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GZL 53.734-13/1934, GSB Moskau Zl. 18/P, 3.5.1934.

1498 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 176) Liasse Österreich 2/3, GZL 34.498-13/1936: GSB Moskau Zl. 5/P, 16.1.1936. Vgl. die Berichterstattung der Gesandtschaft in Moskau betreffend »Hal-tung der Sowjetpresse gegenüber Österreich« unter dieser Liasse.

1499 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL 45.009-13/1934 und GZL 57.029-13/1934 Beschwerde der sowjetrussischen Gesandtschaft.

1500 AVP RF 05/16/116/18/79–82: Lorenc an Krestinskij, 8.5.1936. Das Verbot wurde 1937 erneut um ein Jahr verlängert. AVP RF 05/17/128/22,38–39: Tverdynin an Litvinov, 17.4.1937.

Alles, was kommunistische Propaganda ins Land bringen konnte, wurde von den Behörden unterbunden: Im August 1936 traf es das französischsprachige, offiziöse *Journal de Moscou*, das von der Sowjetgesandtschaft hauptsächlich an Zeitungsredaktionen und wenige Einzelpersonen versandt wurde.¹⁵⁰¹ Die Polizei argumentierte das Verbot mit einer »Propaganda zu Gunsten der sowjetrussischen Ideologien.«¹⁵⁰² Schließlich schob man Ende 1936 auch der postalischen Verbreitung des »Pressediensts der Gesandtschaft der UdSSR« einen Riegel vor.¹⁵⁰³ Die Sowjetgesandtschaft beschwerte sich: »Die Versendung einer Zeitung [*Journal de Moscou*], die in der Hauptstadt des Heimatlandes speziell zum Zwecke der Information des diplomatischen Korps in diesem Lande und der offiziellen Stellen im Auslande herausgegeben wird, seitens einer Gesandtschaft, erregt gewöhnlich und normalerweise keinen Anstoss.« Hornbostels Randkommentar dazu lautete: »doch, wenn es ein komm.[unistisches] Blatt ist!« Gleichzeitig monierten die Sowjetdiplomaten die anhaltende feindliche »Falschmeldungskampagne« in Zeitungen, die sie »besonders ungezügelt in der Provinzpresse« orteten.¹⁵⁰⁴

Antisowjetische Berichte erschienen trotz der Proteste des Polpreds selbstverständlich weiterhin.¹⁵⁰⁵ Sie sollten das Bild vom »Sowjetparadies« entzaubern. Das Spektrum der Inhalte reichte von der schlechten Situation der Arbeiter in der UdSSR über Hunger, Religionsverfolgungen, die Lage der Frau und den »Moralverfall« bis hin zum Herrschaftssystem und den Terror im Allgemeinen. Interessant ist dabei der verhältnismäßig geringe Anteil an Beiträgen, welche direkt aus den Erfahrungen der österreichischen Russlandheimkehrer oder Arbeiter in der UdSSR schöpften.¹⁵⁰⁶ Noch weniger hörte man von den Schutzbündlern aus dem sowjetischen Exil, und wenn doch, dann im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren gegen die Rückkehrer.¹⁵⁰⁷

1501 AVP RF 05/16/116/18/128–131: Journal Podol'skij (9.8.–15.8.1936). AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL. 40.636-13/1936, 40.781-13/1936, Versendung der kommunistischen Zeitung »Journal de Moscou«.

1502 AVP RF 05/16/116/18/152–153: Note des BKA/AA GZL. 42.984-13/1936 vom 25.10.1936.

1503 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZL. 44.177-13/1936, Pressedienst der Gesandtschaft der UdSSR. Ebd. GZL. 44.919-13/1936, Propaganda der sowjetrussischen Gesandtschaft.

1504 Ebd., GZL. 45.323-13/1936, Verbalnote der sowjetischen Gesandtschaft, 22.12.1936. Die Sowjetgesandtschaft bemerkte immer wieder die feindliche Berichterstattung in den Bundesländern: AVP RF 066/19/21/4/109–110: Presseschau Österreich, [Ende 1936].

1505 Im Frühjahr 1937 beanstandete die Sowjetgesandtschaft beispielsweise den deutschen Film »Panzerkreuzer Sewastopol« (auch unter dem Titel »Weiße Sklaven«, 1937, Regie: Karl Anton) und antisowjetische Berichte. AVP RF 05/17/128/22/38–39: Tverdynin an Litvinov, 17.4.1937.

1506 Z. B. RP, 25.5.1933, 5 (»Die Kommunisten lügen. Österreichische Rußlandarbeiter über das Los des russischen Arbeiters«). Der Heimatschützer, 15.2.1936, 2 (»Österreichische Arbeiter über »Sowjetparadies«). StÖ, 4.11.1934, 4 (»Rußland, von innen gesehen«).

1507 NWB, 6.2.1935, 5 (»Erlebnisse eines Februarrevolutionärs in Rußland«).

In Moskau konnte es der Gesandte Pacher nicht fassen, dass die österreichische Regierung die Gelegenheit zur systematischen propagandistischen Ausnutzung der vom »Arbeiterparadies« desillusionierten Schutzbündler nicht ergriff. Immer wieder schlug er vor, die Heimkehr der Politemigranten durch Amnestie oder zumindest durch Strafmilderung zu fördern und auf diese Weise Agitatoren gegen den Kommunismus zu gewinnen.¹⁵⁰⁸ Eine solche Maßnahme kam den Beamten im BKA/AA überhaupt nicht in den Sinn¹⁵⁰⁹, und die Staatspolizei befürchtete die Einschleusung von geschulten kommunistischen Propagandisten.¹⁵¹⁰ Für das Regime war 1935 eine generelle Amnestie noch ausgeschlossen und die Bestrafung der »Aufrührer« des »blutigen Februar« eine Frage der Gerechtigkeit. Zudem sollte den Teilnehmern des NS-Juliputschs keine Möglichkeit geboten werden, »sich auf straflose Februarrebellentzen zu berufen.«¹⁵¹¹ Trotz möglicher gerichtlicher Verfolgungen und Strafen kehrten bis August 1935 nach Wissen der Gesandtschaft ca. 70 Personen nach Österreich zurück.¹⁵¹² Die Staatspolizei ließ die Heimkehrer beziehungsweise deren Post verstärkt überwachen.¹⁵¹³

Die propagandistische Verwertung von Erfahrungsberichten enttäuschter Schutzbündler verlief in erster Linie »hinter den Kulissen« durch die VF, und zwar über »Amtshilfe«. Ab etwa Herbst 1935 versorgte das BKA (Generalsekretariat für öffentliche Sicherheit) den Werbedienst der VF mit Auszügen aus den amtlichen Befragungen der Heimkehrer.¹⁵¹⁴ Ebenso bekam die VF unter aktiver Mitwirkung der Gesandtschaft in Moskau Namenslisten von

-
- 1508 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 184) Liasse Österreich 2/10, GZl. 30934-13/35, GSB Moskau Zl. 10/P vom 23.1.1935. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 602) Liasse Russland I/1, GZl. 31.681-13/1935 GSB Moskau Zl. 22/P, 21.2.1935. AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 4), GSB Moskau Zl. 47/P, 28.6.1935.
- 1509 Ein diesbezüglicher Vorschlag Pachers wurde am Rand mit zwei Fragezeichen kommentiert. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 184) Liasse Österreich 2/10, GZl. 30.934-13/35, GSB Moskau Zl. 10/P vom 23.1.1935.
- 1510 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 184) Liasse Österreich 2/10, GZl. 31.911-13/1935, Vermerk vom 4.3.1935 zu E.A. 310.439-St.B./1935.
- 1511 NWB, 13.2.1935, 4 (»Ein Jahr danach!«). Erst im Juli 1936 erfolgte eine größere Amnestiewelle in Form von individuellen Begnadigungen aufgrund des Juliabkommens 1936 mit Deutschland. Die österreichische Regierung amnestierte dabei politische Häftlinge aus allen politischen Lagern. Im Februar 1938 kam es nach dem Berchtesgadener Abkommen zu einer Generalamnestie für politische Straftaten. Vgl. Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juliabkommen 1936, Wien/Köln/Weimar 2001 (= Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek; Bd. 37), 177f., 183.
- 1512 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GZl. 37.968-13/1935, GSB Moskau Zl. 55/P vom 8.8.1935.
- 1513 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 675: Rundschreiben des BKA/GD für öff. Sicherheit, G.D. 348.021-StB Rückkehr österreichischer Bundesbürger aus der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken nach Österreich, 6.8.1935.
- 1514 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 675. z. B. GZl. 51.217-Pr/1935 und GZl. 3353-Pr/1936. Verwertungen siehe z. B. in Informationsdienst der Vaterländischen Front Nr. 2/III, 27.1.1936, 19–24.

ehemaligen Emigranten, von denen man in vertraulichen Gesprächen weiteres »wirksames Gegenpropagandamaterial gegen die kommunistische Propaganda« erhoffte.¹⁵¹⁵ Die Russlandrückkehrer setzte man auch zur »Bearbeitung« von Personen ein, die noch immer in die UdSSR emigrieren wollten. Außerdem ließ man sie in Versammlungen der VF als Redner auftreten.¹⁵¹⁶

Im Frühjahr 1936 erreichte die propagandistische Auswertung der Februarkämpfer, welche ihr sowjetisches Exil freiwillig verlassen hatten, mit der Broschüre *Zweimal auf der Flucht*, die der »Verein Arbeiterpresse« veröffentlichte, ihren Höhepunkt.¹⁵¹⁷ Darin schilderten einige ehemalige Politemigranten ihre negativen Eindrücke von der UdSSR. Die *Reichspost* sah in der »teuer erkauften Wahrheit« die »gefürchtetste Waffe« gegen die Sowjetpropaganda.¹⁵¹⁸ Die Wirkung der Erlebnisberichte war aber ambivalent. Der Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter hielt sie trotz ihrer Glaubwürdigkeit nur für den Beweis, dass »die österreichischen Kommunisten aus ihrer westeuropäischen Haut nicht herauskönnen« und meinte: »Eine echte Konversion im politischen (wie im religiösen Leben) ist schon aus Selbstachtung schweigsam; gebärdet sie sich allzu laut, dann darf sie sich nicht wundern, wenn sie auf Mißtrauen stößt«.¹⁵¹⁹ Bemerkenswert ist übrigens das Verhalten der Sowjetgesandtschaft in diesem Fall: Obwohl *Zweimal auf der Flucht* von einer amtlichen Stelle, dem Bundeskommissariat für Heimatdienst, als Pflichtlektüre propagiert und vertrieben wurde¹⁵²⁰, beließen es die sowjetischen Diplomaten offenbar bei einer allgemeinen Berichterstattung nach Moskau.¹⁵²¹

Für den Gesandten Pacher war die Verbreitung und Wirkung des Propagandahefts *Zweimal auf der Flucht* nicht groß genug. Im Herbst 1936 drängte er neuerlich auf eine rigorose Heimbeförderung der Schutzbündler und empfahl – abgesehen von Strafmilderung – sogar eine bevorzugte Behandlung bei

1515 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 675: GZL 52.291-Pr/1935 Unzufriedenheit marxistischer Emigranten in Russland mit den dortigen Verhältnissen. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 606) Liasse Russland 2/25, GZL 38.266-13/1935, GSB Moskau Zl. 65/P, 20.9.1935.

1516 AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 505: GZL 6275-Pr/1936 Ausreise nach der Sowjetunion. Ebd. Mappe 675: GZL 2788-Pr/1936 zu Karl Weninger. ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Wien, Zl. 306.556 Bericht über die Rede des Rückkehrers Karl Weninger bei einer Veranstaltung der Vaterländischen Front, 23.1.1936, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, (Dok. 115). Gegen Karl Weninger kamen einige Verdachtsmomente und Zweifel an dessen Aufrichtigkeit auf. Siehe McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 297–300.

1517 Verein Arbeiterpresse (Hg.): *Zweimal auf der Flucht*. Nach Russland geflüchtete und freiwillig zurückgekehrte ehemalige Schutzbündler berichten über ihre Erlebnisse, Wien 1936.

1518 RP, 25.3.1936, 9.

1519 WPBl, Nr. 4, 12.4.1936, 178f.

1520 Zeitschau. Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft. Hrsg. vom Österreichischen Heimatdienst, Heft Nr. 3, April 1936. Vgl. AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514, Mappe 675: GZL 4.013-Pr/1936, darin Rundschreiben GD 321.389-St.B vom 5.4.1936.

1521 AVP RF 066/19/21/4/89: Pressebericht von Podol'skij, April 1936.

der Arbeitsbeschaffung.¹⁵²² In Zeiten anhaltender Krisen mit hoher Arbeitslosenrate konnte aber das Regime in Österreich eine solche Hilfe für Februar-kämpfer grundsätzlich nicht befürworten. Schlechte Lebensbedingungen für die Rückkehrer bargen aber nach Ansicht des BKA/AA die Gefahr, dass die »abenteuerlichen Hitzköpfe« sich wieder dem Kommunismus zuwandten.¹⁵²³ Die Behörden des »Ständestaates« waren offensichtlich nicht unglücklich, die politischen Gegner des Jahres 1934 außer Landes zu wissen.

Als immer mehr ehemalige Schutzbündler und andere österreichische »Russlandgänger« in den Stalin'schen Terror¹⁵²⁴ gerieten, verhielt sich die Presse in der Heimat ungewöhnlich ruhig. In Moskau hielt es Legationsrat Schwinner für »auffallend, daß über die wirklichen Verhältnisse in der Sowjetunion, über die Massenverhaftungen [...], schließlich über die schmähliche Behandlung von unseren Landsleuten fast nichts verlautet« wurde. »Nur die Sowjetprozesse haben einigen Staub aufgewirbelt.«¹⁵²⁵ Tatsächlich konzentrierten sich die Zeitungen auf die großen Schauprozesse gegen ehemalige politische Größen, Verhaftungen unter bekannten Sowjetfunktionären, »Säuberungen« in der Roten Armee und die allgemeine Situation.¹⁵²⁶ Dafür leitete das BKA/AA manche Berichte der Gesandtschaft über die innere Lage der Sowjetunion an den Heimatdienst und den Bundespressedienst zur Verwertung in der Presse weiter. Die Herkunft der Informationen musste bei Veröffentlichung natürlich verschleiert werden. In einem Fall ist dieser Vorgang eindeutig dokumentiert, da Pacher einen Text Legationsrat Schwingers in der *Reichspost* wiedererkannte. Der Beitrag vom 9. November 1937 mit dem Titel »Glückliches Leben in Südrußland. Von Flüchtigen und Reisenden geschildert« beruhte auf Eindrücken Schwingers aus Kiew.¹⁵²⁷

1522 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 4) 173/Res, Schreiben Pachers, Moskau, 5.10.1936.

1523 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 4) ad Z. 43.111-13/1936, BKA/AA an die Gesandtschaft in Moskau, 24.10.1936.

1524 Zu den österreichischen Opfern des Stalin'schen Terrors siehe: McLoughlin, Barry/Vogl, Josef: ... Ein Paragraf wird sich finden. Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945), Wien 2013.

1525 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, 30/Verhaftungen, Zl. 192.595, Bericht Schwingers vom 28.8.1937, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 314 (Dok. 231). z. B. RP, 20.10.1936, 1. In der Zeitung Sturm über Österreich findet sich bis 1938 nur eine einzige kurze Erwähnung: StÖ, 10.10.1937, 3: (»Die Krise in der Sowjetunion und Komintern«).

1526 Z. B. StÖ: 30.8.1936, 1 (»Der Sinowjew-Prozeß – oder: Stalin gegen die Bolschewiken«); 27.6.1937, 4 (»Stalin und die »Trotzkistischen Schädlinge«) und 10 (Karikatur »In meinem Mohnfeld bin ich der Herr«); 26.12.1937, 2 (»Russischer Totentanz«); 6.3.1938, 2 (»Achtung auf Rußland«). CSt: 30.8.1936, 823 (»Wochenspiegel. Das Todesurteil an Sinowjew«); 17.2.1937, 118 (»Der Ausgang des Moskauer Prozesses«); 20.6.1937, 574–576 (Rudolf, A.: Staatskrise in Rußland?); 9.1.1938, 21f. (»Die neue Phase der Stalinschen Säuberungsaktion«); 6.3.1938, 187 (»Stalin säubert weiter«).

1527 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 605) Liasse Russland 2/3, GZL. 44.596-13/1937, GSB Moskau Zl. 56/P, 15.10.1937. Ebd., GZL. 45.184-13/1937, GSB Moskau Zl. 58/P, 2.11.1937. Ebd., GZL. 96.233-13/1937, Verwendung der Moskauer Berichterstattung in der österreichischen Presse. Hinweis bei Ebd. 96.443-13/1937, GSB Moskau Zl. 65/P, 26.11.1937. RP, 9.11.1937, 1f.

In Wien verzichtete man indessen auf eine schärfere Kampagne mit Auswertung der Erfahrungen der vom Stalin'schen Terror betroffenen Österreicher, d. h. jener, die aus der Haft entlassen und aus der UdSSR ausgewiesen worden waren. Das BKA/AA argumentierte mit möglichen Nachteilen für die anderen repressierten Staatsbürger.¹⁵²⁸ Nachdem der Terror in der UdSSR immer mehr um sich griff und die Bemühungen der österreichischen Gesandtschaft in Moskau für die Verhafteten wirkungslos blieben, regte Pacher die Einschaltung des Sowjetgesandten Lorenc an. Dessen Stellung erschien dem BKA/AA aber als »sehr gefährdet« und eine Intervention aussichtslos, »da die hiesigen Zeitungen über Verhaftungen von Österreichern in Rußland fast nie eine Meldung bringen, so daß es dem Gesandten Lorenz auch beim besten Willen schwer fallen dürfte, eine stärkere Erregung in der hiesigen Bevölkerung auch nur glaubhaft zu machen.«¹⁵²⁹ Die fehlende moralische und praktische Unterstützung aus Wien empörte Pacher und ließ ihn Anfang 1938 mit Nachdruck fordern: »Gelegentliche Zeitungsnotizen, die die uns bekannten oder von uns supponierten Zahlen der hier verhafteten Österreicher nennen, aber auf keine Einzelheiten Bezug nehmen, können meiner Ansicht nach niemandem schaden. Und am wirksamsten wäre, trotz allem, ein nicht notwendigerweise gar zu schroffes, aber immerhin deutliches Wort des Herrn Bundesministers dem Gesandten Lorenz gegenüber, der sich, wie ich erwähnen möchte, durch bloße Meldung dieser Démarche nach Moskau auch nicht zu gefährden braucht. Wenn aber die Sowjetbehörden so weit gehen, daß eine bloße Meldung auch einem ihrer Diplomaten zum Verhängnis gereichen kann, so kann man dazu nur sagen, daß schließlich die etwa zweihundert verhafteten Österreicher, von denen sicher hier schon in den Kerkern eine ganze Reihe elend umgekommen ist, auch die Haut des Herrn Lorenz wert sind.«¹⁵³⁰

Das BKA/AA unterließ aber jeglichen Versuch einer Intervention für die in der UdSSR inhaftierten Österreicher beim sowjetischen Gesandten in Wien. Lorenc wurde im Übrigen tatsächlich ein Opfer des Stalin'schen Terrors. 1939 kam er in Haft und wurde 1941 erschossen.¹⁵³¹

1528 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, 30/Verhaftungen, Zl. 203.946, Bericht Pachers vom 29.9.1937, zit in: DÖW: Österreicher im Exil, 319 (Dok. 232).

1529 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, 30/Verhaftungen, Zl. 228.755-15/1937, Antwort des BKA an Pacher, 16.11.1937, zit in: DÖW: Österreicher im Exil, 322 (Dok. 234).

1530 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, 30/Verhaftungen, Zl. 144.080, Bericht Pachers vom 18.2.1938, zit in: DÖW: Österreicher im Exil, 323f. (Dok. 235).

1531 Über die Opfer des Terrors innerhalb des NKID siehe u. a.: Dullin: Litvinov, 139–141.

Der Fall Nikolaus Basseches

Die Passivität der österreichischen Behörden hatte offenbar Methode. In Wien reagierte man Mitte 1937 nämlich auch so gut wie gar nicht auf die Ausweisung des einzigen österreichischen Pressevertreters in der Sowjetunion, des Korrespondenten der *Neuen Freien Presse* (NFP) Nikolaus Basseches. Er musste »wegen verleumderischer Informationen über die UdSSR« das Land verlassen.¹⁵³² Den sowjetischen Behörden war Basseches aufgrund seiner – von vielen Seiten als »objektiv« bezeichneten – Berichterstattung schon lange ein Dorn im Auge. Bereits im April 1931 wollten sie sich des ungeliebten Gasts entledigen, doch der Journalist konnte damals den bereits im Politbüro beschlossenen Rauswurf wegen des Artikels *Die Strafarbeit im russischen Norden* durch einen teilweisen Widerruf abwenden.¹⁵³³

Als Sohn eines österreichischen Großhändlers in Moskau geboren und aufgewachsen, hatte Basseches Verwandte und viele Kontakte in der UdSSR.¹⁵³⁴ Er war weithin als Russlandexperte anerkannt: Seit Juli 1922 arbeitete er für die *NFP* in Moskau und konnte wie nur wenige Journalisten neben ihm die umwälzenden Entwicklungen in der »Diktatur des Proletariats« 15 Jahre lang ununterbrochen beobachten. Seine Analysen waren international gefragt: 1936/37 versorgte er die Zeitungen *Päevaleht* (Tallinn), *Uusi Suomi* (Helsinki), die *Baseler Nachrichten*, die *Weltwoche* (Zürich), den *Pester Lloyd*, *Venkov* (Prag) und *Czas* (Warschau) mit Beiträgen.¹⁵³⁵ Für die Österreicher spielte er als Leiter der Filiale des Österreichischen Handelsmuseums in Moskau auch in Wirtschaftskreisen eine herausragende Rolle, insbesondere, als er 1927 eine Reise von österreichischen Wirtschaftstreibenden nach Moskau, Charkow und Kiew organisierte.¹⁵³⁶

Das NKID wollte die Verbreitung der »sowjetfeindlichen« Artikel Basseches' in zahlreichen ausländischen Zeitungen, für die er als Korrespondent in Moskau nicht akkreditiert war, ein für allemal abstellen. Ende 1936 drohte es Basseches mit Konsequenzen, falls er weiterhin neben der *NFP* für nichtös-

1532 RGASPI 17/162/21, 88: Politbürobeschluss vom 1.7.1937, Protokoll Nr. 51, P. 79 »Frage des NKID (Österreich)«.

1533 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) GSB Moskau Zl. 40/P vom 15.4.1931 und beiliegende Materialien. Siehe auch AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 43) Zl. 22.298-13/1931. NFP, 4.4.1931, 1f. (»Die Strafarbeit im russischen Norden«). Widerruf in der NFP, 12.4.1931, 5. RGASPI 17/166/820: Beschlüsse des Politbüros vom 10. bis 13. April 1931, P. 25/30 »Über den Korrespondenten der »Neuen Freien Presse««.

1534 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP: (Karton 140) Liasse Auswanderung Russland 2, GZl. 71.707-9/1923; Beschaffung von Informationen, Ing. Nikolaus Basseches, 1922/23.

1535 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 365) Liasse Personalien Basseches, GZl. 34.703-13pol/1937, Zl. R 1296/509 Schreiben der Gesandtschaft Moskau, 3.11.1936.

1536 Unterlagen dazu siehe in GARF R-5283/6/953.

terreichische Blätter schreiben würde. Kurzfristig entspannte sich die Lage – möglicherweise aufgrund von tschechoslowakischen Interventionen.¹⁵³⁷ Doch Ende Juni 1937 schritt Außenkommissar Litvinov zur Tat und holte vom Politbüro die Zustimmung zur Ausweisung des Journalisten ein (Beschluss vom 1. Juli). Vordergründig gab die Veröffentlichung von Artikeln in estnischen Zeitungen den Anlass. Viel schwerer wog aber das Ansehen Basseches' in journalistischen wie politischen Kreisen, die der kritischen Sicht des Österreicher großen Aufmerksamkeit schenkten. Litvinov wollte Basseches die »Gelegenheit, neue ausländische Korrespondenten in Moskau im antisowjetischen Geist zu bearbeiten« und weiter »systematische antisowjetische Information aus Moskau« zu verbreiten, nehmen. Mögliche negative Publikationen Basseches' als Folge der Ausweisung aus der UdSSR konnten nach Ansicht des Außenkommissars keinen größeren Schaden verursachen.¹⁵³⁸

Am 2. Juli 1937, am Vorabend seines 15-jährigen »Dienstjubiläums«, wurde Basseches mitgeteilt, dass er die UdSSR innerhalb von 48 Stunden verlassen müsse. Die Interventionen des österreichischen Gesandten im NKID mit Hinweis auf den »antiösterreichischen Charakter« der Maßnahme blieben ohne Erfolg. Unter großem Aufsehen des diplomatischen Korps und der Pressevertreter wurde Basseches mit einem Aufgebot an Geheimpolizisten zum Bahnhof geleitet. Pacher sprach sich in einem Schreiben an das BKA/AA gegen »eine noble Laxheit« in der Angelegenheit aus und forderte als entsprechende Reaktion die Ausweisung des TASS-Vertreters. In Wien sah man aber keinen Sinn in einer analogen Handlungsweise, da die UdSSR aufgrund der Rechtslage sofort einen Nachfolger bestellen hätte können.¹⁵³⁹ Bis auf einige Artikel Basseches', wie in der *NFP* vom 9. und 10. Juli 1937, hatte die unfreundliche Aktion Moskaus keine besonderen Konsequenzen.¹⁵⁴⁰ So konnte Ende Juli der Sowjetgesandte in Wien Lorenc in Bezug auf eine negative Wirkung der Ausweisung Basseches' Entwarnung geben: Niemand würde den Journalisten besonders ernst nehmen, schrieb der Polpred: »Er [Basseches] läuft durch Wien, versucht sich als Märtyrer und seine Ausweisung aus Moskau als großes

1537 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 365) Liasse Personalialia Basseches, GZl. 34.703-13pol/1937, Zl. R 1296/509 Schreiben der öst. Gesandtschaft Moskau, 3.11.1936. Ebd., GZl. 41.454-13/1937, GSB Moskau Zl. 37/P, 5.7.1937.

1538 RGASPI 17/166/989: Politbürobeschluss vom 1.7.1937, P. 79 »Frage des NKID (Österreich)«. RGASPI 17/166/575,16: Material der Politbürobeschlüsse, Sondermappe, Litvinov an Stalin, in Kopie an Molotov, Vorošilov, Kaganovič und Ežov, 29.6.1937.

1539 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 365) Personalialia Basseches, GZl. 41.266-13/1937, Telegramm Moskau, 3.7.1937 und Notiz Hornbostels; Zl. 41.454-13/1937, GSB Moskau Zl. 37/P; GZl. 41.390-13/1937 Dienstzettel des BPD an das BKA/AA, Zl. 52.993/BPD/37, 7.7.1937.

1540 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 365) Personalialia Basseches, GZl. 41.454-13/1937, betr. Ausweisung des »Neue Freie Presse«-Vertreters Basseches – Meine Ausweisung aus der Sowjet Union von Nikolaus Basseches, 8.7.1937. *NFP*, 9.7.1937, 1f. und 10.7.1937, 2.

politisches Ereignis darzustellen, und das macht ihn in den Augen der Wiener lächerlich.«¹⁵⁴¹ Das Kalkül Außenkommissar Litvinovs war aufgegangen.

Pacher hatte nach der Ausweisung Basseches' sofort einen Antrag auf Auszeichnung des Journalisten mit dem österreichischen Verdienstorden wiederbelebt, den das Österreichische Handelsmuseum schon Ende der 1920er Jahre eingereicht hatte. Dieser war aber damals durch Pachers Einspruch – aus Erwägungen »persönlicher Natur« – zurückgestellt worden. Der Gesandte, in dessen Berichten im Übrigen zahlreiche Spuren einer antisemitischen Haltung zu finden sind, hatte nie einen Hehl aus seiner Antipathie gegenüber Basseches gemacht. Selbst die Anregung Hornbostels aus dem Jahr 1932, »auch diesem Hebräer [...] unser Ehrenkreuzel [sic!] anzuhängen«, um Basseches' Arbeit in Moskau nicht zu erschweren, war bei ihm auf taube Ohren gestoßen. Nun bot das 15-jährige Jubiläum des NFP-Korrespondenten formal den Anlass, die Angelegenheit wieder aufzugreifen. Pacher beabsichtigte wohl in erster Linie eine symbolische Reaktion auf die überfallsartige Ausweisung Basseches'. Wie nie zuvor lobte er den Journalisten und dessen »objektive Beurteilung der sowjetischen Zustände« und langjährige Kooperation mit der Gesandtschaft.¹⁵⁴² Nun beantragte er selbst dessen staatliche Auszeichnung. Das Verfahren erhielt vor dem Hintergrund der Ereignisse eine politische Note. Nach Abschluss der bürokratischen Vorbereitungen genehmigte der Ministerrat erst im Dezember 1937 den Antrag auf Auszeichnung des VF-Mitglieds Basseches mit dem »Ritterkreuz des österreichischen Verdienstordens«. Bundespräsident Miklas verlieh diesen mit Entschließung vom 18. Dezember 1937.¹⁵⁴³ In der *Wiener Zeitung* erschien die übliche Meldung dazu jedoch nicht. Auch in diesem Fall hatten die Österreicher jegliches Aufsehen vermieden.¹⁵⁴⁴

1541 AVP RF 05/17/128/22/62–65: Lorenz an Litvinov, 25.7.1937.

1542 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 2) Hornbostel an Pacher, Wien, 29.11.1932. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA OEZ: (Karton 2) Liasse I/1 Dekoration 2/70: Zl. 47.160-Kab/1937, Schreiben der Österreichischen Gesandtschaft Moskau, Zl. R 1066/509, Ing. Nikolaus Basseches, Auszeichnungsantrag von Ges. Pacher, 12.7.1937.

1543 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA OEZ: (Karton 2) Liasse I/1 Dekoration 2/70, Zl. 47.329-K/1937: Dekorationsantrag des Staatssekretärs für AA (Entwurf), August 1937. Vom Ministerrat am 10.12.1937 genehmigt; Zl. 47.901-Kab/1937, Zl. 16.166 Schreiben der Österreichischen Präsidentschaftskanzlei, 18.12.1937. AT-OeStA/AdR MRang MR 1. Rep. MRP, 1065 Ministerratsprotokoll, 1937.12.10: (Karton 271) Zl. 47.329-K/1937 Dekorationsantrag.

1544 Die übliche Veröffentlichung über die Ordensverleihung in der Wiener Zeitung konnte in Bezug auf Basseches nicht gefunden werden.

Teil 6:

**»Im Schatten des Faschismus«:
Österreich und die Sowjetunion
1933/34–1938**

»Wir haben es mit sehr gutem Menschenmaterial zu tun«. ¹⁵⁴⁵ Die Schutzbundemigranten in der Sowjetunion

Drei Schutzbünde

Im Unterschied zu anderen Begriffen der europäischen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen, wie z.B. »Gestapo« oder »Internationale Brigaden« (Interbrigaden), ist das Wort »Schutzbund« aus den heutigen russischen Lexika völlig verschwunden. Die Erklärung hierfür ist einfach: Bisher ist keine der neuen russischen Enzyklopädien bis zum Buchstaben »Sch« – einem der letzten im russischen Alphabet – »vorgedrungen«.

So bleiben nur die drei Ausgaben der Großen Sowjetischen Enzyklopädie (*Bolšaja Sovetskaja Ėnciklopedija*), in denen es jeweils einen Eintrag zum »Schutzbund« gibt. Vergleicht man die diesbezüglichen Texte, finden sich darin so starke Unterschiede, dass man glauben könnte, es sei von drei verschiedenen Organisationen die Rede. In der ersten Ausgabe aus dem Jahr 1933 (Bd. 62, S. 766–767) wurde bereits den aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen und das Ende des Schutzbundes erwähnt: Während der Revolution von 1918 als Schutz für die Arbeiterräte gegründet, hieß es hier, habe er sich in »eines der Werkzeuge der Diktatur der Bourgeoisie« gewandelt und sei am 31. März 1933 aufgelöst worden. Ein Vierteljahrhundert später, im Jahr 1957, wurden in der zweiten Ausgabe (Bd. 48, S. 241) andere Akzente gesetzt: Der Schutzbund, gegründet »zur Verteidigung gegen die faschistischen militarisierten Organisationen«, habe sich gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer zu einem »Kampftrupp der antifaschistischen Bewegung« entwickelt. Folglich sei ein bedeutender Teil der einfachen Schutzbündler der KPÖ beigetreten. In der dritten Ausgabe der Enzyklopädie aus dem Jahr 1978 (Bd. 29, S. 523) heißt es dann: »Die sozialdemokratischen Führer führten eine Kapitulationspolitik

1545 RGASPI 539/2/666/166.

gegenüber der Reaktion, hielten die Schutzbündler von aktiven Handlungen ab, verboten die Aufnahme von Kommunisten in den Schutzbund.«

In der UdSSR hatte sich das Interesse an den Schutzbündlern nicht nur auf die Ereignisse des Februar 1934 beschränkt. Tausende von ihnen waren gezwungen gewesen, für lange Jahre ihre Heimat zu verlassen. Etwa 800 emigrierten in die Sowjetunion.¹⁵⁴⁶ Später holten viele ihre Frauen und Kinder nach, so dass von einigen »Schutzbundkollektiven« – konzentriert vor allem in Moskau, Leningrad, Charkow und Rostov am Don – gesprochen werden kann. Über das Schicksal dieser Menschen, ihre Lebensbedingungen im vermeintlichen »Arbeiterparadies«, ihre meist gescheiterte Integration in die Welt des Stalinismus und das vielfach tragische Ende ihres Exils liegen bereits fundierte Publikationen vor. Eine bloße Wiederholung der darin enthaltenen Forschungsergebnisse erscheint überflüssig. Die nachfolgenden Ausführungen wollen daher primär der Frage nachgehen, welche Rolle der »Schutzbund« in der UdSSR in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gespielt hat. Hierfür können neue Quellen herangezogen werden: früher nicht zugängliche Protokolle der Sitzungen des Politbüros des ZK der VKP(b), in denen die Frage der Schutzbündler mehrmals diskutiert wurde sowie Materialien der MOPR, die sich mit der praktischen Hilfe für die in die Sowjetunion geflüchteten Österreicher beschäftigte. Ergänzt werden diese Materialien von Strafakten einzelner Österreicher, die zu Opfern des »Großen Terrors« geworden sind.¹⁵⁴⁷

Die Februarkämpfe 1934 in Österreich und die Reaktionen in der Sowjetunion

Die sowjetische Presse bemühte sich, den »Heroismus« der österreichischen Arbeiter während der Februarkämpfe 1934 möglichst lebendig zu schildern und gab sich begeistert über den »Arbeiteraufstand«: »Die proletarische Revolution«, hieß es, »klopft im Herzen Europas«.¹⁵⁴⁸ Die Zeitungsreportagen über die Ereignisse in Wien waren im Stil des akzeptierten »Narrativs über den Bürgerkrieg« in Russland gehalten, bei dem »die Gräueltaten der Weißen«

1546 Zu den Zahlen vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) (Hg.): Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation, Wien 1999, 18.

1547 Eine Reihe von Opferschicksalen wurde bereits in McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation aufbereitet und ist auch in der Publikation »Österreicher im Exil« dokumentiert.

1548 Pravda, 14.2.1934 (I. E.: Avstrija v ognje).

keinesfalls zu kurz kommen durften.¹⁵⁴⁹ Die »Weißen« waren in diesem Fall die »Truppen Dollfuß'«, die Arbeiterbezirke angegriffen hatten, Gefangene gnadenlos vor sich hertrieben, Gasraketen einsetzten und Verletzte nicht versorgten, sondern ihnen den Todesstoß versetzten. Polizeiflugzeuge beschossen Gebäude, in denen sich die Aufständischen verschanzt hatten, mit Brandbomben. Obwohl sich in den Häusern Frauen mit Säuglingen im Arm bemerkbar machten, um einen weiteren Beschuss zu verhindern, griffen die Regierungstruppen weiter an. Jeder, den man mit einer Waffe in der Hand fasste, wurde sofort an die Wand gestellt. Kinder, die den Schutzbündlern Essen und Patronen brachten, wurden genauso wie erwachsene Kämpfer liquidiert.

Das vormals gültige Bild des Schutzbundes als »Handlanger der Bourgeoisie« und »Helfershelfer der Heimwehren« spielte mit einem Mal keine Rolle mehr.¹⁵⁵⁰ Wer die bisherigen Darstellungen genauer verfolgt hatte, musste zudem überrascht sein, dass die aufständischen Arbeiter überhaupt Waffen besaßen. Nach den Meldungen der Presse hatten die früher als »Verräter-Sozialisten« verunglimpften Schutzbündler diese längst schon bei den Behörden abgegeben.¹⁵⁵¹ Davon ungeachtet blieb man dem ideologischen Kanon treu. Die Presse wusste über einen Konflikt zwischen den »unteren« und »führenden Kreisen« des Schutzbundes zu berichten und bereitete die vielschichtigen Konflikte innerhalb der Soziodemokratie, die dem »Februaraufrüstung« vorangegangen waren, auf ihre Weise auf. Oberstes Gebot blieb dabei eine klare Identifizierung jener, denen die Schuld an der »Niederlage« angelastet wurde: Die einfachen Arbeiter wollten bis zum Ende gehen, bis zur Gründung von Räten und bis zum Kampf um die Macht. Die Führer dagegen zeigten Unentschlossenheit und versuchten die revolutionäre Energie ihrer Anhänger zu dämpfen.¹⁵⁵² Wenn sich, dieser Lesart entsprechend, Kommunisten an die Spitze der Arbeitertruppen stellten, vollbrachten sie »Heldentaten«. Doch selbst die sowjetische Presse musste zugeben, dass es nur wenige derartige Fälle gab.

Die Zeitungsmeldungen über die Ereignisse in Wien waren voll von Dramatik. Die Leserschaft reagierte nicht selten ergriffen. Als Folge fanden in einer Reihe von Betrieben Solidaritätskundgebungen statt. Schon Anfang März überwies die MOPR, eine Nebenorganisation der Komintern, die internatio-

1549 Vgl.: Graždanskaja vojna v Rossii (1917–1922 gg.): vzgljad skvoz' desjatiletija. Sbornik materialov naučnoj konferencii, 9–10 aprlja 2009 g., Samara 2009.

1550 Šelavin: K voprosu, 25.

1551 »Der Verzicht der österreichischen Sozialdemokratie auf den Kampf gegen die Entwaffnung des Schutzbundes hat dem faschistischen Vorstoß in Österreich praktisch Tür und Tor geöffnet. Kommunistische Internationale Komunističeskij Internacional 1933, Nr. 15, 28 (Grossmann, Oskar: Fašizacija Avstrii i problema »anšljusa«). Deutsche Variante aus: Kommunistische Internationale (Basel), 1933, Nr. 8, 200 (Grossmann, Oskar: Die Faschisierung Österreichs und das Anschlußproblem).

1552 Internacional moloděži, Nr. 7, 1934, 14–17 (Majer: Put' šuchbunda. Istoričeskaja spravka).

nale Hilfe für verfolgte Revolutionäre leistete, aus ihrem Budget eine Million Schilling nach Österreich und rief die sowjetischen Werk tätigen unter der Losung »Ein Stundenlohn pro Woche für die Opfer der Kämpfe in Österreich« zu Geldsammlungen auf.¹⁵⁵³ Bald zeigte sich, dass die traditionellen Hilfsaktionen unzureichend waren: Um sich der Verfolgung durch die Polizei zu entziehen, überschritten Schutzbündler illegal die Grenze zur Tschechoslowakei. Im Nachbarstaat war man jedoch vom Zustrom der unerwarteten Gäste aus Österreich wenig begeistert. »Trotz Solidarität der tschechischen Arbeiter (Spenden, Patronate über einzelne Schutzbündler) und der erheblichen finanziellen Opfer, die die tschechische sozialdemokratische Partei (SPTsch) sowie die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) für die österreichischen Emigranten erbrachten, übertönten Kontroversen, politischer Hickhack und Schuldzuweisungen diese positive Leistung ›internationalistischer‹ Hilfe. [...] Die Februaremigranten wurden [...] Gegenstand innertschechischer politischer Auseinandersetzungen.«¹⁵⁵⁴

Die sowjetischen Bürokraten der MOPR drückten gegenüber der Roten Hilfe Österreichs, der nationalen Sektion der MOPR, die Bereitschaft aus, die »größtenteils stark radikalisierten Schutzbundflüchtlinge«¹⁵⁵⁵ in ihrem Land aufzunehmen, wobei die endgültige Entscheidung von der Überprüfung ihrer Sympathien gegenüber dem Kommunismus abhängig gemacht werden sollte.¹⁵⁵⁶ Die sowjetische Presse berichtete umgekehrt von einer ähnlichen Vorgangsweise sozialdemokratischer Funktionäre gegenüber jenen Schutzbündlern, deren »sozialdemokratische Zuverlässigkeit« angezweifelt wurde und die angeblich den Kommunisten zuneigten. Kommunistischen Sympathisanten wurde nach einer entsprechenden Überprüfung materielle Hilfe verweigert.¹⁵⁵⁷

Am 10. März 1934 entschied das Politbüro des ZK der VKP(b), alle Schutzbündler aufzunehmen, die nicht der Spionage verdächtig waren.¹⁵⁵⁸ Obwohl dieser Beschluss für den sowjetischen Politischen Vertreter in Österreich Adolf Petrovskij bestimmt war, wurde die diplomatische Vertretung der UdSSR in der Tschechoslowakei das Zentrum für die Ausgabe von Visa an die österreichischen Flüchtlinge. Die Zusammenstellung eines größeren Spezialtransports hielt man in Moskau für zweckmäßig. Ende März erhielt der Politische Ver-

1553 Siehe RGASPI 539/3/264/5: Entwurf des Briefs des Exekutivkomitees der MOPR an das ZK der Roten Hilfe Österreichs vom 8. März 1934.

1554 Vgl. McLoughlin / Schafranek / Szevera: *Aufbruch, Hoffnung, Endstation*, 159f.

1555 Ebd., 161.

1556 RGASPI 539/3/264/6: Brief des Exekutivkomitees der MOPR an das ZK der Roten Hilfe Österreichs, 8.3.1934.

1557 *Pravda*, 5.3.1934 (Gofman, K. [Hofmann, K.]: *Rasskaz učastnikov floridsdorfskich boev*).

1558 RGASPI 17/162/16/15: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 3 vom 20.3.1934, Beschluss vom 10.3.1934, P. 65/45 »Über die Schutzbündler«.

treter in Prag S. S. Aleksandrovskij die Erlaubnis, 300 Einreisevisa an Teilnehmer der Februarkämpfe auszustellen.¹⁵⁵⁹ Für den Empfang der Schutzbündler wurde eine Sonderkommission unter der Leitung des Sekretärs des ZK der VKP(b) A. A. Ždanov gegründet. Propagandistische Überlegungen waren in diesem Zusammenhang offensichtlich bedeutender als humanitäre Erwägungen. Der Empfang der Schutzbündler sollte der ganzen Welt beweisen, dass nur die Sowjetunion das »Vaterland aller Werktätigen« war. Ein besserer Tag für eine derartige Demonstration als der 1. Mai war kaum denkbar. Doch die Zeit drängte. Das betonte auch der Polpred Aleksandrovskij in einem Schreiben an den stellvertretenden Volkskommissar für äußere Angelegenheiten, N. N. Krestinskij, am 17. April 1934.¹⁵⁶⁰ Die sowjetischen Diplomaten betrachteten die zeitgerechte Ankunft des ersten Transportes in der UdSSR als Ehrensache.

Die sozialdemokratische Presse behauptete indessen, dass die MOPR keinen einzigen Schilling für den Transport in die Sowjetunion zur Verfügung gestellt hatte und die Ausreise der Schutzbündler aus der Tschechoslowakei nur dank der Unterstützung der SDAPÖ ermöglicht worden war.¹⁵⁶¹ Kritik wurde auch an der Kampagne österreichischer und tschechischer Kommunisten unter den Schutzbündlern laut. Letztere, hieß es, hätte man zur Abkehr von der Sozialdemokratie verpflichtet, um ihnen im Gegenzug die Ausreisevisa auszuhändigen. Die SDAPÖ sprach von »Seelenkaufen«.¹⁵⁶² Die Versuche einer prokommunistischen Beeinflussung der Schutzbündler waren tatsächlich nicht ohne Erfolg geblieben. Weitere Propagandamaßnahmen mussten aber nicht zuletzt wegen des Zeitdrucks, rechtzeitig zum 1. Mai genügend Schutzbündler in Moskau zu haben, unterbleiben. Dasselbe gilt für die ursprünglich geforderte Überprüfung der politischen Gesinnung der Österreicher – eine Bedingung, von der Stalin schließlich abrückte. Auf eine individuelle »Durchleuchtung« der Ausreisewilligen wurde in der Folge verzichtet und ein kollektives Einreisevisum ausgestellt.¹⁵⁶³ Obsolet geworden waren dadurch auch die seitens der sowjeti-

1559 RGASPI 17/162/16/29: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 4 vom 29.3.1934, Beschluss vom 10.3.1934, P. 78/54 »Über die Schutzbündler«.

1560 RGASPI 539/2/666/157 und 166: Aleksandrovskij an den stv. Volkskommissar Krestinskij, 17.4.1934.

1561 Siehe RGASPI 539/5/273: Sammlung von Presseauschnitten, Bestand der MOPR. Die sozialdemokratischen Parteien hatten laut eigenen Angaben 95 000 Kronen für den Transport der ersten Schutzbündler in die Sowjetunion ausgegeben. »Die Ausgaben von 83 000 Kronen im Zusammenhang mit dem zweiten Transport bestritt der Ing. Weissel-Fond«. McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 159f. Beim »Weissel-Fond« handelte es sich um einen Fond, der von der Roten Hilfe in Prag verwaltet wurde und vorwiegend aus Spendengeldern aus der UdSSR bestand. Ebd., 162.

1562 RGASPI 539/3/265/15: Brief der Leitung der SDAPÖ vom 11.6.1936. Es ist charakteristisch, dass in diesem Brief der Leitung der SDAPÖ, der sich an die Schutzbündler in Jugoslawien wendet, nichtsdestotrotz jenen Hilfe angeboten wurde, die fest entschlossen waren, in die UdSSR zu gehen.

1563 Vgl. das Gespräch Stalins mit Dimitrow Anfang April und Anfang Mai 1934, in: Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1945. Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein, Bd. 1, Berlin 2000, 93, 106.

schen Konsularmitarbeiter in der Tschechoslowakei angekündigten strengen Kontrollen, die auf diese Weise jene Personen zu filtern beabsichtigten, welche in den Februartagen tatsächlich mit der Waffe in der Hand gekämpft hatten. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle, die im Rahmen der Schutzbundemigration in die Sowjetunion flohen, an den Kämpfen aktiv beteiligt gewesen waren. So sorgte beispielsweise die KPÖ dafür, dass auch »vermeintlich gefährdete Kader nach Moskau« fuhren, die den gewaltsamen Auseinandersetzungen des Februar 1934 ferngeblieben waren.¹⁵⁶⁴

Währenddessen liefen die Vorbereitungen für den Empfang der Schutzbündler auf Hochtouren. Man dachte an alle Details – bis hin zu besonderen Normen für die Verköstigung der österreichischen Emigranten. Für Moskauer Verhältnisse waren diese Rationen, die unter anderem aus großen Fleischportionen und einem Ei pro Person bestanden, der pure Luxus. Die Bevölkerung der sowjetischen Hauptstadt kam immerhin mit Hilfe von Lebensmittelkarten mehr schlecht als recht über die Runden.¹⁵⁶⁵ Auch die Ausstattung des Zuges, mit dem die Österreicher anreisten, war Thema gremialer Erörterungen. Die »Annehmlichkeiten« während der Reise nach Moskau sollten nicht schlechter sein als jene, welche die Emigranten in den Waggons vorgefunden hatten, die die tschechoslowakische Regierung für den ersten Teil der Strecke zur Verfügung gestellt hatte.¹⁵⁶⁶

Die Mitarbeiter der mit der Organisation des Empfangs beauftragten sowjetischen Behörden waren sich bewusst, dass mehrheitlich keineswegs »stramme Kommunisten« nach Moskau fuhren. Aus Prag trafen »streng geheime« Mitteilungen ein. Man müsse, wurde gewarnt, »damit rechnen, dass [...] einige Agenten Otto Bauers« dem Transportzug angehörten. Außerdem gab man zu bedenken, dass die Emigranten keineswegs nur ausgehungerte Arbeitslose waren, sondern Arbeiter, die in Österreich wohl unter besseren Bedingungen gelebt hatten als die einheimischen Werk tätigen.¹⁵⁶⁷ Probleme waren also vorprogrammiert.

Die Ankunft der Schutzbündler

Die Berichte über den ersten Schutzbündlertransport in den sowjetischen Zeitungen enthielten die üblichen propagandistischen Ingredienzen. Manches von

1564 Vgl. McLoughlin / Schafranek / Szevera: *Aufbruch, Hoffnung, Endstation*, 168.

1565 RGASPI 539/2/666, 1–2: Brief der stv. Vorsitzenden der MOPR E. V. Seveleva an den Direktor des Insstab, V. V. Družinin, 1.4.1936.

1566 RGASPI 539/2/666/6–7: Protokoll der Beratung vom 17.4.1934.

1567 RGASPI 539/2/666/30: Mitteilung an das ZK der MOPR, 21.4.1934 [dt.].

dem, was geschrieben wurde, erinnerte gewissermaßen an die biblische Geschichte von der »Rückkehr des verlorenen Sohnes«. Die Schutzbündler, geläutert durch ihre Erfahrungen, befanden sich nun in der »wahren Heimat« und konnten endlich »wahre Kommunisten« werden.¹⁵⁶⁸ Am Ankunftstag der Österreicher in Moskau veröffentlichten sowjetische Zeitungen deren kollektive Erklärung über den »Bruch mit dem Reformismus«. Damit bezog man sich auf Stellungnahmen, die noch vor der Abreise aus der Tschechoslowakei abgegeben worden und unter anderem gegen »demokratische Illusionen« gerichtet waren.¹⁵⁶⁹

An der Grenzstation Negoreloe bekam der Schutzbündlertransport Zuwachs: Delegierte des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion (VCSPS) stiegen zu. Noch während der Fahrt mussten die Emigranten Formulare ausfüllen. Außerdem fuhr auf der letzten Wegstrecke Journalisten mit, die die Schutzbündler interviewten.¹⁵⁷⁰ Am 25. April kamen dann 302 Männer, vier Frauen und fünf Kinder am Weißrussischen Bahnhof in Moskau an.¹⁵⁷¹ Als »Kommandant« des Transportes trat Heinz Roscher auf, der als Held der Kämpfe in Floridsdorf galt und in einer später erschienen Propagandaschrift die Begeisterung der Österreicher angesichts der entgegengebrachten Freundlichkeit der »sowjetischen Brüder« während der Reise und bei der Ankunft hervorhob.¹⁵⁷² Nach den offiziellen Begrüßungsworten folgte eine Rede Roschers: »Man hat uns von dieser Tribüne aus gesagt, dass wir keine Gäste in der Sowjetunion sind. Ja, wir sind keine Gäste. Wir sind eure Klassenbrüder im Kampf um den Sozialismus.«¹⁵⁷³

Die Ankömmlinge wurden im Dritten Haus der Räte in der Sadovo-Karetnaja ulica untergebracht. Nach einem Erholungstag begann ein Programm mit Exkursionen durch Moskau. Die Schutzbündler besuchten außerdem die größten Fabriken der Hauptstadt. Nach der symbolträchtigen Teilnahme der Schutz-

1568 Pravda, 26.4.1934 (»Geroi avstrijskich barrikad pribyli v Moskvu«).

1569 Vgl. McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 164.

1570 Ebd., 177.

1571 Einige Personen, darunter Johann Djuritsch, waren erst auf dem Weg zu dem Transport gestoßen. Djuritsch, der am 30. Juni 1941 verhaftet wurde, erzählte im Verlauf des Verhörs, dass er nicht in die Liste der Reisenden des ersten Transportes aufgenommen worden war und er den Zug erst an der tschechisch-slowakisch-polnischen Grenze einholte. Aufgrund des fehlenden Einreisevisums für die UdSSR holten ihn die polnischen Grenzbeamten aus dem Waggon, doch Djuritsch schaffte es mit Hilfe von Genossen, sich wieder hineinzuschummeln. In der Station Negoreloe erlaubten ihm die sowjetischen Behörden gemeinsam mit den anderen nach Moskau zu fahren, wo der Österreicher eine Aufenthaltsgenehmigung erhielt. GARF 10035/2/34512: Strafvakt Johann Djuritsch. Djuritsch erhielt nicht den Status eines Politemigranten, ihm wurde vorgeschlagen, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, was er auch tat. RGASPI 539/4/109: Beschlüsse der Zentralen Legitimationskommission des ZK der MOPR über die Verleihung des Status eines politischen Emigranten an Schutzbündler und deren Familien, 14.5.1935, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 23 (Dok. 4).

1572 Roßer, SSSR, 37.

1573 Izvestija, 26.4.1934 (»Učastniki barrikadnych boev v Avstrii – ščubundovcy pribyli v Moskvu«).

bundkolonne bei der Maiparade¹⁵⁷⁴ trafen die Februarkämpfer die Witwe V.I. Lenins Nadežda Krupskaja und das formale Staatsoberhaupt des sowjetischen Staates Michail Kalinin. Weitere Prominente nutzten die Gelegenheit, um mit den »Kämpfern aus Österreich« zu sprechen.¹⁵⁷⁵ Besonders stach jedoch das Treffen mit Georgi Dimitrow hervor. Der »Held von Leipzig« hatte sich offenbar auf Anraten Stalins dazu entschlossen, eine Unterredung mit den Schutzbündlern herbeizuführen.¹⁵⁷⁶ Im Laufe des Gesprächs mit den Emigranten spielten Erzählungen über seine jüngsten Erfahrungen im »Kampf gegen den Faschismus« keine geringe Rolle.¹⁵⁷⁷ Hinweise auf ein Abweichen von der alten Taktik der Diskreditierung der Sozialisten sind realiter keine vorhanden. Dimitrow sprach vielmehr von deren Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und von den »linken Manövern der Austromarxisten«. Wäre nicht die Politik der Sozialdemokraten im Jahr 1918 gewesen, wäre Österreich schon längst ein »bolschewistisches« und kein »faschistisches« Land. Als Auswegstrategie aus der »reaktionären Sackgasse« schlug er den Schutzbündlern die revolutionäre Einheit des Proletariats, d. h. die Komintern-Losung der »Einheitsfront der Arbeiter von unten« vor.¹⁵⁷⁸ Gleichzeitig versprach Dimitrow den Teilnehmern des Treffens: »Wir machen keinerlei Unterschied zwischen den aus Österreich angekommenen Sozialdemokraten und Kommunisten, es wird keine materiellen Bevorzugungen für letztere hier in der UdSSR geben. Wichtig ist, dass ihr ehrliche Arbeiter seid und treu der Sache des Sozialismus dient.« Dimitrow führte mit seinen Worten die Weisung Stalins aus: Die Komintern »braucht keine allzu schnell gebackenen Kommunisten. Sie braucht fest überzeugte Soldaten«.¹⁵⁷⁹ Vieles fehlt in der publizierten Variante von Dimitrows Aussagen gegenüber den Schutzbündlern. So blieb manchem, der dem Treffen beiwohnte, auch die Kritik Dimitrows an der KPÖ, die in den Tagen der bewaffneten Kämpfe völlig isoliert erschien, in Erinnerung.¹⁵⁸⁰

Kurz nach der Ankunft in der Sowjetunion wurden einige Schutzbündler zur Erholung auf die Krim oder in den Kaukasus geschickt.¹⁵⁸¹ Gleichzeitig

1574 Vgl. McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 178f. und vgl. auch die Ausführungen der österreichischen Gesandtschaft in: Matsch, Erwin (Hg.): Internationale Politik 1919–1939. Wien 2005, 579f.

1575 Vgl. auch das Treffen mit Béla Kun: McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 180.

1576 Dimitroff: Tagebücher, 106.

1577 Gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, in: Dimitroff, Georgi: Ausgewählte Werke, 2. Bd. 1921–1935, Berlin (DDR) 1958, 464.

1578 Ebd., 479.

1579 Ebd., 466.

1580 Siehe das Interview Hans Schafraneks mit Franz Jurica über die ersten Eindrücke in der Sowjetunion, 1991, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 30 (Dok. 14) und McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 180.

1581 Vgl. McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 181.

sollten sie sich von den Vorzügen des Sozialismus überzeugen. Anerkennende Worte wurden angeblich angesichts »des Aufbaus der Kolchosen und Sowchosen« gefunden. In Österreich hingegen, hieß es, nehme »der Steuereintreiber dem Bauern die letzte Kuh«. »Das sind«, gaben sich einige wohl überzeugt, »keine Potëmkin'schen Dörfer, wie uns die österreichischen sozialdemokratischen Führer einflüstern wollten.«¹⁵⁸²

Inzwischen wurden die Aufenthaltsbedingungen und die Arbeitstätigkeit der Schutzbündler in der Sowjetunion festgelegt. Per Beschluss des Politbüros vom 25. Mai 1934 fiel die Betreuung der Österreicher in die Zuständigkeit des VCSPS. Die sowjetische Gewerkschaft musste für alle daraus entstehenden Kosten aufkommen. Die Teilnehmer des ersten Schutzbündlertransports sollten auf Moskau, Leningrad und Charkow aufgeteilt werden. Den Exilanten wurden Wohnungen mit einer geringen Miete versprochen. Bei der Arbeitsvermittlung sollten deren Wünsche berücksichtigt und Umschulungen ermöglicht werden.¹⁵⁸³ Allerdings sollten keine Österreicher in militärische und chemische Industriebetriebe geschickt werden.¹⁵⁸⁴ Laut Politbüro-Beschluss kam die Aufgabe »der Entwicklung einer systematischen und geduldigen, propagandistischen Arbeit unter den Schutzbündlern zu deren Umerziehung im Geiste des Kommunismus« den Sekretären der regionalen Organisationen der VKP(b) zu. Sie waren persönlich dafür verantwortlich.¹⁵⁸⁵

Der Beschluss vom Mai 1934 galt auch für den zweiten Schutzbündlertransport (laut Liste 230 Personen), der in Moskau in den ersten Junitagen eintraf.¹⁵⁸⁶ Obwohl die sowjetischen Beamten in der Tschechoslowakei mehr Zeit zur Auswahl der politisch zuverlässigen Personen hatten, gestand das Konsulat ein, dass es nicht möglich gewesen war, mit jedem Kandidaten zu sprechen, da die Schutzbündler aus verschiedenen Lagern zusammengesammelt worden waren. Die Vertretung der KPÖ beim EKKI ihrerseits erklärte, dass sie keine Bewertung für jeden der einreisewilligen Schutzbündler abgeben könnte.¹⁵⁸⁷

Mit der Organisation der Aufnahme des zweiten Transports befasste sich dieselbe Kommission unter Ždanov, die bereits die Angehörigen des ersten

1582 RGASPI 539/2/666/205–208: Reisebeschreibungen einer Schutzbündlergruppe in Kislovodsk, zusammengestellt von Leopold Renz [russ., o. D.].

1583 RGASPI 17/162/16/66–67: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 7 vom 26.5.1934, Beschluss vom 25.5.1934, P. 272/256 »Über die Schutzbündler«.

1584 RGASPI 539/2/666/152–153: Brief Ja. E. Brezanskij's [Abteilungsleiter im ZK der VKP(b), Anm. A. V.] an den Sekretär des ZK der VKP(b) Ždanov, 14.4.1934. Auf der Kopie des Briefs der Vermerk Ždanovs: »Dafür«.

1585 RGASPI 17/162/16/66–67: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 7 vom 26.5.1934, Beschluss vom 25.5.1934, P. 272/256 »Über die Schutzbündler«.

1586 Vgl. McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 182f.

1587 RGASPI 539/2/666/184: Brief des Vorsitzenden des ZK der KPÖ beim EKKI Oskar Grossmann an die MOPR vom 17.6.1934.

Transports betreut hatte. Erneut waren sämtliche Details geplant worden. Doch die Reise der Österreicher verlief nicht wunschgemäß: Während der Fahrt auf sowjetischem Gebiet renkte sich einer der Österreicher den Daumen aus. Grund war ein Sturz infolge eines jähen Tempowechsels des Zugs. Die Konsequenzen standen in keinem Verhältnis zu diesem Zwischenfall, waren aber typisch für das damalige innersowjetische Klima: »Die Brigade der Lokomotive wurde festgenommen.« Die »Transport-Staatsanwaltschaft« nahm Ermittlungen auf.¹⁵⁸⁸

Dieses Mal brachte man die Österreicher in den Hotels »Dom Vostoka« und »Evropa« unter. Bereits am 2. Juli berichtete die MOPR, dass alle Mitglieder des zweiten Transports Arbeitsplätze bekommen hatten.¹⁵⁸⁹ Der Empfang und die Unterbringung der Schutzbündler hatten das Budget der MOPR schwer belastet. Daher bat die MOPR-Vorsitzende Stasova den VCSPS um Kompensation für die geleisteten Ausgaben: Diese sollten mit den gesammelten Spendengeldern der sowjetischen Werk tätigen »für die österreichischen Arbeiter« abgedeckt werden.¹⁵⁹⁰

Nach dem prachtvollen Empfang der beiden Gruppen mit »Kämpfern der Wiener Barrikaden« war die propagandistische Aufgabe seitens der sowjetischen Behörden erfüllt. Am 25. Juli beschloss das Politbüro des ZK der VKP(b), »keinen dritten Zug von Schutzbündlern zu organisieren«, erlaubte allerdings eine individuelle Einreise.¹⁵⁹¹ Bis zum Jänner 1935 trafen auf diese Weise 105 Personen ein, für die dieselben Regeln galten wie für die Teilnehmer der ersten beiden Transporte.¹⁵⁹² Im Weiteren kamen die Schutzbundkämpfer nur noch vereinzelt.¹⁵⁹³ Die österreichische Rote Hilfe hatte sich zudem für eine Einschränkung der Emigration in die UdSSR ausgesprochen, »da sich immer mehr unlautere Elemente einschleusen«.¹⁵⁹⁴

Die Exilanten aus Österreich, die »Heroen« des Februar 1934, verloren nach und nach ihren Status als »Herzeigeobjekte«. Mit der Dauer ihres Aufenthalts

1588 RGASPI 539/2/666/44: Geheimer Bericht vom 4.6.1934 an A. A. Ždanov.

1589 RGASPI 539/2/666/147: Bericht der MOPR, 2.7.1934.

1590 RGASPI 539/2/666/151: Stasova an Švernik, 26.8.1934. In der Beilage des Briefes ist die genaue Summe der Ausgaben der MOPR für die Aufnahme der Schutzbündler genannt: 821 615 Rubel und 39 Kopeken.

1591 RGASPI 17/162/16/142: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(B), Protokoll Nr. 11 vom 5.8.1934, Beschluss vom 25.7.1934, P. 99/81 »Über die Schutzbündler in der Tschechoslowakei«.

1592 »Die neu angekommene Schutzbündlergruppe mit 105 Personen ist in folgenden Städten unterzubringen: Leningrad – 35 Personen, Charkow – 55 Personen, Rostov am Don – 55 Personen«. RGASPI 17/3/958: Politbüro-Beschluss vom 26.1.1935, P. 125.

1593 Als Beispiel für diese Emigranten: GARF 10035/2/26280: Strafakt Erich Skamper. (Die Seiten des Strafakts sind mit keiner durchgehenden Nummerierung versehen.), Verhör vom 28.3.1938. Skamper wurde am 23.3.1938 verhaftet, dann zum Tode verurteilt, am 1.6.1938 hingerichtet.

1594 Vgl. McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 171.

ging das Interesse an den Schutzbündlern zurück. Den 115 Schutzbündlerkindern, die am 9. August 1934 in Moskau ankamen, wurde zwar ein herzlicher Empfang bereitet. Doch die wichtigsten Zeitungen des Landes brachten nun keine ausführlichen Reportagen mehr.¹⁵⁹⁵ Nur jene Persönlichkeiten, deren Schicksal besonders propagandawirksam aufbereitet werden konnten, blieben von öffentlichem Interesse. Dazu zählte die Witwe des gehenkten Schutzbündlers Karl Münchreiter, die im Herbst 1934 mit ihren Kindern in die UdSSR kam. Leopoldine Münchreiter erzählte gleich nach der Ankunft dem Korrespondenten einer deutschsprachigen Zeitung, dass »wir in Moskau keine Ablehnung kennen« und ihre Kinder »buchstäblich verwöhnt« würden.¹⁵⁹⁶ Das weitere Schicksal der Familie Münchreiter ist freilich eines von vielen Beispielen dafür, dass eine einmal erhaltene Sonderstellung wieder eingebüßt werden konnte und dass deren Verlust drastische Konsequenzen für Leib und Leben zur Folge haben konnte.¹⁵⁹⁷

Alltag und Integration

Schon die ersten Monate des Aufenthaltes in der UdSSR zeigten, dass das Haupthindernis für eine erfolgreiche Integration der Schutzbündler in den fehlenden Russischkenntnissen bestand: Personen mit Fachausbildung oder hoher Qualifikation konnten ihr Wissen und Können nicht in der Praxis anwenden. Die Jüngeren, und diese stellten die Mehrheit, hatten zum Teil überhaupt keine Berufsausbildung vorzuweisen. An den Arbeitsstellen, zu denen die Schutzbündler geschickt worden waren, organisierte man kurzfristig entsprechende Kurse.

Auf die Arbeitsbedingungen, die sie in den sowjetischen Betrieben vorfanden, reagierten viele Österreicher regelrecht schockiert. Insgesamt unterschieden sich ihre Eindrücke und Einschätzungen wenig von jenen Emigranten, die in den Jahren zuvor in die UdSSR ausgewandert waren, um hier zu arbeiten.¹⁵⁹⁸ Staunen rief beispielsweise der unorganisierte und chaotische

1595 Die kleinen Österreicher wurden ins Sanatorium auf der Krim geschickt, und im Zentrum der Hauptstadt entstand ein eigenes Heim für sie. Die älteren Kinder (104) besuchten die elitäre Karl-Liebknecht-Schule, in der Deutsch die Unterrichtssprache war. Vgl.: Schafranek, Hans: Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil, Wien 1998 und Mussijenko, Natalija / Vatlin, Alexander: Schule der Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924–1938), Bad Heilbrunn 2005.

1596 Deutsche Zentral-Zeitung, 15. Oktober 1934 (»Wir freuen uns in der Sowjetunion zu sein.«).

1597 McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 581–583.

1598 Detailliert darüber: McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 89–136.

Produktionsprozess hervor, der Mangel an einfachsten Werkzeugen, das komplizierte Gehaltssystem, Diebstahl usw.¹⁵⁹⁹ Die Frauen beschwerten sich in Briefen in die Heimat des Öfteren über Schmutz und fehlende Hygiene in Hotels und Lokalen, über die Bürokratie oder über Versorgungsschwierigkeiten. Das Idealbild vom »Paradies der Werktätigen«, das die kommunistische Presse in Österreich gezeichnet hatte, hatte wenig bis gar nichts mit der Realität gemein.¹⁶⁰⁰ Trotz der Enttäuschung, die einige nur schlecht verbergen konnten, begriff die überwiegende Mehrheit der Österreicher, dass sie in ein Land geraten war, das erst begonnen hatte, seine Jahrhunderte andauernde Rückständigkeit abzustreifen. Die Fremden lebten in der Regel freilich unter besseren Bedingungen als die Einheimischen. Man gewährte ihnen einen monatlichen Zuschuss von 250 Rubel. Jeder von ihnen erhielt bei der Ankunft eine einmalige Unterstützung von 500 Rubel, Kleidung, Schuhe und Bettwäsche. Außerdem teilte man die Österreicher einem speziellen Organ zu, das Ausländer mit Lebensmitteln und bestimmten Waren zu niedrigen Preisen versorgte (*Insnab*).¹⁶⁰¹ Drei Mahlzeiten am Tag stellte das Personal des Hotels sicher, in dem die Schutzbündler wohnten. Wenn sie bereits über einen Arbeitsplatz verfügten, erhielten sie das Mittagessen in der Kantine für »Stoßarbeiter« oder Ingenieure.

Zahlreiche Institutionen, wie Partei- und Gewerkschaftsorgane, Komintern und MOPR, beobachteten das Alltagsleben und die Leistungen der Arbeiter aus Österreich peinlich genau. Am meisten mit den Schutzbündlern befasste sich das »Ausländerbüro« des VCSPS, das Ende der 1920er Jahre zur Betreuung ausländischer Spezialisten gegründet worden war. Der Sekretär des VCSPS A. K. Abolin traf mehrmals mit Schutzbündlern zusammen und setzte sich mit deren Anliegen auseinander. Im Juni 1934 unternahm die stellvertretende Vorsitzende der MOPR E. V. Ševeleva eine Inspektionsreise nach Leningrad. Über die Zustände im Hotel »Znamenskaja« zeigte sie sich entsetzt – allerdings nicht, weil die Lebensbedingungen dort so schlecht waren. Im Gegenteil. Die im Hotel untergebrachten Schutzbündler verköstigte man abends im Restaurant, wo Jazz gespielt wurde und eine Atmosphäre herrschte, welche die Sowjetfunktionärin wohl für »ungesund« hielt. Manche vertranken an einem Abend bis zu 90 Rubel.¹⁶⁰²

1599 ZCHIDK [= heute RGVA], Manuskript Ludwig Carhoun, o. D., 6ff. zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 58 (Dok. 32).

1600 »Wir dachten, ins Paradies der Arbeiter und Bauern zu kommen, was man uns vorgemacht hatte.« DÖW E 22.320: Manuskript Alois Bauer, o. D., zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 212 (Dok. 155).

1601 Die Insnab-Preise lagen schätzungsweise mindestens 50 Prozent unter jenen in herkömmlichen Geschäften. Vgl. McLoughlin / Schafraneck / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 206.

1602 RGASPI 539/2/666, 209–220: Bericht vom 21.6.1934.

Je weiter der Aufenthaltsort der Schutzbündler von Moskau entfernt lag, desto schlechter waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die schwierigste Situation ergab sich in Rostov am Don, wo alle Österreicher beim gerade erst errichteten Betrieb zur Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen (*Rostel'maš*) zu arbeiten begonnen hatten. Die Fabrik war buchstäblich auf ein leeres Feld gebaut worden und nur schwer zu erreichen. Die Emigranten beklagten die Qualität des Kantinenessens und kritisierten Stehzeiten in der Produktion.¹⁶⁰³ Nur geringfügig besser war die Lage in Charkow. Anfang 1935 befasste sich dort eine Gewerkschaftskommission mit den Lebensbedingungen von 157 Schutzbündlern, die in 21 Betrieben arbeiten. Das Durchschnittsgehalt war niedrig. Die Fabriken kamen für die Versorgung der Arbeiter auf, doch ihre Kinder und Frauen ernährten die Familienväter auf Kredit und häuften auf diese Weise riesige Schulden an.¹⁶⁰⁴ Keiner hatte eine Wohnung. Alle lebten im Hotel »Spartak«, wo die sanitären Bedingungen besonders schlecht waren.¹⁶⁰⁵ Die Kommission stellte allerdings fest, dass ungeachtet der aufgezeigten Schwierigkeiten die moralische Verfassung des »Schutzbündlerkollektivs« verhältnismäßig gut zu sein schien. Die Leute blickten optimistisch in die Zukunft, erwarteten, dass sie früher und später eine erschwingliche Unterkunft bekommen, ihre Qualifikationen verbessern und sich in der sowjetischen Realität zurechtfinden würden. Dennoch musste auch Negatives angemerkt werden: Die Schutzbündler verglichen wohl bei jeder Gelegenheit die sowjetischen mit den österreichischen Zuständen, und bei Konflikten mit der Fabriksadministration kamen antisemitische Haltungen zum Vorschein.¹⁶⁰⁶

Auch die Beziehungen zwischen den Schutzbündlern selbst blieben nicht frei von Konflikten. Als Hauptgrund dafür nannten die sowjetischen Prüfer Spannungen zwischen Wienern und Personen aus anderen Bundesländern, sogar zwischen den Bewohnern der einzelnen Bezirke der österreichischen Hauptstadt.¹⁶⁰⁷ Erst an zweiter Stelle rangierten politische Auseinandersetzungen. So fühlten sich beispielsweise »alte Kommunisten« gegenüber Sozialde-

1603 Zur Situation in Rostov am Don siehe z. B.: VGA, ALÖS, Mappe 140: Protokoll, aufgenommen mit Werner Nečas in Prag, 11.9.1934, in: DÖW: Österreicher im Exil, 145–148 (Dok. 106).

1604 RGASPI 17/120/205/3–15: Bericht über die Arbeit unter den Schutzbündlern in Charkow mit Schlussfolgerungen für das Präsidium der Gebietsgewerkschaft, 10.1.1935.

1605 »Das Hotel »Spartak« wurde von Grišev in einen empörenden unhygienischen Zustand gebracht (es gab kein Wasser, die Toiletten waren voll mit Unrat, [außerdem] Schmutz, Kälte, Ratten, es gab eine Ruhrepidemie und sogar Todesfälle.«, stellte ein Bericht aus Charkow fest. RGASPI 17/120/206/58: Bericht des Abteilungsleiters im ZK der VKP(b) Aleksandr Ščerbakov an Stalin, Ežov und Kaganovič [o. D.].

1606 RGASPI 17/120/205/7: Bericht über die Arbeit unter den Schutzbündlern in Charkow mit Schlussfolgerungen für das Präsidium der Gebietsgewerkschaft, 10.1.1935.

1607 Ebd.

mokraten zurückgesetzt. Letztere würden von den hiesigen Stellen bevorzugt, wurde moniert.¹⁶⁰⁸

Die Sorge über die in der Heimat zurückgebliebenen Verwandten nahm einen bedeutenden Teil in der Korrespondenz der Emigranten mit den sowjetischen Behörden ein. Die finanzielle Unterstützung der in Österreich lebenden Angehörigen wurde dabei ebenso angesprochen¹⁶⁰⁹ wie die Frage der Familienzusammenführung.¹⁶¹⁰ Letztere stieß auf zahlreiche Hürden und beschäftigte eine Reihe von sowjetischen Behörden.¹⁶¹¹ Zuständig hierfür waren aber schließlich die Gewerkschaften.¹⁶¹²

Wer ungebunden war, entschloss sich mitunter erst in der Sowjetunion zur Heirat und eventuell auch zur Gründung einer Familie. Doch auch die privaten Verhältnisse der Schutzbündler zogen das Interesse der Behörden auf sich. Nicht immer beobachtete man Partnerschaften zwischen Österreichern und Russinnen wohlwollend. Man sprach von »Fällen unseriöser Eheschließungen« und von materiellen Beweggründen, »weil die russischen Ehefrauen wesentlich mehr« verdienten als ihre Gatten aus der Alpenrepublik.¹⁶¹³ So konnte es auch geschehen, dass eine nach langen Mühen aus Österreich eingereiste Ehefrau oder Freundin feststellen musste, dass sie von einer Einheimischen »ersetzt« worden war. In Verruf gerieten aber auch Österreicherinnen, die angeblich häufig ihre Partner wechselten. Der Wahrheitsgehalt diesbezüglicher und anderer Anwürfe ist in Anbetracht vielfacher Denunziationen oder fragwürdiger »Geständnisse« der Betroffenen mit Vorbehalt zu beurteilen.¹⁶¹⁴ Tatsächlich aber erweckten diverse »moralische Verfehlungen« der Österreicher eine gewisse Aufmerksamkeit. Die *Deutsche Zentral-Zeitung* etwa berichtete über solche »Schweinereien«.¹⁶¹⁵

Die örtlichen Behörden und die Leiter der Betriebe empfanden die Betreuung der Österreicher beziehungsweise deren Einstellung als Arbeiter in der Regel als Belastung – nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht. Manche kritisierten

1608 RGASPI 17/120/206/31: Protokoll der Besprechung bei Michail Škirjatov, Sekretär des Parteikollegiums der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(b) [o. D.].

1609 RGASPI 495/4/331/6: Beschlussprotokoll der Politischen Kommission des Politsekretariats EKKI vom 27. Januar 1935.

1610 GARF 5451/19/585: Beschwerde der MOPR-Vorsitzenden Elena Stasova an den Sekretär der VCSPS Abolin vom 8.4.1935. Zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 28 (Dok. 13).

1611 RGASPI 539/2/666/168–169: Brief N. N. Krestinskis an den Politischen Vertreter in Wien Petrovskij, 17.5.1934.

1612 Siehe RGASPI 539/2/666/157: Brief Stasovas an Švernik vom 10.7.1934.

1613 RGASPI 17/120/206/17: Protokoll der Besprechung bei Michail Škirjatov, Sekretär des Parteikollegiums der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(b) [o. D.].

1614 GARF 10035/1/P-21403: Strafakte Gerda Hauser.

1615 Vgl. Ausführungen »Das Leben im Kollektiv« in: DÖW: Österreicher im Exil, 84–86. Deutsche Zentral-Zeitung, 21.6.1935 (DÖW-Film 128), zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 124–127.

auch deren Arbeitsleistung als mangelhaft.¹⁶¹⁶ Außerdem erwiesen sich die Ansichten der Ausländer über die Zustände in den Betrieben und zu prinzipiellen Fragen des Arbeitsablaufs als nicht selten inkompatibel mit den geltenden Regeln und den üblichen Bedingungen in den sowjetischen Fabriken. Auf wenig Gegenliebe bei den Vorgesetzten stießen auch verschiedene Verbesserungsvorschläge der Fremden, um etwa den Produktionsprozess effektiver zu gestalten. Die Betriebsleitungen waren überdies an eine devote Haltung der Untergebenen gewöhnt und darüber aufgebracht, dass die Ausländer »mit ihren Regeln in ein fremdes Kloster drängen«.¹⁶¹⁷ Die Kritik mancher Schutzbündler an den Arbeitsbedingungen ging so weit, dass sie erklärten, keinen Unterschied zwischen einer sowjetischen und einer kapitalistischen Fabrik zu sehen. Hinter solchen Aussagen witterten die Funktionäre beziehungsweise Inspektoren der VCSPS den schädlichen Einfluss sowjetfeindlicher Elemente. Im Klima einer sich ab Mitte der 1930er Jahre verschärfenden »Spionitis«¹⁶¹⁸ machte man aus aufmüpfigen Schutzbündern entweder »Agenten von Otto Bauer oder Agenten des österreichischen Botschafters«.¹⁶¹⁹

Dabei war die Kritik, die hier von den Österreichern vorgebracht wurde, nicht neu. Einmal mehr glichen diesbezügliche Äußerungen jenen der Arbeitse migranten aus früheren Jahren. Ähnliches lässt sich über die Haltung der sowjetischen Arbeiter gegenüber den vielfach privilegierten Ausländern sagen. Die »Koexistenz« verlief wohl weniger harmonisch, als die sowjetische Presse vorgab. Ratschläge zur Effizienzsteigerung fassten die einheimischen Arbeiter nicht selten als Ausdruck von Überheblichkeit auf. Obendrein konnten die »Tipps« der Ausländer, sofern sie nicht ohnehin ignoriert wurden, dazu führen, dass den Arbeitern mehr abverlangt wurde als früher. Auf diese Weise vermochten die »Neuen« keine Sympathien für sich zu gewinnen.¹⁶²⁰ Gleichzeitig bemerkten die Schutzbündler, dass »die Sowjetbürger immer versuchen, das, was sie tun, nach Möglichkeit besser und richtiger zu tun. Sie folgen dem Ausländer, und wie er es macht, so ahmen sie ihm nach ... Sie wollen moderne Menschen sein.«¹⁶²¹

1616 Die Sitzung über die Lage der Schutzbündler fand im Rahmen der Vorbereitung des entsprechenden Beschlusses des ZK der VKP(b) im Jahr 1935 statt, das Stenogramm ist nicht datiert. RGASPI 17/120/206/30: Protokoll der Besprechung bei Michail Škirjatov, Sekretär des Parteikollegiums der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(b) [o. D.].

1617 VGA, ALÖS, Mappe 140: Protokoll, aufgenommen mit Werner Nečas in Prag, 11.9.1934, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 147 (Dok. 106).

1618 Dieser Ausdruck bezieht sich auf das Phänomen übertriebener Furcht vor Spionen sowohl vor als auch während des Ersten Weltkriegs und wurde in dieser Art in Österreich verwendet.

1619 GARF 5451/19/585: Bericht des INO-Büro-Leiters Šarikov an alle Sekretäre des VCSPS über die Arbeit der Schutzbündler, 7.4.1935, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 52 (Dok. 27).

1620 Vgl. Žuralev, Sergej, V.: »Malen'kie ljudi« i »bolšaja istorija«: inostrancy moskovskogo Ėlektrozavoda v sovetskom obščestve 1920–1930 gg., Moskva 2000, 178–180, 237–238.

1621 RGASPI 495/187/1461/25–26: Kaderakte Josef Jankovsky, Kopie des Briefes [o. D., russ.].

Während einzelne Schutzbündler aufgrund übermäßigen Alkoholkonsums und augenscheinlichen Desinteresses an ihren Aufgaben in den Fabriken oder aufgrund offener Kritik an den sowjetischen Zuständen Diskussionen bei den zuständigen Sowjetbehörden auslösten, wurden Beispiele besonders erfolgreicher Integration in die Sowjetwirklichkeit Gegenstand von Propagandakampagnen. Heinz Roscher etwa führte eine mustergültige Brigade in der »Autofabrik Stalin« an, studierte an der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ), unternahm durch das ganze Land Vortragsreisen, um über die Februarereignisse in Österreich zu referieren, und wurde Delegierter des Mossovet. Frau und Sohn kamen ebenfalls in die Sowjetunion. Roscher genoss unbestrittene Autorität im Schutzbündlerkollektiv. Seine Meriten bewahrten ihn jedoch nicht vor der Hinrichtung. Roscher wurde bezichtigt, Spionage und antisowjetische Propaganda betrieben zu haben. Am 17. Mai 1938 wurde er zum Tode verurteilt. Die Exekution fand wenige Tage später statt. Roschers Familie wurde aus der UdSSR ausgewiesen.¹⁶²²

Memoiren auf Bestellung

Dass es einer politischen Umerziehung der Schutzbündler bedurfte, stand schon vor ihrer Ankunft in der UdSSR fest.¹⁶²³ Eine »perekovka« (wörtl.: Umschmieden, Neubeschlagen; im Sinne von Umerziehung) schien notwendig, ein radikaler Wechsel der Werte, wie er auch in den sowjetischen Straf- arbeitslagern praktiziert wurde.¹⁶²⁴ Doch die Inspektoren der KPÖ und der Komintern, die mit den Schutzbündlern zu tun hatten, sahen aufgrund der Gleichgültigkeit der zuständigen Behörden schließlich kaum Erfolge bezüglich der angestrebten politischen Umerziehung.¹⁶²⁵ Trotz der nicht unerheblichen Summen, die hierfür ausgegeben wurden, blieben die Ergebnisse mager. Das hinderte die Propaganda nicht daran, Fälle einer gelungenen »perekovka« entsprechend »auszuschlachten«. Zum ersten Jahrestag der Februarereignisse fuhr eine Delegation von Österreichern durch das Land und trat mit Vorträ-

1622 McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 405–409.

1623 RGASPI 539/2/666/30: Mitteilung »Einige Anmerkungen über die Schutzbündler, die zu uns geschickt wurden«, 21.4.1934.

1624 In den Beständen der Staatsbibliothek Russlands befinden sich mehrere Dutzend Titel von Lagerzeitungen mit der einheitlichen Bezeichnung »Perekovka«.

1625 GARF 5451/19/585: Bericht der KPÖ-Emissärin Lange über die Charkower Schutzbündler, o. D. [Juni 1935], zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 53 (Dok. 29).

gen über ihre Kampferfahrungen auf.¹⁶²⁶ Erzählungen über die eigene »perekovka« und Bekenntnisse zum Sozialismus sowjetischer Prägung waren ebenfalls gefragt.

Die aufrichtige Begeisterung über die Verhältnisse in der Sowjetunion, die vor allem aus den Beobachtungen der ersten Phase des Aufenthalts herrührte¹⁶²⁷, wurde in propagandistische Artikel und Broschüren »umgeschmiedet«. Bei Durchsicht solcher Publikationen, deren Autorenschaft den Schutzbündlern zugeschrieben wird, kommen jedoch ernsthafte Zweifel auf, ob die betreffenden Autoren die Werke tatsächlich selbst verfasst haben. Zumindest dürften einzelne Textteile von anderen geschrieben oder bearbeitet worden sein. So werden Erzählungen über die Februarkämpfe von Einschüben über den »Verrat der Sozialdemokraten« und über den »Weitblick der Kommunisten« ergänzt.¹⁶²⁸ Gewissermaßen obligatorisch waren nachfolgende Floskeln: »Der Großteil der Genossen, welche die Grenze überschritten haben, darunter auch ich, kamen in die UdSSR, um hier unmittelbar am Aufbau des sozialistischen Staates teilzunehmen und sich auf die zukünftigen und bald bevorstehenden Kämpfe für ein sowjetisches Österreich, für einen Weltoktober vorzubereiten.«¹⁶²⁹

In Übereinstimmung mit der Märzresolution der Komintern über den Aufstand in Österreich bekannten die Autoren der Schutzbündlermemoiren einträchtig, dass sie im Februar 1934 auf ihre eigene Gefahr und ihr eigenes Risiko

1626 RGASPI 495/4/328, 5: Beschlussprotokoll der Politischen Kommission des Politsekretariats EKKI vom 11.1.1935.

1627 Anfang Oktober 1936 kam der Schutzbündler Josef Jankovsky nach einem längeren Aufenthalt in der Tschechoslowakei nach Moskau. Hier sind Auszüge seines ersten Briefs: Nach einer Aufzählung aller Speisen, mit denen man ihn bei der Ankunft bewirtete (»keine Spur vom bekannten Hunger«), brachte man ihn ins Hotel. »Ich könnte sofort zur Erholung in ein Sanatorium auf der Krim oder im Kaukasus fahren. Doch ich habe das abgelehnt, um schneller an die Arbeit gehen zu können und damit meine Frau etwas schneller herkommen kann.« Weiters ein Panorama des neuen Lebens in der UdSSR: »Das, was hier gemacht wird, ist einfach erstaunlich. Gigantische Pläne werden hier Wirklichkeit [...] Die Straßen werden auf 64 Meter Breite [...] ausgebaut. Der Moskaufluss wird so verbreitert, dass darauf Dampfschiffe von 200 bis 300 Tonnen von Moskau bis zum Meer und von dort direkt in die USA fahren können. Der Verkehr ist hier so, dass ich so gar nicht weiß, womit man ihn vergleichen soll. Hier ist nachts – gleichgültig zu welcher Zeit, mehr Verkehr als in Wien um 12 Uhr mittags. Ich wundere mich einfach, wie das alles geregelt wird, ohne Säbel, ohne Fluchen usw.« – RGASPI 495/187/1461/25: Kaderakte Josef Jankovsky. Die Briefkopien schickte die Ehefrau Jankovskys von Brünn aus an die Vertretung der KPÖ beim EKKI als Beweis für die Unschuld ihres Mannes. Bereits einen Monat nach seiner Ankunft wurde Jankovsky verhaftet. Ihm wurde zur Last gelegt, dass er einen Brief von Gerhard Pollak, der als Trotzkiist galt, mit sich trug. – Am 22. Juni 1937 erhielt Jankovsky fünf Jahre Lagerhaft, am 29. April 1938 wurde er im Lager Dal'stroj zum Tod durch Erschießen verurteilt. RGASPI 495/187/1461, 1: Kaderakte Josef Jankovsky.

1628 Siehe Rošer, Gejnc [Roscher, Heinz]: Boi v Floridsdorfe, Moskva 1935. Vgl. Roscher, Heinz: Die Februarkämpfe in Floridsdorf, Basel 1934. Govorjat bojcy avstrijskich barrikad, Moskva 1935.

1629 Internacional moloděži, Nr. 7, 1934, 21 (Cartel', Franc [Zartl, Franz]: Marš ›47◀).

gehandelt und keinerlei Anweisungen »von oben« erhalten hatten. Sie waren nicht bereit gewesen, die »nötige Härte und Schonungslosigkeit« an den Tag zu legen. In der Sowjetunion aber bekam man endlich die richtigen Anweisungen: »Wir lernen nun von den russischen Bolschewiki und ihren Führern, wie man eine siegreiche proletarische Revolution organisieren muss.«¹⁶³⁰ Fixer Bestandteil der Schutzbundliteratur war freilich auch eine überschwängliche Begeisterung über das »Aufbauwerk« des »Sozialismus«: »Das, was wir gesehen hatten, zwang uns dazu, uns für unsere Unwissenheit zu schämen. Vor uns standen erstklassige Industriebetriebe, ausgestattet mit der neuesten modernen Technik, vor uns eröffnete sich das Wesen des Sozialismus.«¹⁶³¹ Wer sich einen kritischen Geist bewahrt hatte, mochte sich angesichts solcher Charakterisierungen der sowjetischen Lebensumstände fragen, ob hier tatsächlich von der UdSSR die Rede sein konnte.

Doch für die Mehrheit der Leser der Schutzbündlerliteratur, die in Verlagen der Partei, des Komsomol und der Gewerkschaft erschien, war anderes wichtiger: Die Sicht von außen, das Urteil von »Klassenbrüdern« aus dem Ausland. Die Lobeshymnen der österreichischen Proletarier auf die Sowjetunion wirkten motivierend auf die Einheimischen – motivierender wahrscheinlich als die hausgemachte Propaganda, deren Duktus man schon kannte. Dass es auch in den Texten der Österreicher nicht »ehrlicher« zugeht, tat dem Erfolg dieser Form der Propaganda keinen Abbruch. Dass die betreffenden Aussagen von Ausländern stammten, suggerierte Objektivität qua Möglichkeit eines Vergleichs, der den Genossen aus der Fremde zumindest in diesem Kontext zugestanden wurde. Sogar offensichtliche Schwächen gereichten in den Darstellungen der Schutzbündler den Sowjetbürgern zum Vorteil. Hier brauchte man eben keine prunkvoll drapierten Schaufenster wie im Westen. Hier konzentrierte man sich sozusagen auf das Wesentliche.¹⁶³²

Manchen Erzählungen der Schutzbündler merkt man an, dass in den Begegnungen mit Einheimischen heikle Themen angesprochen worden waren, die eines Korrektivs bedurften. So berichtete ein Österreicher: »In Moskau, im Betrieb Elektrozavod, fragte mich ein Arbeiter, warum wir, trotz der Arbeitslosigkeit in Österreich, gut aussehen und gut gekleidet sind. ›Alles, was du an mir siehst‹ – erklärte ich ihm – ›hat man mir in der UdSSR geschenkt. In der Tschechoslowakei hat man für uns auch irgendwelche Sachen gesammelt. In Moskau wurden wir dann auch aufgefüttert.«¹⁶³³

1630 Rošer: Boi, 131, 135–137.

1631 Rošer: SSSR, 44.

1632 Ebd., 45.

1633 Barrikady v Avstrii. Rasskazy rabočich-šucbundovcev, Moskva 1935, 162.

Das Buch mit den Erzählungen der Schutzbündlerkinder, das sich an sowjetische Pioniere wandte, hielt den Auflagenrekord.¹⁶³⁴ Darin findet sich die Standardversion der Februarereignisse ohne jegliche Anpassung an das Alter der Leser: »Als die Faschisten begannen, den Schutzbund zu entwapfen, versuchten die sozialdemokratischen Führer mit allen Mitteln die Arbeiter von einem entschlossenen Vorgehen abzuhalten und riefen zu Ruhe und Demut auf.«¹⁶³⁵ Der Sammelband mit Erzählungen über Halbwüchsige, die heldenhaft ihren kämpfenden Vätern halfen, war voll von Gefechtsszenen und drastischen Eindrücken. Geschildert wurde unter anderem der Tod eines kleinen Mädchens namens Karoline, das ein Gewehr auf die Barrikaden schleppte und von »Heimwehrrfaschisten« erschossen wurde.¹⁶³⁶

Die sowjetischen Leser, begeistert vom Heroismus der kleinen Österreicher, sollten gleichzeitig Mitgeföhl mit ihnen haben wegen deren angeblich niedrigen Kulturniveaus (»Keines von den Kindern hat jemals eine Oper gehört«) und wegen vorhandener Reste eines »bourgeois Individualismus«. ¹⁶³⁷ Doch die »heilsame Luft« des Sozialismus, so die Überzeugung der Sowjetfunktionäre, würde die »perekovka« zum vollen Erfolg führen.¹⁶³⁸

Die Briefe der Kinder in ihre Heimat wurden sorgfältig überprüft, bevor sie nach Österreich abgeschickt wurden. In einigen Fällen übernahmen das Schreiben gleich die Erzieher selbst. Die »kapitalistische Welt« hatten die Kinder hinter sich gelassen. Jetzt versetzten sie »alle großartigen Einrichtungen, die sie umgeben« in Staunen.¹⁶³⁹ Die kleine Pepi Friedländer schrieb ihrer Großmutter: »Wenn euch der Priester von seiner Kanzel sagt, dass hier in der

1634 Smirnov, Elisar: Est' na svete Moskva! (Rasskazy junych ščubundovcev). Serija »Besedy u kostra«, Moskva 1935. Auflage 50 000. Die anderen Broschüren über die Februarkämpfe und die Schutzbündler erschienen in der UdSSR mit einer Auflage von 20 000 bis 30 000 Exemplaren.

1635 Ebd., 8.

1636 Davon, dass Kinder aus Arbeiterfamilien den Aufständischen halfen, zeugen auch Archivmaterialien: Einer der in die UdSSR gekommenen österreichischen »Pioniere«, Leopold Kubatschek, erzählte bei einem Verhör 1941, dass er während des Februaraufstandes Patronen herangeschafft hatte und zwei Tage inhaftiert gewesen war. GARF 10035/1/P-23949, 11: Strafsakte Leopold Kubatschek. Leopold Stangel schrieb in einem ausführlichen Lebenslauf, bevor er in den Spanischen Bürgerkrieg geschickt wurde: »Vier Burschen von 14 Jahren haben uns immer Munition gebracht von der Gartenstadt. Die Munition haben sie in Säcken auf dem Rücken herangeschleppt. Die Burschen wollten auch Gewehre haben, wir konnten ihnen aber keine geben, weil wir nicht wussten, ob sie damit umgehen können. Die Kinder haben die Gaslaternen und die Bogenlampen mit Steinen zusammengeschlagen. Das haben sie im größten Feuer gemacht. Einer hat sich sogar die Hände verbrannt. Auf einen von ihnen wurde geschossen. Er ist heruntergesprungen und hat dem Militär ganz einfach den Hintern gezeigt. Angst hatten diese Kerle nicht.« RGASPI 495/187/2683, 31: Kaderakte Leopold Stangel [dt.].

1637 Bajes, Fric [Beyes, Fritz]: Deti ščubundovcev v Sovetskom Sojuze, Moskva 1935, 15–16.

1638 RGASPI 539/3/270, 28: Briefwechsel von MOPR mit Schutzbündlern 1935.

1639 Bajes: Deti, 14. Fritz Beyes war pädagogischer Leiter des Kinderheims Nr. 6, in dem die Schutzbündlerkinder untergebracht waren.

Sowjetunion die Menschen hungern und in Armut leben, dann zeigt ihm diesen Brief und er möge sich vor Zorn auf die Zunge beißen.«¹⁶⁴⁰

Rückkehrer und Opfer des Terrors

Bis 1941 kehrten 220 emigrierte Schutzbündler, die auf verschiedene Städte der Sowjetunion verteilt gewesen waren, nach Österreich zurück. Ungefähr genauso viele wurden nach Berechnungen österreichischer Historiker von sowjetischen Organen der Staatssicherheit repressiert.¹⁶⁴¹ Etwa 30 wurden erschossen. Die genaue Zahl der im Gefängnis oder Lager Umgekommenen lässt sich nicht eruieren, dürfte aber angesichts der dort üblichen Arbeits- bzw. Lebensbedingungen hoch gewesen sein. Wahrscheinlich überlebten nicht mehr als 10–15 Prozent. 160 meldeten sich zu den »Internationalen Brigaden« nach Spanien. 46 Schutzbündler lieferte der NKVD zwischen 1939 und 1941 an die Gestapo aus.¹⁶⁴²

Jene, die aus freien Stücken die Rückfahrt in die Heimat antraten, litten an Heimweh und/oder waren enttäuscht von den Lebensumständen in der Emigration. Nicht alle verstanden die Unzufriedenheit dieser »Heimkehrer«. Die Frau eines Schutzbündlers schrieb einer Freundin in Österreich: »Man muß sehr sparsam sein, und die täglichen Schwierigkeiten im Betrieb durch die Sprachunkenntnis, die unterschiedliche Kultur und durch die Bürokratie, die hier auch noch sehr stark ist. Darum die vielen Heimfahrer, denn sie haben geglaubt, es fliegen ihnen die gebratenen Tauben ins Maul, und mitmachen brauchen sie gar nichts.«¹⁶⁴³ Auch gab die Verfasserin des Briefes zu bedenken, dass etliche Frauen heimkehrten, weil sie »nicht arbeiten wollen«. Man könne hier aber nicht das Auslangen finden, wenn nur ein Ehepartner arbeite, weil alles so teuer sei. Außerdem gab sie ihrer Hoffnung Ausdruck, eine entsprechende Wohnung zugeteilt zu bekommen. Immerhin, so meinte sie, müssten die entsprechenden Behörden doch verstehen, dass »wir von einem Kulturland gekommen sind«.¹⁶⁴⁴

1640 Smirnov: Est' na svete Moskva!, 63.

1641 McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstatin, 341. Siehe auch: Makloglin, B.: Butovo: avstrijskie žertvy stalinskogo terrora, in: Butovskij poligon, Vypusk 5, Moskva 2001, 5.

1642 McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 344.

1643 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/gen, Karton 4974, Zl. 370.410/G.D./35: Brief einer Frau eines Schutzbündlers, Katrine S., an eine befreundete Familie in Linz, 27.10.1935, zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 95 (Dok. 60).

1644 Ebd.

Otto Müller und Josef Seitlinger aus Leningrad waren die ersten Heimkehrer unter den Schutzbündlern. Beide erklärten gegenüber der österreichischen Vertretung in Moskau, dass Genossen sie aufgrund ihres Ausreisewunschs verfolgten und ihnen mit Rache drohten. Der österreichische Gesandte in Moskau, Heinrich Pacher, veranlasste die Einrichtung eines Nachtquartiers im Gebäude der österreichischen Vertretung, um die Männer vor Übergriffen zu schützen.¹⁶⁴⁵ Schlussendlich gab das Politbüro des ZK der VKP(b) die Zustimmung für die Ausreise von Müller und Seitlinger.¹⁶⁴⁶ Dass sich die »Heroen des Februar« an den »Klassenfeind« um Hilfe wandten, verschwieg die russischsprachige Presse. Die Rückkehr von Schutzbündlern nach Österreich wurde nicht zum Thema gemacht.

Die Vertretung der KPÖ in Moskau und die Aktivisten des Schutzbundkollektivs ergriffen Maßnahmen gegen die Heimkehrwilligen: Sie stellten das Gebäude der österreichischen Vertretung in Moskau unter Beobachtung. Sobald der Besuch durch die eine oder andere Person bekannt wurde, begann deren »Durcharbeitung« – in einer Reihe von Fällen bedeutete das nichts Anderes, als dass man die Betroffenen verprügelte. Doch nicht einmal die Aussicht, in Österreich verhaftet und gerichtlich verurteilt zu werden, hielt die Rückkehrwilligen von ihrem Entschluss ab.¹⁶⁴⁷ Langwierig drohte indessen jene Prozedur zu werden, die es den russischen Ehefrauen der Schutzbündlern ermöglichen sollte, ihre Männer zu begleiten.¹⁶⁴⁸

Jede Abreise eines ehemaligen Schutzbündlers verursachte eine Kettenreaktion unter den Genossen, die in der Sowjetunion verblieben. Als Hauptübel erachteten die Sowjetfunktionäre aber etwas Anderes: Einige der »Rückkehrer«

1645 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, F47, Russland, Karton 389, Zl. 202.209: Brief des österreichischen Gesandten in Moskau Pacher an das Bundeskanzleramt über die Stimmungsmache im Moskauer Schutzbündlerkollektiv gegen Müller und Seitlinger, 5.7.1934. Ebd.: Protokoll, aufgenommen mit Otto Müller und Josef Seitlinger auf der österreichischen Gesandtschaft in Moskau, 29.6.1934. Beide Dokumente zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 143f. (Dok. 103 und 104).

1646 »Die Ausgabe der Ausreisevisa an die zwei Schutzbündler ist zu genehmigen mit der Kalkulation, dass sie noch heute abfahren können.« RGASPI 17/162/16/111: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 10 vom 15.7.1934, Beschluss vom 29.6.1934, P. 49/31 »Über die Schutzbündler«.

1647 McLoughlin / Schafranek / Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 288.

1648 In den Untersuchungsakten einiger Österreicher – Opfer des Großen Terrors – sind Kopien von Merkblättern aufbewahrt, die sie in der Gesandtschaft erhalten hatten. Darin heißt es: »Sowjetbürgerinnen, die österreichische Bundesbürger ehelichen, haben mit der Eheschließung die österreichische Bundesbürgerschaft erworben; sie behalten jedoch nach dem Sowjetrecht die Sowjet-Staatsbürgerschaft und werden erst dann auch von den Sowjetbehörden als österreichische Bundesbürgerinnen angesehen, wenn sie aus dem Sowjetstaatsverbände entlassen werden.« Die Dauer für die Erledigung aller Formalitäten für die Überführung der russischen Ehefrau in die österreichische Staatsbürgerschaft wurde im Merkblatt mit fünf bis sieben Monaten angegeben, was der ganzen Prozedur keine Beliebtheit verlieh. Einige Österreicher zogen dem langen Warten das leise Verschwinden bei »Nacht und Nebel« vor. GARF 10035/2/28483; Strafakte I. Waldmann.

stellten sich in den Dienst der antisowjetischen Propaganda in Österreich. Die Kritik der Remigranten am Sowjetsystem fiel mitunter dermaßen drastisch aus, dass sogar österreichische Diplomaten an der Aufrichtigkeit solcher Anwürfe zweifelten.¹⁶⁴⁹

Der Höhepunkt des Rückkehrerstroms wurde im Sommer 1935 erreicht. Die betreffenden Organe des NKVD erstatteten der Führung genauestens Bericht darüber. Das Politbüro fasste den Beschluss, den Heimkehrwilligen keine Hindernisse in den Weg zu stellen. Gleichzeitig wurden der Sekretär des ZK der VKP(b) Ežov und der erste Stellvertreter des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Agranov angewiesen, »die Lage der Schutzbündler in der UdSSR von der materiellen Seite, als auch von der Seite ihrer politischen Betreuung aus« zu prüfen.¹⁶⁵⁰

An dieser Überprüfung beteiligten sich die Parteikontrollkommission (KPK) beim ZK der VKP(b), der NKVD, Vertreter einer Reihe von Ministerien aus dem Bereich der Industrie und des VCSPS. Der an Stalin gerichtete Resolutionsentwurf zu den Ergebnissen legte verschiedene Versäumnisse offen.¹⁶⁵¹ Es fehlte aber freilich nicht an den »Mantren« der an Worthülsen reichen sowjetischen Amtssprache. Die Verantwortung für das Fiasko lastete man voll und ganz den örtlichen Behörden an, wobei Charkow besonders hervorgehoben wurde. Dort »war die politisch-erzieherische Arbeit mit den Schutzbündlern vollkommen an gänzlich ungeprüfte, politisch ungebildete Personen übergeben worden, unter denen fremde Leute entdeckt wurden«. Man meinte damit Spione und »faschistische Elemente«, die mit dem »österreichischen Konsul« in Verbindung stünden und erfolgreich konterrevolutionäre Agitation unter den heimgekehrten Schutzbündlern geleistet hätten. Wenngleich die Schutzbündler nicht pauschal zu »Faschisten« gemacht wurden¹⁶⁵², sollten sie keineswegs idealisiert werden. Rund zehn Prozent von ihnen gehörten dem »Lumpenproletariat« an, seien unfähig zu arbeiten und an Disziplin nicht zu gewöhnen: »Viele von ihnen machen sogar kein Hehl daraus, dass ihnen die Arbeit in der Fabrik lästig ist und sie auf verschiedene Arten versuchen, sich vor der Arbeit zu drücken.«¹⁶⁵³

1649 ÖStA/AdR, NPA, RS 15, 47 PS Russland, Zl. 121.786: Schreiben des österreichischen Gesandten in Moskau Pacher an das Bundeskanzleramt über Karl Weninger, 18.2.1936; zit. in: DÖW: Österreicher im Exil, 163.

1650 RGASPI 17/162/18/120: Sondermappe, Politbüro des ZK der VKP(b), Protokoll Nr. 32 vom 31.7.–31.8.1935, Beschluss vom 22.8.1935, P. 308 »Über die Schutzbündler«.

1651 RGASPI 17/120/206/1–3: Resolutionsentwurf [o. D.].

1652 RGASPI 17/120/206/20: Protokoll der Besprechung bei Michail Škirjatov, Sekretär des Parteikollegiums der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(b) [o. D.].

1653 RGASPI 17/120/206, 41: Bericht Šverniks an Andreev und Škirjatov über die Arbeit mit den Schutzbündlern, 23.10.1935.

Selbstverständlich befanden sich die Schutzbündler nicht nur unter der engmaschigen Kontrolle der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, sondern auch der sowjetischen Staatssicherheitsorgane.¹⁶⁵⁴ Jenen, die in den Hotels wohnten, spionierten sogar die Zimmermädchen hinterher. Der NKVD erfuhr auf diese Weise zum Beispiel, dass im Mistkübel eines Schutzbündlers ein Foto Stalins gefunden worden war, dessen Konterfei man während eines Trinkgelages mit einem Korken ein Loch in die Stirn gebohrt hatte.¹⁶⁵⁵ Den allgegenwärtigen Staatssicherheitsorganen, die über einen riesigen Apparat von »geheimen Mitarbeitern« verfügten, blieb buchstäblich nichts verborgen. Sie wussten auch, dass der mit dem Kindertransport angereiste Leopold Kubatschek sich mit dem Sohn eines Mitarbeiters der österreichischen Gesandtschaft traf und von diesem ausländische Zigaretten bekam.¹⁶⁵⁶ Ausspioniert wurden die Schutzbündlern aber auch von den eigenen »Genossen«.¹⁶⁵⁷

Das gesammelte »Kompromat« (kompromittierendes Material) wurde im Sommer 1937 angefragt, als im ganzen Land »Massenoperationen« liefen, die unter anderem gegen in der UdSSR lebende Emigranten gerichtet waren. Als spezifisches Merkmal ist der Gruppencharakter der Beschuldigungen hervorzuheben: Es war von Spionagenetzwerken oder von einer Organisation konterrevolutionärer Verschwörer die Rede. Diese Zuteilung zu ganzen »Tätergruppen« schlug sich auch bei den Verhaftungen der Schutzbündler

1654 Schafranek: Kinderheim Nr. 6, 67.

1655 Dieses Sujet wiederholt sich in einigen Geheimdienstberichten. Man kann annehmen, dass das erfolgreiche Muster des »Kompromats« (kompromittierendes Material) in der Folge von anderen »Seksooty« (sekretnye sotrudniki = geheime Mitarbeiter) kopiert wurde.

1656 Nach dem Schulabschluss arbeitete und lebte Kubatschek im Hotel »Sovetskaja«. Er wurde am 10. September 1941 verhaftet und als »sozial gefährliches Element« zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. GARF 10035/1/P-23949.

1657 Einer der Leiter des Nachrichtendienstes des Schutzbundes, Karl Wagner, der Ende 1935 in die UdSSR gekommen war, stellte einige umfangreiche Manuskripte zusammen, welche die militärpolitische, nachrichtendienstliche und konspirative Tätigkeit der SDAPÖ und der KPÖ bis und nach den Februarereignissen beleuchtete. Unter den Manuskripten, die eindeutig auf Initiative der Führung der KPÖ und Komintern zusammengestellt wurden, sind: »45 Jahre SPOe und Jetzt ... Bekenntnis eines Sozialdemokraten«; »Bericht über meine Grenzätigkeit« usw. RGASPI 495/187/2888, 2. Teil: Kaderakte Karl Wagner. In welchem Ausmaß seine Erfahrung in den Militärschulen der Komintern gefragt war, ist schwer zu sagen, doch Wagner nützte sie selbst aktiv, als er seine Genossen – die Schutzbündler in Moskau – ausspionierte. Er berichtete regelmäßig über deren Stimmungen sowohl an die Vertretung der KPÖ als auch an seinen »Betreuer« im NKVD. Schließlich kam es zum offenen Eklat mit einer Gruppe von Schutzbündlern, die im Hotel »Balčug« lebten: Ein Teil des Kollektivs forderte, den offensichtlichen »Sekso« an die Wand zu stellen. Zunächst setzte sich die Leitung der Komintern für ihn ein. Später ließ man ihn fallen. McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 310–316. Nach Ansicht Wagners betrachtete die Vertretung der KPÖ seine Zusammenarbeit mit dem NKVD als Provokateurstätigkeit, weshalb er den Status eines Politemigranten und die Unterstützung von Seiten der MOPR verlor. RGASPI 495/187/2888, 1. Teil, 251 und 254; Kaderakte Karl Wagner.

nieder¹⁶⁵⁸ und erleichterte es den ausführenden Kräften, die vorgegebenen Zahlen an Verhaftungen zu erreichen.

Der Status der Schutzbündler oder der Politemigranten bot keinen Schutz vor den Repressionen. Hinsichtlich der konkreten Konsequenzen erwies sich die Frage der vorhandenen Personaldokumente als entscheidend. Die Mehrheit der Österreicher hatte eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, die den Reisepass, der den Schutzbündlern abgenommen worden war, ersetzte. Sie galten als Ausländer. Die meisten wurden aber wegen Spionage angeklagt und unter Hinweis auf fehlende Pässe schließlich sowjetischen Bürgern gleichgestellt.¹⁶⁵⁹ Unter diesen Umständen war es möglich, die Todesstrafe auszusprechen. Ungefähr dreißig der 220 verhafteten Schutzbündler wurden erschossen, die überwältigende Mehrheit in Butovo bei Moskau.¹⁶⁶⁰ Wer »schuldig« oder »unschuldig« war, wer hingerichtet wurde und wer mit dem Leben davon kam – das hing allerdings kaum vom tatsächlichen »Tatbestand« ab. »Beweise« wurden bei Bedarf gefälscht. Auch der erste österreichische Gesandte in der Sowjetunion, Otto Pohl, der so viel für das Zustandekommen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern getan hatte, galt nach seiner Abreise aus der UdSSR plötzlich als Leiter eines Agentennetzes des österreichischen Geheimdienstes. Die Redaktion der von ihm geleiteten Zeitung *Moskauer Rundschau* hatte er diesen Anschuldigungen zufolge benützt, um konspirative Treffen abzuhalten.¹⁶⁶¹

Im April 1938 hörten die Massenverhaftungen auf. Todesurteile wurden aber nichtsdestoweniger bis zur Absetzung Ežovs vom Posten des Volkskommisars für Inneres im November vollstreckt. Für die, die sich nach dieser Zäsur immer noch in Haft befanden, begann eine neue Phase der Untersuchung – ohne Anschuldigung wegen Spionage und ohne Misshandlungen. Doch die Terrormaschinerie arbeitete auf ihre Art weiter. Die operativen Mitarbeiter

1658 McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 239–242; Golovkova, Lidia: Špionaž na veršinach, in: Butovskij poligon, Vypusk 6, Moskva 2002, 42–54.

1659 Siehe Vatlin, Alexander: In den Fängen der Bürokratie: deutsche Emigranten in der UdSSR am Vorabend des »Großen Terrors«, in: Totalitarismus und Demokratie 2011, H.1, 37.

1660 Solange die Schutzbündler noch als bewaffnete Kämpfer gegen den »Austrofaschismus« angesehen wurden, zählten die NKVD-Leute sie nicht zu den Agenten des österreichischen Geheimdienstes. Sie wurden zu Spionen anderer Staaten gemacht, vor allem Deutschlands. Alex Berendi, der Nationalität nach Ungar, »gestand«, dass er während seines Aufenthaltes im Lager in der Tschechoslowakei angeworben worden war. Nachdem er in die Autofabrik »Stalin« gekommen war, sammelte er angeblich nicht nur Spionageinformationen für den tschechischen Geheimdienst, sondern betrieb auch Sabotage, indem er der Karosserie neuer Autos verschiedenen Metallschutt bemengte. Der Ungar erhielt in jenen Monaten die Todesstrafe, als die Terrormaschinerie auf Hochtouren lief: Verhaftung am 21. März 1938, zwei Verhöre und bereits nach einer Woche wurde sein Untersuchungsakt der »Dvojka« – der Kommission Ežovs und Vyšinskij's – zur Prüfung übergeben, die Tausende und Abertausende zur Erschießung schickte. GARF 10035/1/P-65238. Strafakte Alex Berendi.

1661 GARF 10035/1/P-25702. Strafakte Felix Frankl.

der Staatssicherheit notierten zwar die Widerrufe der herausgepressten Geständnisse, verfassten gleichzeitig aber neue Anschuldigungen – nun wegen »antisowjetischer Agitation«. Dafür benötigte man Zeugenaussagen – in der Regel von Arbeitskollegen des Beschuldigten. Diese waren schon allein durch die Vorladung vor den NKVD eingeschüchtert. Was sie aussagten, musste lediglich »richtig« interpretiert werden. »Antisowjetisches« ließ sich dann leicht ausmachen. Manchmal waren keine allzu abenteuerlichen Erfindungen oder Ausschmückungen notwendig. Der Schutzbündler Ferdinand Flucher, seit 1934 Mitglied der KPÖ, der als Tapezierer in der Autofabrik »Stalin« arbeitete, wies zwar die Beschuldigung, wonach er vom italienischen Geheimdienst angeworben worden war, zurück.¹⁶⁶² Kritische Aussagen über das sowjetische System hatte er aber zweifellos gemacht. Diesen Umstand stritt er auch nicht ab. So hatte der Österreicher bei der Senkung der Arbeitstarife erklärt, keinen Unterschied zwischen einem kapitalistischen und einem sowjetischen Unternehmen zu erkennen: »Dort wie hier quetscht man die letzten Kräfte beim Arbeiter heraus, zwingt ihn mehr zu arbeiten, zahlt aber weniger als früher. Im Ausland rufen die kommunistischen Zeitungen die Arbeiter zum Protest, zum Streik auf, wenn der Unternehmer den Lohn der Arbeiter verringert, aber hier in der Sowjetunion schweigen alle Zeitungen.«¹⁶⁶³ Unmissverständlich waren auch seine Kommentare zum Terror: »Als die Verhaftungen der Ausländer, der Schutzbündler, begannen, sagte ich, dass die Sowjetmacht viele unschuldige Leute verhaftet. Es kann nicht sein, dass alle Ausländer Volksfeinde waren.« Flucher erhielt fünf Jahre Lagerhaft, dann wurde er aus der UdSSR ausgewiesen.¹⁶⁶⁴

Einige wenige, die die Ežovščina überlebten, erhielten später die Chance, ihre Unschuld zu beweisen und kamen frei.¹⁶⁶⁵ Im Fall des Schutzbundfunktionärs Armand Weiss¹⁶⁶⁶, der im März 1938 verhaftet worden war, erfolgte Anfang 1939 die Wiederaufnahme der Untersuchungen.¹⁶⁶⁷ Zur Gerichtsverhandlung am 15. Jänner 1940 erschien der Vertreter der KPÖ beim EKKI Ernst Fischer persönlich – ein einzigartiger Vorfall. Seine Bürgschaft und

1662 Flucher wurde am 23.10.1938 verhaftet. GARF 10035/2/30124: Strafsakte Ferdinand Flucher, Verhörprotokolle vom 28.10., 15.12. und 19.12.1938.

1663 Ebd.

1664 Ebd. Vgl. McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 384.

1665 Vgl. z. B. Josef Leitner, verhaftet im März 1938, kam zwei Jahre später frei. Eine Rehabilitierung erfolgte jedoch nicht. Leitner verlor Wohnung und Arbeit. In seinen Briefen an Dimitrow schilderte er seine daraus resultierende nervliche Zerrüttung. Mit Hilfe der Vertretung der KPÖ wurde Leitner in die Stadt Ordžonidzeград im Gebiet Brjansk geschickt, wo er als Lehrer arbeitete. RGASPI 495/187/1039/59: Kaderakte Josef Leitner.

1666 Weiss war der hochrangigste Schutzbundfunktionär in der sowjetischen Emigration.

1667 GARF 10035/1/ P-8119. Strafsakte Armand Weiß.

auch die Aussagen anderer KPÖ-Mitglieder führten dazu, dass der Staatsanwalt darauf verzichtete, die Anklage aufrechtzuerhalten. Weiß wurde freigelassen.¹⁶⁶⁸

Während Weiß von der Intervention der KPÖ profitierte, hatten Kommentare österreichischer Kommunisten eher negative Folgen für das Schicksal von Ludwig Birkenfeld. Der Ökonom und Doktor der Wirtschaftswissenschaften galt als einer der anerkannten Theoretiker des linken Flügels der SDAPÖ, war mit Otto Bauer bekannt und schrieb 1931 ein Buch über die Erfolge des ersten Fünfjahresplans in der UdSSR. In Moskau leitete Birkenfeld eine Agitationsbrigade der Schutzbündler, die ein Stück über die Februarkämpfe vorführte, und er studierte an der Akademie der Wissenschaften. Er wurde am 24. Februar 1938 verhaftet. Die Untersuchungen liefen anderthalb Jahre. Man kann annehmen, dass eine negative Charakteristik zu seiner Person aus der Kaderabteilung der Komintern eine entscheidende Rolle für sein weiteres Schicksal spielte, da sie im Untersuchungsakt enthalten ist. Den Behauptungen der betreffenden Stellen der KI nach, die sich auf die Meinung der KPÖ-Führung stützte, war und blieb Birkenfeld ein Sozialdemokrat.¹⁶⁶⁹

Rekordhalter hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in der Untersuchungshaft waren die Arbeiter der »Ersten Kugellagerfabrik« in Moskau Anton Rechberger und Ferdinand Eygruber, die ihr Urteil erst im Dezember 1940 erhielten. Ersterer verfasste im Zeitraum von zweieinhalb Jahren Haft mehr als 50 Briefe, in denen er seine Unschuld beteuerte.¹⁶⁷⁰ Dass er ein Protokoll mit der Widerrufung der »Geständnisse« aus der Ežov-Zeit unterschreiben durfte, blieb ohne positive Folgen. Man vergaß ihn ganz einfach. Damit erging es ihm ebenso wie vielen anderen Inhaftierten. Rechberger, Kommunist seit 1920, beschwerte sich schließlich darüber, dass man »einen leidenschaftlichen Anhänger des Sowjetsystems« gemeinsam mit »Volksfeinden« festhielt und bereits mehr als ein Jahr seit seinem letzten Verhör vergangen war. Er starb 1942 als GULag-Häftling. Eygruber hingegen, völlig enttäuscht von den kommunistischen Idealen, betonte in seinen Erklärungen, dass er mit dem »Anschluss« deutscher Staatsbürger geworden war, und forderte die sofortige Abreise nach Deutschland.¹⁶⁷¹

1668 Ebd.

1669 GARF 10035/2/30382: Strafsakte Birkenfeld. Birkenfeld erhielt acht Jahre Lagerhaft, sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

1670 GARF 10035/2/29754: Strafsakte Anton Rechberger, Karl Hübsch und Ferdinand Eygruber. Brief vom 4.1.1940 an den Volkskommissar für Inneres Berija.

1671 Ebd., Erklärung an die Untersuchungsabteilung des UNKVD der Stadt Moskau vom 3. August 1940. Zum Fall Eygruber siehe auch McLoughlin/Schafranek/Szevera: Aufbruch, Hoffnung, Endstation, 383–385.

Die ersten Kontakte mit den Schutzbündlern hatten sowjetische Diplomaten zur Überzeugung gebracht, dass »wir es mit sehr gutem Menschenmaterial zu tun haben«, das seinen Platz im Prozess des Aufbaus des Sozialismus finden würde.¹⁶⁷² Doch die »perekovka« fand in vielen Fällen entweder gar nicht statt oder sie war schließlich unerwünscht oder aber irrelevant. Selbst Beispiele einer erfolgreichen Integration der Österreicher und eines systemkompatiblen »Enthusiasmus«, am »Aufbauwerk des Sozialismus« mitzuwirken, blieben für das Terror-Regime mit seinen willkürlichen Bewertungen unerheblich.

1672 RGASPI 539/2/666/166.

Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der »Anschluss«-Problematik 1933/34–1938

»Wenig tröstliche Zukunftsperspektiven ...« – die sowjetischen Einschätzungen zum Dollfuß-Regime

Als in Österreich im März 1933 Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das parlamentarische System aushebelte, den Zusammentritt des Nationalrats mit polizeilicher Gewalt verhinderte und per Ermächtigungsgesetz regierte, war dies in den Augen Moskaus nur ein weiterer Schritt in der »Faschisierung« des Staates und die Fortsetzung einer längst begonnenen Entwicklung: In der kommunistischen Sichtweise griff die »Bourgeoisie« zu immer schärferen Mitteln im Kampf gegen die Arbeiterklasse, während die sozialdemokratischen Führer die Arbeiter mit »linken Phrasen« von »revolutionären Auftritten« abhielten. So bewertete Anfang 1934 auch der Erste Sekretär der sowjetischen Gesandtschaft Pavel Nekundé im Bericht an das NKID zusammenfassend die Ereignisse des Jahres 1933.¹⁶⁷³

Für die Komintern hatte sich in Österreich bereits im September 1929 die »Errichtung der faschistischen Diktatur« vollzogen, nämlich mit dem Antritt des Bundeskanzlers Johann Schober. Diese Ansicht hielt die Komintern im März 1930 in einer Resolution fest, um Irritationen innerhalb der KPÖ bei der Einstufung der neuen Regierung zu beseitigen. Demnach hätte Schober mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und der SDAPÖ in der neuen Verfassung von 1929 die Diktatur festgeschrieben.¹⁶⁷⁴

Die Sowjetdiplomaten in Wien hingegen sprachen 1929/30 noch von einer weiteren Entwicklung der »Faschisierung« des Staates, einem »Angriff des Bourgeoisie-Kulaken-Blocks auf die Arbeiterklasse«, der eine Errichtung einer

1673 AVP RF 05/14/96/14/9–49: [Bl. 20] Jahresbericht 1933 (von Nekundé), 8.2.1934.

1674 RGASPI 495/80/261/1–10: Resolution zur österreichischen Frage. Bestätigt in der Sitzung des Politsekretariats des EKKI vom 6.3.1930.

Diktatur erst zum Ziel hatte.¹⁶⁷⁵ Aber auch für den Gesandten Konstantin Jurenev bestand in Österreich im Herbst 1930 die Demokratie nur noch formal – er sah das Land »in der Hand der Faschisten«.¹⁶⁷⁶ Unter diesem Gesichtspunkt verwundert es wenig, dass 1933 das autoritäre Regime unter Dollfuß keine besondere Aufregung bei den sowjetischen Diplomaten verursachte. Überhaupt war die Art des politischen Regimes in einem Staat für den Kreml von sekundärer Bedeutung, solange es sich nicht um ein kommunistisches handelte. Bürgerliche und faschistische Regierungen unterschieden sich für Moskau nur in Nuancen.

Selbstverständlich bot die Dollfuß-Diktatur der sowjetischen Presse Anlass, über Österreich als einen reaktionären, faschistischen Staat zu berichten, in dem die KPÖ verboten war, Kommunisten verhaftet wurden und die Pressezensur herrschte. Doch abgesehen davon bemerkte der österreichische Gesandte in Moskau Heinrich Pacher Mitte März 1933 in der Sowjetpresse nur »geringen Widerhall« auf die Ausschaltung der Demokratie in Österreich und meinte damit die bis dahin fehlenden redaktionellen Kommentare in der *Pravda* und *Izvestija*. Nur in der *Deutschen Zentral-Zeitung* (DZZ) fand er einen Beitrag des KPÖ-Vertreters in der Komintern Oskar Grossmann, der aber vor allem die SDAPÖ wegen der bisherigen Stützung der bürgerlichen Regierungen kritisierte.¹⁶⁷⁷

Für die sowjetische Außenpolitik stellte der Machtwechsel in Deutschland und Österreich an sich zunächst keinen Grund zur Beunruhigung dar. Aus ideologischer Sicht betrachteten die Bolschewiki die Zuspitzung der politischen Lage als Vorzeichen einer möglichen proletarischen Revolution¹⁶⁷⁸, und auf Ebene der Diplomatie herrschte als oberste Maxime pragmatische Realpolitik zur Wahrung der Interessen der Sowjetunion.¹⁶⁷⁹ Mit dem faschistischen Italien pflegte Moskau schon lange ein gutes Einvernehmen. Auch mit den neuen Machthabern in Deutschland wollte Stalin sich arrangieren, trotz des offensichtlichen Terrors gegen die KPD.¹⁶⁸⁰

Die Strategie der sowjetischen Außenpolitik der Zwischenkriegszeit und insbesondere der 1930er Jahre basierte auf dem Prinzip der Verhinderung einer

1675 AVP RF 04/1/6/102/4–25: [Bl. 4–9] Jurenev an Litvinov, Jahresbericht über Österreich, 30.1.1930. Ebd., 58–83; [Bl. 58–64] Jurenev an Litvinov, Bericht zu den ersten vier Monaten des Jahres 1930, 8.5.1930.

1676 AVP RF 05/10/59/3/105–109: [Bl. 108] Jurenev an Litvinov, 1.10.1930. AVP RF 05/11/74/26, 8–53; [Bl. 8] Jurenev an Krestinskij, Bericht zum Jahr 1930, 26.2.1931.

1677 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 16/P, 17.3.1933. Der genannte redaktionelle Kommentar der DZZ vom 11.3.1933 (»Der faschistische Staatsstreich in Österreich«) liegt in AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 172) Liasse Österreich 2/3, GZl. 21.358-13/1933.

1678 Vgl. Mueller/Leidinger: Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse, 89.

1679 Vgl. Politburo CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa. Rešenija »osoboj papki« 1923–1939, Moskva 2001, 4 und 298f.

1680 Vgl. Bayerlein, Bernhard H.: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930–1941, in: Osteuropa 59 (2009), H. 7–8, 134.

Blockbildung, die gegen die UdSSR gerichtet sein könnte.¹⁶⁸¹ Jedes Bündnis zur Konsolidierung der wirtschaftlichen oder politischen Verhältnisse in Europa und vor allem in Gebieten an ihren Grenzen, welches die UdSSR nicht einbezog, galt als potenzielle Gefahr.¹⁶⁸² Eine stärkere Einbindung in die internationale Politik erschien indessen notwendig, wollte man nicht tatenlos zusehen, wie sich die Kräfteverhältnisse angesichts der aggressiven Politik NS-Deutschlands neu zu formieren begannen. Im Juni 1933 charakterisierte der österreichische Gesandte Pacher die sowjetische Außenpolitik so: »Die Geschicklichkeit, die dazu gehört, zu jeder Phase des innereuropäischen Kräftespiels eine den eigenen Zwecken entsprechende, aber tunlichst zu nichts verpflichtende Haltung einzunehmen, ist Herrn Litwinoff gewiss in höchstem Maße eigen. Sein Hauptziel muss darin bestehen, mit den geringen Atous [sic!], die er in der Hand hält, jeder nur denkbaren Kräftegruppierung von vornherein entgegenzuwirken, die, und wäre es nur in einer weiteren Zukunft, eine antisowjetische Spitze bekommen könnte.«¹⁶⁸³ Die Gefahr einer Intervention des Westens bzw. einer Frontbildung gegen die UdSSR beherrschte bereits seit Jahren das Sicherheitsdenken des Kremls. Feindliche militärische Aktionen erschienen, gestützt auf Agentenberichte, die durch Stalins Hände gingen, der Führungsebene von Partei und Staat als durchaus realistisch.¹⁶⁸⁴ So erklärte beispielsweise Dmitrij Manuil'skij, einer der wichtigsten Kominternfunktionäre, in einer Diskussion mit österreichischen Arbeiterdelegierten im Mai 1933:¹⁶⁸⁵ »Wir haben keine Illusionen. Wir stehen vor einem neuen Krieg. Die wichtigste historische Aufgabe ist die, ob die kapitalistische Welt die UdSSR angreifen wird oder ob der Krieg zwischen den imperialistischen Mächten geführt wird. Das ist der entscheidende Punkt. Ich werde sehr froh sein, wenn in dieser Situation das Letztere der Fall sein wird.«¹⁶⁸⁶

Auch die Rolle Österreichs im Kriegsfall war Gegenstand politischer Analysen in sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften. Im Artikel *Der kleine Dollfuß und das große Europa* beleuchtete das Wochenjournal *Ogonëk* Ende Mai 1933 ungewöhnlich ausführlich die Bedeutung des Kleinstaates im Herzen Europas. Österreich erschien als strategisch entscheidender Faktor im Macht-

1681 Vgl. Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, 4 und 298.

1682 AVP RF 04/1/6/102/50–53: Kurzer Bericht Jurenevs an Litvinov, 13.3.1930. AVP RF 05/12/83/21/47–49: Jurenev an Krestinskij über den Tardieu-Plan, 5.3.1932. Ebd., 50–57: [Bl. 57] Jurenev an Krestinskij, 19.3.1932.

1683 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 27/P, 7.6.1933.

1684 Z. B. RGASPI 558/11/187/28–43: Nachrichtendienstliche Mitteilung aus polnischer Quelle an das INO OGPU über das Treffen zwischen Hitler und Mussolini [Juni 1934].

1685 RGASPI 495/80/372/1–37: Protokoll über das Treffen der siebenten österreichischen Arbeiterdelegation mit Manuil'skij am 23. Mai 1933.

1686 Ebd.

kampf Frankreichs, Deutschlands und Italiens um Einflussphären in Mitteleuropa.¹⁶⁸⁷ Die außenpolitische Ausrichtung Österreichs war an das innenpolitische Regime gekoppelt und stand daher im Blickfeld der internationalen Politik. Die sowjetische Presse hoffte offiziell natürlich auf eine sozialistische Revolution im krisengeschüttelten Österreich. Die *Izvestija* behandelte am 22. August 1933 die österreichische Frage als ein Problem, das »innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Ordnung« und »mit Hilfe bürgerlicher Konzepte« aufgrund der »imperialistischen Widersprüche« nicht zu lösen wäre, nun aber als »eine der wichtigsten Fragen der europäischen Politik zu einem Knoten verwickelt« war. Österreich wäre in dieser Form nicht lebensfähig: »Dieser ›Kopf ohne Körper‹ bildete durch anderthalb Jahrzehnte eine eiternde Wunde Europas.« Der Artikel stellte die Bestrebungen Deutschlands (Anschluss), Italiens (Österreichisch-ungarische Monarchie) und Frankreichs (Tardieu-Plan) sowie ihre internationalen Schwierigkeiten bzw. »selbstsüchtigen Interessen« dar und kam zu Schlussfolgerung, dass alle »Projekte« nur zu einer neuen Verschärfung der Lage in Europa führen würden.¹⁶⁸⁸

Die militärstrategische Bedeutung Österreichs auf der politischen Landkarte und die Expansionsabsichten Hitlers waren dem NKID stets bewusst. Schon im März 1933 rechnete Außenkommissar Maksim Litvinov mit einem bevorstehenden »Anschluss« an Deutschland, wie sein Gespräch mit dem polnischen Gesandten Juliusz Łukasiewicz belegt: Auch wenn in Österreich selbst die Zahl der Anhänger für den »Anschluss« geringer geworden sei, würde Hitler die Einverleibung Österreichs anstreben, weil er außenpolitische Erfolge benötige. Ein solcher Vorstoß Richtung Süden bringe für Hitler das geringere Risiko eines militärischen Konflikts mit sich als die Stoßrichtung gegen Osten. Eine Intervention der Kleinen Entente wäre aufgrund des geringen Interesses Rumäniens und Jugoslawiens kaum zu erwarten. Widerstand gegen den »Anschluss« seitens Italiens, Frankreichs und Englands schien Litvinov ebenfalls fraglich. Als Österreicher würde Hitler seine Heimat wahrscheinlich »möglichst bald inkorporieren« wollen.¹⁶⁸⁹

In Anbetracht sich verändernder Kräfteverhältnisse in Europa hatte die UdSSR schon vor Hitlers Machtergreifung ihre Außenpolitik verändert. Jetzt ging es darum, sich als Faktor der internationalen Politik ins Spiel zu bringen. NKID-Chef Litvinov konnte in dieser Hinsicht schon 1932/33 einige bedeutende Erfolge verbuchen, die der Korrespondent der *Neuen Freien Presse*

1687 Ogonëk, Nr. 12, 31.5.1933, 12–13 (Ogolovec, A.: Malen'kij Dol'fus i bol'saja Evropa). Vgl. ähnliche Analysen: Stepnjak: Bor'ba, 76–85.

1688 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 36/P, 24.8.1933.

1689 Protokoll des Gesprächs zwischen Volkskommissar Litvinov und dem Gesandten Polens in der UdSSR Łukasiewicz, 23. 3. 1933, zit. in: DVP, Bd. 16, 182f. (Dok. 90).

Nikolaus Basseches im Juli 1933 als »Moskaus Eintritt in die Weltpolitik« bewertete.¹⁶⁹⁰ Bereits 1932 hatte die UdSSR einige Nichtangriffspakte, darunter mit Polen und Frankreich geschlossen¹⁶⁹¹, und Anfang Juli 1933 erregte die Unterzeichnung der internationalen Konvention »Definition des Angreifers« in London, die von Litvinov initiiert worden war, einiges Aufsehen. Denn dabei gelang auch ein Vertragsabschluss mit den Mitgliedstaaten der Kleinen Entente, die zu diesem Zeitpunkt die UdSSR noch gar nicht offiziell anerkannt hatten.¹⁶⁹² Gleichzeitig forcierte das Politbüro die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts mit Mussolinis Italien,¹⁶⁹³ der im September 1933 zustande kam. Wie der österreichische Gesandte Pacher in einem Bericht wohl zutreffend analysierte, verfolgte die UdSSR einen außenpolitischen Kurs, bei dem man sich »nicht vorzeitig und einseitig« festlegen wollte, »solange die europäische Gesamtlage sich noch im heutigen ungeklärten Stadium befindet«.¹⁶⁹⁴ Einen wichtigen Schritt in der sowjetischen Außenpolitik stellte auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA im November 1933 dar. Die aktive Einbindung der Sowjetunion in die internationale Politik betrachtete der österreichische Gesandte jedenfalls mit wachsendem Unbehagen – und nicht nur er, sondern auch das österreichische Außenamt und Bundeskanzler Dollfuß.

Die Beziehungen zwischen Österreich und der UdSSR hatten sich mittlerweile merkbar abgekühlt. Der neue sowjetische Gesandte Adolf Petrovskij, der im April 1933 den Posten in Wien übernommen hatte, sah sich kurze Zeit später zu einer entschiedenen Vorsprache im BKA/AA bei Generalsekretär Franz Peter veranlasst: Antisowjetische Artikel in der *Reichspost* und provokante Aussagen von Bundeskanzler Dollfuß über das »sowjetische Dumping« beim Holzexport oder über einen erneuerten Vertrag zwischen Deutschland und der UdSSR (Mai 1933) ließen bei Petrovskij – nicht ganz unbegründet – den Eindruck entstehen, die österreichische Regierung halte gute Beziehungen mit der UdSSR überhaupt für eine »Schande«. Dazu kamen auch Probleme

1690 NFP (Morgenblatt), 21.7.1933, 1f. (»Moskaus Eintritt in die Weltpolitik«).

1691 Weiters schloss die UdSSR 1932 neue Nichtangriffspakte mit Finnland, Lettland und Estland. Die Verträge mit Polen und Frankreich traten 1933 in Kraft. Vgl. Markert / Geyer: Sowjetunion, 119–123.

1692 Am 3. Juli 1933 unterzeichneten folgende Länder die Londoner Konvention über die Definition des Angreifers: UdSSR, Afghanistan, Estland, Lettland, Persien, Polen, Rumänien und die Türkei. Die gleichlautende zweite Konvention vom 4. Juli 1933 zwischen UdSSR, der Kleinen Entente und der Türkei ließ den Beitritt weiterer Staaten zu. Auch Litauen und Finnland traten noch bei. Die Konvention listet Handlungen und Hinweise zur Feststellung des Angreifers in einem militärischen Konflikt auf. Markert / Geyer: Sowjetunion, 125.

1693 RGASPI 17/162/14, 162: Politbürobeschlüsse, Sondermappe, Protokoll Nr. 140, 19.6.1933, P. 26/5 »Über Italien«. Zit. in: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, 291 (Dok. 197). Vgl. RGASPI 558/11/769/116: Stalin an Molotov und Kaganovič, 1.7.1933.

1694 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 39/P, 5.9.1933.

mit der Legalisierung der Intourist-Filiale in Wien.¹⁶⁹⁵ Als Belastung für die bilateralen Beziehungen erwies sich ab Herbst 1933 des Weiteren die Hilfsaktion des Wiener Kardinals Theodor Innitzer für die Hungernden in Russland, die nach Ansicht des Ersten Sekretärs der Sowjetgesandtschaft Nekundé eine negative Stimmung gegen die UdSSR verursachte. Er bewertete das Verhalten der Beamten im BKA/AA als nur äußerlich korrekt und freundlich – eine Einschätzung, die viele Berichte der Sowjetrepräsentanten über die Beziehung mit Österreich charakterisierte. Als Grund für das mangelnde Interesse des kleinen Landes an Kontakten mit der Sowjetunion sah Nekundé die Verschlechterung der Handelsbeziehungen an.¹⁶⁹⁶ Doch während der Jahre des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes bildeten Wirtschaftsfragen in manchen Kreisen noch den einzigen möglichen Anknüpfungspunkt mit der Sowjetmacht. Ansonsten bestimmte der tief sitzende Antibolschewismus konservativer und katholischer Kreise das Verhalten Österreichs gegenüber der UdSSR.

Auch das NKID wusste in der Phase 1933/34 mit Österreich und dem Dollfuß-Regime nicht viel anzufangen. Im August 1933 berichtete Legationsrat Herbert Schmidt aus Moskau aufgeregt nach Wien, dass der Leiter der 2. Westabteilung Štern einen baldigen Zusammenbruch der autoritären Regierung für wahrscheinlich hielt und sogar einem nationalsozialistischen Regime in Österreich nicht ablehnend gegenüberstand, da man »auch dieser Partei die Möglichkeit geben müsse, ihre Fähigkeiten zu zeigen«. Italien würde auch ein Österreich mit NS-Führung zum Zwecke der Erhaltung der Selbstständigkeit des Landes weiter wirtschaftlich unterstützen. Als Erklärung für die Haltung Moskaus kursierte bei den Österreichern die Annahme, dass die UdSSR auf einen Kollaps des NS-Regimes und eine darauf folgende kommunistische Revolution oder aber auf eine Entwicklung hin zu einem »Nationalbolschewismus« hoffte.¹⁶⁹⁷

Tatsächlich hielt Moskau den »Anschluss« für sehr wahrscheinlich. Diese Einschätzung musste sich durch Berichte der sowjetischen Gesandtschaft aus Wien weiter verstärken: So vermittelte Nekundé Anfang 1934 in einer ausführlichen Analyse den Eindruck einer im Grunde aussichtslosen Situation Österreichs: Das Dollfuß-Regime, das er fast mit einem nationalsozialistischen gleichsetzte, reibe sich innenpolitisch im gleichzeitigen Kampf gegen die

1695 Protokoll des bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Österreich über das Gespräch mit Generalsekretär des österreichischen Auswärtigen Amtes Peter, 1.7.1933, zit. in: DVP, Bd. 16, 385–387 (Dok. 211). Vgl. Artikel in der Reichspost, z. B. 7.5.1933, 14 (»Sowjetrussische Poesie und Prosa«); 10.5.1944, 1f. (»Das zweite verlorene Gefecht«); 16.5.1933, 6 (»Rußlands hungernde Proletarier sollen Anleihe zeichnen«); 21.5.1933, 21 (»Wandernde Frauen in Sowjetrußland«), 30.6.1933, 3f. (»Die Rede des Bundeskanzlers an die Tiroler«).

1696 AVP RF 05/14/96/14, 9–49; [Bl. 39–40] Jahresbericht 1933 (von Nekundé) 8.2.1934.

1697 AT-OeStA/AdR AAang ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 35/P, 10.8.1933. Ebd., GSB Moskau Zl. 36/P, 24.8.1933. Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 242–244.

NSDAP und gegen die Arbeiterklasse auf und könne in der Außenpolitik kaum unabhängig agieren.¹⁶⁹⁸ Frankreichs Projekt zur Bildung einer Föderation der Donaustaaten, die zur Stabilisierung der Wirtschaft und Unabhängigkeit Österreichs forciert wurde, komme nicht vom Fleck. Nekundé stellte trocken fest, dass die politischen Gegensätze und Bestrebungen der betroffenen Staaten einer solchen Lösung entgegenstanden.¹⁶⁹⁹ Fünf Jahre vor dem »Anschluss« zog der Sowjetdiplomate eine klare Schlussfolgerung: »Aber wie dem auch sei, bei der derzeitigen kritischen Lage Österreichs ergibt sich für die Siegerstaaten, besonders für Frankreich, dieses Dilemma: entweder es [Österreich] im Interesse der Unabhängigkeit Österreichs und des allgemeinen Friedens in Europa überhaupt kräftig in finanzieller und moralischer Hinsicht zu unterstützen, oder aber, im gegenteiligen Fall, einen Machtantritt der Nazi samt Anschluss zu riskieren. Einen dritten Ausweg scheint es nicht zu geben.«¹⁷⁰⁰

Da seiner Ansicht nach Frankreich zu sehr mit eigenen innenpolitischen Problemen beschäftigt war, schätzte Nekundé bei Abwägung der internationalen Situation das Szenario eines »Anschlusses« als die realistischere Variante ein: Österreich könne den inneren und äußeren Kräften, die den »Anschluss« förderten, kaum standhalten. Deutschland benötige das Gebiet Österreichs als Aufmarschgebiet für künftige Kriege und dränge nach Südosten auf den Balkan. Jugoslawien würde den »Anschluss« einer Vereinigung mit Ungarn vorziehen, Rumänien und Polen fänden sich bei einer entsprechenden Kompensation mit einer solchen Entwicklung ab. Für Deutschland stelle sich somit nur die Frage »in der Auswahl der Mittel und Methoden zur Verwirklichung dieses Anschlusses«. Der Kampf um Österreich würde einstweilen zwischen dem »germanischen und italienischen Imperialismus« fortgeführt, während sich Österreich gezwungenermaßen auf einen passiven Widerstand beschränken müsse. Italiens Hilfe für den kleinen und schwachen Nachbarn hielt Nekundé für nicht ausreichend. So sah der Sowjetdiplomate in Wien Anfang 1934 »wenig tröstliche Zukunftsperspektiven« für das »faschistische Österreich«.¹⁷⁰¹

Kurz darauf verschärfte sich die innenpolitische Situation in Österreich durch die Februarkämpfe 1934 dramatisch. Der sowjetische Gesandte Petrovskij betrachtete diese Ereignisse auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Einflüsse auf Österreich. Als ein auslösendes Moment hob er die Schwäche Frankreichs aufgrund innenpolitischer Probleme hervor, die Benito Mussolini dazu genützt habe, der Regierung Dollfuß ein Ultimatum zur Auf-

1698 AVP RF 05/14/96/14, 9–49: [Bl. 28] Jahresbericht 1933 (von Nekundé), 8.2.1934.

1699 Ebd., [Bl. 33–34].

1700 Ebd., [Bl. 33–34].

1701 Ebd., [Bl. 33–36].

lösung der sozialdemokratischen Organisationen zu stellen. Bis dahin hatten die SDAPÖ und auch der seit Mai 1933 illegale Schutzbund weiter existiert. Nun vertrat Petrowskij die von der Sozialfaschismustheorie geprägte Ansicht, dass die österreichischen Sozialdemokraten mit politischer und materieller Unterstützung Frankreichs ihre »verräterische Rolle« besonders »gerissen« weiter erfüllt hätten: Ihre Aufgabe wäre nämlich nicht der Kampf gegen die Diktatur gewesen, sondern die Stützung des Dollfuß-Regimes im Fall eines gewaltsamen »Anschluss«-Versuches von Seiten Deutschlands. Mit einem bewaffneten Einsatz hätte der Schutzbund für den Erhalt der Unabhängigkeit Österreichs sorgen sollen. In Bezug auf die Februarkämpfe selbst verwies Petrowskij auf die geringen Erfolgchancen der Arbeiter infolge einer fehlenden zentralen Leitung sowie der Schwäche der KPÖ und blieb damit im Gegensatz zur sowjetischen Propaganda auf dem Boden der Realität. Der Gesandte kritisierte sogar die Berichterstattung von Radio Moskau wegen der übertriebenen Schilderungen von angeblichen Erfolgen der Arbeiter. Weitere Meldungen von der Flucht Otto Bauers und Julius Deutschs hätten auf die Schutzbündler demoralisierend gewirkt. Zudem hätte der Sender einfach unkritisch Nachrichten aus Berlin übernommen.¹⁷⁰²

Die Sowjetgesandtschaft analysierte die Folgen der Niederschlagung der Februarkämpfe, die Entmachtung der Sozialdemokratie und den Ausbau der Dollfuß-Diktatur.¹⁷⁰³ Nekundé sah in der neuen Ständeversammlung vom 1. Mai 1934 die »volle Handlungsfreiheit« für den »schwarzen Faschismus« realisiert.¹⁷⁰⁴ Petrowskij ließ aber im Frühjahr 1934 in seinen Berichten keinen Zweifel daran, dass in Österreich das Regime alles andere als stabil war: Dies zeigten Machtkämpfe im Regierungslager zwischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und den Heimwehrführern Emil Fey und Ernst Rüdiger Starhemberg, Zusammenstöße zwischen Heimwehren und christlichsozialen Organisationen sowie Rivalitäten in der Führungsebene der Heimwehren. Der sowjetische Diplomat gab sich jedenfalls keinerlei Illusionen hin: Zwar bemerkte er einen deutlichen Zustrom zur KPÖ und eine wachsende »revolutionäre Stimmung im österreichischen Proletariat«, doch hielt er fest, dass vor allem die Nationalsozialisten systematisch und erfolgreich um ehemalige Sozialdemokraten

1702 AVP RF 05/14/96/14, 50–60: Petrowskij an Krestinskij, 28.3.1934.

1703 Die Mitarbeiter der Sowjetgesandtschaft erstellten genaue Auflistungen der Maßnahmen wie militärische Standgerichte, Übernahme von sozialdemokratischen Verlagen, Annullierung der Mandate, Berufsverbote, Schließung von Arbeiterbibliotheken usw. AVP RF 05/14/96/14/81–83: Sejnin über die gesetzlichen Maßnahmen der österreichischen Regierung, 24.3.1934. Ebd., 84–87: Liste von einigen Verfügungen und Gesetzen der österreichischen Regierung nach den Ereignissen des 12. Februar d. J., Nekundé, 26.3.1934.

1704 AVP RF 066/17/19/6/92–96: [Bl. 96] Zusammenfassung Nekundés über die wichtigsten Merkmale der neuen Verfassung, 27.5.1934.

warben. In den verschiedenen Gesellschaftskreisen, insbesondere bei der Jugend, wäre der »populärste Ausweg« der »Anschluss« oder zumindest ein Abkommen mit Deutschland.¹⁷⁰⁵ Im April 1934 schrieb Petrovskij nach Moskau: »Mit einem Wort, alle früher bestehenden sozialen Gegensätze existieren und entwickeln sich weiterhin, und die äußere Ruhe ist zweifellos nur die Stille vor neuen Ausbrüchen und neuen Stürmen.«¹⁷⁰⁶

Anfang Juni 1934, wenige Wochen vor dem Juliputsch der Nationalsozialisten und vor der Ermordung Bundeskanzler Dollfuß,⁷ klang Petrovskijs Analyse in dieser Frage noch kategorischer: Ein Bericht des Leiters des staatspolizeilichen Sonderbüros Maximilian Ronge über eine mögliche neuerliche Erhebung der Arbeiterschaft hätte Panik in der »Bourgeoisie« ausgelöst¹⁷⁰⁷, die sie weiter in die Arme der Nationalsozialisten trieb – der Anschluss-Gedanke würde sich immer mehr verbreiten. Der Sowjetdiplomate sah die Dollfuß-Regierung durch den nationalsozialistischen Terror unter starkem Druck sowie ohne wirklich zuverlässige Stützen im Land: Er bezweifelte die Loyalität der Polizei und Armee.¹⁷⁰⁸

Gleichzeitig begann in diplomatischen Kreisen und in der Auslandspresse die Gerüchteküche in der Frage einer Habsburgerrestauration zu brodeln.¹⁷⁰⁹ Petrovskij ortete Anhänger dieser Idee, die allgemein als Garantie gegen den »Anschluss« galt, in einem Teil des Bürgertums, der Aristokratie und in Regierungskreisen. Dollfuß, Fey und Starhemberg wären sich nur nicht über den richtigen Zeitpunkt der Einführung der Monarchie einig, während Otto Habsburg auf den Ruf nach Österreich wartete. Den damaligen Justiz- und Bildungsminister Schuschnigg erkannte Petrovskij als »glühenden Vertreter« dieser Idee. Doch genauso wie die »Anschluss«-Frage stellte die Habsburgerrestauration ein Thema mit höchster außenpolitischer Brisanz dar. Die Kleine Entente drohte in diesem Fall sogar mit Mobilisierung.¹⁷¹⁰ Nach Meinung

1705 AVP RF 05/14/96/14/88–98: Petrovskij an Krestinskij, 28.3.1934.

1706 AVP RF 05/14/96/14/102–108: Petrovskij an Krestinskij, 18.4.1934. Zit. in: DVP, Bd. 17, 266–270 (Dok. 131).

1707 Zu Maximilian Ronge siehe: Moritz, Verena / Leidinger, Hannes / Jagschitz, Gerhard: Im Zentrum der Macht. Die vielen Gesichter des Geheimdienstchefs Maximilian Ronge, St. Pölten / Salzburg 2007.

1708 AVP RF 05/14/96/14, 109–114: Petrovskij an Krestinskij, 7.6.1934.

1709 Das BKA/AA wies in einem Rundschreiben die österreichischen Gesandtschaften an, »darauf hinzuwirken, dass sich die Öffentlichkeit des In- und Auslandes möglichst wenig mit diesen der Aktualität entbehrenden Problemen befasse.« AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 185) Liasse Österreich 2/11, GZL. 52.696-13/1934 Gerüchte hinsichtlich der Habsburger und der Restauration in Österreich, 17.4.1934. Vgl. z. B. PAAA, Botschaft Wien, Karton 386: Berichte der deutschen Gesandtschaft in Wien vom 10.3.1934, 18.4.1934, 28.4.1934 und 12.5.1934 sowie Rundschreiben des Außenamts, Berlin, 14.5.1934.

1710 AVP RF 05/14/96/14, 88–98: Petrovskij an Krestinskij, Wien, 28.3.1934. Ebd., 109–114: Petrovskij an Krestinskij, Wien, 7.6.1934. AVP RF 066/17/19/6, 61–62: Bericht der sowjetischen Gesandtschaft in Österreich, 17.4.1934.

Petrovskijs hätte eine Restauration der Habsburger in Österreich die Gegensätze aber nicht gelöst, sondern weiter verschärft. Er war überzeugt, dass die »nazistische Gefahr« die aktuellste war¹⁷¹¹: »Es besteht kein Zweifel, dass die Anschluss-Idee zum heutigen Tag die beliebteste Idee in Österreich ist und die Partei der Nationalsozialisten – insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sozialdemokraten – die stärkste Partei im Land ist.«¹⁷¹²

Petrovskij führte folgendes Szenario als realistische Variante vor: Italien lässt teilweise eine Machtbeteiligung der Nationalsozialisten in Österreich bei gleichzeitiger Garantie der staatlichen Unabhängigkeit durch Deutschland zu, auch wenn dies in letzter Konsequenz die Gleichschaltung ohne einen formalen »Anschluss« bedeutete. Mussolini hatte nach Meinung Petrovskijs keine andere Wahl. Der Sowjetdiplomate hielt eine Regierungsänderung mit Aufnahme des ehemaligen Landeshauptmanns der Steiermark Anton Rintelen, eines Christlichsozialen mit engen Kontakten zu den Nationalsozialisten, für wahrscheinlich und meldete nach Moskau¹⁷¹³: »Wie nie zuvor, meine ich, dass es außer einer proletarischen Revolution keine solche Kraft gibt, welche die schnelle Bewegung Österreichs in Richtung des Nationalsozialismus zurückhalten könnte.«¹⁷¹⁴

Der Hinweis auf die »proletarische Revolution« wirkte übrigens wie eine obligatorische Floskel, denn keine einzige Zeile in den diplomatischen Berichten dieser Jahre setzte sich auch nur im Entferntesten mit einer solchen Möglichkeit auseinander. In Bezug auf das Schicksal Österreichs gab es indes noch keine Einigung zwischen Mussolini und Hitler, doch der NS-Putschversuch, in den Anton Rintelen involviert war, und die Ermordung Engelbert Dollfuß' im Juli 1934 bestätigten klar die Einschätzungen Petrovskijs über die instabile Lage in Österreich. Die Ereignisse legten die Schwäche des Regimes sowie die nationalsozialistische Unterwanderung von Militär, Polizei, Heimwehr und Beamenschaft offen.

Der antibolschewistische Reflex Österreichs

Angesichts der bemerkenswert präzisen Analysen aus Wien und unter dem Eindruck der eingetretenen Ereignisse in Österreich musste das NKID wei-

1711 AVP RF 05/14/96/14, 109–114; Petrovskij an Krestinskij, 7.6.1934.

1712 Ebd.

1713 Ebd.

1714 Ebd.

terhin der Überzeugung sein, dass Österreich früher oder später an Deutschland fallen würde. In der sowjetischen Presse stellte der Gesandte Pacher Mitte 1934 »keinerlei prononcierte Haltung« in der österreichischen Frage fest.¹⁷¹⁵ Gleichzeitig verwies er aber auf Anzeichen für eine Befürwortung der österreichischen Unabhängigkeit durch die UdSSR seit Ende 1933 vor dem Hintergrund der Annäherung an Frankreich und der Frage der kollektiven Sicherheit. Mit den Franzosen verband die Sowjetunion die Ansicht, dass Hitlerdeutschland mit seinen »Anschluss«-Bestrebungen den Weltfrieden bedrohte.¹⁷¹⁶ Auch die Habsburgerrestauration bewertete das sowjetische Regierungsorgan *Izvestija* am 14. August 1934 offiziell als ähnliche Gefahr.¹⁷¹⁷ Im NKID hörte Pacher aber auch andere Einschätzungen, wie er nach Wien berichtete. Ein »höherer Funktionär des Außenkommissariates« habe ihm gegenüber bemerkt, »die Wiedereinsetzung der Habsburger sei als Mittel, mit allen Anschlussbestrebungen endgiltig aufzuräumen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen«.¹⁷¹⁸

Das außenpolitische Hauptaugenmerk der UdSSR zur Wahrung ihrer Interessen lag jedenfalls auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit und auf dem Ausbau der eigenen Stellung als neue Großmacht in Europa. Im Laufe des Jahres 1934 bahnte sich der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund an, nachdem das Abkommen zwischen Deutschland und Polen im Jänner 1934 eine stärkere Zusammenarbeit mit den Westmächten nahegelegt hatte.¹⁷¹⁹ Ende Juli 1934 entschied das Politbüro der VKP(b), dem Völkerbund beizutreten, falls die UdSSR eine entsprechende Einladung von Frankreich erhalten und einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zugestanden bekommen würde.¹⁷²⁰

Eine solche Einladung durch die meisten Mitgliedstaaten des Völkerbundes erfolgte am 15. September 1934. Die Sowjetunion, die in früheren Jahren den Völkerbund als »Institution der Imperialisten« kritisiert hatte, folgte der »Bitte« der kapitalistischen Staaten um Mithilfe zur Friedenssicherung – denn in dieser Rolle wollte Moskau sich sehen und darstellen. Die österreichische Delegation im Völkerbund wirkte an dieser Aktion nur äußerst widerwillig mit, nachdem sie von den Franzosen zur Teilnahme aufgefordert worden war.¹⁷²¹ Österreich

1715 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 345) Liasse Österreich 38/1, GZL. 56.577-13/1934, GSB Moskau Zl. 41/P, 2.8.1934.

1716 Ebd. Vgl. AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3): GSB Moskau Zl. 26/P, 15.6.1934.

1717 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 3) GSB Moskau Zl. 44/P, 17.8.1934.

1718 Ebd.

1719 Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 250.

1720 RGASPI 17/162/16/140-141: Politbürobeschlüsse, Sondermappe, Protokoll Nr. 11 vom 5.8.1934, Punkt 86/68 »Über den Völkerbund«, Beschluss vom 25.7.1934.

1721 Bundeskanzler Schuschnigg soll zunächst die Unterzeichnung verweigert haben, da es im Entwurf des Einladungsschreibens hieß, die UdSSR hätte ihre internationalen Verpflichtungen erfüllt. Dieser

konnte – nolens volens – nicht ignorieren, dass man in normalen diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR stand. Die möglichen Folgen einer Ablehnung, wie den Abbruch der Beziehungen und vor allem die Stornierung von Wirtschaftsaufträgen und damit einhergehend den Verlust von Arbeitsplätzen, wollte man nicht riskieren. So lauteten die Argumente von Außenminister Egon Berger-Waldenegg im Ministerrat am 22. September 1934, obwohl die Handelsbeziehungen mit der UdSSR sich auf niedrigstem Niveau befanden. »Die [österreichische] Delegation«, meinte er, hätte »in der russischen Frage gebundene Hände gehabt und, so unsympathisch ihr diese Stellungnahme gewesen sei, ihre Stimme zugunsten Rußlands abgeben müssen.«¹⁷²² Offiziell wurde der sowjetische Völkerbundbeitritt begrüßt, hinter der Fassade herrschte jedoch Bestürzung und Entsetzen.¹⁷²³

Der Legationsrat der österreichischen Gesandtschaft in Moskau, Alfred Schwinner, griff in einem Bericht nach Wien den Kommentar eines Schweizer Journalisten auf, der von der UdSSR als einem »trojanischen Pferd« sprach: »Unter seiner friedlichen Außenseite und vorläufigen pazifistischen Gebahrung scheint es die niemals aufgegebenen weltrevolutionäre Idee des Kommunismus und unter den Deckmantel des Kommunismus den imperialistischen Anspruch auf Weltbeherrschung zu verbergen.« In Bezug auf Österreich glaubte Schwinner, »dass die Sowjetregierung in nächster Zeit Fühler ausstrecken wird, um auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine Annäherung an Österreich herbeizuführen«. Voraussetzung dafür wäre allerdings das Ende der »Aktion Innitzer« und »eine Änderung des oft stark sowjetfeindlichen Tones des offiziellen Regierungsorgans, der ›Reichspost‹«. ¹⁷²⁴

Passus wurde in der Endvariante gestrichen. Gegen die Aufnahme der UdSSR stimmten Länder, die in keinen diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR standen: Schweiz, Portugal und die Niederlande. Der Stimme enthielten sich Argentinien, Belgien, Kuba, Luxemburg, Nicaragua, Peru und Venezuela, AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA VR: (Karton 13, fol. 867f.) Liasse Völkerbund / Aufnahme Russland, GZL 54.730-15/1934, Zl. 45.839-15/1934, Notiz vom 18.9.1934.

1722 Ministerratsprotokoll Nr. 966 vom 22.9.1934, zit. in: Neck, Rudolf / Peball, Kurt (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 1. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Juli 1934 bis 26. Oktober 1934, Wien 1988, 264.

1723 NWB, 20.9.1934, 1 (»Sowjetrußland im Völkerbund«). Die Wiener Zeitung gab die Argumente der Gegner und Befürworter in der Diskussion im Völkerbund wieder und ließ Skepsis durchblicken. WZ, 18.9.1934, 1f. (»Rußlands Eintritt in den Völkerbund«). Die Reichspost brachte zunächst einen offiziösen Kommentar, der noch dazu auf eine »Europäisierung Rußlands« hoffte. Am Tag darauf veröffentlichte die Redaktion allerdings einen ausführlichen kritischen Beitrag von Ewald Ammende auf der Titelseite. RP, 16.9.1934, 3 (»Rußlands Pflichten als Mitglied des Völkerbundes«) und 17.9.1934, 1f. (»Völkervernichtung in der Sowjetunion und der Völkerbund«).

1724 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 52/P, 20.9.1934. Die Reichspost war im eigentlichen Sinn kein Regierungsorgan, sondern die Zeitung der Christlichsozialen. Die CSP war inzwischen als Partei in der VF aufgegangen.

Bezeichnenderweise strich das BKA/AA diese letzte Passage in Bezug auf Österreich in der Kopie für die Zirkulation an die österreichischen Gesandtschaften.¹⁷²⁵ Die Aussicht auf eine solche »günstige Haltung« der UdSSR klang in Wien eher wie eine Drohung, denn hier galt nach wie vor das strikt antibolschewistische Prinzip: größtmögliche Distanz zu Moskau. Dies untermauern auch diverse Kommentare in regimenahen Periodika. Charakteristisch ist die Stellungnahme in der Zeitschrift *Der christliche Ständestaat*: Die »Verhandlungsfähigkeit« eines solchen »Staates« überhaupt anzuerkennen« sei »auf jeden Fall vom weltanschaulichen Gesichtspunkt aus bedauerlich, ja schmähsch und entwürdigend«. Vom politischen Standpunkt aus wäre der Fehler schon früher begangen worden: »Man hätte mit den Sowjets nie politische und wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen dürfen, wenn man konsequent gewesen wäre.« Schließlich hob der Artikel hervor: »Es ist die Schuld des Dritten Reiches, nicht zuletzt seiner brutalen Politik gegen Oesterreich, wenn heute sogar noch das Rußland der Sowjets in die europäische Abwehrfront gegen seine Drohungen gehört.«¹⁷²⁶

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion waren auf dem absoluten Nullpunkt angelangt. Anfang Jänner 1935 erbat Pacher schon vorsorglich Instruktionen aus Wien, wie er möglichen Avancen der UdSSR in Zusammenhang mit dem damals verstärkt diskutierten Donaupakt begegnen sollte. Denn die Entspannung der Beziehungen zwischen Frankreich und Mussolini zu diesem Zeitpunkt ließ eine wirtschaftliche und politische Lösung im Donauraum zwischen der Kleinen Entente, Österreich und Ungarn mit Zustimmung Italiens denkbar erscheinen. Pacher legte sich schon die Argumentation gegenüber Litvinov zurecht. Sie lautete dahingehend, »dass Oesterreich nicht an der Kooperation von Staaten interessiert sei, deren Teilnahme dem beabsichtigten Pakt den regionalen Charakter noch mehr nehmen würde [...]«. ¹⁷²⁷ In diesem Sinne informierte und verärgerte Pacher Außenkommissar Litvinov.¹⁷²⁸ Die sowjetische Seite schenkte dem Kleinstaat inzwischen offiziell gar keine Aufmerksamkeit mehr: Österreich fand im außenpolitischen Exposé Vjačeslav Molotovs vor dem VII. Rätekon-

1725 Die Streichung ist an der Berichtskopie in der Abteilung 15 des BKA (Völkerrecht) zu erkennen. Siehe: AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA VR: (Karton 13) Liasse Völkerbund/ Aufnahme Russland, GZL 54.730-15/1934, Zl. 45.664-13/1934; GSB Moskau Zl. 52/P, 20.9.1934.

1726 CSt, 23.9.1934, 20f. (»Die Aufnahme Russlands in den Völkerbund«). Weitere negative Reaktionen z. B.: StÖ, 23.9.1934, 2 (»Die Bolschewiken im Frack«).

1727 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 3/P, 10.1.1935.

1728 Viscount Chilston an Sir John Simon, 12.1.1935, in: Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series, Bd. 12. 1934, London 1972, 372 (Dok. 333). Pacher berichtete über dieses Gespräch nicht nach Wien.

gress im Jänner 1935 nicht einmal eine namentliche Erwähnung.¹⁷²⁹ In Wien war der Gesandte Petrovskij im November 1934 von seinem Posten abgezogen worden, die Bestellung des Nachfolgers noch nicht geklärt, so dass der Erste Sekretär Nekundé mehrere Monate lang die Sowjetgesandtschaft provisorisch leitete.¹⁷³⁰ Die Verzögerung der Nominierung des Polpreds in Wien begründete der stellvertretende Außenkommissar Nikolaj Krestinskij gegenüber dem Korrespondenten der *Neuen Freien Presse* Basseches angeblich mit den Worten, »dass diese Frage, wie alles, was sich auf Österreich bezieht, die Sowjetregierung gegenwärtig keineswegs interessiert, weil man Österreich bereits als deutsche Provinz escomptiere.«¹⁷³¹

Diese schonungslose Aussage ist in Kenntnis der ausführlichen Berichte Petrovskijs im Allgemeinen und über die Ereignisse des Juliputschs und dessen Folgen aus dem Herbst 1934 im Speziellen durchaus nachvollziehbar. Der Polpred hatte beispielsweise Gerüchte kolportiert, wonach bei dem Überfall auf Dollfuß alle Anwesenden im Bundeskanzleramt den Hitlergruß gerufen hätten – alle, außer dem Kanzler. Dieses Bild war äußerst bezeichnend dafür, wie man in Moskau Österreich sah: als einen Staat mit einer autoritären Regierung ohne wirkliche Machtbasis. Das Regime bestand demnach nur noch, weil der Putsch aufgrund von Zufällen und Fehlern gescheitert war, und es war politisch wie wirtschaftlich geschwächt. Die Situation des neuen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg schien verzweifelt: Er lavierte innen- wie außenpolitisch zwischen den verschiedensten Standpunkten, um irgendwie eine Lösung zur Stabilisierung der Lage zu finden, während bereits Gerüchte über einen neuerlichen Putsch umgingen.¹⁷³²

Das Politbüro nominierte erst am 22. Februar 1935 den Mitarbeiter des NKVT Ivan Lorenc als neuen Polpred in Österreich.¹⁷³³ Nachdem der österreichische Ministerrat am 8. März 1935 das Agrément erteilt hatte,¹⁷³⁴ konnte Lorenc im April 1935 endlich seine Arbeit in Wien aufnehmen. Der neue Sowjetrepräsentant war für die Österreicher kein Unbekannter: Er hatte 1918 als Übersetzer an den Brester Friedensverhandlungen teilgenommen.¹⁷³⁵ Intern gab es keine Einwände gegen den als Wirtschaftsfunktionär eingestufteten Diplomaten, alle

1729 AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep Moskau: (Karton 4) GSB Moskau Zl. 12/P, 31.1.1935.

1730 AVP RF 066/18/116/3/1: Nekundé an Štern, 2. Abteilung des NKID, 6.1.1935.

1731 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 3/P, 10.1.1935.

1732 AVP RF 05/14/96/14/124–128: Schreiben Petrovskijs an Krestinskij, Wien, 7.9.1934.

1733 RGASPI 17/166/959: Politbürobeschluss vom 22. Februar 1934, P. 121 »Über die Politischen Vertreter in Österreich und Persien«.

1734 Ministerratsprotokoll Nr. 986 vom 8.3.1935, zit. in: Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 2. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Oktober 1934 bis 24. Mai 1935, Wien 1993, 317f.

1735 AVP RF 066/18/116/3/69–75: Journal Lorenc, 17.4.1935.

eingeholten Auskünfte ergaben grundsätzlich ein positives Bild.¹⁷³⁶ Die Frage der Wirtschaftsbeziehungen, die von Schuschnigg und Bundespräsident Wilhelm Miklas bei den Antrittsvisiten gleich angesprochen wurden, griff Lorenc aber nicht auf, da die UdSSR hier keine Initiative setzen wollte.¹⁷³⁷ Für das NKID interessant war sein erster Eindruck von Bundeskanzler Schuschnigg. Lorenc berichtete: »Das ist ein sehr verschlossener Mensch, vorsichtig mit seinen Worten. Er ist vollkommen von Fragen der Innenpolitik Österreichs in Anspruch genommen, und alle Gespräche laufen schlussendlich darauf hinaus.«¹⁷³⁸

Die schwierige innenpolitische Lage Österreichs dominierte auch weiterhin die Berichterstattung der sowjetischen Gesandtschaft.¹⁷³⁹ Die Leitthemen waren innere Spannungen im Regierungslager, vor allem der Machtkampf zwischen Schuschnigg und Starhemberg, rivalisierende Gruppierungen in der Heimwehr, Zusammenstöße zwischen der Heimwehr, den Ostmärkischen Sturmcharen und dem Freiheitsbund (Organisation der christlichsozialen Arbeiter) – Szenen aus einem innerlich stark zerrissenen Staat. Für die schmale politische Basis Schuschniggs fanden die Sowjetdiplomaten bemerkenswerte Indizien: Während eines vom BKA/AA organisierten Ausflugs für das diplomatische Korps in die Steiermark im Mai 1935 wäre in den zahlreichen Trinksprüchen niemals der Name des Kanzlers genannt worden.¹⁷⁴⁰ Als charakteristisches Beispiel für die instabile Lage des »Ständestaates« leitete Lorenc einen damals in Österreich kursierenden Witz nach Moskau weiter: »Starhemberg fragt nach der Ankunft in irgendeinem Ort, wie viel Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten es dort gibt. Man antwortet ihm, dass es ungefähr 50 Prozent Nationalsozialisten, 30 Prozent Sozialdemokraten, 20 Prozent Kommunisten gibt. Der empörte Starhemberg fragt, wie viel Anhänger der Vaterländischen Front es gibt. Man antwortet, dass es selbstverständlich 100 Prozent sind.«¹⁷⁴¹

Der zunehmenden Stärke der NS-Bewegung in Österreich, deren Propaganda und Aktionen widmeten die Sowjetdiplomaten schließlich ein besonderes Augenmerk: Sie sprachen von der Durchdringung der Vaterländischen

1736 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPAPräs: (Karton 95, fol. 163–186) Liasse 24 Diplomaten 1/9, GZL 42.520-K/1935 Lorenz Iwan Leopoldowitsch, Agrémenterteilung.

1737 AVP RF 066/18/116/3/69–75: Journal Lorenc, 17.4.1935. Ebd., 76: Lorenc an Krestinskij, 18.4.1935.

1738 AVP RF 066/18/116/3/69–75: Journal Lorenc, 17.4.1935. Im Original handschriftliche Unterstreichungen.

1739 AVP RF 066/18/116/3/88–91: Lorenc an den Leiter der 2. Westabteilung Štern, 6.5.1935. Ebd., 98–99: Lorenc an Krestinskij, 8.5.1935. Ebd., 137–141: Lorenc an Štern, 15.6.1935. Ebd., 162–166: Lorenc an Krestinskij, 26.7.1935. Siehe auch die folgenden Zitate bei einzelnen Beispielen.

1740 AVP RF 066/18/116/3/129–133: Journal Podol'skij, 17.6.1935.

1741 AVP RF 066/18/116/3/134–136: Lorenc an Štern, 27.5.1935.

Front, der Heimwehr und des Staatsapparates durch Nationalsozialisten. Der neue Erste Sekretär der Gesandtschaft Jakov Podol'skij warnte vor einer Unterschätzung dieser Gruppierung: »Wenn Österreich sich selbst überlassen wäre, würde der Hauptkampf nämlich zwischen den Legitimisten und den Nazis verlaufen – mit größeren Chancen zugunsten der Letzteren.«¹⁷⁴²

Lorenc und Podol'skij untermauerten ihre Einschätzungen mit Hinweisen auf zahlreiche Ausschlüsse von Nationalsozialisten aus Heimwehr und Jugendverbänden wegen offener Demonstration ihrer politischen Haltung mit Hakenkreuzflaggen und Singen von NS-Liedern bei Aufmärschen sowie Entlassungen von Universitätsprofessoren wegen ihrer politischen Ansichten.¹⁷⁴³ Anlass zu Spekulationen über Sabotage gab der schwere Autounfall Kurt Schuschnigg am 13. Juli 1935, bei dem dessen Frau Herma getötet wurde. Der Zufall schien System zu haben, denn es hatten sich noch weitere ähnliche Vorfälle ereignet. Im diplomatischen Korps spekulierte man über einen möglichen Rücktritt des persönlich stark getroffenen Bundeskanzlers.¹⁷⁴⁴ Ganz von diesen Entwicklungen abgesehen beobachtete Podol'skij in Österreich eine »spürbare Feindseligkeit gegenüber Italien«, die in Form von Ausschreitungen bei Fußballspielen zu Tage trat, jedoch eine Stimmung zu Gunsten Deutschlands. Die außenpolitische Orientierung des »Ständestaates« an Italien hatte folglich keinen Rückhalt in der Bevölkerung.¹⁷⁴⁵

Die Position der UdSSR in der internationalen Arena dagegen wurde immer stärker. Insbesondere der Abschluss des Beistandspakts zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR im Mai 1935 beziehungsweise der Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Edvard Beneš in Moskau im Juni 1935 lösten in Österreich Aufsehen und Aufregung aus. Das zumindest berichtete Lorenc an Litvinov und merkte außerdem an: »Schon jetzt nach der Reise Beneš nach Moskau, war eine Beunruhigung zu spüren, ob wir nicht mehr Aktivität im Donauprobem zeigen. Die Zeitungen schwiegen sich zwar aus, doch die Redaktionen gaben sich alle mögliche Mühe, die Umstände zu klären.«¹⁷⁴⁶

Lorenc verwies gegenüber Zeitungsredaktionen auf das diesbezügliche offizielle Kommuniqué. Diesem war zu entnehmen, dass Österreich nicht speziell Gegenstand der Gespräche in Moskau gewesen war.¹⁷⁴⁷ Die Frage der Haltung

1742 AVP RF 066/18/116/3/104: Podol'skij an Štern, 27.5.1935.

1743 AVP RF 066/18/116/3/152–155: Lorenc an Štern, 5.7.1935. Ebd., 182–189: Journal Podol'skij, 5.7.1935.

1744 AVP RF 066/18/116/3/162–166: Lorenc an Krestinskij, 26.7.1935. Ebd., 176–178: Journal Podol'skij, 26.7.1935. Ebd., 195–197: Journal Podol'skij, 16.8.1935.

1745 AVP RF 066/18/116/3/64–68: Journal Podol'skij, Wien 15.4.1935.

1746 AVP RF 066/18/116/3/143–145: Lorenc an Volkskommissar Litvinov, 5.7.1935. Zit. in: DVP, Bd. 18, 441–443 (Dok. 310).

1747 AVP RF 066/18/116/3/110–122: Journal Lorenc, 16.6.1935. Ebd., 143–145: Lorenc an Volkskommissar Litvinov, 5.7.1935. Vgl. Meldung im NWB, 12.6.1935, 4.

der Sowjetunion in der »österreichischen Frage« schien mit einem Mal wieder hochaktuell.¹⁷⁴⁸ Im BKA/AA brodelte zudem die Gerüchteküche. Grund war eine Unterredung des *NFP*-Korrespondenten Nikolaus Basseches mit dem NKID-Mitarbeiter Štern. Über dieses Gespräch berichtete der Gesandte Pacher – nicht ohne seine Vorbehalte über die Glaubwürdigkeit der kolportierten Aussagen anzumelden – folgendermaßen nach Wien: Moskau hätte »für den politischen Kurs der österreichischen Regierung sehr viel Verständnis«, auch für die »Fundierung dieses Kurses auf der katholischen Weltanschauung«, da nur so für Österreich ein »erfolgreicher Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus möglich« wäre. Das NKID würde Österreich noch mehr als »Angepunkt der europäischen Politik« betrachten, der »unter Umständen für die Sowjetunion sogar größeres Interesse besitze als die Tschechoslowakei«. Für ein besseres Einvernehmen mit Österreich wollte sich die UdSSR auch in wirtschaftlichen Fragen entgegenkommend verhalten. Pacher, der offenbar wegen Umgehung seiner Person konsterniert war, spielte die Aussagen als vermutlich eigene Ansichten beziehungsweise Interpretationen Basseches' herunter, da Štern ihm gegenüber das betreffende Gespräch mit dem Journalisten anders dargestellt hätte.¹⁷⁴⁹

Dass die NKID-Mitarbeiter die Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen mit Österreich nicht über Heinrich Pacher sondierten, wäre freilich verständlich gewesen. Štern waren 1934 – ebenfalls über Basseches – Gerüchte zu Ohren gekommen, wonach der österreichische Gesandte de facto im Dienst Deutschlands stand.¹⁷⁵⁰ Abgesehen davon ließ der informelle Weg über den *NFP*-Korrespondenten dem NKID alle Türen offen. Wie die Unterhaltung zwischen Štern und Basseches wirklich verlief, ist jedoch nicht zu rekonstruieren. In den zugänglichen russischen Aktenbeständen finden sich keine diesbezüglichen Informationen. Jedenfalls passierte ein in diesem Zusammenhang nach Wien abgesandtes Telegramm von Basseches die sowjetische Zensur, erschien dann aber nur in stark gekürzter Form am 14. Juni 1935 im Abendblatt der *Neuen Freien Presse*. Dort wurde lediglich das »wachsende Sowjetinteresse für Österreich« betont. Die Äußerungen des »maßgebenden diplomatischen Sowjetfunktionärs« über das Verständnis für die österreichische Innenpolitik, das Interesse an guten Beziehungen mit Wien nach Überbrückung von gewissen Hindernissen – gemeint war offenbar die Innitzer-Aktion – und über

1748 Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 48/P, 28.6.1935.

1749 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 45/P, 27.6.1935.

1750 Basseches hielt dagegen Legationsrat Schwinner für keinen Nationalsozialisten. AVP RF 05/14/96/14, 120: Notiz über eine Mitteilung von Basseches an Štern, 1.8.1934. Es war aber jedenfalls Schwinner, der die deutsche Botschaft in Moskau mit Informationen, z. B. auch über das Gespräch Basseches – Štern, versorgte. PAAA, Botschaft Moskau, Karton 144: Tgb. Nr. A/1520-35, Aufzeichnung, 29.6.1935.

den »Wunsch der Sowjets nach vollständiger Unabhängigkeit Österreichs« fehlten.¹⁷⁵¹

Falls diese angebliche Sympathiekundgebung Moskaus für das österreichische Regime wirklich ein Versuchsballon für eine direkte Annäherung an den »Ständestaat« gewesen war oder hätte sein sollen, wie Pacher vermutete¹⁷⁵², dann ließ die österreichische Seite ihn sofort zerplatzen. Der außenpolitische Kommentar des ehemaligen Bundeskanzlers Ernst Streeruwitz in der *Reichspost* vom 18. Juni 1935 (»Wohin die Fahrt?«), in dem dieser ein Bündnis mit der UdSSR aus ideologischen Gründen kategorisch ausschloss¹⁷⁵³, war ein deutliches antisowjetisches Signal. Das Außenamt kritisierte zwar am 3. Juli im offiziellen *Neuigkeits-Weltblatt* Streeruwitz – vor allem wegen dessen unerwünschter Darstellung Österreichs als außenpolitisches Objekt.¹⁷⁵⁴ Doch der Sowjetgesandte vermutete, dass das BKA/AA sein Unbehagen über eine mögliche Aktivität der UdSSR in österreichischen Fragen nur »maskieren« wollte.¹⁷⁵⁵ Pacher fasste im Übrigen den Artikel Streeruwitz' tatsächlich als »authentische Interpretation unseres politischen Kurses« auf und wies dahingehend Basseches zurecht, »um einer weiteren inopportunen Geschäftigkeit seinerseits wenigstens vorläufig einen Riegel« vorzuschieben.¹⁷⁵⁶

Angesichts dieser sehr unfreundlichen Presse, auch in den Bundesländern, sah Lorenc sich veranlasst, am 3. Juli bei Außenminister Berger-Waldenegg vorzusprechen, um ihn darauf hinzuweisen, dass die »von der nationalsozialistischen Propaganda beeinflussten Artikel nicht im Interesse Österreichs« sein konnten. Im BKA/AA konterte man in solchen Fällen mit dem üblichen Hinweis auf die beschränkten Einflussmöglichkeiten der Regierung auf die Zeitungsredaktionen.¹⁷⁵⁷ Es folgte sogar noch ein Artikel Streeruwitz' mit dem Titel *Bolschewismus – der Feind* in der *Reichspost*.¹⁷⁵⁸ Lorenc konstatierte daraufhin eine feindliche Haltung gegenüber den Erfolgen der sowjetischen Außenpolitik vor allem in katholischen Kreisen.¹⁷⁵⁹ Der »Ständestaat« lehnte aus antibolschewistischem Prinzip »Anbiederungen« von sowjetischer Seite ab.

Indessen fachte die Revision der Habsburgergesetze in Österreich Anfang Juli 1935 in diplomatischen Kreisen die Spekulationen über eine bevorstehende

1751 NFP (Abendblatt), 14.6.1935, 2 (»Donaupakt, Westluftpakt und die Sowjets«). Eine Abschrift des ursprünglichen Telegramms Basseches' liegt dem Bericht Pachers bei. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 45/P, 27.6.1935.

1752 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 45/P, 27.6.1935.

1753 RP, 18.6.1935, 1f. (»Wohin die Fahrt?«).

1754 NWB, 3.7.1935, 2f. (»Verfehlte außenpolitische Ansichten«).

1755 AVP RF 066/18/116/3, 143–145: Lorenc an Litvinov, 5.7.1935.

1756 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 44) GSB Moskau Zl. 45/P, 27.6.1935.

1757 AVP RF 066/18/116/3/146–151: Journal Lorenc, 5.7.1935.

1758 RP, 4.7.1935, 3 (»Bolschewismus – der Feind«).

1759 AVP RF 066/18/116/3/152–155: Lorenc an Štern, 5.7.1935.

Habsburgerrestauration wieder an, und auch die Meinung Moskaus diesbezüglich war ein Thema. So fragte der italienische Gesandte in Wien während eines Empfangs beim Außenminister am 10. Juli Lorenc »überraschend« nach dem Standpunkt der UdSSR. Die offizielle Antwort lautete weiterhin: Die Sowjetunion würde die Befürchtungen der Nachbarn Österreichs verstehen und eine Wiedereinsetzung der Habsburger für eine ernste Bedrohung des Friedens halten. Die Revision der Habsburgergesetze betrachtete Lorenc als einen unüberlegten Schritt.¹⁷⁶⁰

In Berichten an das NKID erörterte der Sowjetgesandte auch die Meinungen im diplomatischen Korps, dass Schuschnigg diese Aktion aus innenpolitischen Gründen im Kampf gegen den ehrgeizigen Starhemberg durchgezogen hätte, da dieser selbst die »Regentschaft« anstreben würde. Auch die im Herbst 1935 geplante Bundespräsidentenwahl durch die Bürgermeister wäre aus Gründen dieser Machtkämpfe abgesagt worden. Die Konsequenzen für die nationalsozialistische und kommunistische Propaganda sowie die Ablehnung der prohabsburgischen Politik in der Bevölkerung hätte Schuschnigg jedoch nicht bedacht.¹⁷⁶¹ Die Ausführungen der Sowjetdiplomaten aus Wien zur Habsburgerfrage stießen im NKID – wie an Markierungen im Text zu erkennen ist – auf Interesse. So wurde z. B. eine Beschreibung Otto Habsburgs, die Podol'skij vom Korrespondenten der *Basler Nachrichten* Ernst Klein gehört hatte, offenbar besonders registriert¹⁷⁶²: »Das ist, nach seinen Worten, ein sehr ernster junger Mann, der vor kurzem die Dissertation in Rechtswissenschaften abgeschlossen hat. Otto verhält sich sehr negativ gegenüber dem Faschismus, überhaupt ist er – im Gegensatz zu seiner Mutter, aus deren Einfluss er sich schrittweise befreit – im höheren Maße liberal und hat vor, ein richtig konstitutioneller König zu werden.«¹⁷⁶³

Im *Neuigkeits-Weltblatt* erschien am 31. Juli 1935 sogar die Meldung: »Litwinow für die Habsburger-Restauration«.¹⁷⁶⁴ Es gibt bisher keinen quellenkritisch haltbaren Beleg¹⁷⁶⁵ dafür, dass die UdSSR die Habsburgerrestauration als Garantie gegen einen »Anschluss« fördern wollte. Diverse Andeutungen Pa-

1760 AVP RF 066/18/116/3/167–175: Journal Lorenc, 26.7.1935.

1761 Ebd.

1762 AVP RF 066/18/116/3/129–133: Journal Podol'skij, 17.6.1935.

1763 Ebd.

1764 NWB, 31.7.1935, 1.

1765 Die angeblichen Weisungen des Politbüros vom August und Oktober 1935, welche der deutschen Gesandtschaft in Wien zugespielt wurden, und die in der Literatur vor Öffnung der sowjetischen Archive zur Beschreibung der politischen Haltung der UdSSR zu den Fragen der Abessinienkrise, die Befürwortung eines Donaupaktes und der Habsburgerfrage angeführt wurden, sind eine Fälschung: Weder Form noch Inhalt der Texte entsprechen den inzwischen bekannten Politbürobeschlüssen. Zitate in: Schuschnigg, Kurt: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1988, 364–369.

chers und andere Indizien sprechen für derartige Überlegungen im NKID, aber auch nicht mehr. Im Grunde machte es für die Moskauer keinen Unterschied, wer in Österreich an der politischen Spitze saß. Das Interesse der UdSSR an der Unabhängigkeit Österreichs war allein militärstrategisch in Hinblick auf den Donaauraum und den Balkan begründet, daher suchte man nach Wegen, eine Expansion NS-Deutschlands zu verhindern. Aufgrund seines Informationsstands musste das NKID ohnehin davon ausgehen, dass eine Restauration aufgrund des Widerstands einer ganzen Reihe von Staaten gescheitert wäre und dass in Österreich selbst eine monarchistische Regierung unter Otto Habsburg politisch schwer bestehen hätte können.

Da jeder noch so kleine Versuch einer direkten Verständigung von den Österreichern im Ansatz abgeblockt wurde, blieb den Sowjetdiplomaten in Wien die Aufgabe, die außenpolitischen Schritte der österreichischen Regierung genau zu beobachten, um daraus folgende Konsequenzen für die europäische Lage abschätzen zu können. Äußerungen Außenminister Berger-Waldenegg oder Bundeskanzler Schuschnigg sowie Gerüchte über Verhandlungen mit Deutschland fanden ihren Weg nach Moskau. Lorenc ortete bei Schuschnigg und seiner Umgebung bereits »progermanische« Tendenzen, als dieser sich bei seiner Rede vor dem Bundestag am 29. Mai 1935 für eine Normalisierung der Beziehungen mit Deutschland bei gleichzeitiger Anerkennung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung Österreichs als »deutscher Staat« aussprach.¹⁷⁶⁶

Verschiedenste Detailinformationen vervollständigten das Bild über die internationale Lage. Dazu gehörte zum Beispiel auch eine Charakterisierung Hitlers durch einen amerikanischen Legationsrat in Wien, der den Reichkanzler angeblich schon länger kannte: Hitler würde »mehr an eine Frau erinnern« und »zu unüberlegten Schritten fähig« sein, insbesondere in Bezug auf Österreich, für das er »zur Erfüllung des Lebenstraums, als Sieger am Ring zu fahren, alles geben« würde. Diese Haltung zu Österreich würde Hitler »ins Verderben führen«.¹⁷⁶⁷ Interesse aus militärischen Gründen rief auch die Eröffnung der Großglocknerstraße Anfang August 1935 hervor: Lorenc betonte deren erstrangige strategische Bedeutung für Italien, da nun ein Weg neben dem Brenner nach Salzburg zur Verfügung stand.¹⁷⁶⁸

1766 Z. B. AVP RF 066/18/116/3/88–91: Lorenc an Štern, 6.5.1935. Ebd., 110–122: Journal Lorenc, 16.6.1935. Ebd., 182–189: Journal Podol'skij, 5.7.1935. Ebd., 143–145: Lorenc an Volkskommissar Litvinov, 5.7.1935. Vgl. Für Österreichs Freiheit und Recht. Die historische Rede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in der Sitzung des Bundestages vom 29. Mai 1935, [Wien 1935], 14f. und 18f.

1767 AVP RF 066/18/116/3/82–87: Journal Lorenc, 7.5.1935. Ebd., 92–97: Journal Podol'skij, 7.5.1935.

1768 AVP RF 066/18/116/3/162–166: Lorenc an Krestinskij, 26.7.1935. Weitere Berichte über die verschiedenen außenpolitischen Einflüsse siehe z. B. Ebd., 229–231: Lorenc an Krestinskij, 6.11.1935.

Seit Mitte 1935, in Zusammenhang mit den Beistandspakten mit der Tschechoslowakei und Frankreich, war das Eintreten der UdSSR für die österreichische Unabhängigkeit deutlicher geworden, was auch auf die Linie der Komintern Auswirkungen hatte. Der VII. Weltkongress der Komintern (25. Juli bis 20. August 1935) trat – ohne Österreich namentlich zu nennen – für den Kampf um die »nationale Unabhängigkeit« bei einem Überfall einer imperialistischen Großmacht auf einen »schwachen Staat« und für die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Kräfte ein.¹⁷⁶⁹ Diesen Aufruf zur Volksfronttaktik gegen den Faschismus fasste das österreichische Regime allerdings als direkten politischen Angriff auf, weshalb Außenminister Berger-Waldenegg die Möglichkeiten eines diplomatischen Protests prüfen ließ – allerdings mit negativem Ergebnis.¹⁷⁷⁰

Auf Propagandaebene interpretierte die Zeitschrift *Der christliche Ständestaat* die Beschlüsse der Komintern als »raffiniertes Manöver gegen den einzigen wirklichen Gegner des Nationalsozialismus [...]: gegen den christlichen, sozialen Konservatismus« und als Kompromittierung der gemäßigten Linken und der Konservativen, da nun Reichsminister Joseph Goebbels alle Feinde des NS-Regimes als »Handlanger und Verbündete der III. Internationale« darstellen könnte¹⁷⁷¹: »Ganz klar und eindeutig also, daß sie [die Komintern] damit nur die christlich-konservative Front gegen die braune Anarchie kompromittieren wollte, um allein als der Prellbock und das Bollwerk dazustehen oder sich wenigstens ein Alibi zu sichern, denn es ist selbstverständlich, daß sich jeder noch so scharfe Gegner des Nationalsozialismus, der auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, von dieser Bundesgenossenschaft sofort und entschieden lossagen muß, denn nie darf seine Kampfstellung dazu führen, daß er dem roten Bolschewismus auch nur im geringsten nachgibt.«¹⁷⁷²

Im Oktober 1935 kam es zu einer weiteren starken Verstimmung zwischen Österreich und der UdSSR in Zusammenhang mit den Sanktionen des Völkerbundes gegen den Einmarsch Mussolinis in Abessinien. Österreich enthielt sich in Treue gegenüber dem Duce und aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Italien der Stimme.¹⁷⁷³ Die Österreicher setzten mehr auf die

1769 VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Frankfurt am Main 1971, 291.

1770 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 609) Liasse Russland 15/1, GZl. 37.516-13/1935, VII. Komm.intern. Kongress in Moskau, Abteilung 15/Völkerrecht zur Rechtslage, August 1935.

1771 CSt, 18.8.1935, 791f. (»Die Beschlüsse des Moskauer Komintern-Kongresses«).

1772 CSt, 18.8.1935, 792. (»Die Beschlüsse des Moskauer Komintern-Kongresses«). Andere Blätter sprachen von der Wiederaufnahme der Losung der »Weltrevolution«: StÖ, 6.10.1935, 2 (»Komintern beschließt wieder: Weltrevolution!«). Der Heimatschützer, 17.8.1935, 1 (»Wühlarbeit des Bolschewismus«).

1773 Vgl. die Rede des ständigen Vertreters Österreichs beim Völkerbund Emmerich Pflügl, abgedruckt in: NWB, 11.10.1935, 2 (»Oesterreich, Italien und die Sanktionen«).

Unterstützung Italiens als auf den Völkerbund, so schätzte Lorenc deren Haltung richtig ein.¹⁷⁷⁴ Außenminister Berger-Waldenegg hatte im Ministerrat am 18. September 1935 für den Fall, dass Österreich zur Teilnahme an den Sanktionen gegen Italien gezwungen würde, sogar das Szenario des Austritts aus dem Völkerbund in den Raum gestellt, auch wenn Schuschnigg diese Option für »keine leichte Sache« hielt. Die außenpolitische Strategie des Bundeskanzlers lautete: »Österreich müsse eben vollkommen abseits stehen und trachten, die Achtung aller Mächte zu wahren.«¹⁷⁷⁵

In Genf kritisierte Litvinov Mitte Oktober das Verhalten Österreichs und forderte eine Bestrafung für Staaten, die sich an den Sanktionen nicht beteiligten.¹⁷⁷⁶ Für die UdSSR stellten die Maßnahmen gegen Italien einen Präzedenzfall dar, und sie wurden gleichzeitig als eine Frage des Grundsatzes der kollektiven Sicherheit angesehen. Hinter den Kulissen bemühte sich Litvinov allerdings, Österreich und Italien eine freundliche Haltung zu signalisieren. Er wies Lorenc an, im österreichischen Außenamt zu erklären, dass die sowjetischen Auftritte in Genf »weder anti-österreichischen noch anti-italienischen Charakter« getragen hätten, sondern ausschließlich eine Untätigkeit des Völkerbundes angesichts der Aggression verhindert werden sollte: »Wir verstehen die von den österreichischen Delegierten vorgebrachten Argumente hinsichtlich der Nichtteilnahme an den Sanktionen gegen Italien vollkommen, doch formal hielten wir es zur Vermeidung ähnlicher Präzedenzfälle in der Zukunft, die weit ernsteren Charakter haben können, für notwendig, unsere ablehnende Haltung gegenüber der Verletzung der internationalen Solidarität zu bemerken.«¹⁷⁷⁷

Damit war ohne Zweifel eine mögliche Aggression Deutschlands gegen Österreich gemeint. In diesem Sinne argumentierte Lorenc in Diskussionen im BKA/AA. Er versuchte am 30. Oktober den verärgerten Außenminister Berger-Waldenegg davon zu überzeugen, dass im Weiteren die Frage des solidarischen Auftretens der friedliebenden Staaten »mit den lebenswichtigen Interessen Österreichs« verbunden sein könnte.¹⁷⁷⁸ Auf die Bemerkung Generalsekretär Peters Anfang 1936, die Auftritte Litvinovs hätten »in breiten Kreisen keinen guten Eindruck gemacht«, entgegnete Lorenc, dass »man in Öster-

1774 AVP RF 066/18/116/3/211–212: Lorenc an Krestinskij, 17.10.1935.

1775 Ministerratsprotokoll Nr. 1008 vom 18.9.1935, zit. in: Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 3. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 31. Mai 1935 bis 30. November 1935, Wien 1995, 260f.

1776 Vgl. NWB, 15.10.1935, 1 (»Die Hintergründe der Sanktionspolitik«); 16.10.1935, 2 (»Litwinow als Scharfmacher«).

1777 AVP RF 05/15/105/12/56: Litvinov an Lorenc, 27.10.1935.

1778 AVP RF 066/18/116/3/221–228: Journal Lorenc, 6.11.1935.

reich in einigen Monaten Litvinov dafür noch dankbar dafür sein wird, dass er im Völkerbund mutig und erfolgreich für die Verteidigung der Prinzipien des Völkerbundes und für die kollektive Sicherheit eingetreten ist.« Österreich benötige den kollektiven Schutz »wie kein anderes Land«. ¹⁷⁷⁹

Mussolinis Abessinienkrieg brachte eine Wendung für die politische Situation in Europa mit sich, welche die Ansätze einer Annäherung zwischen Italien und Frankreich, die ohnehin wackelige »Stresa-Front« und eine mögliche Lösung im Donauraum 1935 zunichte machte. Die Schutzmacht Österreichs war international isoliert und schien in der europäischen Szenerie nicht mehr präsent, da seine Kräfte im Krieg gebunden waren. Die Versuche Schuschniggs Anfang 1936, die italienische Orientierung abzuschwächen und engere Beziehungen mit der Tschechoslowakei, vor allem im Bereich des Handels, zu erreichen, wurden von Berlin mit großer Aufmerksamkeit und Sorge ¹⁷⁸⁰, von Moskau mit Wohlwollen ¹⁷⁸¹, beobachtet. Lorenc schlug dem NKID sogar vor, die neuen Tendenzen der österreichischen Außenpolitik auf wirtschaftlicher Linie durch mehr sowjetische Bestellungen in Österreich zu unterstützen. ¹⁷⁸²

Angesichts der Abwesenheit Italiens in der europäischen Politik wurde die Frage der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs in diplomatischen Kreisen Anfang 1936 intensiver diskutiert. Die Kleine Entente fürchtete im Fall einer militärischen Intervention gegen Deutschland wegen eines »Anschlusses« ohne Unterstützung durch andere Staaten zu bleiben. Den Artikel 16 des Völkerbundstatuts, der im Kriegsfall zusammen mit anderen Bestimmungen gemeinsame militärische Maßnahmen und Wirtschaftssanktionen gegen einen Angreifer regeln sollte und die entsprechenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten nannte ¹⁷⁸³, hielt Jugoslawien für nicht ausreichend und zu kompliziert. Zur Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs schlug der rumänische Außenminister Nicolae Titulescu daher ein Abkommen zwischen der Kleinen Entente, England, Frankreich und auch der Sowjetunion vor. Frankreichs Außenminister Pierre-Étienne Flandin sondierte beim sowjetischen Gesandten in Paris Vladimir Potëmkin die Meinung der UdSSR in der

1779 AVP RF 05/16/116/18/15–27: Journal Lorenc, 27.1.1936.

1780 PAAA, R 73.357: Rundschreiben des Auswärtigen Amts, Berlin, 6.2.1936.

1781 Vgl. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 176) Liasse Österreich 2/3, GZL. 35.205-13/1936 GSB Moskau Zl. 11/P, 7.2.1936.

1782 AVP RF 05/16/116/18/10–14: Lorenc an Krestinskij, 27.1.1936.

1783 Der Rat des Völkerbundes sollte den Mitgliedstaaten das Ausmaß an der Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht vorschlagen. Die Mitglieder waren auch verpflichtet, den Durchzug von Streitkräften zu gestatten. Vgl. Strunz, Johann (Hg.): Der Völkerbund. Entstehung und Satzung, Organe und Geschäftsordnungen, Entwicklung und Wirkung in der großen Politik, Leipzig [1930], 23–25.

Frage. Doch dieser konnte mangels Anweisungen aus Moskau keine Auskunft erteilen, verwies aber auf den Artikel 16 des Völkerbundes, den die UdSSR gemeinsam mit anderen Mitgliedern erfüllen würde, und schließlich auf den französisch-sowjetischen Pakt, der vor der Ratifizierung stand. Zudem war die Beteiligung Frankreichs und Englands an einer Garantieerklärung für Österreich für Moskau von Bedeutung.¹⁷⁸⁴ Die UdSSR schien einem Abschluss eines Pakts zur Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit unter Umständen nicht abgeneigt.¹⁷⁸⁵ Aus Österreich hatte das NKID immer wieder negative Meldungen über die innenpolitische Lage gehört: Lorenc meldete eine »tiefe Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Regime im Land«. Nationalsozialisten verbreiteten Gerüchte über englische Truppen in Österreich und die Besetzung Nordtirols durch Mussolini. Eine Abstimmung wie im Saarland wäre in der Bevölkerung zweifellos sehr populär, die politische Orientierung an Italien »schrecklich unbeliebt«.¹⁷⁸⁶

Die Überlegungen, die in Paris angestellt wurden, kamen aber aus den Ansätzen nicht hinaus – und die österreichische Regierung war an einer solchen Konstellation ohnehin nicht interessiert. Pacher bemerkte in Moskau die stark pessimistische Sichtweise des NKID betreffend die Lage Österreichs und registrierte Versuche einer Annäherung: »Gelegentliche mündliche Andeutungen bestätigen mir diese Auffassung, doch lasse ich in solchen Fällen meine Mitredner über derartige Andeutungen nicht hinauskommen, um – wie ich glaube, in Konformität mit den für mich maßgebenden Intentionen – selbst die Möglichkeit gegenseitiger Anbiederungen zu vermeiden«.¹⁷⁸⁷

Die Haltung des österreichischen Gesandten traf auf klare Zustimmung im BKA/AA, was die Randnotiz des Leiters der politischen Abteilung Theodor Hornbostel an dieser Stelle beweist: »gut!«.¹⁷⁸⁸ Das katholisch geprägte Regime hielt mit seiner Meinung in dieser Frage ohnehin nicht hinter dem Berg: Die *Reichspost* betrachtete die Sowjetunion unbeirrbar als Trägerin der kommunistischen Weltrevolution und ließ keinen Zweifel daran, dass man einen Sicherheitspakt mit Beteiligung der UdSSR ablehnte.¹⁷⁸⁹ Im of-

1784 Protokoll über das Gespräch zwischen dem französischen Außenminister Flandin und dem sowjetischen Gesandten in Frankreich Potëmkin, 5.2.1936, zit. in: DVP, Bd. 19, 59–62. (Dok. 35). Brief des sowjetischen Gesandten in der Tschechoslowakei S. Aleksandrovskij an M.M. Litvinov, 14.2.1936, zit. in: DVP, Bd. 19, 90–93 (Dok. 46). Brief an Aleksandrovskij, vom 11.2.1936, zit. in: DVP, Bd. 19, 726 (Anm. 26).

1785 Pacher zog diesen Schluss aus einem Bericht der Izvestija vom 20.2.1936. AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 232) Liasse Österreich 7/1, GZl. 35.892-13/1936 GSB Moskau 18/P, 28.2.1936.

1786 AVP RF 05/16/116/18/15–27: [Bl. 20f.] Journal Lorenc, 27.1.1936.

1787 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 176) Liasse Österreich 2/3, GZl. 37.931-13/1936 GSB Moskau Zl. 29/P, 7.2.1936.

1788 Ebd.

1789 RP, 10.2.1936, 1 (»Christentum und sowjetrussische Außenpolitik«, »Außenpolitische Schau«).

fiziösen *Neuigkeits-Weltblatt* blieb man hinsichtlich der Gerüchte aus Paris sachlich, bewertete alles nur als vage Sondierungsgespräche und wies nonchalant darauf hin, dass die Sowjetunion »für das eigentliche Mitteleuropa wenig Bedeutung« hätte und die betreffenden Länder in erster Linie selbst eine wirtschaftliche Zusammenarbeit finden müssten.¹⁷⁹⁰ Gleichzeitig ließ die Redaktion eine Stellungnahme des Vatikans für sich sprechen, in welcher der Plan als »geschichtswidrig« und als »Zeichen einer schweren und besorgniserregenden Verwirrung« bezeichnete wurde.¹⁷⁹¹ Die offizielle Linie, die Vizekanzler Starhemberg bei seinem Besuch in Paris vorgab, lautete: Eine Lösung im Donaauraum gibt es nur mit Italien.¹⁷⁹² Österreich hoffte auf eine baldige Rückkehr seiner Schutzmacht in das europäische Geschehen und auf eine Festigung der Beziehungen mit den Nachbarn. *Der christliche Ständestaat* schrieb dazu am 23. Februar 1936 programmatisch: »Nur wer aus ideologischen oder sonstigen Gründen das Naheliegende nicht sehen will, kann auf den absurden Plan kommen, Italien von der europäischen Einheitsfront für Oesterreich auszuschalten, und dafür Rußland als Ersatz zu nominieren. Oesterreich hat nicht nur sich, sondern der ganzen Welt einen Gefallen damit getan, daß es so absurde Zumutungen offen zurückweist. Es ist nicht in der Lage eines Almosenempfängers, der Almosen nehmen muß, von wo sie kommen. Es weiß um seine Wichtigkeit und Bedeutung für seine näheren Nachbarn und für ganz Europa.«¹⁷⁹³

Die vage außenpolitische Option Anfang 1936 bot in Österreich jedoch Anlass für Diskussionen und Analysen über das bolschewistische Russland. Der Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter, der im März 1933 von Dollfuß mit der Leitung der »Österreichischen Arbeiteraktion« zur »Verständigung mit der Arbeiterschaft« betraut worden war und immer wieder mit ungewöhnlichen Ansichten aufgrund seiner Methode »Rechts stehen und links denken« auffiel¹⁷⁹⁴, trat in seinen *Wiener Politischen Blättern* grundsätzlich für eine Förderung der »Rückkehr Russlands nach Europa« ein. Diese schien ihm im Fall der Sowjetunion – im Gegensatz zu NS-Deutschland – möglich.¹⁷⁹⁵ Er hielt zudem die Einbeziehung der UdSSR auch in Fragen der Donaukonföderation für den Erhalt des Friedens entscheidend wichtig: Daher müssten sich »die kleinen

1790 NWB, 1.2.1936,1 (»Rußland als Garant der österreichischen Unabhängigkeit?«); 4.2.1936, 1f. (»Hochkonjunktur«); 6.2.1936, 1f. (»Die Pariser und Londoner Besprechungen«).

1791 NWB, 12.2.1936, 1f. (»Das Vatikanorgan gegen Rußland als Garant Mitteleuropas«).

1792 Vgl. WZ, 12.2.1936, 3 (»Vizekanzler Starhemberg über die aktuellen österreichischen Fragen«). NWB, 7.2.1936, 2 (»Der Ausklang der Pariser Gespräche«).

1793 CSt, 23.2.1936, 189 (»Das französisch-russische Bündnis«).

1794 Vgl. die von Winter herausgegebenen Zeitschriften *Die Aktion* und *Wiener Politische Blätter*.

1795 WPBl, Nr. 1, 19.1.1936, 16 (»Rußland«).

Völker des Donaumaues [...] von den primitiven antimarxistischen Klischees über den Bolschewismus befreien.«¹⁷⁹⁶ Winter beging mit diesen Äußerungen einen Tabubruch und provozierte starke Kritik, die sich in charakteristischer Weise in *Der christliche Ständestaat* zeigte: Man dürfte sich durch das Mittel des »Kommunistenschrecks« nicht von den Nationalsozialisten gängeln lassen. Doch genauso wenig, wie es möglich wäre, »den Teufel durch den Beelzebub auszutreiben«, d. h. den Bolschewismus mit dem Nationalsozialismus zu bekämpfen, könnte man umgekehrt im Bolschewismus einen Bundesgenossen gegen den Nationalsozialismus sehen.¹⁷⁹⁷ Nationalsozialismus und Bolschewismus galten in der Ideologie des »Ständestaates« als zwei Formen einer anti-christlichen Bewegung und wurden in der Propaganda bis 1936 als Feindbilder de facto gleichgesetzt. Das katholisch geprägte Regime präsentierte sich dabei als Bollwerk der abendländischen, christlichen Kultur.¹⁷⁹⁸

Diese wichtige Säule des Selbstverständnisses des »Ständestaates«, vor allem in katholischen Kreisen, wurde am 11. Juli 1936 durch das Abkommen mit Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert. Schuschnigg war außenpolitisch ohne Rückhalt und ohne Alternativen geblieben und musste auf Druck Mussolinis eine direkte Verständigung mit NS-Deutschland finden. Im Kommuniqué erklärten die »beiden deutschen Staaten« »ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten«. Deutschland anerkannte die volle Souveränität Österreichs, während die Regierung Schuschnigg versicherte, »ihre Politik [...] auf jener grundsätzlichen Linie« zu halten, »die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht«.¹⁷⁹⁹ Im geheimen Zusatzprotokoll stimmte Schuschnigg einer Amnestierung der verhafteten Nationalsozialisten und der Aufnahme von Vertretern der »nationalen Opposition«, Edmund Glaise-Horstenau und Guido Schmidt, in die Regierung zu.¹⁸⁰⁰

Auch wenn Österreich im Juliabkommen offiziell nicht mehr als eine »Normalisierung« der staatlichen Beziehungen sehen wollte, gab es doch einigen

1796 WPBl, Nr. 2, 23.2.1936, 52 (»Probleme der Donauföderation«).

1797 CSt, 29.2.1936, 309 (Nikolaus Dohrn: »Russenpakete und »antimarxistischer Affekt««). Ein weiterer Diskussionsbeitrag zur Frage der »Russenpakete« befindet sich ebd., 310–311.

1798 Vgl. z. B. RP, 27.6.1933, 1f. (»Der Hakenkreuzweg des deutschen Volkes. Vom Scheinnationalismus zum Bolschewismus«). StÖ, 28.5.1933, 1 (»Braune Sowjetmethoden gegen Europa«): 13.8.1933, 4 (»Sowjetrußland als Hitlerspiegel«). CSt, 26.8.1934 (»Hans Conrad »Bolschewismus und Nationalsozialismus«), 9–11; 18.8.1935, 793. Kriebchaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien / Köln / Weimar 2001 (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg; 12), 317.

1799 WZ, 12.7.1936 (»Normalisierung der Beziehungen Österreich – Deutschland«).

1800 Eine detaillierte Analyse zum Juliabkommen bietet Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juliabkommen 1936, Wien / Köln / Weimar 2001 (= Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek; Bd. 37). Ein Faksimile des »Gentleman-Agreement« siehe ebd., 287–292.

Erklärungsbedarf. *Der christliche Ständestaat* betonte, dass man an dem Ziel der »Erfüllung der gleichbleibenden österreichischen übernationalen und christlichen Mission« festhielte – und dies bedeutete die »Wiederherstellung der legitimen landesfürstlichen Gewalt«, Zusammenarbeit im Donauraum und die Erhaltung der inneren und äußeren Selbstständigkeit des Staates. Außerdem strebe man die »Versöhnung der linksgerichteten Arbeiterschaft mit Österreich« an.¹⁸⁰¹ In Presse und Propaganda hob man hervor, dass es sich um ein Abkommen zwischen Staaten »unter vollkommener Respektierung der beiderseitigen innerpolitischen Einrichtungen« handelte und der Kampf gegen den Nationalsozialismus in Österreich fortgeführt würde. In Instruktionen für die Redner der VF hieß es in Bezug auf die Anerkennung Österreichs als »deutscher Staat« durch Berlin sogar, dass damit »die Gleichsetzung von Deutschtum und NSDAP einen sichtlichen Bruch erfahren hat«. Bundeskanzler Schuschnigg gab die Parole aus: »Der Kurs bleibt der alte!«¹⁸⁰²

Österreichs Ringen um Unabhängigkeit

Der Zweckoptimismus des österreichischen Kanzlers wurde von den sowjetischen Beobachtern nicht geteilt. In Zusammenhang mit dem Juliabkommen berichtete der Gesandte Lorenc von »Alarmstimmung« in Regierungskreisen, von Verwirrung unter den Legitimisten, unterschiedlichen Reaktionen bei den Katholiken und von einem Aufschwung der Nationalsozialisten, die sich nun aus dem Untergrund wagten. Die Ausweitung der Amnestierungen auf Gefangene aller politischen Richtungen als vermeintliche Grundlage für eine mögliche Aussöhnung mit den Sozialdemokraten zur Stärkung der Basis des Regimes machte auf ihn »den Eindruck naiver Versuche von Leuten, die den Kopf verloren haben«. Seine Einschätzung lautete¹⁸⁰³: »Die Lage in Österreich bleibt nach wie vor sehr kompliziert und die nächsten Perspektiven sind unklar. Es wurde jedoch ein äußerst ernstzunehmender und folgeschwerer Schritt vollbracht, und das österreichisch-deutsche Abkommen verstärkt und

1801 CSt, 19.7.1936, 693 (»Das Abkommen vom 11. Juli«) und 26.7.1936, 719.

1802 Vaterländische Front: Redner-Informationsdienst, Nr. 1, Oktober 1936, 8–11. Vgl. Volsansky: Pakt, 37.

1803 AVP RF 05/16/116/118/118–123: Lorenc an Krestinskij, 27.7.1936. Zit. in: DVP, Bd. 19, 379–382 (Dok. 233). Es handelte sich dabei um keine Generalamnestie, sondern um individuelle Begnadigungen. Zu den Details der Amnestie und Vorfällen bei den Entlassungen der Nationalsozialisten siehe Volsansky: Pakt, 176–182.

beschleunigt die Arbeit jener Kräfte, die Österreich immer mehr in den Orbit Deutschlands führen.«¹⁸⁰⁴

In Moskau sah das NKID das Abkommen mit Deutschland sofort als Beginn eines stillen »Anschlusses« an. Es rechnete mit einer weiteren Unterwanderung der österreichischen Behörden und des Bundesheeres, einer Zunahme des deutschen wirtschaftlichen Einflusses und mit einer Kontrolle der österreichischen Politik durch die deutsche Gesandtschaft in Wien. Der formale »Anschluss« wäre nur noch eine Frage der Zeit, im Moment aber für Deutschland nicht aktuell. Zudem interpretierte man die Verständigung zwischen Hitler und Mussolini als antisowjetische Politik, da Deutschland nun seinen Druck auf den Balkan und die Tschechoslowakei verstärken konnte. Das NKID bat Lorenc um genaue Beobachtung der Lage in Österreich.¹⁸⁰⁵ In den Berichten des Sowjetgesandten Lorenc tauchte übrigens nun eine neue Note im Bild Österreichs auf, das bis dahin fast ausschließlich deutschlandorientiert schien: Er schrieb von Widerständen gegen das Juliabkommen und bemerkte öffentliche Diskussionen. Insbesondere die Artikel Ernst Karl Winters in *Der christliche Ständestaat*, die zu einer Art »Volksfront« aufriefen und von einer genuin österreichischen Kultur sprachen, erregten die Aufmerksamkeit des Polpred.¹⁸⁰⁶

Winter plädierte für eine »soziale Monarchie« in Österreich, die alle politischen Kräfte, das »österreichische Volk«, gegen den Nationalsozialismus vereinen müsste, um die österreichische Kultur als eine europäische zu schützen, und er warf der Regierung vor, sich als »deutscher Staat« zum Vasallen Deutschlands zu machen.¹⁸⁰⁷ Winter sah nunmehr eine Antithese »Legitimus kontra Nationalsozialismus« und alle politischen Strömungen gegen den Nationalsozialismus – Katholiken, Demokraten, Faschisten und Sozialisten bzw. Kommunisten – sollten sich unter dem Banner des Legitimus zusammenschließen. Äußerst provokant wirkten seine theoretischen Ausführungen, wonach sogar der russische Bolschewismus in der abendländischen europäischen Kultur wurzelte.¹⁸⁰⁸ Prompt folgten heftige Reaktionen, wie z. B. ein Leitartikel in der *Reichspost*.¹⁸⁰⁹

Winters Artikel traten zudem eine Welle von theoretischen Stellungnahmen und Analysen los – über die Bündnisfähigkeit der UdSSR, die Folgen

1804 AVP RF 05/16/116/18/118–123: Lorenc an Krestinskij, 27.7.1936.

1805 Krestinskij an den sowjetischen Gesandten in Italien B. E. Štejn, 17.7.1936, zit. in: DVP, Bd. 19, 366–367 (Dok. 223). Štern an Lorenc, 17.7.1936, in: DVP, Bd. 19, 369–370 (Dok. 226).

1806 AVP RF 05/16/116/18/132–136: Lorenc an Krestinskij, 17.8.1936. Ebd., 141–143: Lorenc an Krestinskij, 7.9.1936.

1807 CSt, 19.7.1938, 679f. (Winter, Ernst Karl: Die soziale Monarchie).

1808 CSt, 23.8.1936, 799–801 (Winter, Ernst Karl: Monarchie, »Faschismus« und »Bolschewismus«).

1809 RP, 23.8.1936, 1f. (Funder: »Feuer und Wasser und nicht »Einheitsfront«). Zu den Reaktionen siehe auch Winter, Ernst Karl: Monarchie und Arbeiterschaft. Beihefte zu den »Wiener Politischen Blättern« Nr. 1, Wien 2. Auflage 1936, 69 und 75.

eines eventuellen Abkommens für die Kommunisten im Land und über die Prinzipien des Regimes, d. h. ob mit Stalin, der die frühere Führungsgarde eliminierte, überhaupt noch der Bolschewismus an der Macht wäre, usw.¹⁸¹⁰ Es gab vereinzelt auch Stimmen für Winter, die davor warnten, einem grundsätzlichen Antibolschewismus zu verfallen und sich damit außenpolitisch allein in Richtung NS-Deutschlands zu orientieren.¹⁸¹¹ Programmatisch blieben die Ablehnung des Bolschewismus und die »wünschenswerte Blockbildung [...] abendländischer Kultur und Sitte«.¹⁸¹² Winter hatte aber weiter öffentlich in der Schrift »Monarchie und Arbeiterschaft« auf seiner Meinung beharrt und sich mit Kritik an der Regierung exponiert.¹⁸¹³ Politisch setzte das Regime im Herbst 1936 mit der Absetzung des unbequemen Querdenkers vom Posten des Wiener Vizebürgermeisters ein eindeutiges Zeichen.¹⁸¹⁴ Winters Versuche, »die kommunistische Ideologie in das katholisch-monarchistische Weltbild einzubauen«, wollte man nicht dulden.¹⁸¹⁵

Der Herausgeber des *Christlichen Ständestaats* Dietrich von Hildebrand legte mit »Warum Kampf gegen den Bolschewismus?« ausführlich dar, dass der Bolschewismus ebenso wie der Nationalsozialismus als »Feinde des christlichen Abendlandes« zu gelten hatten.¹⁸¹⁶ Schuschnigg selbst warf, so fasste es der deutsche Botschafter in Wien Franz von Papen auf, Ende November 1936 in Klagenfurt »in einer öffentlichen Rede ›Nazismus‹ in einen Topf mit dem Kommunismus«, wobei »er ihn sozusagen als Staatsfeind zweiter Klasse bezeichnete«.¹⁸¹⁷ Der Bundeskanzler und Frontführer der VF hatte sich – mit Rücksicht auf das Juliabkommen – nur auf den Nationalsozialismus in Österreich bezogen und dabei neuerlich betont, dass es sich bei den Vereinbarungen vom 11. Juli 1936 »um Vereinbarungen von Staat zu Staat« handelte. Mit innenpolitischen Fragen hätten diese nichts zu tun, ergänzte er und rief dazu auf, »an die lebendige Kraft der österreichischen Idee zu glauben«.¹⁸¹⁸

1810 CSt, 30.8.1936, 840–842; 6.9.1936, 1 (»Das Ende des Boshewismus?«).

1811 CSt, 6.9.1936, 853–856 (Klein, Franz: Rußland und Österreich).

1812 CSt, 856–857 (Poukar, Raimund: Die einzig wünschenswerte Blockbildung und ihr Widerspiel). Weiters: CSt, 20.9.1936, 907f. (Cato: Kreuzzug gegen Sowjetrußland?).

1813 Winter, Ernst Karl: Monarchie und Arbeiterschaft. Beihefte zu den »Wiener Politischen Blättern« Nr. 1, Wien 2. Auflage 1936, 5.

1814 CSt, 1.11.1936, 1053. Über die Absetzung Winters Anfang November 1936 berichtete Lorenc ebenfalls nach Moskau. AVP RF 05/16/116/18/148–151: Lorenc an Krestinskij, 7.11.1936.

1815 Vaterländische Front: Redner-Informationsdienst Nr. 3, November 1936, 13.

1816 CSt, 8.11.1936, 1066–1068 (Dietrich von Hildebrand »Warum Kampf gegen den Bolschewismus?«).

1817 Der Deutsche Botschafter in Wien an den Führer und Reichskanzler, 2.12.1936, zit. in: ADAP 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. I. Von Neurath zu Ribbentrop (September 1938 – September 1938), 298 (Dok. 191).

1818 NWB, 28.11.1936, 2.

Bei allem Österreich-Patriotismus und bei aller Betonung der »österreichischen Mission« konnte sich der »Ständestaat« nie von seinem sehr diffizilen Selbstverständnis als »deutscher, christlicher Staat« lösen. Man betonte Österreichs besondere Stellung innerhalb des Gesamtdeutschtums sowie seine historische Bedeutung als Hüter des »wahren Deutschtums«. ¹⁸¹⁹ Ernst Karl Winter hatte auch diese Problematik bei seiner Kritik am Juliabkommen aufgegriffen und die Frage der österreichischen Nation als bedeutendes Thema diskutiert: »Weil es einen österreichischen Staat gibt, so gibt es ein österreichisches Volk oder eine österreichische Nation, eben eine Staatsnation. Wer Österreich als ›deutschen Staat‹ betrachtet und vom ›deutschen Volk in Österreich‹ spricht, muß früher oder später auch den österreichischen Staat negieren.« ¹⁸²⁰ Die theoretischen Überlegungen zum Österreichertum bzw. zu Österreich als eigenständiger Nation waren vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus aufgekommen, hatten sich 1936 schon vor dem Juliabkommen gehäuft und wurden verstärkt weiter geführt. ¹⁸²¹

In Moskau beschäftigte man sich nun ebenfalls mit dem Thema der österreichischen Nation. ¹⁸²² Wahrscheinlich auf Anstoß des Generalsekretärs der Komintern, Georgi Dimitrow, entwickelte der emigrierte KPÖ-Funktionär Alfred Klahr, damals Lektor an der Internationalen Leninschule (ILS) in Moskau, im Laufe des Jahres 1936, spätestens ab dem Juliabkommen, auf Grundlage des Stalin'schen Nationsbegriffs die Theorie von der eigenständigen österreichischen Nation, ¹⁸²³ die im Frühjahr 1937 in der Zeitschrift *Weg und Ziel* erschien. ¹⁸²⁴ Dieser Ansatz war einige Zeit in der KPÖ nicht unumstritten,

1819 Vgl. dazu ausführlich: Kriechbaumer: Die großen Erzählungen, 174–181. Haider, Markus Erwin: Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938, Wien [u. a.] 1998, 243–259; Staudinger, Anton: Austrofaschistische »Österreich«-Ideologie, in: Tálós, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938, 33–47.

1820 Winter, Ernst Karl: Monarchie und Arbeiterschaft. Beihefte zu den »Wiener Politischen Blättern« Nr. 1, Wien 2. Auflage 1936, 5.

1821 Siehe z. B. die Stellungnahmen von Alfons Freiherr von Stillfried in: CSt, 22.3.1936, 276–277 (»Oesterreich – ein nationaler Begriff«) und Ernst Karl Winter in WPBl, 24.5.1936, 195–200 (»Der österreichische Mensch«). Nach dem Juliabkommen z. B. Heinrich Mataja in: CSt, 25.12.1936, 1216–1217 (»Sind wir Oesterreicher eine Nation?«). Vgl. Grelle, Gérard: Entstehung und Theorien der österreichischen Nation: Ernst Karl Winter und Alfred Klahr, in: Festa, Francesco Saverio / Fröschl, Erich / La Rocca, Tommaso / Parente, Luigi / Zanasi, Giusi (Hg.): Das Österreich der dreißiger Jahre und seine Stellung in Europa. Materialien der Internationalen Tagung in Neapel, Salerno und Taurasi (5.–8. Juni 2007), Frankfurt am Main 2012, 63–76.

1822 Zu den Losungen der KPÖ bezüglich der österreichischen Unabhängigkeit siehe: Mugrauer, Manfred: Die KPÖ im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur, in: Wenninger/Dreidemy: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime, 41–68, 54.

1823 Siehe dazu den Abschnitt »Die Bildung des österreichischen Sektors und die Theorie von der österreichischen Nation« in: Köstenberger, Julia: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926–1938). Unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Sektors, Diss. Universität Wien 2010, 108–111.

1824 Klahr, Alfred: Zur österreichischen Nation. Mit einem Beitrag von Günther Grabner, herausgegeben von der KPÖ, Wien 1994.

assoziierten viele doch mit dem »Österreichertum« oder mit dem »österreichischen Menschen« noch sehr stark die Habsburgermonarchie.¹⁸²⁵ Über die geschulten Funktionäre der Kaderschmiede sollte aber die neue Sichtweise an die Kommunisten in Österreich vermittelt werden. Selbst im Anhaltelager Wöllersdorf gelang es den Inhaftierten, heimlich Parteikurse abzuhalten.¹⁸²⁶ Die von Moskau gestützte Theorie von der österreichischen Nation kann als Instrument betrachtet werden, mit der die Komintern im Sinne der sowjetischen Außenpolitik versuchte, gegen einen »Anschluss« zu wirken. Über die Kommunistische Internationale sollte zudem die Losung für eine politische Anlehnung Österreichs an die Sowjetunion als wahre Kämpferin für den Frieden verbreitet werden.¹⁸²⁷

Auch der Gesandte Pacher bemerkte die ostentative Wendung der österreichischen Kommunisten im sowjetischen Exil hinsichtlich der »Nationsfrage«. Er berichtete über den Vortrag »Peter Wiedens« [d. i. Ernst Fischer] mit dem Titel *Der nationale Freiheitskampf in Österreich – ein Kampf gegen den Faschismus* sowie über Zeitungskommentare, die voll von »Sorge um unsere äussere Selbständigkeit und innere Konsolidierung« gewesen waren. Der österreichische Repräsentant in Moskau gab sich regelrecht angewidert: »Wenn man es nicht schon, ach, ohnehin längst wüsste, wahrhaftig, man müsste seine Kleider beriechen, was einen denn für den brünftigen roten Köter gar so anziehend macht.«¹⁸²⁸ Das BKA/AA veranlasste daraufhin eine »scharfe Abfertigung« der »Sowjetanbiederungen« über das Bundeskommissariat für Heimatdienst, »schon um einer Ausschrotung der sowjetischen Auslassungen durch die nat.[ional]-soz.[ialistische] Presse vorzubeugen«.¹⁸²⁹

Eine andere Facette der sowjetischen Politik bildeten Maßnahmen der UdSSR zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft. Lorenc hatte 1936 immer wieder beim NKID mehr Bestellungen in Österreich angeregt¹⁸³⁰ und arbeitete Anfang 1937 konkrete Vorschläge aus, die auch im Interesse der UdSSR lagen. Diese hätten eine deutliche Steigerung des Imports auf ein Niveau von 1931 bedeutet.¹⁸³¹ Mitte 1937 war offenbar bereits eine positive Trendwende

1825 Bezeichnend dafür ist eine anonyme Denkschrift, die sich im Kominternarchiv erhalten hat. RGASPI 495/80/548, 34–43: Einige Anmerkungen zur nationalen Frage in Österreich, einige Zweifel bezüglich der österreichischen Nation, 20.10.1937 [russisch].

1826 Köstenberger: Leninschule, 344.

1827 RGASPI 495/73/15a, 56: Anweisung Dimitrows an Ercoli (d. i. Palmiro Togliatti) [o. D., ca. 1936].

1828 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 607) Liasse Russland 6/1, GZL. 38.831-13/1937, GSB Moskau 15/P vom 30.4.1937.

1829 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 607) Liasse Russland 6/1, GZL. 38.831-13/1937, Vermerke vom 7.5.1937 und 12.5.1927.

1830 AVP RF 05/16/116/18/144–147: Lorenc an Krestinskij, 28.9.1936. Ebd., 156–160: Lorenc an Krestinskij, 17.12.1936.

1831 AVP RF 05/17/128/22/1–4: Lorenc an Litvinov, 7.1.1937.

der sowjetischen Aufträge erkennbar, was sogar den englischen Gesandten Sir Walford Selby veranlasste, Lorenc auf die – eigentlich minimal – wachsenden Handelsbeziehungen mit Österreich und den Staaten im Donauraum anzusprechen.¹⁸³²

Trotz der solcherart geleisteten Unterstützung der UdSSR für die Unabhängigkeit Österreichs, die freilich ein Tropfen auf dem heißen Stein blieb, hatte das NKID kaum Hoffnung auf eine Abwendung der drohenden Gefahr. Über den detaillierten Berichten der sowjetischen Gesandtschaft in Wien 1936 bis 1938 schwebte unausgesprochen die Frage: *Wann* kommt der »Anschluss« an Deutschland? Lorenc und der Erste Sekretär der Gesandtschaft Semën Tverdynin trugen Fakten zusammen, die den Kampf Schuschniggs um die österreichische Unabhängigkeit zeigten, wie seine weiteren außenpolitischen Versuche im Donauraum, Sondierungen für die Habsburgerrestauration und das Vorgehen gegen den NS-Untergrund im Land. Gleichzeitig gaben sie zahlreiche Hinweise auf die verzweifelte Situation des Schuschnigg-Regimes: NS-Unterwanderung des Staatsapparats und der Vaterländischen Front, Angst vor einem Anschlag auf den Bundeskanzler, nationalsozialistische Propaganda, Unzufriedenheit im Regierungslager, »hitleristischer« Einfluss und »progermanische« Ansichten in führenden Kreisen, fehlende Aussöhnung mit den Sozialdemokraten, Spannungen in den außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und nicht zuletzt die Verschlechterung der internationalen Situation.¹⁸³³

Anlässlich der Visite des Reichsaußenministers Konstantin von Neurath in Wien im Februar 1937 gab Tverdynin die seiner Ansicht nach allgemeine Meinung des diplomatischen Korps wieder, wonach »der erfolglose Besuch Neuraths in Wien nicht nur die Gefahr einer weiteren Expansion der Deutschen nach Österreich nicht liquidiert« hätte, »sondern unausweichlich zur Verschärfung der Formen dieser Expansion führen« müsste.¹⁸³⁴ Die genauen Ergebnisse der Gespräche wurden nicht publik, doch symbolisierten die Demonstrationen der Nationalsozialisten und Gegendemonstrationen der VF eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen. Tatsächlich verliefen zum Beispiel die Verhandlungen über die Frage der Rückkehr der nationalsozialisti-

1832 AVP RF 05/17/128/22/72–75: Lorenc an Potëmkin, 27.9.1937. Ebd., 76–79: Lorenc an Litvinov, 28.10.1937.

1833 AVP RF 05/16/116/18/154–155: Lorenc an Krestinskij, 26.11.1936. Zit. in: DVP, Bd. 19, 612f. (Dok. 384). Ebd., 156–160: Lorenc an Krestinskij, 17.12.1936. AVP RF 05/17/128/22/12–19: Tverdynin an Litvinov, 7.3.1937. Ebd., 55–57: Lorenc an Litvinov, 17.6.1937. Ebd., 68–71: Lorenc an Potëmkin, 19.8.1937. Ebd., 72–75: Lorenc an Potëmkin, 27.9.1937. Zit. in: DVP, Bd. 20, 525–527 (Dok. 345). Ebd., 76–79: Lorenc an Litvinov, 28.10.1937. Ebd., 80–83: Lorenc an Litvinov, 28.10.1937. Ebd., 94–96: Lorenc an Litvinov, 27.12.1937. AVP RF 05/18/140/24/1–4: Lorenc' an Litvinov, 27.1.1938.

1834 AVP RF 05/17/128/22/12–19: Tverdynin an Litvinov, 7.3.1937. Zit. in: DVP, Bd. 20, 105–110 (Dok. 61).

schen Legionäre zäh.¹⁸³⁵ Zudem hatten die Österreicher bei den Deutschen beharrlich und natürlich ohne Erfolg die Idee der Habsburgerrestauration beziehungsweise die Einführung einer Monarchie zur Diskussion eingebracht.¹⁸³⁶

Aus seinem Selbstverständnis heraus konnte der »Ständestaat« auf die Einführung einer Monarchie in Österreich nicht verzichten, auch wenn eine Restauration immer wieder offiziell als »nicht aktuell« bezeichnet wurde. Schuschniggs Linie lautete: Die Art des Regimes und der Zeitpunkt einer Änderung wäre die Entscheidung eines souveränen Staates, die allerdings mit Rücksicht auf die internationale Lage getroffen werden müsste.¹⁸³⁷ Die Frage beschäftigte aber weiterhin viele Länder Europas, und in öffentlichen Diskussionen wurden im Frühjahr 1937 wieder verstärkt Argumente pro und contra Habsburgerrestauration ausgetauscht. Tverdynin beklagte den »erfolglosen und unvernünftigen Rummel der französischen Presse über die Habsburger«: Solange diese die Restauration als einzige Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs diskutierte, antwortete Italien mit den Erklärungen des bekannten Journalisten Virginio Gayda im *Il Giornale d'Italia*, wonach Österreich dadurch nur kompromittiert würde. Nach Meinung Tverdynins konnte Mussolini diese Option mit Rücksicht auf die Freundschaft zu Deutschland nicht unterstützen.¹⁸³⁸ Moskau stand dieser Frage anscheinend noch im Frühjahr 1937 offen gegenüber: Laut einem Bericht von Staatssekretär Guido Schmidt über die Krönungsfeierlichkeiten im Mai 1937 in London soll Litvinov gegenüber dem englischen Außenminister Anthony Eden erklärt haben, »er verstehe die Gründe nicht, die die kleine Entente zu einer Stellungnahme gegen die Restauration in Österreich bewegten«.¹⁸³⁹

Die Versuche Bundeskanzler Schuschniggs, eine einseitige Orientierung an Italien und Deutschland zu vermeiden und bessere Kontakte mit der Tschechoslowakei, Frankreich und England zu erreichen, musste indessen zu einer Abkühlung der Beziehungen mit Rom und Berlin führen. Die Sowjetdiplomaten in Wien beobachteten diese Entwicklung genau.¹⁸⁴⁰ Tverdynin sah auf-

1835 Ebd. Vgl. Volsansky: Pakt, 53, 191–193.

1836 Vgl. PAAA, BA 60969: Aufzeichnung Neuraths über das Gespräch mit Schmidt, 20.11.1936 (Bl. 294). PAAA, BA 60970: Aufzeichnung Neuraths über das Gespräch mit Schmidt und Schuschnigg, 27.2.1937 (Bl. 41–45). Zit in: ADAP, Serie D, Bd. 1, 328–330 (Dok. 213).

1837 AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA: (Karton 352) Liasse Österreich 2/11 (Geheim), GZl. 36.427-13/1937, Präzisierungen zur internationalen Diskussion über die Wiedereinführung der Monarchie in Österreich, 4.3.1937.

1838 AVP RF 05/17/128/22/12–19: Tverdynin an Litvinov, 7.3.1937.

1839 Ministerratsprotokoll Nr. 1055 vom 25.5.1937, zit. in: Enderle-Burcel, Gertrude (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 7. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 20. November 1936 bis 25. Mai 1937, 413.

1840 AVP RF 05/17/128/22/20–28: Tverdynin an Litvinov, 27.3.1937. Ebd., 34–37: Lorenc an Litvinov, 17.4.1937.

grund Italiens Position kaum Erfolgchancen für Österreichs Politik.¹⁸⁴¹ Das NKID zeigte Mitte Mai 1937 jedenfalls großes Interesse an den zarten Ansätzen der außenpolitischen Emanzipation Österreichs beziehungsweise an der möglich scheinenden Option der Festigung und Ausweitung der Beziehungen zwischen der Kleinen Entente und Österreich, aber auch Ungarn.¹⁸⁴²

Schuschnigg formulierte sein außenpolitisches Credo im im Herbst 1937 erschienenen Buch »Dreimal Österreich«, in dem er Österreich eine Mittlerrolle in Zentraleuropa zusprach:¹⁸⁴³ »Ich habe daher unsere politische Aufgabe nie in der entscheidenden Wahl zwischen den angeblichen Gegensätzen Mitteleuropa oder Deutschland gesehen, also zwischen Donaubund oder Anschluß, sondern in der Überwindung dieser Gegensätzlichkeiten.«¹⁸⁴⁴ Lorenc maß dem programmatischen Buch für die Verteidigung der Selbstständigkeit Österreichs große politische Bedeutung zu und sah es gegen Berlin gerichtet. Für Deutschland waren Schuschniggs außenpolitische Vorstellungen bedenklich. Im Herbst 1937 zeigte sich die deutsche Gesandtschaft in Wien alarmiert von den vertraulichen Mitteilungen des Ministers Edmund Glaise-Horstenau über dessen »erschütternden Einblick in politische Mentalität« Schuschniggs: »Der Bundeskanzler habe erklärt, aussen- wie innerpolitisch sei der Nationalsozialismus der Feind für eine ruhige Entwicklung Österreichs. Das Juliabkommen habe nicht seine Erwartungen erfüllt, die dahin gegangen seien, aussenpolitisch eine verhältnismässig enge Zusammenarbeit mit dem Reich herzustellen, dagegen innerpolitisch volle Freiheit für eine völlig selbständige österreichische – klerikal-legitimistische – Politik zu erhalten. Der Bundeskanzler habe sich nunmehr verhältnismässig offen dahin geäußert, dass nach der Enttäuschung, die ihm das Abkommen vom 11. Juli 1936 gebracht habe, er sich aussenpolitisch zwar nicht gegen das Reich wenden wolle, aber für Österreich eine engere Verbindung mit den Nachfolgestaaten der Donau-Monarchie einschliesslich Polen anstreben werde, durch eine solche vom Reiche unabhängige Einstellung nach aussen werde ihm auch der Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung im Innern erleichtert.«¹⁸⁴⁵

Doch Schuschniggs Spielraum wurde immer kleiner: Mussolini lehnte eine weitere materielle Unterstützung des Nachbarstaates ab, zu Hitler hatten sich die Beziehungen verschärft. Noch dazu signalisierte der stellvertretende Au-

1841 AVP RF 05/17/128/22/40–50: Tverdynin über die außenpolitische Lage Österreichs, 17.4.1937.

1842 Stv. Volkskommissar Potëmkin an Lorenc, 17.5.1937 und an den politischen Vertreter der UdSSR in Ungarn, 17.5.1937, zit. in: DVP, Bd. 20, 250–252. (Dok. 159, 160).

1843 Schuschnigg, Kurt: Dreimal Österreich, Wien 1937, 269.

1844 Ebd., 271.

1845 PAAA, R103450: Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Wien, 22.10.1937. Zit. in: ADAP, Serie D, Bd. I, 389 (Dok. 264).

ßenminister Großbritanniens Edward Halifax eine konziliante Haltung gegenüber Deutschlands Politik in der Frage Österreichs und Zentraleuropas. Lorenc berichtete Ende November 1937 an Litvinov: »Die letzten Ereignisse der großen internationalen Politik verschlechterten diese Lage zu einem bedeutenden Ausmaß, und warfen bedrohliche Schatten auf die sich abzeichnenden Perspektiven für Österreich. Die Enthüllungen von ›Manchester Guardian‹ und anderen Zeitungen über den Inhalt der Gespräche von Lord Halifax mit Hitler lösten hier Alarm aus.«¹⁸⁴⁶

Die Appeasementpolitik Englands gegenüber Hitler, die seit Mitte 1937 unter Premierminister Arthur Neville Chamberlain auch in Bezug auf Mitteleuropa deutlich wurde, bestärkte Hitler in seinen Ambitionen und brachte den »Anschluss« ins Rollen. Für Großbritannien stellte Zentraleuropa keine unmittelbare Interessenssphäre dar, daher rief eine friedliche Lösung der Grenzfragen keinen Widerstand hervor.¹⁸⁴⁷ Hitler hatte keine ernsthaften Folgen mehr zu befürchten: Mussolini stand auf seiner Seite und Frankreich sollte sich letztendlich in die Politik Englands fügen.¹⁸⁴⁸ Österreich trieb ab diesem Zeitpunkt haltlos auf den »Anschluss« zu. Innenpolitisch beobachtete Lorenc weitere Turbulenzen für das Regime aufgrund von Diskussionen über die Wiedereinführung der Demokratie oder Bildung einer Volksfront. Die »Budapester Konferenz« der Staaten der Römischen Protokolle Mitte Jänner 1938 brachte, wie Lorenc beobachtete, Schuschnigg keine positiven Impulse für seine Außenpolitik.¹⁸⁴⁹

Das Berchtesgadener Abkommen zwischen Hitler und Schuschnigg vom 12. Februar 1938 war nach Meinung des sowjetischen Bevollmächtigten in Berlin Georgij Astachov der nächste Schritt zur »Hitlerisierung« Österreichs durch die Regierungsumbildung und die Aufnahme des Vertreters der »nationalen Opposition« Arthur Seyß-Inquart als Innenminister oder die Generalamnestie der Nationalsozialisten. Der Bericht der Berliner Gesandtschaft vom 26. Februar 1938 ließ keinen Zweifel an der bevorstehenden Entwicklung: Österreich schien verloren, und Astachov wies bereits auf die nächsten Ziele Hitlers hin, allen voran auf die Tschechoslowakei.¹⁸⁵⁰ In Wien war Lorenc nach Schuschniggs Rede vor dem Bundestag am 24. Februar »Österreich muss Österreich

1846 AVP RF 05/17/128/22/88–93: Lorenc an Litvinov, 28.11.1937.

1847 Bátonyi, Gábor: Anglo-Austrian Relations between the Wars, in: Koch (u. a.): Von Saint-Germain, 127f.

1848 Eine genaue Darstellung der diplomatischen Gespräche in Zusammenhang mit dem »Anschluss« gibt Naumov, A. O.: Anšljus Avstrii v 1938 godu kak krizis versal'skoj sistemy, in: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 6/2006, 60–70.

1849 AVP RF 05/17/128/2/94–96: Lorenc an Litvinov, 27.12.1937. AVP RF 05/18/140/24/1–4: Schreiben Lorenc' an Litvinov, 27.1.1938.

1850 Schreiben des Bevollmächtigten der UdSSR in Deutschland G. Astachov an das NKID 16.2.1938 und 26.2.1938, zit. in: DVP, Bd. 21, 80f., 89–91. (Dok. 46, 54).

bleiben« nicht ganz so bestimmt in seiner Einschätzung, aber ebenfalls pessimistisch: »Zweifellos wird Schuschnigg versuchen, den Weg der Entwicklung zu behindern und dem Druck aus Berlin entgegenzuwirken, doch es ist klar, dass Österreich ins Schlepptau genommen wurde. Man kann kaum daran zweifeln, dass es in außenpolitischen Fragen im Weiteren dem deutschen Weg folgen wird.« Gleichzeitig betonte der Polpred, dass der Kanzler »in versteckter Form« die UdSSR angriff, als er von der Notwendigkeit der Gründung eines neuen Europa sprach. In der Phraseologie der Paneuropabewegung, die der Sowjetdiplomate hier erkannte, bedeutete dies aber die Ausgrenzung der UdSSR aus europäischen Angelegenheiten.¹⁸⁵¹ Fast überrascht wirkte Lorenc angesichts der Stärke des Widerstandes der Bevölkerung gegen einen »Anschluss«, unter den Katholiken, Legitimisten, vor allem in der Arbeiterklasse und bei den Bauern. Er berichtete von Unterschriftenaktionen und Demonstrationen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs in Wien, doch ebenso von Aktivitäten der Nationalsozialisten in den Bundesländern. Knapp zwei Wochen vor dem »Anschluss« schrieb Lorenc nach Moskau: »Alle diese Tatsachen zeigen, dass in den nächsten Monaten in Österreich weitere Umschwünge in der innenpolitischen Lage zu erwarten sind.«¹⁸⁵²

Die Ankündigung Schuschniggs vom 9. März, am 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs durchzuführen, brachte schließlich eine schnelle Entscheidung. Die deutsche Hetzkampagne gegen den österreichischen Bundeskanzler, den die Presse des Bündnisses mit Stalin bezichtigte, ließ in Berlin für Astachov nur einen Schluss zu. Er telegraphierte am 11. März nach Moskau, dass »falls Schuschnigg nicht kapituliert und von Seiten der Mächte keine Schritte folgen, Berlin in der allernächsten Zeit zu entschiedenen Maßnahmen greifen wird, möglicherweise morgen, übermorgen.«¹⁸⁵³

Der »Anschluss« als Symptom der Schwäche der sowjetischen Außenpolitik und als diplomatisches Problem

Die Sowjetunion war im Vorfeld und während des »Anschlusses« auf diplomatischer Ebene völlig ins Abseits geraten und schaltete sich in Hinblick auf die

1851 AVP RF 05/18/140/24/5-7: Lorenc an Litvinov, 28.2.1938. Zit. in: DVP, Bd. 21, 96f. (Dok. 58). Vgl. Heimatdienst (Hg.): Österreich muß Österreich bleiben. Die große Rede des Bundeskanzlers und Frontführers Dr. Schuschnigg im Bundestag am 24. Februar 1938, Wien 1938, 14.

1852 AVP RF 05/18/140/24/5-7: Lorenc an Litvinov, 28.2.1938.

1853 Telegramm des provisorischen Bevollmächtigten der UdSSR in Deutschland G. A. Astachov an das NKID, 11.3.1938, zit. in: DVP, Bd. 21, 122.

»österreichische Frage« nicht konkret ein. Selbst die sowjetische Geschichtsschreibung konnte sich nur auf einen Aufruf in der *Pravda* beziehen, die am 28. September 1937 »schnelle und einmütige Handlungen« der am Frieden interessierten Länder zur Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit gefordert hatte.¹⁸⁵⁴ In der internationalen Arena trat Litvinov weiterhin allgemein für die Strategie der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes ein. Auf der 100. Session des Völkerbundrats (27. Jänner bis 2. Februar 1938) wiederholte er die Bereitschaft der Sowjetunion zur Zusammenarbeit, beschwor die Möglichkeiten des Völkerbundes, »um die weitere Entfesselung der Kräfte des Angriffs zu hemmen, und daß er [der Völkerbund] in bestimmten Fällen helfen kann, den Angriff aufzuhalten und einzuschränken«. Der Außenkommissar sprach sich gegen die diskutierte Abschaffung des Artikels 16 im Völkerbundstatut aus.¹⁸⁵⁵

Seit 1936 hatten sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich immer mehr abgekühlt und waren von Misstrauen geprägt. Die Gründe hierfür lagen in den unterschiedlichen Auffassungen in der Frage der (Nicht-)Einmischung in den Spanischen Bürgerkrieg, in der Orientierung Frankreichs an England, in Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer militärischen Zusammenarbeit und nicht zuletzt im Stalin'schen Terror in der UdSSR sowie in den »Säuberungen« in der Führungsebene der Roten Armee. All diese Faktoren in Summe hinterließen bei den ausländischen Beobachtern die allergrößten Zweifel an der Verlässlichkeit der UdSSR als Bündnispartner.¹⁸⁵⁶ Zudem hatten Anfang 1937 Gerüchte über eine mögliche Annäherung zwischen Deutschland und der UdSSR, die von deutschen Diplomaten gestreut worden waren, die europäischen Partner verunsichert.¹⁸⁵⁷ Als sich die Lage um Österreich 1937/38 weiter zuspitzte und England mit der Verständigung mit Deutschland fortfuhr, deutete der französische Botschafter in Berlin André François-Poncet am 23. Februar 1938 gegenüber Konstantin von Neurath vage die Option einer Zusammenarbeit mit der UdSSR an. »Als Gegengewicht, erklärte Herr Poncet, müsse Frankreich sich dann wieder mehr auf Rußland stützen, ein Vorhaben,

1854 *Pravda*, 28.9.1937. Vgl. z.B. *SSSR v bor'be za nezavisimost' Avstrii*, Moskva 1965, 13. Sipols, Vilnis Janovič: *Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza 1936–1939 gg.*, Moskva 1987, 132.

1855 Informationsabteilung des Völkerbundes, Genf: Monatsberichte über die Tätigkeit des Völkerbundes, Bd. 18. (1938), 8–11. Zur ausführlichen Diskussion um den Artikel 16 im Februar 1938, an der sich Österreich nicht beteiligte, und die Stellungnahme Litvinovs siehe ebd., 57f. Vgl. Sipols: *Vnešnjaja politika*, 131f.

1856 *Politburo CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa*, 300–302. Vgl. *Očerki istorii ministerstva inostrannyh del Rossii*, 2. Bd. 1917–2002 gg., Moskva 2002, 198f.

1857 Geheime Gespräche waren tatsächlich zu diesem Zeitpunkt aus taktischen Gründen beiderseits geführt worden. *Očerki istorii ministerstva*, 194. Vgl. *Dokumente in Linke, Horst Günther (Hg.): Quellen zu den deutsch-russischen Beziehungen*, Darmstadt 2001 (= *Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert*; 7), 179–181.

zu dem ich ihm herzlich Glück wünschte.«¹⁸⁵⁸ Im Übrigen kam wenig später, am 1. März 1938, zwischen Deutschland und der UdSSR die Verlängerung des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr zustande.¹⁸⁵⁹

Auf internationaler Ebene waren im Fall der Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs nicht mehr als Konsultationen zwischen England, Frankreich und Italien vereinbart.¹⁸⁶⁰ In der herrschenden politischen Situation in Europa kam auf dieser Basis am Abend des 11. März 1938 nur ein schriftlicher Protest gegen den deutschen Druck auf Österreich zustande. Der britische und der französische Botschafter überreichten in Berlin der deutschen Regierung entsprechende Noten. Deutschland wies jedoch alle Einwände mit dem Hinweis auf die »innere Angelegenheit des deutschen Volkes« zurück.¹⁸⁶¹

In diesem Sinne sollte der »Anschluss« Österreichs mit dem Gesetz vom Sonntag, dem 13. März, betreffend »Die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich« als freiwilliger Akt erscheinen, um auf diplomatischem Wege die Anerkennung der Ereignisse zu erreichen. Der Kurzzeit-Außenminister der Regierung Seyß-Inquart, Wilhelm Wolf, wies die österreichischen Gesandtschaften noch am 13. März an, sich den jeweiligen deutschen diplomatischen Vertretungen zu unterstellen.¹⁸⁶² Sofort wurden konkrete Maßnahmen zur Auflösung des österreichischen Außenamtes und zur Übernahme des gesamten diplomatischen Apparats im In- und Ausland eingeleitet. Das ehemalige BKA/AA sollte mit den diplomatischen Vertretungen in Wien nur noch »Formalverkehr« aufrecht erhalten und höchstens Fragen konsularischer Art behandeln.¹⁸⁶³ Die ehemalige deutsche Botschaft übernahm als »Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Wien« die Kontrolle.¹⁸⁶⁴ Innerhalb kürzester Zeit schufen die neuen Machthaber in Österreich Fakten.

In Moskau war Legationsrat Schwinner, der in Abwesenheit Pachera die österreichische Vertretung leitete, bereits am 12. März zur deutschen Botschaft

1858 Aufzeichnung des Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats von Neurath, Berlin, 23.2.1938. Zit. in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. I. Von Neurath zu Ribbentrop (September 1938 – September 1938), 174f. (Dok. 124).

1859 Vgl. Hilger: Wir und der Kreml, 270–273.

1860 Erklärung des britischen Premierministers Chamberlain vom 14. März 1938, in: Verosta, Stephan: Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Wien 1947, 26f.

1861 PAAA, R103451: Note des britischen Botschafters vom 11.3.1938. Telegramm Weizsäckers an die deutschen Vertretungen im Ausland, 12.3.1938. PAAA, R103450: Note des französischen Botschafters vom 11.3.1938. Beide Noten zit. in: ADAP, Serie D, Bd. I, 472 f. (Dok. 355 und 356).

1862 Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt, Berlin, 13.3.1938, zit. in: ADAP, Serie D, Bd. 1, 482f. (Dok. 374)

1863 PAAA, Botschaft Wien, Mappe 390: Gedächtnisprotokoll zu Besprechungen über die Liquidierung des ehemaligen österreichischen Außendienstes vom 15.3.1938.

1864 PAAA, Botschaft Wien, Mappe 390: Auswärtiges Amt Pers. H 4038, von Ribbentrop, Berlin, 23. März 1938.

übergelaufen, hatte um eine Hakenkreuzfahne für das Gesandtschaftsgebäude gebeten und tags darauf eine feierliche Veranstaltung durchgeführt. Am 14. März überbrachte er dem NKID offiziell die Nachricht, dass Österreich nun nach dem Bundesverfassungsgesetz vom 13. März »Bestandteil des Deutschen Reichs« war.¹⁸⁶⁵ Dort mimte Schwinner offenbar den Zerknirschten, bedankte sich für die Zusammenarbeit, nahm Abschied und bat darum, dass seiner russischen Frau wegen der Ehe mit einem österreichischen Diplomaten keine Schwierigkeiten entstünden.¹⁸⁶⁶ An der nationalsozialistischen Gesinnung Schwingers kann aber kein Zweifel bestehen, da er der deutschen Botschaft bereits in der Vergangenheit Informationen zugetragen hatte und zudem seine Mitgliedschaft bei der NSDAP ab 1932 anerkannt wurde. Auch Pacher war gemäß Bemerkungen des deutschen Botschaftsrats Werner von Tippelskirch in diplomatischen Kreisen für seine nationalsozialistische Weltanschauung bekannt. Die genannten beiden ehemaligen österreichischen Diplomaten wurden als politisch zuverlässig eingestuft und in den auswärtigen Dienst NS-Deutschlands übernommen.¹⁸⁶⁷ Schwinner blieb sogar an der Botschaft in Moskau.

Für das NKID kam das Ende Österreichs als selbstständiger Staat nicht unerwartet: Spätestens seit dem Juliabkommen 1936 und insbesondere nach dem Berchtesgadener Abkommen im Februar 1938 gab man sich keinen Illusionen hin. Es stellte sich vielmehr die Frage, was danach passieren würde. Der »Anschluss« Österreichs war in Moskau in erster Linie das Alarmsignal für die Sicherheit der mit der UdSSR verbündeten Tschechoslowakei und für die weiteren, gefährlicheren NS-Expansionspläne. Außenkommissar Litvinov schrieb am 14. März an das Politbüro: »Die Eroberung [zachvat] Österreichs stellt das größte Ereignis nach dem Weltkrieg dar, voll von größten Gefahren auch nicht zuletzt für unsere Union.«¹⁸⁶⁸ Am selben Tag erschien im Regierungsorgan *Izvestija* ein richtungsweisender redaktioneller Kommentar, der die »Annexion Österreichs« als »Aggression« verurteilte sowie als Beweis für den »Bankrott der britischen Diplomatie«, d. h. der Appeasementpolitik, ansah. Er bestätigte einmal mehr die sowjetische Einschätzung Österreichs als militärstrategischen Punkt für die deutschen Eroberungspläne Richtung Balkan und Osten und als

1865 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 289: Bericht vom 14. März 1938. Pacher befand sich zum Zeitpunkt des »Anschlusses« gerade auf Urlaub in Wien. Ebd., Zum Erlass Pers. 507g, Schreiben der Deutschen Botschaft in Moskau, 21. März 1938.

1866 AVP RF 05/18/140/24/5-7: Auszug Journal V. A. Michel's. Protokoll über das Gespräch mit dem österreichischen Geschäftsträger Schwinner, 14.3.1938. Teilweise zit. in: DVP, Bd. 21, 123f. (Dok. 77).

1867 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 289: Zum Erlass Pers. 507g, Schreiben der Deutschen Botschaft in Moskau, von Tippelskirch, 21. März 1938. Vgl. Ebd., Mappe 559: Schreiben von Graf an Gesandten Schroeder Berlin/AA über die Angelegenheit Schwinner, Moskau, 28.3.1940.

1868 AVP RF 05/18/137/1/118-119, zit. in: Očerki istorii ministerstva, 198.

Mittel zur Kriegsvorbereitung. Dies verdeutlichte auch die abgedruckte Landkarte, auf der Österreich mit den wichtigsten Verkehrsverbindungen zu seinen Nachbarländern zu sehen war.¹⁸⁶⁹

Als offizieller Protest der Sowjetunion gegen den »Anschluss« Österreichs gilt die Stellungnahme Außenkommissar Litvinovs vor der sowjetischen Presse am 17. März 1938, als er den »Anschluss« als »militärische Invasion Österreichs«, als Gewaltakt und als Gefahr für die europäischen Staaten, aber nicht nur dieser, bezeichnete. Er warnte vor der nächsten Bedrohung, der Gefahr für die Tschechoslowakei, und er erklärte, dass die UdSSR »nach wie vor bereit ist, an Kollektivmaßnahmen teilzunehmen, die gemeinsam mit ihr beschlossen würden und die das Ziel hätten, die weitere Ausbreitung der Aggression zu verhindern und die erhöhte Gefahr eines neuen Welt-Massakers auszuschalten«. Diese Rede wurde in einer Note England, Frankreich, der Tschechoslowakei und den USA mit dem Vorschlag übermittelt, eine gemeinsame Konferenz abzuhalten.¹⁸⁷⁰ Nach den Vorstellungen des NKID sollten sich zumindest Frankreich und Großbritannien zur Diskussion der aktuellen Fragen bereit erklären. Es sollten zudem nur Staaten an der Konferenz teilnehmen, die eine unzweideutige Haltung zur kollektiven Sicherheit zeigten.¹⁸⁷¹

Der Aufruf Litvinovs blieb ohne Erfolg: England befürwortete in seiner Antwort vom 24. März nur eine Versammlung aller europäischen Staaten, deren Realisierung London selbst unter den gegebenen Umständen für unwahrscheinlich hielt. Nach Ansicht der Briten hätte ein Treffen einiger der europäischen Mächte mit dem Ziel der Verwirklichung einer gemeinsamen Aktion gegen die Aggression den Frieden zu sehr bedroht.¹⁸⁷² Niemand griff also den sowjetischen Vorschlag auf.¹⁸⁷³ England und Frankreich wollten einen Konflikt vermeiden und setzten gegenüber Hitler weiterhin die Appeasement-Strategie

1869 Izvestija, 14.3.1938, 2 (E. Aleksandrov: »Anneksija Avstrii«). Ähnlich Pravda, 14.3.1938 (I. Ermašev: Zachvat Avstrii). Vgl. weitere sowjetische Analysen zur militärstrategischen, wirtschaftlichen und internationalen Bedeutung des »Anschlusses«: Vasil'ev: Zachvat, 16–22 und Ljachovskij: Zachvat, 52–60.

1870 Izvestija, 18.3.1938. Deutsche Übersetzung in der Version von Verosta: Die internationale Stellung, 27–29. Litvinovs Stellungnahme wurde mehrmals in Quelleneditionen publiziert, z. B. in: DVP, Bd. 21, 128f. (Dok. 82). Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.): UdSSR – Österreich 1938–1979, Moskau 1980, 12–14. Auch die Länder am Balkan, im Baltikum, in Skandinavien sowie Polen, Belgien und die Türkei sollen diese Rede Litvinovs als Note erhalten haben. Sipols: Vnešnjaja politika, 146.

1871 Sipols: Vnešnjaja politika, 146f.

1872 Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 293. Der entsprechende Notenwechsel zwischen Großbritannien und der UdSSR befindet sich in: Woodward, E. L. / Butler, Rohan (ed.): Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series, Vol. 1. 1938, London 1949, 62–64, 101.

1873 Vgl. Haider: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, 293; Sipols: Vnešnjaja politika, 147–152.

fort.¹⁸⁷⁴ An den sowjetischen Gesandten in der Tschechoslowakei, Sergej Aleksandrovskij, schrieb Litvinov: »Meine Erklärung ist wahrscheinlich der letzte Aufruf an Europa zur Zusammenarbeit, danach werden wir, allem Anschein nach, die Position des geringen Interesses an der weiteren Entwicklung der Angelegenheiten in Europa einnehmen, unabhängig vom weiteren Schicksal der Tschechoslowakei.«¹⁸⁷⁵

Die außenpolitische Position der UdSSR war zu geschwächt, um eine Wende in der europäischen Politik herbeizuführen. So riefen die Äußerungen Litvinovs vom 17. März 1938 bei den Deutschen auch keine Aufregung hervor. Tippleskirch sah darin nur den Zweck, die UdSSR zu einem günstigen Augenblick »in die europäische Politik wieder einzuschalten«. Er schrieb: »Das Entscheidende ist dabei, daß die Sowjet-Regierung zwar vermeidet, sich selbst konkret festzulegen und es anderen Mächten überlässt, praktische Massnahmen zu beschliessen, jedoch im Grunde nur darauf ausgeht, die Front gegen die Aggressoren d. h. die Gegner der Sowjet-Union zu verstärken. [...] In Anbetracht der inneren und militärischen Lage der Sowjet-Union hat Litwinow offenbar das einzige zunächst für ihn Mögliche getan, nämlich vermittels eines wortreichen, allgemein gehaltenen Apells [sic!] an die ›Friedensfreunde‹ seine Stimme warnend zu erheben.«¹⁸⁷⁶

Interessant fand Tippleskirch dagegen die Bemerkung in einem Artikel des offiziellen *Journal de Moscou* vom 22. März 1938 über »Die Lehren aus dem Anschluss und die Erklärung Litwinows«, der sowjetische Außenkommissar »habe von neuem, vielleicht zum letzten Mal, die Notwendigkeit aufgezeigt [...] einen gemeinschaftlichen Aktionsplan auszuarbeiten.«¹⁸⁷⁷ In den diplomatischen Kreisen in Moskau wurde die Stellungnahme Litvinovs nicht nur in Hinblick auf Österreich, sondern vor allem in Zusammenhang mit der polnisch-litauischen Krise gesehen, die in diesen Tagen große Beunruhigung hervorrief, während der »Anschluss« Österreichs allgemein als »fait accompli« erschien.¹⁸⁷⁸ Litvinov hatte nur zu einer Verhinderung der »wei-

1874 Vgl. Naumov: Anšljus, 72.

1875 AVP RF 05/18/149/166, 5, zit. in: Očerki istorii ministerstva, 198.

1876 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 059: Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau vom 18.3.1938, Erklärung Litwinovs. Zit. in: ADAP, Serie D, Bd. 2, 144f. (Dok. 96).

1877 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 059: Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau vom 24.3.1938, Artikel des *Journal de Moscou* betreffend die Erklärung Litwinovs. Maschinschriftliche Unterstreichung im Original.

1878 Polen stellte Litauen ein Ultimatum zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Vgl. PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 059: Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau vom 18.3.1938, Erklärung Litwinovs. Vgl. Telegramm Tippleskirchs vom 17.3.1938 an das Auswärtige Amt. Zit. in: ADAP, Serie D, Bd. II, 141f. (Dok. 92). Dokumente des amerikanischen Botschafters Joseph Edward Davies in Moskau. Davies, Joseph Edward: Als USA-Botschafter in Moskau: authentische und vertrauliche Berichte über die Sowjet-Union bis Oktober 1941, 223–228.

teren Ausbreitung der Aggression« aufgerufen. Auf einen Erfolg seiner Initiative bei den Westmächten dürfte der Außenkommissar selbst nicht oder nicht mehr gehofft haben. Dem Bericht des US-Botschafters Joseph E. Davies zufolge äußerte sich Litvinov am 23. März 1938 offen über das Misstrauen zwischen der UdSSR und Frankreich und seine Meinung, dass der Völkerbund tot wäre.¹⁸⁷⁹

Der Aufruf Litvinovs zu Kollektivmaßnahmen begründete das Narrativ der sowjetischen Historiografie, die UdSSR wäre die einzige Großmacht gewesen, die gegen den »Anschluss« und für die Unabhängigkeit Österreichs gekämpft hätte. Selbst Nikita Chrusčëv griff bei seinem Wien-Besuch im Jahr 1960 dieses Thema auf und betonte, dass die UdSSR den »Anschluss« niemals anerkannt hätte.¹⁸⁸⁰ Es bleibt aber auch die Tatsache festzuhalten, dass die UdSSR bei der deutschen Regierung niemals einen schriftlichen oder mündlichen Protest gegen den »Anschluss« eingelegt oder eine Note über eine Nichtanerkennung dieses Schritts übergeben hat. Im direkten Kontakt mit den Deutschen hielt sich die Sowjetregierung mit offiziellen diplomatischen Reaktionen ganz offensichtlich zurück. Als der deutsche Botschaftsrat Tippelskirch am 15. März 1938 im NKID die Verbalnote über das Gesetz zur »Wiedervereinigung Österreichs mit den Deutschen Reich« überbrachte und mitteilte, dass sich die österreichische Gesandtschaft der deutschen Botschaft unterstellt hatte,¹⁸⁸¹ nahm der stellvertretende Außenkommissar Vladimir Potëmkin dies »zur Kenntnis, ohne endgültig dazu Stellung zu nehmen«.¹⁸⁸²

Eine Woche nach dem »Anschluss« und bereits drei Tage nach seinem Appell an die Westmächte, am 20. März, hielt Maksim Litvinov in einem Schreiben an Stalin fest: »Es ist unumgänglich, aus dem Faktum der Vernichtung Österreichs als selbstständigen Staat den Schluss zu ziehen und unsere Wiener Politische Vertretung zu liquidieren.« Der Außenkommissar stellte zur Diskussion, in Wien, wie viele andere Staaten auch, ein Konsulat zu errichten: »Wien ist und bleibt jedoch ein großes Zentrum im Herzen Europas und die Gründung eines Konsulats erscheint mir zielführend.«¹⁸⁸³ Dies hätte eine for-

1879 Memorandum über eine Unterredung zwischen Litvinov und Joseph E. Davies in der US-Botschaft vom 23. März 1938, zit. in: Davies: Als USA-Botschafter, 224f.

1880 Družestvennyj vizit. Prebyvanie Predsedatelja Soveta Ministrov SSSR N. S. Chrusčëva v Avstrijskoj Respublike 30. ijunja – 8. ijulja 1960g., Moskva 1960, 53. Zit. nach: Turok, Vladimir Michajlovič: Očerki istorii Avstrii, 1929–1938 gg., Moskva 1962, 489.

1881 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 289: Telegramm 19015, Moskau 15.3.1938. Wortlaut der Note vom 14. März 1938 über die »Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« siehe in: ADAP, Serie D, Bd. I, 485f. (Dok. 378).

1882 PAAA, Botschaft Moskau, Mappe 289: Telegramm Nr. 81 von Tippelskirch, 16.3.1938 (Abschrift).

1883 RGVA 33987/3/1080/69: Litvinov an Stalin, Kopien an Molotov, Kaganovič, Vorošilov, Ežov, 20.3.1938.

male Anerkennung des »Anschlusses« durch die UdSSR bedeutet. Doch das Politbüro beschloss am 27. März 1938 die ersatzlose »Liquidierung« der Politischen Vertretung in Wien.¹⁸⁸⁴

Diese Entscheidung Moskaus stand im engen Kontext mit den Auseinandersetzungen um diplomatische Vertretungen in der UdSSR, die sich im März/April 1938 hinsichtlich der deutschen Konsulate in Kiew und Novosibirsk ereigneten. »Wegen der fortgesetzten Schikanierungen«, die übrigens auch andere Staaten betrafen, schloss Deutschland dort seine letzten Vertretungen – abgesehen von jener in Moskau. Berlin verlangte im Gegenzug von der UdSSR die Aufgabe der sowjetischen Konsulate in Hamburg und Königsberg, was auch geschah.¹⁸⁸⁵ Angesichts dieser diplomatischen Fehde kam ein sowjetisches Konsulat in Wien gar nicht in Frage, ohne den Deutschen Zugeständnisse machen zu müssen. Litvinovs Anregung, für Wien das deutsche Konsulat in Kiew bei Zusicherung normaler Existenzbedingungen zu belassen,¹⁸⁸⁶ fand bei Stalin offenbar keinen Anklang. Ein praktischer Nebeneffekt war, dass die UdSSR auf diese Weise offiziell den Schein einer Nichtanerkennung des »Anschlusses« aufrechterhalten konnte.¹⁸⁸⁷

Für das deutsche Außenamt zählte in der Anerkennungsfrage nur die diplomatische Reaktion auf die Verbalnote über die »Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« und die bevorstehende Volksabstimmung. Während die USA (am 19. März bzw. 6. April), Großbritannien und Frankreich (jeweils am 2. April) mit Vorbehalt antworteten, nahmen viele Staaten, zum Beispiel Italien, die Ereignisse in diplomatischen Noten zur Kenntnis und kündigten noch vor der Volksabstimmung am 10. April die Auflösung ihrer Botschaft in Wien an.¹⁸⁸⁸ Das kam einer De-jure-Anerkennung des »Anschlusses« gleich. Eine Antwort mit Vorbehalt interpretierten die Deutschen als De-facto-

1884 RGASPI 17/162/22, 160: Protokoll Nr. 59 der Beschlüsse des Politbüro vom 25. Februar bis 27. März 1938, P. 294 Beschluss vom 27.3.1938 »Über die Bevollmächtigte Vertretung in Wien«. Bereits am 26. März entschied das Politbüro die Schließung der Wiener TASS-Abteilung (P. 279). B. Kacz, der sich als »faktischer Leiter« der TASS in Wien bezeichnete, war übrigens laut seiner Mitteilung an Lorenc vom 17. bis 25. März von der Wiener Staatspolizei in Schutzhaft genommen worden. GARF R-4459/11/1022/5; B. Kacz an Lorenc, 26.3.1938.

1885 PAAA, R119040: Notiz aus Pol. V 1746, 4.3.1938; Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Deutschland, Zl. 14.

1886 RGVA 33987/3/1080/69: Litvinov an Stalin, Kopien an Molotov, Kaganovič, Vorošilov, Ežov, 20.3.1938.

1887 Der Brief mit der Argumentation Litvinovs ist übrigens in den Materialien des Politbüros im RGASPI noch heute gesperrt und wurde nur über die zitierte Kopie an Vorošilov in den Beständen des RGVA bekannt.

1888 Andere, hauptsächlich außereuropäische, Staaten hatten bis 14. April 1938 noch nicht geantwortet. PAAA, R103453: Liste über die Anerkennung der »Rückkehr Österreichs zum Deutschen Reich«, Stand vom 14. April 1938.

Anerkennung.¹⁸⁸⁹ Der Generalsekretär des Völkerbundes, der Franzose Joseph Avenol, dem Deutschland gleichzeitig das Ende der Mitgliedschaft Österreichs in der Organisation mitteilte, bestätigte den Erhalt der Note am 21. März 1938 jedoch wie selbstverständlich.¹⁸⁹⁰ Die UdSSR sorgte in der Anerkennungsfrage in Berlin für einige Verwirrung, da sie die Verbalnote über die »Wiedervereinigung« auf diplomatischem Wege schriftlich gar nicht kommentierte und sich auf diese Weise elegant aus der Affäre zog. Die Vertretung der UdSSR in Berlin teilte am 2. April nur telefonisch sowie am 14. April nochmals mündlich die bevorstehende Schließung der sowjetischen Gesandtschaft in Wien mit.¹⁸⁹¹ Schließlich reihte aber das deutsche Außenamt die UdSSR in die Kategorie »Bedingungslose Anerkennung der Rückkehr Österreichs zum Deutschen Reich« ein.¹⁸⁹²

Die UdSSR berief aber erst nach auffälliger Verzögerung ihre Diplomaten aus Wien wirklich ab. Noch Anfang Juni befanden sich der Gesandte Lorenc und der Erste Sekretär Tverdynin vor Ort. Als einzige wichtige der bisherigen Missionen war die sowjetische zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschlossen.¹⁸⁹³

Als das Ende der Amtszeit Lorenc' als Polpred in Österreich gilt nach offiziellen Angaben der Botschaft der Russischen Föderation der 30. September 1938.¹⁸⁹⁴ Ab Herbst 1938 regelte die UdSSR als einziger großer europäischer Staat die konsularischen Belange für das Gebiet des angeschlossenen Österreichs nur von Berlin aus.¹⁸⁹⁵ Am 4. Juli 1938 hatte das Politbüro die Räumung der Handelsvertretung in Wien bestimmt und die Agenden an die Stelle in Berlin übertragen¹⁸⁹⁶ und im Dezember entband es L.N. Rubinštejn von seinen Funktionen als Handelsvertreter in Österreich.¹⁸⁹⁷ Mit dieser Verzögerungstaktik wollte die UdSSR wohl ihr Missfallen über den »Anschluss« ausdrücken. Nichtsdestotrotz vereinbarten Berlin und Moskau am 1. September

1889 PAAA, R103452: zu Pol IV 1963/38, LR Lohmann, 29. März 1938.

1890 Informationsabteilung des Völkerbundes, Genf: Monatsberichte über die Tätigkeit des Völkerbundes, Bd. 18 (1938), 93f.

1891 PAAA, R103453: Pol. IV 2659, Berlin, 14.4.1938.

1892 PAAA, R103453: Liste über die Anerkennung der »Rückkehr Österreichs zum Deutschen Reich«, Stand vom 14. April 1938.

1893 Außer der UdSSR waren nur der Malteserorden und Paraguay übrig. PAAA, Botschaft Wien, Mappe 465, Bisheriges diplomatisches Korps in Wien, 2. Juni 1938 (Entwurf), Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

1894 Website der Botschaft der Russischen Föderation in Österreich <<http://austria.mid.ru/ambassadors#ambassadors2>> (7.4.2013).

1895 PAAA, R119059: Ergänzende Liste der fremden konsularischen Vertretungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938.

1896 RGASPI 17/162/23/96: Protokoll Nr. 62 der Beschlüsse des Politbüro vom 4. Juni bis 22. Juli 1938, Punkt 149 Beschluss vom 4.7.1938 »Über den Handel mit Österreich«.

1897 RGASPI 17/166/1004: P. 73 13. Dezember 1938 »Über die Handelsvertretung der UdSSR in Österreich«.

1938 die Ausweitung des Handelsabkommens vom 1. März 1938 auf das »Land Österreich«. ¹⁸⁹⁸

Die Tatsache des »Anschlusses« war realpolitisch schnell akzeptiert und auf der internationalen Ebene faktisch kein Thema mehr. Die UdSSR nützte die 101. Session des Völkerbunds im Mai / Juni 1938 zu keiner Stellungnahme in der Frage des Schicksals Österreichs. ¹⁸⁹⁹ Hinter den Kulissen liefen ergebnislose Gespräche mit Frankreich und Großbritannien hinsichtlich der Tschechoslowakei. ¹⁹⁰⁰ Den Völkerbund hatte die sowjetische Diplomatie im März 1938 bei ihrem Appell zur Verhinderung der weiteren Aggression nicht angerufen. Allein Mexiko hatte am 19. März 1938 mit einer Note an den Völkerbund unter Hinweis auf die Verpflichtung der Weltorganisation nach Artikel 10 (»die Unversehrtheit des Gebietes und die politische Unabhängigkeit des Gebietes aller seiner Mitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren«) protestiert und Maßnahmen gefordert. ¹⁹⁰¹

Die sowjetische Außenpolitik bewegte sich in einem Rahmen, der von Vorsicht, Abwarten und Erhaltung der Handlungsfreiheit geprägt war. Moskau sah es als Angelegenheit Englands und Frankreichs an, das Versailler System zu verteidigen. Wie Litvinov im August 1938 dem sowjetischen Gesandten in der Tschechoslowakei Aleksandrovskij darlegte, war die UdSSR »dennoch kraft unseres Konzepts des Kampfes gegen die Aggression bereit, unsere Unterstützung zu leisten, aber wir selbst werden unsere Unterstützung dafür nicht aufdrängen, und umso weniger danach streben.« Aus geopolitischen Gründen hatte die UdSSR Interesse an der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei, ¹⁹⁰² mehr noch als im Fall Österreichs. England und Frankreich führten jedoch eine Politik ohne die UdSSR, was schlussendlich im Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938 endete: Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland einigten sich hier in der Frage der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei.

In diesem historischen Kontext der akuten tschechoslowakischen Krise ist der Auftritt Litvinovs vom 21. September 1938 auf der 19. ordentlichen Tagung

1898 Markert / Geyer: Sowjetunion, 148.

1899 Von den Deutschen wurde nur die Stellungnahme Litvinovs in der von den Briten aufgeworfenen Frage der Anerkennung der Hoheit Italiens über Abessinien registriert. Der Deutsche Botschafter in Moskau an das Auswärtige Amt, Moskau, 16.5.1938, zit. in: ADAP, Serie D, Bd. I, 745 (Dok. 623). Vgl. Rede in: Informationsabteilung des Völkerbundes, Genf: Monatsberichte über die Tätigkeit des Völkerbundes, Bd. 18. (1938), 148f.

1900 Sipols: Vnešnjaja politika, 156f.

1901 Protestnote der Delegation von Mexiko an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 19. März 1938, zit. in: Verosta: Die internationale Stellung, 32–34.

1902 AVP RF 05/18/149/166/24: Litvinov an Aleksandrovskij, 11.8.1938, zit. in: Očerki istorii ministerstva, 203.

der Völkerbundversammlung (12.–30. September 1938) in der Diskussion um den Jahresbericht zu sehen, der des Öfteren als weiterer Beweis des sowjetischen Protests gegen den »Anschluss« Österreichs angeführt wurde.¹⁹⁰³ Genau zu diesem Zeitpunkt überschlugen sich die Ereignisse auf diplomatischer Ebene: England und Frankreich drängten die Tschechoslowakei zur Annahme ihres Vorschlags zur Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, was noch am 21. September tatsächlich geschehen sollte.¹⁹⁰⁴ Die Rede Litwinovs geriet zu einer ausführlichen Abrechnung mit der Appeasementpolitik. Kritisiert wurde die fehlende Anwendung des Artikels 16 des Völkerbundstatuts, d. h. das Ausbleiben von entschiedenen Maßnahmen gegen die erfolgten aggressiven Akte (Annexion Abessinien, »Anschluss« Österreichs, militärische Unterstützung Deutschlands und Italiens für Franco im Spanischen Bürgerkrieg, Angriff Japans auf China). Im Fall von Österreich erinnerte Litwinov an den sowjetischen Vorschlag zur gemeinsamen Konsultation der Westmächte und beklagte, dass dieser »nicht die seinem wahren Wert entsprechende Würdigung erfahren« hatte. Schließlich rief er nochmals zum gemeinsamen Handeln zum Schutz der ČSR auf.¹⁹⁰⁵ Am 20. September 1938 hatte das Politbüro in einem Beschluss der Tschechoslowakei ihren Beistand im Sinne ihrer Verträge, d. h. nur gemeinsam mit Frankreich und im Rahmen des Völkerbundes zugesichert.¹⁹⁰⁶

Das Münchener Abkommen symbolisierte das offensichtliche Scheitern der sowjetischen Außenpolitik der letzten Jahre, da die UdSSR als Großmacht völlig ignoriert wurde¹⁹⁰⁷ und insbesondere das Paktsystem zwischen Frankreich, der Tschechoslowakei und der UdSSR von 1935 völlig wirkungslos blieb. Der deutsche Botschaftsrat in Moskau Tippelskirch kam in seiner Analyse über die Folgen des Münchener Abkommens zum Schluss, dass »gegebenfalls eine positivere Einstellung der Sowjetunion zu Deutschland möglich« wäre, da »Frankreich als Bundesgenosse entwertet« war. Er rech-

1903 Z. B. SSSR v bor'be, 44. Beleckij, W. N.: Sovetskij Sojuz i Avstrija, Moskva 1962, 50; Ardajew Georgij: Die Sowjetunion und die Unabhängigkeit Österreichs, Wien [1975], 19.

1904 Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart vom 21. September 1938, 3730A. Über die Details der »Septembekrise« im Vorfeld des Münchener Abkommens siehe Zarusky, Jürgen / Zückert, Martin (Hg.): Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, München 2013, 97–116, 145–210.

1905 Rede M. M. Litwinovs auf der 19. Tagung Völkerbundversammlung am 21. September 1938, zit. in: DVP, Bd. 21, 501–509. (Dok. 357). Gekürzte deutsche Version in Verosta: Die internationale Stellung, 39–41. Zwei Tage zuvor hatte auch das republikanische Spanien vor dem Völkerbund scharfe Kritik an der Appeasementpolitik Großbritanniens und Frankreichs geübt. Aus der Rede des spanischen Delegierten auf der 19. Tagung der Völkerbundversammlung am 19. September 1938, zit. in: Verosta: Die internationale Stellung, 36–39.

1906 Politbjuro CK (RKP(b) – VKP(b) i Evropa, 363f.

1907 Vgl. Sluč, Sergej: Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt, in: Osteuropa 59 (2009), H. 7–8, 75f.

nete mit einer personellen Rochade an der Spitze des Volkskommissariats des Äußeren.¹⁹⁰⁸

Doch Außenkommissar Litvinov blieb noch einige Monate im Amt. Der »Anschluss« Österreichs und die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete konnten noch als »Revision« des Versailler Systems, als Niederlage der Westmächte in der Auseinandersetzung der kapitalistischen Staaten interpretiert werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die spätere Aussage Stalins in einer Rede vom 6. November 1941: »Solange sich die Hitlerleute damit befassen, die deutschen Länder zusammenzufassen und ihnen das Rheingebiet, Österreich usw. wieder anzuschließen, konnte man sie mit einer gewissen Berechtigung für Nationalisten halten.«¹⁹⁰⁹

Geopolitisch und strategisch dürfte auch hier die sowjetische Schmerzgrenze gelegen haben. Ein Indiz dafür ist das Verhalten Moskaus auf Ebene der Diplomatie. Im Gegensatz zu Hitlers Schritten zur »Revision« des Versailler Systems rief die Okkupation der damals von Hitler so genannten »Rest-Tschechei« am 15. März 1939 eine direkte diplomatische Reaktion von Seiten der UdSSR gegenüber der deutschen Regierung hervor: In der Note vom 18. März erkannte sie das »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« nicht an und bezeichnete das Vorgehen Deutschlands als aggressiven Akt sowie als Gefährdung für den Weltfrieden.¹⁹¹⁰ Dennoch enthielt das Schreiben keinen expliziten Protest, sondern war lediglich als offizielle Erklärung anzusehen.¹⁹¹¹ Bis Herbst 1939 konnte der tschechoslowakische Gesandte Zdeněk Fierlinger in Moskau als »Vertreter eines symbolischen Staates und seiner Regierung« weiterhin fungieren.¹⁹¹²

Die Ereignisse des Jahres 1938/39 hatten jedenfalls dem Kreml seine geschwächte Stellung in der Weltpolitik und das Versagen der Strategie der kollektiven Sicherheit deutlich vor Augen geführt. Militärstrategisch hatte sich die Lage für die UdSSR verschlechtert. Das Münchener Abkommen stellt zweifels-

1908 PAAA, R104356: Schreiben von Tippelskirch, 3.10.1938.

1909 Kynin, G. P./Laufer J. (Hg.): SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Bd. 1. 22. ijunja 1941 g. – 8. maja 1945 g., Moskva 1996, 644 (Anm. 10). Deutsche Übersetzung nach Laufer, Jochen P./Kynin, Georgij P. (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1947, Bd. 1. 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945, Berlin 2004, 575 (Anm. 24). Molotov musste diese Passage gegenüber den neuen Alliierten hinsichtlich der Nachkriegsplanungen auslegen und erläuterte, dass »Stalin nicht für eine solche Vereinigung steht« und Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland getrennt werden sollte. Telegramm Molotovs an den sowjetischen Gesandten in London I. M. Majskej, 21.11.1941, zit. in: Kynin/Laufer: SSSR, 118f.

1910 Očerki istorii ministerstva, 208.

1911 Sluč: Der Weg, 86f.

1912 Katrebova-Blehova, Beata: Die slowakisch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941: eine ungleiche Partnerschaft, in: Prague Papers on the History of International Relations 2008, 375f. Online abrufbar unter: <<http://usd.ff.cuni.cz/?q=system/files/blehova.pdf>> (21.3.2013).

ohne einen wichtigen Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs dar.¹⁹¹³ Der Untergang der Tschechoslowakei und die Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen verschärften die Situation noch weiter. Mit der Entlassung Litwinovs am 3. Mai 1939 als Symbol der Politik der kollektiven Sicherheit und dem Wechsel Molotovs an die Spitze des Außenkommissariats gab Stalin ein deutliches Signal an Deutschland.¹⁹¹⁴ Der Weg zum Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland war eingeschlagen.¹⁹¹⁵

In der Phase des Hitler-Stalin-Pakts erfolgte im Grunde auch eine Anerkennung des »Anschlusses« Österreichs und des »Reichsprotectorats Böhmen und Mähren« durch die Sowjetunion. Die Deutschen warfen auf Basis des Prinzips der Gegenseitigkeit die Errichtung von deutschen Konsulaten in der UdSSR auf, da sie seit März 1939 eine diplomatische sowjetische Vertretung in Prag ohne formale Vereinbarung geduldet hatten. Nach zähen Verhandlungen kam es im April 1940 zu einer grundsätzlichen Einigung: Deutsche Konsulate sollten in Leningrad, Batum und Vladivostok entstehen, während die UdSSR dafür die Standorte Königsberg, Prag und Wien bekam.¹⁹¹⁶ Ab September 1940 hielten sich in Wien sogar einige Mitarbeiter des geplanten Generalkonsulats auf: Ein Verzeichnis der Gestapo Wien wies Pëtr Pereverzev als Generalkonsul und Nikolaj Vasil'ev als Vizekonsul und 14 weitere Mitarbeiter aus.¹⁹¹⁷ Am 22. Mai 1941 teilte die UdSSR der deutschen Regierung noch die Abberufung Pereverzevs und die Ernennung Michail Koptelovs als Generalkonsul mit.¹⁹¹⁸

-
- 1913 Vgl. z. B. Čubar'jan, A. O.: *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: konceptual'nye podchody i interpretacii*, in: Egorova, Natalija [u. a.] (Hg.): *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 g. do napadenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii, organizovannoj Institutom Vseobščej Istorii Rossijskoj Akademii Nauk, Universitetom Latvii, Institutom Sovremennoj Istorii (Mjunchen), Moskovskim Otdeleniem Fonda im. Konrada Adenauëra Moskva, 3–4 Fevralja 2005 g., Moskva 2006*, 13; Mjagkov, M. Ju.: *Ot Mjunchenskogo soglašenija do podpisanija sovetstko-germanskogo dogovora ot 23 avgusta 1939 g.: predystorija voprosa*, in: Egorova: *Meždunarodnyj krizis*, 50–52. Mel'tjučov, M. I.: *Sovetskij Sojuz v evropejskoj politike oseni 1938 – leta 1939 goda*, in: Narinskij, M. M. / Dembskij, S.: *Meždunarodnyj krizis 1939 goda v traktivkach rossijskich i pol'skich istorikov*, Moskva 2009, 149.
- 1914 Sluč, S. Z.: *Vnešnepolitičeskaja strategija Gitlera v 1939 g. i Sovetskij Sojuz*, in: Egorova: *Meždunarodnyj krizis*, 70. Sluč: *Der Weg*, 89f. Vgl. Hilger: *Wir und der Kreml*, 276f.
- 1915 Vgl. Aufzeichnung Schulenburgs für Weizsäcker, Anlage vom Bericht vom 20.5.1939 zu Bericht vom 22.5.1939 (Auszug) sowie Telegramm Weizsäckers an Schulenburg, 30.5.1939, zit. in: Linke: *Quellen*, 185f. (Dok. 99 und 100).
- 1916 PAAA, R119040: Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau, betr.: Errichtung deutscher konsularischer Vertretungen in der Sowjetunion, Moskau 25. April 1940; Verbalnote an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten vom 20. April 1940; Schreiben des NKID an die Deutsche Gesandtschaft in Moskau, 22. April 1940.
- 1917 PAAA, R119040: Polizeipräsident an den Reichstatthalter in Wien, Ref. Ib Org, Wien, 6. September 1940. Verzeichnis über die beim Wiener Generalkonsulat der UdSSR beschäftigten Diplomaten und Angestellten nach dem Stande vom 20. September 1940; Reichstatthalter in Wien I B Org 956/1940 an das AA in Berlin, 30. September 1940.
- 1918 PAAA, R119040: Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Deutschland Nr. 013127, 22.5.1941; Pol. Nr. 485, gez. Woermann, Berlin 4.6.1941.

Der Angriff NS-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beendete die Existenz des sowjetischen Generalkonsulats in Wien. Wirklich offiziell nahm es seine Tätigkeit nicht auf, da die Erteilung der »Exequaturen« für die vereinbarten Konsulate auf beiden Seiten aufgrund von Detailfragen verschleppt worden war.¹⁹¹⁹ Die sowjetische Historiografie konnte deshalb die faktische Anerkennung des »Anschlusses« Österreichs in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes ausblenden.

¹⁹¹⁹ Siehe Unterlagen in PAAA, R119040.

Kurzbiografien historischer Akteure

Arosev, Aleksandr Jakovlevič (1890–1938): Im Zarismus mehrmals verhaftet, verbannt und in Emigration (Belgien, Frankreich). 1917 Mitglied des Militärkomitees Moskaus, während des Bürgerkriegs militärpolit. Arbeit. 1924–1927 dipl. Arbeit in Frankreich, 1927 Polpred in Litauen, 1929–1933 Polpred in der ČSR. 1934–1937 VOKS-Vorsitzender. Auch als Schriftsteller tätig. Mitglied der VKP(b). Im Juli 1937 verhaftet, im Februar 1938 in der Haft gestorben.

Asmus, Ěrik Adol'fovič (1901–1937): Russlanddeutscher, 1918–1919 Übersetzer des Deutschen Arbeiter- und Soldatenrats in Moskau. Jänner 1919 Aufenthalt in Deutschland, Teilnahme an revolutionären Kämpfen. 1919–1923 Rote Armee, ab 1923 Mitarbeiter des NKID. 1924–1926 2. Sekretär der Gesandtschaften der UdSSR in Dänemark und Schweden. März 1930–Dez. 1931 Erster Sekretär der Polpredstvo in Österreich, ab Mai 1930 VOKS-Bevollmächtigter. Anfang 1932–1933 Direktor des Instituts für Bildstatistik (Izostat) beim CIK der UdSSR. 1933–1935 Verantwortlicher Sekretär der Kommission zur Unterstützung der Wissenschaftler beim SNK der UdSSR. 1935–1937 Polpred in Finnland. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 16.8.1937, erschossen am 9.12.1937.

Aussem, Vladimir (Vol'demar) Christianovič (1879–1936): Berufsrevolutionär, Teilnehmer des Bürgerkriegs in der Ukraine. 1920 Mitarbeiter des VSNCh, 1921 Polpred der Ukrainischen SSR in Berlin, 21.5.1924–10.12.1924 Polpred in Österreich. 1925–1926 Vorsitzender VSNCh der USSR. Mitglied der VKP(b), Ende 1927 als Oppositioneller aus der VKP(b) ausgeschlossen. 1929 und 1933 jeweils für drei Jahre wegen Oppositionstätigkeit verbannt. Repressiert.

Basseches, Nikolaus (1895–1961): Geboren in Moskau als Sohn eines öst. Großhändlers. Durch Option öst. Staatsbürger. 1919–1920 Besuch der Handelshochschule in Köthen (Sachsen-Anhalt). Ingenieur und Journalist, 1922–1937 Korrespondent der *Neuen Freien Presse* in Moskau, arbeitete für zahlreiche europäische Zeitungen. Leiter der Filiale des Österreichischen Handelsmuseums in Moskau. Mitglied der VF. Im Juli 1937 »wegen verleumderischer Informationen über die UdSSR« aus der SU ausgewiesen. Dez. 1937 Ritterkreuz des österreichischen Verdienstordens. Ende 1937 als Korrespondent nach Warschau. Ging 1938 nach Paris, 1942 nach Schaffhausen (Schweiz), Mitarbeiter der *Neuen Züricher Zeitung*. Monografien: *Das wirtschaftliche Gesicht der Sowjet-Union* (Wien [u. a.] 1925); *Staline et la guerre* (Paris 1940); *Die unbekannte Armee. Wesen und Geschichte eines russischen Heeres* (Zürich [u. a.] 1942); *Stalin. Das Schicksal eines Erfolges* (Bern 1950).

Berzin, Jan Antonovič (1881–1938): Berufsrevolutionär, ab 1917 Mitglied des ZK der RSDRP(b). 1918 Polpred in der Schweiz, 1919 Volkskommissar für Bildung in Lettland (Sowjetrepublik), ab Juni 1919 Sekretär des EKKI, ab Juli 1921 Vertreter des Polpred in England. 19.6.1925–7.9.1927 Polpred in Österreich. Ab 1927 Bevollmächtigter des NKID beim SNK der UdSSR, ab 1932 Leiter der Zentralen Archivverwaltung der UdSSR, Redakteur der Zeitschrift *Krasnyj Archiv*. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 24.12.1937, erschossen am 19.8.1938.

Berzina, R.: 1926–1927 VOKS-Bevollmächtigte in Wien. Frau des Polpred Jan Berzin.

Bogomolov, Dmitrij Vasil'evič (1890–1938): Offizier der zarischen Armee, drei Jahre Kriegsgefangenschaft in Deutschland. 1920–1922 Leiter des Informationsbüros des NKID der RSFSR in Odessa, Legationsrat der Vertretung der Ukraine in Moskau. 1922–1923 Erster Sekretär der Polpredstvo der Ukraine in Österreich. Ab März 1923–1924 Erster Sekretär der Polpredstvo in Österreich, dann in Deutschland. 1927–1929 Polpred in Polen, 1929–1933 Legationsrat in England, 1933–1937 Polpred in China. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 13.10.1937, erschossen am 7.5.1938.

Bronski(j) (Bronski-Warszawski), Mieczysław (Mečislav) Genrichovič (1882–1938): Berufsrevolutionär. 1917–1919 stv. Volkskommissar für Handel und Industrie der RSFSR, 1920 Vorsitzender des EKKI. 1920–1922 Vertreter der RSFSR in Österreich. Schloss in Wien eine sogenannte »Sowjetehe« mit Susanne Leonhard. Ab 1924 Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Finanzen der UdSSR, Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaft der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 9.9.1937, erschossen am 1.9.1938.

Dzimitrowsky, Abram (1873–1943): Geboren in Litauen. Musikstudium in Wien, wurde um 1900 Kantor und Chorleiter in der Brodski-Synagoge in Kiew, Musikkritiker. 1918–1922 Leiter der Musiksektion der Kulturliga in Kiew. Sowjet. Staatsbürger. 1922/23 nach Wien, Mitarbeiter der Universal Edition, 1925–1933 Leiter der Russischen Abteilung der UE. ÖG: Aktivist, 1929–1930 Vorstandsmitglied und Leiter der Musiksektion. In den 1930ern Leiter des Verlags für jüdische Musik Jibneh (im Besitz der UE). 1939/40 Emigration in die USA.

Eisler, Armand (1880–1957): Geboren in Paris. 1899–1904 Studium der Rechtswissenschaften in Wien, Rechtsanwalt, Sozialdemokrat. Ab 1923 Vizepräsident im Verwaltungsrat der RATAO. Initiator und langjähriger Sekretär

der ÖG, 1926–1933 Vorstandsmitglied ÖG. Im Jänner 1934 beruflich nach Prag, aus Angst vor Repressionen erst im August 1935 in Absprache mit öst. Behörden Rückkehr nach Wien. 1938/39 KZ-Haft in Dachau und Buchenwald. Ab 1940 Emigration in die USA und als österreichischer Vertreter Mitglied der Vereinigung American Association of Former German (European) Jurists. Vorsitzender der American Association of Former Inmates of Concentration Camps, führte 1955 (als Splittergruppe) Verhandlungen mit der öst. Regierung über Restitutionen. Starb in Miami Beach.

Halle (geb. Rubinstein), Fannina (1881–1963): geb. in Ponewiesch / Panevėžys (Litauen). 1899 Absolvierung der Diplomlehrerinnen-Prüfung. Einige Semester Studium in Berlin (Philosophie, Germanistik). 1907 durch Heirat mit dem Unternehmer Walter L. Halle öst. Staatsbürgerin. Kunstgeschichte-Studium in Zürich, Berlin, Wien. 1914 Promotion an der Universität Wien, Dissertation *Die Wladimir-Susdalschen Kirchenfassaden des XI. und XII. Jahrhunderts* (betreut von Josef Strzygowski). Kunsthistorikerin, Publizistin, Schriftstellerin, hatte viele Kontakte in wissenschaftliche und kulturelle Kreise. 1918–1936 zahlreiche Studienaufenthalte in der UdSSR. ÖG: 1925–1933 wichtige Aktivistin; 1932/33 Vorstandsmitglied. Publikationen über altrussische Kunst und die sowjetische Frau. 1940 Emigration in die USA.

Hein, Robert Egon (1881–1945): Geboren in Iglau / Jihlava (Böhmen). 1904 Absolvent der Konsularakademie. Ab 1906 im Außenministerium tätig; 1909 in Warschau, 1912 in Moskau und 1914 in Kiew. Von August bis November 1914 interniert. 1922 Zuteilung zur politischen Sektion des BKA/AA. 1924 Ernennung zum Legationsrat Erster Klasse. November 1923 Ernennung zum Gesandten der Republik Österreich in Moskau. Dort bis 30. September 1930 tätig. Danach bis 1932 Gesandter in Warschau. 1932 erfolgte die Beurlaubung gegen Wartegeld. Ab 1937 im Ruhestand.

Hertzka (geb. Fuchs), Yella (1873–1948): seit 1897 mit dem Musikverleger (Universal Edition) Emil Hertzka verheiratet. Starkes Engagement in der Frauenbewegung. 1903 Mitbegründerin des Neuen Wiener Frauenklubs, 1909–1933 (Ehren-)Präsidentin. 1913 Gründung einer Gartenbauschule für Mädchen in Wien, Leitung bis 1938. Gab die Anregung für die Künstlerkolonie Kaasgraben-Siedlung, hatte zahlreiche Kontakte in Musik- und Künstlerkreise. 1921–1938 Präsidentin der österreichischen Sektion der »Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit«. ÖG: Aktivistin, 1929–1933 Vorstandsmitglied, ab 1929/30 Leiterin der Frauensektion. Nach dem Tod ihres Mannes 1932 im Aufsichtsrat der UE. 1939–1946 Exil in England, dann Rückkehr nach Österreich.

Hornbostel, Theodor (1889–1973): Geboren in Wien. 1912 Absolvent der Konsularakademie. 1917/18 Vizekonsul in Skutari. 1918 der k.u.k. Kriegsgefangenenmission in Petrograd und Moskau zugeteilt. Ab 1919 verschiedene Verwendungen in Budapest und Konstantinopel. 1933–1938 Vorstand der politischen Abteilung im BKA/AA. 1933 Ernennung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister. März 1938 inhaftiert. Entlassung aus dem Auswärtigen Dienst im November 1938. Bis 1943 in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald. 1943–1945 beschäftigt bei IG Farben in Frankfurt und Berlin. 1945 Wiedereintritt in den Auswärtigen Dienst und Eintritt in die ÖVP. 1946 auf eigenes Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt, um im Verfahren gegen Guido Schmidt aussagen zu können.

Hudeczek, Karl (1889–1971): Geboren in Josefstadt / Josefov (Prag). Absolvent der Konsularakademie 1917. Verschiedene Verwendungen in Hamburg, Amsterdam und beim Völkerbund. 1924 bis Ende 1929 der Vertretung in Moskau zugeteilt. 1930 tätig bei der Abteilung für Handelspolitik im BKA/AA. März bis Juli 1938 Leiter des wirtschaftspolitischen Referates beim Amt des Reichsstatthalters in Wien. Danach bis Jänner 1945 Legationsrat beim Auswärtigen Amt in Berlin sowie in weiteren Abteilungen. Anträge zur Aufnahme in die NSDAP (1940, 1942, 1944) wurden abgelehnt. Im Jänner 1945 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. 1946/47 Leiter der Abteilung 12 im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. 1947 Ministerialrat. Oktober 1947 bis Jänner 1949 persönlicher Berater von Bundesminister Karl Gruber. Danach Leiter der Abt. 5 (Pol.) im BKA/AA. 1951 Gesandter und bevollmächtigter Minister in Chile. 1954 Versetzung in den dauernden Ruhestand. Ab den 1960er Jahren mehrere Aufsichtsratposten in der österreichischen Wirtschaft.

Ioffe, Adolf Abramovič (1883–1927): Stammte aus einer Kaufmannsfamilie, 1903/04 Studium in Berlin, 1906/07 in Zürich. Unter dem Zarismus zeitweise im Exil u. a. in Deutschland. 1908–1910 Mitglied der Redaktion der Wiener *Pravda* unter der Leitung Trockijs. In Russland bis 1917 mehrmals Haft und Verbannung. Während der Oktoberrevolution Mitglied des Petrograder Militärrats. Nov. 1917–Jän. 1918 Vorsitzender der sowjetischen Delegation bei den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Brest-Litwosk, Unterzeichner des Waffenstillstands. Trat gegen einen Abschluss des Friedensvertrags auf. April bis Nov. 1918 Polpred in Berlin, 1920 Mitglied der Delegation für Friedensverhandlungen mit Estland, Litauen, Lettland, 1921 mit Polen. Ab 1922 Polpred in China und Japan. 1924 Mitglied der sowjet. Gesandtschaft in London. 12.12.1924–19.6.1925 Polpred in Österreich. 1925 stv. Leiter des Haupt-

konzessionskomitees. Mitglied der VKP(b), trotzkistische Opposition. 1927 in Moskau Tod durch Selbstmord.

Junkar, Emil (1872–1948): Geboren in Fiume/Rijeka (Kroatien). 1881/92 Einjährig-Freiwilliger beim Militär. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz. Ab 1897 im Staatsdienst zunächst im Landesgericht Graz, dann bis 1904 Verwendung im Konsulat Alexandrien in der diplomatischen Agentie Kairo und der Gesandtschaft Sofia. 1904–1916 Tätigkeit im Departement 7 des Außenministeriums. Im 1. Weltkrieg Aug. bis Sept. 1914 und Nov. 1915 bis 24.4.1916 als Oberstleutnant d. Res. 1916 Zuteilung zum Departement 6. 1920 Generalkonsul 1. Klasse. 1923 Kabinettschef von BM Alfred Grünberger, Ernennung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister. 1932 Versetzung in den Ruhestand.

Jurenev, Konstantin Konstantinovič (1888–1938): Berufsrevolutionär, 1908–1911 Verbannung in Archangelsk, 1917 Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets. Im Bürgerkrieg Mitglied von Militärräten an verschiedenen Fronten. Ab 1920 Mitglied des Moskauer Komitees der RKP(b). 1921/22 Polpred in der Volksrepublik Buchara, 1922/23 in Lettland, 1923/24 in der ČSR, 1924/25 in Italien, 1925–1927 im Iran. 1.10.1927–24.1.1933 Polpred in Österreich. 1933–1937 Polpred in Japan, 1937 in Berlin. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 23.9.1937, erschossen am 1.8.1938.

Kalina (Ějzenbuch), Stanislav Petrovič (1890–Anfang 1930er): Revolutionär, Verbannung ab 1908, lebte von 1914 bis 1921 im Ausland, Mitarbeiter der sowjetischen Mission des Roten Kreuzes in der Schweiz, Absolvent der Universität Bern. 1921–1922 Leiter der juristischen Abteilung der Polpredstvo in Deutschland. 1922–1923 Erster Sekretär der Polpredstvo in Estland. 1924–1927 Erster Sekretär der Polpredstvo in der ČSR. Nov. 1927 bis Jän. 1930 Erster Sekretär der Sowjetgesandtschaft in Österreich, 1928 zeitweise VOKS-Bevollmächtigter. Mitglied der VKP(b). Bund seit 1905. Wurde posthum beschuldigt, gemeinsam mit zwei weiteren Angehörigen der Sowjetvertretung bzw. Torgpredstvo in Wien (Bitker und Vinaver) eine trotzkistische Zelle in der Handelsvertretung gebildet zu haben.

Kameneva, Ol'ga Davydovna (1883–1941): Schwester Lev Trockijs, Frau Lev Kamenevs, Mitglied der RSDRP(b) seit 1902. 1918–1919 Leitung der Theaterabteilung im Volkskommissariat für Bildung der RSFSR. 1923–1924 Leitung der KZP, 1925–1929 VOKS-Vorsitzende. Verhaftet 1935, verbannt. 1937 neuerlich verhaftet, erschossen am 11.9.1941.

Kampffmeyer, Hans (1876–1932): Geboren in Naumburg. 1911 Promotion an der Universität Heidelberg in Volkswirtschaft, lebte dann in Karlsruhe. Wichtiger Vertreter der deutschen Gartenstadtbewegung. 1921 gemeinsam mit Adolf Loos und Margarete Schütte-Lihotzky an der Planung der »Friedensstadt« in Wien-Hietzing beteiligt. 1921–1928 Leiter des Siedlungsamts der Stadt Wien. ÖG: Mitbegründer im Juni 1925, 1926–1927 Vorstandsmitglied, 1927/28 Vorsitzender der ÖG. 1928 Übersiedlung nach Frankfurt.

Kocjubinskij, Jurij Michajlovič (1896–1937): Teilnehmer der Oktoberrevolution (»Sturm auf das Winterpalais«), Kommandant der Roten Armee der Ukraine im Bürgerkrieg. Delegierter beim 3. Weltkongress der Komintern (1921). 1921–1922 Vertreter der Ukrain. SSR in Wien, 1925–1926 Legationsrat der Polpredstvo in Österreich, VOKS-Bevollmächtigter. 1927–1930 Legationsrat, dann Polpred in Polen. Ab 1933 stv. Vorsitzender des SNK der Ukrain. SSR und Vorsitzender des Gosplan der USSR. Mitglied der VKP(b). Verhaftet, erschossen am 8.3.1937.

Komarovskij, Konstantin Antonovič (1883–1937): Pole, Pseudonym B. G. Danskij. Berufsrevolutionär, Mitglied der PPS ab 1901, ab 1922 RSDRP(b). 1913–1914 und 1923–1926 Redakteur der Wochenzeitung *Voprosy strachovanija*. Anfang der 1920er Jahre Redakteur der Zeitschrift *Novyj mir* in Berlin, nach der Rückkehr nach Moskau Abteilungsleiter bei der *Pravda*. Ab 1926 Mitarbeiter der Sowjetvertretung in Österreich, Mai 1930 bis 1931 Chef der Presseabteilung. 1934 Direktor des Instituts für Bildstatistik (Izostat) beim CIK der UdSSR. Vor der Verhaftung Assistent des Leiters der 2. Westabteilung im NKID. Verhaftet am 4.5.1937, erschossen am 21.9.1937.

Koptelov, Michail Efremovič (1904–1952): 1936–38 Mitarbeiter im zentralen Apparat des NKID, 1938–1940 Leiter des Generalkonsulats in Danzig, 1940 Mitarbeiter der Sowjetvertretung in Deutschland. Im Mai 1941 zum Generalkonsul in Wien bestimmt. Dann Mitarbeiter der Gesandtschaft der UdSSR im Iran. 1941–1942 Generalkonsul in Pechlevi (mit Enzali, Iran), 1943–1944 Bevollmächtigter des NKID der UdSSR in Usbekistan. 1945–1948 stv. Politberater des Sowjetischen Teils der Kontrollkommission in Österreich, 1948–1951 Politischer Vertreter der UdSSR bei der Regierung Österreichs. 1951–1952 stv. Leiter der 3. Europa-Abteilung im MID.

Levickij (Levyc'kyj), Michail (Myhajlo) (1891–1933): Stammte aus Galizien. Schulausbildung in L'vov. Offizier der k.u.k. Armee. Geriet im Ersten Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft. Aktiv auf Seiten der Bolschewiki in Turkes-

tan, dann in Ost-Galizien. 1920–1922 Vertreter der Sowjetukraine in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei. 1923–1924 Polpred in Österreich. Danach Volkskommissar in der Sowjetukraine und Inhaber verschiedener politischer Ämter. Selbstmord nach Verbannung.

Lorenc, Ivan Leopoldovič (1890–1941): Russlanddeutscher, Rechtsanwalt, 1918–1919 Sekretär der Sowjetvertretung der RSFSR in Berlin, ab 1920 Mitarbeiter des NKID, 1921–1923 diplomatische Arbeit in Lettland und Polen. Ab 1923 Polpred in Litauen, ab 1925 in Finnland. 1927–1929 Polpred in Lettland, 1931–1935 Mitarbeiter des NKVT. 17.3.1935–30.9.1938 Polpred in Österreich. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 15.10.1939, erschossen am 28.7.1941.

Marx, Joseph (1882–1964): Musikstudium in Graz, Komponist, ab 1914 als Theorielehrer an der Wiener Musikakademie, Professor bis 1952. 1922–1924 Direktor der Wiener Musikakademie, 1924–1927 Rektor der neugegründeten Musikhochschule in Wien. ÖG: Mitbegründer im Juni 1925, 1926–1929 Vorstandsmitglied der ÖG, 1929–1930 Vorsitzender, Rücktritt. 1932–33 Berater der türkischen Regierung. Dez. 1931–1938 Musikkritiker des *Neuen Wiener Journals*. 1934–1938 Staatsrat für Kulturfragen im »Ständestaat«. In der NS-Zeit verschiedener Ämter enthoben, aber weiterhin im Personalstand der Wiener Musikakademie. Nach 1945 Kritiker für die *Wiener Zeitung*, 1947–1952 Professor für Musikwissenschaft an der Universität Graz. 1950–1964 Präsident der AKM (Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger).

Menkes, Moritz (Moric) [vermutlich Menkes Mavrikij Bernardovič] (1893–1938): Geboren in Polen, 1919 Absolvent der juristischen Fakultät der Wiener Universität, 1920–1925 Mitglied der KPÖ. 1920–1925 Leiter der Presseabteilung der Sowjetvertretung in Wien. In der 2. Hälfte der 1920er Jahre Leiter der Presseabteilung der Polpredstvo in Berlin. Zum Zeitpunkt der Verhaftung Leiter der Planungsgruppe in der Hauptverwaltung der Leinenindustrie. Mitglied der VKP(b) seit 1925. Verhaftet am 16.3.1938, erschossen am 17.5.1938.

Nekundě, Pavel Karlovič (1894–1938): Lette, Teilnehmer des Bürgerkriegs in Sibirien, 1920–1922 Leiter des Gefängnisses in Aleksandrovsk (Gouvernement Irkutsk). 1922–1925 Richter des Gouvernementgerichts Irkutsk. 1925–1930 Mitglied des Plenums des Obersten Gerichtshofes der RSFSR. Nov. 1931 bis Mai 1935 Erster Sekretär der Sowjetvertretung in Österreich, VOKS-Bevollmächtigter. Ab Juni 1935 Assistent des Leiters der Konsularabteilung des NKID, ab Nov. 1936 Vertreter des NKID in der Ukraine. Mitglied der VKP(b) seit 1918. Verhaftet am 10.12.1937, erschossen am 8.2.1938.

Pacher(-Theinburg), Heinrich (1883–1960): Geboren in Wien. 1902–1908 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Wien. Ab 1910 Dienst im Außenministerium. Diplomatenprüfung 1911. Ab 1912 verschiedene Verwendungen im Auswärtigen Dienst und in der Zentrale. 1914–1917 im Ersten Weltkrieg als Oberleutnant i. d. Res. 1925–1930 Legationsrat in Berlin. 26.9.1930–März 1938 österreichischer Gesandter in Moskau. Ab Okt. 1938 der Politischen Abteilung/Referat V Osteuropa im Auswärtigen Amt in Berlin zugeteilt. 31.1.1939 Überleitung in den Reichsdienst, Amtsbez.: Vortragender Legationsrat. Ab 1.7.1939 Mitglied der NSDAP. 1940 Tätigkeit in der Kulturpolitischen Abteilung. 1941 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, wurde aber in der Personal- und Verwaltungsabteilung weiterbeschäftigt. 1943 Beurlaubung. Dezember 1944 Ende der kommissarischen Beschäftigung. 1945 nicht zum Dienst gemeldet wegen Zugehörigkeit zur NSDAP. 1947 Versetzung in den dauernden Ruhestand.

Peter, Franz Josef (1866–1957): Geboren in Eger / Cheb (Böhmen). 1890 Absolvent der »Orientalischen Akademie«. 1891 Eintritt in den Staatsdienst als »Konsultaseleve« beim Bezirksgericht Triest. Danach verschiedene Verwendungen u. a. in Beirut, Alexandrien, Smyrna. 1899 zur Dienstleistung im Außenministerium berufen. 1912 stellvertretender Leiter der Rechtssektion im Außenministerium. 1919 Sektionschef. 1932 Leiter der Rechtssektion. 1926–1937 Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten (1932 eigentlich bereits in Ruhestand versetzt, aber weiterverwendet).

Petrov, Fëdor Nikolaevič (1876–1973): Arzt, Berufsrevolutionär, im Zarismus mehrmals verhaftet oder in Verbannung. 1920–1922 führende Funktionen in der Fernöstlichen Republik, ab 1921 stv. Vorsitzender des Ministerrats. 1923–1927 Leiter der Glavnauka (Hauptverwaltung für wissenschaftliche und künstlerische Einrichtungen, Theater und Museen) des Volkskommissariats für Bildung der RSFSR, 1929–1933 Vorsitzender der VOKS. 1927–1941 stv. Hauptredakteur der ersten Ausgabe der BSE, 1941–1949 Direktor des Instituts »Sovetskaja ěnciklopedija«. 1959–1973 Mitglied des wissenschaftlichen Redaktionsrats des Verlags »Sovetskaja ěnciklopedija«. Mitglied der VKP(b).

Petrovskij (Zal'berg), Adolf Markovič (1887–1937?): Pole. Berufsrevolutionär, Anfang der 1920er Jahre einer der Leiter der KPP. 1922–1924 Sekretär des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Čičerin, 1925–1929 Polpred in Estland, ab Jänner 1930 Polpred in Litauen, Nov. 1930 bis März 1933 Polpred in Persien. 1.4.1933–10.11.1934 Polpred in Österreich (auch für Ungarn). Ab Dez. 1934 Bevollmächtigter des NKID der UdSSR beim SNK der Ukraine. Mit-

glied der VKP(b). Verhaftet im Okt. 1937, repressiert. Keine genaueren Daten zu seinem Tod vorhanden.

Podol'skij, Jakov Borisovič (1894–1937): 1934 stv. Leiter der Presseabteilung des NKID, 1935–1936 Erster Sekretär der Sowjetvertretung in Österreich, VOKS-Bevollmächtigter. Vor der Verhaftung diplomatischer Mitarbeiter des NKID der UdSSR in Baku. Mitglied der VKP(b). Verhaftet am 12.5.1937, erschossen am 14.9.1937.

Pohl, Otto (1872–1941): Geboren in Prag. Rechtswissenschaftliche Studien in Prag. 1897 oder 1898 bis 1918 Redakteur bei der *Arbeiter-Zeitung* in Wien. Mitglied der SDAPÖ. 1900 Heirat mit der Schriftstellerin Charlotte Glas, die Sekretärin der II. Internationale war. Das Paar hatte eine Tochter namens Anna, die 1940 auf der Flucht nach Paris starb. November 1918 Eintritt Pohls in den Auswärtigen Dienst. Bis August 1920 Leiter der Abt. 5 im Staatsamt des Äußern und Leiter des Pressediensts der Staatskanzlei. 1919 Mitglied der österreichischen Delegation in Saint Germain. August 1920 bis April 1922 Leiter der österreichischen Kriegsgefangenenmission in Russland. Ab 1921 bzw. 1922 bevollmächtigter Vertreter Österreichs in Russland. Ab Juli 1924 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Moskau. November 1927 Versetzung in den dauernden Ruhestand. Danach Tätigkeit für das IMÉ. Ab 1929 Herausgeber bzw. (Chef-)Redakteur bei der *Moskauer Rundschau*. Ab Juli 1931 Aufenthalte vermutlich in der Schweiz und Italien, ČSR und in der UdSSR. In den 1930er Jahren engerer Kontakt mit Grete Schwarz, die später seine Frau wurde. Im Februar 1934 in Wien, ohne offenbar in die Ereignisse involviert worden zu sein. Im selben Jahr Disziplinarverfahren des österreichischen Außenministeriums betr. Prüfung der Rechtmäßigkeit des bezogenen »Ruhegenusses«. Seit 1933/34 Tätigkeiten in Prag und Paris. Bis Jänner 1935 kamen längere Aufenthalte in der Schweiz und in Finnland hinzu. Ab 1936 hielt er sich offenbar in Spanien und dann in Frankreich auf. Per 1. Juli 1938 Einstellung der Pensionszahlungen. Bis 1940 in Paris, dann Flucht nach Südfrankreich. Verdiente seinen Lebensunterhalt als Landarbeiter. Erfuhr im Mai 1941, dass sein Name auf einer Auslieferungsliste der NS-Behörden stand und beging daraufhin gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Selbstmord.

Popov, Nikolaj Sergeevič (1892–1969): Aktiver Teilnehmer der Errichtung der Sowjetmacht in der Stadt Lipeck, Gouvernement Tambov. Ab 1925 stv. Volkskommissar für Binnenhandel der Ukrainischen SSR. 1926–1928 Torgpred der USSR bei der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin. 1930–1932 stv. Vorsitzender des Gosplan der UdSSR. Febr. 1932–1934 Torgpred in Österreich, von

Amt befreit durch Entscheidung des SNK vom 5.8.1934. 1936–1938 Torgpred in Frankreich, in den 1940er Jahren Mitarbeiter des Ministeriums für kommunale Wirtschaft der RSFSR, ab 1951 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für kommunale Wirtschaft. Mitglied der VKP(b).

Riš, Arnol'd: Jänner 1926–1930 Leiter der Presseabteilung der Sowjetvertretung in Wien. 1928 bis Mai 1930 VOKS-Bevollmächtigter.

Schiff, Walter (1866–1950): In Wien geboren. Ab 1910 Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien. 1919–1921 Vizepräsident des Bundesamts für Statistik. Ab 1923 Angestellter im Statistischen Amt der Stadt Wien. ÖG: Mitbegründer im Juni 1925, Aktivist, 1926 Leiter der Fachabteilung für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, 1926–1933 Vorstandsmitglied, 1929–1933 stv. Vorsitzender. 1931–1934 Leiter des Volksbildungshauses Ottakring, dessen Mitbegründer er 1905 gewesen war. 1934 aus politischen Gründen seiner Ämter enthoben. 1938 Flucht nach Großbritannien, führendes Mitglied in öst. Exilvereinigungen. 1950 Rückkehr nach Wien.

Schlick, Moritz (1882–1936): Geboren in Berlin. Wissenschaftstheoretiker, Philosoph, Physiker. 1911–1921 Lehrtätigkeit in Rostock, 1921 in Kiel. Ab 1922 Professor für Naturphilosophie an der Universität Wien. 1924 Gründung eines wissenschaftlichen Diskussionszirkels mit Otto Neurath, Hans Hahn u. a., aus dem 1929 der »Wiener Kreis« entstand. ÖG: Mitbegründer im Juni 1925, 1926/27 Vorsitzender, bis 1933 Vorstandsmitglied. Von einem ehemaligen Studenten in der Wiener Universität erschossen.

Schwinner, Alfred (1891–1970): Geboren in Wien. 1914–1916 im 1. Weltkrieg Oberstleutnant, Kaiserjäger. 1917 Absolvierung der Konsularakademie, danach im öst. Auswärtigen Dienst. 1917–1920 Konsularattaché in München. 1920 Dienst in Wien und gleichzeitig Arbeit für die Tiroler Zeitung *Alpenland*. Wegen Agitation für die Anschlussabstimmungen 1921 Versetzung als Konsul nach Krakau, 1924 Rückkehr nach Wien. 1927 als Legationssekretär nach Warschau, 1930 nach Sofia. 1932–1933 Verwendung im BKA/AA in Wien. Mitglied der Großdeutschen Partei, 1932 Beitritt zur NSDAP Österreichs, seine Mitgliedschaft war im Sommer 1933 Gegenstand einer Untersuchung im BKA. Schwinner trat mit Zustimmung der NSDAP offiziell aus. Im Herbst 1933 als Legationssekretär der Gesandtschaft in Moskau zugeteilt, Dienstantritt am 25.10.1933. Beitritt zur Heimwehr und VF. Im Juli 1935 Ernennung zum Legationsrat 2. Klasse. 1938 vom deutschen auswärtigen Dienst übernommen, seine Mitgliedschaft bei der NSDAP von 1932 als gültig anerkannt. Ab 1939 Ge-

sandtschaftsrat 1. Klasse. Bis zum 22.6.1941 (Kriegsausbruch) an der Deutschen Botschaft in Moskau. 1941/42 Leitung des Wahlkonsulats in San Remo, 1942 des Konsulats in Lausanne. Ab Okt. 1942 Dienst im verschiedenen Abteilungen im Außenamt, darunter im Referat XIII / Russland-Gremium. 1944 Krankenurlaub in Lausanne. Am 12.3.1945 aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden aufgrund des dauernden Aufenthalts außerhalb des Deutschen Reichs ohne Zustimmung der Behörde. Rückkehr nach Österreich.

Šlichter, Aleksandr Grigor'evič (1868–1940): 1919 Volkskommissar für Ernährung in der Ukraine, 1921–1927 Mitglied des Kollegiums des NKID. 1.3.1922–23.5.1923 diplomatischer Vertreter der RSFSR in Österreich. 1924–1927 Bevollmächtigter des NKID der UdSSR beim SNK der USSR, 1927–1929 Volkskommissar für Landwirtschaft der USSR, 1931–1938 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der USSR. Delegierter des 17. Parteitag der VKP(b). Nicht repressiert.

Štern, David Grigor'evič (1900–1937?): In den 1920er Jahren Funktionär der KPČ und KPD. 1924–1926 Mitarbeiter Handelsvertretung in der ČSR, 1925–1928 Mitarbeiter der Handelsvertretung in Deutschland. Von Juni 1918 bis Mai 1931 Leiter der Presseabteilung der Handelsvertretung in Deutschland. Ab Juni 1931 Leiter der 2. Westabteilung des NKID. Autor einer Reihe von antifaschistischer Literatur und Artikeln unter dem Pseudonym Georg Born, D. Gard, Germanikus. Mitglied der VKP(b). Verhaftet im Mai 1937, repressiert, keine genauen Daten vorhanden.

Tocker, Salomon (1893–1967): Geboren in Rzeszów (Polen). 1920/21 Aufenthalt in Baku, Arbeit in der Maschinenfabrik. 1923 Promotion in Staatswissenschaften an der Universität Wien, Dissertation *Beiträge zur Nationalisierung der Erdölindustrie von Baku*. ÖG: Aktivist, 1927–28 und 1932/33 Vorstandsmitglied. 1928 gemeinsam mit Stefan Zweig in Moskau, danach Reise in den Kaukasus. Mitglied des PEN-Klubs. Um 1931 Leiter der Inturist in Wien. 1939 Emigration nach Portugal, lebte 1940 in Lissabon, danach in den USA. Um 1949 Leiter der Lateinamerika-Abteilung des Weizmann-Institute of Science in Rechovoth, Israel.

Tverdynin, Semën A.: 1937–1938 Erster Sekretär der Sowjetvertretung in Österreich, VOKS-Bevollmächtigter.

Vetter, Adolf (1867–1942): Geboren in Wien. Studium der Rechtswissenschaften, 1893 Promotion an der Universität Wien. Langjähriger Leiter des Gewerbeförderungsamtes der Stadt Wien. Wichtiger Vertreter des österreichischen

Werkbundes. Mitgl. der SDAPÖ. 1920–1922 Präsident der öst. Staatstheaterverwaltung. 1924–1925 2. Präsident des Kuratoriums des Dorotheums. Ab 1926 Leiter des Kino-Referats der Stadt Wien. ÖG: 1926–1933 Vorstandsmitglied, 1929–1930 stv. Vorsitzender, 1932/33 Vorsitzender.

Vul'fson, Samuil (Simeon) Davydovič (1879–1932): Berufsrevolutionär, Teilnehmer der Oktoberrevolution und des Bürgerkriegs, 1921 Mitglied des Moskauer Komitees der RKP(b) und des Präsidiums des Moskauer Sowjets. Ab 1924 Mitarbeiter des NKVT, arbeitete in der Handelsvertretung in Italien. Bis Februar 1927 Torgpred in Österreich, Mitglied in der ÖG. Ab 1927 leitete er den Brotexport. Mitglied der VKP(b).

Wiznitzer (Schaffer), Hermann (1901–1938): 1920 Mitglied des komm. Bundes in Wien, 1920–1923/24 Studium der Staatswissenschaften an der Universität Wien, Dissertation *Die Agrarpolitik Sowjetrusslands*. 1925–1926 Mitarbeiter der *Roten Fahne* (Wien), 1926–1928 verantwortlicher Sekretär der Presseabteilung der Sowjetvertretung der UdSSR in Wien, 1927–Jän. 1928 VOKS-Bevollmächtigter, gleichzeitig im Vorstand der ÖG und geschäftsführender Sekretär. 1928 Emigration in die UdSSR. 1928–1930 Sektionsleiter in der Zentralen Verwaltung für Statistik der UdSSR, 1930–1933 Mitarbeiter des Gosplan, 1937 Ökonom in der Moskauer Verwaltung. 1921–1928 KPÖ-Mitglied, 1928–1937 bei der VKP(b). Verhaftet am 9.12.1937, erschossen am 9.5.1938.

**Diplomatische Vertreter
in Österreich und in Sowjetrussland
bzw. in der UdSSR sowie
die betreffenden Volkskommissare
und Staatssekretäre / Bundesminister
zwischen 1918 und 1938**

Die sowjetischen diplomatischen Repräsentanten in Österreich (1924–1938)

Aussem, Vladimir Christianovič	21.5.1924–10.12.1924
Ioffe, Adolf Abramovič	12.12.1924–19.6.1925
Berzin, Jan Antonovič	19.6.1925–7.9.1927
Jurenev, Konstantin Konstantinovič	1.10.1927–24.1.1933
Petrovskij, Adolf Markovič	1.4.1933–10.11.1934
Lorenc, Ivan Leopoldovič	17.3.1935–30.9.1938

Die Volkskommissare für auswärtige Angelegenheiten (1918–1938)

Lev Trockij	November 1917–13.3.1918
Georgij Čičerin	13.3./30.5.1918–21.7.1930
Maksim Litvinov	21.7.1930–3.5.1939

Die österreichischen diplomatischen Vertreter in der Sowjetunion (1924–1938)

Otto Pohl	Juli 1924–November 1927
Robert Egon Hein	23.11.1927–10.9.1930
Heinrich Pacher(-Theinburg)	26.9.1930–März 1938

Die österreichischen Staatssekretäre / Bundesminister für Äußeres (1918–1938)

Victor Adler	30.10.1918–11.11.1918.
Otto Bauer	21.11.1918–26.7.1919.
Karl Renner*	26.7.1919–22.10.1920
Michael Mayr*	22.10.1920–21.6.1921
Johann Schober*	21.6.1921–26.1.1922
Walter Breisky*	26.1.1922–27.1.1922
Leopold Hennes	27.1.1922–31.5.1922

Alfred Grünberger	31.5.1922–20.11.1924
Heinrich Mataja	20.11.1924–15.1.1926
Rudolf Ramek**	15.1.1926–20.10.1926
Ignaz Seipel**	20.10.1926–4.5.1929
Ernst Streeruwitz**	4.5.1929–26.9.1929
Johann Schober**	26.9.1929–30.9.1930
Ignaz Seipel	30.9.1930–4.12.1930
Johann Schober	4.12.1930–29.1.1932
Karl Buresch**	29.1.1932–20.5.1932
Engelbert Dollfuß**	20.5.1932–10.7.1934
Stefan Tauschitz	10.7.1934–3.8.1934
Egon Berger-Waldeneegg	3.8.1934–14.5.1936
Kurt Schuschnigg**	14.5.1936–11.7.1936
Guido Schmidt	11.7.1936–11.3.1938

* auch Staats- bzw. Bundeskanzler

** als Bundeskanzler

Österreichisch-sowjetische Kulturbeziehungen

Liste der wichtigsten Veranstaltungen

In die Übersicht wurden in erster Linie jene Veranstaltungen und Ereignisse aufgenommen, die in den Akten der VOKS und der Diplomatie erwähnt sind.

In Österreich

1924	
10-11/1924	Besuch des Musikprofessors Viktor Beljaev in Wien – Organisation von Konzerten (1./6. 11.1924 Wiener Konzerthaus)
1925	
23.4.1925	Vortrag – Tat'jana Tolstaja (Gesandtschaft der UdSSR)
06/1925	Musikprofessor Viktor M. Beljaev in Wien
16.6.–7.7.1925	Gastspiel – Moskauer Kammertheater unter Regisseur Aleksandr Tairov in Wien (Raimundtheater / Deutsches Volkstheater)
25.6.1925	Konzert russischer Musik, organisiert von Joseph Marx (Großer Saal der Akademie)
30.6.1925	Vortrag – Aleksandr Tairov: Die Bühne unserer Zeit (Gesandtschaft der UdSSR)
10.–16.7.1925	Teilnahme der UdSSR an der »Internationalen Ausstellung für Feuerwehr- und Rettungswesen« in Salzburg
23.9.1925	Abend der ÖG-Musiksektion zu Ehren Samuil Fejnbergs
7.10.1925	Gastkonzert – Pianist Samuil Fejnberg (Wiener Konzerthaus)
1926	
1.3.1926	Gastkonzert – Dirigent Konstantin Saradžev (Wiener Musikverein)
29.5.–17.6.1926	Gastspiel – Habima-Theater in Wien (Carltheater)
25.6.1926	Vortrag – Walter Schiff: Über die Agrarreform in der Sowjetunion (Handelskammer / Wien, Stubenring 8–10)
17.8.1926	Vortrag – Al'bert Pinkevič: Wissenschaft und Höhere Technische Schule (Handelskammer / Wien, Stubenring 8–10)
6.–25.9.1926	Wiener Internationale Hochschulkurse: Aleksandr G. Gojchbarg: Volkswirtschaft und soziale Politik im Bunde der sozialistischen Räterepubliken (11.9. und 13.9.) Osip A. Ermanskij: Grundlegende Prinzipien und Methoden der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit (13.9. und 14.9.)

20.9.1926	Vortrag – Osip A. Ermanskij: Ford oder Taylor? (Handelskammer / Wien, Stubenring 8–10)
1.10.1926	Vortrag – Al'bert Pinkevič: Das Schulwesen in der Sowjetunion (Festsaal der Schwarzwaldschulen / Wien, Regierungsgasse 1)
20.10.1926	Vortrag – Samuil Vul'fson: Die Wirtschaftslage und das Sparregime in Sowjet-Russland (Haus der Industrie / Wien, Schwarzenbergplatz 4)
7.12.1926	Vortrag – Heinrich Engländer: Die Bedeutung der Handelsverträge mit Russland (Wien, Handelsmuseum)
1927	
26.–31.3.1927	Sowjetische Delegation unter der Leitung Ol'ga Kamenevas bei der Beethovenfeier in Wien
28.3.1927	Internationaler Musikhistorischer Kongress (Universität Wien) Vortrag – Musiktheoretiker Michail V. Ivanov-Boreckij: Moskauer Skizzenbuch von Beethoven
2.4.1927	Vortrag – Ol'ga Kameneva: Frau und Kind in der Sowjetunion (Haus der Industrie, Wien, Schwarzenbergplatz 4)
4.4.1927	Vortrag – Michail V. Ivanov-Boreckij: Musikalisches Leben in der UdSSR (Festsaal des Gremiums der Kaufmannschaft, Wien, Schwarzenbergplatz 16)
29.8.1927	Vortrag – Aleksej A. Sidorov: Neue Kunst in Sowjetrussland (Altes Rathaus, Wien, Wipplingerstraße 8)
13.11.1927	Matinee der ÖG zur Feier des zehnjähriges Bestandes der Sowjetunion. Festvortrag des Prorektors der Leningrader Universität Boris L. Bogaevskij (Saal des Ingenieur- und Architektenvereins, Wien, Eschenbachgasse 9)
1928	
4.3.1928	Gastspiel – Dirigent Nikolaj Mal'ko, Arbeitersymphoniekonzert (Wiener Konzerthaus)
8.3.–2.4.1928	Sowjetrussische Ausstellung – Veranstalter: ÖG gemeinsam mit dem Künstlerbund Hagen (Wien, Zedlitzhalle, Zedlitzgasse 6)
17.3.1928	Vortrag – Nikolaj Mal'ko: Neue russische Musik (Wien, Volksheim Ottakring, Ludo-Hartmann Platz 7)
24.3.1928	Vortrag – Armand Eisler: Das Wirtschaftsleben in der Sowjetunion (Wien, Volksheim Ottakring, Ludo-Hartmann-Platz 7)
26.3.1928	Vortrag – Hermann Neubacher: Die Wirtschaft im neuen Russland (Österreichisches Museum für Kunst und Industrie, Wien, Wollzeile 45)
29.3.–7.3.1928	Gastspiel – Theaterensemble Habima in Wien (Rolandbühne)
4.8.–11.8.1928	Gastspiel des Leningrader Opernstudios bei den Salzburger Festspielen

31.8.–23.9.1928	Gastspiel GOSET – Staatliches Jüdisches Theater in Wien (Carltheater)
25.9.1928	Tolstoj-Feier der ÖG (Saal des Ingenieur- und Architektenvereins, Wien, Eschenbachgasse 9)
20.11.1928	Vortrag – Nikolaj Paše-Ozerskij: Über Strafe und Strafvollzug in der Sowjetunion (Niederösterreichischer Gewerbeverein, Wien, Eschenbachgasse 11)
27.11.1928	Vortrag – Adolf Kappelmacher: Über die grundlegenden Bestimmungen des sowjetrussischen Strafrechtes [Juristische Sektion der ÖG]
1929	
8.2.1929	Neue Russische Musik. Veranstaltung der Österreichischen Frauenliga im Saal des Österreichischen Klubs (Kulturbund) (Wien, Parkring 8)
02/1929	Teilnahme der UdSSR an der »1. Internationalen kunstphotographischen Ausstellung«. Veranstaltet vom Verband österr. Amateurphotographen-Vereine. (Wiener Burggarten, Glaspalast)
14.3.1929; 16.3.1929	Vortrag – Prof. Sergej Ivanov, II. Staatsuniversität in Moskau: Der Einfluss des Klimas auf den Fettgehalt der Pflanzen. Veranstaltet von der ÖG und der Österreichisch-Zoologisch-Botanischen Gesellschaft (Sektion für Botanik) im Pflanzenphysiologischen Institut der Wiener Universität
25.4.1929	Gastspiel – Pianist Samuil Fejnberg (Wiener Konzerthaus)
29.4.1929	»Neue russische Graphik« – kleine Ausstellung der ÖG zur Eröffnung der Räumlichkeiten im »Frauenklub« (Wien, Tuchlauben 11)
25.9.–Okt. 1929	Denkmäler altrussischer Malerei (»Ikonenausstellung«) Veranstalter: ÖG und Künstlerbund Hagen (Wien, Zedlitzgasse 6)
12/1929	Russischer Weihnachtsmarkt Veranstalter: Künstlerbund Hagen (Wien, Zedlitzgasse 6)
19.12.1929	Vortrag – Il'ja Ėrenburg: La littérature russe et ses Rappports avec la révolution. Einladung des Kulturbundes (Wien, Parkring 8)
1930	
25.1.1930	Gastspiel – Dirigent Nikolaj Mal'ko, Arbeitersymphoniekonzert (Wiener Musikverein)
6.2.1930	Filmregisseur Viktor Turin: Turksib / Neue Wege der Filmkunst (Saal des Ingenieur- und Architektenvereins, Eschenbachgasse 9)
20.2.–31.3.1930	Teilnahme der UdSSR bei der »Internationalen Ausstellung Film und Foto«. Wanderausstellung des Deutschen Werkbundes (Österreichisches Museum für Kunst und Industrie)
11.3.1930	Vortrag – Ivan Pavlov, Dozent der Wirtschaftslehre, 1. Universität Moskau: Der Fünfjahresplan der Sowjetunion in der Praxis (Hotel Post / Wien, Fleischmarkt 24)

29.4.1930	Fannina Halle: Vom alten und neuen Moskau (Wien, Urania)
7.–9./16.–19.4.1930	Gastspiel – Moskauer Kammtheater unter Regisseur Aleksandr Tairov (Neues Wiener Schauspielhaus)
16.–23.9.1930	IV. Kongress der Weltliga der Sexualreformen in Wien (Konzerthaus) Zinovij A. Gurevič (Charkow): »Geschlechtsleben der ukrainischen Bäuerin« (18.9.) Grigorij Batkis: »Neues in der Geschlechterfrage in der Periode des sozialistischen Aufbaus« (20.9.) [Lt. Programm waren auch Boris M. Zavadovskij (Moskau) »Zur Funktion der Schilddrüse« (19.9.) und Nikolaj Paše-Ozerskij (Kiew) (22.9.) vorgesehen. Über deren Teilnahme ist nichts bekannt.]
Sept. 1930*	Vorträge von Grigorij Batkis und Zinovij A. Gurevič vor einer sozialdemokratischen Versammlung in Ottakring und für die ÖG
30.10.–30.11.1930	Verkaufsausstellung »Russische Kunst von heute« Veranstalter: ÖG und Künstlerbund Hagen (Wien, Zedlitzgasse 6)
15.12.1930	Vortrag – Polarforscher Rudolf Samojlovič Veranstalter: Konzertagentur Gutmann (Festsaal der Hofburg)
16.12.1930	Vortrag – Polarforscher Rudolf Samojlovič: Die neuesten Forschungen in der Arktis. Veranstalter: ÖG, Sozialdemokratische Bildungszentrale. (Volksbildungshaus / Wien, Stöbergasse 11)
1931	
28.1.–3.2.1931	Ausstellung »Wandermuseum des Kinderbuches der Sowjetunion« (Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum / Wien, Parkring 12)
6.2.1931	Vortrag – Sergej Tret'jakov: Das sozialistische Dorf und der Schriftsteller (Saal des Ingenieur- und Architektenvereins, Wien, Eschenbachgasse 9)
8.2.1931	Vortrag – Sergej Tret'jakov: Das sozialistische Dorf und der Schriftsteller (Volksbildungshaus / Wien, Stöbergasse 11)
29.5.–15.6.1931	Ausstellung »Von Kunst und Alltag in der Sowjetunion« (Neue Galerie / Wien, Grünangergasse 1)
19.10.1931	Vortrag – Polarforscher Rudolf Samojlovič: Wissenschaftliche Beobachtungen und Neuentdeckungen in der Arktis während des Fluges im deutschen Zeppelin über dem Nördlichen Eismeer. Veranstalter: ÖG (Haus der gastgewerblichen Arbeiterschaft / Wien, Treitlerstraße 3)
20.10.1931	Vortrag des Polarforschers Rudolf Samojlovič in Wien Veranstalter: Sozialdemokratische Bildungszentrale (Wiener Konzerthaus)
21.10.1931	Vortrag des Polarforschers Rudolf Samojlovič in Graz. Veranstalter: Sozialdemokratische Bildungszentrale.

23.10.1931	RAVAG-Übertragung des Vortrags von Rudolf Samojlovič (aus Stuttgart): Mit Graf Zeppelin in der Arktis
24.10.1931	Beitrag über Rudolf Samojlovič in der Selephon Tonfilmschau Austria
25.11.1931	Anatolij Lunačarskij – Beitrag für die »Tonfilmwochenschau«.
25.11.1931	Vortrag – Anatolij Lunačarskij: Kultur und Wissenschaft in der UdSSR Veranstalter: ÖG (Wiener Musikverein, Großer Saal)
27.11.1931	Vortrag – Anatolij Lunačarskij: Kunst und Kultur in der Sowjetunion Veranstalter: Bund der Sowjetfreunde (Wiener Sophiensäle)
29.11.1931	Teilnahme Anatolij Lunačarskij an der Podiumsdiskussion über den ersten sowjetischen Tonfilm »Weg ins Leben« (Tonfilmkino Sascha-Palast / Wien)
11.12.1931 [*]	Vortrag – Salomon Tocker: »Moskau als kulturelles Zentrum«
1932	
7.3.1932	Vortrag – Arkadij Timirjazev, Mitglied der staatlichen Kommission für Forschungswesen: Planung der Wissenschaft in der UdSSR (Hotel Post / Wien, Fleischmarkt 24)
12.7.1932 [*]	Versammlung der ÖG: »Kriegsgefahr und Sowjetunion« Redner: Armand Eisler, Franz Weinreb, Hans Hahn, F. W. König, Josef Riese
4.10.1932 [*]	Vortrag – Regisseur Hugo Hermann v. Internationalen Theater der UdSSR: Kunst und Alltag in der Sowjetunion
3.11.1932 [*]	Vortrag – Robert Bleichsteiner: Die moderne georgische Dichtung
11.12.1932	Matinee der ÖG aus Anlass des 15-jährigen Bestehens der Sowjetunion verbunden mit einer Feier des vierzigjährigen Schriftstellerjubiläums Maksim Gor'kij (Wiener Musikverein, Kleiner Saal)
1934	
28.1.1934	Vortrag – Rudolf Saliger: Vom Dnjeprkraftwerk in Russland (Lichtbilder) (Technisches Museum / Wien)
1935	
Ca. 05/1935 [*]	Vortrag – Fannina Halle: Die sowjetische Frau des Ostens
1936	
2.–13.6.1936	Teilnahme am Internationalen Wettbewerb für Klavier und Gesang, als Mitglied der Jury Samuil Fejnberg, als Teilnehmer Jakov Flier und Émil' Gilel's

* Angabe laut VOKS-Unterlagen

In der UdSSR

Studienreisen und Teilnahme an Veranstaltungen

1918–1936	Fannina Halle: zahlreiche Studienaufenthalte in Sowjetrußland / der UdSSR
11/1926	Hermann Neubacher in Moskau, Vortrag bei der VOKS: Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien
04/1927	Prinz Karl Anton Rohan in Moskau
04/1927	Joseph Gregor in Moskau, Vortrag: Über das Theater Österreichs
11/1927	Armand Eisler, Teilnahme an den Oktoberfeierlichkeiten in Moskau
Sommer 1928	Kaukasusexpedition (mit Rolf Singer)
10.9.–17.9.1928	Stefan Zweig bei den Jubiläumsfeiern anlässlich des 100. Geburtstages von Lev Tolstoj in der UdSSR (Moskau, Jasnaja Poljana, Leningrad)
1928	Journalist Bruno Frei in Moskau
Sommer 1929	Kaukasusexpedition (mit Rolf Singer)
06–07/1930	Schriftsteller Oskar Kanzian in Moskau
1.7.–15.8.1930	Teilnahme des »Deutschen Verlags für Jugend und Volk« an der Schulbuchausstellung in Leningrad, anschließend auch in anderen Städten der UdSSR
1930/31	Schriftstellerin Lili Körber in der UdSSR
07/1931	Studienreise des Archäologen Franz Hančar in den Kaukasus
07/1931	Professor Rudolf Saliger, Exkursion zum Dneprostroj
11/1931	Redakteur der Zeitschrift <i>Anbruch</i> Alfred Schlee in Moskau
12/1931	Schriftsteller Julius Haydu in Moskau
11/1932	Reise von ÖG-Mitgliedern zu den Oktoberfeierlichkeiten in Moskau (Inturist), darunter Yella Hertzka

Beispiele von Gastspielen und Besuchen österreichischer Musiker in der UdSSR

Dirigent Fritz Stiedry: mehrere Gastspiele z. B. 11/1925 (Leningrad), 03 und 10–11/1926 (Moskau), 11/1927 (Leningrad), 11–12/1929 (Leningrad), 1933–1937 musikalischer Leiter an der Leningrader Philharmonie

Komponist Franz Schreker: 11/1925 (Leningrad, Besuch Moskaus)

Dirigent Felix Weingartner: 04/1926 (Leningrad, Besuch Moskaus)

Dirigent Erich Kleiber: Anfang 1927 (Leningrad, Moskau)

Pianist Friedrich Wührer: 03–04/1927 (Moskau)

Komponist Alban Berg: 06/1927 Anwesenheit bei der Erstaufführung der Oper *Wozzeck* in Leningrad

Dirigent Clemens Krauss: Anfang 1928 (Leningrad)

Dirigent Karl Bamberger: 1931, bis 1935 Gastdirigent in der UdSSR

Komponist Rudolf Retf: Herbst 1931 (Moskau)

Dirigent Erik-Paul Stekel: 01/1932 (Moskau, Leningrad, Charkow)

Dirigent Paul Pella: 06/1935 (Moskau, Sverdlovsk, Tiflis)

»Österreichische Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR«

Adressen des Vereins (Wien)

1926/27: Prinz-Eugen-Straße 68 (Wohnung Moritz Schlicks)

Sekretariat: Stubenring 12 (Büro Armand Eislers)

1927: Lesezimmer in der Löwelstraße 18

1929–1932: Tuchlauben 11 (Räumlichkeiten des »Neuen Wiener Frauenklubs«)

1932/33: Getreidemarkt 7 (Räumlichkeiten des »Wissenschaftlichen Klubs«)

Gründungsmitglieder (Vereinsmeldung) Juni 1925

Alexander Brünner, Joseph Marx, Hans Kampffmeyer, Walter Schiff, Moritz Schlick

Generalversammlungen

1. ordentliche Hauptversammlung: 18.5.1926 (Ort: Handelskammer)

Generalversammlungen und Neuwahlen des Vorstands: 14.6.1927, 22.1.1929, 25.1.1932.

Vorsitzende

1926/27	1927/28	1929–1930	1932/33
Moritz Schlick	Hans Kampffmeyer	Joseph Marx	Adolf Vetter

Wichtige Vorstandsmitglieder (Aktivisten)

Ständige Vorstandsmitglieder (1926–1933)	Ständige Aktivisten (1926–1933) und zeitweise Vorstandsmitglieder (Zeitraum im Vorstand)
Raisa Adler Armand Eisler Walter Schiff Moritz Schlick Adolf Vetter	Heinrich Engländer (1929–1933) Fannina Halle (1932/33) Franz Weinreb (1927–1933) Salomon Tocker (1927–1928; 1933)

Zeitweise wichtige Vorstandsmitglieder / Aktivitäten für ÖG (Zeitraum im Vorstand)	
Hans Kampffmeyer (1926–1928) Joseph Marx (1926–1930) Hermann Wiznitzer (1927)	Hans Hahn (1927–1933) Yella Hertzka (1929–1933) Abram Dzimitrowsky (1929–ca. 1931)
Hermann Neubacher (1927–1929) Bruno Frei (1927–1929) Alexander Brünner (1926; 1929) Marcell Zappler (1926; 1929/30) David Josef Bach (1930)	Bruno Steiner (1929; 1932/33) Rudolf Saliger (1932/33) Robert Bleichsteiner (1932/33) Josef Riese (1932/33)

Weitere (zeitweise) Vorstandsmitglieder (wenig belegbare Aktivität)

Anfangszeit	Bis 1929/30	Endphase
Friedrich Hertz (1926–1927) Erika Wagner (1926–1927) Ludwig Stärk (1926–1927) Eugen Koppstein (1926–1927) Samuil Gladnev (1926–1927)	Oskar Kokstein (1926–1929) Norbert Wien (1926–1929) Albert Frankfurter (1927–1929) Luitpold Stern (1927–1929) Otto Modley (1929) Julius Wilhelm (1929) Josef Strzygowski (1930)	Sigmund Grünberg (1929; 1932/33) Bruno Bauer (1932/33) Franz Theodor Csokor (1932/33) Wilhelm Kienzl (1932/33)
	1929 »korrespondierende Vorstandsmitglieder«: Paul Stefan, Leo Lederer, Otto Pohl, Kronegger, Paul Eisler	

Sektionen der ÖG

Musik (Frühjahr 1925): Paul Bechert (vermutlich Mitarbeiter der UE und Leiter der Wiener Konzertagentur Ittmann); Abram Dzimitrowsky (Leiter der Russischen Abteilung der UE), Hans Heinsheimer (Leiter der Opernabteilung der UE), Emil Hertzka (Direktor der UE), Alfred Kalmus (Mitarbeiter der UE), Joseph Marx (Rektor der Musikhochschule in Wien), Paul A. Pisk (Redakteur des *Anbruch*, Mitarbeiter der UE), Paul Stefan (Schriftleiter des *Anbruch*, Mitarbeiter der UE)

Literatur und Kunst (Ende 1925): David Josef Bach (Musikkritiker der *Arbeiterzeitung*), R. Berzina (VOKS-Bevollmächtigte), Franz Theodor Csokor (Schriftsteller), Adolf Eisler (Funktionär der Schauspielergewerkschaft), Fannina Halle (Kunsthistorikerin), Josef Hoffmann (Architekt), [vermutlich Carl] Moll (Maler), Hans Prager (Schriftsteller), Helene Scheu (Schriftstellerin), Grete Schwarz, Eugenie Schwarzwald (Schulreformerin, Pädagogin), Ludwig Stärk (Schauspieler, Theaterregisseur), Ernst Peter Tal (Verleger), Adolf Vetter (ehemaliger Leiter der Staatstheater), Erika Wagner (Schauspielerin), Johannes Wertheim (Schriftsteller, Inhaber des Verlages für Literatur und Politik), Norbert Wien (Kunsthändler), Marcell Zappler (Journalist)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik (Juni 1926): Heinrich Balvin (Generalkonsul, Österreichisches Handelsmuseum)*, Otto Bauer (Sekretär des Hauptverbandes der Industrie)*, Victor Brauneis (Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank), Otto Deutsch (Direktor)* [vermutlich Wirtschaftsjournalist der *Neuen Freien Presse*], Franz Drexler (Rechtskonsulent der Wiener Handelskammer), Albert Frankfurter (Präsident der Unionbank)*, Hermann Heindl (Leiter der Rechtsabteilung der Wiener Arbeiterkammer), Friedrich Hertz (BKA Bundespressedienst), Hans Kampffmeyer (Leiter des Siedlungsamtes der Gemeinde Wien), Richard Kerschagl (Rechtskonsulent der Österreichischen Nationalbank), Josef Kovalsky (Österreichische Nationalbank)*, Otto Neurath (Sekretär des Siedlerverbandes), Fritz Rager (Sekretär der Wiener Arbeiterkammer), Heinrich Rosenberg (Gremium der Wiener Kaufmannschaft)*, Kurt Schechner (Präsident der Landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle), Walter Schiff (Statistisches Amt der Stadt Wien, Professor für politische Ökonomie, Univ. Wien), Fritz Schlesinger (Verwaltungsrat der Firma Elin AG), Bruno Steiner (RUSAVSTORG), Salomon Tocker, Roman Vol'skij (Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in Österreich), Samuil Vul'fson (Handelsvertreter der UdSSR in Österreich), [vermutlich: Alfred] Zisarsky (Kommerzialrat, Niederösterreichischer Gewerbeverein)*

Wissenschaft (1926): Alfred Adler (Individualpsychologe, Dozent am Pädagogischen Institut der Stadt Wien), Max Adler (außerordentlicher Professor für Soziologie sowie Theorie und Geschichte des Sozialismus, Univ. Wien), Becke(r)[°], Rudolf Eisler (Philosoph), Hans Hahn (Professor für Mathematik, Univ. Wien), Alfred Hay [vermutlich Experte für wissenschaftliche und angewandte Fotografie], Hayek[°], Friedrich Hertz (Soziologe), Josef Hoffmann (Architekt), Guido Holzkmnecht (Professor für medizinische Röntgenologie, Univ. Wien), Hans Kampffmeyer (Leiter des Siedlungsamtes der Gemeinde Wien), Hans Kelsen (Professor für Staatsrecht, Univ. Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof), Eugen Oberhummer (Professor der historischen und politischen Geografie, Univ. Wien, Mitglied der Akademie der Wissenschaften), Redlich[°], Moritz Schlick (Professor für Philosophie, Univ. Wien), Edward Wheeler Scripture (Professor für Experimentalphonetik, Univ. Wien), Josef Strzygowski (Professor für Kunstgeschichte, Univ. Wien), Julius Tandler (Gesundheitsstadtrat, Wien), Alfred Verdross (Professor für Völkerrecht, Univ. Wien), Richard Wettstein (Direktor des Botanischen Instituts und Gartens in Wien)

Recht (1926): Leitung: Heinrich Engländer

Presse (1929): David Josef Bach (*Arbeiterzeitung*), Emil Bader (*Neues Wiener Tagblatt*), Carl Colbert (*Der Abend*), L. V. Ecker[°], Max Emers (*Der Tag*), Walther Federn (*Österreichischer Volkswirt*), Samuil Gladnev [d. i. Samuil Zaks] (*TASS*), Leo Halberstam (*Neues Wiener Tagblatt*), Emil Kläger (*Neue Freie Presse*), Leo Lederer, Leichter (*Arbeit und Wirtschaft*)^{*}, Leuthner[°], Moskowitz[°], Stefan Müller (*Neue Freie Presse*), Heinrich Osten [d. i. Ostersetzer] (*Neue Freie Presse*), Vincenz Ludwig Ostry (*Der Morgen*), Paul Stefan (*Die Stunde*), Paul A. Pisk (*Arbeiterzeitung*), Georg Polak (*Neue Wirtschaft*), Josef Reitler (*Neue Freie Presse*), Alexander Salkind (*Präsident des Verbandes der auswärtigen Presse*), Hugo Schulz (*Arbeiterzeitung*), Wilhelm Steiner (*Zeitschrift für Gewerbe-Hygiene und Unfallverhütung*), Karl Tschuppik (*Die Stunde*), Marcell Zappler (*Der Tag*).

* Nähere Angabe in Klammern laut Quelle (VOKS), Information konnte nicht überprüft werden.

° Aufgrund der fehlenden Information in der Quelle (VOKS) keine nähere Bestimmung zur Person möglich.

Sektionen 1929/30 (Leitung)	
1. Recht (Heinrich Engländer)	5. Presse (Marcell Zappler)
2. Musik (Abram Dzimitrowsky/ Paul Stefan)	6. Literatur und Kunst (David Josef Bach)
3. Studenten (Otto Modley/ Paul Eisler)	7. Wissenschaft (Moritz Schlick)
4. Frauen (Yella Hertzka)	8. Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Abkürzungsverzeichnis

ASM	Assoziation zeitgenössischer Musik
AZ	Arbeiter-Zeitung
BdF	Bund der Freunde der Sowjetunion
BKA	Bundeskanzleramt
BKA-AA	Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei
BM	Bundesminister / Bundesministerium
BMfA	Bundesministerium für Äußeres
BSĚ	Bolšaja Sovetskaja Ěnciklopedija
CIK/ZEK	Zentrales Exekutivkomitee
ĀK/Āeka	Außerordentliche Kommission (für den Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage, Geheimdienst, Vorgängerin der GPU)
ĀSR	Tschechoslowakische Republik
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien)
EKKI	Exekutivkomitee der Komintern
FWF	Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (in Österreich)
GESIBA	Gemeinnützige Siedlungs- und Baustoffanstalt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GOSET	Jüdisches Staatstheater
Gosplan	Staatliche Plankommission
GPU	Staatliche Politische Verwaltung (Geheimdienst, Nachfolgerin der ĀK)
GRU	Hauptverwaltung »Erkundung« (siehe RU)
GSB	Gesandtschaftsbericht
GWM	Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum
HRSS	Kroatische Republikanische Bauernpartei
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
IGNM	Internationale Gesellschaft für Neuere Musik
IMĚ	Marx-Engels-Institut
IMRO	Innere Makedonische Revolutionäre Organisation
INO	Auslandsabteilung (der ĀK bzw. des GPU)
IRH/MOPR	Internationale Rote Hilfe
Izostat	Institut für Bildstatistik
KBF	Kommunistische Balkanföderation
KI, Komintern	Kommunistische oder III. Internationale

KMP	Ungarländische Partei der Kommunisten
KP	Kommunistische Partei
KP(b)U	Kommunistische Partei (Bolschewiki) der Ukraine
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPJ	Kommunistische Partei Jugoslawiens
KPÖ/KPDÖ	Kommunistische Partei (Deutsch-)Österreichs
KPR(b)	Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)
KPRP	Kommunistische Arbeiterpartei Polens
KPSH/KPZU	Kommunistische Partei Ostgaliziens / der Westukraine
Krestintern	Bauerninternationale
KUNMZ	Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens
KZP	Kommission für ausländische Hilfe beim CIK der UdSSR
MOPR	Internationale Rote Hilfe
Mz.	Mehrzahl
Narkom	Volkskommissar
NĚP/NÖP	Neue Ökonomische Politik
NFP	Neue Freie Presse
NKID/Narkomindel	Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
NKVD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NKVT	Volkskommissariat für den Außenhandel
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
ÖG	Österreichische Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OGIZ	Vereinigung der Staatsverlage für Bücher und Zeitschriften
OGPU	Sowjetische Geheimpolizei, 1927–1934
OMS	Abteilung für internationale Verbindungen (der Komintern)
ONB	Österreichische Nationalbibliothek
PEN	poets essayists novelists (internationale Schriftstellervereinigung)
Polpred/y	Bevollmächtigter diplomatischer Vertreter/Mz.
Polpredstvo/a	Bevollmächtigte diplomatische Vertretung/Mz.
PPS	Polnische Sozialistische Partei
Profintern	Rote Gewerkschaftsinternationale

RATAO	Russisch-Österreichische Handels-AG
ROSTA	Russische Telegraphenagentur
RSDRP(b)	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RU	Erkundungsverwaltung beim Stab der Roten Armee
RUS(S)AVSTORG	Russisch-Österreichische Handels- und Industrie-AG
SDAP/SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei / Österreichs
SDKPiL	Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens
SFG	Salzburger Festspielgemeinde
SHS	Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen
SNK/Sovnarkom	Rat der Volkskommissare
SOB	Südosteuropäisches Büro (der Komintern)
SRy	Sozialisten-Revolutionäre
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
Stv./stv.	Stellvertreter / stellvertretend
TASS	Telegraphenagentur der Sowjetunion
Torgpred/y	Handelsvertreter/Mz.
Torgprestvo/a	Handelsvertretung/Mz.
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UE	Universal Edition
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VCSPS	Allunions-Zentralrat der Gewerkschaften (der UdSSR)
VEV	Verband der europäischen Verständigung
VF	Vaterländische Front
VKP(b)	Allrussische, dann Allsowjetische KP, vor 1925 KPR(b)
VOKS	Gesellschaft für kulturelle Verbindung der UdSSR mit dem Ausland
VSNCh	Oberster Rat für Volkswirtschaft
WES/WEB	Westeuropäisches Sekretariat / Büro (der Komintern)
Zamnarkom	Stellvertretender Volkskommissar
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Österreich

Österreichisches Staatsarchiv (Wien) [OeStA]

Allgemeines Verwaltungsarchiv [OeStA/AVA]

Nachlässe

[AT-OeStA/AVA Nachlässe]

NL E1722 Hornbostel Theodor

NL E1731 Renner Karl

Archiv der Republik [OeStA/AdR]

Ministerratsangelegenheiten

Ministerrat 1. Republik – Ministerratsprotokolle

[AT-OeStA/AdR MRang MR 1. Rep. MRP]

1065 Ministerratsprotokoll, 1937.12.10.

Bundeskanzleramt

Bestände aus dem Sonderarchiv Moskau: Bundeskanzleramt, Vaterländische Front

AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau VF, Fonds 514: Mappen 639, 675.

AT-OeStA/AdR Sonderarchiv Moskau BKA, Fonds 515, Abteilung 3: Mappe 25

Auswärtige Angelegenheiten

Österreichische Vertretungsbehörden im Ausland 1. Republik: Belgrad, Berlin, London, Moskau, Paris, Prag

[AT-OeStA/AdR AAng ÖVB 1Rep]

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neues Politisches Archiv

[AT-OeStA/AdR AAng NPA]

Originalberichte der österreichischen Gesandtschaften – Moskau

Liassen Österreich, Russland, Deutschland, Ungarn
Liasse Personalia Ammende, Basseches, Eisler, Hein, Pacher, Pohl, Wienerberger, Zweig

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neues Politisches Archiv Präsidium
[AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPAPräs]

Liassen Russland; Kongressen, Konferenzen, Veranstaltungen; 24 Diplomaten 1/9;
Liasse Personalia Hein

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neue Administrative Registratur
[AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR]

Liassen Moskau; Staaten (Angelegenheiten der Missionssitze in Österreich);
Missionssitze: Moskau; Liasse Personalia Pohl, Junkar, Schwinner

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Orden und Ehrenzeichen
[AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA OEZ]

Liasse I/1 Dekoration 2/70

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Handelspolitik, Abteilung 14
[AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP]

Liassen Auswanderung Russland; Palais; Völkerbund; Handel und Industrie
Russland; Gewerbe Russland

Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Völkerrecht, Abteilung 15
[AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA VR]

Liassen Völkerbund / Aufnahme Russland; Exterritorialität Russland

Bundeskanzleramt / Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt
[AT-OeStA/AdR BKA/KGF]

Akten des Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamtes

Bundeskanzleramt / Bundespressediens

[AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPD]

Kartons mit Zeitungsausschnitten über Russland bzw. die Sowjetunion

Bundeskanzleramt / Wanderungsamt

[AT-OeStA/AdR BKA Wanderungsamt]

Russland-Akten

Bundeskanzleramt / Berichte der Wiener Polizeidirektion
[AT-OeStA/AdR BKA BKA-I BPDion Wien Berichte]
Berichte der Bundespolizeidirektion Wien

Bundesministerium für Handel- und Verkehr
[AT-OeStA/AdR Vk BmfHuV]
Akten zum Handel mit Russland

Haus-Hof und Staatsarchiv [HHStA]

[At-OeStA/HHStA]
Akten aus dem PA (Politisches Archiv)
Akten zur diplomatischen Vertretung in Russland

Kriegsarchiv [OeStA/KA]

Kriegsministerium / 10. Kriegsgefangenenabteilung
[AT-OeStA/KA KM/10.Kgf.]

Nachlass-Sammlung
[AT-OeStA/ KA NL]

Archiv der Bundespolizeidirektion Wien [ABW]
Akten aus dem Schober-Archiv

Archiv der Salzburger Festspiele [ASF]
Material zu den Festspielen 1928, Gastspiele des Leningrader Opernstudios

Diözesanarchiv Wien [DAW]
Protokollbuch Präsidialia 1934
Bischofsakten Innitzer Kassette 11, Faszikel 6: Interkonfessionelles und übernationales Komitee für die Hungergebiete in der Sowjet-Union

Archiv der Universität Wien
Rigorosenakten der Philosophischen Fakultät: Fanny Halle
Rigorosenakten für das Studium der Staatswissenschaften (ältere Serie):
Hermann Wiznitzer, Salomon Tocker

Karl von Vogelsang-Institut [KvVI]
Christlichsoziale Partei, Parlamentsklub

Niederösterreichisches Landesarchiv [NÖLA]

Präsidialakten

Bestand Filmvorführkarten

Oberösterreichisches Landesarchiv [OÖLA]

Akten der BH Ried

Paris-Lodron-Universität Salzburg, FB Kunst-, Musik- und Tanzwissenschaft

Nachlass Bernhard Paumgartner

Salzburger Landesarchiv [SLA]

Briefe des Landeshauptmanns Franz Rehr [SLA Rehr Akten, RehrBr]

Stiftung Salzburger Literaturarchiv

Notizbuch Stefan Zweigs zur Russlandreise

Verein Geschichte der Arbeiterbewegung [VGA]

Altes Parteiarchiv, Militärverband der Republik Österreich

Arbeiterbank

Wiener Stadt- und Landesarchiv [WStLA]

1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 7014/25:

Österreichische Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR

1.3.2.119.A32 – Gelöschte Vereine 1920–1974, 983/29:

Bund der Freunde der Sowjetunion

119 A 10/1 Aktiengesellschaften

Gemeinderat: Stenographische Protokolle 1925, 1927, 1930

Russland

Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation / Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii [AVP RF]

Fonds

04 Čičerin

05 Litvinov

066 Referat für Österreich

Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte / Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii [RGASPI]

Fonds

- 17/162 Politbürobeschlüsse – Sondermappe
- 17/166 Politbürobeschlüsse und Materialien
- 71/50 Korrespondenz der Direktion des IMĖ mit ausländischen Korrespondenten
- 82 Molotov
- 159 Čičerin
- 495/73 Sekretariat G. M. Dimitrow
- 495/80 Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)
- 539 MOPR
- 558/11 Stalin

Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdiensts Russlands / Central'nyj Archiv Federal'noj Služby Besopasnosti Rossii [CA FSB]

Akten zu den Kriegsgefangenenkommissionen in Russland

Staatsarchiv der Russischen Föderation / Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii [GARF]

Fonds

- R-391 ROSTA
 - R-3333 Zentralkollegium für Gefangenen- und Flüchtlingsangelegenheiten
 - R-4459 TASS
 - R-5283 VOKS – Gesellschaft für kulturelle Verbindung der UdSSR mit dem Ausland
 - R-5446 Rat der Volkskommissare
 - R-3316 CIK UdSSR – Zentrales Exekutivkomitee der UdSSR
 - R-8402 Föderation ausländischer Arbeiter- und Bauernräte in Russland
1917–1921
- Personalakten / Strafakten

Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft / Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ėkonomiki (Moskau) [RGAĖ]

Fonds

- 338 Rus(s)avstorg
- 413 Ministerium für den Außenhandel
- 5135 RATAO
- 5240 Volkskommissariat für Innen- und Außenhandel

Russisches staatliches Militärarchiv / Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (Moskau) [RGVA]

Fonds

33987

Deutschland

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (Berlin) [PAAA]

Botschaft Wien

Botschaft Moskau

Auswärtiges Amt: Politische Abteilung, Protokoll, Büro des Reichsaußenministers (Handakten Neurath), Personalakten

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin) [SAPMO]

Historisches Archiv KPD: RY1

Kommunistische Internationale: RY 5

Bundesarchiv [BArch]: R 1507/1084a, 1084b, 1085, 1086, 1096e, 1106a, 1106b, 1113

Ungarn

Archiv und Institut für Politische Geschichte / Politikatörténeti Intézet Levéltára (Budapest) [PIL]

878 f., 8 cs., 3–5, 7f., 10–17, 19–21, 23, 29f., 33–40, 42, 45–48, 59, 68, 79 ö. e.
(Bestand KPU/Komintern)

England

The National Archives [TNA]

Foreign Office (FO) 371/4638, 371/4641, 371/9646–9649, 371/10660–10662, 371/11211–11213, 371/12078, 371/22310, 404/1–2, 404/12–27, 606/11, 608/27, 893/4

Frankreich

Archives des Affaires étrangères / Archives de l'administration centrale

[AAÉ/AAC]

Affaires politiques (AP), Z-Europe, URSS 1918–1929, Politique étrangère, Europe-Russie, Z 619 25, 369 I: Relations entre l'Autriche et l'URSS.

Bibliografie

Periodika

- Arbeiter-Zeitung (Wien) [AZ]
Das interessante Blatt (Wien) [IB]
Das kleine Blatt
Das Neue Rußland. Monatsschrift für Kultur- und Wirtschaftsfragen.
Hrsg. von der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland in Deutschland.
(Berlin–Pankow)
Der Abend (Wien)
Der christliche Ständestaat. Österreichische Wochenhefte (Wien) [CSt]
Der eiserne Besen. Österreichisches Wochenblatt für Stadt und Land. Deutsch-
österreichischer Schutzverein Antisemitenbund. (Salzburg/Wien [u. a.]
Der gute Film
Der österreichische Volkswirt
Der Heimatschützer. Offizielles Organ des Österreichischen Heimatschutzes
(Wien)
Der österreichische Volkswirt. Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen (Wien)
Die Aktion (Wien). Herausgeber Ernst Karl Winter
Die Bühne. Wochenzeitschrift für Theater, Film, Mode, Kunst, Gesellschaft,
Sport. (Wien)
Die Rote Fahne (Wien) [DRF]
Die Stunde (Wien) [Std.]
Informacionnyj Bjuulleten' Vsesojuznogo Obščestva Kul'turnoj svjazi s zagra-
nicej (Moskau)
Izvestija (Moskau)
Kinojournal
Komsomol'skaja Pravda (Moskau)
Meždunarodnaja žizn'
Mirovoe chozjajstvo i mirovaja politika [Mchimp]
Mirovoe chozjajstvo i meždunarodnye otnošenija [Mchimo]
Moskauer Rundschau. Wochenschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur der
Sowjetunion (Moskau)

- Musikblätter des Anbruch. Halbmonatsschrift für moderne Musik / Der Anbruch (Wien)
- Muzyka i revoljucija (Moskau) [MiR]
- Neue Freie Presse (Wien) [NFP]
- Neues Wiener Journal (Wien) [NWJ]
- Neues Wiener Tagblatt [NWT]
- Neuigkeits-Welt-Blatt (Wien) [NWB]
- Ogonëk (Moskau)
- Österreichische Film-Zeitung
- Paimann's Filmlisten. Wochenschrift für Lichtbildkritik.
- Pravda (Moskau)
- Reichspost (Wien) [RP]
- Salzburger Chronik (Salzburg) [SC]
- Salzburger Volksblatt (Salzburg) [SVBl]
- Salzburger Volksbote (Salzburg) [SVBo]
- Salzburger Wacht (Salzburg) [SW]
- Sturm über Österreich. Offizielles Organ der ostmärkischen Sturmsharen (Wien) [StÖ]
- Večernjaja Moskva (Moskau) [VM]
- Voennyj Vestnik
- Wiener Allgemeine Zeitung (Wien) [WAZ]
- Wiener Bilder (Wien) [WB]
- Wiener Politische Blätter (Wien)
- Wiener Stimmen (Wien)
- Wiener Zeitung (Wien) [WZ]
- Zeitschau. Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft. Hrsg. vom Österreichischen Heimatdienst.
- Žizn' iskusstva (Leningrad) [ŽI]

Primärliteratur

Gedruckte Quellen und Quelleneditionen

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. [ADAP]
- Serie B (1925–1933), Bd. XXI. 16. August 1932 bis 29. Januar 1933, Göttingen 1983.
- Serie D (1937–1945), Bd. 1. Von Neurath zu Ribbentrop (September 1938 – September 1938), Göttingen 1950.
- Serie D (1937–1945), Bd. 2. Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Göttingen 1950.

- Davies, Joseph Edward: Als USA-Botschafter in Moskau: authentische und vertrauliche Berichte über die Sowjet-Union bis Oktober 1941, Zürich [1952]. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series, Bd. 12. 1934, London 1972.
- Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series, Bd. 1. 1938, London 1949.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher im Exil. Sowjetunion. Eine Dokumentation, Wien 1999.
- Ministerstvo Inostrannyh Del SSSR: Dokumenty vnešnej politiki SSSR. Bd. 1–21, Moskva 1957–1977. [DVP]
- Enderle-Burcel, Gertrude (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 7. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 20. November 1936 bis 25. Mai 1937, Wien 2011.
- Klahr, Alfred: Zur österreichischen Nation. Mit einem Beitrag von Günther Grabner, herausgegeben von der KPÖ, Wien 1994.
- Koch, Klaus/Rauscher, Walter/Suppan, Arnold, Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938, Wien 1993–2009. [ADÖ]
- Bd. 1: Selbstbestimmung der Republik. 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919.
- Bd. 2: Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919.
- Bd. 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. 11. September 1919 bis 10. Juni 1921.
- Bd. 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung. 11. Juni 1921 bis 6. November 1922.
- Bd. 5: Unter der Finanzkontrolle des Völkerbundes. 7. November 1922 bis 15. Juni 1926.
- Bd. 6: Jahre der Souveränität. 16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930.
- Bd. 7: Das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt. 12. Februar 1930 bis 11. September 1931.
- Bd. 8: Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne. 12. September 1931 bis 23. Februar 1933.
- Kynin, G. P./Laufer J. (Hg.): SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Bd. 1. 22. ijunja 1941 g.–8. maja 1945 g., Moskva 1996.
- Laufer, Jochen P./Kynin, Georgij P. (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1947, Bd. 1. 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945, Berlin 2004.
- Linke, Horst Günther (Hg.): Quellen zu den deutsch-russischen Beziehungen, Darmstadt 2001 (= Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert; 7).

- Markert, Werner / Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Verträge und Abkommen. Verzeichnis der Verträge und Nachweise 1917–1962, Graz / Köln 1967 (= Osteuropa-Handbuch).
- Neck, Rudolf / Peball, Kurt (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 1. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Juli 1934 bis 26. Oktober 1934, Wien 1988.
- Neurath, Otto. Gesammelte bildpädagogische Schriften. Hg. von Rudolf Haller und Robin Kinross, Bd. 3, Wien 1991.
- Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 2. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 30. Oktober 1934 bis 24. Mai 1935, Wien 1993.
- Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung IX: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938, Bd. 3. Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg 31. Mai 1935 bis 30. November 1935, Wien 1995.
- Politburo CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa. Rešenija »osoboj papki« 1923–1939, Moskva 2001.
- Pommerin, Reiner / Fröhlich, Michael (Hg.): Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1917–1963, Darmstadt 1996.
- Rolland, Romain / Zweig, Stefan: Briefwechsel. 1910–1940, 2. Bd. 1924–1940, Berlin 1987 [= Rolland-Briefe].
- Stalin i Kaganovič. Perepiska, 1931–1936 gg. Moskva 2001.
- Stenographische Protokolle der Provisorischen Nationalversammlung, der Konstituierenden Nationalversammlung und des Nationalrates 1918–1934. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii: SSSR-Germanija 1933–1941, Moskva 2009.
- VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Frankfurt am Main 1971.
- Zweig, Stefan / Zweig, Friderike: »Wenn einen Augenblick die Wolken weichen«. Briefwechsel 1912–1942. Hrsg. von Jeffrey B. Berlin und Gert Kerschbaumer, Frankfurt am Main 2006. [= Zweig-Briefe]

Memoiren, diverse zeitgenössische Schriften und Publikationen, Ausstellungskataloge

- Ammende, Ewald: Muß Rußland hungern? Menschen- und Völkerschicksale in der Sowjetunion, Wien 1935.
- Bajes, Fric [Beyes, Fritz]: Deti ščubundovcev v Sovetskom Sojuze, Moskva 1935.
- Barmine, Alexander: Einer der entkam. Lebensgeschichte eines Russen unter den Sowjets, Wien 1952.

- Barrikady v Avstrii. Rasskazy rabočich-šucbundovcev, Moskva 1935.
- Bessedowsky, Grigorij: Im Dienste der Sowjets, Erinnerungen, Leipzig / Zürich 1930.
- Buber-Neumann, Margarete: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart 1967.
- Denkmäler altrussischer Malerei. Russische Ikonen vom XII bis XVIII. Jahrhundert. Ausstellung veranstaltet vom Volksbildungskommissariat der RSFSR, dem Künstlerbund Hagen, Wien und der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR. September–Oktober 1929, Wien 1929.
- Ėrenburg, I.: Graždanskaja vojna v Avstrii, Moskva 1934.
- Für Österreichs Freiheit und Recht. Die historische Rede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in der Sitzung des Bundestages vom 29. Mai 1935, [Wien 1935].
- Gesellschaft der Freunde der Nationalbibliothek: Führer durch die Internationale Ausstellung für Theaterkunst. Wien, September–Oktober 1936, Wien 1936.
- Hagenbund, Sowjet-russische Ausstellung. März 1928. Zedlitzgasse 6, Wien 1928.
- Halle, Fannina: Die Frau in Sowjetrußland, Berlin / Wien / Leipzig 1932.
- Halle, Fannina: Altrussische Kunst, [1920].
- Halle, Fannina: Die Bauplastik von Wladimir-Ssusdal. Russische Romanik, Berlin / Wien u. a. 1929.
- Halle, Fannina: Frauen des Ostens. Vom Matriarchat bis zu den Fliegerinnen von Baku, Zürich 1938.
- Haydu, Julius: Rußland 1932, Wien [u. a.] 1932.
- Heimatsdienst (Hg.): Österreich muß Österreich bleiben. Die große Rede des Bundeskanzlers und Frontführers Dr. Schuschnigg im Bundestag am 24. Februar 1938, Wien 1938.
- Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt am Main / Bonn 1964.
- Hohes Kommissariat Professor Dr. Fridtjof Nansen: Für unseren kleinen russischen Brüder! Gaben westeuropäischer Schriftsteller und Künstler für die notleidenden Kinder in den Hungernotdistrikten Rußlands, Genf [1922].
- Informationsabteilung des Völkerbundes, Genf: Monatsberichte über die Tätigkeit des Völkerbundes, Bd. 18. (1938).
- Informationsdienst der Vaterländischen Front Nr. 2/III, 27.1.1936.
- Jakoby, Willy (Hg.): Hungersnot! Authentische Dokumente über das Massensterben in der Sowjetunion, Wien [1934].
- Kameneva, Ol'ga D.: Dva goda kul'turnogo sblizenija s zagranicej. Sbornik materialov pod redakcijej O. D. Kamenevoj, Moskva 1925.
- Kapeljuš, F.: Avstrija, Moskva 1929.

- Körper, Lili: Eine Frau erlebt den roten Alltag. Ein Tagebuch-Roman aus den Putilowwerken, Berlin 1932.
- November 1918 auf dem Ballhausplatz. Erinnerungen Ludwigs Freiherr von Flotow, des letzten Chefs des österreichisch-ungarischen auswärtigen Dienstes 1895-1920, hg. von Erwin Matsch, Wien 1982.
- Rohan, Karl Anton: Moskau. Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland, Karlsruhe 1927.
- Rošer, Gejnc [Roscher, Heinz]: Boi v Floridsdorfe, Moskva 1935. Vgl. Roscher, Heinz: Die Februarkämpfe in Floridsdorf, Basel 1934. Govorjat bojcy avstrijskich barrikad, Moskva 1935.
- Russische Kunst von heute. Oktober-November 1930. Veranstaltet vom Künstlerbund Hagen unter Mitwirkung der Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen mit der UdSSR, Wien 1930.
- Russlands Friedensbotschaft an die Welt. Der Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion bei der vierten Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes. Hrsg. von der Politischen Gruppe der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Wien 1928.
- Saliger, Rudolf: Das Gesicht des neuen Russland. Reiseindrücke, Wien 1932.
- Schuschnigg, Kurt: Dreimal Österreich, Wien 1937.
- Schuschnigg, Kurt: Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschluß-idee, Wien 1988.
- Smirnov, Elisar: Est' na svete Moskva! (Rasskazy junych ščubundovcev). Serija »Besedy u kostra«, Moskva 1935.
- Stefan Zweig. Für ein Europa des Geistes. Ausstellung, Salzburg 1992.
- Vanry, Frank (Franz Weinreb): Der Zaungast. Lebenserinnerungen, Wien [u. a.] 1983 (= Materialien zur Arbeiterbewegung; 27).
- Vaterländische Front: Redner-Informationsdienst Nr. 3, November 1936.
- Vaterländische Front: Redner-Informationsdienst, Nr. 1, Oktober 1936.
- Verein Arbeiterpresse (Hg.): Zweimal auf der Flucht. Nach Russland geflüchtete und freiwillig zurückgekehrte ehemalige Schutzbündler berichten über ihre Erlebnisse, Wien 1936.
- Verosta, Stephan: Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Wien 1947.
- Vetter, Adolf: Geordnete Menschlichkeit. Eine Rede, gehalten in der Versammlung der Österr. Gesellschaft zur Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken am 11. Dezember 1932, Wien 1932.
- Volin, B.: Vosstavšaja Vena, Moskva / Leningrad 1927.
- Vsesojuznyj institut izobrazitel'noj statistiki sovetskogo stroitel'stva i chozjajstva pri CIK SSSR: Na strojke socializma. Dostiženija pervoj pjatiletki, Moskva 1933.

- Wienerberger, Alexander: Hart auf hart. 15 Jahre Ingenieur in Sowjetrußland. Ein Tatsachenbericht. Mit 52 Original-Leicaaufnahmen des Verfassers, Salzburg [u. a.] 1939.
- Winter, Ernst Karl: Monarchie und Arbeiterschaft. Beihefte zu den »Wiener Politischen Blättern« Nr. 1, Wien 2. Auflage 1936.
- Živov, M.: Glazami inostrancev. 1917–1932, Moskva 1932.
- Zinov'ev, G.: Graždanskaja vojna v Avstrii, Char'kov 1934.
- Zweig Stefan: Reise nach Rußland, Wien 1928. Als Serie erschienen in: Neue Freie Presse 21.10.1928, 1–2; 23.10.1928, 1–3; 26.10.1928, 1–3; 28.10.1928, 1–3; 1.11.1928, 1–3; 6.11.1928, 1–2.
- Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt am Main 1996.

Internet

- Website der Botschaft der Russischen Föderation in Österreich
<<http://austria.mid.ru/ambassadors#ambassadors2>> (7.4.2013).
- Émil Gilels Foundation, Archiv
<<http://www.emilgilelsfoundation.de/archiv/biografie.cfm?ID=4>> (16.1.2013).

Sekundärliteratur

- Achenbach, Michael/Moser, Karin (Hg.), Österreich in Bild und Ton. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates, Wien 2002.
- Adametz, Stefan: Der Stummfilm »Panzerkreuzer Potemkin« von Sergej Eisenstein – eine historische Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung zeitgenössischer Presseberichte. Unveröffentlichte Seminararbeit Wien 2011.
- Adibekov, G. M. / Šachnazarova, E. K. / Širinja, K. K.: Organizacionnaja struktura Kominterna 1919–1943, Moskva 1997.
- Afflerbach, Holger: Die Herausforderung der Diplomatiegeschichte durch das Konzept der Gesellschaftsgeschichte, in: Bericht über den 22. Österreichischen Historikertag in Klagenfurt. Veranstaltet vom Verband Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine in der Zeit vom 4. bis 7. Mai 1999, Klagenfurt 2002, 40–46.
- Agde, Günter/Schwarz, Alexander (Hg.): Die rote Traumfabrik. Meschrapom-Film und Prometheus 1921–1936, Berlin 2012.
- Agosti, Aldo: The Concept of World Revolution and the »World Party for the Revolution«(1919–1943), in: Bayerlein, Bernhard H. (Hg.): Entwaffnete Uto-

- pien. Wandlungsprozesse und Akteure im Spektrum der Komintern. Lateinamerika, das romanische Europa und die Sowjetunion, Leipzig 1999.
- Agstner, Rudolf / Enderle-Burcel, Gertrude / Follner, Michaela: Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009.
- Agstner, Rudolf: Abschied vom Ballhausplatz, in: Wiener Geschichtsblätter 60 (2005), 58–81.
- Andrew, Christopher / Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, München 2002.
- Angerer, Thomas: Kontinuitäten und Kontraste der französischen Österreichpolitik 1919–1935, in: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007, 129–157.
- Ardajew, Georgij: Die Sowjetunion und die Unabhängigkeit Österreichs, Wien [1975].
- Atlmayer, Claudia: Die Verwandlung des Bankiers Camillo Castiglioni in eine satirische Figur von Karl Kraus, Diplomarbeit Innsbruck 1990.
- Autengruber, Peter / Nemeč, Birgit / Rathkolb, Oliver / Wenninger, Florian: Straßennamen Wiens seit 1860 als »Politische Erinnerungsort«, Wien 2013, 168–170. Online: <<http://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf>> (26.9.2013).
- Avakumovic, Ivan: History of the Communist Party of Yugoslavia, Vol. I, Aberdeen 1964.
- Azadovskij, K. M.: Stefan Cvejk v SSSR, in: Instituty kul'tury Leningrada na pereleme ot 1920–ch k 1930–m godam, 2011, 479–497. Online: <http://www.pushkinskijdom.ru/LinkClick.aspx?fileticket=Z3mClp_oioc%3D&tabid=10460> (27.1.2013).
- Ballhausen, Thomas / Caneppele, Paolo: Die Filmzensur in der österreichischen Presse bis 1938. Eine Auswahl historischer Quellentexte, Wien 2005.
- Bamberger-Stemmann, Sabine: Der Europäische Nationalitätenkongreß 1925 bis 1938: nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2000 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung; 7).
- Bariéty, Jacques: Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donauraumes (Februar–Mai 1932), in: Becker, Josef / Hildebrand, Klaus (Hg.): Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1918, 361–387.
- Bátonyi, Gábor: Anglo-Austrian Relations between the Wars, in: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere: Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007, 115–128.
- Bauer, Otto: Avstrijskaja revolucija 1918 goda, Moskva / Leningrad 1925.

- Bauer, Otto: Istorija Avstrijskoj Revoljucii, Char'kov 1925.
- Bayerlein, Bernhard H.: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930–1941, in: Osteuropa 59 (2009), H. 7–8, 125–147.
- Beer, Siegfried: Das außenpolitische Dilemma Österreichs 1918–1933 und die österreichischen Parteien, in: Drabek, Anna / Plaschka Richard G. / Rumppler, Helmut (Hg.): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien 1990, 169–186.
- Behrends, Jan C.: Repräsentation und Mobilisierung. Eine Skizze zur Geschichte der Öffentlichkeit in der Sowjetunion und in Osteuropa (1917–1991), in: Daniel, Ute / Schildt, Axel (Hg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln / Weimar / Wien 2010, 229–254.
- Beleckij, W. N.: Sovetskij Sojuz i Avstrija, Moskva 1962.
- Berger, Peter: Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien 2007.
- Bernold, Monika: Kino. Über einen historischen Ort weiblichen Vergnügens und dessen Bewertung durch die Sozialdemokratische Partei, Wien 1918–1934, Diplomarbeit Wien 1987.
- Beumers, Birgit: A History of Russian Cinema, Oxford / New York 200
- Binder, Dieter A.: Die Funktion des Habsburger-Gesetzes von 1919 und seine politisch-historische Instrumentalisierung, in: Beer, Siegfried / Marko-Stöckl, Edith / Raffler, Marlies / Schneider, Felix (Hg.): Focus Austria. Vom Vielvölkerreich zum EU-Staat (= Schriftenreihe des Institutes für Geschichte 15), Graz 2003, 298–317.
- Bobrik, Olesja: Venskoe izdatel'stvo »Universal Edition« i muzykanty iz Sovetskoy Rossii. Istorija sotrudničestva v 1920–30-e gody, Sankt-Peterburg 2011.
- Books, Jeffrey: Thank you comrade Stalin! Soviet public culture from revolution to cold war, Princeton 2000.
- Bordjugow, Gennadij: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten außenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933–1934, in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 371–399.
- Borsányi, György: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun, New York 1993.
- Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934, München 1976.
- Brandenberger, David: National Bolshevism. Stalinist mass culture and the formation of modern Russian national identity, 1931–1956, Cambridge 2002.
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Bd. 1, Berlin / Bonn / Bad Godesberg 1963.

- Brossmann, Susanna: *Kunst, Kommerz und Klassenkampf. Zur Geschichte der Kiba: Kino zwischen Ideologie und Ökonomie in der Ersten Republik. Wien 1926–1934, Diplomarbeit Wien 1994.*
- Broucek, Peter (Hg.), *Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Glaises von Horestenau, Bd. 1. Wien / Köln / Graz 1980.*
- Büttner, Elisabeth / Dewald, Christian: *Das tägliche Brennen. Eine Geschichte des österreichischen Films von den Anfängen bis 1945, Salzburg/Wien 2002.*
- Castellan, Georges: *Ein Vorspiel zum »Anschluss« (1935–1937), nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland, in: Stourzh, Gerald / Zaar, Birgitta (Hg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938, Wien 1990, 147–166.*
- Černoperov, V. L.: *Diplomatičeskaja dejatel'nost' V. L. Koppa v Germanii 1918–1921 gg., Ivanovo 2006.*
- Christen, Thomas: *Das Ende im Spielfilm. Vom klassischen Hollywood zu Antonionis offenen Formen, Marburg 2002.*
- Čičerin, G. V.: *Stat'i i reči po voprosam meždunarodnoj politiki, Moskva 1961.*
- Collmer, Peter. *Zwischen Selbstdefinition und internationaler Behauptung. Frühe bolschewistische Diplomatie am Beispiel der Sowjetmission in Bern (Mai bis November 1918), in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 228–283.*
- Kreuzberger, Stefan / Lindner, Rainer (Hg.): *Russische Archive und Geschichtswissenschaft. Rechtsgrundlagen, Arbeitsbedingungen, Forschungsperspektiven, Frankfurt am Main / Wien u. a. 2003.*
- Čubar'jan, A. O.: *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: konceptual'nye podchody i interpretacii, in: Egorova, Natalija [u. a.] (Hg.): Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 g. do napađenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii, organizovanoj Institutom Vseobščej Istorii Rossijskoj Akademii Nauk, Universitetom Latvii, Institutom Sovremennoj Istorii (München), Moskovskim Otdeleniem Fonda im. Konrada Adenauera Moskva, 3–4 Fevralja 2005 g., Moskva 2006, 11–22.*
- Davies, R. W. / Wheathcroft, Stephen G.: *The years of hunger: Soviet agriculture 1931–1933, 2004 (= The industrialisation of Soviet Russia 5).*
- Davies, Robert W.: *The Industrialisation of Soviet Russia 4: Crisis and Progress in the Soviet Economy, 1931–1933, London 1996.*
- Davies, Sarah: *Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, propaganda and dissent, 1934–1941, Cambridge / u. a. 1999.*

- Debo, Richard K.: *Survival and Consolidation. The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921*, London / Buffalo 1992.
- DerDerian, James: *On Diplomacy. A Genealogy of Western Estrangement*, Oxford / u. a. 1987.
- Dewald, Christian (Hg.): *Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik*, Wien 2007.
- Dimitroff, Georgi: *Tagebücher 1933–1945*, Berlin 2000, 86.
- Dimitrov, G.: *Pis'mo avstrijskim rabočim*, Moskva 1934.
- Doppelbauer, Wolfgang: *Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps zu Beginn der Republik*, Wien 1988.
- Drachkovitch, Milorad M.: *Lenin and the Comintern*, Bd. 1, Stanford 1972.
- Dullin, Sabine: *Litvinov and the People's Commissariat of Foreign Affairs: the Fate of an Administration under Stalin, 1920–1939*, in: Pons, Silvio / Romano, Andrea: *Russia in the Age of Wars 1914–1945*, Milano 2000, 121–146.
- Egorova, Natalija [u. a.] (Hg.): *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 g. do napadenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii, organizovanoj Institutom Vseobščej Istorii Rossijskoj Akademii Nauk, Universitetom Latvii, Institutom Sovremennoj Istorii (Mjunchen), Moskovskim Otdeleniem Fonda im. Konrada Adenauera Moskva, 3–4 Fevralja 2005 g.*, Moskva 2006.
- Elias-Kreiner, Gabriele: *Die Geschichte des ÖSV 1921–2011*, in: *Österreichischer Siedlerverband (Hg.): Heimat schaffen seit Generationen, Festschrift. 90 Jahre Österreichischer Siedlerverband, 1921–2011, 4–12*. <<http://www.siedlerverein-marchtrenk.at/Festschrift90JahreSiedlerverband.pdf>> (5.2.2013).
- Elvert, Jürgen: »Irrweg Mitteleuropa«. *Deutsche Konzepte zur Neugestaltung Europas aus der Zwischenkriegszeit*, in: Duchhardt, Heinz / Morawiec, Malgorzata (Hg.): *Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts*, Mainz 2003, 117–137.
- Enderle-Burcel, Gertrude: *Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938*, in: Enderle-Burcel, Gertrude / Kubu, Eduard / Šouša, Jiří / Stiefel, Dieter (Hg.): »Discourses – Diskurse«. *Essays for – Beiträge zu Mikuláš Teich & Alice Teichova*, Prag / Wien 2008, 91–110.
- Engel, Christine: *Geschichte des sowjetischen und russischen Films*, Stuttgart 1999.
- Erker, Linda u. a. (Hg.): *Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Österreichischer Zeitgeschichtetag 2010*, Innsbruck / Wien / Bozen 2012.
- Fayet, Jean Francois: *VOKS. The Third Dimension of Soviet Foreign Policy*, in: Gienow-Hecht, Jessica C.E. / Donfried, Mark C.: *Searching for a Cultural Diplomacy*, New York / Oxford 2010, 33–49.

- Federal'noe archivnoe agentstvo (Hg.): Golod v SSSR 1930–1934 gg. Famine in the UdSSR 1930–1934, 2009.
- Festa, Francesco Saverio/Fröschl, Erich/La Rocca, Tommaso/Parente, Luigi/Zanasi, Giusi (Hg.): Das Österreich der dreißiger Jahre und seine Stellung in Europa. Materialien der Internationalen Tagung in Neapel, Salerno und Taurasi (5.–8. Juni 2007), Frankfurt am Main 2012.
- Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924, Berlin 1998.
- Firsov, F. I.: Lenin, komintern i stanovlenie kommunističeskich partij, Moskva 1985.
- Fišer, O. I.: Avstrija v kogtach gitlerovskoj Germanii, Moskva/Leningrad 1941.
- Flor, Patricia: Die Sowjetunion im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Außenhandel, Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung 1928–1933, Berlin 1995.
- Frömmelt, Reinhard: Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933, Stuttgart 1977.
- Fuhrich, Edda/Prossnitz, Gisela: Die Salzburger Festspiele. Bd. 1. 1920–1945. Ihre Geschichte in Daten Zeitzeugnissen und Bildern, Salzburg 1990.
- Gallup, Stephen: Die Geschichte der Salzburger Festspiele, Wien 1989.
- Gamillscheg, Felix: Die Sicherheitspakete der Sowjet-Union 1921–1936 im Spiegel der österreichischen Presse, Diss. Wien 1950.
- Garamvölgyi, Judit: Otto Bauer zwischen Innen- und Außenpolitik, in: Ackerl, Isabella/Hummelberger, Walter/Mommsen, Hans (Hg.): Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Wien 1981, 23–38.
- Gemes, Andreas: Der Tardieu-Plan und Österreich. Politische und wirtschaftliche Aspekte eines mitteleuropäischen Integrationsversuches, in: Zeitgeschichte, Heft 5, Sept./Okt. 2006, 261–286.
- Geyer, Dietrich (Hg.): Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, Bd. 1, Köln/Wien 1972.
- Geyer, Dietrich/Meissner, Boris (Hg.): Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Völkerrechtstheorie und Vertragspolitik, Köln/Wien 1976.
- Gigler, Christine M.: Die Berichte der Coolidge-Mission im Jahr 1919. Die mitteleuropäischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ersten Weltkrieg, Klagenfurt 2001.
- Goldinger, Walter/Binder, Dieter A.: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, Wien 1992.
- Golovkova, Lidia: Špionaž na veršinach, in: Butovskij poligon, Vypusk 6, Moskva 2002, 42–54.

- Golubev, A.V./Neževin, V.A.: VOKS v 1930–1940 gody, in: *Minuvšee. Istoričeskij al'manach* 14 (1993), 313–319.
- Gorodetsky, Gabriel: *Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen »Barbarossa«*, Berlin 2001.
- Grabher, Peter: *Dollfuß contra Vertov. Der KPÖ-Filmaktivist Josef Szende und der Prozess um DAS LIED VOM AUFBAU (ENTHUSIASMUS)*, in: Dewald, Christian (Hg.): *Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik*, Wien 2007.
- Grabher, Peter: *Sowjet-Projektionen. Die Filmarbeit der kommunistischen Organisationen in der Ersten Republik (1918–1933)*, in: Dewald, Christian (Hg.): *Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik*, Wien 2007, 221–303.
- Grandner, Margarete/Maderthaner, Wolfgang u. a. (Hg.), *Arbeiterkultur in Österreich 1918–1934. Endbericht Teil I, o. O. o. J.*
- Gratzl, Florian: *Dziga Vertovs Film »Ėntuziazm: Simfoniia Donbassa (Das Lied vom Aufbau)« im österreichischen Diskurs der frühen 1930er Jahre – Ein Vorspiel zur Wiedereinführung der (Film-)Zensur. Unveröffentlichte Arbeit zum Forschungsseminar »Russenfilme« unter der Leitung von Karl Vocelka, Verena Moritz und Karin Moser, Universität Wien 2011.*
- Gregor, Joseph/Fülöp-Miller, René: *Das russische Theater. Sein Wesen und seine Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Revolutionsperiode*, Zürich/Wien 1928.
- Grelle, Gérard: *Entstehung und Theorien der österreichischen Nation: Ernst Karl Winter und Alfred Klahr*, in: Festa, Francesco Saverio/Fröschl, Erich/La Rocca, Tommaso/Parente, Luigi/Zanasi (Hg.): *Das Österreich der dreißiger Jahre und seine Stellung in Europa. Materialien der Internationalen Tagung in Neapel, Salerno und Taurasi (5.–8. Juni 2007)*, Frankfurt am Main 2012.
- Gridnev, Jurij Aleksandrovič: *Sozdanie VOKS. Zadači i celi*, in: *Istoriki razmyšljajut. Sbornik statej*, Moskva 2009 (= *Novaja biblioteka gumanitarnogo obrazovanija. Serija »Novye idei i tehnologii«*).
- Gude, Nino: *Sergej Michailowitsch Eisenstein: Streik (Statschka)*. Unveröffentlichte Forschungsseminararbeit an der Universität Wien, Jänner 2011.
- Haas, Hans: *Die kollektive Sicherheit und die sowjetisch-österreichischen Beziehungen zur Zwischenkriegszeit*, in: *Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen*, Wien 1989, 60–64.
- Haffner, Sebastian: *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin 2002.
- Haider, Edgard: *Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938*, Diss. Wien 1975.

- Haider, Markus Erwin: Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938, Wien [u. a.] 1998.
- Hajdu, Tibor: The Hungarian Soviet Republic, Budapest 1979.
- Hájek, Milos / Mejdrová, Hana: Die Entstehung der III. Internationale, Bremen 1997.
- Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien / Köln / Weimar 2011.
- Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994.
- Haslam, Jonathan: Soviet Foreign Policy, 1930–33. The Impact of the Depression, London 1983.
- Hauke, Rikke: Perzeption und Quellen: Zum Wandel des Dänemark-Bildes der sowjetischen Diplomatie in den dreißiger Jahren, in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 399–430.
- Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919, Diss. Wien 1968.
- Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien / Zürich 1987.
- Hedeler, Wladislaw / Vatlin, Alexander (Hg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919, Berlin 2008.
- Heeke, Matthias: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921–1941. Mit einem bio-bibliographischen Anhang zu 96 deutschen Reiseautoren, Münster / Hamburg / London 2003.
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1994.
- Heiss, Gernot: Ausländer, Flüchtlinge, Bolschewiken: Aufenthalt und Asyl 1918–1933, in: Heiss, Gernot / Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914, Wien 1994, 86–108.
- Hetfleisch, Gerhard: Schoberpolizei und Balkan-Bolschewiken, Diss. Innsbruck 1990.
- Heubaum, Regine: Das Volkskommissariat für Außenhandel und seine Nachfolgeorganisationen 1920–1930. Der Außenhandel als zentrale Frage der sowjetischen Wirtschaftspolitik, Diss. Berlin 2001.
- Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
- Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt am Main 1955.

- Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.
- Hoppe, Bert: Stalin und die KPD in der Weimarer Republik, in: Zarusky, Jürgen (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006.
- Huber, Peter: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Zürich 1995.
- Hülbusch, Nikolas: Im Spiegelkabinett des Diktators. Stalin als Filmheld im sowjetischen Spielfilm (1937–1953), Alfeld 2001.
- Hulse, James W.: The Forming of the Communist International, Stanford 1964.
- Ioffe, A. E.: *Meždunarodnye svjazi sovetsoj nauki, tehniki, kul'tury*, Moskva 1975.
- Istorija Diplomatii, Bd. 2: Diplomacija v novoe vremja (1872–1919 gg.), Moskva 1945.
- Istorija VKP(b), Kratkij kurs, Moskva 1952.
- Jackson, George: Comintern in East Europe 1919–1930, New York/London 1966.
- Jaklitsch, Hans: Die Salzburger Festspiele. Bd. 3. Verzeichnis der Werke und der Künstler 1920–1990, Salzburg 1991.
- Jefremov, Alexander: Die sowjetisch-österreichischen Beziehungen bis 1938, in: Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1984, 38–51.
- Johnston, Robert H.: Soviet foreign Policy 1918–1945. A Guide to Research and Research materials, Wilmington 1991.
- Kanzog, Klaus: »Wir machen Musik, da geht euch der Hut hoch!«. Zur Definition, zum Spektrum und zur Geschichte des deutschen Musikfilms, in: Schaudig, Michael (Hg.): Positionen deutscher Filmgeschichte – 100 Jahre Kinematographie: Strukturen, Diskurse, Kontexte, München 1996.
- Katrebova-Blehova, Beata: Die slowakisch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941: eine ungleiche Partnerschaft, in: Prague Papers on the History of International Relations 2008, 375–428. Online abrufbar unter: <<http://usd.ff.cuni.cz/?q=system/files/blehova.pdf>> (21.3.2013).
- Kenez, Peter: Review: Christopher Lazarski, *The Last Opportunity. Attempts at Unification of the Anti-Bolsheviks, 1917–1919*, in: *Revolutionary Russia*, Vol. 23, Nr. 1/June 2010, 129f.
- Kenez, Peter: Soviet cinema in the age of Stalin, in: Taylor, Richard/Spring, Derek (Hg.): *Stalinism and Soviet Cinema*, London u. a. 1993.
- Kerschbaumer, Gert: Stefan Zweig. Der fliegende Salzburger, Salzburg/Wien/Frankfurt am Main 2003.

- Kinder, Sabine / Presser, Ellen (Hg.): »Die Zeit gibt die Bilder, ich spreche nur die Worte dazu«. Stefan Zweig 1881–1942, München 1993.
- Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
- Kiseleva, N. V.: Iz istorii bor'by sovetskij občestvennosti za proryv kul'turnoj blokady SSSR (VOKS: seredina 20-ch-načalo 30-ch godov), Rostov na Done 1991.
- Klawiter, Randolph J.: Stefan Zweig – an International Bibliography, Riverside 1991 (= Studies in Austrian literature, culture and thought).
- Klusacek, Christine / Stimmer, Kurt (Hg.), Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1918–1928, Wien / München 1984.
- Knoll, Viktor: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im Prozeß außenpolitischer Entscheidungsfindung in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 73–155.
- Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere: Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007.
- Kocho-Williams, Alastair: Russian and Soviet Diplomacy, Basingstoke / u. a. 2012.
- Kolb, Eberhard: 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Stern, Carola / Winkler, Heinrich August (Hg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt am Main 1994, 99–125.
- Kondrašín, V. V. (Hg.): Golod v SSSR. 1929–1934, 1. Bd. / 1. Buch 1929–Juli 1932, Moskva 2011 (= Rossija, XX vek. Dokumenty) 2011.
- Korte, Helmut: Der Spielfilm und das Ende der Weimarer Republik. Ein rezeptionshistorischer Versuch, Göttingen 1998.
- Köstenberger, Julia: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926–1938). Unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Sektors, Diss. Wien 2010.
- Köstenberger, Julia: Otto Neurath und die Sowjetunion, in: Erker, Linda u. a. (Hg.): Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Österreichischer Zeitgeschichtetag 2010, Innsbruck / Wien / Bozen 2012, 101–107.
- Kovrig, Bennett: Communism in Hungary. From Kun to Kádár, Stanford 1979.
- Kreiner, Judith: Von Brest-Litowsk nach Kopenhagen. Die österreichischen Kriegsgefangenen in Russland im und nach dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgefangenenmissionen in Russland, Diplomarbeit Wien 1996.

- Kressova, Marina: »Inturist« v 1929–1939 gg.: struktura, kadry, napravlenja dejatel'nost', Avtoreferat dissertacii Moskva 2004.
- Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien / Köln / Weimar 2001 (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg; 12).
- Krumeich, Gerd / Hirschfeld, Gerhard: Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg, in: Hirschfeld, Gerhard / Krumeich, Gerd / Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn / München / Wien / Zürich 2009, 304–315.
- Kubo, Christian: Institution Wanderkino. Die Etablierung von Film und Kino als Unterhaltungsinstitution im ländlichen Raum durch das organisierte Wanderkino in Österreich, Diplomarbeit Wien 1993.
- Kunštát, Miroslav: Österreich und seine Nachbarn: Tschechoslowakei, in: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919–1955, Wien 2007, 221–237.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen, Bonn 2003.
- Laue, Theodor von: Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin, Peoples Commissar for Foreign Affairs, 1918–1930, in: Craig, Gordon A. / Gilbert, Felix (Hg.): The Diplomats 1919–1939, Princeton 1953.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) vor dem Hintergrund der österreichischen Verfassungsentwicklung, in: Wenninger, Florian / Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß / Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien / Köln / Weimar 2013, 449–470.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Die Republik Österreich 1918/2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung, Wien 2008.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Nervenschlacht. »Hysterie«, »Trauma« und »Neurosen« am Beispiel der Ostfront 1914–1918, in: Bachinger, Bernhard / Dornik, Wolfram (Hg.): Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext, Innsbruck / Wien / Bozen 2013, 157–178.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Europäische »Politemigranten« in der UdSSR seit 1917, in: Bade, Klaus J. / Emmer, Pieter C. / Lucassen, Leo / Oltmer, Jochen (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn / u. a. 2007, 563–565.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des

- Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien / Köln / Weimar 2003.
- Leidinger, Hannes / Moritz, Verena: Russisches Wien. Begegnungen aus vier Jahrhunderten, Köln / Wien / Weimar 2004.
- Leidinger, Hannes: Die Bedeutung der Selbstauslöschung. Aspekte der Suizidproblematik in Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Zweiten Republik, Innsbruck / Wien / Bozen 2012.
- Leidinger, Hannes: Zeit der Wirren: Revolutionäre Umwälzungen und bewaffnete Auseinandersetzungen im ehemaligen Zarenreich, in: Dornik, Wolfram u. a.: Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922, Graz 2011, 29–60.
- Leidinger, Hannes: Zwischen Kaiserreich und Rätemacht. Die deutschösterreichischen Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft und die Organisation des österreichischen Kriegsgefangenen- und Heimkehrwesens 1917–1920, Diplomarbeit Wien 1995.
- Lenoe, Matthew: Closer to the masses. Stalinist culture, social revolution and Soviet newspapers, Cambridge 2004.
- Lešnik, Avgust: Die Wiener Internationale (1921–1923) als Anregerin einer Politik der Einheitsfront der organisierten Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, 88–105.
- Librach, Jan: The Rise of the Soviet Empire. A Study of Soviet Foreign Policy, New York / Washington / London 1965.
- Litwinow, Maxim: Memoiren. Aufzeichnungen aus den geheimen Tagebüchern, München 1956.
- Loacker, Armin: Anschluß im $\frac{3}{4}$ Takt. Filmproduktion und Filmpolitik in Österreich 1930–1938, Trier 1999.
- Loacker, Armin: Im Widerstreit von Kommerz und Sozialdemokratie: Die Allianz-Filmfabrikations- und Vertriebsgesellschaft m. b. H., in: Dewald, Christian (Hg.): Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik, Wien 2007.
- Loth, Wilfried / Osterhammel, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.
- Luks, Leonid: Anmerkungen zu Fehleinschätzungen des Nationalsozialismus durch die Bolschewiki und die Kommunistische Internationale, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2009, 299–314.
- Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Berlin 1984.
- Makloglin, B.: Butovo: avstrijskie žertvy stalinskogo terrora, in: Butovskij poligon, Vypusk 5, Moskva 2001, 5.

- Mallmann, Klaus-Michael: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.
- Marte, Johann: Lunačarskij in Wien, in: *Österreichische Osthefte* 25. Jg. (1983), 420–423.
- Mathis, Franz: »... weil Herr Castiglioni in Österreich eben nicht verfolgt werden darf«. Ein Justizskandal und seine mediale Rezeption, in: Gehler, Michael/Sickinger, Hubert (Hg.): *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 185–193.
- Mathis, Franz: Camillo Castiglioni und sein Einfluss auf die österreichische Industrie, in: Weiss, Sabine (Hg.): *Historische Blickpunkte. Festschrift für Johann Rainer*, Innsbruck 1988, 423–432.
- Matis, Herbert: Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit, in: Plaschka, Richard G. u. a. (Hg.), *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wien 1995, 229–255.
- Matsch, Erwin: *Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720–1920*, Wien/Köln/Graz 1986.
- Mattl, Siegfried: An der Peripherie. Staatliche Filmbegutachtung und Filmkultur, in: Beckermann, Ruth/Blümlinger, Christa (Hg.): *Ohne Untertitel. Fragmente einer Geschichte des österreichischen Kinos*, Wien 1996.
- Mayr, Brigitte/Omasta, Michael (Hg.): *Fritz Rosenfeld, Filmkritiker*, Wien 2007.
- McLoughlin, Barry/Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: *Kommunismus in Österreich 1918–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2009.
- McLoughlin, Barry/Schafranek, Hans/Szevera, Walter: *Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945*, Wien 1996 (= *Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*; 64).
- Meľtjučov, M. I.: Sovetskij Sojuz v evropejskoj politike oseni 1938–leta 1939 goda, in: Narinskij, M. M./Dembskij, S.: *Meždunarodnyj krizis 1939 goda v traktivkach rossijskich i pol'skich istorikov*, Moskva 2009.
- Merl, Stephan: Handlungsspielräume und Sachzwänge in der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Fischer, Wolfram (Hg.): *Sachzwänge und Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit*, St. Katharinen 1985, 175–229.
- Mihályhegyi, András: *Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen*, Diss. Bochum 1974.
- Milow, Caroline: *Die ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*, Wiesbaden 2002.
- Mitschev, Dobrin: Georgi Dimitroff und die österreichische Arbeiterbewegung, in: *Mitteilungen des Bulgarischen Forschungsinstitutes in Österreich*,

- Jg. 2, Bd. 2: Wien und die bulgarische revolutionäre Emigration 1924–1934, Wien 1979.
- Mjagkov, M.Ju.: Ot Mjunchenskogo soglašenija do podpisanija sovetstko-germanskogo dogovora ot 23 avgusta 1939 g.: predistorija voprosa, in: Egorova, Natalija [u. a.] (Hg.): *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: ot sovetstko-germanskich dogovorov 1939 g. do napadenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii, organizovanoj Institutom Vseobščej Istorii Rossijskoj Akademii Nauk, Universitetom Latvii, Institutom Sovremennoj Istorii (Mjunchen), Moskovskim Otdeleniem Fonda im. Konrada Adenauëra Moskva, 3–4 Fevralja 2005 g., Moskva 2006, 47–61.*
- Molnár, Miklos: *A Short History of the Hungarian Communist Party, Folkestone 1978.*
- Molnári, Angéla: *Das russische Theater im Wien der 1920er Jahre, Diplomarbeit Wien 2008.*
- Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: *Das russische Kriegsgefangenenwesen 1914–1920, in: Österreichische Osthefte, 41. Jg. (1999), Heft 1, 83–106.*
- Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: *Die Nacht des Kirpitschnikow. Eine andere Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2008.*
- Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: *Otto Bauer 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie, in: Wiener Geschichtsblätter, Heft 1, 54. Jg., 1998, 380–389.*
- Moritz, Verena: *Emigrants'ki diplomatični predstavništva ukrainciv u Vidni v 1919–1922 rr., in: Perša svitova vijna ta problemi deržavotovorennja u central'nij ta schidnij Evropi. Černivci 2009, 199–212.*
- Moritz, Verena: *Skizzen zu den österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938: Forschungsbedingungen, Fragestellungen und Perspektiven, in: Erker, Linda/Salzman, Alexander/Dreidemy, Lucile/Sabo, Klaudija (Hg.): Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Zeitgeschichtetage 2010, Innsbruck 2012, 94–100.*
- Moritz, Verena: *Zwischen allen Fronten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914–1921), Diss. Wien 2001.*
- Moritz, Verena: *Die antisemitischen Ausschreitungen und Proteste anlässlich des 14. Zionistischen Weltkongresses in Wien und die innenpolitische Situation Österreichs im Jahr 1925, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Nr. 23/2014, 213–236 (in Druck).*
- Moritz, Verena/Moser, Karin/Leidinger, Hannes: *Kampfzone Kino. Film in Österreich 1918–1938, Wien 2008.*

- Moritz, Verena: Transnationale Politik im nationalen Raum. Die Kommunistische Internationale in Österreich 1918/19 bis 1924/25, in: *Zeitgeschichte* Nr. 6, Nov./Dez. 2014 (in Druck).
- Mueller, Wolfgang / Leidinger, Hannes: Tiefes Misstrauen – begrenztes Interesse: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918 bis 1955, in: Koch, Klaus / Rauscher, Walter / Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): *Von Saint-Germain zum Belvedere: Österreich und Europa 1919–1955*, Wien 2007, 70–114.
- Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Deutsch-russische Filmbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Schaudig, Michael (Hg.): *Positionen deutscher Filmgeschichte – 100 Jahre Kinematographie: Strukturen, Diskurse, Kontexte*, München 1996, 97.
- Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Zur Geschichte von Prometheus-Film GmbH und Film-Kartell Weltfilm: Produktion, Verleih, Finanzierung, in: Agde, Günter / Schwarz, Alexander (Hg.): *Die rote Traumfabrik. Meschrabpom-Film und Prometheus 1921–1936*, Berlin 2012, 48–61.
- Müller, Reinhard: Unentwegte Disziplin und permanenter Verdacht. Zur Genesis der »Säuberungen« in der KPD, in: Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994
- Müller, Wolfgang: Informationen über die Sowjetunion: Zum Problem der deutschen Berichterstattung über die UdSSR 1924–1933, in: Niedhart, Gottfried (Hg.), *Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917*, Paderborn 1983, 53–60.
- Müry, Andres (Hg.): *Kleine Salzburger Festspielgeschichte*, Salzburg 2002.
- Musial, Bogdan: *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin 2008.
- Narinskij, M. M. / Dembskij, S.: *Meždunarodnyj krizis 1939 goda v traktivkach rossijskich i pol'skich istorikov*, Moskva 2009.
- Naumov, A. O.: *Anšljus Avstrii v 1938 godu kak krizis versal'skoj sistemy*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 6/2006, 56–72.
- Nautz, Jürgen; *Foreign Trade Between Austria And Russia. Foreign Policy Between Ideology And Needs*. Ungedrucktes Paper: <<http://www.docstoc.com/docs/38391851/FOREIGN-TRADE-BETWEEN-AUSTRIA-AND-RUSSIA--FOREIGN-POLICY>> (14.1.2013).
- Nembach, Eberhard: *Stalins Filmpolitik. Der Umbau der sowjetischen Filmindustrie 1929 bis 1938*, St. Augustin 2001.
- Neurath, Marie: *Otto Neurath, Wiener Methode, Isotype – Ein Bericht*, in: Stadler, Friedrich (Hg.): *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz*, Wien / München 1982, 24–30.
- Niedhart, Gottfried: *Internationale Beziehungen 1917–1947*, Paderborn / München / Wien / Zürich 1989.

- Nötzold, Jürgen: Außenwirtschaftsbeziehungen und Industrialisierungsstrategien am Ende der Neuen Ökonomischen Politik, in: Erler, Gernot/Süß, Walter (Hg.): Stalinismus. Problem der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt am Main 1982, 66–87.
- O’Sullivan, Donal: Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921–1933, Köln / Weimar / Wien 1996.
- O’Sullivan, Donal: Stalins »Cordon sanitaire«. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn / München / Wien / Zürich 2003.
- Očerki istorii ministerstva inostrannyh del Rossii, 2. Bd. 1917–2002 gg., Moskva 2002.
- Ormos, Mária: Ein internationaler Versuch zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs, in: Stourzh, Gerald / Zaar, Birgitta (Hg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938, Wien 1990, 131–142.
- Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Herausgegeben von der Historikersektion der Österreichisch-sowjetischen Gesellschaft, Wien 1984.
- Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1989.
- Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressepolitik 2: Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates, Wien u. a. 1966.
- Peyravan, Ronald: Zwischen Aufbruch und Abbruch: die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit. Unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Arbeitermigration, Diss. Wien 2010.
- Pirker, Theo (Hg.): Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940, München 1964.
- Plaggenborg, Stefan: Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus, Köln / Weimar / Wien 1996.
- Pollner, Martin: Camillo Castiglioni. Ein Lebensbild, in: Wiener Geschichtsblätter, 6. Jg., Heft 2/2011, 111–150.
- Prokof’ev, N.: Komsomol Avstrii. Moskva 1935.
- Reisel, Renate: Karl Renner und die Führung der österreichischen Außenpolitik vom 26. Juli 1919 bis zum 21. Oktober 1920, Diss. Wien 1972.
- Rosenfeld, Günter: Zum Geleit. Die Problematik der sowjetischen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen, in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor: Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 9–30.

- Samus, Pawel: Die politischen Aktivitäten der polnischen Kommunisten im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in den Jahren 1921–1924, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996.
- Sandner, Günther: Demokratisierung des Wissens. Otto Neuraths politisches Projekt, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 38 (2009), H.2, 232.
- Scharinger, Manfred: Balkanföderation und Arbeiterbewegung, Teil 2: Diskussionen in der Kommunistischen Internationale, Wien 2002.
- Schlögel, Karl: Utopie als Notstandsdenken – einige Überlegungen zur Diskussion über Utopie und Sowjetkommunismus, in: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, 77–96.
- Schöler, Uli: Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin 1987.
- Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933, Hamburg 1997.
- Schütte-Lihotzky, Margarete: Mein Freund Otto Neurath, in: Stadler, Friedrich (Hg.): Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz, Wien / München 1982, 40–42.
- Schwarz, Alexander / Pozner, Valérie / Tode, Thomas: Aktivitäten in den USA, in Frankreich und in Österreich, in: Agde, Günter / Schwarz, Alexander (Hg.): Die rote Traumfabrik. Meschrabpom-Film und Prometheus 1921–1936, Berlin 2012, 149–155.
- Schwarz, Werner Michael: Die Brüder Hamber und die »Kiba«. Zur Politisierung des Vergnügens im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Dewald, Christian (Hg.): Arbeiterkino. Linke Filmkultur der Ersten Republik, Wien 2007, 116–119.
- Schwarz, Werner Michael: Kino und Kinos in Wien. Eine Entwicklungsgeschichte bis 1934, Wien 1999.
- Senft, Gerhard: Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938, Wien 2002.
- Senjavskaia, E. S.: Protivniki Rossii v vojnach XX veka: èvolucija »obraza vraga« v soznanii armii i obščestva, Moskva 2006.
- Sipols, Vilnis Janovič: Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza 1936–1939 gg., Moskva 1987.
- Širinja, K. K.: Komintern v 1933 g., Moskva 2006.
- Sisowa, Maja: Aus der Geschichte der kulturellen Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich in der Zwischenkriegszeit, in: Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen, Wien 1989, 65–74.

- Sluč, S. Z.: Vnešnepolitičeskaja strategija Gitlera v 1939 g. i Sovetskij Sojuz, in: Egorova, Natalija [u. a.] (Hg.): *Meždunarodnyj krizis 1939–1941 gg.: ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 g. do napadenija Germanii na SSSR. Materialy meždunarodnoj konferencii, organizovanoj Institutom Vseobščej Istorii Rossijskoj Akademii Nauk, Universitetom Latvii, Institutom Sovremennoj Istorii (Mjunchen), Moskovskim Otdeleniem Fonda im. Konrada Adenauéra Moskva, 3–4 Fevralja 2005 g., Moskva 2006*, 61–93.
- Sluč, Sergej: *Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt*, in: *Osteuropa* 59 (2009), H. 7–8, 75–96.
- Sokolov, V. V.: J. A. Berzin – Revoljucioner, diplomat, gosudarstvennyj deatel', in: *Novaja i novejšaja istorija. Mart–Aprel'*, Nr. 2, 1990, 141–159.
- Spender, James A.: *The Public Life*, Bd. 2, London 1925.
- SSSR v bor'be za nezavisimost' Avstrii, Moskva 1965.
- Stadelmann, Matthias: »O, wie gut ist es, im sowjetischen Land zu leben« – Unterhaltungskultur als gesellschaftliches Integrationsmoment im stalinistischen Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 30. Jg. 2004/Heft 1, 75–93.
- Stadler, Friedrich (Hg.): *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit. Otto Neurath – Gerd Arntz*, Wien / München 1982, 258–260.
- Stadler, Friedrich: »Wiener Methode der Bildstatistik« und politische Grafik des Konstruktivismus (Wien-Moskau 1931–1934), in: *Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen*. Herausgegeben von der Historikersektion der Österreichisch-sowjetischen Gesellschaft, Wien 1984, 220–249.
- Staudinger, Anton: Austrofaschistische »Österreich«-Ideologie, in: Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938*, Wien [u. a.] 2012, 28–52.
- Steller, Verena: *Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* (Online-Ausgabe); <http://www.zeithistorische-forschungen.de/app_support/print.aspx?tabid=40209176&> (9.3.2012).
- Stiefel, Dieter: *Camillo Castiglioni oder die Metaphysik der Haifische*, Wien / u. a. 2012.
- Stourzh, Gerald: *Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung*, in: Stourzh, Gerald / Zaar, Birgitta (Hg.): *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938*, Wien 1990, 319–346.
- Striegnitz, Sonja: *Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht*, Berlin 1979.

- Strunz, Johann (Hg.): Der Völkerbund. Entstehung und Satzung, Organe und Geschäftsordnungen, Entwicklung und Wirkung in der großen Politik, Leipzig [1930].
- Suppan, Arnold: Die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik aus Wiener Sicht, in: Suppan, Arnold / Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1948, Frankfurt am Main / u. a. 2002, 15–82.
- Suppan, Arnold: Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld, Wien / München 1996.
- Sütterlin, Ingmar: Die »Russische Abteilung« des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, Berlin 1994.
- Swain, Geoffrey: Russia's Civil War, Stroud / Charleston 2000.
- Swanson, John C.: The Remnants of the Habsburg Monarchy: The Shaping of Modern Austria and Hungary 1918–1922, New York 2001.
- Tálos / Dachs / Hanisch / Staudinger (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995.
- Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938, Wien [u. a.] 2012.
- Tenschert, Roland: Salzburg und seine Festspiele, Wien 1947.
- Thaler, Johannes: Legitimus. Ein unterschätzter Baustein des autoritären Österreich, in: Wenninger, Florian / Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß / Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien / Köln / Weimar 2013, 69–86.
- Thomas, Ludmila: Georgij Čičerins Weg in die sowjetische Diplomatie, in: Thomas, Ludmila / Knoll, Viktor (Hg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart 2000, 31–72.
- Thiessen, Hillard von / Windler, Christian (Hg.): Akteure der Außenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel, Köln / Weimar / Wien 2010.
- Toeplitz, Jerzy: Geschichte des Films 1928–1933, Bd. 2, Berlin 1976.
- Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Origins and Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918–1919, New York 1967.
- Turok, Vladimir Michajlovič: Očerki istorii Avstrii, 1929–1938 gg., Moskva 1962.
- Vanry, Frank (Weinreb, Franz): Der Zaungast. Lebenserinnerungen. Mit einer Einleitung von Helmut Konrad, Wien 1983.
- Vatlin, Aleksandr: Vzaimootnošenija trech internacionalov v 1919–1922 gg. Neizvestnye dokumenty, in: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 4, 1993, 35–56.
- Vatlin, Alexander / Wehner, Markus: »Genosse Thomas« und die Geheimtä-

- tigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 1, 1993, 1–19.
- Vatlin, Alexander: In den Fängen der Bürokratie: deutsche Emigranten in der UdSSR am Vorabend des »Großen Terrors«, in: Totalitarismus und Demokratie 2011, H.1.
- Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juliabkommen 1936, Wien / Köln / Weimar 2001 (= Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek; Bd. 37).
- Watlin, Alexander: Ein unbegriffenes Signal: Die Wiener Ereignisse vom 5. Juli 1927 in der Bewertung der Komintern, in: Watlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien, Mainz 1993, 135–160.
- Weber, Hermann: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966.
- Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16. Jg. Heft 2, 1968,
- Welitschko, Olga: Die Erste Republik Österreich in der sowjetischen Publizistik der Zwanziger- und Dreißigerjahre, in: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955: Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen, hg. von der Historikerkommission der ÖSG, Wien 1984, 52–61.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- Wohnout, Helmut: Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932–1934, in: Weninger, Florian / Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß / Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien / Köln / Weimar 2013, 601–631.
- Wolf, Friedrich: Gesammelte Werke in sechzehn Bänden, Bd. 4, Berlin 1960.
- Wolff, Robert Lee: The Balkans in our Time, Cambridge 1956.
- Wulff, Dietmar: A. A. Joffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente (Teil I Mai 1918), in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. Deutsch-russische Beziehungen, Nr. 1, 1995.
- Ziegerhofer-Pretenthaler, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in der Zwischenkriegszeit (1923–1938), Habilitationsschrift Graz 2002.
- Zarusky, Jürgen / Zückert, Martin (Hg.): Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, München 2013.
- Zuber, Barbara: Der lange Umweg zum Neuen. Musiktheater und Konzert 1921–1944, in: Müry, Andres (Hg.): Kleine Salzburger Festspielgeschichte, Salzburg 2002, 40–66.

Die Autorinnen und Autoren

Verena Moritz, Mag. Dr., geb. 1969. Lehrbeauftragte an der Universität Wien, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission.

Julia Köstenberger, Mag. Dr., geb. 1973. Historikerin, Ausstellungskuratorin.

Aleksandr Vatlin, Univ. Prof. Dr., geb. 1962. Unterrichtet an der Moskauer Staatlichen Universität (MGU).

Hannes Leidinger, Univ. Doz. Mag. Dr., geb. 1969. Lehrt an der Universität Wien.

Karin Moser, Mag., geb. 1974. Mitarbeiterin des Filmarchiv Austria.

Personenregister

- Adler, Alfred 236, 239, 472
Adler, Friedrich 208f., 212
Adler, Max 472
Adler, Raisa 236, 241, 247, 470
Adler, Victor 32, 53, 89, 208, 459
Albers, Hans 303
Aleksandrovskij, Sergej
Sergevič 369, 433, 437
Allize, Henri 56
Alpári, Gyula 225
Álvarez del Vayo, Julio 264
Ammende, Ewald 21, 347f., 351
Arosev, Aleksandr Jakovlevič
244, 249, 445
Asaf'ev, Boris Vladimirovič
(Pseud. Igor' Glebov) 252, 257
Asmus, Ėrik Adol'fovič 129, 235,
245, 277–279, 445
Assisi, Franz von 263
Astachov, Georgij Aleksandrovič
427f.
Aussem, Vladimir Christianovič
88–91, 99, 237, 445, 459
Austerlitz, Friedrich 70
Avenol, Joseph 436
- Babeuf, François Noel 219
Bach, David Josef 262, 470–472
Bader, Emil 472
Bakunin, Michail 219
Balakirev, Milij Aleksevič 259
Bálazs, Béla 305
Balvin, Heinrich 471
Bamberger, Karl 469
Barbarus, Johannes (d. i.
Johannes Vares) 264
Basseches, Nikolaus 22, 90,
119, 136, 338, 360f., 397, 406,
409f., 445
Batkis, Grigorij Abramovič 466
Bauer, Bruno 470
Bauer, Otto 32–35, 53–58, 67,
70, 81, 86, 105, 116, 125, 130,
148f., 156, 208, 210, 212,
214–216, 306, 311, 318, 320,
322, 328, 333, 335, 370, 379,
390, 400, 459, 471
Becher, Johann R. 272
Bechert, Paul 471
Beethoven, Ludwig van 231, 464
Behrens, Otto 236
- Beljaev, Viktor Michajlovič 237,
242, 463
Beneš, Edvard 169, 180, 188, 408
Berg, Alban 468
Berger-Waldenegg, Egon 188,
350, 352, 404, 410, 412–414,
460
Berman, Jakov Aleksandrovič
48–50, 55, 59f.
Berzin, Jan Antonovič 55f., 103,
107–111, 113–115, 121, 124f.,
235, 446, 459
Berzina, R. 234f., 238, 446, 471
Besedovskij, Grigorij 138, 141,
353
Bettelheim, Ernö 221
Blanqui, Louis Auguste 219
Bleichsteiner, Robert 247, 467,
470
Bogaevskij, Boris Leonidovič
464
Bogomolov, Dmitrij Vasil'evič
235f., 446
Brauneis, Victor 471
Breisky, Walter 79, 459
Breitner, Hugo 284
Briand, Aristide 175, 180, 182,
185
Bronski-Warszawski,
Mieczysław 63, 76f., 446
Brünner, Alexander 238, 241,
469, 470
Bucharin, Nikolaj 53, 315, 320f.,
335, 341
Budancev, Sergej Fëdorovič 266
Buresch, Karl 147f., 290, 460
- Castiglioni, Camillo 83f., 91, 236
Černjak, I. 341
Chalатов, Artemi Bagratovič 278
Chamberlain, Arthur Neville
197, 427
Chlevnjuk, Oleg 41
Chruščëv, Nikita Sergeevič 434
Čičerin, Georgij Vasil'evič 37,
41, 43f., 48, 51f., 58, 62f., 65f.,
72, 74f., 83–85, 87, 92, 96f.,
100, 105–107, 114, 145, 151,
162, 172f., 176, 183, 224, 452,
459, 484f.
Colbert, Carl 472
Coolidge, Archibald Cary 56
- Coudenhove-Kalergi, Richard
180f.
Csokor, Franz Theodor 240, 470f.
Čubar', Vlas Jakovlevič 339
Cunningham, Thomas
Montgomery 56
Curtius, Julius 150, 186
- Dana, Henry 263f.
Dargomyžskij, Aleksandr
Sergevič 253, 258
Davies, Joseph E. 434
Deutsch, Julius 130, 400
Deutsch, Otto 471
Dimitrow (Dimitroff/Dimitrov),
Georgi 205f., 215f., 218, 334f.,
372, 422, 485
Dirksen, Herbert von 133, 185
Dmitrievskij, Sergej Vasil'evič
141
Dollfuß, Engelbert 18, 137, 150,
152–157, 174, 178, 183, 192,
194, 215, 297f., 320, 327, 329–
332, 341, 354, 367, 393–395,
397–402, 406, 417, 460
Dostoevskij, Fëdor Michajlovič
261f., 265
Drexler, Franz 471
Dzimitrowsky, Abram 241f.,
247, 252f., 446, 470–472
- Ecker, L. V. 472
Ėfros, Abram 266
Eisler, Adolf 237, 446, 471
Eisler, Armand 235–237, 240,
464, 467–470
Eisler, Paul 470, 472
Eisler, Rudolf 236, 472
Ėjzenštejn, Sergej Michajlovič
265, 269, 287, 290–294
Ėkk, Nikolaj 300
El'cin, Sergej Vitalevič 257, 259f.
Emers, Max 472
Ender, Otto 147
Engländer, Heinrich 464, 470,
472
Enukidze, Avel' Safonovič 278f.,
282, 339, 340
Ėrenburg, Il'ja 238, 323, 332,
338, 354, 465
Ermanskij, Osip Arkad'evič 463f.

- Eygruber, Ferdinand 390
 Ežov, Nikolaj Ivanovič 339f., 386, 388, 390
- Federn, Walther 472
 Fejnberg, Samuil Evgenjevič 238, 248, 463, 465, 467
 Fey, Emil 296, 306, 400f.
 Fierlinger, Zdeněk 439
 Fischer, Ernst (Pseud. Peter Wieden) 389, 423
 Fischer, Ruth 206
 Flandin, Pierre-Étienne 415
 Flier, Jakob Vladimirovič 248f., 467
 Flotow, Ludwig Freiherr von 32
 François-Poncet, André 429
 Frankfurter, Albert 470f.
 Franz, Otto Freiherr von 51
 Frei, Bruno 233, 242, 468, 470
 Friedländer, Elfriede (Fischer, Ruth) 206
 Friedländer, Paul 206
- Gilel's, Emil' Grigorjevič 248f., 467
 Gladnev, Samuil (d. i. Zaks, Samuil Markovič) 470, 472
 Glinka, Michail Ivanovič 259
 Goebbels, Joseph 413
 Gojchbarg, Aleksandr Grigorjevič 463
 Gor'kij, Maksim 129, 265, 272, 293, 467
 Göring, Hermann 197
 Gregor, Joseph 233, 248, 468
 Grossmann, Oskar 394
 Großmann, Stephan 287
 Grünberg, Carl 236, 275f.
 Grünberg, Sigmund 470
 Grünberger, Alfred 87, 95, 449, 460
 Grusdow, Porfirij 140
 Gurevič, Zinovij Anatolevič 466
 Gusev, Konstantin 143
- Habsburg, Otto (von) 166, 401, 411f.
 Hahn, Hans 241, 454, 467, 470, 472
 Hainisch, Michael 89
 Halberstam, Leo 472
 Halifax, Edward 427
 Halle, Fannina 233, 241, 247f., 275, 277, 447, 466–468, 470f.
 Hamber, Edmund 284f., 287
 Hamber, Philipp 284
 Hančar, Franz 248, 468
 Hartleb, Karl 120, 122
 Hartmann, Ludwig Moritz (Ludo) 33, 57, 62
 Hay, Alfred 472
- Haydu, Julius 233, 468, 472
 Hein, Robert Egon 126–129, 133f., 447, 459
 Heintl, Eduard 152
 Heindl, Hermann 471
 Heinsheimer, Hans 471
 Hermann, Hugo 467
 Herriot, Édouard 174f., 188
 Hertz, Friedrich 236, 470–472
 Hertzka, Emil 237, 241f., 447, 471
 Hertzka, Yella 241, 468, 470, 472
 Herzog, Wilhelm 236
 Hildebrand, Dietrich von 421
 Hitler, Adolf 19, 188, 190, 194, 198f., 284, 303, 324, 329f., 341–344, 396, 402, 412, 420, 426f., 432, 439
 Hoffmann, Josef 240, 471f.
 Hofmannsthal, Hugo 255, 262
 Holzer, Rudolf 257–259
 Holzknecht, Guido 472
 Hornbostel, Theodor 348, 350–353, 355, 362, 416, 448, 481
 Horstenau, Edmund Glaise von 37, 418, 426
 Horthy, Nikolaus 211, 217
 Hudeczek, Karl 122, 133, 151, 264, 448
 Hugenberg, Alfred 284
 Huppert, Hugo 273
- Innitzer, Theodor 21, 306, 348f., 351, 353, 398
 Ioffe, Adolf Abramovič 36f., 51, 56, 61, 99–104, 107f., 222, 339, 448, 459
 Ivanov, Sergej Leonidovič 238, 465
 Ivanov, Vsevolod 266
 Ivanov-Boreckij, Michail Vladimirovič 238, 464
- Jakoncig, Guido 153
 Jakovenko-Chodkevič, Venjamin 122
 Janin, Vladimir Andreevič 340
 Joyce, James 262
 Junkar, Emil 96, 121f., 186, 449
 Jurenev, Konstantin Konstantinovič 124–128, 130, 136f., 139–141, 144, 146–148, 150, 154–156, 183f., 186f., 328, 394, 449, 459
- Kaganovič, Lazar Moiseevič 42, 74, 279, 322, 338–340
 Kalina (Ějzenbuch), Stanislav Petrovič 125, 235, 449
 Kallir-Nierenstein, Otto 243
 Kalmus, Alfred 471
 Kamenev, Lev 44, 51f., 72, 85, 204, 244
- Kameneva, Ol'ga 232, 235–238, 242, 244, 265f., 270f., 449, 464
 Kampffmeyer, Hans 236, 238, 240f., 450, 469–472
 Kanzian, Oskar 233, 468
 Kaplan, Ėmmanuil Iosifovič 252f., 257f.
 Kappelmacher, Adolf 465
 Karachan, Lev Michajlovič 80
 Keller, Adolf 248
 Kellermann, Bernhard 263f.
 Kelsen, Hans 240, 472
 Kerber, Erwin 255
 Kerschagl, Richard 471
 Kienzl, Wilhelm 470
 Kläger, Emil 472
 Klahr, Alfred 422
 Kleiber, Erich 468
 Klein, Ernst 411
 Kobler, Alexander 227
 Kocjubinskij, Jurij Michajlovič 103, 106, 235, 450
 Kokstein, Oskar 236, 470
 Komarovskij, Konstantin Antonovič 235, 277, 281f., 450
 König, F. W. 247, 467
 Kopp, Viktor 61f.
 Koppstein, Eugen 470
 Koptelov, Michail Efremovič 440, 450
 Körber, Lili 233, 468
 Kovalsky, Josef 471
 Krasin, Leonid 85
 Krasny, Jozef 205f.
 Krauss, Clemens 468
 Krestinskij, Nikolaj Nikolaevič 72, 92, 155, 187, 328, 369, 406
 Kronegger 470
 Krupskaja, Nadežda 332, 372
 Kubatschek, Leopold 383, 387
 Kun, Béla 54, 58f., 144, 171, 206, 210, 220, 226f., 313, 321, 326
 Kunschak, Leopold 35
 Kunz, Otto 258
 Kutepov, Aleksandr Pavlovič 138
 Kuusinen, Otto 333
- Lapinskij, Pavel Ljudvigovič 116
 Lederer, Leo 236, 470, 472
 Lengyel, Julius 120f.
 Lenin, Vladimir Il'ič 30, 35, 38f., 43, 47, 49, 52, 72, 87, 98f., 150, 170f., 204, 207, 209f., 219f., 227, 290, 295, 320, 372
 Lerner, E. O. 244, 247
 Lethner 472
 Levi, Paul 220f.
 Levickij, Michail 77, 83–85, 88f., 95f., 100, 450
 Lidin, Vladimir Germanovič 266

- Litvinov, Maksim Maksimovič 23, 31, 41f., 81, 83, 86, 91, 95, 97, 101–103, 106–110, 112, 114f., 120, 124, 130, 139, 151, 154, 156, 168f., 176, 185f., 189–191, 197, 224, 241, 344, 349, 361f., 396f., 405, 408, 414f., 425, 427, 429, 431–435, 437–440, 459, 484
- Lo Gatto, Ettore 264
- Lorenc, Ivan Leopoldovič 130, 303f., 340f., 352f., 359, 361, 406–408, 410–412, 414–416, 419f., 423f., 426–428, 436, 451, 459
- Lukács, Georg 273
- Lukasiewicz, Juliusz 396
- Lunačarskij, Anatolij Vasiljevič 246, 263, 265, 300, 467
- Majskij, Ivan 73f.
- Mal'ko, Nikolaj Andreevič 238, 464f.
- Manuil'skij, Dmitrij Zacharovič 213, 223, 327, 330, 395
- Marchlevskij, Julian 51, 78f.
- Marković, Vukašin 111, 114
- Marx, Joseph 238, 240, 242, 246, 451, 463, 469–471
- Marx, Karl 128, 203, 227, 273
- Mataja, Heinrich 57, 89, 96, 103–107, 460
- Mayer, Gustav 143, 264
- Mayer, Johannes 303
- Mayer, Traugott 143f.
- Mayerhöfer 61, 69f.
- Mayerhöfer, Johannes 60, 69
- Mayr, Michael 67, 459
- Mejerschol'd, Vsevolod 239, 249, 252
- Menkes, Moritz 64, 451
- Miklas, Wilhelm 89, 362, 407
- Modley, Otto 470, 472
- Moissi, Alexander 255, 258, 260
- Moll [Carl] 471
- Molotov, Vjačeslav Michajlovič 42, 73, 130, 151, 215, 324, 340, 405, 439f., 485
- Moskowitz 472
- Mozart, Wolfgang Amadeus 251, 253f., 257f.
- Müller, Hermann 181
- Müller, Otto 385
- Müller, René 236
- Müller, Stefan 472
- Münzenberg, Wilhelm 236
- Murav'ev, Michail 354
- Musorgskij, Modest Petrovič 259
- Mussolini, Benito 166, 174, 179, 194, 196, 323, 397, 399, 402, 405, 413, 415f., 418, 420, 425–427
- Nečaev, Sergej 219
- Nekundě, Pavel Karlovič 235, 246–248, 272, 339, 350, 393, 398–400, 406, 451
- Neubacher, Hermann 233f., 241, 464, 468, 470
- Neurath, Konstantin von 167, 196, 424, 429
- Neurath, Otto 20, 241, 275–278, 280–282, 454, 471, 486
- Nikulin, Lev 266
- Nobori Shomu (d. i. Noboru Naotaka) 264
- Oberhammer, Eugen 472
- Osten, Heinrich (eig. Ostersetzer) 472
- Ostry, Vincenz Ludwig 472
- Pacher(-Theinburg), Heinrich (von) 129f., 142–144, 157, 169, 179, 185, 189, 191, 231, 305f., 349, 354, 385, 394, 356–359, 361f., 395, 397, 403, 405, 409–411, 416, 423, 430f., 452, 459
- Pappenheim, Martin 70
- Paše-Ozerskij, Nikolaj Nikolaevič 465f.
- Paumgartner, Bernhard 251–254, 257, 484
- Pavlov, Ivan 465
- Pavlovič, Pavle 227
- Pella, Paul 469
- Pereverzev, Pëtr 440
- Peter, Franz Josef 77, 95f., 125, 127f., 133, 146, 148, 186, 304, 397f., 414, 452
- Petrov, Fëdor Nikolaevič 244, 246, 452
- Petrovskij (Zal'berg), Adol'f Markovič 130, 190, 247, 349, 351, 368, 397, 399–402, 406, 452, 459
- Pflügl, Emmerich 413
- Pieck, Wilhelm 120, 316
- Pil'njak, Boris Andreevič 266
- Pinkevič, Al'bert Petrovič 238, 463f.
- Pisk, Paul A. 242, 471f.
- Pistor, Emil 236
- Pjatickij, Iosif 314, 340
- Podol'skij, Jakov 235, 248, 408, 411, 453
- Pogány, József 226f.
- Pohl, Otto 17, 33, 69–78, 80f., 83f., 86, 88, 91, 94–100, 103–107, 114, 118–120, 122–126, 128–131, 133, 235, 239, 388, 453, 459, 470
- Polak, Georg 472
- Polgar, Alfred 262
- Pollacek, Laszlo 314
- Pollak, Oskar 150
- Potëmkin, Vladimir Petrovič 415, 426, 434
- Pottere, Georg von 51f., 119
- Prager, Hans 471
- Preobraženskaja, Ol'ga 294
- Preobraženskaja, Sof'ja Petrovna 256
- Pružan, S. M. 257
- Pudovkin, Vsevolod Illarionovič 293f.
- Puthon, Heinrich 255
- Radek, Karl 52, 221, 341, 343
- Radić, Stjepan 88, 223f.
- Radovanovič, Ljubomir 227
- Rager, Fritz 471
- Rakovskij, Christian 52f., 70, 77, 124
- Ramek, Rudolf 89, 106f., 112, 114, 460
- Rapaport, Alexander 120
- Rechberger, Anton 390
- Rehrl, Franz 253–256, 484
- Reinhardt, Max 254f., 258–260, 262
- Reitler, Josef 472
- Remmele, Hermann 316
- Renner, Karl 29, 59, 61, 63, 67, 80, 82, 86, 105, 108, 150, 284, 328, 459, 481
- Retí, Rudolf 469
- Ribbentrop, Joachim von 197
- Riese, Josef 247, 467, 470
- Rimskij-Korsakov, Nikolaj Andreevič 253, 259
- Rintelen, Anton 402
- Riš, Arnoł'd 235, 245, 257, 260, 262, 272, 276f., 454
- Rjazanov, David Borisovič 124, 128
- Robakidze (Robak'ije), Grigol 264
- Rohan, Karl Anton 233f., 468
- Rolland, Romain 262f., 266f., 271–273
- Ronge, Maximilian 401
- Roscher, Heinz 371, 380
- Rosenberg, Heinrich 471
- Rosenfeld, Fritz 283f., 286f., 290–295
- Rubinštejn, L. N. 436
- Rudzutak, Jan Ernestovič 339
- Šabel'skij, Graf 81f.
- Saliger, Rudolf 233f., 467f., 470
- Salkind, Alexander 472
- Salten, Felix 262
- Samojlov, Ivan Petrovič 138–140
- Samojlovič, Rudol'f Lazar'evič 246, 466f.
- Saradžev, Konstantin Solomonovič 238, 463

- Schechner, Kurt 471
 Scheu, Helene 471
 Schiff, Walter 236, 238, 241, 248, 454, 463, 469–471
 Schlee, Alfred 234, 468
 Schlesinger, Fritz 471
 Schlick, Moritz 236, 238, 240f., 275, 454, 469f., 472
 Schmidt, Guido 167, 196, 418, 425, 448, 460
 Schmidt, Herbert 191, 398
 Schnitzler, Arthur 262, 337
 Schober 55, 65, 75f., 79, 81, 150, 186, 393
 Schober, Johann 55, 57, 75, 77, 79, 147, 181, 186, 326, 393, 459f.
 Schönhof, Egon 299
 Schreker, Franz 468
 Schulz, Hugo 472
 Schumann, H. 276
 Schuschnigg, Herma 408
 Schuschnigg, Kurt 163, 167–169, 178, 194, 199, 342–344, 352, 398, 401, 403f., 406–408, 411f., 414f., 418f., 421, 424–428, 460
 Schwarz, Grete 453, 471
 Schwarzwald, Eugenie 471
 Schwinner, Alfred 191, 306, 358, 404, 409, 430f., 454
 Scripture, Edward Wheeler 472
 Segre, Roberto 56
 Seipel, Ignaz 79, 86, 89f., 95f., 117, 123–126, 134, 144, 147, 172, 186, 289, 318, 320, 326, 460
 Seitlinger, Josef 385
 Seitz, Karl 89, 91, 318
 Selby, Walford 424
 Semper, Johannes 264
 Ševeleva, E. V. 370, 376
 Sever, Albert 216, 286
 Ševščenko, Evdokim 113
 Seyß-Inquart, Arthur 300, 427, 430
 Sidorov, Aleksej Alekseevič 464
 Singer, Rolf 468
 Šlichter, Aleksandr Grigorjevič 45, 79–83, 97, 455
 Šmeral, Bohumir 227
 Sokolnikov, Grigorij Jakovlevič 52
 Stalin, Iosif Vissarionovič 39, 41, 42, 85, 92, 98, 115, 123, 126f., 140, 142, 146, 151, 187, 195, 198, 213, 215f., 223f., 228, 273, 280, 293, 295, 322, 331, 334, 338–341, 369, 372, 386f., 394f., 421, 428, 434f., 439f., 485
 Stambolijski, Alexander 222f.
 Starhemberg, Ernst Rüdiger 167, 192, 306, 350, 400f., 407, 411, 417
 Stärk, Ludwig 470f.
 Stefan, Paul 242, 257, 259, 470–472
 Steiner, Bruno 241, 470f.
 Steiner, Wilhelm 472
 Steinhardt, Karl 69
 Štejn, Boris 124
 Stekel, Erik-Paul 469
 Stepan, Karl Maria 350
 Štern, David 143, 183, 190f., 398, 409, 455
 Stern, Josef Luitpold 242, 470
 Sternberg, Josef von 286
 Stiedry, Fritz 468
 Stillfried, Alfons Freiherr von 422
 Streeruwitz, Ernst (von) 50, 147, 410, 460
 Strzygowski, Josef 236, 447, 470, 472
 Sunica, Lev 50
 Švernik, Nikolaj 340
 Szende, Josef 298f.
 Tabidze (Tabije), Tician 264
 Tairov, Aleksandr Jakovlevič 237f., 249, 265, 463, 466
 Tal, Ernst Peter 471
 Tandler, Julius 240, 472
 Tardieu, André 174f., 182f., 188, 396
 Tauschitz, Stefan (Stephan) 192, 460
 Tausk, Martha 281
 Taylor, Sam 286
 Thiers, Adolphe 354
 Timirjazev, Arkadij Klimentjevič 467
 Tippelskirch, Werner von 431, 433f., 438f.
 Titulescu, Nicolae 415
 Tocker, Salomon 239f., 264, 276, 455, 467, 470f., 483
 Tolstoj, Lev Nikolaevič 20, 237, 242, 261–266, 271, 464, 468
 Tolstaja, Tat'jana Lvovna 237, 463
 Tomann, Karl 69
 Treťjakov, Sergej Michajlovič 466
 Trockij, Lev Davydovič 30, 34f., 37, 43, 52, 85, 98, 101, 103, 108, 126, 205, 232, 244, 294, 330, 448f., 459
 Tschuppik, Karl 472
 Tucholsky, Kurt 272
 Turin, Viktor Aleksandrovič 246, 465
 Tverdynin, Semën A. 235, 424f., 436, 455
 Tzöbl, Josef 352
 Uhl, Karl 112
 Vágó, Béla 226
 Varga, Jenő 226
 Vasilev, Nikolaj 440
 Vaugoin, Carl 147
 Vejsbrod, Boris 48f., 55, 57, 64
 Verdross, Alfred 472
 Vertov, Dziga 288, 297–300
 Vetter, Adolf 236, 240f., 246–248, 455, 469, 470f.
 Volin, Boris 316, 318
 Vol'skij, Roman 146, 471
 Vorosilov, Kliment Efremovič 42, 339
 Vorovskij, Vclav Vclavovič 113f.
 Vul'fon, Samuil Davydovič 108, 456, 464, 471
 Wager, Franz 60, 69f., 77
 Wagner, Erika 470f.
 Wagner, Karl 387
 Walsh, Raoul 286
 Walter, Bruno 255
 Walz, Franz 60, 69f.
 Wassermann, Jakob 273
 Webern, Anton 239
 Weingartner, Felix 233, 468
 Weinreb, Franz 84, 121, 241, 467, 470
 Werfel, Franz 262
 Wertheim, Johannes 247, 471
 Wettstein, Richard 236, 472
 Wheeler, Edward 472
 Wien, Norbert 470, 471
 Wienerberger, Alexander 349, 350, 351, 352, 353
 Wildner, Heinrich 124, 186
 Wilhelm, Julius 470
 Wilson 312
 Wilson, Woodrow 27, 29
 Winter, Ernst Karl 357, 417, 420, 422
 Wižnitzer (Schaffer), Hermann 234, 235, 239, 242, 243, 261, 456, 470, 483
 Wolf, Friedrich 305
 Wolf, Wilhelm 430
 Wührer, Friedrich 468
 Zaks, Samuil 472
 Zappler, Marcell 470–472
 Zavadovskij, Boris Michajlovič 466
 Ždanov, Andrej Aleksandrovič 369, 373
 Žemčužina, Polina 340
 Zinov'ev, Grigorij Evseevič 43f., 82, 85, 89, 99, 204, 323
 Zisarsky [Alfred] 471
 Zweig, Friderike 261, 266
 Zweig, Stefan 20, 233, 240, 247, 261–266, 268, 271f., 455, 468, 484